“Wir haben die Wahl!
Politik in Zeiten von Unsicherheit und Autokratisierung”

28. Wissenschaftlicher Kongress der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft,
14.-16. September 2021

Panelprogramm

(Stand 08.09.2021)

Übersicht

Unterstützung von Panels durch Untergliederungen 2
Dienstag, 14.09.2021 9
14.30 – 16.00 Uhr DiD | Panelveranstaltungen 9
16.30 – 18.00 Uhr DiE | Panelveranstaltungen 88
Mittwoch, 15.09.2021 166
14.30 – 16.00 Uhr MiD | Panelveranstaltungen 166
16.30 – 18.00 Uhr MiE | Panelveranstaltungen 250
Donnerstag, 16.09.2021 333
14.30 – 16.00 Uhr DoD | Panelveranstaltungen 333
16.30 – 18.00 Uhr DoE | Panelveranstaltungen 417

Unterstützung von Panels durch Untergliederungen

Sektionen

Sektion „Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik“

DiD15 Of women*, mountains & algorithms: Reframing political agencies
DiE05 Environmental Sustainability in the Agenda 2030
MiD03 Autoritarismus, Rohstoffe und Rente
MiE13 Donor-funded activism: Dependency, agency and possibilities for change
DoD24 The (un)making of new developmentalisms in the Global South. State, economy, local society (I)

Sektion „Internationale Beziehungen“

DiD14 Neuere Formen Internationaler Kooperation: Entstehung, Funktionsweise und Effekte
DiE11 Informalität in Krisen und Konflikten: Akteure, Strukturen und Strategien
MiD13 Innen- und Außenpolitik, Wirtschaft- und Sicherheitspolitik zusammen denken (I)
MiE01 Jenseits von Wahlen: Die Rolle sozialer Medien für internationale Politik
DoD14 Nachrichtendienstforschung als wissenschaftliches Neuland in der deutschen Politikwissenschaft
DoE11 Internationale Organisationen im Vergleich

Sektion „Methoden der Politikwissenschaft“

DiD09 Human Coding in Political Science
MiD23 Surveying Ethnical, Soc. & Political Minorities: Chances & Pitfalls of Innovative Approaches
DoD19 Political Methodology in Insecure Times of Crisis

Sektion „Policy-Analyse und Verwaltungswissenschaft“

DoE27 Wahl und Auswahl von Gestaltungsoptionen in Politikwandel- und Policy-Lernprozessen
DiD28 Wir haben die Wahl! Verwaltungspolitik im Zeitalter der Digitalisierung (I)
MiD21 Soft Law als Alternative zu hartem Recht
MiE27 Staatliche Gewährleistung öffentlicher Güter in Zeiten der Krise
DoD11 Krisenbewältigung durch Politik, Verwaltung und Gesellschaft in Deutschland (I)
DoD31 Neue Policy Probleme, neue Interdependenzen in der Lösung komplexer Umweltprobleme?

Sektion „Politik und Geschlecht“

DiD15 Of women*, mountains & algorithms: Reframing political agencies
DiD26 Vom Neoliberalismus zum autoritären Populismus. Geschlechterpolitische Herausforderungen
DiE26 Unequal representation and political responses
MiE22 Politik und soziale Ungleichheit: Die Covid19-Pandemie als demokratiepolitische Herausforderung
DoD29 Wissenschaft und Wissenschaftskritik in Zeiten des Populismus

Sektion „Politikwissenschaft und Politische Bildung“

DiD25 Politisches Wissen, Demokratieentwicklung und politische Bildung
DiE02 Citizenship policies and citizenship education in times of uncertainty
MiD08 Demokratische Konfliktfähigkeit - Aufgaben politischer Bildung in unsicheren Zeiten (I)
DoD25 Verantwortung und keine Wahl? Erwartungen an junge Menschen und deren (reale) Artikulationschancen
DoE30 Zeit sozialwissenschaftlicher Wahrheit? Legitimations-(Ver-)Handlungen in Bildung und Schule

Sektion „Politische Ökonomie“

DiD07 Economic and Technological Upgrading under Authoritarian Rule. Insights from China
DiE18 Political Elites and Inequality
MiD25 Transform. governance in the face of crisis? Assessing policies in the agri-food policy domain
MiE05 Coping with Insecurity in Societies Under Pressure: Crime and Welfare during Covid-19 and beyond
DoE08 Geld- und Fiskalpolitik im Wandel: Verliert Austeritätspolitik ihre gesellschaftliche Basis?

Sektion „Politische Soziologie“

DiD29 Zivilgesellschaft unter Druck: Covid-19 und die Folgen
DiE06 Erosion of societal norms and the resilience of democracies
MiD19 Political Conflicts in Times of Uncertainty and Change (I)
MiE24 Redistributive Politics and the question of Social Europe in the EU in years of turmoil
DoE19 Roundtable: Polit. Partizipation in der Pandemie: Unsicherheiten, Herausforderungen, Chancen

Sektion „Politische Theorie und Ideengeschichte“

DiD01 „Sie nennen es Demokratie, aber…“ – Protest und demokratische Entscheidungsfindung
DiD26 Vom Neoliberalismus zum autoritären Populismus. Geschlechterpolitische Herausforderungen
DiE15 Metaphors of Political Choice and Democratic Decision-Making
MiD07 Democratic Innovations beyond Deliberation
MiE16 Independence, sovereignty, self-determination: Contested concepts, uncertain futures
DoD27 Wir haben keine Wahl!? Sozialökologische Herausforderungen der Demokratietheorie
DoE22 The Value of Uncertainty in Democratic Systems

Sektion „Regierungssystem und Regieren in der Bundesrepublik Deutschland“

DiD11 Parlamente und Verwaltungen in der COVID-19-Krise (I)
DiE01 (Umkämpfte) Repräsentation sozialer Gruppen in Zeiten multipler Unsicherheiten
DiE27 Wahl mit Auswahl. Demokratisierung der Parteivorsitzendenwahl
MiE27 Staatliche Gewährleistung öffentlicher Güter in Zeiten der Krise
DoE27 Wahl und Auswahl von Gestaltungsoptionen in Politikwandel- und Policy-Lernprozessen

Sektion „Vergleichende Politikwissenschaft“

DiE06 Erosion of societal norms and the resilience of democracies
MiD09 Demokratie in der Pandemie I. Corona als Auslöser/Verstärker demokratischer Erosion?
MiE27 Staatliche Gewährleistung öffentlicher Güter in Zeiten der Krise
DoD26 Von der Bewegung zur Partei. Zusammenspiel von Parteien und soz. Bewegungen im int. Vergleich
DoE11 Internationale Organisationen im Vergleich
DoE31 Social Sciences & Regional Scholarship: Reframing the Area-Studies-Controversy

Arbeitskreise

Arbeitskreis „Demokratieforschung“

DiD16 Ordinary Citizens and Democratic Backsliding I: Diagnosing the Problem
DiE06 Erosion of societal norms and the resilience of democracies
MiD09 Demokratie in der Pandemie I. Corona als Auslöser/Verstärker demokratischer Erosion?
MiE06 Demokratie revisited: Wahlen als normativer Kern der Demokratie?

Arbeitskreis „Digitalisierung und Politik“

MiD04 Bürger*innenbeteiligung in pandemischen Krisen: brauchen wir mehr digitale Partizipation?
MiE12 Digitale Sicherheit jenseits von Cyberwar
DoE28 Warum (noch) wählen? Demokratie und die Digitalisierung des Demos

Arbeitskreis „Europa- und Regionalismusforschung“

DiD12 Legitimizing interventions in global/regional governance
DiE20 Populism(s) and regionalism: Discourses, strategies, and effects
MiD21 Soft Law als Alternative zu hartem Recht
DoE17 Regionalorganisationen und Autokratisches Regieren

Arbeitskreis „Handlungs- und Entscheidungstheorie“

DiD27 Wahlsystempräferenzen und Wahlsystemreform (I)

Arbeitskreis „Hochschullehre"

DoD18 Planspiele in der Hochschullehre

Arbeitskreis „Internationale Politische Ökonomie“

DoD01 (Post-)Growth in the Global Political Economy: Taking Stock

Arbeitskreis „Konstruktivistische Theorien der Politik“

DiE04 Entscheiden und Zeitlichkeit: Bedrohliche Zukünfte und autoritäre Verheißungen
MiD24 Transformation des Politischen. Neue Perspektiven der radikalen Demokratietheorie
DoD27 Wir haben keine Wahl!? Sozialökologische Herausforderungen der Demokratietheorie

DoE25 Unsichere Zeit(en). Die Politik der Zeit und ihre Folgen für die Demokratie

Arbeitskreis „Lokale Politikforschung“

DiD13 Lokale Konflikte und Konfliktstrukturen (I)
MiD26 Umgehen mit der Klimakrise: Welche Rolle spielt die lokale Politik? (I)
MiE27 Staatliche Gewährleistung öffentlicher Güter in Zeiten der Krise
DoD23 Repräsentation und Ungleichheit im deutschen Mehrebenensystem

Arbeitskreis „Menschenrechte“

DoE01 ‘The Dawn of Eurasia’ – Human Rights Values and Norm Transformation between China and Europe

Arbeitskreis „Migrationspolitik“

DoD05 Digitalisierung in der Integrationsarbeit
DoE14 Lokalisierungen des Politischen? Spielräume in der lokalen Migrations- und Integrationspolitik

Arbeitskreis „Organisierte Interessen“

DiD29 Zivilgesellschaft unter Druck: Covid-19 und die Folgen

Arbeitskreis „Parteienforschung“

MiD16 Organisation and mobilisation of political parties in transition
DoD26 Von der Bewegung zur Partei. Zusammenspiel von Parteien und soz. Bewegungen im int. Vergleich

Arbeitskreis „Politik und Geschichte“

DoE25 Unsichere Zeit(en). Die Politik der Zeit und ihre Folgen für die Demokratie

Arbeitskreis „Politik und Kommunikation“

MiD27 Religion als Triebkraft autokratischer Vorstellungswelten im digitalen Zeitalter? Session 1
DoD16 Parteien in Zeiten von Social Media

Arbeitskreis „Politik und Kultur“

DiD26 Vom Neoliberalismus zum autoritären Populismus. Geschlechterpolitische Herausforderungen
MiD24 Transformation des Politischen. Neue Perspektiven der radikalen Demokratietheorie
DoE25 Unsichere Zeit(en). Die Politik der Zeit und ihre Folgen für die Demokratie

Arbeitskreis „Politik und Recht“

DiD05 Das Bundesverfassungsgericht als Gegenstand politikwissenschaftlicher Forschung
DiE07 Gestalten, Formen und Praktiken des Autoritarismus
MiD24 Transformation des Politischen. Neue Perspektiven der radikalen Demokratietheorie

Arbeitskreis „Politik und Religion“

DiD22 Rekonzeptionalisierung von Sorge in unsicheren Zeiten: Policies, Institutionen und Strategien
MiD27 Religion als Triebkraft autokratischer Vorstellungswelten im digitalen Zeitalter? Session 1

Arbeitskreis „Politik, Wissenschaft und Technik“

DoD15 Open Objects: The Politics of Epistemic Uncertainty in the Making of Problems
DoE25 Unsichere Zeit(en). Die Politik der Zeit und ihre Folgen für die Demokratie

Arbeitskreis „Soziale Bewegungen“

DiD04 Corona Street Politics. Contested State Control in the Covid-19 Pandemic
DiE13 Lokale Konflikte und der Wandel der Zivilgesellschaft seit 2015
MiD22 Steckt Konstruktives im Konflikt? Demokratie, Protest und soziale Bewegungen im Spiegel der Nachhaltigkeit
DoD17 Party-movement relations from the left to the right: Between cooperation and conflict

Arbeitskreis „Soziologie der internationalen Beziehungen“

MiE11 Die neue Rückbesinnung. Symbolpolitik der Anti-Globalisierung
DoD21 Praktische Theorie: Theoretisches Denken in Zeiten verhärteter gesellschaftlicher Konflikte
DoE07 Expert Governors under Pressure: International Organisations in Uncertain Times

Arbeitskreis „Umweltpolitik / Global Change“

DiD10 Institutionalizing climate change mitigation. Facing challenges on different governance scales
DiE05 Environmental Sustainability in the Agenda 2030
MiD25 Transform. governance in the face of crisis? Assessing policies in the agri-food policy domain
DoE24 Globale Umweltpolitik in der Transformation: Normen, Wissen und Mehrebenenproblematiken

Arbeitskreis „Vergleichende Diktatur- und Extremismusforschung“

DiD02 Democratic backsliding und Authoritarian upgrading: Auf dem Weg zur „plebiszitären“ Demokratie?
DiE08 In der Pandemie, aber nicht in der Krise? Extremismen und COVID-19
MiD11 Electoral Competitiveness in Non-Democratic Regimes
MiE08 Demokratie in der Pandemie II. Krisenreaktionen im Demokratie-Autokratie-Vergleich

Arbeitskreis „Wahlen und politische Einstellungen“

DiD27 Wahlsystempräferenzen und Wahlsystemreform (I)

MiD15 Ordinary Citizens and Democratic Backsliding II: What Can We Do About it?
DoD12 Mehr denn je: Wir haben die Briefwahl!
DoE02 Actors without arena? Analysing the political behaviour of youths and immigrants

Arbeitskreis „Wohlfahrtsstaatsforschung“

DiD22 Rekonzeptionalisierung von Sorge in unsicheren Zeiten: Policies, Institutionen und Strategien
MiE27 Staatliche Gewährleistung öffentlicher Güter in Zeiten der Krise

Themengruppen

Themengruppe „Diskursforschung“

DiD15 Of women*, mountains & algorithms: Reframing political agencies
DoD08 Humour as a form of critique and resistance in politics

Themengruppe „Energietransformation“

DiE23 Rechtspopulisms und die Natur
MiD30 Energiewende, Gerechtigkeit und soziale Ungleichheit
MiE09 Die internationale Energiewende: Vergleichende Perspektiven und Lerneffekte
DoE26 Verkehrswende und Energiewende: Die Potenziale ihrer Konvergenz

Themengruppe „Ethnografische Methoden in der Politikwissenschaft“

DoD13 More than a fad? – Ethnografische Methoden in der Politikwissenschaft
DoE06 Ethische Herausforderungen der ethnographischen Forschung

Themengruppe „IB-Normenforschung“

MiD14 Neue analytische und methodische Perspektiven auf die Forschung zu (internationalen) Normen
MiE15 Europe's Norms and Crises: Approaches & Challenges of normtheoretical Perspectives on the EU
DoD22 Räume globaler Politik (II): Die Politics of Scale als politikwiss. Forschungsprogramm
DoE15 Norms Research Beyond IR

Themengruppe „Kritische Sicherheitsstudien“

DiD20 Politik der Sicherheit im Rahmen komplexer Krisen I: Theorien und Zugänge
DiE11 Informalität in Krisen und Konflikten: Akteure, Strukturen und Strategien
MiD10 Digital borders, digital policing? Politics & practices of technologically mediated security
MiE12 Digitale Sicherheit jenseits von Cyberwar

Themengruppe „Polar- und Meerespolitik“

DiD18 Polarpolitik: Souveränität und Territorialität in Arktis und Antarktis
DiE22 Räume globaler Politik (I): Die Konstruktion politischer Räume

Themengruppe „Populismus“

DiD26 Vom Neoliberalismus zum autoritären Populismus. Geschlechterpolitische Herausforderungen
MiD24 Transformation des Politischen. Neue Perspektiven der radikalen Demokratietheorie
MiE02 Antipopulismus. Konzeptuelle, normative & empirische Aspekte einer polit. Reaktionsstrategie
DoE23 Transnationaler Populismus? Populistische Politikformen und internationale Ordnung

Themengruppe „Vergleichende Parlamentarismusforschung“

DiE18 Political Elites and Inequality
MiD17 Parliaments as Drivers of Democratization? Contemporary and Historical Cases
MiE20 Parlamente in der Krise
DoD10 Krise Politischer Repräsentation? Einstellungen zu Parlamentarischer Repräsentation (I)

Dienstag, 14.09.2021

14.30 – 16.00 Uhr DiD | Panelveranstaltungen

DiD01 | „Sie nennen es Demokratie, aber…“ – Protest und demokratische Entscheidungsfindung

Organisiert von / Organized by: Laura Gorriahn (Humboldt-Universität zu Berlin), Daniel Staemmler (Humboldt-Universität zu Berlin)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Sektion „Politische Theorie und Ideengeschichte“

Chair: Laura Gorriahn (Humboldt-Universität zu Berlin), Prof. Dr. Christian Volk (Humboldt-Universität zu Berlin)

Discussant: Dr. Felix Anderl (Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung)

Abstract:

In liberalen repräsentativen Demokratien gehört Protest fest zur politischen Tagesordnung. Pro-teste entzünden sich in der Regel an Regierungshandeln, beziehen sich jedoch auch auf demokra-tische Verfahren und Institutionen. Das kollektive Handeln der Protestierenden offenbart in den letzten Jahrzehnten sowohl systematische Kritik an Demokratiedefiziten in Entscheidungspro-zessen als auch ein ausgeprägtes Interesse an demokratischen Innovationen, etwa durch per Los-verfahren zusammengestellte Bürgerräte oder digitale Beteiligungsplattformen. Der politische Protest trifft dabei selbst auf Situationen der Entscheidung unter Unsicherheit. Er ist darauf angewiesen, sich für die Herstellung von Entscheidungsfähigkeit und kommunikativer Persistenz selbst Organisationsformen und Verfahren zu geben. Experimente im Namen der Demokratie bedürfen der ausführlichen und intensiven Auseinandersetzung über Ordnungsvorstellungen. Auch kritische wie innovative Handlungsrepertoires und Protestformen treffen somit auf die Frage nach den normativen Prinzipien und Legitimationen für demokratisches Entscheiden. Das Panel bringt Perspektiven aus der sozialen Bewegungsforschung mit demokratietheoretischen Ansätzen ins Gespräch. Im Fokus stehen diejenigen Begriffe der Demokratie und des Entschei-dens, die auf dem Experimentierfeld des politischen Protests für die Beschreibung von Ord-nungsproblemen und die Transformation der Ordnung in Stellung gebracht werden. Welche Di-mensionen der demokratischen Ordnung werden problematisiert? An welche Denktraditionen schließen sich die Demokratiekonzeptionen der Protestbewegungen? Worin liegen Potentiale und Herausforderungen für kritische und innovative Formen des politischen Protests?

Beiträge / Contributions:

Kann Demokratie die Zeituhr stoppen? Klimagerechtigkeit politisch übersetzen

Dr. Nicole Doerr (Universität Kopenhagen)

Abstract:

Dieser Beitrag diskutiert die Frage, unter welchen Bedingungen demokratische Prozesse der poli-tischen Übersetzung ein rasches Umdenken im Kontext von Klimapolitik bewirken können. Politische Übersetzung ist eine selbst-organisierte Praxis deliberativer Konfliktverhandlung, die von sozialen Bewegungen genutzt wird, um inklusive Entscheidungen öffentlich anzustoßen (Doerr 2018). Politische Übersetzung als Praxis verbindet die gewaltfreie Macht symbolischer Aktionen (z.B. Streik, direkte Aktion) mit der Macht deliberativer Verhandlungsführung. In meiner ersten Fallstudie zeige ich, wie Klimaaktivist*innen in Dänemark politische Übersetzung als kommunikatives Werkzeug der Teilhabe nutzen um auf kommunaler und nationaler Ebene eine klimagerechte Politik umzusetzen. Im zweiten Schritt diskutiere ich das Scheitern instituti-oneller Entscheidungsträger in Deutschland, EU-Umweltrichtlinien umzusetzen, wenn diese wirtschaftspolitischen Interessen widersprechen. So zeige

ich am Beispiel der Proteste am Dan-nenröder Forst in Hessen ein tiefes, machtbasiertes politisches Übersetzungsproblems zwischen Bürgervertreter*innen und betroffenen Anwohner*innen. So scheiterte der Versuch von An-wohner*innen und Naturschutzverbänden, den Bau einer EU-rechtlich bestreitbaren Autobahn durch einen großflächiges Klimawald- und Wasserschutzgebiet zu verhindern. Jedoch gelang es der Gruppe betroffener Anwohner*innen mit Hilfe breiter, zivilgesellschaftlicher Unterstützung ihre Forderungen mit Hilfe symbolischer, gewaltfreier direkter Aktionen sichtbar zu machen um eine Verkehrswende öffentlich einzufordern. Deutschland und Dänemark dienen mir als Beispie-le für antagonistische oder konsensusorientierte Öffentlichkeitsstrukturen mit unterschiedlichen Gelegenheitsstrukturen für eine Praxis der kritischen, politischer Übersetzung „von unten."

Scheitern als Widerstand. Demokratietheoretische Reiterationen von Unsicherheit

Dr. Mareike Gebhardt (WWU Münster)

Abstract:

In On Left Populism spricht Chantal Mouffe enttäuscht davon, dass die linken Beset-zungsbewegungen des letzten Jahrzehnts nicht genug kontrahegemoniale Kraft zu entfalten vermochten („did not manage"), um die hegemonialen Strukturen der (neo-)liberalen Demokratie substanziell herauszufordern. In kritischer Auseinandersetzung mit diesem ökonomisch-instrumentellen Denken Mouffes wird der Beitrag herausarbeiten, dass Formen des Scheiterns widerständige Subjektivierungen hervorbringen, die sich gerade nicht ‚erfolgreich' in die „Chronopolitik" (I. Lorey) der (neo-)liberalen Demokratie einschreiben lassen und institutionalisierte Entscheidungsstrukturen simulieren.

Unter der Hegemonie neoliberal-maskulinistischer Politikstile, in denen Sicherheitsfan-tasien über autoritäre Anrufungen ebenso stabilisiert werden wie über teleologische Vorstellungen des Demokratischen, tritt der Beitrag für eine demokratietheoretische Reiteration des Scheiterns ein: Im Anschluss an Judith Butler, Jacques Derrida, Isabell Lorey und Jacques Rancière soll aufgezeigt werden, wie Formen politischen Scheiterns Widerstand gegen das spatio-temporale Regime des maskulinisierten Neoliberalismus leisten. Über die komparative Konfrontation der Theorieansätze – insbesondere in Bezug auf ihre Konzeptionen von Raum und Zeit – soll ein Entwurf radikaler Demokratie(theorie) erarbeitet werden, der Scheitern als widerständige Subjektivierungspraxis des Politischen ausweist.

Coding Democracy? Digitale Innovationen und politischer Protest

Daniel Staemmler (Humboldt-Universität zu Berlin)

Abstract:

Die Allgegenwärtigkeit von Informations- und Kommunikationstechnik, Social-Media-Plattformen und mobilen Endgeräten in der digitalen Gesellschaft konfrontiert politisches Handeln mit neuen Herausforderungen und Möglichkeiten zugleich. Digitale Aktivismus setzt an dieser Stelle gerade dann an, wenn über civic technologies nicht nur Bürger*innen ermächtigt, sondern Regierung und Verwaltung demokratisiert werden sollen. Über die kollaborative Produktion von Diensten für politische Aushandlungsprozesse, gegen-demokratisches Monitoring bis hin zu Abstimmungsplattformen erscheint ‚civic tech' zunehmend auch in im deutschsprachigen Raum als Treiber von digitalen Innovationen. In der sozialwissenschaftlichen Forschung zu digitalem Aktivismus gelten diese Produktionen weiter als Formen des Protests, in denen Kritik und alternative Realitäten des Digitalen über code artikuliert werden. Der Beitrag nimmt diese Deutungen zum Anlass für eine demokratietheoretischen Lesart dieser Protestform. Unter Rückgriff auf den zivilgesellschaftlichen Republikanismus und einiger techniksoziologischer Konzepte werden so die Bedingungen für die Anerkennung digitaler Innovationen als politischen Protest ausgearbeitet. Neben demokratischen Potentialen beleuchtet der Beitrag somit auch die Hindernisse, auf die eine digitale Gestaltung der Demokratie trifft.

Zwischen Präfiguration und zivilgesellschaftlicher Beteiligung: Demokratisierung durch Klimaprotest?

Anton Haffner (Humboldt-Universität zu Berlin)

Abstract:

In der Literatur zum Zusammenhang von sozialen Bewegungen und demokratischen Innovationen wird die Erneuerungswirkung von Protesten, sozialen Bewegungen und zivilgesellschaftlichen Initiativen auf sehr unterschiedlichen Ebenen verordnet. Auf der einen Seite geht eine – besonders in der radikaleren globalisierungskritischen Bewegung entwickelte – Vorstellung davon aus, durch praktizierte Basis-Demokratie innerhalb von Bewegungsorganisationen und durch performative Inszenierungen von gelebter Demokratie eine kommende, ‚echte' Demokratie präfigurativ vorwegnehmen und so herrschaftsförmige Institutionen herausfordern und hinterfragen zu können. Auf der anderen Seite stehen lange entwickelte Formen einer vertieften, partizipativen und deliberativen Demokratie mit Beteiligungsformen, in denen zivilgesellschaftliche Akteure und eine breitere Bevölkerung an politischen Entscheidungsprozessen teilhaben können sollen.

Diese theoretischen und praktischen Modelle einer Vertiefung der Demokratie durch Widerstand oder durch Einbindung lassen sich nun in den aktuellen Klimaprotesten wiederfinden: Mit Aktionen des zivilen Ungehorsams dramatisieren radikalere Protestakteure aus ihrer Sicht unhaltbare Zustände, während mit der Forderung nach ‚Klimaräten' und konsultativen Verfahren andere Bewegungsakteure ‚demokratische Innovationen' voranbringen. Auf der Basis einer Dokumentenanalyse und Interviews mit Bewegungsakteuren, fragt dieser Beitrag, welche Normen und Vorstellungen von Demokratie in der aktuellen deutschen Klimabewegung vorherrschen und wie dieser Gegensatz, der eine charakteristische Diskussionslinie innerhalb der zeitgenössischen politischen Theorie ist, dort verhandelt wird.

DiD02 | Democratic backsliding und Authoritarian upgrading: Auf dem Weg zur „plebiszitären“ Demokratie?

Organisiert von / Organized by: Dr. Rolf Frankenberger (Eberhard Karls Universität Tübingen), Dr. Toralf Stark (Universität Duisburg-Essen)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Arbeitskreis „Vergleichende Diktatur- und Extremismusforschung“

Chair: Dr. Rolf Frankenberger (Eberhard Karls Universität Tübingen), Dr. Toralf Stark (Universität Duisburg-Essen)

Discussant: Dr. Rolf Frankenberger (Eberhard Karls Universität Tübingen), Dr. Toralf Stark (Universität Duisburg-Essen)

Abstract:

Dass politische Systeme sich wandeln und auch Systemwechsel vollziehen, ist inzwischen ein Allgemeinplatz. Dass dabei die (liberale) Demokratie als normatives Leitbild zunehmend hinterfragt, desavouiert und zerstört wird, ist sowohl in der Reichweite als auch der Intensität neu. Von Brasilien bis in die USA, von der Türkei bis Polen und den Philippinen werden demokratische Grundprinzipien wie freie Wahlen, Meinungs- und Informationsfreiheit bis hin zur Rechtsstaatlichkeit beschädigt oder gleich ganz abgeschafft. Auffällig ist dabei ein Doppelbefund: Denn die Narrative eines „demokratischen Sonderwegs“ nutzen sowohl demokratisch gewählte Staatsoberhäupter als auch Autokraten, um die Legitimität der eigenen Herrschaft zu sichern. Dabei kommt es zu einer scheinbar paradoxen Annäherung von Demokratie und Autokratie. Während in etablierten Demokratien (rechts-) populistische Kräfte demokratische Grundprinzipien zu schwächen suchen, forcieren politische Eliten in Autokratien den Aufbau demokratischer (Fassaden-)Institutionen. Treffen sie sich am Ende bei einem kleinsten gemeinsamen Nenner, der autoritär geführten „plebiszitären“ Demokratie? Beiträge mit theoretischer und/oder empirischer Ausrichtung sowie Erklärungsmechanismen auf allen Analyseebenen sind erwünscht:

- Können Zusammenhänge zwischen den beiden Phänomenen des demokratic backsliding und des authoritarian upgrading identifiziert werden?
- Welche legitimatorischen Muster lassen sich identifizieren?
- Entsteht hier ein neuer Typus „sui generis“? Welche Abgrenzungsmöglichkeiten gibt es zu bestehenden Konzepten wie „defekter Demokratie“ und „electoral authoritarianism“ etc.
- Welche Rolle spielen Parteien bei der Etablierung demokratischer Fassaden?
- Welche Rolle spielen Bürgerbewegungen und deren Kooperation mit (rechts-)populistischen Parteien für die Etablierung von „democratic backsliding“ und „authoritarian upgrading“?
- Wieviel Einfluss haben die Bürger auf die demokratische/autokratischen Entwicklungen ihrer Länder?
- Welche Erklärungsfaktoren begründen die zunehmende Attraktivität autokratischer und populistischer Herrschaftsmodelle?

Beiträge / Contributions:

Democratic lip service or defending democracy in the electoral arena?

Carsten Wegscheider (University of Salzburg), Prof. Dr. Zoe Lefkofridi (University of Salzburg), Prof. Dr. Markus Wagner (University of Vienna)

Abstract:

The rise of populist and authoritarian parties in established democracies cast doubt on the commitment of parts of the population to liberal and democratic principles. What is not yet clear is under what conditions people support certain parties, even if they know that these parties may undermine democratic principles in the long run. In this study, we investigate the extent to which policy positions

as well as the orientation of parties toward democracy influence citizens' voting behavior. We argue that, in addition to partisanship, populist attitudes as well as peoples` perceptions of democracy affect their decision to support otherwise politically congruent candidates, even if they appeal to limiting democratic principles or supporting undemocratic actions. In particular, we expect that individuals with a strong party identification are more likely to support parties that match their political profile, even if this would imply restrictions on democracy.

To investigate this hypothesis, we conduct a survey experiment. Prior to the experimental component, we measure people`s attitudes and feelings towards political parties and voting intentions, as well as their opinions on policy positions, their populist attitudes and perceptions of democracy. Within the experiment, respondents are confronted with different profiles of parties that differ on several policy dimensions. We further implement different positions for supporting or limiting liberal democratic principles or extending authoritarian mechanisms. This study thus helps to better understand the role of partisanship as well as citizens' populist attitudes and their perceptions of democracy in defending democratic principles in the electoral arena.

Die sukzessive Entstehung einer prä-totalitären Situation im fortschreitenden Autokratisierungsprozess in der Türkei – Theorie und Herrschaftspraxis

Dr. Can Zeyrek (Philipps-Universität Marburg)

Abstract:

Im vergangenen Jahr (2020) hat der Bertelsmann Transformation Index (BTI) die Türkei erstmals als (gemäßigte) Autokratie eingestuft. Dabei erklärt der BTI, dass das neue Präsidialsystem dem Staatspräsidenten außergewöhnliche und nicht rechenschaftspflichtige Machtbefugnisse gewährt und die grundlegenden Aspekte eines demokratischen Systems, wie z.B. die Rechtsstaatlichkeit und die Grundfreiheiten untergräbt bzw. einschränkt. Dieser Umstand markiert eine Beschleunigung des fortschreitenden Autokratisierungsprozesses in diesem Land.

Die Herrschaftsweise des amtierenden türkischen Staatspräsidenten und Vorsitzenden der AKP Erdoğan ist durch „Ermächtigungsgesetze“ quasi willkürlich ausgerichtet, (systematisch) repressiv und von einer gelegentlich im Vordergrund stehenden und universellen Weltanschauung unterwölbt nämlich dem politischen Islam als eine totalitäre Ideologie, die eine Weltsicht mit dem Anspruch ausdrückt, für sämtliche Lebensbereiche zu gelten sowie eine Trennung zwischen öffentlicher und privater Sphäre kategorisch ablehnt. Tibi (2004) betont, dass dieser neue Totalitarismus im Gegensatz zu seinen Vorgängern, dem NS-Faschismus und dem Stalin-Kommunismus, eine Bewegung ist und sich bisher wenig in politischen Systemen manifestiert hat.

Wie macht sich dieser neue Totalitarismus in der Herrschaftspraxis bemerkbar? Merkel (2004, 2010) konstatiert, dass in totalitären Regimen - als Subsysteme autokratischer Systeme - die demokratischen Herrschaftskriterien Herrschaftslegitimation, -zugang, -monopol, -struktur, -anspruch und -weise durch eine diametral entgegengesetzte Herrschaftslogik beschädigt, verletzt oder ersetzt wird, so dass die Logik der demokratischen Interaktion verdrängt und durch eine autoritäre Herrschaftsform ersetzt wird. Anlehnend an diese Kriterien soll in diesem Beitrag empirisch überprüft werden, wie sich die Ausprägung des politischen Islam in der Türkei als totalitäre Ideologie in der Herrschaftspraxis mittel- oder unmittelbar bemerkbar macht und ob sich das Land in einer prä-totalitären Situation befindet (Linz 2003). Die Türkei stellt insofern einen Sonderfall dar, als dass der Übergang zur Autokratie nicht mittels eines gewaltsamen Umbruchs wie einer Revolution, einem Bürgerkrieg oder einem Militärputsch erfolgte - wie es im Allgemeinen für die Übergänge von Demokratie zu Autoritarismus zutrifft -, sondern langfristig sukzessive, (relativ) „friedlich“ und vor allem, mittels ziviler Hand.

Ferner sollen grundlegende Ausgangsmerkmale diskutiert werden, die den Pfad des Autokratisierungsprozesses in der Türkei und die Entstehung der prä-totalitären Situation vorher- bzw. mitbestimmen. Dazu sollen in Erweiterung an den Typologisierungsversuch von Juan J. Linz (2003) hinsichtlich prä-totalitärer Regime ergänzende Kategorien wie Unterwanderung der bürokratischen Strukturen, Umgehung der Legislative und der Judikative (Machtakkumulation der Exekutive), Regimewechsel, post-säkular (religiös-fundamentalistisch) geprägte Gesellschafts-, Kompromiss- und

Kooperationsstrukturen (politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Einfluss religiöser Orden und Sekten) entwickelt und begründet werden.

Heimliche Autokratisierung und zunehmende Radikalisierung? Bedeutungen von Religion für Extremismus, Radikalismus und Populismus

Prof. Dr. Gert Pickel (Universität Leipzig), Prof. Dr. Susanne Pickel(Universität Duisburg-Essen), CemalÖztürkUniversität Duisburg-Essen), Dr. Verena Schneider (Universität Leipzig)

Abstract:

Weltweit sind Bewegungen hin zu einem Unterlaufen demokratischer Standards und zunehmend autoritären Spielarten der Demokratie zu erkennen. Auch in den als konsolidiert geltenden Staate Westeuropas sind schleichende Prozesse der Ent-Demokratisierung zu erkennen (Levitsky/Zibladt 2018). Sie finden sich im Aufkommen rechtspopulistischer Parteien, wie in einem steigenden Hang zu Abgrenzung, Hinwendung zu autoritären Verständnissen (z.B. Decker/Brähler 2020) und antidemokratischen Einstellungen wie Handlungen (siehe „Hygienedemonstrationen". Diese Debatten sind zunehmend von religiösen Merkmalen geprägt. Rückte z.B. in den Berichten des Verfassungschutzes der islamistische Extremismus neben die Aufteilung in Links- und Rechtsextremismus, so wurde für die Mobilisierung auf der extrem-rechten Seite des politischen Spektrums verstärkt auf die Ablehnung muslimischer Immigration, verbunden mit der Ablehnung demokratischer Eliten, fokussiert (z.B. Pappas 2019, Moffit 2016). Auch antisemitische Einstellungen gewannen in Form des „Neuen Antisemitismus" (Lipstadt 2019) neue Aufmerksamkeit. Gerade gegenüber religiös identifizierten Gruppen konnte ein völkischer Nationalismus positioniert werden, der speziell Vorstellungen der liberalen Demokratie unterläuft. Die Existenz von antimuslimischen Vorurteilen in der Gesellschaft brachte wiederum rechtsextremen und rechtspopulistischen Gruppierungen die Chance weitere Teile der Gesellschaft für ihre Grundanliegen zu mobilisieren. Vor allem unter fundamentalistischen oder auch exklusivistisch-dogmatisch denkenden Christen gelangen dabei erhebliche Erfolge. Diesen Vorurteilen und Ressentiments kann eine gewichtige Rolle als Brücke zu rechtsextremen, rechtsradikalen und antidemokratischen Positionen – und dann zur Unterstützung demokratiefeindlicher Gruppen zugestanden werden. Die Frage unseres Beitrages ist: Trägt Religion zur Radikalisierung der Gesellschaft und einer zunehmendem Ablehnung der Demokratie bei?

Die Frage versuchen wir mit einem tieferen analytischen Blick in die gesamtdeutsche Gesellschaft (inkl. ihrer europäischen Einordnung) zu beantworten. Der Beitrag steht im Rahmen des durch das BMBF geförderten Verbundes „Radikaler Islam versus Radikaler Anti-Islam" und versucht Dynamiken der Radikalisierung und Ko-Radikalisierung in diesem Bereich empirisch zu erforschen. Der Beitrag greift auf Daten der Leipziger Autoritarismus Studie 2020, des deutsch-schweizer Projektes „Konfigurationen religiöser und sozialer Identitäten in Deutschland und der Schweiz" sowie des European Value Surveys 2017 zurück und analysiert die Bedeutung von Religion und Religiosität für eine Radikalisierung weg von einer liberalen hin zu einer autoritären Demokratie, oder gar Autokratie. Erste Ergebnisse verweisen auf eine beachtliche Wirkung von Religionszugehörigkeit als Zuschreibungsmerkmal sowie einen divergierenden Einfluss verschiedener religiöser Verständnisse für die Ausbildung extremistischer Einstellungen.

Referenda and Autocratization: Explaining Constitutional Referenda in the Post-Soviet Space

Dr. Anna Fruhstorfer (Universität Potsdam)

Abstract:

Why do autocratic leaders use referenda to amend a constitution, and what is the purpose of these amendments? While the goal of autocratic leaders to stabilize their rule follows a rational motive, we know relatively little about the different strategies to achieve such stability. Scholars have emphasized a number of tactics that significantly increase autocratic survival. With the resurgence of studies interested in autocracies, dictatorships and what is often referred to as 'competitive authoritarianism' (Levitsky/Way 2002), research has returned to the classic debate about legitimacy, with the notion of

stability of autocratic regimes, the hegemonic power of the ruling elite and with this also autocratic survival. One of the tools to legitimize the power of the ruler is a referendum, the direct consent from the demos, particularly when it comes to changing the fundamental rule of the political entity. In this paper, I show that almost all public referenda pursued in this region were constitutionally mandated. I argue that referenda in these autocracies are primarily used to legitimize the organization or preservation of the hegemonic power of the ruling elite – in the post-Soviet context, the nomenclature. More specifically, in line with previous findings, my central argument is that the existence of a hegemonic party, fully supporting the autocratic leadership, reduces the potential of intra-elite competition and therefore reduces the need for the autocratic leader to resort to a referendum to pursue his/her agenda. Hence, I expect to find a negative relationship between the level of party institutionalization and the attention that autocratic leaders devote to constitutional change via a referendum. Furthermore, following the insights of populist constitutionalism research, I hypothesize that the level of deliberation and participation during constitution making establishes a path-dependent pattern and increases the responsiveness of the public to populist rhetoric. The results show that referenda are pursued almost exclusively when the codified rules of constitutional change make a referendum mandatory. The results of the comparative analysis as well as the case studies show that autocratic leaders choose to follow the treacherous path of citizen involvement when they cannot rely on a clear party system dominated by a hegemonic party. The fact that these referenda are used to justify an autocratic rule is surprising enough. While the process is often fraught with extensive voter fraud and repression, the degree of public support for the strong and powerful leader that referenda results reveal is surprising. The arguments developed in this chapter open the door to a more accurate understanding of how constitutions are changed and what impact institutional rules and partisan actors have in autocratic societies. The results narrow the gap in our understanding of constitutional politics that opened up with the autocratic backsliding that has characterized the resurgence of populist politics in recent years and the instrumental role of constitutional politics in these events. This has important implications for autocratic stability, which cannot be achieved simply via repression and violence, and for our understanding of constitutional development under varying conditions.

Wie Autokraten den Demokratiebegriff uminterpretieren – und ob sie damit Erfolg haben können. Der Fall der Türkei

Cemal Öztürk (Universität Duisburg-Essen), Seckin Söylemez (Universität Duisburg-Essen), Dr. Toralf Stark (Universität Duisburg-Essen)

Abstract:

Die dritte Welle der Autokratisierung ist im vollen Gange. Ihre Protagonisten sind häufig selbst durch Wahlen an die Macht gekommen. Still, langsam und graduell arbeiten sie an einer Erosion demokratischer Prozeduren. Hybride Regimeformen sind häufig der Kulminationspunkt dieser Entwicklung. Zeitgenössische Autokraten bewahren also die Szenerie demokratischer Mehrparteiensysteme - hinter den Kulissen werden demokratische Standards jedoch untergaben. Dies zeigt sich auch in ihrer Rhetorik. Sie vereinnahmen den Demokratiebegriff, um ihrem Herrschaftsanspruch eine demokratische Patina zu verleihen. Einen prototypischen Fall für diesen Skript liefern die politischen Entwicklungen in der Türkei. Präsident Erdogan bezeichnete die letzte Verfassungsänderung – mit der die Gewaltenteilung de jure aufgehoben wurde – als ein „Festival der Demokratie“. Die Autokratisierung des politischen Systems wurde im Namen der Demokratie vollzogen. Deutlich weniger ist über die Adressat*innen dieser Rhetorik bekannt. Sind Bürger*innen für diese autoritären Täuschungsmanöver empfänglich? Um dieser Frage nachzugehen, haben wir repräsentative Umfragen des World Values Survey ausgewertet. Unsere Ergebnisse zeigen, dass (a) autoritäre Umdeutungen des Demokratiebegriffes in großen Teilen der türkischen Bevölkerung Anklang finden und (b) dass viele Bürger*innen dem autoritären Status quo demokratische Bestnoten verteilen. Besonders empfänglich für diese problematischen Einstellungsmuster sind dabei (c) die Wähler*innensegemente der ultrakonservativen AKP sowie der rechtsextremen MHP – zwei Parteien, die derzeit die Geschicke der Türkei mit einer satten Parlamentsmehrheit leiten. In unserem Vortrag

deuten wir diese Befunde aus der theoretischen Warte der politischen Kulturforschung und liefern Indizien, dass die empirischen Muster auch auf andere Kontexte übertragbar sind.

DiD03 | Challenges to the Liberal International Order

Organisiert von / Organized by: Dr. Isabel Winnwa (Freie Universität Berlin, Cluster of Excellence SCRIPTS), Prof. Dr. Thomas Risse (Freie Universität Berlin, Cluster of Excellence SCRIPTS)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s):

Chair: Prof. Dr. Thomas Risse (Freie Universität Berlin, Cluster of Excellence SCRIPTS),

Abstract:

The Liberal International Order (LIO) is increasingly under stress: Among the transatlantic core, the Biden Administration will not resume U.S. leadership in world affairs, let alone hegemony. (Right-wing) populist challenges are unlikely to recede on either side of the Atlantic. China is increasingly assertive, particularly with regard to core liberal values such as international human rights and the rule of law. Many states in the global South contest the LIO as both exclusionary and partial to the wealthy in the global North. Last not least, exogenous challenges such as Covid-19 and climate change further challenge the LIO's resilience. The roundtable with leading experts from around the world will discuss these and other contestations of the global liberal order including possible remedies.

Beiträge / Contributions:

Prof. Dr. Tanja Anita Börzel (Freie Universität Berlin, Cluster of Excellence SCRIPTS)

Prof. Dr. Ummu Salma Bava (Jawaharlal Nehru University)

Prof. Dr. Ana Covarrubias (El Colegio de Mexico)

Prof. Dr. Chris Reus-Smit (University of Queensland)

DiD04 | Corona Street Politics. Contested State Control in the Covid-19 Pandemic

Organisiert von / Organized by: Prof. Dr. Priska Daphi (Universität Bielefeld), Dr. Simon Teune (IASS Potsdam)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Arbeitskreis „Soziale Bewegungen“

Chair: Prof. Dr. Priska Daphi (Universität Bielefeld),

Discussant: Dr. Simon Teune (Institute for Advanced Sustainability Studies)

Abstract:

During the Covid-19 pandemic governments across the globe have taken far reaching measures to stop the spread of the virus. In a situation of scarce knowledge and insecurity, decision-makers had to weigh civil and social rights, collapsing health systems and economic deadlock. Many of these decisions have been contested. From the outset, conflicts over state intervention have become visible in the form of protests - from cardboard silhouettes demanding equal rights for refugees in European camps to right-wing anti-mask demonstrations and violent confrontations with the police.

The panel brings together empirical research contributions on these protests, addressing questions such as: Which actor constellations and networks mobilize to the protests? Which kinds of knowledge and which problem analyses are the basis for these protests? How is criticism framed and disseminated? What are the dynamics shaping the protests? Under what conditions, for example, do protests expand or radicalize? Which interactions between street politics and party politics can be observed? Which kinds of symbolic expression can be found in the protests and where are they rooted? Contributions on the situation beyond Germany and contributions with an international or regional comparative perspective are particularly welcome.

Beiträge / Contributions:

Performing Control over COVID-19 in Germany: Controlling and Contesting Democracy

Sabine Volk (Jagiellonian University)

Abstract:

This paper explores political performances of control over the first wave of the COVID-19 pandemic in Germany in spring 2020. Drawing from Saward’s constructivist theory of the representative claim to develop a discursive-performative approach to political control, it argues that control is nothing which a political actor inherently possesses, but needs to be constantly (re-)performed in public. This article’s original empirical analysis focuses on some of the interrelated performances of control by a few political actors from both within and outside of Germany’s federal institutional structure. At institutional level, the actors studied are Angela Merkel, Germany’s long-term federal chancellor, and Michael Kretschmer, the regional governor of the state of Saxony. At grassroots level, the actor in focus is the Saxon far-right populist protest movement PEGIDA. The qualitative-interpretive analysis focuses on the key discursive events in which these political actors publicly performed and contested control, among them an empathic TV address (Merkel), an engaged visit to an ‘anti-corona’ demonstration (Kretschmer), an enraged rant on YouTube (PEGIDA activist), and virtual protest events (PEGIDA). Contrasting these formally different cases sheds light on structural differences between the actors’ performances, including the objects, styles, audiences, and modes of mediation of control, as well as some of the limits to performing control. As a key finding, the article shows how political actors in Germany performed control by claiming to safeguard democracy and democratic values. It contributes to novel conceptualisations of democratic legitimacy based on the theory of performativity.

This article is part of a forthcoming special issue on "'Performing Control' of the Covid-19 Crisis" in the open access Frontiers journal (https://www.frontiersin.org/research-topics/15341/performing-control-of-the-covid-19-crisis).

Social Media Mobilization during the Pandemic: Agitation, Networking, and Mobilization for Anti-Corona-Protests on German-speaking Telegram

Dr. Axel Salheiser (Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft Jena), Christoph Richter (Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft Jena)

Abstract:

In 2020, social network Telegram has developed as a hub for criticism, radical agitation, and conspiracy narratives about the Covid-19 Pandemic and its political and societal consequences. In German-speaking Telegram, literally thousands of channels and groups emerged that could be identified as communicators and spreaders of “alternative” and speculative crisis interpretations, virus denial, and political dissent. Including actors who boasted openly RWE and antisemitic profiles, a heterogenous protest movement formed in the digital sphere and articulated their discontent, doubt, and the spirit of “resistance” against Anti-Corona politics and measures. Fake news and calls for joining street protests were spread by linking content, heavily fueled by so-called “free media” and far-right populist “influencers”. Our paper discusses the result of mass data-driven Telegram account network analyses and addresses the crucial question to what extent the communication of Telegram might have substantially stirred the dynamics of street protests as well as their radicalization.

Wie verändert die Covid-19 Pandemie im Winter und Frühjahr 2020 das politische Handeln in der Öffentlichkeit der Straße?

Dr. Johannes Diesing (Justus-Liebig Universität Gießen)

Abstract:

Das Paper bearbeitet die Frage, wie sich die Corona Pandemie auf den politischen Protest auf der Straße ausgewirkt hat. Begrenzt wird diese Untersuchung räumlich auf die Hansestadt Rostock im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern, sowie zeitlich auf die Spanne von 07.03.2020 bis zum 08.06.2020. Die Untersuchung verfolgt die beiden folgenden erkenntnisleitenden Fragestellungen: I. Wie haben sich die Maßnahmen zur Bekämpfung der Covid-19 in der Hansestadt Rostock auf die Möglichkeiten des politischen Handelns und auf das Herstellen von Straßenöffentlichkeit ausgewirkt? II. Welche Aspekte der Versammlung stellen sich unter den Bedingungen von einer erzwungenen, radikalen Einschränkung der Möglichkeiten sich zu versammeln als besonders relevant für diese Formen des politischen Handelns dar? Zur Beantwortung dieser Frage wird auf die Methoden der Teilnehmende Beobachtung von Straßendemonstrationen, auf die Sammlung von Daten in Form von Fotografien und ethnografische Notizen über regelmäßige Spaziergänge, sowie Social Media Daten und journalistische Berichterstattung zu den Protestereignissen zurückgegriffen. Während- und nach den beobachteten Veranstaltungen wurden off-the-record Hintergrundgespräche mit Organisator*innen; Journalist*innen, die lokale Proteste begleiten, Parteimitgliedern und Teilnehmer*innen geführt. Zur Auswertung der Daten wird die Situationsanalyse nach Adele Clarke genutzt.

DiD05 | Das Bundesverfassungsgericht als Gegenstand politikwissenschaftlicher Forschung

Organisiert von / Organized by: Dr. Oliver Lembcke (Ruhr-Universität-Bochum), Dr. Thomas Gawron (UFU Berlin)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Arbeitskreis „Politik und Recht“

Chair: Dr. Oliver W. Lembcke (RUB), Thomas Gawron (UfU)

Discussant: Thomas Gawron (UfU), Dr. Verena Frick (Universität Göttingen), Dr. Oliver Lembcke (Ruhr-Universität-Bochum)

Abstract:

Ende September wird das BVerfG 70 Jahre alt. Im Gegensatz zur juristischen Disziplin, die runde Jahrestage durch (meist dickleibige) Publikationen würdigte, blieb die politikwissenschaftliche Reaktion meist verhalten, wie überhaupt die Behandlung der Themenkreise, die das BVerfG betreffen eher ein marginales Thema zu sein schien. Erst in den letzten 15 Jahren werden in zunehmender Zahl und Dichte Analysen zu Stellung und Entscheidungstätigkeit des Verfassungsgerichts vorgelegt. Welche politikwissenschaftliche Expertise liegt vor? Gibt es einen "state of the art", der es mit der amerikanischen Forschungsgemeinschaft aufnehmen kann? Das Jubiläum des Gerichts soll Gelegenheit bieten, die -- auch interdisziplinärer Absicht -- der Forschungsergebnisse der jüngeren Zeit vorzustellen, Fehlstellen bisheriger Publikationen aufzuzeigen und Maßstäbe zur Beurteilung dieser Institution und ihrer Zukunftsfähigkeit zu diskutieren.

Beiträge / Contributions:

An invisible hand? Zum Einfluss des Bundesverfassungsgerichts auf politische Identität

Ulrike Meyer (Europauniversität Flensburg)

Abstract:

Dass das BVerfG seine Rolle als Hüter der Verfassung nicht als stiller, bescheidener Wächter wahrnimmt, sondern das Grundgesetz selbstbewusst entlang eigener Maßstäbe auslegt und dabei den Gesetzgeber in die Schranken weist, hat das BVerfG als ‚verdeckten‘ politischen Akteur ins Blickfeld politikwissenschaftlicher Forschung gerückt. Diskutiert werden insbesondere die demokratietheoretische Legitimation des ‚letzten Worts‘ sowie Probleme, die sich durch die Juridifizierung der Politik aber auch durch die Politisierung des BVerfG bei der Richter*innenbenennung für die Gewaltenteilung ergeben.

Kaum Aufmerksamkeit zieht indes der Einfluss der Rechtsprechung des BVerfG auf die Formierung der politischen Identität auf sich. Dies ist umso bemerkenswerter, als – bei genauerer Betrachtung – jede vor dem BVerfG zugelassene Klage die theoretische Grundlage der Verfassungseinheit in Frage stellt. Und zwar insofern, als dem Verfassungskonsens widersprochen wird, der den „act of popular self-constitution“ – die Selbstschöpfung des Souveräns als Einheit – widerspiegelt. Die Anrufung des BVerfG markiert einen Dissens im Verfassungsverständnis, über den das Gericht entscheiden muss. Wobei der gerichtliche Entscheidungsmodus dem Entweder-oder-Prinzip folgt und damit anders als das politisch-demokratische Prinzip nicht auf Vermittlung und Kompromissfindung abzielt, sondern zugunsten einer Seite entscheiden muss, indem es die Verfassungswidrigkeit oder Verfassungskonformität feststellt. Mit der Auslegung der Verfassungsnormen greift das BVerfG aber nicht nur auf Rechtsnormen zu, sondern greift zugleich auch in den Normenkern der politischen Identität ein. In Anbetracht, dass die identitätsgestaltende Rolle von Verfassungsgerichten – etwa für die Transformationsstaaten des ehemaligen Ostblockstaats – grundsätzlich anerkannt ist, stellt sich die Frage, ob und in welcher Weise die Rechtsprechung des BVerfG forciert Einfluss auf die politische Identität der Bundesrepublik genommen hat.

Lifting the veil of secrecy – Dissenting opinions in German subnational constitutional courts

Dr. Stefan Thierse (Universität Bremen)

Abstract:

In collegial courts, dissent among judges is inescapable. However, dissent remains hidden from sight unless judges choose to publish a dissenting opinion. Our knowledge about the incentives and motivations to publicly break away from a majority decision is still largely based on theoretical assumptions and empirical evidence from the U.S. judicial system. However, comparative judicial politics research has seen a blossoming interest in dissenting behaviour in high and constitutional courts in Europe (and beyond) in recent years. The following contribution fills a gap by exploring dissenting opinions in German subnational constitutional courts (Landesverfassungsgerichte). While the debate about the introduction of open dissenting opinions in the late 1960's referred to constitutional courts (in the plural), dissenting opinions were – with the exception of the State Constitutional Court of Hamburg – restricted to the Federal Constitutional Court (FCC) for two decades. As of today, eleven of the 16 subnational constitutional courts permit open dissenting opinions. The differences compared to the FCC – notably the honorary office of state constitutional justices and the variation with regard to jurisdiction, terms of office, re-election, right of nomination, or the inclusion of lay judges on the bench, provide a unique setting to explore the determinants of dissenting behavior whilst controlling for extraneous factors. The empirical analysis builds on a dataset combining original and secondary data on all decisions taken by the constitutional courts of ten states (Länder) in the period 2009–2018.

Nur ein Stück Papier? Plädoyer für eine neue Sicht auf die Judikate

Prof. Dr. Uwe Kranenpohl (Evangelische Hochschule Nürnberg)

Abstract:

Der Call for Papers thematisiert gleichermaßen den Ertrag wie die Perspektiven der Forschung zum Bundesverfassungsgericht. Dies aufnehmend lässt sich einerseits konstatieren: Bemerkens-werter Bestandteil der politikwissenschaftlichen Forschung zum Bundesverfassungsgericht ist, dass sie es nicht nur als politische Institution begreift, sondern die ‚Eigensinnigkeiten' einer ju-ristischen Institution ernst nimmt und neben den disziplineigenen Fragestellungen in Rechnung stellt.

Dabei bleibt allerdings noch unterbelichtet, dass Karlsruhe seine Judikate üblicherweise durch umfangreiche Entscheidungsausführungen argumentativ abzusichern sucht. Die Spezifika sol-cher ‚Sprachspiele' werden allerdings noch zu wenig bei der Analyse der Entscheidungen berücksichtigt: In welchen Passagen spricht das Gericht (oder eine:e Richter:in) mit welcher Ab-sicht zu welchem Teilpublikum? Mit Blick auf das juristische Sprachspiel wäre dies eine politikwissenschaftliche Beobachtung zweiter Ordnung, welche dann ein differenzierteres und schärferes Bild der nicht-juristischen Einflüsse auf die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts erlaubte.

Eine solche Analyse der Entscheidungsdarstellung darf allerdings die bisher gewonnenen Er-kenntnisse über die Entscheidungsherstellung nicht negieren: Sowohl das juristische Sprachspiel (deutscher Provenienz) als auch die Entscheidungsfindung im Kollektiv (zumindest für die Se-natsverfahren) stellen selbstverständlich Restriktionen stellen Restriktionen dar.

Zugleich erscheint es für die politikwissenschaftliche Forschung zum Bundesverfassungsgericht lohnend, sich (rechts)historisch zu öffnen. Konnten vor zwei Jahrzehnten die Aktenbestände im Keller des Gerichts noch guten Gewissens ignoriert werden (da ohnehin nicht zugänglich), eröff-net sich für die Entscheidungen der ersten Jahrzehnte nun ein weiterer Zugang auf die Ent-scheidungsherstellung und -darstellung. Gerade die bisherigen Ergebnisse der politikwissen-schaftlichen Forschung geben Hinweise auf die Rahmenbedingungen, in denen die Archivmate-rialien entstanden sind und welche Aussagekraft sie hinsichtlich der Erforschung der Entschei-dungsherstellung im Einzelfall haben können.

The Actorness of the German Federal Constitutional Court

Raphael Oidtmann (Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung / Universität Mannheim)

Abstract:

The German Federal Constitutional Court has long been heralded as both a powerful and influential political actor with its decisions causing profound (legal) ramifications across the domestic and European political sphere(s). While the framing of the Court as a political actor thus resembles a recurring narrative, it often remains unclear how this 'actorness' is effectively construed: while possible explanatory patterns might emphasize its strong role under the constitution or its sometimes-cited normative authority, these explanatory patterns oftentimes generate a merely incomplete picture.

A promising approach to better grasp the multidimensionality of the Federal Constitutional Court's 'acting characteristics' might be identified in a modified application of the actorness model, initially conceived in the context of European integration research. The actorness approach hence resembles a composite theoretical concept, comprising different conceptual pillars, including authority, legitimacy, or autonomy. It is thus submitted that a re-conceptualized notion of actorness might be a useful explanatory device to attain a better understanding of the actual standing and role of the Federal Constitutional Court as a political actor both within the German and European political context.

Building on the author's doctoral dissertation project, analysing the actorness of international courts and tribunals, it is hence envisaged to apply an extended and amended understanding of the concept of actorness to the Federal Constitutional Court, attempting to carve out and highlight the distinct qualities marking the institution as a genuine political actor and thereby contribute towards better understanding its placing within the grid system of the German domestic constitutional order.

Wer's glaubt, der klagt: Religionsfreiheit in der Corona-Rechtsprechung

Prof. Dr. Sebastian Wolf (MSB Medical School Berlin)

Abstract:

Das totale Verbot von Gottesdiensten in Kirchen, Moscheen und Synagogen im Frühjahr 2020 war der größte Eingriff in die Religionsfreiheit in Deutschland seit dem Zweiten Weltkrieg. Dagegen gerichtete Rechtsmittel wurden von verschiedenen Verwaltungsgerichten bis hin zum Bundesverfassungsgericht in den ersten Wochen des Lockdowns mit zurückhaltenden Begründungen abgewiesen. Ende April 2020 setzte das Bundesverfassungsgericht jedoch Teile eine Corona-Landesverordnung vorläufig außer Vollzug, weil sie keine Regelung enthielt, um auf Antrag begründete Ausnahmen von dem Verbot religiöser Zusammenkünfte zuzulasssen. Seit Mai 2020 gestatten die Länder wieder durchgängig Gottesdienste unter bestimmten Auflagen. Verschiedene Oberverwaltungsgerichte hielten allerdings im weiteren Verlauf Beschränkungen bei religiösen Zeremonien wie die Maskenpflicht auch bei niedrigen Inzidenzen aufrecht. Im Winter 2020/21 wurden trotz deutlich höherer Inzidenzen und Mortalitätsraten als in der Frühphase der Pandemie keine flächendeckenden Verbote von Gottesdiensten mehr verhängt.

Der Vortrag formuliert und diskutiert vor diesem Hintergrund drei Thesen: (1) Das wochenlange vollständige Verbot von Gottesdiensten während des ersten Lockdowns war unverhältnismäßig und daher verfassungswidrig; (2) Die mit Auflagen versehene allgemeine Wiederzulassung von Zusammenkünften in Gotteshäusern wurde nicht primär durch die einschlägige Rechtsprechung ausgelöst; (3) Bei Beschränkungen der Religionsfreiheit aus Pandemiegründen billigen die Gerichte der Exekutive einen weiten Ermessenspielraum zu.

DiD06 | Das politische System Großbritanniens in Zeiten von Unsicherheit und Autokratisierung

Organisiert von / Organized by: Dr. Marius Guderjan (Humboldt-Universität zu Berlin), Prof. Dr. Klaus Stolz (Technische Universität Chemnitz)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s):

Chair: Dr. Marius Guderjan (Humboldt-Universität zu Berlin),

Discussant: Prof. Dr. Klaus Stolz (Technische Universität Chemnitz)

Abstract:

Das EU-Referendum im Mai 2016 hat die tiefen sozialen und politischen Spaltungen innerhalb des Vereinigten Königreichs offenbart. Während das Votum gegen die EU-Mitgliedschaft unter anderem eine Ablehnung der etablierten Parteien widerspiegelte, konnten Populisten die Stimmung für sich nutzen und sukzessiv die konservative Partei für ihre Agenda vereinnahmen. Mit der Forderung nach nationaler Souveränität und dem Slogan „Get Brexit Done“ gewann Boris Johnson im Herbst 2019 mit einer klaren Mehrheit die Wahlen zum britischen Unterhaus, wobei die Labour Partei große Teile seiner traditionellen Wählerschaft verlor. Auch wenn es übertrieben scheinen mag, von einer Autokratisierung Großbritanniens zu sprechen, eine restriktive Sozial- und Einwanderungspolitik, die Zentralisierung der politischen Macht unter dem versuchten Ausschluss des Parlaments, die Untergrabung wissenschaftlicher Expert*innen, öffentlicher Medien und regierungskritischer Richter*innen, sowie das Vorhaben gegen internationales Recht zu verstoßen, bedrohen die liberalen und rechtsstaatlichen Prinzipien, für die das Land lange Zeit als Vorreiter galt. Konflikte über die zukünftige Verteilung finanzieller und legislativer Kompetenzen, die mangelnde Beteiligung Schottlands, Wales und Nordirlands an den Verhandlungen mit der EU und die Alleingänge der britischen Regierung während der Coronapandemie haben zudem die Spannungen in den intergouvernementalen Beziehungen zwischen der zentralstaatlichen und den regionalen Regierungen weiter vergrößert. Die zunehmende Wahrscheinlichkeit schottischer Unabhängigkeit und der Wiedervereinigung Nordirlands mit der Republik Irland haben den unitaristischen Mehrebenenstaat in eine existenzgefährdende Krise gestürzt. Angesichts dieser multidimensionalen Unsicherheiten diskutiert das Panel die systemischen Problemlagen im britischen Verfassungs- und Institutionengefüge. Den Fokus bilden dabei das Wahl- und Parteiensystem, Gewaltenteilung und Regierungssystem, die intergouvernementalen Beziehungen innerhalb des Vereinigten Königreichs und das außenpolitische Verhältnis zur EU.

Beiträge / Contributions:

Omnishambles! Der Niedergang der Civil Service-Tradition und der Aufstieg der Special Adviser in Großbritannien seit den 1970er Jahren

Dr. Nikolai Wehrs (Universität Konstanz, Fachbereich Geschichte und Soziologie, Lehrstuhl für Zeitgeschichte)

Abstract:

Das Paper präsentiert Auszüge eines geschichtswissenschaftlichen Forschungsprojekts zur Rolle der höheren Ministerialbürokratie im politischen System Großbritanniens. Im Vergleich zu anderen westlichen Demokratien besaß der Civil Service im 20. Jahrhundert eine besonde-re korporative Identität, basierend auf institutioneller Einheit, exklusiver Sozialstruktur und einer distinkten Soziokultur. Besonderer politischer Einfluss erwuchs ihm zudem aus der Permanenz seiner Amtsausübung. Anders als etwa in der Bundesrepublik oder in den USA gibt es in Großbritannien bei einem Regierungswechsel keinerlei personellen Austausch in der Ministerialbürokratie. Zwar wurde dies im Dienstethos des Civil Service durch die Beschwö-rung parteipolitischer Neutralität ausgeglichen. Trotzdem führte diese systemische Überle-genheit von „unelected officials“ über gewählte Politiker immer wieder zu Diskussionen. Ver-stärkt seit den 1970er Jahren sah sich der Civil Service von der

Labour-Linken, aber auch vom marktradikalen Flügel der Tories Kritik an seinem Demokratiedefizit ausgesetzt.

Das Paper analysiert die Rückwirkungen dieser Kritik und der von ihr ausgelösten Verwal-tungsreformen auf die korporative Identität sowie auf die politische Rolle der Ministerialbü-rokratie. Es argumentiert, dass die öffentliche Etablierung von Negativstereotypen über den Civil Service (etwa in der TV-Satire „Yes Minister“) von den Parteien gezielt für den Ausbau der eigenen Einflusszonen genutzt wurden. In Bruch mit der Neutralitätstradition des Civil Service wurden in großer Zahl parteipolitische Berater in die Ministerialbürokratie einge-schleust. Was in den 1970er Jahren als Diskurs um die „Demokratisierung“ der Staatsverwal-tung begonnen hatte, mündete in den 2010er Jahren in einen bedenklichen Kontrollverlust in-nerhalb des Systems. Auch die Staatskrise infolge des Brexit-Referendum von 2016, so die These, kann nur vor diesem zeitgeschichtlichen Hintergrund erklärt werden.

Perspektiven für die Beziehungen zwischen Großbritannien und der EU im Spannungsfeld zwischen der British Constitution und dem supranationalen Mehrebenensystem

Dr. Christian Schweiger (Professur Europäische Regierungssysteme im Vergleich, Institut für Politikwissenschaft, TU Chemnitz)

Abstract:

Die schwierigen und langwierigen Austrittsverhandlungen Großbritanniens aus der EU kulminierten mit der Aushandlung des "Trade and Cooperation Agreement" in letzter Minute vor dem Ablauf der zwölfmonatigen Übergangsfrist nach dem offiziellen Brexit-Termin am 1. Januar 2020. Während der Verhandlungen wurde der starke Gegensatz zwischen den deutlich divergierenden Pfadabhängigkeiten der auf der einen Seite durch die absolute Parlamentssouveränität geprägten britischen Verfassung und dem auf der anderen Seite inhärenten konsensorientierten Multilateralismus des EU-Mehrebenensystems deutlich. Obwohl der zunächst befürchtete "No Deal Brexit" mit dem Abkommen vermieden wurde, bleiben viele Fragen hinsichtlich der Komplexität der zukünftigen Beziehungen zwischen Großbritannien und der EU offen. Die Neujustierungen der Beziehungen zwischen Großbritannien und der EU wird zusätzlich durch den schwindenden innenpolitischen Konsens über die strategischen Interessen Großbritanniens erschwert. Die britische Regierung steht deshalb vor der für die Zukunft des Vereinigten Königreichs existenziellen Frage, wie die unterschiedlichen Interessen der britischen Regionen in der Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen zwischen Großbritannien und der EU langfristig effektiv eingebettet werden können, um vor allem der potentiellen Sogwirkung der nationalen Unabhängigkeitsbestrebungen in Schottland entgegenzuwirken.

Der Beitrag untersucht basierend auf einem historisch-institutionalistischen Ansatz die Perspektiven für die zukünftigen Beziehungen zwischen Großbritannien und der EU. Der Schwerpunkt der Analyse liegt dabei auf dem innenpolitischen Hintergrund und den Perspektiven für die Überwindung der wachsenden Spaltung zwischen der englischen Präferenz für die im "British exceptionalism" begründete Pfadabhängigkeit der uneingeschränkten Parlamentssouveränität und der Orientierung Schottlands in Richtung des EU-Mehrebenensystems.

The fracturing politics of the British State

Prof. Dr. Martin Lodge (London School of Economics and Political Science), Prof. Dr. Will Jennings(University of Southampton)

Abstract:

The road to Brexit has widely been characterised as a product of the pathologies of the British state and its politics. The 'post-Brexit' world is one in which the British state is under strain, its politics continue to be divided and its peoples are discontented. This paper suggests that we are observing the continued tension between surviving remnants of 'club government' in the world of Westminster and wider mega-trends affecting the British state. This paper explores these three mega-trends, namely the 'electoral politics' perspective (focusing on the fragmentation of the British party system), the 'neoliberal policy

paradigm' perspective (focusing on the consequences of the policy consensus since the 1970s, and the 'politics of the regulatory state' perspective (focusing on the consequences of depoliticisation). The paper highlights the implications of these mega-trends on continued 'high politics' club government and for the continued fracturing of the British state more generally.

The multi-level politics of Brexit - how to use anti-Europeanism to redefine domestic politics

Dr. Jörg Baudner (Osnabrück University)

Abstract:

This paper will argue that the rejection of regional (European) integration served Boris Johnson as a political entrepreneur to redefine the preferences of the British Conservative Party regarding politics, policies and polity. It will build on strategic-constructivist (Jabko 2006; Sauugger 2013) and multi-level politics (MLP)-approaches which have analysed how domestic actors have used European politics to promote domestic policy aims. The paper will distinguish between the cognitive usage of MLP which ‘refers to the understanding and interpretation’ of political aims and conflicts, the strategic usage which ‘refers to the pursuit of clearly defined goals by trying to influence policy decision’ and a ‘legitimizing usage’ in the communication and justification of political decisions (Jacquot and Woll 2010). This paper will relate the different forms of usage of MLP to seminal changes in politics, policies and polity.

First, Brexit was constructed as a political cleavage which 'topped' the traditional left-right or party cleavages and as a ‘focal point’ or ‘coalitional glue’ (Goldstein and Keohane 1993) which united a constituency for economic (hyper-) liberalism and a constituency for a return to national regulation (Rosamund 2018). Second, ‘getting Brexit done’ became a tremendously powerful ‘legitimizing frame’ which constructed the Brexit vote as a unique democratic experience which even trumped domestic ‘standards of legitimacy’ as the attempt to suspend parliament in September 2019 and the ‘attack’ on ‘remouners’ in public broadcasting demonstrated. Third, Brexit negotiations were used strategically to remove ‘external constraints’ to populist economic policy options (such as deficit spending and state aid), be it through the party purge of ‘One Nation Conservatives’ or the refusal of any commitment to European regulatory standards.

DiD07 | Economic and Technological Upgrading under Authoritarian Rule. Insights from China

Organisiert von / Organized by: Prof. Dr. Tobias ten Brink (Jacobs University Bremen), Prof. Dr. Genia Kostka (Freie Universität Berlin)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Sektion „Politische Ökonomie“

Chair: Prof. Dr. Tobias ten Brink (Jacobs University Bremen),

Discussant: Prof. Dr. Thomas Heberer (Universität Duisburg-Essen)

Abstract:

China represents a paradox for much Western scholarship. The country has experienced a continuous rise in its GDP and GDP per capita since 2000, and, despite huge regional heterogeneity, may achieve high-income status in the mid-2020s. Technological upgrading and the long-term plan for mastering cutting edge digital technologies are gaining momentum, also to foster digital surveillance. At the same time, against earlier hopes of Western observers, authoritarian rule has been strengthened under Xi Jinping, and regime support seems to be largely stable.

While popular accounts paint a picture of China as either a Confucian-style meritocracy presenting a superior alternative to democracy or a decaying regime that will soon crumble, this panel aims at a nuanced analysis of economic and technological upgrading under authoritarianism. With a view to gaining insights into how socio-economic upgrading and technology learning work in authoritarian contexts, and how strong Chinese citizens' support for digital technologies really is, this panel asks three questions: What are key political factors explaining China's comparatively stable transition to upper-middle income and what does it take to tackle the more difficult transition to high-income status? How does transnational diffusion of know-how and technology work in an authoritarian system with distinctive political institutions and ambitions? Finally, do Chinese citizens accept or even support digital surveillance given the regime's embracing of digital technologies for social control?

Beiträge / Contributions:

Upgrading Coalitions: The Chinese Experience in Comparative Perspective

Prof. Dr. Tobias ten Brink (Jacobs University Bremen), Dr. Alexandre de Podestá Gomes (Jacobs University Bremen), Dr. Armin Müller (Jacobs University Bremen)

Abstract:

Nowadays it is widely acknowledged that strong, development-oriented upgrading or reform coalitions are a crucial political precondition to prevent countries from falling into the “middle-income trap”. The research we present here is the first systematic attempt to examine the Chinese experience (2000-2020) in this context. Based on field work and linking several, thus far unconnected literatures, we argue that (1) distinctive forms of local upgrading coalitions rather than an effective centralized authoritarianism are a key factor in explaining the comparatively stable transition to upper-middle income, but that (2) many of those coalitions face serious obstacles in tackling the current, more challenging transition to high-income status. As China gradually approaches this status, the complexities of higher value-added activities and the need for more sophisticated institutional arrangements involving the participation of multiple actors with diverse interests make further upgrading a tougher nut to crack. With a focus on the key fields of technology development and skill formation, and local variation, we analyze the strengths and weaknesses of Chinese upgrading coalitions.

Updating the China Model: The Role of Transnational Diffusion in China's Smart Manufacturing Push

Prof. Dr. Sarah Eaton (Humboldt-Universität zu Berlin), Dr. Daniel Fuchs (Humboldt-Universität zu Berlin)

Abstract:

Does authoritarian China learn from Global North countries in economic governance? In the early period of China's marketization, it was commonly assumed that China was transitioning away from its socialist past and gradually converging with the dominant market liberalist paradigm. In recent years, many observers instead claim that the so-called "China Model" is not only a viable and stable economic alternative but also a potent competitor to hegemonic neoliberalism. In this paper, we challenge both the convergence and divergence theses through case study analysis of China's partnership with Germany on the topic of smart manufacturing. Our findings are based on 45 interviews with stakeholders in China and Europe conducted in 2019 and 2020. Drawing on contributions to International Relations theory which highlight the creative agency exercised on the "demand side" of diffusion processes, we argue that while China is (still) interested in learning economic lessons from abroad, the absorption of such knowledge is selective and partial. While Chinese government officials, academics and market actors view Germany as a valuable reference source in developing their own upgrading strategies, German know-how is not simply cut-and-paste into local policy and practice. Instead, the concrete adoption of diffused knowledge is highly path-dependent and related to specific regional upgrading strategies and actor constellations. Our findings thereby demonstrate that the process of updating the "China Model" is conditioned by transnational developmental diffusion and the adaptive implementation of policy lessons in authoritarian China.

Digital Doubters in China: Comparing Citizen Attitudes Across Three Major Digital Technologies

Prof. Dr. Genia Kostka (Freie Universität Berlin), Dr. Yuchen Liu(Freie Universität Berlin)

Abstract:

Authoritarian regimes are found to embrace digital technologies for information collection, governance, as well as social control and surveillance. Recent studies suggest citizens in authoritarian regimes may accept or even support digital surveillance. Using a unique online survey dataset and qualitative research on public opinion on digital technologies in China, we show that these findings overlooked a small yet important group of digital technology doubters. We study Chinese citizens' attitudes towards three major digital technologies in China: Facial Recognition Technology (FRT), Contact Tracing Apps (CTA) and Social Credit System (SCS). We find that (1) one out of five citizens belong to the group of "digital doubters"; (2) younger citizens with low income level and non-CCP members are more likely to not accept digital technologies; and (3) there is generally higher acceptance for CTA and SCS over FRT technologies. The results show that digital technology in authoritarian states cannot be reduced to an automatic welcome or acquiesce but needs further careful disaggregation, which is highly correlated with citizens social-economic background.

DiD08 | Global-domestic governance dynamics in the Global South

Organisiert von / Organized by: Chris Höhne (Freie Universität Berlin), Dr. Eric Stollenwerk (German Institute for Global and Area Studies (GIGA))

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s):

Chair: Dr. Mathis Lohaus (Freie Universität Berlin),

Discussant: Prof. Dr. Lena Partzsch (TU Berlin)

Abstract:

International Relations and Comparative Politics have increasingly moved towards greater mutual integration. This allowed for more thorough analysis of the governance dynamics between the international and the domestic spheres. Scholarship has thereby increasingly focused on the interplay between external and domestic actors in nation-states and the dynamics between international and local norms. This panel contributes to this growing field of research. All four papers scrutinize the dynamics between the international and the domestic sphere, including references to international and local norms and to the different roles of external and domestic actors. The contributions bring together case studies on authoritarian countries in the Eurasian and Arab regions as well as on countries that experienced conflicts with international involvement (Liberia) and that are rapidly developing (India) and cover diverse societal challenges, such as climate change, gender equality, and security provision.

Two papers primarily follow the actions of domestic actors as they engage in international negotiations. While Prys-Hansen focuses on the coherence between international and domestic positions of Indian actors on climate change, Flonk/Debre study the international coalition building by authoritarian regimes in the policy fields of equality and internet security. The other papers primarily focus on the domestic sphere investigating the workings of both external and domestic actors. Stollenwerk shows how external actors gain legitimacy among domestic audiences through security provision, and Höhne finds that external actors do play at best a minor role for proactive domestic Indian actors that engage on climate change norms in the forestry sector.

Beiträge / Contributions:

Futures in the making: An analysis of Indian climate policy articulations

Dr. Miriam Prys-Hansen (German Institute for Global and Area Studies (GIGA))

Abstract:

Imaginations of possible climate futures, including perceptions, predictions, and scenarios, are important as they define the scope within which action is plausible and within which responsibilities for action are ascribed. The paper is part of a project that assesses empirically how different actors imagine climate futures and whether different actors and their ideas are connected to form a global discourse network. Here, we deal with (strategic) visions for global governance formulated as part of domestic and foreign-policy making (in both parliamentary debates as well as in statements at the UNFCCC, for example) and ask under which conditions different visions of the future emerge. These conditions are likely to include the institutional structure of the particular state actor as well as its positioning within the climate regime. The particular visions, in this paper by India, will be coded by looking at agency (who influences the future and to what degree), time ("when" is this future that is envisioned), scope (is the future of local, national, or global extent), the particular reference to climate change (water, biodiversity, human survival etc.), and the normative evaluation of this future. In a second phase, we code ascribed responsibilities that are associated with the imagination, as well as which particular solutions are advocated. The comparison of domestic and international debates by the same actors will, for instance, provide important clues about the plausibility of coherent future climate actions.

Norm glocalization: How and why India has glocalized the United Nations' climate change norm in the forestry sector

Chris Höhne (Freie Universität Berlin)

Abstract:

Despite increasing pressure on the international order, nation-states continue to actively engage on international norms formulated in the United Nations on societal challenges such as climate change. But how and why do nation-states engage on internationally negotiated norms and what happen to those norms when they travel to the nation-state? For answering the research question, I propose a conceptual framework called "norm glocalization". Based on the premise of an active agency of both external and domestic actors, this concept elucidates the mechanisms and conditions of norm engagement and illuminates the different ways of meaning attributions to internationally negotiated norms. I, thereby, address three research gaps. First, the literature rarely offers integrated approaches of active norm promotion and adjustment by both external and domestic actors. Second, in terms of the results of norm diffusion, the literature has mostly focused either on full norm adoption or on local reconstruction, but would rather benefit from approaches that consider varying forms of meaning attributions by actors. Third, the dynamics between international norms and domestic governance have not yet been sufficiently scrutinized in the policy field of climate change. I show the plausibility of this framework for the case of climate change in India's forestry sector based on fieldwork and the analysis of primary and secondary documents. I find that domestic actors have proactively promoted the international norm based on their own particular interpretation, leading to several policy and organizational changes in the forestry sector, while external actors only played a minor supporting role.

Authoritarian Regionalism: The interplay between domestic politics, regional coalitions, and global regimes

Daniëlle Flonk (Hertie School of Governance), Dr. Maria J. Debre(Universität Potsdam)

Abstract:

Research on authoritarian resilience increasingly incorporates international factors, arguing that cooperation between autocracies can further regime survival. While rich literature exists on the relationship between regionalism and regime type, little research has focused on international- level dynamics. We argue that authoritarian regimes build regional coalitions to gain more leverage on the international stage in order to influence global regimes according to their interests, and in turn, strengthen domestic resilience. Our paper presents a holistic causal model of authoritarian regionalism which consists of four steps. Autocracies first build regional coalitions of like-minded states that they can rely upon in a second step to gain majorities in international organizations. Third, by pushing international laws and norms toward authoritarian interests, authoritarian regimes can increase domestic legitimacy and prevent international sanctions. Forth, regional coalitions enable knowledge and resource exchange to deal more effectively with domestic challenges. We argue that this chain of authoritarian regionalism increases the chances of authoritarian survival. We provide evidence from three cases of authoritarian regionalism by Eurasian and Arab states in the area of internet security, minority rights, and gender equality. Our paper thereby enhances our understanding of the global dimension of authoritarian resilience by focusing on international and domestic aspects of authoritarian regionalism.

Local Security and the Legitimacy of International Troops: Security Perceptions and UNMIL's Legitimacy in Liberia

Dr. Eric Stollenwerk (German Institute for Global and Area Studies (GIGA))

Abstract:

To what extent do security perceptions of local populations foster the legitimacy of external actors? Security perceptions are a vital part of effective governance and theories of output legitimacy hold that effective governance is a key source of legitimacy for the state. However, whether theories of output

legitimacy are applicable to external actors remains largely unclear. This study analyses the extent to which the security perceptions of local populations strengthened the legitimacy of the completed United Nations Mission in Liberia (UNMIL) as an external actor. The study evaluates original survey data from Liberia using multilevel modelling. The paper argues that effective security governance is a key source of legitimacy for external actors. If local populations felt secure, they were also more likely to consider UNMIL legitimate. However, effective governance is not enough to be considered legitimate as an external actor. Additional sources of legitimacy that were relevant for UNMIL included fair treatment of local populations and democratic input-mechanisms. These results indicate that arguments of output legitimacy can be extended to external actors, but that they are not sufficient to achieve strong long-lasting legitimacy. UN missions are well advised to pay attention to local security perceptions, while at the same time not focusing exclusively on effective governance as a means to strengthen their legitimacy.

DiD09 | Human Coding in Political Science

Organisiert von / Organized by: Prof. Dr. Nils Weidmann (University of Konstanz), Dr. Pola Lehmann (WZB)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Sektion „Methoden der Politikwissenschaft“

Chair: Prof. Dr. Roos van der Haer (University of Leiden),

Discussant: Dr. Pola Lehmann (WZB)

Abstract:

Comparative research in the social sciences, and in political science in particular, relies to a large extent on datasets produced by human coders. While some of these datasets include data that can be measured directly or are based on observable criteria, others require a considerable level of human judgement. In this panel, we present submissions that (1) deal with biases that can arise in human coding, (2) methods and technologies (for example, software) that help us improve human coding, or (3) what implications the use of human-coded data can have for the design and applicability of quantitative indicators in comparative research.

Beiträge / Contributions:

Dead Cows and Rumours: Identifying Sparking Events in Cultural Identity Conflict Cascades

Dr. Christoph Trinn (University of Heidelberg), Dr. Felix Schulte (University of Heidelberg)

Abstract:

The paper aims to identify the sparking events triggering cascades of conflictive mass behaviour in cultural identity conflicts. Inter-communal and self-determination conflicts frequently develop into volatile and explosive situations. They behave like the proverbial powder keg or wildfire, often manifesting in quickly and unexpectedly escalating conflictive mass behaviour such as riots and protests. Conflict cascades are endogenous, non-linear propagations of upheaval waves in time and space. Cascades in 2018 and 2019 were identified based on conflict-event data provided by the Armed Conflict Location & Event Data Project (ACLED). Using qualitative news analysis, human coders identified the events triggering the instances of protest and riot, respectively, and inductively generated a typology of sparking events. This was followed by an assessment of the cascade intensity, based on the numbers of participants, of people killed and injured, and the amount of property damaged. Double-blind inter-coder reliability tests were implemented. Human coding goes well beyond data cleaning in this context since the subjective interpretation of texts ensures the plausibility of the reconstructed cases, the causal relationship between trigger and cascade and the reliability of the intensity assessments. The paper thus builds bridges between the use of quantitative event data and the qualitative tracing of causal processes.

PolDem-Coding: A New Tool for Human Coding in the Social Sciences

Teresa Völker (WZB), Prof. Dr. Swen Hutter (Freie Universität Berlin und WZB), Dr. SophiaHunger (WZB)

Abstract:

Our paper discusses biases and obstacles to productivity in manual coding of Social Science data and presents a new coding platform “PolDem-Coding”, which was designed in order to tackle established problems that arise from collecting large sets of data. In recent years, data collection efforts have increased in size as well as in complexity due to larger, third-party funded projects, broader availability of political texts as well as advances in data analysis. The problems that stem from human coding have, however, remained: biases from human judgement and a lack of reliability and control mechanisms. Despite its prevalence in data collection, human coding is seldomly subject of methodological reflection and collective systematization within the discipline. We present our new manual annotation tool

"PolDem-Coding" and reflect how we believe that it is set to tackle the above described obstacles to a transparent and reproducible research process. In developing this tool, our project team worked closely with a team of programmers, thereby bringing together scientific experience with human coding and technical feasibility. With our paper, we hope to provoke a more engaged debate on manual data collection and offer an open source solution to some of the issues identified in our discussion.

Improving the Human Coding Process with Automatic Classification Models (and vice versa)

Tobias Burst (WZB)

Abstract:

Assuring the quality of human codings can be expensive and time-consuming, especially in the case of complex coding decisions and multilingual corpora. New developments in machine learning show promising capabilities to address this: general-purpose transformer models such as BERT or RoBERTa inherently bring the ability to cope better with challenging coding situations and multilingual corpora than traditional types of models. Using the Manifesto Corpus as an example, the paper discusses to what extent these model types can be incorporated into the coding process, helping to improve the quality and speed of the human coding process, and to what extent they can provide deeper insights into individual human coding decisions, potentially revealing human bias.

Human Judgement and Cross-national Indicators

Prof. Dr. Nils Weidmann (University of Konstanz)

Abstract:

Comparative research in the social sciences, and in political science in particular, relies to a large extent on datasets produced by human coders. While some of these datasets include data that can be measured directly or can be based on observable criteria, others require a considerable level of human judgement. In this project, I study the extent to which this judgment is affected by cognitive biases that are well-known to arise in human decision-making, and what implications this has for the design and use of quantitative indicators in comparative research. I rely on coder-level data from the V-Dem project to assess these biases in a statistical analysis.

DiD10 | Institutionalizing climate change mitigation. Facing challenges on different governance scales

Organisiert von / Organized by: Dr. Jörg Kemmerzell (Technische Universität Darmstadt), Prof. Dr. Christian Flachsland (Hertie School Berlin)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Arbeitskreis „Umweltpolitik / Global Change“

Chair: Dr. Jörg Kemmerzell (Technische Universität Darmstadt), Prof. Dr. Christian Flachsland (Hertie School of Governance)

Discussant: Prof. Dr. Christian Flachsland (Hertie School of Governance), Dr. Jörg Kemmerzell (Technische Universität Darmstadt)

Abstract:

In recent years, climate policy has gained new momentum. This is reflected in ambitious mid-and long-term goals at global, regional, and national scales that, however, require adequate institutional implementation still subjected to severe uncertainties. This panel convenes research advancing our understanding of the institutional dimension of climate policy beyond a focus on policy instruments and examines possible strategies for institutional design.

On a global scale, the adoption of the Paris Agreement in 2015 is often described as a milestone in the world’s fight against anthropogenic climate change. While the agreement has set the clear target to limit the global average temperature, it remains vague when it comes to implementation and institutionalization. On the European scale, the EU has renewed and further substantiated its leadership claims on the green transition by introducing a ‘European Green Deal’, suggesting far-reaching goals and measures.

These developments have serious consequences for institutional and policy design on the national scale. E.g. in Germany, the adoption of the Climate Protection Program 2030 and the Climate Protection Act have raised doubts as to whether existing institutions can meet the ambitiously increased 2030 emission reduction goals of Germany and the EU. In order to achieve these goals on the road to the long-term goal of emission neutrality by 2050, effective decisions must be taken in almost all sectors within a short time span and existing regulations and institutions must be adapted.

The panel particularly welcomes comparative analyses and case studies on the institutionalization of the new climate ambitions.

The panel will be held bilingual in English and German.

Beiträge / Contributions:

Die Energiewende und Treibhausgasneutralität. Herausforderungen am Beispiel der Wasserstoffgovernance

Christine Chemnitz (Technische Universität Darmstadt), Dr. Jörg Kemmerzell (Technische Universität Darmstadt), Dr. Christine Quittkat (Technische Universität Darmstadt)

Abstract:

Die Energiewende stellt Deutschlands zentrales Klimaschutzvorhaben dar. Durch die Anhebung europäischer und nationaler Klimaziele für 2030 in Verbindung mit dem Langfristziel der Treibhausgasneutralität bis 2050 entstehen neue Herausforderungen hinsichtlich der Koordination der Energiewende. Das für die Ziele der Energiewende grundlegende Energiekonzept der Bundesregierung wurde 2019 durch das Klimaschutzprogramm aktualisiert und erfährt durch die 2020 verabschiedete Wasserstoffstrategie eine maßgebliche Erweiterung. In zunehmendem Maße werden nicht nur die energieintensiven Sektoren vor die Herausforderung eines radikalen Umbaus gestellt. Die Nutzung des „neuen“ Energieträgers Wasserstoff und von neuen Technologien – insbesondere auch zur

Sektorkopplung über die Wasserstoffstrategie – gewinnen in einem höheren Maße an Bedeutung, als bislang in vielen Szenarien zugrunde gelegt.

Der Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft stellt vielfältige Anforderungen an die horizontale und vertikale Politikkoordination. Hierzu möchten wir in unserem Paper eine Bestandsaufnahme der bislang entwickelten Strategien und Institutionen in Bund und Ländern zum Thema Wasserstoff vornehmen. Darüber hinaus werden mögliche Probleme bei der Koordination und Konflikte bei der Interessenvermittlung (z. B. Fragen zu den Anwendungsbereichen oder nach dem angemessenen Verhältnis von heimischer Produktion und Importen) analysiert. Im Ergebnis soll das Paper eine erste Analyse der deutschen Wasserstoffgovernance und ihrer Herausforderungen bieten.

How to institutionalize low carbon development in the Global South? Challenges and prospects

Dr. Jens Marquardt (TU Darmstadt), Anna Fünfgeld (Universität Potsdam), JoshuaElsässer (Universität Potsdam)

Abstract:

The adoption of the Paris Agreement in 2015 marked a significant shift from a regulatory to a more flexible climate change regime with voluntary commitments and adjustable mechanisms at its core. While the approach received criticism for its loose legal character, it also offers opportunities for individual and context-specific solutions that shall spur implementation pathways. Countless pledges, initiatives, and projects followed the Paris Agreement. Yet, there is still little measurable progress towards low carbon development and structural changes, especially in the Global South. Governance complexity, powerful vested interests, and conflicting development priorities hinder the institutionalization of climate mitigation efforts.

This paper contributes to a better understanding of how climate mitigation measures can be institutionalized in two ways: 1) We critically assess the role of institutionalization in climate mitigation literature on the Global South. 2) We then propose an analytical framework for investigating the prospects and challenges of institutionalization. We thereby differentiate between four key analytical categories: (1) discourses, (2) organization, (3) policies, and (4) implementation. We combine these categories with a set of conditions that enable or hinder institutionalization. They cluster around structures (geophysical factors, markets, political-administrative configuration, normative order), agency (state- and non-state leadership), and multi-level politics (domestic and inter-/trans-national politics).

The framework is meant to further our understanding of why and under what conditions institutionalization advances at varying speeds in different political contexts. We briefly discuss the framework's applicability in the context of emerging economies and point at future research in the field of low carbon development.

Counter-effects of the US withdrawal from the Paris Agreement: Manifesting the UNFCCC's legitimacy

Laura von Allwörden (Maastricht University)

Abstract:

In 2017 former US president Trump announced the intent to withdraw from the Paris Agreement. This was widely perceived as major challenge to continued cooperation on climate change action. After the experience of the US non-ratification of the Kyoto Protocol in 2001, a feared effect was further member withdrawal leading to the weakening of climate change action, the Paris agreement and thus, the legitimacy of the UNFCCC. Yet, a positive effect of commitment by state as well as non-state actors to the agreement can be traced. Hence, the question emerges: Why did the US withdrawal announcement not harm the UNFCCC's legitimacy but to the contrary underline it? In this article, I argue that, in contrast to 2001, this is due to climate change action being established as the legitimate norm and to the previous engagement of the UNFCCC in this regard. Further, climate change action enjoys a stronger degree of legitimacy internationally than President Trump as global leader. Thus, the announcement can rather be perceived as catalyst to the manifestation of the UNFCCC's legitimacy. To assess this

argument interviews with UNFCCC staff members, COP state negotiators and involved non-state actors were conducted. This article, therefore, seeks to contribute to the emerging literature on the legitimacy of environmental IOs and international cooperation on climate change action.

DiD11 | Parlamente und Verwaltungen in der COVID-19-Krise (I)

Organisiert von / Organized by: Dr. Sven Siefken (Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg), Prof. Dr. Eckhard Schröter (Deutsche Hochschule der Polizei)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Sektion „Regierungssystem und Regieren in der Bundesrepublik Deutschland“

Chair: PD Dr. Sven T. Siefken (Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg),

Discussant: Dr. Dominik Böllhoff ()

Abstract:

Die COVID-19-Pandemie hat weltweit massive Auswirkungen auf alle Gesellschaftsbereiche und Politikfelder entfaltet. In der öffentlichen Wahrnehmung lag der Schwerpunkt der Krisenbewältigung in Deutschland insbesondere auf den Entscheidungen der Regierungen von Bund und Ländern und ihrer informellen Vorbereitung in verschiedenen Koordinationsgremien. Dies führte zu institutionellen Unsicherheiten und der Kritik an einer mangelnden Beteiligung von Parlamenten und Verwaltungen. Doch diese spielten – oftmals abseits der Öffentlichkeit – eine bedeutsame Rolle, die im Rahmen dieses Panels näher beleuchtet werden soll. Dabei geht es um die materielle politische Einflussnahme auf die Politikgestaltung sowohl im Rahmen der „Programmierung“ als auch der „Implementation“ von Reaktionen auf das Infektionsgeschehen und seine gesellschaftlichen Folgen. Ein besonderes Augenmerk ist auf die Interaktionen zwischen den beteiligten Akteuren in den Politiknetzwerken der betroffenen Politikfelder und ihrer horizontalen sowie vertikalen Koordination im föderalen System der Bundesrepublik Deutschland zu richten. Dies umfasst ausdrücklich auch die Kommunalverwaltung, die etwa mit den Gesundheits- und Ordnungsämtern oder der Gewerbeaufsicht zentrale Umsetzungsaufgaben wahrnimmt. Vor dem Hintergrund der ungewöhnlich langanhaltenden Krisensituation sind mögliche Prozesse inhaltlichen, institutionellen und kommunikativen Lernens im Krisenverlauf zu beobachten, um aufzuzeigen, wie das politische System mit den Unsicherheiten der einzigartigen Krisensituation umgegangen ist. Ein Vergleich mit der Bewältigung anderer Krisen ist ebenfalls von Interesse. Zugänge aus der Regierungslehre, der Parlamentsforschung, der Politikfeldanalyse und der Verwaltungswissenschaft sind willkommen und sollen in der gemeinsamen Diskussion aufeinander bezogen und miteinander verbunden werden.

Beiträge / Contributions:

Der Bundestag im Homeoffice. Wahlkreisarbeit deutscher ParlamentarierInnen während der COVID-19 Pandemie

Kevin Wayne Settles (Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Lehrstuhl für Regierungslehre und Policyforschung)

Abstract:

Die seit einem Jahr grassierende Covid-19-Pandemie sorgt weltweit für massive Einschränkungen des öffentlichen Lebens – auch die Arbeit von ParlamentarierInnen bleibt davon nicht unberührt und steht unter Anpassungsdruck. Im Zeitraum von Mai bis Juli 2020 wurden mit 33 Abgeordneten des Deutschen Bundestages Interviews geführt, die sich mit ihrer Arbeit im Wahlkreis unter ‚erschwerten Bedingungen‘ befassten. Sie wurden darüber hinaus über den Einsatz neuer Kommunikationsformate, ihrer Parteiarbeit in der Pandemie hin zu Verständnisfragen der politischen Repräsentation befragt. Das Paper wirft einen allgemeinen Blick auf erste Befunde des Forschungsprojekts, sucht nach Anpassungsstrategien und vergleicht sie mit der Wahlkreisarbeit unter Normalbedingungen.

Krisenkommunikation in Kommunen – Wie können Kommunalverwaltungen angemessene Krisenkommunikation bei Ereignissen wie der Corona-Pandemie betreiben?

Prof. Dr. Henrique Ricardo Otten (Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen), Prof. Dr. Malte Schophaus (Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen)

Abstract:

Kommunen sind immer wieder mit Krisen konfrontiert, die Risiken mit sich bringen und auf die sowohl die Politik als auch die Verwaltung kommunikativ reagieren müssen. Die Krisen können durch sehr unterschiedliche Reichweite und Virulenz geprägt sein. Beispiele liefern lokale Schadensereignisse mit Gefährdungen der ansässigen Bevölkerung oder aber aktuell die Corona-Pandemie.

Gemeinsam ist den Krisen, dass a) sie Risiken erzeugen, b) je spezifische Formen von (wissenschaftlicher) Expertise in ihre Deutung und Bearbeitung involviert sind und c) eine angemessene Kommunikation zur Bewältigung von Krisen eine zentrale Rolle spielt.

Der Umgang mit der Corona-Pandemie von der Seite der Stadt- und Kreisverwaltungen bietet die Möglichkeit, Krisenkommunikation auf lokaler Ebene exemplarisch zu untersuchen. Dabei sind sowohl vorhandene Strukturen zur Krisenbewältigung als auch Prozesse organisationalen Lernens aus der aktuellen Krise von Interesse.

In diesem Beitrag wird ein interdisziplinäres Projekt vorgestellt, bei dem die Thematik „Krisenkommunikation in Kommunen“ aus politikwissenschaftlicher, soziologischer und psychologischer Perspektive erforscht wird. In der Ausnahmesituation der Corona-Pandemie wird untersucht, wie Krisenkommunikation auf kommunaler Ebene funktioniert und in welcher Hinsicht sich Verbesserungsmöglichkeiten zeigen. Dabei werden insbesondere der Aspekt der Risikokommunikation, hier als Teil der Krisenkommunikation verstanden, sowie der Umgang mit Expertise, sowohl externer, als auch innerhalb der der Kommunalverwaltung vorhandener, untersucht. Außerdem werden organisationswissenschaftliche Aspekte, insbesondere zum organisationellen Lernen, einbezogen. Als Ergebnis werden Hinweise zur Gestaltung von Krisenkommunikation in Kommunen vorgelegt.

Politik und Verwaltung in der Pandemie: Warum der "beschützende Staat" nicht immer schützt

Prof. Dr. Eckhard Schröter (Deutsche Hochschule der Polizei)

Abstract:

Die Aufgabe des Staates, Gefahren abzuwehren und für öffentliche Sicherheit und Ordnung zu sorgen, wird zu den vorrangigen Staatsfunktionen gerechnet und gilt in vielen staatstheoretischen Perspektiven gar als konstitutiv für die moderne Staatlichkeit. Die Erfüllung dieser öffentlichen Aufgabe hängt jedoch, von den Ergebnissen des Public Policy-Making-Prozesses ab, der wiederum wesentlich von den politischen Anreizstrukturen für bestimmte Politikprogramme geprägt wird. In Zeiten der Corona-Pandemie reagieren staatliche Institutionen und ihre Akteure mit verschiedenen Politikprogrammen, die unterschiedlichen Policy-Typen zuzuordnen sind. In dem eingereichten Paper wird argumentiert, dass der Umfang und die inhaltliche Ausrichtung der Staatstätigkeit wesentlich von den politischen Anreizstrukturen abhängt, die mit bestimmten Policy-Typen in Verbindung gebracht werden. Mit Bezug auf die These "policies determines politics" (Lowi 1964) und die Policy-Typologie von James Q. Wilson (1973) wird argumentiert, dass für konkrete Maßnahmen des Infektionsschutzes systematisch ein Unterangebot öffentlicher Politik zu erwarten ist, während für Kompensationsmaßnahmen und Transferpolitik regelmäßig ein Überangebot vorhanden ist.

DiD12 | Legitimizing interventions in global/regional governance

Organisiert von / Organized by: Simone Schnabel (Peace Research Institute Frankfurt (PRIF)), Dr. Linnéa Gelot (Folke Bernadotte Academy (FBA), Sweden)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Arbeitskreis „Europa- und Regionalismusforschung“

Chair: - Simone Schnabel (Peace Research Institute Frankfurt (PRIF)), Dr. Linnéa Gelot (Folke Bernadotte Academy)

Discussant: Dr. Linnéa Gelot (Folke Bernadotte Academy)

Abstract:

The legitimation efforts of international and regional organizations have been subject to increasing attention within research on IR and regionalism. The existing literature is mainly scrutinizing legitimation discourses with regard to the organization itself as well as how the latter is governed. In their legitimation efforts – as a response to their growing politization in world politics –, organizations increasingly address their democratic deficits, and refer to democratic as well as functionalist norms, e.g. their ‘performance’. However, their actions and policies are often not the focus of analysis. In the field of peace and security, both military and non-military interventions constitute enactments of policies which, due to their far-reaching exercise of international/regional authority of the implementing organization, require legitimation vis-à-vis different audiences. For example, regional organizations such as the African Union have wide-ranging powers to intervene in member states in resolving conflict and responding to unconstitutional changes of government. Whereas peacebuilding scholarship has pointed to the contestation of this kind of authority within the countries concerned, little attention has been paid to the legitimation practices and discourses of intervening organizations with regard to their most impactful conduct: interventions. In what ways organizations seek legitimacy of their interventions as well as how far they succeed in doing so remains understudied. Therefore, the panel aims at discussing the following questions: How do international/regional organizations seek to legitimize (non-)military interventions? Which audiences are addressed by which legitimation strategies? Why and how do legitimation practices and discourses differ with regard to the object of legitimation – the organization itself and its interventions? What approaches are best suited to grasp the contestedness of different legitimation practices and discourses as well as their effects in different intervention settings/contexts?

Beiträge / Contributions:

APSA and the legality of military interventions in Africa, an assessment of the pyramid strategy

Dr. Ricardo Real P. Sousa (Universidade Autónoma de Lisboa (UAL))

Abstract:

The legality of foreign military interventions is an important characteristic of the global governance system. With a few exceptions, the United Nations Security Council (UNSC) has the primacy over the decisions to intervene militarily in a country. Nevertheless, in Africa a significant number of military interventions start without UNSC authorization. Intervening actors, countries or International Organizations, have different strategies to legitimize their interventions. One strategy is to seek approval by higher multilateral organizational levels, as in a pyramid of growing legitimacy: from the sub-regional (e.g. ECOWAS), to the regional (e.g. AU) and the global level (UN). This paper investigates this practice in Africa with a new dataset of military interventions and their authorizing actors. The results confirm a pyramid strategy (bottom-up legitimation) when a state intervenes in a country with large population with protracted conflicts. There is also a process of “middle up legitimation”, when the intervention is initiated by a sub-regional or regional organization and ends with an intervention by the UN. Finally, several non-authorized state interventions never climb the pyramid of legitimation, normally occurring in shorter conflicts or in smaller countries. These results are analyzed having in mind the African Peace and Security Architecture (APSA) and its principle of subsidiarity.

Everyday legitimation of international organizations: Justifying contested interventions of the African Union

Simone Schnabel (Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK))

Abstract:

IR legitimacy research has paid significant attention to the (political) process of gaining, maintaining and contesting legitimacy in global governance in recent years. However, international organizations' enactments of policies are often not in the focus of legitimation analysis. This is due to legitimacy research's theoretic distinction of legitimation as seeking and generating 'diffuse support' for the organization as a whole – rather than 'specific support' for a particular policy (Easton 1965). However, peacebuilding scholarship has revealed that both military and non-military interventions constitute enactments of policies which, due to their far-reaching exercise of international authority of the intervening organization, require legitimation vis-à-vis different audiences.

Whereas African regional organizations are an active part of the trend towards democratic (self-) legitimation, with the Pan African norm relating to unconstitutional changes of government, they have wide-ranging powers to influence and shape post-coup political order in member states. Based on interview research at the African Union Commission's Headquarter in Addis Ababa, this paper argues that, rather than limiting legitimation to a strategy to generate 'diffuse support', it is "something people do" (Barker 2001), observable in the concrete places of everyday life. Contrarily to the AUC's people-centered narrative in official documents as well as the creation of new participative structures in past decades, the analysis reveals how the AU remains highly state-centric when it comes to legitimizing (contested) interventions and their outcome, referring to a minimal democratic consensus based on sovereignty, constitutionalism and the rapid installation of a civilian government. For legitimation research this implies looking beyond official discourse and the creation of new democratic institutions in global governance, but include studying how those implementing 'authoritative' policies within the organization, defend and argue how (regional) interventions are enacted and eventually respond to contestation from within member states.

Inside and outside legitimization: exploring the legitimization strategies of the African Union, Economic Community of West African States and the United Nations during the Mali crisis

Dr. Martin Welz (Universität Hamburg)

Abstract:

This paper scrutinizes the legitimization efforts of the African Union, the Economic Community of West African States, and the United Nations during the planning phases of the interventions in Mali with the goal to identify the strategies they used and the obstacles they faced. I will show that the organizations – herein the bureaucracies of the organizations – had to address two distinct audiences in order to legitimate their intervention. One legitimization strategy was directed towards the member states. Addressing the inside audience of the organization served the purpose to convince member states to support the bureaucracy, which needed a mandate, funds, and troops to start an intervention. The other strategy was directed towards the wider international audience and was meant to receive this audience's backing, too. Put differently, the organizations not only had to explain the need for an intervention to the inside, but also had to justify their bid to the outside to convince actors beyond the member states that they should serve as the responsible organization. I will use the case study Mali to shed light on these double-faced legitimation strategies, explore how the inside and outside legitimization strategies differed, and how the strategies of the different organizations interacted with one another. In doing so, I will draw on data from fieldwork at the headquarters of the African Union, the Economic Community of West African States, and the United Nations as well as in the capitals of pivotal states.

Terms of engagement: The (de)legitimation of UN peacekeeping on social media

Dr. Julia Leib (Universität Potsdam)

Abstract:

New technologies are not only transforming the nature of political conflict but also the ways in which international actors respond to it. With the introduction of social media as a new form of public communication, the UN has now a tool at its disposal to directly relate to its global public and increase the legitimacy of its peace operations. However, very little is known about the role social media can play for the transformation and prevention of conflicts and in support of UN peacekeeping missions. With the potential of public communication on social media thus unknown, this paper assesses digital communication patterns of the UN Mission in South Sudan (UNMISS) as an exploratory case study for the broader potential of peace operations using (or misusing) social media for outreach and digital diplomacy. Data is collected on all Facebook posts published by UNMISS from August 2011 until the end of 2020. I use qualitative content analysis to determine how the peacekeeping mission engages with its audience, how it frames and legitimizes its engagement, and what broader topics and discourses are being addressed. The aim is to gain a concise understanding of the ways in which UNMISS uses social media as a communication tool in order to increase the mission's legitimation by (1) collecting data on social media communication of UNMISS and coding these according to several categories; and (2) analyzing the scope conditions that explain certain communication patterns by UNMISS.

DiD13 | Lokale Konflikte und Konfliktstrukturen (I)

Organisiert von / Organized by: Jan Pollex (Universität Osnabrück), Martin Gross (LMU München)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Arbeitskreis „Lokale Politikforschung“

Chair: Dr. Jan Pollex (Universität Osnabrück)

Discussant: Dr. Martin Gross (LMU München)

Abstract:

In den letzten Jahren und im Zuge verschiedener krisenhaften Entwicklungen ist deutlich geworden, dass gerade auch Städte und Gemeinden Orte politischer Debatten darstellen. Zunehmend werden nationale oder gar globale politische und gesellschaftliche Entwicklungen auch im lokalen Kontext behandelt. Politische Konflikte spielen damit auf allen Ebenen des politischen Systems der Bundesrepublik eine Rolle. So haben sich beispielsweise einige Gemeinden im Rahmen der Umwelt- und Klimapolitik dazu entschieden, lokale Maßnahmen zu ergreifen, um eine Transformation zur klimaneutralen Kommune zu gewährleisten (z.B. durch die Erklärung eines Klimanotstandes) oder eine nachhaltige globale Entwicklung durch lokale Entscheidungen zu fördern. Gerade in Großstädten und Metropolen haben zudem Bevölkerungswachstum und -veränderungen zu Auseinandersetzungen um Gemeingüter geführt, die sich u.a. in heftigen politischen Debatten im Bereich der Verkehrs- und Mobilitätspolitik entladen. Zunehmend entstehen lokale Konflikte um die Deutung politischer Probleme, lokalpolitischer Prioritäten oder konkreter Entscheidungen. Welche Rolle hierbei Parteien und lokale Akteure aus der Wirtschaft oder gesellschaftliche Bündnisse spielen, ist bisher aber vergleichsweise selten untersucht worden. Ziel des Panels ist es, theoretische und empirisch-analytische Arbeiten zu lokalen Konflikten und Konfliktstrukturen zusammenzutragen, um ein umfassenderes Bild zum politischen Wettbewerb auf kommunaler Ebene zu erhalten.

Wir freuen uns sowohl über Einzelfallstudien als auch über vergleichende Analysen u.a. zu den folgenden Themenbereichen:

- Parteiendifferenzen bei der Formulierung und/oder Verabschiedung lokaler Maßnahmen
- Zentrum-Peripherie und/oder Stadt-Land-Unterschiede
- Handlungsspielräume lokaler politischer Akteure in einzelnen Politikfeldern
- Relevanz und Wirken zivilgesellschaftlicher Akteure
- Zusammenspiel zwischen direkt gewählten Bürgermeister:innen und Mitgliedern der kommunalen Vertretungskörperschaften
- Konflikthaftigkeit kommunaler Wahlkämpfe
- Konflikte zwischen Mehrheits-und Oppositionsfraktionen in kommunalen Vertretungskörperschaften

Beiträge / Contributions:

Alles bleibt anders. (Ober-)Bürgermeister_innenwahlkampf in Zeiten der COVID-19 Krise

Benjamin Garske (FernUniversität Hagen, Institut für Politikwissenschaft, Lehrgebiet IV: Politik und Verwaltung (Prof. Dr. Lars Holtkamp))

Abstract:

Weitreichende Veränderungen des institutionellen Settings (Kommunalverfassung, Wahlrecht, etc.) machten die (Ober-)Bürgermeister_innen peu à peu zur Gallionsfigur der kommunalen Selbstverwaltung (Gehne 2012: 10). Die steigende Zahl an Analysen insb. zum Wahlakt spiegelt den Bedeutungsgewinn der/des (Ober-)Bürgermeisterin/s innerhalb des kommunalpolitischen Entscheidungs- und Willensbildungssystems im Zeitverlauf sicherlich wider (kritisch vgl. Glock 2017: 176; neuere vergl. Arbeiten: Holtkamp/Garske 2020, Holtkamp et al. 2020, Gehne 2020).

Alle (auch ältere) Studien eint dabei, dass ein Faktor deutlich hervortritt: die hohen Wiederwahlchancen kandidierender Amtsinhaber_innen. Mithin glaubt die Wählerschaft zu erkennen, dass etablierte, erfahrene (Ober-)Bürgermeister_innen besser in der Lage sind, Problemlösungen anzugehen als neue,

unbekannte Herausforder_innen, dass Amtsinhaber_innen mittels Klientelpolitik gezielt Teile der Wählerschaft weit vorher schon überzeugen – und wichtiger denn je – dass sich Amtsinhaber_innen durch kluges Krisenmanagement hohe Zustimmungswerte erarbeiten können. Zugleich stellt die lokale Politikforschung regional typische Muster der Parteipolitisierung von (Ober-)Bürgermeister_innenwahlen heraus, wenngleich in deutlicher Abhängigkeit zur Einwohnerzahl der Kommune – all dies allerdings stets in einer Wahlarena ohne Zäsur des öffentlichen Lebens.

Das ist neu und stellt alte Erklärungsansätze vor die Frage, inwieweit in Zeiten der COVID-19 Krise stärker denn je (Sozial-)Profile und Einstellungen einerseits, Nominierungsprozesse und zeitgenössische Wahlkampf(-instrumente) andererseits Wahlsiegchancen bestimmen und wichtiger, inwieweit klassische, elaborierte Einflussfaktoren (e.g. Einwohnerzahl, Amtsinhaberkandidatur und Parteizugehörigkeit) letztlich an Erklärungskraft verlieren oder überlagert werden.

Im Ergebnis bleibt alles anders. Die vorgestellte Analyse stützt sich dabei auf eine zum Zeitpunkt der Kommunalwahl 2020 durchgeführte Erhebung mittels Fragebogen an alle (Ober-)Bürgermeisterkandidat_innen der 396 kreisfreien und kreisangehörigen Kommunen Nordrhein-Westfalens.

Trägt die Bürgerversammlung zur Demokratiebelebung sowie zur Konfliktentschärfung bei? Eine vergleichende Analyse von bayerischen Kommunen

Martha Suda (Lehrstuhl für Vergleichende Politikwissenschaft und Systemlehre; Julius-Maximilians-Universität Würzburg)

Abstract:

Im Rahmen des wachsenden Forschungsfeldes der Bürgerbeteiligung finden Ansätze wie Bürgerentscheide und Bürgerbegehren viel Beachtung. Der Freistaat Bayern hat mit dem Art. 18 der bayerischen Gemeindeordnung im Vergleich zu anderen Bundesländern ein ergänzendes und weitreichendes kommunales Mitbestimmungsrecht kodifiziert, welches noch weitgehend unerforscht ist.

Die Bürgerversammlung, die jährlich einberufen werden muss, dient – neben der Informationsvermittlung an Gemeindebürger*innen – vor allem der Formulierung von Empfehlungen der Bürgerschaft, die anschließend der Gemeinderat innerhalb einer Frist von drei Monaten behandeln muss. Damit bietet dieses Partizipationselement eine zusätzliche Möglichkeit Einfluss auf die Kommunalpolitik zu nehmen.

Im Rahmen der Studie werden die Akteure, die das Mitspracheinstrument nutzen/instrumentalisieren, betrachtet und es wird der Frage nachgegangen, ob die sogenannte Flüchtlingskrise einen Einfluss auf die Nutzung und das Agenda Setting der Bürgerversammlung hatte. Zudem wird analysiert, inwiefern Parteiendifferenzen bei der Durchführung und Bewertung dieser Beteiligungsmöglichkeit eine Rolle spielen und welche Wirkung das Partizipationsinstrument im Hinblick auf die Responsivität und auf die Vorbeugung von Petitionen und Bürgerentscheiden (Präventionspotenzial) entfaltet.

Für die Überprüfung der Untersuchungsannahmen liegt der Schwerpunkt meiner Forschung auf der Analyse der komparativen Case-Studies. Für die Fallstudien wurden zehn oberbayerische ländliche Kommunen, die sich durch die unterschiedliche Parteizugehörigkeit der Bürgermeister*innen divergieren, durch persönliche, leitfadengestützte Experteninterviews untersucht. Zum anderen wurden lokale Journalist*innen (Außenansicht), die die Bürgerversammlungen und die Gemeinderatssitzungen in den befragten Kommunen begleitet/dokumentiert haben, schriftlich befragt.

Die Studie verfolgt zwei Ziele: Erstens liefert sie einen Einblick in die kommunale Praxis der Bürgerversammlung (Funktionslogik). Zweitens lässt sich prüfen, ob sie zur Belebung der Demokratie und zur Entschärfung von kommunalpolitischen Konflikten beiträgt.

DiD14 | Neuere Formen Internationaler Kooperation: Entstehung, Funktionsweise und Effekte

Organisiert von / Organized by: Prof. Dr. Diana Panke (Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Seminar für Wissenschaftliche Politik), Dr. Sören Stapel (Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Seminar für Wissenschaftliche Politik)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Sektion „Internationale Beziehungen"

Chair: Prof. Dr. Diana Panke (Universität Freiburg), Dr. Sören Stapel (Universität Freiburg)

Discussant: Prof. Dr. Diana Panke (Universität Freiburg), Prof. Dr. Bernhard Zangl (LMU München)

Abstract:

Die Untersuchung des Entstehens und der Dynamik von Kooperation auf internationaler Ebene ist zentraler Gegenstand der Internationalen Beziehungen (IB). Dabei stehen meist Staaten und internationale sowie regionale Organisationen und Regime im Vordergrund, deren Anzahl stark nach Ende des Zweiten Weltkrieges und nochmals nach Ende des Ost-West-Konflikts zugenommen hat.

Dieses Panel möchte das Augenmerk auf neuere und untypischere Formen internationaler Kooperation legen, die bislang weniger Aufmerksamkeit in den IB erlangten. Diese umfassen formalisierte sowie informelle und hybride Zusammenarbeit zwischen internationalen und regionalen Organisationen (z.B. Netzwerke innerhalb und außerhalb von Regimekomplexen, inter-organisationale Kooperation), interregionale Kooperation zwischen Regionalorganisationen (mit und ohne überlappende Mitgliedschaften), und die institutionalisierte Zusammenarbeit internationaler oder regionaler Organisationen mit nicht-staatlichen Akteuren (z.B. durch Netzwerke oder New Modes of Governance).

Wir suchen deshalb Papiere, die eine oder mehrere der folgenden Fragestellungen adressieren und so neue theoretische und empirische Einblicke in neuere Formen internationaler Kooperation ermöglichen.

(1) Wie und unter welchen Bedingungen kommt es zur Entstehung neuerer Kooperationsformen in den internationalen Beziehungen? Spielen die zunehmende Polarisierung und Unsicherheit, die sich aus dem Erstarken von Populismus und Autokratisierung ergeben, hierbei eine Rolle?
(2) Wie sehen diese Kooperationsformen aus und wie lassen sich beobachtete Unterschiede hinsichtlich des institutionellen Designs (Autorität (z.B. Pooling und Delegation), Mandatsbreite, Mitgliedschaft, Legalisierung) erklären?
(3) Wie funktionieren diese neueren Formen internationaler Kooperation und welche Rolle spielt deren Funktionsweise für deren Performanz? Wie und unter welchen Bedingungen können die verschiedenen neueren Formen internationaler Kooperation Effektivität und Legitimität des Regierens jenseits des Nationalstaats beeinflussen?

Beiträge / Contributions:

Coping with overlap? Cooperation between Regional International Organizations in the 21st Century

Prof. Dr. Diana Panke (Universität Freiburg), Dr. Sören Stapel (Universität Freiburg)

Abstract:

Over the years, regional international organizations (RIOs) have increased in numbers, gained ever more member states, policy competencies and authority, and have become important for governance beyond the nation-state. These tendencies have resulted in overlapping regionalism, as an increasing number of RIOs shares some of its member states with other RIOs and, at the same time, is equipped with identical policy competencies. Overlaps potentially induce conflicts between RIOs and negative consequences, such as duplication of efforts and waste of resources, inconsistent rules and norms, ambiguities, and non-compliance. Some RIOs seek to cope with potential conflicts arising from overlaps with one another through cooperation, while others do not. Hence, the question arises why do RIOs differ in their inclination to (not) cooperate with each other? To answer the question, we develop

hypotheses drawing on the literature of international and multilateral cooperation and extend them to the regional domain. Empirically, the paper draws on a novel, unique database on the presence, scope, and depth of cooperation between RIOs (under the condition of overlap). We argue that the extent of cooperation depends on the configuration of capacities, willingness, demand, and opportunities of RIOs.

Greening Global Governance. The Role of Non-Governmental Organisations in Environmental Mainstreaming of International Organisations.

Dr. Thomas Dörfler (Universität Potsdam), Mirko Heinzel (Universität Potsdam)

Abstract:

The last decades have seen a remarkable expansion of the policy scope International Organisations (IOs) cover. One of the most common policy areas that has been mainstreamed into the policy scope of various IOs is environmental policy. The literature on IO policy scope expansion has primarily focused on differences in membership or institutional design. However, case study evidence suggests that NGOs were crucial in driving IO mainstreaming of gender, human rights, or environmental issues. We aim to explore the role international NGOs (INGOs) play by analysing the determinants of environmental mainstreaming. We hypothesise that the direct access of INGOs secretariats to IOs secretariats affects their influence. INGOs, whose headquarters are in proximity to the headquarters of IOs, are more likely to affect an IOs expansion into environmental policy. We test this explanation by utilising a novel dataset on the strength of global civil society in proximity to the headquarters of 74 IOs between 1950 and 2017. Three findings stand out. First, the more environmental INGOs have their secretariat in proximity to IOs, the more likely this IO mainstreams environmental policy. Second, the location of INGO secretariats is a much stronger predictor than national NGOs secretariat location or INGO membership. Third, the contribution of proximate INGOs is similar to the explanatory power of diffusion among IOs or member states' preferences. The findings enable understanding the extent of INGO contributions to IO scope expansion and have implications for the literatures on IO design, IO access and non-state actor influence in IO policymaking.

Informelle internationale Regierungsorganisationen: Konzeptionelle und empirische Grundlagen

Steve Biedermann (Friedrich-Schiller-Universität Jena)

Abstract:

In der gegenwärtigen internationalen Politik lässt sich beobachten, dass Staaten häufig im Rahmen von informellen Kooperationsformaten miteinander agieren, die u.a. als Clubs oder Ad-hoc-Koalitionen bezeichnet werden. Beispiele für derartige Formate sind in zahlreichen Politikfeldern wie der Wirtschafts- und Umweltpolitik oder auch der internationalen Konfliktbearbeitung zu finden. Obwohl diese Beobachtung nicht grundsätzlich neu ist, wurden informelle Prozesse im Allgemeinen und informelle Kooperationsformate im Besonderen lange in der akademischen Debatte vernachlässigt. Neben einer systematischen Terminologie mangelt es an konzeptionellen und theoretischen Grundlagen sowie einer umfassenden Aufarbeitung der Empirie. Ausgehend von diesem Befund verfolgt dieser Aufsatz drei Ziele, mit denen ein Beitrag zur systematischen Auseinandersetzung mit sog. informellen internationalen Regierungsorganisationen (IIROs) geleistet, relevante Arbeiten und Forschungsstränge zusammengeführt und ein Ausgangspunkt für weitere Arbeiten in diesem Feld gelegt werden soll. Erstens werden die konzeptionellen Grundlagen von IIROs und ihre Bedeutung für die systematische Erfassung und Diskussion informeller Kooperationsformate diskutiert. Zweitens wird die Frage erörtert, wie diese Organisationen mit Blick auf ihr institutionelles Design governance ausüben können. Drittens wird schließlich durch die Auswertung einer Datenbank ein Einblick in die Empirie von IIROs gegeben. Diese umfasst über 150 Fälle zwischen und beinhaltet u.a. Daten zur Gründung, Auflösung, Anzahl, Zusammensetzung und zum jeweiligen Tätigkeitsfeld der jeweiligen IIROs. Die Ergebnisse ermöglichen eine Typologisierung und zeigen u.a., dass IIROs vermehrt auftreten, in nahezu allen Politikfeldern zum Einsatz kommen und von Staaten aus allen Weltregionen genutzt werden.

Schlüsselwörter: informelle internationale Organisationen, informelle Regierungsführung, Informalisierung der internationalen Politik

New forms of international cooperation: the rise of hybrid anti-impunity commissions in Latin America (and elsewhere)

Prof. Dr. Theresa Reinold (Universität Duisburg-Essen)

Abstract:

The present paper investigates the rise of a new type of hybrid actor in global judicial governance, the prototype of which was the Comision Internacional Contra la Impunidad en Guatemala (CICIG). CICIG replicas later spread to Honduras, Ecuador and El Salvador, and the European Union has undertaken a similar project as part of its stabilization endeavors in Kosovo (EULEX). Interestingly, though, the new hybrid anti-impunity commissions are barely known outside specialist circles and remain largely under-researched. This is somewhat surprising, given that some of them have been credited with producing transcendental results and are considered to be particularly promising models worth replicating in other states.

The particular mode of cooperation these commissions entail is highly innovative and unprecedented; CICIG, for instance, had many of the attributes of an international prosecutor, but it operated under Guatemalan law, in the Guatemalan courts, and it followed Guatemalan criminal procedure. While CICIG did assume some of the sovereign prerogatives traditionally seen as falling within the domaine réservé of the host state, compared to international or hybrid criminal tribunals, CICIG entailed significantly lower sovereignty costs.

The present contribution is primarily interested in fleshing out the scope conditions under which these new hybrid forms of cooperation can have a lasting impact upon the rule of law. Put differently, which external and internal variables have to coincide in order for hybrid anti-impunity commissions to be effective, i.e. to plant and consolidate a culture of the rule of law in their host states?

DiD15 | Of women*, mountains & algorithms: Reframing political agencies

Organisiert von / Organized by: Dr. Johanna Leinius (Universität Kassel), PD Dr. Franziska Martinsen (Leibniz Universität Hannover/Universität Duisburg-Essen)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Sektion „Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik“, Sektion „Politik und Geschlecht“, Themengruppe „Diskursforschung“

Chair: Dr. Johanna Leinius (Universität Kassel),

Abstract:

Globally felt and mediated crises like climate change, the COVID-19-pandemic, and mass migration have increased the need of political decision-makers to consider a variety of views and a multitude of information in order to ensure legitimacy, efficiency and effect.

Movements like #Blacklivesmatter, #Niunamenos or indigenous peoples resisting mining projects, however, are only the most visible symptoms of contemporary democracies’ continuing failings to make the lived experience and knowledge of all members of a society count in political decision-making.

Approaches as different as feminism, postfoundationalism, postcolonial studies, posthumanism, actor-network-theory, and political ontology have engaged with these issues. They have laid open the exclusions inherent in the supposedly universal notion of citizenship, scrutinized how colonization has installed a zone of non-being whose inhabitants do not count as political subjects and criticized the idea of the human as sole political agent. Debates concerning algorithmic editing and decision-making or the existence of social worlds in which earth beings like mountains count as political subjects have also posed the question of who creates political knowledge and who is recognized as political subject anew.

These debates touch the very basis of the political: Whose social realities, experiences, grievances, and demands matter when taking decisions about common concerns? Who is counted as a member of a political community? How are decision-making-processes organized? How are the borders of the political policed and with what effects?

We invite papers that engage with these questions empirically and/or theoretically. Women* and people with multiple marginalised identities are encouraged to apply.

Beiträge / Contributions:

Autonomous weapons systems, technological agency, and anthropomorphisms

Dr. Berenike Prem (Universität Bremen, Institut für Interkulturelle und Internationale Studien (InIIS))

Abstract:

The potential rise of autonomous weapons systems (AWS) puts into question modernist-liberal understandings of agency as an exclusive human attribute. AWS, if enacted, would not only be technologically advanced enough to track and engage targets autonomously, but they also hold out the promise of becoming a moral agent in their own right. The debate about AWS is replete with anthropomorphisms that evoke imaginaries of the machine-as-human. The idea of “meaningful human control” (MHC) has emerged as a powerful counter-narrative, conjuring a future in which AWS can be fully controlled by humans. This paper critically analyzes such socio-technical imaginaries which obscure the ways in which humans and machines are entangled and interact with one another. In line with scholars from Science and Technology Studies, I argue that to understand how AWS “act”, we need to adopt a relational understanding of agency. Drawing on examples from existing algorithmic technologies and hypothetical scenarios, I show how humans and AWS are intertwined in socio-technical assemblages and how their interactions are prone to produce inadvertent effects. First, AWS–however sophisticated they might be–cannot be separated from their human designers because the data that is fed into algorithms always reflects human biases. As such, AWS are likely to reproduce inequality and discrimination by design. Second, a user’s ability to retain situational awareness and deliberate choice about a target, as the concept of MHC envisions, is heavily circumscribed by the technology itself, with serious consequences for civilians, accountability, and human dignity.

Intersectionality and Algorithmic Content Moderation in a networked public sphere: Shedding light on the European Digital Services Act

Dr. Anna Antonakis (FU Berlin)

Abstract:

Our technological infrastructure rapidly affects all aspects of our life and has deeply transformed access to information systems and political decision makings on a global level. Drawing from Actor-Network and Intersectional Theory, I argue that debates in these "networked publics" (boyd, 2010) must be regarded within socio-technological systems where the interrelation of intersecting power structures in society and technologies must be analyzed.

Algorithms as new "actors" appear to help to structure these new complex public spheres. Algorithmic moderation systems are deployed to conduct content moderation at large scale by major social media platforms, such as Facebook and Twitter for user-generated content (Gorwa, Binns, Katzenbach, 2020). They hereby shape and construct media surroundings, channel information flows and define discourses via content regulation.

Intersectional perspectives on technology dismantle the "myth" of the neutrality of algorithmic decision makings and show how they reproduce same social inequalities and deepen discrimination. While intersectional inquires in a digital age need to include "everything from representation to hardware" (Noble & Tynes 2016, p.6) I will investigate current negotiations around policies regulating this decision-making power of algorithms at the supranational level, focusing on AMS.

However, these automated decision-makings remain black boxes and escape public scrutiny: The regulation of content -although of common concern- appear to become depolitized. In this regard, I will analyze the Digital Service Act (DSA) that is currently under preparation as a legislative initiative by the European Commission to set a regulatory framework. It aims to „create a safer digital space in which the fundamental rights of all users of digital services are protected." (EC)

I ask what fields of content moderation the DSA attempts to tackle? How has intersectional justice been addressed?

Resisting Body-Territories – Indigenous Women positioning Nature as a Political Subject

Anja Habersang (Ruhr-Universität Bochum und Hochschule Fulda)

Abstract:

In order to analyse the construction of nature as a political subject, this paper focuses on how the indigenous women's positioning as 'body-territory' disrupts the idea of the human as sole political agent. An in-depth case study of the 'Indigenous Women's Movement for Buen Vivir' in Argentina will reveal how these actors resist in contemporary land and resource conflicts. Empirical data collected in 2019 shows that the indigenous women critique the present day as a crises-ridden dystopian age. In turn, they aim to make the future possible by (re)constructing a reciprocity with nature as well as one between humans and other-than-human beings, in short, Buen Vivir. This understanding of reciprocity with nature is reflected by their positioning as 'body-territory', which links the indigenous women's struggle to defend their territories against extractivist resource exploitation with the one against intersectional discrimination and historic violation of their bodies. By highlighting the intersection between body and nature, they disrupt the boundaries between humans and nature and radically question the anthropocene narrative. The positioning of nature as a political subject is reflected by the women's claims of recognising the rights of nature as well as Buen Vivir as a right. Both the notion of Buen Vivir and the conception of body-territory are proposals for a decolonialization process and a political call to overcome capitalist, extractivist and patriarchal exploitation and exclusion, a base for a new 'civilizational model'. Through turning nature into a political subject, decision-making-processes can be democratized, paving the way for a socio-ecological transformation.

DiD16 | Ordinary Citizens and Democratic Backsliding I: Diagnosing the Problem

Organisiert von / Organized by: Dr. Marlene Mauk (Gesis - Leibniz Institute of the Social Sciences), Alexander Wuttke (Mannheim Centre for European Social Research)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Arbeitskreis „Demokratieforschung“

Chair: Dr. Marlene Mauk (Gesis - Leibniz Institute of the Social Sciences), Alexander Wuttke (Mannheim Centre for European Social Research)

Discussant:

Abstract:

In recent years, liberal democracy as a form of government has been challenged both from within and from the outside. According to V-DEM data, one-third of the world's population now lives in countries in which the democratic quality is in decline. While a burgeoning literature has begun to investigate the institutional or economic correlates of democratic backsliding, the role of ordinary citizens is still poorly understood. This is surprising. Ever since the classical studies on democracy conducted in the post-WWII period, political science has considered the citizenry a crucial factor for the longevity of democratic political systems. In a time of crisis for democracy, the role of citizens in upholding the liberal form of self-governance seems more relevant than ever. However, both empirically and theoretically, basic questions on the role of citizens in processes of democratic deconsolidation are unresolved. This double panel assembles contributions that examine ordinary citizens both as a potential cause of democratic backsliding as well as their reaction to these processes. Contributions in part I examine (changes in) citizens' attitudes towards democracy and how these may accelerate or prevent democratic backsliding. Building on these insights, part II turns to the search for potential countermeasures, studying how citizens can be brought back into the democratic fold.

Beiträge / Contributions:

Democratic Horizons: What Value Change Reveals about the Future of Democracy

Prof. Dr. Christian Welzel (Leuphana University Lüneburg)

Abstract:

Recent accounts of democratic backsliding are negligent about the cultural foundations of autocracy-vs-democracy. To bring culture back in, I demonstrate that (1) the countries' membership in culture zones explains some seventy percent of the global variation in autocracy-vs-democracy and (2) that this culture-bound variation has remained astoundingly constant over time—in spite of all the trending patterns in the global distribution of regime types over the last 120 years. Furthermore, the explanatory power of culture zones over autocracy-vs-democracy roots in the cultures' differentiation on "authoritarian-vs-emancipative values." Against this backdrop, lasting regime turnovers happen as a corrective response to glacially accruing regime-culture misfits—driven by generational value shifts into a pre-dominantly emancipatory direction. Consequently, the backsliding of democracies into authoritarianism is limited to societies in which emancipative values remain under-developed. Contrary to the widely cited deconsolidation-thesis, the prevalent generational profile in people's moral orientations exhibits an almost ubiquitous ascension of emancipative values that will lend more, not less, legitimacy to democracy in the future.

Defenders of democracy? How democratic attitudes relate to political participation

Carsten Wegscheider (Universität Salzburg), Dr. Marlene Mauk (GESIS - Leibniz Institute for the Social Sciences)

Abstract:

Recent incidents of democratic backsliding have brought renewed attention to the significance of citizens' views of and attitudes towards democracy for the stability of democratic regimes. Yet, while

political-culture research typically places great importance on citizens' democratic attitudes, we know little about how democratic attitudes contribute to protecting democracy. Although the protection of democracy may rest on citizens actually acting upon their (democratic) attitudes, few studies have examined how democratic attitudes relate to political behavior. Our contribution is therefore interested in examining the relationship between democratic attitudes and political behavior. Prior research has shown that democratic attitudes typically relate to increased political participation, but these studies have not taken into account the regime context: how do variations in democratic quality affect the relationship between democratic attitudes and political behavior? Distinguishing between institutionalized and non-institutionalized political participation, we suggest diverging effects: On the one hand, in high-quality democracies, we expect citizens to express their democratic attitudes primarily through formal political participation as they conceive the democratic process as the primary means to participate in politics. In contrast, in low-quality democracies, we expect citizens with more democratic attitudes to engage primarily in informal political participation as they may find formal political participation to be a less and less viable venue to express their political preferences and to increasingly see the need for protest action. Combining survey data from the World Values Survey and European Values Study (2017-2020) with data from the V-Dem project, we test these hypotheses for democracies around the world.

Rationalizing Democracy: The perceptual bias of democratic and undemocratic behavior

Dr. Suthan Krishnarajan (Aarhus University)

Abstract:

Democracy often confronts citizens with a fundamental choice: to accept undemocratic behavior in order to gain politically or to stand firm on democracy while losing out on policy. While studies repeatedly demonstrate that citizens prefer to win politically at the expense of democracy, little is known about how citizens understand democracy and non-democracy in such situations. This study argues that citizens avoid this dilemma altogether by rationalizing their perceptions of democracy: when incumbents act undemocratically in order to promote desirable policy, citizens find ways to perceive the behavior as democratic; when incumbents act according to democratic rules to advance unwanted policy, citizens muster up arguments to consider it undemocratic. A pre-registered survey-experiment in the United States—replicated in eight West-European countries—provides strong support to the argument. By demonstrating the perceptual logic of democracy, these findings yield important implications for understanding why citizens often accept undemocratic behavior in today's democracies

Whatever it Takes? When do "winners" reject political processes due to democratic violations.

Dr. Eri Bertsou (University of Zurich), Dr.Hannah Werner (KU Leuven)

Abstract:

Recent examples like Boris Johnsons' choice to prorogue parliament in the UK, the impeachment trial in the US and juridical reforms in Poland, show that some political elites have no qualms about bending the rules of the democratic game just to achieve desired goals. Concerns around democratic backsliding in established democracies raises the question: Will citizens reject procedural violations and punish political actors for their conduct? Evidence from public opinion polling and media coverage so far shows that, like politicians, citizens will accept procedural violations as long as they get their desired outcome. Procedural fairness research shows that the favourability of the outcome strongly shapes citizens evaluations of the legitimacy of the process and their decision to accept results. However, past research has focused on how increases in process quality can improve the legitimacy perceptions of decision losers. As a result, we know little about whether and when winners will play their democratic part and reject processes that entail democratic violations. This function is critical in maintaining fair democratic procedures and shielding systems from democratic backsliding. Our paper addresses this question using original survey data and experimental data collected in the UK in 2019 and 2020, to identify a tipping point, whereby outcome "winners" will reject political processes with democratic flaws.

DiD17 | Peace, Democracy and Federalism in Ethiopia

Organisiert von / Organized by: Dr. Sonja John (Berlin School of Economics and Law), Dr. Berihun Adugna Gebeye (Max Planck Institute for Comparative Public Law and International Law), Jalale Getachew-Birru (Erfurt Universität)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s):

Chair: Dr. Kalewongel Minale (Bahir Dar University, Ethiopia)

Abstract:

Ethiopia, in less than half a century, is transformed from an empire to a socialist republic and then to a federal republic. Like the socialist republic, the federal republic did not have an easy ride since 1991. Years of popular protest movements since 2015 forced the autocratic one-party government to make political reforms and elect Abiy Ahmed as a Prime Minister in 2018. Although Abiy Ahmed set in motion what is dubbed "Ethiopian political transition and reform", ethnic violence and political instability including armed hostilities continue unabated. The country's federal system and the political and constitutional order that comes with it both structure and permeate the current conflicts, ethnic agitations, and instabilities.

This panel explores and examines the political theory and history that underpins the Ethiopian federal system and the constitutional design and practices that structure the legal and political order of the country. It explicates the federal system's capacity or incapacity to democratize Ethiopia and accommodate the interests of all ethnic groups on an equal basis. Dr. Berihun Adugna Gebeye applies a constitutional analysis. Jalale Getachew Birru investigates the country's democratization process based on Roland Paris's (2004) four pathologies of liberalization – bad civil society, behaviors of opportunistic "ethnic entrepreneurs", election as a focal point for harmful competition and the danger posed by local spoilers who seek to convert the democratization process. Dr. Sonja John analyzes the impact of public complaints by former political prisoners of the Welkait Tegede Committee for closing torture chambers and pressuring the government to follow rule of law.

Beiträge / Contributions:

The Four Faces of Ethiopian Federalism

Dr. Berihun Adugna Gebeye (Max Planck Institute for Comparative Public Law and International Law)

Abstract:

Ethiopia, in less than half a century, is transformed from an empire to a socialist republic and then to a federal republic. Like the socialist republic, the federal republic does not have an easy ride since its inauguration in 1995. Waves of protest movements in Oromia and Amhara regional states put the federal republic under stress more than any time since 2015. Years of popular protest movements force the Ethiopian People's Revolutionary Democratic Front (EPRDF), the ruling coalition since 1991, to make political reforms and elect the 42-year-old Abiy Ahmed as a Prime Minister in 2018. Although Ahmed set in motion what is dubbed "Ethiopian political transition and reform", which includes the transformation of the EPRDF to a unified Prosperity Party in 2019, ethnic violence and political instability including armed hostilities continues unabated. The country's federal system and the political and constitutional order that comes with it both structure and permeates the current conflicts, ethnic agitations, and instabilities. This paper explores and examines the political theory and history that underpins the Ethiopian federal system and the constitutional design and practices that structure the legal and political order of the country. It explicates the federal system's capacity or incapacity to democratize Ethiopia and accommodate the interests of all ethnic groups on an equal basis.

The Pathologies of Ethiopia's Democratization Process

Jalale Getachew Birru (Universität Erfurt)

Abstract:

Building peace in Ethiopia is essential for sustaining peace in the Horn of Africa. After three years of civil unrest, in April 2018, Dr. Abiy Ahmed was appointed by the Ethiopian People's Revolutionary Democratic Front (EPRDF) internal committee after winning an internal struggle within the coalition party. Starting from the first day in office, he pleaded for hope, love, and forgiveness to avert a civil war. Accordingly, his administration released all political prisoners and invited opposition political parties, which were listed as a terrorist group under the Anti-Terrorism Proclamation No. 652/2009, to participate in the democratization process of the country. Furthermore, He lifted restrictions on access to the internet, promised legal reforms of repressive laws, and introduced numerous other reforms, paving the way for improved respect of human rights. The government promised to hold a democratic election. In the meantime, the country has also witnessed several ethnic based violence. In November 2020 violent conflict erupted between the federal government and the Tigray People's Liberation Front (TPLF). In this time of uncertainty, this article investigates the country's democratization process based on Roland Paris's (2004) four Pathologies of Liberalization which are bad civil society, the behaviors of opportunistic "ethnic entrepreneurs", election as a focal point for harmful competition and the danger posed by local spoilers who seek to convert the democratization process. Based on the analysis, the article will put forward recommendations that are vital for building sustainable peace through democratization process in Ethiopia.

Arbitrary Arrests, Police Violence and Torture - Former Welkait Political Prisoners' Demands for Accountability and Democratization

Dr. Sonja John (Berlin School of Economics and Law)

Abstract:

The Welkait Tegede conflict in northern Ethiopia was dubbed as the most suppressed identity issue in Ethiopia's modern history. Two weeks after Abyi Ahmed was appointed Prime Minister of Ethiopia in April 2018, he held a meeting with the recently released political prisoners from the Welkait Amhara Identity Question Committee in Gondar. After the meeting, all attendees were hopeful that the government institutions will abstain from arbitrary arrest and torture in solving political questions but will act peacefully and democratically in line with the Ethiopian constitution and Abiy Ahmed's Medemer approach. This paper analyzes the impact of public complaints by former Welkait political prisoners for closing torture chambers like Maekelawi prison in Addis Abeba and pressuring the government to follow rule of law. Based on document analysis and interviews with Welkait Committee members held between 2016 and 2020, it lays out the role of calls for police accountability on political transition and reform and for a sustainable democratization process in Ethiopia.

DiD18 | Polarpolitik: Souveränität und Territorialität in Arktis und Antarktis

Organisiert von / Organized by: Dr. Christoph Humrich (Universität Groningen), Prof. Dr. Mathias Albert (Universität Bielefeld)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Themengruppe „Polar- und Meerespolitik“

Chair: Dr. Christoph Humrich (Universität Groningen)

Discussant: Prof. Dr. Mathias Albert (Universität Bielefeld)

Abstract:

Im Zuge des globalen Klimawandels wird zunehmend deutlich, dass die Polarregionen nicht nur periphere, sondern zentrale Stellgrößen im Kontext globaler Systeme darstellen. Insbesondere die Arktis erfährt dabei auch aus politikwissenschaftlicher Perspektive in den letzten Jahren größere Aufmerksamkeit, insofern die Folgen des Klimawandels hier neue Wirtschaftszonen und Seewege erschließbar machen und damit neue Fragen nach den Rechten und Einflussmöglichkeiten indigener Populationen aufwerfen sowie zu entsprechenden Nutzungs- und Verteilungskonflikten Anlass geben. In diesem Rahmen werden sowohl in der Arktis wie in der Antarktis zentrale Fragen von Souveränität und von Souveränitätsarrangements jenseits des „westfälischen Modells“ verhandelt. Dabei legen weltpolitische Umbrüche nahe, hier mehr als nur interessante „Sonderfälle“ erblicken zu wollen. Vielmehr steht zu fragen, inwiefern die hier vorliegenden Souveränitätsarrangements nicht als „Laboratorien“ für das internationale System insgesamt anzusehen wären, aus deren Experimenten Souveränitätspraktiken hervorgegangen sind, die Signalwirkung für die Möglichkeiten und Grenzen der Entwicklung von Recht und Governance in der gegenwärtigen internationalen Politik haben könnten. Die für dieses Panel vorgeschlagenen Beiträge sollen die Fragen und Ergebnisse einer wachsenden (sub-)community sozialwissenschaftlicher Polarforschung in einem weiteren IB-Kontext vorstellen und fruchtbar machen. Damit wird versucht, zwei Forschungskontexte weiter aneinander anzunähern: auf der einen Seite die IB im engeren Sinne, in welchen die Polarregionen als „Anwendungsfall“ bislang allenfalls eine marginale Rolle spielen; auf der anderen Seite die kleine sozialwissenschaftliche Polarforschung, in welcher IB-Perspektiven hinter anthropologischen, humangeographischen, rechtlichen und historischen Ansätzen ebenfalls noch nicht recht zur Geltung kommen - für die Analyse der Polarpolitiken insbesondere im Hinblick auf Souveränität und Territorialität allerdings unerläßlich sind.

Beiträge / Contributions:

Die „Eingebundenheit“ der Polargebiete: Zeit für einen Metaphernwechsel in den Internationalen Beziehungen?

Dr. Hannes Hansen-Magnusson (Universität Cardiff)

Abstract:

Der Beitrag argumentiert für einen Wechsel der Grundmetapher in zentralen Theoriekonzepten der Disziplin der Internationalen Beziehungen (IB), um damit den Erkenntnissen der jüngeren naturwissenschaftlichen Forschung Rechnung zu tragen, wonach die Polargebiete maßgeblich eingebunden sind in das globale Klima und damit auch in die Lebensgrundlage von Milliarden von Menschen. Nachhaltige Governance der Polargebiete ist schließlich nicht nur für in den Regionen verortete Akteure von zentraler Bedeutung, sondern darüber hinaus, und stellt die IB damit vor die Aufgabe, Akteurskonstellationen und Raumbezüge adäquat zu thematisieren. Ausgangspunkt für dieses Argument ist die Beobachtung, dass sich die IB ihren jeweiligen Untersuchungsgegenstand vorrangig durch Theoriekonzepte erschließt, die durch die Metapher der Nähe gekennzeichnet sind. Nähe beschreibt beispielsweise die Konstellationen von Akteuren in Konflikt- oder Kooperationsszenarien, die Beziehung ihrer Identitäten, oder aber das Resultat von verdichteten räumlichen Bezügen als Folge von Globalisierungsprozessen. Während der Fokus der IB bezüglich der Polargebiete in den letzten Jahren

auf o.g. Thematiken der Nähe lag, verdeutlicht die neuere Forschung, dass Arktis und Antarktis klimatisch Regionen übergreifend bedeutsam sind. Ein Wechsel der Grundmetapher hin zur Eingebundenheit scheint insofern erkenntnisbringend, als sich der Kontext globaler politischer Beziehungen als Folge des voranschreitenden Klimawandels dauerhaft und grundlegend zu ändern scheint und in den IB theoretisch reflektiert werden sollte. Diesbezüglich erscheinen Ansätze vielversprechend, die diese Eingebundenheitmaßgeblich reflektieren und in institutionelles Design zu übersetzen versuchen.

Antarktische Autorität im Wandel

Dr. Patrick Flamm (Victoria University of Wellington/Neuseeland)

Abstract:

Das Antarktische Vertragssystem ist eine einzigartige Konfiguration politischer Autorität, die den antarktischen Kontinent als dem Frieden und der Wissenschaft gewidmeten Naturschutzpark konstruiert. Legitime politische Macht beruht hier auf aktiver Wissenschaft, Kapazitäten in polarer Logistik und Infrastruktur, sowie auf andauerndem diplomatischem Engagement innerhalb des Vertragssystems. Dieser Beitrag analysiert, wie diese Formen politischer Autorität und entsprechende formale wie informelle Hierarchien (re-)produziert werden. Trotz der vertraglich „eingefrorenen" Gebietsansprüche, kommt dem Souveränitätsprinzip in Form eines Primats des Nationalstaates hierbei eine Schlüsselrolle zu: nur die bereits bestehenden Gebietsansprüche dürfen per Antarktisvertrag betrieben werden, die einzig legitimen politischen Akteure sind Nationalstaaten, Antarktische Forschung wird von nationalen Programmen koordiniert und die Errichtung der ausnahmslos nationalen Forschungsstationen erfolgte selten nur nach wissenschaftlichen Gesichtspunkten. Schließlich wird gefragt, ob und wie diese Ordnung antarktischer Autorität durch globale Machtverschiebungen, neue Regulierungsherausforderungen sowie planetaren ökologischen Wandel grundsätzlich in Frage gestellt wird: kann dieser politische Ordnungsrahmen effektiv private wie nichtstaatliche Akteure, insbesondere bezüglich Umweltschutz, einbinden und gleichzeitig den Statusaspirationen aufstrebender Mächte vor allem aus Asien entsprechen? Ferner, kann das Vertragssystem, das bisher als multilateraler Club außerhalb etablierter internationaler Normen und Institutionen fungierte, seine verhältnismäßige Exklusivität bei sich verschlechternder planetarer ökologischer Lage gegenüber anderen Konfigurationen internationaler politischer Autorität, insbesondere den Vereinten Nationen, beibehalten?

Das umstrittene Verhältnis von indigener Souveränität und der Governance von Territorialität in der Arktis

Dr. Annegret Kuhn (Christian-Albrechts-Universität zu Kiel)

Abstract:

Der Beitrag analysiert die Entwicklung der Konzeptionen von indigener Souveränität innerhalb des zwischenstaatlichen Forums des Arktischen Rates. Dieser gilt nicht nur als die zentrale Institution regionaler Governance im Arktischen Raum, sondern wird von Beobachtern immer wieder auch als globales Vorbild für politische Partizipation und Interessenvertretung indigener Akteure innerhalb von internationalen Institutionen betrachtet. Im Mittelpunkt der Analyse steht der Zusammenhang von im Arktischen Rat vertretenen Ansätzen von indigener Souveränität und Fragen zum Management von Territorialität. Dabei werden auch Übereinstimmungen und zentrale Diskrepanzen zwischen diesbezüglichen Konzeptionen im Arktischen Rat auf der einen Seite, und innerhalb von indigenen Vertretungen auf der anderen Seite in den Blick genommen. Zur Erklärung der Ursachen für die Ausformungen der Souveränitätskonzeptionen wird dabei auf regimetheoretische Ansätze zurückgegriffen, um die Auswirkungen von institutioneller Ausgestaltung auf die Ergebnisse von politischen Aushandlungsprozessen zu analysieren. Ergänzend finden zudem Erklärungsansätze aus dem Forschungsbereich zu internationaler Normendiffusion Anwendung. Ein besonderer Fokus gilt dabei dem Verhältnis von Souveränität and Konzepten indigener Selbstbestimmung.

Konflikte um Svalbard: Der Spitzbergenvertrag und Norwegens Souveränitätspolitik

Dr. Christoph Humrich (Universität Groningen)

Abstract:

2020 wurde der Spitzbergenvertrag einhundert Jahre alt. Er sichert Norwegen die „volle und uneingeschränkte Staatshoheit“ über den Archipel zu, garantiert aber zugleich allen Vertragsparteien den diskriminierungsfreien Zugang zu seiner Nutzung. Die damit existierende Spannung zwischen nationaler Kontrolle und Rechten von Drittparteien erhöht sich durch aktuelle Entwicklungen und entlädt sich in diplomatischen Konflikten. Norwegen hatte diese Spannung vor allem dadurch zugunsten nationaler Kontrolle niedrig gehalten, dass wirtschaftlich Nutzung generell beschränkt wurde und so Drittparteien kein entsprechender Zugang gewährt werden musste. Der Abschluss des Seerechtsübereinkommens (SRÜ) und neue Nutzungsmöglichkeiten durch den Klimawandel haben nicht nur im Fall Spitzbergen zu Ordnungskonflikten in der Nordpolarregion geführt. Im Rahmen des SRÜ re-interpretiert Norwegen die Hoheit über die Seegebiete des Spitzbergenvertrages zugunsten einer exklusiveren Nutzung, unterstützt von einer geschickten Seerechtspolitik. Dies wird aber auch flankiert von einer nachdrücklicheren Souveränitätspolitik an Land. Sowohl die EU als auch Russland haben darauf mit der Betonung (und zum Teil sogar tätigen Umsetzung) ihres Rechtsanspruchs reagiert. Der vorgeschlagene Beitrag stellt zunächst diesen Hintergrund dar, um dann den Spitzbergenvertrag als Modell einer institutionalisierten Hospitalität im kantischen weltbürgerlichen Sinne einerseits und als Beispiel gegenwärtiger Souveränitätspolitik in der Arktis andererseits zu diskutieren. Dabei soll herausgestellt werden, dass Darstellungen der politischen Situation in der Arktis als Rohstoff-, Territorial-, Sicherheits- oder Klimakonflikte insofern verfehlt sind, als sie den Ordnungsaspekt vernachlässigen, dessen Bedeutung sich wiederum nur aus der Interaktionslogik von Konstestationen der Souveränitätsnormen verstehen lässt wie sie für die gegenwärtige Weltordnung insgesamt typisch sind.

DiD20 | Politik der Sicherheit im Rahmen komplexer Krisen I: Theorien und Zugänge

Organisiert von / Organized by: Dr. Tobias Ide (Technische Universität Braunschweig), Dr. Delf Rothe (Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Themengruppe „Kritische Sicherheitsstudien"

Chair: Dr. Delf Rothe (Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg),

Discussant: Prof. Dr. Andrea Schneiker (Zeppelin Universität, Friedrichshafen)

Abstract:

COVID-19, Klimawandel, Erosion des Multilateralismus, Naturkatastrophen: Komplexe und sich teilweise überlappende Krisen stellen sicherheitspolitische Akteure auf internationaler, nationaler und lokaler Ebene vor neue Herausforderungen. Gleichzeitig treten hinsichtlich der Interpretation und Bewältigung dieser Krisen intensive politische Deutungskämpfe deutlich zu Tage, etwa im Rahmen von „Wir schaffen das", „Fridays for Future" oder „Lockdown Light". Tradierte Konzepte und Mechanismen der Sicherheit erscheinen zunehmend ungeeignet, um mit der wachsenden Ungewissheit und Komplexität umzugehen. Die beschriebenen Krisen sind mithin Momente der Kontingenz und des Wandels, in denen etablierte Wissensordnungen, Routinen und Regelwerke brüchig werden. Ausgehend von diesen Annahmen und Beobachtungen fragt das Panel, ob komplexen Krisen zu neuen Verständnissen und Praktiken von Sicherheit führen, und wie sich diese von politikwissenschaftlichen Analysen erfassen lassen.

Beiträge / Contributions:

Corona und Klimawandel: Metakomplexe, systemübergreifende Krisen

Anselm Vogler (Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Hamburg)

Abstract:

Die Denkfigur komplexer adaptiver Systeme stellt eine Reihe von Heuristiken bereit, welche sich zur Analyse gesellschaftlicher Entwicklungen gut eignen. Diese sind unter anderem Nichtlinearität, rekursive Kausalität, Emergenz und lokale Gleichgewichte. Während eine allgemeine Komplexitätstheorie nicht existiert und bezweifelt wird, ob sie überhaupt existieren kann, bieten die erwähnten Heuristiken eine Handreichung, um schwer überschaubare – komplexe – Dynamiken zu erfassen.

Dieser Beitrag wendet jene Heuristiken an, um Krisen komplexitätstheoretisch zu erfassen. Er definiert komplexe Krisen als ‚Situationen einschneidender Veränderungen in komplexen adaptiven Systemen, welche anhand geeigneter normativer Maßstäbe als negativ zu bewerten sind.'

Einschneidende Veränderungen können das Hinzutreten oder Verschwinden von Akteuren und/oder Interaktionen zwischen ihnen sein. Ebenso kann die einschneidende Veränderung in einer ausreichend gravierenden Veränderung der Ressourcen oder Präferenzen von Akteuren bestehen. Komplexe Krisen werden damit als ein Phasenübergang innerhalb eines komplexen adaptiven Systems verstanden. Dies erlaubt, komplexe Krisen anhand der Heuristik komplexer adaptiver Systeme zu analysieren.

Daran orientiert, fragt der vorliegende Beitrag in einem komparativen Design, ob Corona-Pandemie und Klimawandel komplexer sind, als frühere Krisen. Der vorliegende Beitrag präsentiert eine komplexitätstheoretische Krisenontologie der Krisen Covid-19, europäische Pest ab 1347, Klimawandel, Erster Weltkrieg, Bürgerkrieg in Syrien und Weltwirtschaftskrise von 2008.

Im Beitrag werden diese Krisen hinsichtlich ihrer Komplexität verglichen. Er argumentiert, dass Klimawandel und Corona-Pandemie in zweierlei Hinsicht komplexer sind als frühere Krisen: Erstens verbinden sie das komplexe anthropologische System viel stärker mit anderen komplexen Systemen

(d.h. Viren und Tierreich, Klimasystem) als andere Krisen; zweitens geschieht dies (ggf. unter Ausnahme der Spanischen Grippe) erstmals in einer globalisierten und hochbeschleunigten Umwelt.

Ebola's entanglements – The intra-action of security and medicine in the West-African Ebola Outbreak 2014-15

Katharina Wezel (Internationales Zentrum für Ethik in den Wissenschaften, Universität Tübingen)

Abstract:

Disease outbreaks constitute some of the oldest and most fundamental threats to human and non-human life. Consequently, they have received increasing attention, particularly from security scholars – from analyses of the securitization of HIV/Aids (Elbe 2006), to the biopolitical circulation of the Ebola virus (Enemark 2016), to new materialist accounts of COVID-19 (Sikka 2020). It appears that disease outbreaks constitute complex phenomena that are not easily grasped. Yet, security analyses of disease governance tend to focus on the security or the medicine-side of the coin, leaving out either the role of medical knowledge and materials in governing disease, or underplaying the role that power structures play in response scenarios. While some research has been done on pharmaceuticalization (Roemer-Mahler/Elbe 2016), and the co-production of medicine and security (Buckland-Merrett/Elbe 2019), continuing infectious disease outbreaks leave much room for research. Building upon Karen Barad's (2007) and Jane Bennett's (2010) critical posthumanism, I propose to continue bridging this gap by focusing on the feminist new materialist concepts of intra-active entanglement and agential cuts. I argue that this theoretical approach allows to trace the relationship between medical and security knowledges in the case of the Ebola outbreak 2014-15. Thereby, I ask 'How do medicine and security entangle in practice?' by tracing typical, but varying, pandemic responses mechanisms: the use of the protection suit, and Ebola pharmaceuticals. I find that rather than being subsumed under a securitization-trajectory, medical practice and materials entangle with understandings of security to shape the pandemic response to the threat "Ebola".

Notwendige Umschriften: Multilateralismus - Demokratie - Vertrauen

Dr. Daniel Jacobi (Goethe-Universität Frankfurt am Main), Dr. Jens Bartsch(Goethe-Universität Frankfurt am Main)

Abstract:

Angesichts der gestiegenen Komplexität weltgesellschaftlicher und weltpolitischer Konstellationen, ist „Multilateralismus" wieder zu einem der Schlüsselbegriffe gegenwärtiger Anstrengungen der Beschreibung und Rekonstruktion internationaler Ordnung geworden. Ein genauerer Blick zeigt jedoch, dass selbst dort wo im von der Bundesregierung forcierten „Jahr des Multilateralismus" dieser neu gedacht und umgeschrieben werden soll, diese Versuche auf einer überkommenen Semantik aufsetzen, die der Herausforderung an ein Deutungs- und Lösungsschema für langfristige sicherheitspolitische (Re)Arrangements nicht gerecht wird. Sie beschreiben eher vergangene Ordnungen, setzten diese als weiterhin gültig für veränderte Mächteverhältnisse zwischen und innerhalb von Staaten voraus und greifen so an der politischen und sozialstrukturellen Gegenwart vorbei. Will man „den" Multilateralismus wirklich weiterdenken, werden in Praxis und Theorie der Sicherheitspolitik konzeptionelle Umschriften notwendig.

Vor dem Hintergrund des Frankfurter Forschungsprojekts „Multilateralismus weiterdenken?" führt das Papier eine dieser notwendigen Umschriften entlang des Begriffsdreiecks von Multilateralismus, Demokratie und Vertrauen vor. Hier bildet sich scheinbar zunehmend die Haltung heraus, dass auf substantielle Reziprozität abzielende multilaterale Arrangements nur unter „ernstzunehmenden Demokratien" möglich sind. Komplexe, grenzüberschreitende sicherheitspolitische Lagen werden jedoch mittelfristig auch einen „council of democracies" vor die Wahl stellen, entweder selbst angesichts von „weaponized interdependence" substantiellere Zusammenarbeit mit aufsteigenden Nicht-Demokratien wie China aufzunehmen oder aber zu riskieren, auftretende Krisen nicht länger bewältigen zu können. Hier zeigt sich die Problematik klassischer Begriffsverständnisse des

Multilateralismus als sicherheitspolitischer Kooperationsforum und hier setzt eine mögliche Umschrift des Vertrauensbegriffs an, die in der Lage ist, das Konzept von seiner Reduktion auf die individuell-psychologische oder systemisch-institutionalisierte Ebene zu lösen und für eine problembezogene Kooperation heterogener Akteure anwendungsfähig zu machen.

Posthumanism, Differentiation Theory, and the Concept of Crisis in International Relations

Dr. Jochen Kleinschmidt (Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt)

Abstract:

IR has, in the past, creatively adapted theoretical innovations derived from approaches originally developed in sociology or the humanities. Social constructivism as well as diverse strands of poststructuralism, feminism, and decolonial theory provide testimony for the success of these adaptations. In line with IR's evolution towards an ontology concerned with global and diverse social macrostructures instead of state interactions under anarchy, the adaptation of new theoretical material has often consisted of the upscaling of the original core concepts. Thus, social constructivism now saw states instead of humans making sense of their social surroundings, poststructuralism encountered biopower in international organizations and great power politics, feminism describes gendered structures in global politics, and postcolonialism discovered the Eurocentric nature of global governance networks. The argument I make here is that while those approaches may result in interesting research, it is likely that a more important contribution of posthumanist theory to IR theory will be a result not of upscaling, but of displacing the anthropomorphic ontologies still current in the discipline. In this sense, the focus of applying posthumanist concepts in IR theory should lie more on the description non-anthropomorphic social structure, as discussed in recent efforts directed at establishing Luhmannian differentiation theory as a perspective within IR, rather than on the discussion of non-human agency, as has been the case hitherto. This theme will be explored using the concept of crisis as a case study. It will be demonstrated that previous notions of large-scale crisis in IR, such as those derived from the works of Gramsci, Polanyi and Carr, generally rely on implicitly anthropomorphic ontologies. A posthumanist approach informed by differentiation theory will allow for a much richer understanding of contemporary crisis phenomena.

DiD21 | Reaffirming Hierarchy in Times of Uncertainty? Revisiting the Roles of the Sustainable State

Organisiert von / Organized by: Dr. Basil Bornemann (Universität Basel), Tobias Gumbert (Universität Münster)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s):

Chair: Dr. Basil Bornemann (Universität Basel), Tobias Gumbert (Universität Münster)

Discussant: Dr. Basil Bornemann (Universität Basel), Tobias Gumbert (Universität Münster)

Abstract:

While the discussion of the "green," "environmental," or "sustainable" state was already receiving renewed academic attention before Corona, it has received additional political momentum from the current crisis. The state's apparent willingness and ability to govern in a strongly hierarchical manner and to provide massive financial resources has raised the idea (or hope) that it could play a similar role in addressing the socio-ecological crisis. In addition, there have been discussions about more sustainability-oriented crisis management by the state: a state that takes into account the economic, social, and environmental consequences of crisis policies; that ties financial aid to companies to meeting sustainability goals; or that even considers the Corona crisis as a window of opportunity to advance the sustainable transformation of society.

Drawing on these current strands of debate, the panel aims to explore the responsibility and role of the state in governing sustainability transformations: How can the sustainable state be conceptualized-and to what extent are its normative and functional foundations challenged by Corona? What lessons regarding the legitimacy and effectiveness of hierarchical governance can be drawn from current crisis governance and what are the implications for the sustainable state? What are the lessons for the governance of highly pervasive and uncertain social transformation processes?

We invite contributions that theorize the responsibility and role of the state in sustainability transformation from different (liberal, republican, feminist, post-democratic, etc.) perspectives, conceptualize and analyze the sustainability-related governance capacities of states, and trace the formation of the sustainable state and its transformation under conditions of crisis and uncertainty.

Beiträge / Contributions:

Greening the state: Building blocks and strategies for the decarbonization of states as owners

Dr. Milan Babic (Maastricht University), Prof. Dr. Adam Dixon (Maastricht University)

Abstract:

The debate about the sustainable state and its transformative potential focuses strongly on the regulatory and steering functions of politics. Concurrently, many resource-rich states (e.g. Gulf States; Norway) stand out as large-scale, global owners of fossil-fueled industries and as portfolio investors in “dirty” companies. Via investment vehicles such as Sovereign Wealth Funds (SWFs) or State-Owned Enterprises (SOEs), such states control as much as 70% of global oil and gas reserves. We know very little, however, about where states as global energy owners are invested; what their strategies as global market participants are; and what scope states as fossil owners have to mitigate climate change. Yet, these three aspects – the geography, investment strategies, and mitigation efforts – are key to assess the possibilities and limitations of climate change mitigation states as fossil owners display. This paper delivers insights into all three issues. We first map, based on firm-level data from ORBIS, the geographical spread of the state as fossil-fuel owners. Second, we conceptualize a set of key strategies based on the distinction between different investment vehicles and investment levels. Third, we develop tentative suggestions for pathways of decarbonization and change of the fossil state as owner. Our intervention seeks to fill an important gap in our knowledge about the sustainable state; and, to draw the attention of researchers and policy-makers to a major blind spot, but also to a major potential of transforming the fossil state in the following decade.

Polity for sustainability: Conceptualizing national sustainability institutions for empirical analysis

Okka Lou Mathis (Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE) & Leuphana Universität Lüneburg), Dr. Michael Rose (Leuphana Universität Lüneburg), Prof. JensNewig (Leuphana Universität Lüneburg), Dr. Steffen Bauer (Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE))

Abstract:

The global sustainability and climate agendas hinge on action at the national political level. As a response, governments around the world have established specialised public bodies covering councils, committees, commissions or ombudspersons for sustainability, sustainable development or future generations (Maurer 1999; EEAC 2019). We subsume these bodies under "sustainability institutions" (SIs). They reflect a shift to the "sustainability state" (Hausknost and Hammond 2020; Heinrichs and Laws 2014).

Despite their increasing prevalence, there is little comparative research on SIs' characteristics or impact, and studies on the Global South are particularly rare (Maurer 1999; Niestroy 2007; Göll and Thio 2008; Dirth 2016; Rose 2017; Breuer, Leininger, and Tosun 2019). Our motivation is to assess whether SIs effectively promote sustainability in political decision-making. In this paper, we prepare the conceptual grounds for empirical research by addressing: 1) What are sustainability institutions? 2) Which formal characteristics matter for their impact potential?

First, we define SIs as cross-sectoral, permanent public bodies dealing with an integrated understanding of sustainability, i.e. linking the ecological and social "dimensions", considering the long-term scope and global context.

Second, we introduce an analytical framework for the empirical assessment of SIs along four dimensions. First, we assess their specific functions in sustainability governance, ranging from horizontal, vertical and societal integration to the provision of long-term and global scopes. Second, we look at their intended roles in decision-making drawing upon the policy cycle. Third, we address formal political power along concrete instruments with varying degrees of coerciveness, ranging from policy recommendations to veto rights. Lastly, we account for principles of good governance in the set-up of SIs like transparency and accountability.

The bioeconomy transition and the 'bioeconomy state' – lessons for transformative governance from the Covid-19 crisis

Dr. Maria Proestou (Humboldt-Universität zu Berlin, Agricultural and Food Policy Group), Prof. Dr. Peter H. Feindt(Humboldt-Universität zu Berlin, Agricultural and Food Policy Group)

Abstract:

The shift from a fossil-based to a bio-based economy is a key project of the sustainability transformation and an essential part of the post-Corona recovery project. With the bioeconomy only emerging, bioeconomy governance needs to be conceptualized as transformative governance. The Covid-19 crisis has demonstrated that state capacity – even if extraordinary emergency powers are activated – is confined by horizontal and vertical differentiation, fragmented party systems, societal pressures, legal boundaries, scientific uncertainty, international competition and economic and financial limits. The hierarchical elements of crisis policy are embedded in complex institutional structures and actor constellations. This paper aims to draw lessons from these experiences for the conceptualization of the role of the state for the transformation towards a sustainable bioeconomy.

First, deploying a historical institutionalist perspective and building on the concept of the 'environmental state' (Duit et al., 2016), we derive characteristics of a 'bioeconomy state' as a diagnostic concept. Second, since the bioeconomy concerns multiple levels and sectors of government, we discuss that significant functions of the bioeconomy state include visioning, coordination, integration and reflexivity. Third, we elaborate how these structural requirements resemble the governance challenges of the Covid-19 crisis. Fourth, drawing on Germany as a generic example, we elaborate how the bioeconomy state concept helps to understand the emergence of interlinked bioeconomy discourses,

arenas, institutions and policies, and how these contribute to transformative change. Finally, we reflect how the experience from Covid-19 governance can help us to understand challenges and possible strategies of transformative governance towards the bioeconomy and beyond.

DiD22 | Rekonzeptionalisierung von Sorge in unsicheren Zeiten: Policies, Institutionen und Strategien

Organisiert von / Organized by: Dr. Agnes Blome (Freie Universität Berlin), Dr. Eva-Maria Euchner (Ludwig-Maximilians-Universität München)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Arbeitskreis „Politik und Religion“ ;Arbeitskreis „Wohlfahrtsstaatsforschung“

Chair: Dr. Agnes Blome (Freie Universität Berlin), Dr. Eva-Maria Euchner (Ludwig-Maximilians-Universität München)

Discussant: Dr. Agnes Blome (Freie Universität Berlin)

Abstract:

In der vergleichenden Forschung zu Care dominieren die „klassischen“ Pflege- und Betreuungspolitiken wie Kinderbetreuung oder die Pflege älterer Menschen. Nicht zuletzt die COVID19-Pandemie hat jedoch die Aufmerksamkeit auf andere Gruppen von Leistungsempfängern und Formen von Care gelenkt, die häufig als „konfliktive“ Care-Policies bezeichnet werden – u.a. Sterbehilfe oder die Palliativversorgung für unheilbar kranke Menschen, Pflege für und von muslimischen Migranten, benachteiligten Familien, oder Opfern häuslicher Gewalt. Hinzu kommt der weiterhin wenig erforschte Zusammenhang zwischen bezahlter und unbezahlter Care-Arbeit von Familien, insbesondere Frauen, nahen Verwandten und ehrenamtlichen Bürgern. Auch die Rolle von Religion und Religionsgemeinschaften ist in diesem Zusammenhang von großem Interesse. Die Ökonomisierung von Care hat nicht nur neue, nicht-konfessionelle und profitorientierte Träger hervorgebracht, sondern auch informelle Care-Arrangements befördert. Diese veränderten Herausforderungen in der Bereitstellung und Organisation von „klassischen“ wie „konfliktiven“ Care-Policies rücken neue Akteurskonstellationen, Gruppen von Leistungsempfängern, Ungleichheiten, neue Governance-Formen und Ursachen von Politikwandel in den Forschungsfokus. Ziel des Panels ist es, die „klassische“ Care-Policyforschung aus einer international vergleichenden Perspektive mit neuen empirischen, analytischen und theoretischen Erkenntnissen zu Ursachen, Governance und Auswirkungen von Care zu ergänzen. Wie ist die Versorgung mit Care für unterschiedliche soziale Gruppen und Bereiche gewährleistet? Wie werden konfliktive Care-Policies verhandelt? Welche Rolle spielen Geschlechter- und Glaubensunterschiede in der Governance von Care sowie der Bewältigung von Unsicherheit? Unter welchen Bedingungen werden Care-Policies reformiert und wie können Unterschiede in der Ausgestaltung von Maßnahmen im internationalen Vergleich erklärt werden?

Beiträge / Contributions:

Pandemic childcare-policy responses in 28 European countries: A fuzzy-set ideal type analysis

Dr. Ivana Dobrotić (University of Oxford), Dr. Sonja Blum (Fernuniversität Hagen)

Abstract:

Immediate responses to the COVID-19 pandemic differed significantly between countries and policy areas, including childcare policy. This concerns the general closures and re-openings of early childhood education and care services (ECEC) and schools, as well as the accompanying availability or introduction of ‘special’, paid leave rights available to parents who were unable to work due to ECEC/school closures. After many similarities in the initial policy response, countries began to diverge increasingly in the re-opening phase bringing a lot of conflict over and complexity to the country’s pandemic childcare-policy responses. Using the conceptual framework on pandemic childcare-policy responses developed in our previous work (Blum & Dobrotić 2020), we aim to capture and structure this empirical variety in 28 European countries by a fuzzy-set ideal type analysis. A newly developed classification will serve as a basis for identifying plausible explanatory factors for different reactions, such as organisational principles of childcare policies, ‘contagion’ effects, or countries’ different traditions of (de)familialism.

Confronting religion and attitudes towards classical and contentious forms of elderly care in Europe

Verena Benoit (Ludwig-Maximilians-Universität München), Dr. Eva-Maria Euchner (Ludwig-Maximilians-Universität München), Dr. IrinaCiornei (Institut Barcelona d'Estudis Internacionals (IBEI))

Abstract:

It is not a secret that religion shapes gender roles and family structures, and as such has contributed to the classification of conservative, liberal or social-democratic care regimes in Europe. Yet, the care sector has been confronted with novel challenges in the last decade, calling for a reconceptualization of social care and a re-examination of common explanatory factors such as religion. One policy area, in which these changes are particularly evident includes elderly care. Besides an ever-increasing demand for long-term care of the elderly outside the closer family, we also observe a growing request for end-of-life treatments, such as palliative care or assisted dying for elderly or seriously sick people. Similarly, the Churches have lost societal influence and credibility as secularization trends have been reinforced through far-reaching scandals on sexual abuse in the Catholic and Protestant Churches alike. Accordingly, citizens have further distanced from religious institutions and doctrines, and eventually also from religious premises on the organization of social care for the elderly. This premise, however, has not received sufficient scholarly attention. It is up for debate whether at all and how the religious factor shapes social care regimes and in particular, individual-level perceptions about classical and contentious care activities for elderly today. We aim to contribute to this lacuna by exploring the aforementioned relationships based on individual-level data of the European Values Survey (wave 2008 and 2017) and a multi-level analyses to combine the individual findings with the different European care regimes.

The interrelation of class, ethnicity, gender, and employment in coping with care: An intersectional analysis addressing family caregivers in Germany

Prof. Dr. Diana Auth (University of Applied Sciences Bielefeld), Prof. Dr. Simone Leiber(University of Duisburg-Essen), Prof. Dr. SigridLeitnerUniversity of Applied Sciences Cologne)

Abstract:

This paper addresses inequalities in elderly care from the perspective of family caregivers with comprehensive care responsibilities. Not only older people in need of care, but also their caring relatives vary as far as their resources and needs are concerned. This is all the more relevant in a country like Germany, where the care system is highly familialistic. We know that coping with elderly care as well as the use of care services differs according to social structure categories such as socio-economic and educational background, gender, employment or ethnicity. While the situation of particular groups of carers has been studied in depth, the interrelation of such social structure categories in coping with elderly care has been largely neglected. By applying an intersectional perspective, we examine these interdependencies and present empirical results from 20 in-depth semi-structured qualitative interviews collected in the realm of the “Pflege Intersekproject” Our method of analysis is theme-centred coding combined with an intersectional heuristic based on Christine Riegel’s work. We conclude with a typology classifying different strategies of coping with heavy care responsibility. Across all types, it becomes evident that the orientation towards self-care as well as self-determination and control are central for a ‘rather successful’ coping.

Self-ageing perceptions of LGBTs in the familialistic regime of Turkey: Need for social care as an identity burden

Dr. Ipek Göçmen (Max Planck Institute for the Study of Societies), Prof. Dr.Volkan Yılmaz (Bogazici University)

Abstract:

Ageing experiences and social care needs of LGBT individuals have not been part of the literature on “classical” care policies until very recently. Existing studies demonstrate that in societies where homophobic and transphobic attitudes are common, LGBT individuals are more concerned about ageing

and in search of formal and informal care arrangements beyond the conventional family. Nevertheless, approaches of inclusive social care are lacking for LGBT individuals and provision of social services is particularly contested in countries such as Turkey with negative social attitudes. This paper focuses on questions such as: How do LGBT individuals imagine their ageing? What kind of informal care arrangements do they hope to make use of in their old age? How does the existing social care regime affect their perceptions about self-ageing and prospective need for social care? The findings are an outcome of mixed-method research that consists of fourteen focus group interviews in ten cities and a national online survey with 2875 self-identified LGBT respondents. The findings demonstrate that the familialistic social care regime of Turkey, combined with negative attitudes towards LGBT individuals, create an additional identity burden on this group. The study concludes that such a burden is observed in two forms: an aversion from imagining one's self-ageing and perceived anxiety about going back to the closet. Such observations demonstrate a need for new social support and solidarity mechanisms should be developed to provide an alternative life of dignity to ageing LGBT individuals who have been excluded from family support systems because of their sexual orientation and/or gender identity.

DiD23 | Internal dynamics of International Organizations & their secretariats in times of crisis (I)

Organisiert von / Organized by: Dr. Jörn Ege (Uni Bern), Prof. Dr. Steffen Eckhard (Universität Konstanz)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s):

Chair: Dr. Jörn Ege (Uni Bern), Prof. Dr. Steffen Eckhard (Uni Konstanz)

Discussant: Dr. Jörn Ege (Uni Bern), Prof. Dr. Steffen Eckhard (Uni Konstanz)

Abstract:

We live in times of increasing complexity and uncertainty, where populism and authoritarianism are on the rise. While this has undoubtedly led to various backlashes in multilateralism, International Organizations (IOs) and their permanent secretariats (International Public Administrations, IPAs) remain central players in world politics - not least because of their unique role in fostering collective policy action in fighting global pandemics, keeping finance and banking systems stable, and regulating international trade. IOs are more than arenas of multilateral negotiations. They have an autonomous impact on world politics. Yet, our knowledge about the link between internal dynamics of IOs on the one hand and their policy outputs and actions on the other remains limited. This panel addresses various aspects of the internal design and dynamics of IOs and their IPAs. In particular, it raises questions about how member states, international bureaucrats and civil society interact during the complex process of organizational decision-making. We invite paper submissions that encompass a diverse set of IOs – global and regional IOs, formal and informal IOs – in a variety of policy domains. With the field of IO studies diversifying, the panel explicitly encourages theoretical, conceptual, methodological and empirical conversations within and between different (sub-)disciplines interested in IOs, from International Relations and International Public Administration to Global Public Policy.

Beiträge / Contributions:

After Exit: Alternative Leaders, Autonomous Organizations, and Resilience in the face of Hegemonic Withdrawal

Tim Heinkelmann-Wild (LMU München),

Abstract:

While the United States (US) have been one of the key promoters of the rule-based international order, they have regularly terminated their commitment to or participation within multilateral institutions. Faced with the severe challenge of hegemonic withdrawal, some multilateral institutions decay while others are resilient. This paper develops a theoretical framework to explain this variation. I suggest that hegemonic withdrawal poses a twofold challenge for multilateral cooperation as it deprives the institution of material capacities and questions its legitimacy. I argue that whether multilateral institutions withstand this challenge depends on alternative leaders and an institution's authority. Multilateral institutions are more likely to be resilient (1) when remaining states possess significant soft and hard power and are willing to take over leadership; or (2) when institutions possess autonomous bureaucracies and legitimacy in their own right. A logistical regression analysis based on my original ExitUS Database of 115 instances of US withdrawal from multilateral institutions from 1945 through 2020 lends support to my theoretical expectations.

Delegation and Stewardship in International Organizations

Vytautas Jankauskas (GSI München (LMU), Universität Konstanz)

Abstract:

International organizations (IOs) are driven by political-administrative interactions between member states and IO secretariats – international public administrations (IPAs). To model these interactions and understand their outcomes, scholars have predominantly, and almost exclusively, relied on Principal-

Agent (P-A) theory. Yet, as this paper argues, delegation can also take a form of stewardship, where goal conflict and information asymmetries are low. In stewardship relationships, member states trust the IO administration, which enables softer, more informal exercise of control. Both agency and stewardship relationships are illustrated in a comparative case study of FAO and WFP. As interview data and document analysis show, while FAO exhibits agency, WFP provides an example for stewardship. The findings imply that not all IO administrations are self-serving agents and that not all delegation relationships are driven by opportunism and goal conflict. Conventional Principal-Agent assumptions should thus not be taken as given. Acknowledging this variation in the modes of member states-IPA relationship is of especial importance considering the increasing contestation of IOs. By delving into trust issues between member states and IPAs, the study thus provides implications as to how IOs can enhance their resilience against both internal and external challenges.

Of headquarters and country offices. Mainstreaming sustainability inside the FAO

Dr. Ina Lehmann (Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE))

Abstract:

Agricultural policies are caught between food policies that advocate agricultural intensification and production increases to feed a growing world population on the one hand and environmental policies that advocate respect for planetary boundaries on the other hand. The UN Food and Agriculture Organization (FAO), traditionally a major promoter of agricultural intensification, has responded to this challenge by integrating the norm of sustainability in its key global policies. The FAO is a decentralized organization with highly independent country offices, some of which exercise significant influence on their host countries' agricultural policies and practices. Staff in these offices is said to be strongly oriented towards agricultural intensification as their primary objective. There is hardly any evidence whether and how norms related to sustainable agriculture adopted at the headquarters translate into country and field-level work.

Boosting the sustainable transformation of the global agricultural system therefore requires an understanding of the conditions for the intra-organisational transmission of sustainability norms from FAO headquarters to its country offices. To foster such an understanding, this paper proposes a model of vertical intra-organisational norm transmission that combines insights from organisational sociology and global norm diffusion research. The empirical analysis draws on primary data and secondary literature to identify the factors that explain the (lack of) uptake of FAO headquarter norms in the work of country offices and zooms in on the India office as a case. It generates knowledge about one of the most well-resourced but under-researched UN organisations and about its potential to create sustainable outputs.

Was tun Mitarbeiter internationaler Verwaltungen? Eine Konzeptualisierung von strategischem Verwaltungshandeln

Nora Wagner (Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer)

Abstract:

Obwohl die Einflusspotenziale internationaler Verwaltungen in der wissenschaftlichen Debatte umfassend behandelt werden, stand die Rolle von deren Mitarbeitern in politischen Entscheidungsprozessen bislang weniger im Fokus. Dabei gibt es in der Literatur zum Einfluss internationaler Verwaltungen bereits Erkenntnisse, dass dieser Einfluss häufig auf Individuen innerhalb des Sekretariates zurückzuführen ist, die versuchen, Veränderungen zu erwirken und damit auch Einfluss auf finale Organisationsentscheidungen nehmen. Die Frage, was Mitarbeiter internationaler Verwaltungen tun, um ihre eigenen Interessen zu verwirklichen und insbesondere, wie sie dabei ihre vorhandenen Ressourcen nutzen beziehungsweise auf bestehende Umweltbedingungen reagieren, bleibt aber offen. An diesem Punkt knüpft dieser Beitrag an. Auf Grundlage der Literatur soll der Begriff des strategischen Verwaltungshandelns konzipiert werden, der die generellen Handlungsmöglichkeiten internationaler Verwaltungsmitarbeiter im politischen Entscheidungsprozess mit bestehenden

Kontextbedingungen systematisch verknüpft. Basierend darauf wird eine Typologie strategischen Verwaltungshandelns abgeleitet. Um diese konzeptuellen Überlegungen zu konsolidieren, werden sie im Anschluss anhand von Fallstudien empirisch überprüft. Hierzu wird auf Grundlage von Interviewmaterial aus Gesprächen mit Mitarbeitern internationaler Verwaltungen sowie mit anderen Stakeholdern herausgearbeitet, wie sich die jeweiligen Kontextbedingungen auf die Strategiewahl internationaler Verwaltungsmitarbeiter auswirken.

DiD24 | The Legitimacy and Legitimation of International Institutions

Organisiert von / Organized by: Prof. Dr. Tobias Lenz (Leuphana University Lüneburg), Prof. Dr. Jens Steffek (TU Darmstadt)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s):

Chair: Prof. Dr. Tobias Lenz (Leuphana University Lüneburg), Prof. Dr. Jens Steffek (TU Darmstadt)

Discussant: Prof. Dr. Magdalena Bexell (Lund University)

Abstract:

International institutions are under stress, since the wider international system is said to witness an unprecedented degree of conflict over its foundational norms and institutional form. Challenges to the norms and institutions of the post-World War Two liberal international order, led by the United States, come from two sources: from outside, through the rise of "new" powers that hold distinct norms and prefer differently designed institutions; and from within the Western core, through the rise of new – typically right wing – populist parties that reject constraints on national sovereignty and aim to render existing international institutions compatible with this principled belief. The resulting conflicts are generally said to undermine the legitimacy of the international order. This panel (re-)engages the age-old question of how international institutions, and the international order in which they are embedded can ever be legitimate by presenting fresh research on the legitimacy and legitimation of international institutions. The assembled papers seek to advance the research frontier methodologically, theoretically and empirically. Steffek takes stock of the empirical-analytical research on the topic and advocates triangulating discourses, beliefs and actions as complementary "measures" of legitimacy. Van Billerbeck examines the role of leaders in the internal legitimation of international organizations. And Dingwerth and Witt as well as Lenz and Schmidtke present new empirical data to study the role of IOs' self-legitimation by invoking normative standards in their discourse.

Beiträge / Contributions:

Triangulating legitimacy in IR: Discourses, beliefs and actions

Prof. Dr. Jens Steffek (TU Darmstadt)

Abstract:

The legitimacy of international institutions and global governance has become a bourgeoning field of inquiry in International Relations (IR). What used to be an issue of chiefly normative concern and theoretical speculation some 15 years ago now is an established branch of empirical-analytical research. In this paper I review the recent empirical literature on the legitimacy of international institutions. I argue that most research projects so far relied on only one of three principally available strategies of exploring the phenomenon. The first option is studying individual beliefs. With the help of large-n surveys, researchers try to tap into the reasons that people have for accepting (or challenging) the authority of international institutions. The second option is the study of public discourses. Human beings always justify their choices and opinions to others. Political institutions in need of legitimacy are also giving reasons that bolster their claims to power. Analysing political discourses thus can give us access to arguments and narratives that are being used to (de-)legitimize international institutions. Third, there is a strand of literature that studies political action connected to the legitimacy of institutions, mainly strategies of public protest and resistance. I argue that all three approaches can provide important insights on legitimation dynamics in IR but remain incomplete. Triangulating them could help us obtain a more complex picture of the empirical foundations of legitimacy in IR.

Talk from the Top: Leadership and Self-Legitimation in International Organizations

Prof. Dr. Sarah von Billerbeck (University of Reading)

Abstract:

How do leaders create legitimacy in international organizations (IOs)? It is widely acknowledged that legitimacy matters to IOs, both internally and externally, but little research examines who undertakes legitimation within them. This paper fills these gaps by examining the particular role of leaders in self-legitimation – the creation of legitimacy for internal audiences, rather than external ones. First, I describe how leaders have a unique role to play as legitimators due to their high social status within the IO and their access to discursive resources for legitimation. Second, I show how they create internal legitimacy through the introduction or reintroduction of narratives and the creation of self-referential language. Third, I outline three potential risks associated with leader-led self-legitimation. I conclude by outlining avenues for future research in this underexplored area of IO and legitimacy scholarship.

Normative Diversity in the Discursive Self-Legitimation of International Organizations

Prof. Dr. Tobias Lenz (Leuphana University Lüneburg), Dr. Henning Schmidtke(German Institute for Global and Area Studies)

Abstract:

What explains variation in the normative diversity of international organization's (IOs) discursive self-legitimation? In the face of politicization and critique, IOs become increasingly active in publicly justifying their right to rule by invoking normative standards. This paper offers the first comprehensive analysis of the diversity in IOs' discursive self-legitimation by drawing on a novel data set that contains information on norm-based justifications in more than 29,000 paragraphs of texts published by 28 regional IOs in the period from 1980 to 2019. We show that IOs vary strikingly in the extent to which they engage different normative standards in their legitimacy claims and offer an explanation for why this is the case. Treating self-legitimation as a strategic act directed at boosting relevant stakeholders' beliefs in an organization's legitimacy, we hypothesize that IO representatives construct legitimacy claims with a view to both their relevance for and credibility with stakeholders. Employing Poisson regression models, we find that both of these considerations matter. IOs use a larger set of normative standards when they start engaging audiences beyond member states and are general purpose in nature.

Four paths instead of one: The rise of people-centred norms in the legitimation of global governance organizations

Prof. Dr. Klaus Dingwerth (University of St. Gallen), Dr.Antonia Witt (Peace Research Institute Frankfurt)

Abstract:

In legitimating themselves, international organizations not only address their member states. They frequently target civil society organizations, private donors, the wider public, and individual beneficiaries as well. In this paper, we focus on the latter group and show how international organizations have increasingly come to invoke "the people" as a reference group for their legitimacy claims. Conventional explanations would interpret references to "the people" as the response to societal demands, expressed for instance in increasing levels of politicization of internationalized authority. Our analysis of legitimation discourses of regional and global international organizations shows that politicization matters in some cases. Yet, the direct response to public demands is only one among several paths leading to the adoption of new legitimacy standards. We propose a typology of four different paths to people-based norms and provide illustrations for each path. With this, we demonstrate that empirically, the rise of people-based norms is more pervasive as well as more diverse than the existing literature tends to assume. Our analysis thus reveals the value-added of more fine-grained analytical tools for the rise of alternative legitimacy norms for international organizations.

DiD25 | Politisches Wissen, Demokratieentwicklung und politische Bildung

Organisiert von / Organized by: Prof. Dr. Andrea Szukala (Institut für Politikwissenschaft, Universität Münster), Prof. Dr. Marc Partetzke (Universität Hildesheim)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Sektion „Politikwissenschaft und Politische Bildung“

Chair: Prof. Dr. Andrea Szukala (Institut für Politikwissenschaft, Universität Münster), Prof. Dr. Marc Partetzke (Universität Hildesheim)

Discussant: Prof. Dr. Marc Partetzke (Universität Hildesheim)

Abstract:

In modernen Regierungssystemen werden der politischen Bildung Funktionen der Reproduktion und Transformation demokratischer Orientierungen in der politischen Kultur zugeschrieben. Einer wissenschaftlich begründeten politischen Bildung liegen nach wie vor starke Rationalitätsannahmen zugrunde, die der Transmission von politischem Wissen im Rahmen von formaler Bildung eine besondere Bedeutung für die Demokratieentwicklung zumessen. Erklärte Minimalziele politischer Bildung, die auch in rezenten demokratiepolitischen Handlungsprogrammen umgesetzt werden, sind dann u.a. die Stabilisierung demokratischer Überzeugungen und Handlungsbereitschaften der Bürger*innen. Anliegen einer zeitgemäßen Forschung zur politischen Bildung, die diese Zielbestimmung für die Demokratieentwicklung ernst nimmt, muss es sein, besser zu verstehen und laufend zu überprüfen, ob die Anliegen der formalen Demokratiebildung in die Entwicklung der politischen Kultur angemessen eingebettet sind. Das Panel „Verstehen, Partizipieren, Vertrauen?“ hat insofern das Ziel, die in den letzten Jahren expandierende politikwissenschaftliche Forschung zum politischen Wissen auf Anschlüsse, Brüche und Neubestimmungen hin zu befragen. Es soll darum gehen, das politische Wissensniveau der Bevölkerung Deutschlands (2008 u. 2018) zu beschreiben und zentrale Determinanten sowie ausgewählte Folgen zu identifizieren. Im Sinne einer tiefen Erfassung der pluralen Ressourcen von politischem Wissen und dessen Verbindungen zur Demokratieentwicklung geht es auch darum, neuere Forschungen zum politischen Wissen mit Blick auf Verbindungen zum politischen Vertrauen, zu politischen Handlungsbereitschaften und sozialen Schieflagen (auch im Kontext der gegenwärtigen Pandemie) besser einschätzen zu können, um die Aufgabenbeschreibungen für die politische Bildung angemessener auf die derzeitige Demokratieentwicklung hin orientieren zu können.

Beiträge / Contributions:

Politisches Wissen im Zeitvergleich – Stabilität oder Veränderung?

Prof. Dr. Bettina Westle (Universität Marburg), Dr. Markus Tausendpfund (Fernuniversität Hagen)

Abstract:

Der Beitrag zielt darauf ab, das Wissensniveau der Bevölkerung in Deutschland zu zwei Zeitpunkten (2008 und 2018) zu beschreiben und zentrale Determinanten des politischen Wissens im Vergleich zu identifizieren. Dabei werden drei Ziele verfolgt: 1. wird eine Skala entwickelt, die eine valide und vergleichbare Messung des politischen Wissens für beide Zeitpunkte bietet. 2. wird untersucht, ob sich das politische Wissensniveau zu den zwei Zeitpunkten insgesamt und ggf. in bestimmten Bevölkerungsgruppen verändert hat und, wenn ja, wie diese Veränderungen erklärt werden können. 3. wird analysiert, ob sich die Effekte der Determinanten auf das politische Wissen zu den zwei Zeitpunkten unterscheiden und 4. Werden potenzielle Folgen auf der Ebene von Einstellungen untersucht. Auf Basis der empirischen Befunde können belastbare Aussagen zur Stabilität oder Veränderung des politischen Wissens getroffen werden.

Das konzeptuelle politische Wissen bei Jugendlichen und dessen Relevanz für die Entwicklung politischen Vertrauens

Prof. Dr. Katrin Hahn-Laudenberg (Bergische Universität Wuppertal), Dr. Johanna Ziemes (Universität Duisburg-Essen)

Abstract:

Der Beitrag knüpft an die Theorie der politischen Unterstützung zur Analyse von Daten der International Civic and Citizenship Education Study (ICCS 2016) aus 14 europäischen Bildungssystemen (N= 46.500 14-jährige Schüler*innen) an. Aufbauend auf einer Skizzierung der Erfassung konzeptuellen politischen Wissens in ICCS wird die Bedeutung des Wissens für die Ausprägung politischen Vertrauens analysiert. Dabei können systematisch variierende Effekte für das nationale und überstaatliche institutionelle Vertrauen in Abhängigkeit vom politischen Wissen und der Korruptionsfreiheit im jeweiligen EU-Mitgliedsstaat aufgezeigt werden.

Interaktions- und Mediationsbeziehungen zwischen politischem Wissen, politischem Interesse und gesellschaftlicher Partizipation

Prof. Dr. Frank Reichert (University of Hongkong)

Abstract:

Politisches Wissen wird oft als Voraussetzung politischen Handelns betrachtet. Weniger erforscht ist indes, inwiefern Partizipationserfahrungen das politische Wissen beeinflussen. Im Beitrag wird daher der Zusammenhang von vorangegangener Partizipation, politischem Wissen und Verhaltensabsichten unter Berücksichtigung des moderierenden Einflusses motivationaler Variablen aus Sicht der Theorie des situierten Lernens, der Selbstbestimmungstheorie und der Theorie des geplanten Verhaltens betrachtet.

Wirtschaftliche Sorgen und politisches Wissen

Prof. Dr. Paul Marx (Universität Duisburg-Essen), Dr.Sebastian Jungkunz (Universität Duisburg-Essen)

Abstract:

Der sozioökonomische Gradient in politischer Beteiligung ist ein wichtiger Gegenstand aktueller Forschung. Der vorgeschlagene Beitrag untersucht einen möglichen Mechanismus, der zu diesem Gradienten beitragen könnte: Geringeres politisches Wissen bei Menschen mit wirtschaftlichen Sorgen. Basierend auf Befunden psychologischer und verhaltensökonomischer Forschung wird argumentiert, dass wirtschaftliche Sorgen die Motivation und kognitive Ressourcen zur Auseinandersetzung mit Politik schwächen. Daher könnten solche Sorgen situativ die Aneignung politischen Wissens erschweren. Dieses Argument wird in einer repräsentativen Online-Umfrage während des ersten Lockdowns in der Corona-Pandemie untersucht. Die Ergebnisse unterstützen die theoretischen Erwartungen. Persönliche Betroffenheit durch die wirtschaftlichen Folgen des Lockdowns geht mit geringerem politischen Wissen über aktuelle Geschehnisse („surveillance knowledge“) einher. Dieser Befund bleibt bestehen, wenn für die wirtschaftliche Situation vor der Krise kontrolliert wird. Der Beitrag diskutiert die Relevanz der Ergebnisse für politische Integration und Bildung.

DiD26 | Vom Neoliberalismus zum autoritären Populismus. Geschlechterpolitische Herausforderungen

Organisiert von / Organized by: Dr. Brigitte Bargetz (Christian-Albrechts-Universität zu Kiel), Nina Elena Eggers (Christian-Albrechts-Universität zu Kiel), Dr. Karsten Schubert (ZiF Bielefeld/Albert-Ludwigs-Universität Freiburg)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Sektion „Politische Theorie und Ideengeschichte"; Sektion „Politik und Geschlecht", Arbeitskreis „Politik und Kultur", Themengruppe „Populismus"

Chair: Dr. Brigitte Bargetz (Christian-Albrechts-Universität zu Kiel), Nina Elena Eggers (Christian-Albrechts-Universität zu Kiel)

Abstract:

Zahlreiche Theorien und Konzepte des Populismus gehen davon aus, dass der autoritäre Populismus als Reaktion auf eine Krise der Repräsentation in liberalen Demokratien zu deuten ist, die insbesondere auf die Aushöhlung der Demokratie durch den Neoliberalismus zurückgeführt werden kann. Er kann in dem Moment an Stärke gewinnen, in dem es den etablierten Parteien nicht mehr gelingt, die Wähler*innen hinter sich zu vereinen und es zu verstärkten Polarisierungen kommt. Der Populismus appelliert an das „Volk" und den Volkswillen, der einer etablierten Elite diskursiv gegenübergestellt wird, und nimmt damit die Unzufriedenheit und Ohnmachtsgefühle in der Bevölkerung als Basis der Mobilisierung gegen das bestehende Parteien- und Staatssystem. Bereits in den 1970er Jahren hat Stuart Hall mit dem Konzept des autoritären Populismus auf eine autoritäre Wende „von oben" verwiesen, die über moralische Paniken Zustimmung generiert. In diesem Sinne funktioniert der autoritäre Populismus, den wir gegenwärtig in unterschiedlichen Teilen der Welt erleben, durch das Schüren von Ängsten und moralischen Paniken in der Bevölkerung, der Kreation und Verstärkung von Ressentiments. Die Berufung auf Volkssouveränität wird dabei gegen bestimmte Minderheiten ausgespielt. Ein zentrales Element aller aktuell beobachtbaren Formen des autoritären Populismus ist die Forderung nach einer Retraditionalisierung von Geschlechterbildern und Familienkonzepten, die vielfach mit expliziter Misogynie und LGBTI*Q-Feindlichkeit einhergeht. Der rechts-autoritäre Kampf gegen Feminismus und „Gender-Ideologie" hat, gerade auch in seiner Verknüpfung mit rassistischer Mobilisierung, enorme Mobilisierungskraft. Dabei kommt es auch zu Paradoxien wie einer Migrationsabwehr, die über die Emanzipation von Frauen und queeren Menschen begründet wird.

Doch das Verhältnis von Neoliberalismus, autoritärem Populismus und „Anti-Genderismus" ist in der Forschung umstritten. Unsere Querschnittveranstaltung untersucht es aus kapitalismus- und rechtspopulismuskritischer, feministischer und queerer Perspektive, um darüber nachzudenken, wie regressiven Geschlechterpolitiken entgegnet und damit die Demokratie gegen Autoritarismus „verteidigt" werden kann. Wo und wie greift das Regieren sexueller Freiheit und sexueller Sicherheit in Bezug auf Autoritarismus und Neoliberalismus ineinander? Wie tragen rechtspopulistische LGBTI*Q-Feindlichkeit sowie Vorstöße zur Retraditionalisierung von Familien und Carework zur Entwicklung eines neoliberalen Autoritarismus bei? Und welche Analysen und Handlungsempfehlungen steuert die queere und feministische Theorie zur Demokratisierung der Demokratie in autoritären Zeiten bei?

Diese Fragen wollen wir in drei ausgewählten Bereichen beleuchten und diskutieren.

(1) Gundula Ludwig: Über die fantasmatischen Logiken sexueller Politiken im autoritären Neoliberalismus und im autoritären Populismus (Arbeitstitel)
(2) Paula Diehl: Welchen Platz hat Michelle? Postfeministische Spielräume in Bolsonaros autoritärem Populismus (Arbeitstitel)
(3) Mike Laufenberg: Pandemischer Populismus. Queere Politik im Zangengriff von autoritärem Freiheits- und heteronormativem Sicherheitsbegriff (Arbeitstitel)

Beiträge / Contributions:

Dr. Gundula Ludwig (Universität Innsbruck)

Dr. Mike Laufenberg (Friedrich-Schiller-Universität Jena),
Prof. Dr. Paula Diehl (Christian-Albrechts-Universität zu Kiel),

DiD27 | Wahlsystempräferenzen und Wahlsystemreform (I)

Organisiert von / Organized by: Prof. Dr. Eric Linhart (Technische Universität Chemnitz), Dr. Evelyn Bytzek (Universität Koblenz-Landau)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Arbeitskreis „Handlungs- und Entscheidungstheorie“, Arbeitskreis „Wahlen und politische Einstellungen“

Chair: Prof. Dr. Eric Linhart (TU Chemnitz)

Discussant: Dr. Evelyn Bytzek (Universität Koblenz-Landau)

Abstract:

Mittels Wahlen verleiht der Souverän in Demokratien seine Macht an Repräsentanten; Wahlen gehören damit zu den Kernelementen repräsentativer Demokratien. Nach welchen Prinzipien und Modi dies geschieht, regeln Wahlsysteme. Da die Frage der Machtverteilung entscheidend von dem jeweiligen Wahlsystem abhängt, kommt Wahlsystemen eine große Bedeutung zu. Während die personalisierte Verhältniswahl in der Bundesrepublik lange Zeit als Vorbild eines gelungenen Wahlsystems galt (und teilweise immer noch gilt), sind in jüngerer Zeit auch verstärkt Mängel dieses Systems in den Vordergrund getreten. Exemplarisch seien die Möglichkeit des negativen Stimmgewichts bis zur Bundestagswahl 2009 genannt, sowie ein unnötig komplexer Modus der Stimmverrechnung seit der Wahl 2013, der das Resultat einer Reform ist, durch die das negative Stimmgewicht beseitigt werden sollte.

Dass weiterer Reformbedarf des Wahlsystems besteht, ist weitgehend unbestritten. Wie die Reform im Detail aussehen soll, darüber herrscht allerdings sowohl in der Politik als auch in der Politikwissenschaft Uneinigkeit. Diese Uneinigkeit beruht zumindest teilweise auf unterschiedlichen Vorstellungen darüber, welche Funktionen ein Wahlsystem idealerweise erfüllen soll. Während hier eine Debatte über konkrete Vorschläge lebhaft geführt wird, finden eine Ebene tiefer Diskurse über wünschenswerte Eigenschaften seltener statt. Insbesondere die Präferenzen des Souveräns, der Wahlbevölkerung, wurden bislang nur sporadisch untersucht. Mit ähnlichen Herausforderungen sind auch andere Staaten konfrontiert.

Das Panel soll dazu beitragen, diese Lücke zu verkleinern. Entsprechend heißen wir Beiträge willkommen, die sich – mit Blick auf Deutschland oder auch darüber hinaus – vor dem Hintergrund funktionaler Anforderungen an Wahlsysteme mit Reformoptionen beschäftigen, aus der Analyse bestehender Wahlsysteme Empfehlungen ableiten, und/oder diesbezüglich die Wählerperspektive in den Blick nehmen.

Beiträge / Contributions:

How do policy positions of candidates affect vote choice under OLPR? Survey-experimental evidence using real candidates from Switzerland

Franziska Quoß (ETH Zurich), Dr. Lukas Rudolph (LMU München), Prof. Dr. Thomas Däubler (University College Dublin)

Abstract:

Recent survey experiments show that information on singular policy positions of (fictional) candidates can affect candidate and party choice under open-list PR systems (Blumenau et al. 2017, Bräuninger et al. 2020). This broadens our view on intra-party competition, which has mostly been studied from the perspective of non-policy representation by individual politicians. We investigate whether these findings travel to a setting with real candidates, where voters may have existing preconceptions of candidates and have to balance information on multiple policies. We draw on the context of the Swiss National Parliament election of 2019. In a 2x2-design, we provide survey respondents with ballots of real candidates that vary by information on candidate’s policy stance in zero, one or two policy dimensions. We focus on the two most salient policy fields in this election, and additionally exploit the fact that a large share of the voting population relied on a comprehensive voting advice application that made candidate positioning transparent to voters. This setting allows us to examine whether candidate

information under OLPR can actually allow voters to align their own policy preferences with the preferences of candidates, and which factors may prevent such congruence. The setting also allows us to investigate whether parties with higher intra-party variation on one or several policy dimensions can be more attractive to voters under OLPR on aggregate. Our results inform the debate to which extent preference voting may facilitate policy representation by individual candidates; they also speak to the validity of survey-experiments using hypothetical candidates.

Das Bundestagswahlrecht der Großen Koalition 2020 im Spiegel der Wahlsystemfunktionen

Dr. Philipp Weinmann (Helmut-Schmidt-Universität Hamburg)

Abstract:

Die Große Koalition beschloss 2020 ein neues Bundestagswahlrecht, das schnell auf deutliche Kritik stieß und aktuell zur Prüfung beim Verfassungsgericht liegt. Wie schneidet dieses Wahlrecht ab bezüglich der zentralen Wahlsystemziele wie Proportionalität (zwischen und innerhalb der Parteien), Personalisierung, Chancengleichheit der Kandidierenden und Vermeidung von Anomalien wie Bundestagsvergrößerungen und negativem Stimmgewicht? Dieser Frage geht der Beitrag mittels differenzierter Konzeptualisierung und geeigneter Indikatoren nach. Es zeigt sich, dass das neue Wahlrecht mehrfach unnötig in die Proportionalität eingreift, ohne die Bundestagsvergrößerungen effektiv eingrenzen zu können. Eine Stärkung der Personalisierung wird in der Wahlsystemdebatte meist nicht einmal angestrebt. Wenngleich die Ziele häufig miteinander abgewogen werden müssen, ergeben sich damit einige Verbesserungspotentiale. Zum einen beschädigen die drei ausgleichslosen Überhangmandate mehrere Ziele zugleich, weswegen ein Urteil dazu ansteht. Der Beitrag fokussiert daher auf die im neuen Wahlgesetz vorgesehene Sicherung von ungefähr der Hälfte der Listenmandate. Es wird gezeigt, dass sich diese einfacher und zielgerichteter realisieren lässt, was zudem Inkonsistenzen und Anomalien vermeidet. Eine konsequente Einhaltung der Regelgröße und eine Steigerung der Personalisierung benötigen hingegen eine umfassendere Reform, die direkt nach der Bundestagswahl breit diskutiert werden sollte.

Kumulieren und Panaschieren – alles viel zu kompliziert?

Dr. Kerstin Völkl (Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg)

Abstract:

In etlichen Flächenländern der Bundesrepublik Deutschland haben die Bürger:innen bei Kommunalwahlen die Möglichkeit zu kumulieren und zu panaschieren, was der Verhältniswahl mit offenen Listen entspricht. Hinzu kommt in einigen Bundesländern die Regelung, dass die Anzahl der zu vergebenden Stimmen nach Gemeindegröße variiert. Zu diesen Bundesländern zählt auch Hessen, wo dieses System 2001 relativ spät eingeführt wurde. Als Argument für diese Art von Wahlsystem wird häufig angeführt, dass dadurch die Wähler:innen mehr Möglichkeiten zur Mitbestimmung haben und ihr Einfluss auf die Zusammensetzung der Gemeindevertretung bzw. des Stadtparlaments gestärkt werde. Allerdings gibt es auch kritische Stimmen, die behaupten, dass dieses Wahlsystem zur stetig sinkenden Wahlbeteiligung beitrage und die soziale Spaltung verschärfe.

Einige wenige Erkenntnisse hierzu liegen auf Aggregatdatenbasis vor. So weiß man beispielsweise, dass zwischen 35 und 39 Prozent der Wähler:innen in Hessen ihren Stimmzettel durch Kumulieren und Panaschieren in der Vergangenheit verändert haben. Ebenso ist bekannt, dass in kleinen Gemeinden mehr kumuliert und panaschiert wird als in großen Städten. Darüber hinausgehend ist wenig bekannt. Insbesondere fehlt es an Erkenntnissen auf Basis von Individualdaten. Vor diesem Hintergrund soll am Beispiel der Gemeinderatswahlen in Hessen vom 14. März 2021 untersucht werden, welchen Einfluss die Beurteilung des kommunalen Wahlrechts durch die Wahlberechtigten auf die Wahlbeteiligung einerseits und die Nutzung der Möglichkeiten des Kumulierens und Panaschierens andererseits hat. Zudem wird geprüft, inwiefern die Effekte in verschiedenen Gemeindegrößenklassen und je nach sozioökonomischer Ausstattung der Befragten ggf. variieren.

DiD28 | Wir haben die Wahl! Verwaltungspolitik im Zeitalter der Digitalisierung (I)

Organisiert von / Organized by: Prof. Dr. Tanja Klenk (Helmut-Schmidt-Universität Hamburg), Dr. Matthias Döring (University of Southern Denmark)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Sektion „Policy-Analyse und Verwaltungswissenschaft“

Chair: Prof. Dr. Matthias Döring (Syddansk Universitet Odense), Prof. Dr. Tanja Klenk (Helmut-Schmidt-Universität Hamburg)

Abstract:

OZG, Registermodernisierung, KI, digitale Daseinsvorsorge und digitale Souveränität – die Agenda der Verwaltungspolitik wird gegenwärtig stark von digitalen Themen bestimmt. Sowohl im Bund als auch auf Ebene der Länder und Kommunen wurden in den vergangenen Jahren viele Digitalisierungsvorhaben auf den Weg gebracht. Bei der Wahl zwischen einer Weberschen Bürokratie 2.0 und einer datengetriebenen, agilen und automatisierten Verwaltung 4.0 fiel die Entscheidung in den vergangenen Jahren meist auf basale Formen der Digitalisierung, bei der das digitale Format als zusätzlicher Kanal für die alltäglichen Interaktionen mit Bürger*innen und Politik, für die Steuerung und Organisation interner Prozesse und die Speicherung von Vorgängen integriert wurde. Grundlegende Strukturreformen wurden jedoch tendenziell vermieden.

Mit der Corona-Pandemie scheint es in der Verwaltungspolitik jedoch zu einem Wendepunkt gekommen zu sein. Die Pandemie wird von vielen als der Katalysator gesehen, der den Transformationsprozess beschleunigt und der digitalen Verwaltung 4.0 zum Durchbruch verhilft. Nachdem Deutschland im europäischen Vergleich lange Jahre als Schlusslicht der Verwaltungsdigitalisierung galt, wurden im Kontext der Krise in den vergangenen Monaten viele Entscheidungen im Eiltempo getroffen und umgesetzt. Was bleibt? Wie wird sich die Verwaltung dauerhaft verändern? Und welche Effekte sind zu erwarten?

Vor diesem Hintergrund will das Panel den Stand und die Perspektiven der Verwaltungsdigitalisierung in Deutschland kritisch reflektieren. Erwünscht sind Beiträge, die sich entweder theoretisch-konzeptionell oder empirisch mit Verwaltungsdigitalisierung auf unterschiedlichen politischen Ebenen (Bund, Länder oder Kommunen), in unterschiedlichen Politikfeldern oder in unterschiedlichen Ländern befassen und Reformprozesse betrachten, die entweder im Kontext der Corona-Pandemie oder bereits zuvor angestoßen wurde. Darüber hinaus sind Beiträge willkommen, die methodisch innovative Verfahren aus den Data Sciences (bpsw. Machine Learning) auf verwaltungswissenschaftliche Kontexte anwenden.

Das Panel wird von der Sektion Policy Analyse und Verwaltungwissenschaft sowie FoJuS, der Untergliederung für Wissenschaftler*innen in der Qualifzierungsphase, unterstützt. Die Beteiligung von Wissenschaftler*innen in der Qualifizierungsphase ist ausdrücklich erwünscht.

Beiträge / Contributions:

Determinanten der Akzeptanz algorithmischer Entscheidungssysteme im öffentlichen Sektor

Dr. Pascal König (TU Kaiserslautern), Dr. Julia Felfeli (ZU Friedrichshafen), Prof. AnjaAchtziger (ZU Friedrichshafen), Prof. Dr. Georg Wenzelburger (TU Kaiserslautern)

Abstract:

Wie unter anderem der Automating Society Report von Algorithm Watch zeigt, greift der Staat in vielen Ländern zunehmend auf algorithmische Systeme zurück, um Aufgaben in Bereichen wie Sicherheit, Soziales und Gesundheit - im Idealfall - besser zu erfüllen. Der Beitrag untersucht empirisch, wovon die Unterstützung solcher Anwendungen durch die Bürgerinnen und Bürger abhängt. Damit ergänzt er jüngere Forschung zur Wahrnehmung von algorithmischen Systemen, anders als die eher informatisch fundierten Arbeiten hierzu nimmt er jedoch eine genuin sozialwissenschaftliche Perspektive ein.

Ausgehend von der Idee, dass jene Systeme einen Teil größerer sozio-technischer Systeme bilden, ergründet der Beitrag, welche Rolle der weitere Kontext der Einbettung solcher Systeme für deren Akzeptanz spielt. Dies ist deshalb bedeutsam, weil die Bevölkerung solche Systeme womöglich bereits aus Gründen befürwortet oder ablehnt, die von den Eigenschaften der Technologie im engeren Sinn (etwa dessen Qualität) abgelöst sind. Vor diesem Hintergrund beleuchtet die Studie, wie die Bürgerinnen und Bürger zwei reale Anwendungen bewerten: (1) die Verbrechensvorhersage in der Polizeiarbeit (Predictive Policing) und (2) die Vorhersage von Hautkrebs für ggf. intensivierte Vorsorge. Für die Analyse, wovon die Akzeptanz der beiden Systeme abhängt, sind 2400 Personen – 1200 für jede Anwendung – aus einem repräsentativen Online-Sample der deutschen Bevölkerung befragt worden. Die Befunde zeigen, dass unter anderem bereits das Vertrauen in verantwortliche Organisationen sowie die persönliche Wichtigkeit des Zwecks, den eine Anwendung erfüllt (d.h. Sicherheit bzw. Gesundheit), zu einer stark erhöhten Akzeptanz von algorithmischen Systemen im öffentlichen Bereich führen.

Do citizens appreciate Algorithmic Decision Making (ADM) to hire civil servants? Evidence from a vignette experiment conducted in the US, Japan, and Germany

Prof. Dr. Markus Tepe (Universität Oldenburg), Sebastian Hemesath (Universität Oldenburg)

Abstract:

Algorithmic Decision Making (ADM) refers to decisions based on the computational classification of objects to compare them according to a latent feature or quality. Such systems are already widely used in Human Resources (HR) management in the private sector. Based on an automated analysis of applicants' profiles, the system derives a score for each candidate, which is then used to evaluate them. Due to their prominent positions and privileges, the requirements for hiring civil servants are relatively high and follow special procedural rules that are intended to guarantee transparency and merit-based hiring. Against this background, a debate has arisen about whether citizens appreciate the use of ADM systems in public hiring. We designed a vignette experiment that addresses this question directly. In the vignette, we altered three substantive attributes of the hiring procedure: First, we manipulated whether the ADM system is used by a private sector firm or a public agency. Second, we manipulated whether the ADM score informs the HR manager's hiring decision or whether the scores are used to automatically pre-select candidates. Third, we manipulated the amount of data used by the ADM, whether the system takes only into account candidates' resumes or whether it also incorporates candidates' digital trace data scraped from the internet. The pre-registered vignette experiment has been conducted on representative online samples in the USA (N=1,188), Japan (N=1,135), and Germany (N=1,174). While all three countries have a modern democratic administration, they differ concerning their administrative tradition and technology culture. We find that across all three samples, respondents' appreciation of ADM system declines when the ADM score is used to pre-select candidates. While the use of digital trace data does not affect the appreciation of the ADM system in hiring decisions, the sector's effect differs between countries. Contrary to our initial expectation, German respondents are more likely to appreciate ADM systems in public hiring decisions. What is more, respondents from Japan and Germany are more positive towards the use of pre-selective ADM scores in the public sector. These results point towards a novel sectoral divide when it comes to the implementation of ADM systems.

Datafied Governance and the Displacement of Political Participation

Lisa-Maria Neudert (WZB / Oxford Internet Institute)

Abstract:

Data-driven digital technologies and artificial intelligence have emerged as corner stones of democratic processes. Candidates, party campaigners, and a multitude of other registered campaigners embrace data-rich digital campaigning for democratic engagement, mobilising voters and electioneering. Governments and public administrations turn to data-driven technologies - including machine learning and other forms of artificial intelligence - to solve pressing public problems such as the provision of

health care, social services and transport. Not only, has mainstream political decision-making, programming and campaigning become heavily influenced by big data; but also have governments adopted autonomous technological systems to assess public needs and provide public services in automated ways. Overwhelmingly, research has shown that these technologies are vulnerable to abuse and deception, and are inherently flawed in ways that entrench bias and inequality and run counter to democratic values. Questions about the ethics, legitimacy and accountability of data-driven technologies persist. As the formation and expression of civic political will become encoded in data, are processes of political participation of the individual and demos becoming redundant? This paper will critically discuss the role of traditional processes of political participation, including voting, in juxtaposition to increasingly datafied forms of governance, whereby the analysis of large amounts of data dictate decision-making.

This paper collects further reflections on the author(s)' papers: Author(s) omitted (2020). Hurdles and Pathways to Regulatory Innovation in Digital Political Campaigning. The Political Quarterly, 91(4), 713–721. https://doi.org/10.1111/1467-923X.12915 & Author(s) omitted (2020). Four Principles for Integrating AI & Good Governance. (p. 15). Oxford Commission on AI & Good Governance.

DiD29 | Zivilgesellschaft unter Druck: Covid-19 und die Folgen

Organisiert von / Organized by: Dr. Katja Levy (Manchester China Institute, University of Manchester), Prof. Dr. Annette Zimmer (Institut für Politikwissenschaft Westfälische Wilhelms-Universität Münster)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Sektion „Politische Soziologie", Arbeitskreis „Organisierte Interessen"

Chair: Prof. Dr. Annette Zimmer (Institut für Politikwissenschaft Westfälische Wilhelms-Universität Münster)

Discussant: Prof. Dr. Christian Fröhlich (National Research University Higher School of Economics)

Abstract:

Was bedeutet die Covid-19 Pandemie für die Zivilgesellschaft? Welche Langzeitfolgen lassen sich absehen? Inwiefern ist aufgrund der in Folge der Pandemie getroffenen Maßnahmen eine Verstärkung der Trends und Entwicklungen festzustellen, die im internationalen Kontext unter dem Label „Shrinking and Changing Spaces of Civil Society" diskutiert werden (Toepler et al. 2020). Diesen Fragestellungen soll im Rahmen eines geschlossenen Panels nachgegangen werden, wobei auch solche Länder in den Blick genommen werden, die als sog. alte Demokratien über eine aktive Zivilgesellschaft mit einer gut ausgebauten Infrastruktur zivilgesellschaftlicher Organisationen in Form von NGOs und NPOs verfügen. Die Beiträge des Panels gehen von der Arbeitshypothese aus, dass sich in den letzten Jahren die Kontextbedingungen für die Arbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen (CSOs) weltweit verändert haben. Nicht nur in autoritären und hybriden politischen Regimen werden die advokatorische Arbeit von CSOs und ihr Eintreten für bestimmte Interessen und Gruppen immer stärker eingeschränkt. Dies ist auch in Europa sowie in den USA der Fall (Simsa 2020; Anheier/Toepler 2020). Selbst in Deutschland wird versucht, Freiräume für politisches Engagement dadurch einzuengen, dass den betreffenden Organisationen die Gemeinnützigkeit entzogen wird (Hummel 2019). Durch die Pandemie wird der Handlungsspielraum der Zivilgesellschaft weiter eingeschränkt; insbesondere setzt die Pandemie CSOs unter Druck, die nicht vorrangig im Bereich sozialer Dienstleistungserstellung, sondern eher in der Interessenvertretung, im Lobbying und in allgemeiner politischer Arbeit tätig sind. Eingeschränkt wird der Handlungsspielraum von CSOs durch eine Vielfalt von Faktoren, die nicht immer staatlich intendiert sind. Geschwächt werden die Potenziale der Zivilgesellschaft u.a. durch die negativen Folgen der Pandemie, wie z.B. die deutliche Zunahme der Austritte aus Mitgliederorganisationen (Vereine), die Begrenzung persönlicher Kontakte sowie die Überbelastung der zivilgesellschaftlich Engagierten in Leitungsfunktion. In Zukunft wird sich, angesichts der problematischen ökonomischen Entwicklung, die Konkurrenz um Fördermittel deutlich verschärfen. In der Regel haben hier solche CSOs das Nachsehen, die sich nicht vorrangig als Dienstleister verstehen. Zudem wird sich die Zweitteilung der Zivilgesellschaft intensivieren: Neben in der Regel kooptierten Organisationen, die u.a. bei der Pandemiebekämpfung zunehmend enger mit staatlichen Stellen zusammenarbeiten, die sich aber gleichzeitig immer weniger politisch positionieren, gibt es eine wachsende Polarisierung der Zivilgesellschaft in eine progressive und eher international ausgerichtete Fraktion einerseits und in eine stark identitäre und an traditionellen Werten, wie Nation und Familie, ausgerichtete Strömung andererseits. Vor allem die „Zweiteilung" der Zivilgesellschaft in eine eher liberale und eine konservative, bis extrem nationalistische Fraktion wird durch die besonderen Kontextbedingungen der Pandemie verstärkt und die liberale Richtung, und zwar regimeunabhängig, staatlicherseits zunehmend reglementiert und kontrolliert. Angesichts dieser internationalen Entwicklung verfolgt das vorgeschlagene geschlossene Panel eine doppelte Zielsetzung: 1) Es soll gezeigt werden, dass es sich bei der Einschränkung der Handlungsspielräume der Zivilgesellschaft um eine Entwicklung handelt, die nicht auf eher autoritäre Regime und nicht-demokratische Länder begrenzt ist, sondern auch in den etablierten Demokratien längst Fuß gefasst hat. 2) Es soll perspektivisch diskutiert werden, was dieser Trend für die Entwicklung demokratischer Gesellschaften sowie für die Attraktivität der Demokratie als spezifische Form der Governance unter hoher Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure bedeutet.

Literatur:

Anheier, H. K./Toepler, S. (2020): Zivilgesellschaft zwischen Repression und Vernachlässigung, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, 33(3), 587-600.

Anheier, H.K. et al (2019): Civil society in times of change: shrinking, changing and expanding spaces and the need for new regulatory approaches. Economics: The Open-Access, Open-Assessment E-Journal, 13 (2019-8): 1–27, http://dx.doi.org/10.5018/economics-ejournal.ja.2019-8

Bell, E. (2020): Challenges to ethnic cooperation among Hong Kong Chinese in Scotland, in: Stafford, Ch. et al (Eds.) (2019): Cooperation in Chinese Communities. Morality and Practice, New York and London: Routledge: 189-209.

Buyse, A. (2018): Squeezing civic space: restrictions on civil society organizations and the linkages with human rights, in: The International Journal of Human Rights (22/8): 966-988.

Chan, Chak Kwan, et al. (2016): 'Beyond silent organizations': A reflection of the UK Chinese people and their community organizations, in: Critical Social Policy: 509-533.

CIVICUS State of Civil Society Report 2019, https://www.civicus.org/index.php/state-of-civil-society-report-2019 (accessed 12 December 2020).

Diamond, L. et al (eds.) (2016): Authoritarianism Goes Global. The Challenge to Democracy, Baltimore, MD: Johns Hopkins University Press.

Green, S.N./Pandya, A. (2016): Introducing Open Global Rights' Newest Debate: "Closing Space for Civil Society"—Analysing the Drivers and Responses', open Democracy, 18 April, https://www.opendemocracy.net/en/openglobalrights-openpage/introducing-openglobalrights-newest-debate-closing-s/ (accessed 12 December 2020).

Hummel, S. (2019): Shrinking Space for Civil Society (SCS). Zugänge zu einem globalen Problem, Observatorium 33/2019, https://web.maecenata.eu/observatorium (accessed 12 December 2020).

Moder, C./ Pranzl, J. (2019): Civil Society Capture? Populist Modification of Civil Society as an Indicator for Autocratization. Paper presented at the The SPSA Annual Conference 2019 & Dreiländertagung, Zürich.

Negri, G. (2020): How European Civil Society is Pushing back against Democratic Erosion, Brussels: Carnegie Europe, https://carnegieeurope.eu/2020/03/12/how-european-civil-society-is-pushing-back-against-democratic-erosion-pub-81254 (accessed 12 December 2020).

Poppe, A./Wolff, J. (2017): The Contested Spaces of Civil Society in a Plural World: Norm Contestation in the Debate about Restrictions on International Civil Society Support, in: Contemporary Politics (23/4): 469-488.

Rutzen, D.B. (2015): Authoritarianism Goes Global (II): Civil Society Under Assault, in: Journal of Democracy (26/4): 28-39.

Sidel, M. (2016): Regulation of Nonprofit and Philanthropic Organizations: An International Perspective, Nonprofit Quarterly, 23:2, https://nonprofitquarterly.org/regulation-philanthropic-organizations/ (accessed 12 December 2020).

Simsa, R. (2020): Civil Society Capture by Early Stage Autocrats in Well-Developed Democracies - The Case of Austria, in: Nonprofit Policy Forum (10/3). De Gruyter: https://doi.org/10.1515/npf-2019-0029.

Swiney, C. (2019): The -associational revolution: The rise, spread & contagion of restrictive civil society laws in the world's strongest democratic states, in: Fordham International Law Journal (43/2): 399-456.

Toepler, St. et al (2020): The Changing Spaces for NGOs: Civil Society in Authoritarian and Hybrid Regimes, in: Voluntas (31/4): 649-662.

van der Borgh, C./Terwindt, C. (2012): Shrinking Operational Space of NGOs—A Framework of Analysis, in: Development in Practice (22/8):1065-081.

Beiträge / Contributions:

1. GB: Bürgerschaftliches Engagement der chinesischen Diaspora in Manchester während der Covid-19-Pandemie

Dr. Katja Levy (Manchester China Institute, University of Manchester)

Abstract:

Das bürgerschaftliche Engagement der verschiedenen ethnisch chinesischen Gruppen in Manchester während der Coronapandemie zeigte sich in sehr unterschiedlichen Facetten. Der chinesische Staat/die kommunistische Partei organisierte in Top-down-Manier durch die chinesischen Auslandsvertretungen und chinesische Studierendenverbände die Verteilung von „Care Paketen" für die VR Chinesischen Migrant*innen und Student*innen. Privat initiierte festland-chinesische Stiftungen beteiligten sich an der chinesischen „Maskendiplomatie", indem sie medizinische Geräte und Nase-Mund-Masken nach Europa und andere Regionen transportierten. Andere chinesische Gruppen organisierten sich – bottom-up – um sich gegen die zunehmenden fremdenfeindlichen Angriffe zu wappnen und sich in der Pandemiekrise um einander zu kümmern. Derweil distanzieren sich alteingesessene Hongkonger und Taiwaner Gruppen von den Festlandchinesischen und neue Hongkonger Migrant*innen strömen nach Großbritannien, auf der Flucht vor repressiven Maßnahmen in ihrem Heimatland nach der dortigen Einführung des Nationalen Sicherheitsgesetzes und vor dem Hintergrund der kolonialen Vergangenheit der Briten in der ehemaligen Kronkolonie Hongkong. Der Beitrag versucht, die Vielfalt des chinesischen Engagements am Fallbeispiel Manchester 2020 zu systematisieren und fragt nach den Funktionen und Möglichkeiten von bürgerschaftlichem Engagement in der Krise, in der die Exekutive zum Hauptakteur geworden ist, und gesellschaftliche Akteure auf vielfältige Weise an der Entfaltung ihrer Potentiale in der Krise gehindert werden.

Russland: Die Zivilgesellschaft in Zeiten der Pandemie: Chance oder weitere Einschränkungen?

Dr. Ulla Pape (Otto Suhr Institute of Political Science // Freie Universität Berlin)

Abstract:

Die Entwicklung der russischen Zivilgesellschaft währen der Covid-19 Epidemie ist ambivalent. Zum einen brachte die Epidemie zum Ausdruck, wie wichtig zivilgesellschaftliche Organisationen im Bereich der sozialen Dienstleistungen und der Gesundheitsversorgung sind. Der russischen Zivilgesellschaft gelang es dadurch, ihre Handlungsspielräume zu erweitern und wichtige Erfolge in der Interessenvertretung zu erzielen. So wurde im Mai 2020 als direkte Folge auf die Pandemie ein neues Gesetz zur steuerlichen Förderung von Unternehmensspenden in Russland beschlossen, das die Finanzierungsmöglichkeiten von zivilgesellschaftlichen Organisationen in Zukunft erweitern wird. Zum anderen führte die Epidemie jedoch zu weiteren rechtlichen Einschränkungen für die Arbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen in Russland, vor allem die seit November 2020 diskutierte weitere Verschärfung des Gesetzes über sog. Ausländische Agenten. Dieser Beitrag untersucht die Interessenvertretung von zivilgesellschaftlichen Netzwerken im Rahmen der Covid-19 Pandemie in Russland, wie z.B. der Agentur für Soziale Information ASI.

Österreich: Staatliche Indienstnahme der Zivilgesellschaft

Prof. Dr. Ruth Simsa (Wirtschaftsuniversität Wien)

Abstract:

Der Beitrag präsentiert Ergebnisse einer empirischen qualitativen und quantitativen Erhebung zu den aktuellen Rahmenbedingungen für zivilgesellschaftliche Organisationen in Österreich. Diese werden in Beziehung gesetzt zu Befunden und zum Umgang autoritär agierender Regierungen mit der Zivilgesellschaft. Es zeigt sich, dass in Österreich sich in einem schrittweisen Prozess hin zu Rechtspopulismus und autoritärem Vorgehen der Regierung in den Jahren 2018/ 2019 (Konservative und Rechtsliberale) das allgemeine politische Klima in Bezug auf die Zivilgesellschaft, deren Möglichkeit der politischen Partizipation, und Strukturen der öffentlichen Finanzierung zivilgesellschaftlicher Organisationen geändert haben und insofern ein deutlicher Prozess des civil society capture (Moder/Pranzl 2019: 10) zu beobachten war. So wurde zunächst eine diskursive Delegitimierung der regierungskritischen Zivilgesellschaft versucht. Danach wurde die politische Partizipation eingeschränkt, und es folgten Änderungen auf dem Policy-Level: Öffentliche Gelder werden entlang einer Polarisierung von „guter" und „schlechter" Zivilgesellschaft weg von politisch unabhängigen zu abhängigen

zivilgesellschaftlichen Organisationen gelenkt (Simsa 2020). Dieser Befund wird in Relation gesetzt zu Ergebnissen einer empirischen Untersuchung, die die Rahmenbedingungen unter der aktuellen österreichischen Regierung (Konservative und Grüne Partei) in Zeiten der Pandemie ermittelt.

USA: gespaltene Zivilgesellschaft

Prof. Dr. Stefan Toepler (Schar School of Policy and Government, George Mason University)

Abstract:

Die amerikanische organisierte Zivilgesellschaft ist insgesamt sehr dienstleistungsorientiert und lässt sich in drei Gruppen von Nonprofit-Organisationen unterteilen, die sehr unterschiedlich von der Pandemie betroffen sind: 1) NPOs, die direkt mit der Pandemie konfrontiert sind (Gesundheitsbereich, Pflegeheime, Initiativen für Obdachlose, etc.); 2) Organisationen, die zumindest partiell auf digitale Leistungen umstellen konnten (Bildungsbereich, Beratungsstellen); und NPOs, die ihren Betrieb weitgehend einstellen mussten (Kulturbereich). Der bundesstaatliche Rettungsschirm umfasste auch den NPO-Sektor und half, dass viele NPOs ihren Betrieb nicht einstellen mussten. Dies trifft zumindest für diejenigen Organisationen zu, die in der Vergangenheit in der Lage gewesen waren, Reserven zu bilden. Dennoch gab es einen außerordentlichen Rückgang der Beschäftigung im NPO-Sektor. Generell wurde ein Trend intensiviert, der typisch ist für die NPO-Dienstleister in den USA. Diese setzen ihr advokatorisches Engagement vorrangig im Eigeninteresse ein und sind primär an der Beibehaltung des Status-Quo interessiert. Der NPO-Sektor war daher in den Diskussionen zu den großen sozialen Fragen im Kontext der Pandemie weitgehend nicht präsent.

Dies steht im deutlichen Gegensatz zu den primär advokatorisch tätigen zivilgesellschaftlichen Organisationen und Bewegungen, wie Black Lives Matter auf der einen Seite, aber auch zu vielen rechts-gerichteten und z.T. sogar militante Organisationen und Milizen auf der anderen Seite. Beide Richtungen treten für grundlegende Veränderungen des Status-quo ein. Die USA zeichnet sich somit durch eine Zivilgesellschaft aus, die stark in sich gespalten ist, wobei die Spaltungen mehrdimensional und somit auf mehreren Ebenen festzustellen sind, und zwar konkret zwischen NPO-Dienstleistern und solchen Organisationen, die als Interessen- und/oder Wertevertreter zu charakterisieren sind sowie ferner zwischen den eher konservativen und eher progressiven Kräften bzw. Organisationen, die zudem auf beiden Seiten des politischen Spektrums anzutreffen sind.

DiD30 | Politische Theorie der Polarisierung

Organisiert von / Organized by: Dr. Eva Marlene Hausteiner (Universität Bonn), Dr. Cord Schmelzle (Goethe-Universität Frankfurt)

Chair: Dr. Eva Marlene Hausteiner (Universität Bonn / Universität Greifswald), Dr. Cord Schmelzle (Goethe-Universität Frankfurt)

Discussant: Dr. Eva Marlene Hausteiner (Universität Bonn / Universität Greifswald)

Abstract:

Phänomene der Polarisierung politischer Einstellungen, Programmatiken und Parteiensysteme haben sich in den letzten Jahren zu einem wichtigen Forschungsgegenstand der politischen Soziologie und vergleichenden Regierungslehre entwickelt und werden zunehmenden als Bedrohung demokratischer Werte und des gesellschaftlichen Zusammenhalts diskutiert. Die Präsidentschaft Donald Trumps, die britische Brexit-Entscheidung aber auch das Aufkommen populistischer Bewegungen und die relative Schwäche traditioneller Volksparteien in Kontinentaleuropa erscheinen aus dieser Perspektive als Vorboten der Desintegration und Destabilisierung etablierter demokratischer Systeme, die bei manchen Beobachter*innen Assoziationen eines „new Weimar“ (Mudde) oder eines „cold civil war“ (Talisse) wecken. Angesichts dieser verstärkten Aufmerksamkeit ist es erstaunlich, dass die politiktheoretische Auseinandersetzung mit dem Phänomen noch ganz am Anfang steht. Dies betrifft sowohl begriffliche Fragen der Konzeptualisierung von und Unterscheidung zwischen verschiedenen Typen von Polarisierung, normative und demokratietheoretische Überlegungen zur Bewertung von Polarisierungsprozessen, als auch ideengeschichtlich-kontextualisierenden Ansätzen. Das Panel lädt Beiträge zu diesen Fragen aus der gesamten Breite der politischen Theorie ein:

Begrifflich: Handelt es sich bei „Polarisierung“ um einen rein deskriptiven, einen umkämpften oder einen „dichten Begriff“, der neben der beschreibenden auch eine evaluative Bedeutungsebene umfasst? In welchem begrifflichen Verhältnis stehen Polarisierung und Populismus? Inwiefern hängt ein adäquates Verständnis von Polarisierung von den institutionellen Rahmenbedingungen des jeweiligen politischen Systems ab?

Normativ: Sind Polarisierungsprozesse stets normativ problematisch oder gibt es – wie in manchen radikaldemokratischen Ansätzen suggeriert – begrüßenswerte Formen der Polarisierung? Welches Bild einer nicht-polarisierten Gesellschaft informiert diese Einschätzungen? Wie variiert die Bewertung von Polarisierungstendenzen zwischen verschiedenen demokratietheoretischen Ansätzen? Welche institutionellen Reformen wären zur Eindämmung (oder Förderung) von Polarisierungsprozessen sinnvoll?

Ideengeschichtlich: Wie und mit welchem Vokabular wurden Polarisierungsprozesse in der Geschichte des politischen Denkens verhandelt? Ist „Polarisierung“ ein sinnvolles Paradigma, um Auseinandersetzungen über die weltanschauliche Desintegration politischer Gemeinschaften epochenübergreifend zu analysieren? Welche Strategien des Umgangs mit Polarisierungstendenzen lassen sich aus früheren Polarisierungskrisen unterscheiden?

Beiträge / Contributions:

Bilder des Parteienstreits: Kriegs- und Körpermetaphern als Marker von Polarisierung im politischen Denken des 19. Jahrhunderts

Dr. Philipp Erbentraut (Goethe-Universität Frankfurt am Main)

Abstract:

Auch wenn der Begriff „Polarisierung“ in der Parteien- und Parlamentarismustheorie des 19. Jahrhunderts wörtlich noch keine Rolle spielt, sind Phänomene der Polarisierung politischer Einstellungen, Programmatiken und Parteiensysteme der Sache nach im politischen Denken der Zeit bereits allgegenwärtig (vgl. Erbentraut 2016). Am ehesten ließe sich Polarisierung vielleicht als „ideologische Distanz“ übersetzen. Sie beschreibt dann sowohl einen Zustand, etwa die Entfernung

zweier Parteien voneinander auf der Links-Rechts-Achse, als auch den Prozess des zentrifugalen Auseinanderdriftens von Parteien und Positionen bis hin zum Zerfall des Systems. In diesem Sinne ist die Polarisierung auch für die heutige Parteienforschung noch immer eines der zentralen Merkmale, anhand derer die Eigenschaften unterschiedlicher Parteiensysteme verglichen und klassifiziert werden (vgl. Sartori 1976). Dieser aktuelle Anwendungsfall lässt den Rückgriff auf das ideengeschichtliche Archiv des 19. Jahrhunderts attraktiv erscheinen und danach fragen, wie und mit welchem Vokabular Polarisierungsprozesse in der Geschichte des politischen Denkens verhandelt wurden. Konkret soll der geplante Beitrag anhand ausgewählter Quellen des Parteiendiskurses im 19. Jahrhundert exemplarisch zeigen, auf welche Weise damals in Deutschland und Großbritannien gezielt Kriegs- und Körpermetaphern als Marker von Polarisierung eingesetzt wurden, um das eigene politische Lager zu schließen und die als notwendig angesehene Abgrenzung nach außen zu vollziehen. Darüber hinaus wäre zu fragen, ob und inwiefern diese teils doch recht drastischen Bilder des Parteienstreits zu einer theoretischen Rechtfertigung des (demokratischen) Parteienwettbewerbs insgesamt beitragen konnten. Der Beitrag beruht auf einem aktuellen DFG-Projekt zur Wahrnehmung politischer Parteien in Deutschland und Großbritannien im 19. Jahrhundert an der Goethe-Universität Frankfurt.

John Stuart Mills "Blick nach unten"

Prof. Dr. Dirk Jörke (TU Darmstadt)

Abstract:

Gesellschaftliche Spaltungen und politische Polarisierungen sind kein neues Phänomen, sondern Gegenstand einer langen Geschichte theoretischer Thematisierung und politischer Bearbeitung. Vorherrschend ist in der politischen Ideengeschichte "ein Blick nach unten" gewesen, d.h. Forderungen nach mehr gesellschaftlicher Teilhabe wurden zumeist als irrational und illegitim diskreditiert. Das änderte sich jedoch im 19. Jahrhundert angesichts des offensichtlichen Elends der Arbeitermassen. Wie ich zeigen möchte, sind insbesondere John Stuart Mills Überlegungen zur Emanzipation der ArbeiterInnen aufschlussreich, und zwar sowohl aufgrund ihrer ideengeschichtlichen Relevanz als auch mit Blick auf die aktuelle Wiederkehr liberaler Argumentationsmuster.

Im Unterschied zu vielen seiner Zeitgenossen kommt es bei Mill gerade nicht zu einer schroffen Abwehr der sozialen und politischen Forderungen des Industrieproletariats. Vielmehr verfolgt er eine Strategie der behutsamen Akzeptanz bzw. Integration der ArbeiterInnen. Im Einzelnen finden sich folgende Elemente: 1. Erziehung/Disziplinierung, 2. sozialpolitische Zugeständnisse im Rahmen eines liberalen Sozialismus, 3. politische Scheinermächtigung (Ausweitung des Wahlrechts bei gleichzeitigem Einbau von Sicherungen gegen eine vermeintliche "Mehrheitstyrannei"). Insgesamt, so meine erste These, handelt es sich dabei jedoch um ein paternalistisches Programm, das getragen wird von einer Zivilisationstheorie, die die Lebensweise der Arbeitermassen abwertet. Meine zweite These wird sein, dass sich bei Mill damit ein Muster offenbart, das sich auch gegenwärtig im Umgang mit "populistischen" Protestbewegungen auffinden lässt.

Polarisierung als Krise agonaler Gegnerschaft

Dr. Manon Westphal (Universität Münster)

Abstract:

Dieser Beitrag lotet das Potenzial der agonalen Demokratietheorie aus, sowohl eine Diagnose gegenwärtiger Polarisierungstendenzen zu fundieren als auch Perspektiven für mögliche Antworten auf diese Tendenzen zu erschließen. Die agonale Demokratietheorie – so ließe sich aufgrund ihres Plädoyers für die Anerkennung von Streit und grundlegenden Meinungsverschiedenheiten zunächst vermuten – müsste dem Phänomen der Polarisierung entweder affirmativ oder mindestens hilflos gegenüberstehen. Es liegt jedoch ganz anders: Die agonale Demokratietheorie bietet konzeptionelle Ressourcen, um politiktheoretisch zu erschließen, was das Problematische an Polarisierung ist. Chantal Mouffe hat die Unterscheidung zwischen Feind*innen und Gegner*innen zu einem zentralen Thema der agonalen Demokratietheorie gemacht. Während Mouffe diese Unterscheidung trifft, um das Ziel

demokratischer Politik zu definieren – nämlich die Transformierung von Antagonismen in Agonismen – lässt sie sich auch diagnostisch fruchtbar machen. In vielen Konstellationen, die die gegenwärtigen Polarisierungstendenzen verkörpern, wird die Fähigkeit politischer Akteur*innen prekär, einander als Gegner*innen zu betrachten. Ein Ausweg aus dem Problem kann aus agonaler Sicht nicht in Bemühungen bestehen, Streit zu reduzieren oder sogar zu überwinden. Nicht eine Suche nach Einigkeit, sondern ein Umsteuern hinsichtlich der Modi des politischen Streitens ist das Gebot der Stunde. Überlegungen dazu, wie ein solches Umsteuern aussehen könnte, regen vor allem diejenigen agonalen Theorien an, die in der aktiven Auseinandersetzung mit anderen Sichtweisen eine Voraussetzung für das Knüpfen eines agonalen Bandes zwischen Streitparteien sehen.

Polarisierung und Theorien demokratischer Legitimität

Dr. Cord Schmelzle (Goethe-Universität Frankfurt)

Abstract:

Unter dem Stichwort der Polarisierung wird derzeit die Sorge artikuliert, die westlichen Demokratien drohten an inneren Spannungen zu zerbrechen. Polarisierungtendenzen, so ist die vielfach vertretene Annahme, machten demokratisches Regieren nicht nur mühsamer, konfliktträchtiger und weniger effektiv, sondern sie gefährdeten auch seine normative Basis, indem sie etwa Kooperation und Kompromisse erschwerten und die Rechenschaftspflichten von Politiker*innen von ihrer Performanz entkoppelten. Dem wird entgegengehalten, dass eine zunehmende Distanz zwischen politischen Akteuren unter bestimmten Bedingungen die Legitimität demokratischen Regierens sogar stärken könne. So könnte zum Beispiel nur ein polarisiertes Parteiensystem die Pluralität moderner Gesellschaften effektiv im politischen System abbilden und damit die Repräsentativität und Legitimität des Systems erhöhen. Diese beiden Einschätzungen scheinen nicht nur auf unterschiedlichen Verständnissen von „Polarisierung“ zu beruhen, sondern auch verschiedene Theorie demokratischer Legitimität zu vertreten. Damit laufen sie Gefahr, gleich auf mehreren Ebenen aneinander vorbei zu reden. Der vorgeschlagene Beitrag setzt an diesem Problem an. Sein Ziel ist es, die politikwissenschaftliche Literatur zu verschiedenen Formen politischer Polarisierung – insbesondere der issue polarization und der affective polarization – systematisch mit der Literatur der politischen Philosophie zur Legitimität der Demokratie zu verknüpfen und zu fragen, welche impliziten Vorstellungen demokratischer Legitimität in der Polarisierungsdebatte jeweils am Werk sind und wie sich diese zu den führenden normativen Theorien der Demokratie verhalten. Dabei wird sich zeigen, dass manche Kritik an Polarisierungstendenzen auf nur schwer zu verteidigen demokratietheoretischen Prämissen beruht und daher nicht weiterverfolgt werden sollte, während andere Kritikpunkte auf zentrale demokratietheoretische Probleme verweisen. Auf dieser Grundlage kann dann überlegt werden, wie Demokratien auf welche Formen politischer Polarisierung reagieren sollten.

DiD31 | The Democracy-Sustainability Nexus – A View from the Side of Democracy

Organisiert von / Organized by: Prof. Dr. Antje Vetterlein (WWU Münster), Prof. Dr. Doris Fuchs (WWU Münster)

Chair: Prof. Dr. Antje Vetterlein (WWU Münster),

Discussant: Prof. Dr. Antje Vetterlein (WWU Münster)

Abstract:

Debates on sustainability are often framed as exhibiting a conflictual or necessary relationship with democracy and participation. The rise of populism and its reflection in declining trust in democratic institutions, a lack of confidence in scientific knowledge and skepticism regarding the existence of climate change, may suggest evidence for both, the difficulty of and at the same time need for a democratic sustainability transition.

Today, the literature on the sustainability-democracy nexus is vast and diverse. However, it suffers from a bias in that most studies prioritize the sustainability angle in their inquiries. and fail to dig deeper into the institutional and social arrangements and their impacts that democracy scholars would focus on. How do which characteristics of democratic systems and their societal contexts actually influence sustainability governance in terms of strategies and impact? How can the contexts, including social justice and the societal organization of responsibility, be shaped to allow for a fruitful interaction of democracy with sustainability? And how may democracy actually benefit from sustainability in terms of environmental and social wellbeing and justice?

This panel aims to address these research gaps and thereby set a new agenda in the field. It brings together scholars focusing on core questions of democracy and democratic systems, including its institutions and social and political bases, to explore innovative strategies for inquiry into the democracy-sustainability nexus.

Beiträge / Contributions:

The Challenge of Representation in Deliberative Sustainability Governance

Lena Siepker (WWU Münster)

Abstract:

Participation is supposed to be key in promoting sustainable development. To explain this, we need to take a closer look at the implications of the widely accepted Brundtland definition of sustainable development (1987), which builds on the idea of intra- and intergenerational equity: Equal opportunities for different groups or living beings and generations to live a ‚good life' largely depend on equal opportunities to participate or – more precisely – to be represented in the respective decision making processes. In consequence, a sustainability transition requires the promotion of equal and just democratic structures as well as mechanisms to integrate the interests of (vulnerable) distant groups and future generations.

Building on these insights, this paper aims to investigate the sustainability implications of institutional and social arrangements concerning political participation in the German democratic system in general, and deliberative democratic instruments in particular. The latter are being increasingly implemented in the field of sustainability governance, especially on a municipal level. We thus need to ask: What are the conditions, under which different citizens are enabled and encouraged to participate? Which societal groups are represented and how? This finally may allow to identify specific (enabling and repressive) context factors for a sustainability transition in the German democratic system. It thereby enables us to further examine the role of representation in sustainability governance and potentially to inform modifications for a more fruitful interaction of the necessary, but sometimes conflictual relation between democracy and sustainability.

OObjection! How Environmental Lawyers Created Norms and Governors for International Development Accountability

Prof. Dr. Susan Park (University of Sydney)

Abstract:

The importance of transnational advocacy networks in resisting, challenging, and constituting global governance is well known. Yet we are only just beginning to understand how authority held by activists within networks shapes outcomes. This article argues that the type authority activists hold within a network shapes how an issue is governed and by whom. In the case of the transnational advocacy network Multilateral Development Bank campaign, environmental lawyers at the centre of the network held principled and expert authority, which shaped specific understandings of what constitutes Bank accountability. In response, the MDBs created quasi-judicial mechanisms called the Independent Accountability Mechanisms (IAMs) to provide recourse for people adversely affected by the MDBs in financing international development projects. This in turn created a new cadre of international development accountability (IDA) professionals who agreed on how to fulfil their tasks according to their shared conception of competence. The overly technical, legalistic, and adversarial IAM process would then be challenged by the private sector and people harmed by Bank financed projects, leading to the addition of mediation processes to the IAMs, which in turn reconstituted how development financers are held to account and the profile of an IDA professional.

Can Sustainability Do Democracy?

Prof. Dr. Doris Fuchs (WWU Münster), Prof. Dr. Bernd Schlipphak (WWU Münster), Prof. Dr. Oliver Treib (WWU Münster)

Abstract:

The discussion on the democracy-sustainability nexus often focusses on the ability of democratic systems to adopt and implement the stringent policies necessary in the face of mounting ecological crises and to do so sufficiently fast – hence, asking whether democracy can do sustainability. However, in the face of increasing public awareness of the negative effects of such ecological crises, we can also turn the question around. We can ask to what extent higher standards of quality of life in society, understood to include social aspects of wellbeing but also indicators measuring ecological sustainability, foster conditions beneficial for functioning democracies, such as attitudes among citizens that are considered to stabilize democratic political systems and avoid authoritarian backlashes. In this paper, we argue that citizens should be more satisfied with their political regime if that regime fosters social justice and protects them from the effects of climate change. We hence expect that citizens living in societies with higher levels of sustainable quality of life indicators show higher levels of political trust and satisfaction with democracy. To test our argument, we employ data drawn from the Sustainable Society Index, i.e. an index that includes social and ecological quality of life dimensions, and from the World Values Survey to explain variance in democracy-relevant attitudes across countries since the early 2000s.

Sustainable development and democracy: a legal perspective

Prof. Dr. Virginie Barral (Goldsmiths, University of London)

Abstract:

The rise of sustainability as a central theme of modern international legal discourse has occurred over an extraordinarily compact period of twenty to thirty years at the end of the 20th century, and it is to this day undeniably dominating legal thinking in the fields of economic, social and environmental relations. Yet, sustainable development's broad and evasive texture carries with it significant hesitation as to its legal meaning, contents and implications. This paper argues that despite sustainable development's flexible and evolving contents, close analysis of its wide dissemination in international law is testament to its legal nature. The analysis suggests that the concept ultimately operates both as

a principle of interpretation to assist the resolution of conflicts of norms or of interests in the judicial process, and as an objective that international subjects must strive to achieve. The standards and measures to be adopted in order to achieve this objective may vary according to circumstances, however, such variability is a necessary consequence of the evolving nature of sustainable development and do not prohibit the identification of the inherent constitutive elements of the notion. One such standard, with particular implications for the sustainability-democracy nexus, is that of participatory decision-making. This principle, which has arguably acquired human rights status, requires, before projects with environmental implications are agreed or decisions made, an open, transparent and inclusive decision-making process. The principle of participatory decision-making thus offers a case in point where sustainability's legal demands can positively contribute to democratic processes.

16.30 – 18.00 Uhr DiE | Panelveranstaltungen

DiE01 | (Umkämpfte) Repräsentation sozialer Gruppen in Zeiten multipler Unsicherheiten

Organisiert von / Organized by: Dr. Lars Vogel (Universität Leipzig / Institut für Politikwissenschaft), Prof. Dr. Sabrina Zajak (Deutsches Zentrum für Integration und Migrationsforschung und Ruhr-Universität Bochum)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Sektion „Regierungssystem und Regieren in der Bundesrepublik Deutschland“

Chair: Prof. Sabrina Zajak (Dezim), Dr. Lars Vogel (Universität Leipzig)

Discussant: Prof. Sabrina Zajak (Dezim), Dr. Lars Vogel (Universität Leipzig)

Abstract:

Gesellschaftliche Veränderungen getrieben durch die Covid19-Pandemie, Klimaveränderungen, Digitalisierung, Migration oder populistische Ideologien sorgen für neue Unsicherheiten und setzen Entscheidungsträger unter Druck. Gleichzeitig sind nicht nur Inhalte der Entscheidungen zunehmend umstritten, sondern auch Fragen der Verfahren und Beteiligung an den Entscheidungen. In liberalen Demokratien kommt der Frage der Repräsentation der Bevölkerung eine entscheidende Bedeutung zu. Dabei zählt die Repräsentation gesellschaftlicher Gruppen (u.a. Frauen, Ostdeutsche, Personen mit Migrationshintergrund) als ein zentrales Element der demokratischen Teilhabe. Gerade auch die deskriptive Repräsentation, also das Ausmaß, in dem sich die Sozialstruktur einer Gesellschaft in der personellen Zusammensetzung ihrer zentralen Institutionen und Entscheidungsträger*innen widerspiegelt, ist wichtig für die gleichberechtigte Teilhabe aller gesellschaftlichen Gruppen und macht deren Einbeziehung in den Willensbildungsprozess sichtbar. Dabei ist und bleibt die Frage, welche Gruppen repräsentiert werden sollen, umstritten und politisch umkämpft. Hinter solchen Repräsentationskonflikten stehen oft auch unterschiedliche Positionierungen zur Definition von Gruppengrößen (bis hin zur Statistischen Definition der Gruppengröße), Zugehörigkeitszuschreibungen (wer gehört dazu und wer nicht) und die An- oder Aberkennung von Repräsentationsansprüchen.

Das Panel diskutiert u.a. folgende Fragen:

- Welches Ausmaß an (Unter-)Repräsentation gibt es in verschiedenen gesellschaftlichen Teilbereichen und warum?
- Wie werden Formen und Ausmaß an (Unter-)Repräsentation in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen (Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft) legitimiert und begründet? Welche Unterschiede werden zwischen sozialen Gruppen vorgenommen und wie werden diese legitimiert?
- In welchem Zusammenhang stehen Konflikte um Gruppenzugehörigkeit/-identitäten und Repräsentationsansprüche mit einem Wandel von tatsächlichen Repräsentationspraktiken?
- Wandeln sich Repräsentationsforderungen, -diskurse und -praktiken in Zeiten zunehmender Unsicherheiten und ungewisser Zukünfte?

Beiträge / Contributions:

Diversität im öffentlichen Dienst: Repräsentation von Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund in der Bundesverwaltung

Dr. Andreas Ette (Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung), Martin Weinmann (Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung)

Abstract:

In den vergangenen drei Jahrzehnten haben sich vollständig unterschiedliche Policy Regime zur institutionell-politischen Steuerung der Repräsentation von Frauen und Migranten in der öffentlichen Verwaltung in Deutschland entwickelt. Vor diesem Hintergrund untersucht der Beitrag den Umfang und

die Bedingungsfaktoren der Diversität des Personals am Beispiel der Bundesverwaltung. Dabei wird nicht nur die Repräsentation von Frauen und Migranten an allen Beschäftigten (horizontale Repräsentation), sondern auch die Repräsentation in Führungspositionen in den Blick genommen (vertikale Repräsentation). Es erfolgt sowohl eine querschnittliche Beschreibung des Ausmaßes der (Unter-)Repräsentation von Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund in der Bundesverwaltung als auch eine Untersuchung von Veränderungen in der Personalstruktur im Verlauf des vergangenen Jahrzehnts. Die Betrachtung zeigt eine deutliche Varianz in der Repräsentation von Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund, aber auch eine deutliche Varianz zwischen den verschiedenen Behörden. Vertiefende Analysen untersuchen die Determinanten der Repräsentation von Frauen und Migranten mittels Regressionsverfahren. Über die reine Beschreibung der Repräsentativität hinausgehend, werden so verschiedene Eigenschaften der Organisationen in den Blick genommen, um deren unterschiedlichen Umgang mit der Repräsentation von Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund zu erklären. Datengrundlage der Analysen stellen einerseits Sonderauswertungen der Personalstandstatistik des Statistischen Bundesamtes für die Bundesverwaltung dar. Andererseits wird auf den „Diversität und Chancengleichheit Survey (DuCS 2019)“ (N=47.119) zurückgegriffen, eine Beschäftigtenbefragung, die erstmals repräsentative Daten zur Diversität in der Bundesverwaltung in Deutschland vorlegt.

Macht das Alter einen Unterschied? Der Einfluss des Alters von Bundestagsabgeordneten auf ihre Beiträge in Parlamentsdebatten

Noam Himmelrath (Universität Mannheim), Prof. Dr. Marc Debus (Universität Mannheim)

Abstract:

Kurzfristige exogene Schocks, wie die anhaltende Covid-19-Pandemie, aber auch langfristige Entwicklungen, wie sie sich etwa in der globalen Klimakrise zeigen, stellen verschiedene Generationen vor unterschiedliche Herausforderungen. Vor allem jüngere Menschen werden von den Folgen des Klimawandels nachhaltig betroffen sein. Vor dem Hintergrund dieser Disparität beleuchten wir das legislative Verhalten von Abgeordneten in repräsentativen Demokratien, in welchen junge Menschen parlamentarisch weiterhin stark unterrepräsentiert sind. Aufbauend auf existierender Literatur zum Zusammenhang von deskriptiver und substantieller Repräsentation argumentieren wir, dass – in Abhängigkeit des Mandatstyps und der strukturellen Eigenschaften der von den Abgeordneten vertretenen Wahlkreise – jüngere Abgeordnete häufiger zu Themen wie Umwelt, Energie, Klima und Bildung sprechen, die jüngere Generationen stärker betreffen. Zur Evaluierung unserer Hypothesen analysieren wir die Anzahl und den Inhalt der Debattenbeiträge der einzelnen Bundestagsabgeordneten im Zeitraum von 2017 bis 2021.

Wer fehlt? Wahrnehmung parlamentarischer Repräsentation von Personen mit Migrationshintergrund

Laura Dinnebier (Universität Duisburg-Essen), Simone Tosson (Universität Duisburg-Essen), NoamHimmelrathUniversität Mannheim)

Abstract:

Auch 20 Jahre nach der Debatte um „Deutschland als Einwanderungsland“ und der politischen Anerkennung gesellschaftlich prägender Migrationsrealitäten wird diskutiert, dass migrantische Perspektiven in legislativen Prozessen der repräsentativen Demokratie weitgehend unterrepräsentiert bleiben. Offen bleibt, ob diese Diagnosen auch mit der Wahrnehmung von Repräsentationsdefiziten korrespondieren und welche Repräsentationserwartungen innerhalb einer pluralen, multikulturellen Gesellschaft bestehen. Da diesen Fragen mit bestehenden Umfragedaten nur schwer nachgegangen werden kann, thematisiert unser Beitrag ein neues Messinstrument, das im Rahmen des DeZIM-Forschungsprojekts “MigRep” entwickelt und in eine Bevölkerungsbefragung integriert wurde. Anhand von Fokusgruppendiskussionen wurden zunächst qualitative Daten erhoben, ausgewertet und in eine innovative Itembatterie übersetzt. Diese misst die individuelle Wahrnehmung der deskriptiven Repräsentation verschiedener gesellschaftlicher Gruppen im Deutschen Bundestag sowie die Relevanz

bestimmter Merkmale bei politischen Mandatsträger*innen. Die qualitativen Auswertungen der Fokusgruppen zeigen eine wahrgenommene Distanz zwischen Bürger*innen und „politischer Elite“. Theoretisch findet diese ihren Ausdruck insbesondere in angenommenen Zusammenhängen zwischen substanzieller und deskriptiver (Unter-)Repräsentation. Der Untersuchung liegt daher die Annahme zugrunde, dass die eigenen soziostrukturellen Gruppenzugehörigkeit(en) die wahrgenommene deskriptive Repräsentation beeinflussen. Vor diesem Hintergrund analysieren wir, wie Personen mit Migrationshintergrund die aktuelle deskriptive Zusammensetzung des Deutschen Bundestages bewerten. Die Daten demonstrieren Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Befragten mit Migrationshintergrund sowie Befragten aus der Gruppe der sogenannten autochthonen Bevölkerung und ermöglichen eine eindeutige Differenzierung. Weiterhin können die Ergebnisse hinsichtlich deskriptiver Merkmale wie Alter, Geschlecht, Bildungsgrad, wahrgenommene Schichtzugehörigkeit, Religion und regionale Herkunft (Ost-/Westdeutschland) validiert und im Zusammenhang individueller Präferenzen der eigenen Repräsentation untersucht werden. Der Beitrag liefert somit eine umfassende Analyse bestehender Erwartungen an politische, deskriptive Repräsentation innerhalb der Migrationsgesellschaft.

Who speaks for less well-off citizens? Issue congruence in the 2017 German Federal Election

Marie Kübler (Institut für Politikwissenschaft, Universität Münster)

Abstract:

While it has been known for a long time that socio-economic groups differ in their political views, the rise of right-wing populist parties in Western democracies has led to a comeback of class-voting theories. Both in the public and the scientific debate, it has been argued that traditional workers' parties are too liberal for their electorate on cultural issues. Consequently, they are challenged over the working-class vote by the populist radical-right. But while we know that the views of poorer and less educated citizens are often underrepresented by traditional parties, it is not yet clear whether right-wing populist parties actually perform better in this regard. This paper therefore examines the gap between political elites and disadvantaged social groups in the 2017 German Federal Election. Using many-to-many congruence, policy preferences of different socio-economic groups are compared to those of MPs, both at the overall parliamentary and at the party level. Three findings are worth noting: First, opinion gaps vary widely across issue dimensions and socio-economic groups do not hold fundamentally different views across the board. Labelling the less privileged “left-authoritarian” would be an overgeneralization. Second, the opinions of MPs are nonetheless more in line with those of the richer and more educated citizens. Third, no party – neither the Left party and the SPD nor the AfD – represents the underprivileged particularly well. While the AfD is the only party that is more congruent with poorer and less educated citizens than with the more privileged ones, its overall congruence levels are still low in absolute terms.

DiE02 | Citizenship policies and citizenship education in times of uncertainty

Organisiert von / Organized by: Katarina Marej (WWU Münster), Dr. Nora Siklodi (University of Portsmouth)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Sektion „Politikwissenschaft und Politische Bildung“

Chair: Katarina Marej (WWU Münster), Dr. Nora Siklodi (University of Portsmouth)

Discussant: Dr. Frank Reichert (University of Hong Kong)

Abstract:

Citizenship policies and education have become increasingly popular for policy interventions seeking to frame and design inclusion and exclusion processes. While these policies have traditionally been determined by genuine national considerations, their sources have changed, increasingly coming from global and knowledge exchanges as well as ‘best practice’ learnings, such as patriotic education, social cohesion and immigration regulation. This change has led to parallel developments in the content of citizenship, including a move from greater liberalisation in the 1990s to greater autocratisation post-9/11. Within education policies, the latest interventions seemingly intended to prevent radicalisation, requiring a shift away from raising critical and mature citizens towards raising loyal, trusting and supportive citizens. The implications of these developments for broader democratisation and autocratisation processes, as well as citizenship practices cannot be underestimated.

This panel seeks papers which reflect upon recent developments in citizenship policies and education, including both empirical and theoretical contributions. We are especially interested in the following themes:

- empirical and comparative analyses of policy developments in citizenship and citizenship education;
- critical reflections on the securitization of citizenship and citizenship education, especially in the context of prevention and (de)radicalization programs;
- bottom-up responses to these developments by citizens, teachers, students and families;
- self-reflexive processes within academia concerning the globalized development of citizenship theory as well as theoretical differentiations of education and indoctrination.

Beiträge / Contributions:

Citizenship Educational Policy: A Case of Russophone Minority in Estonia

Nikolai Kunitsõn (Tallinn University), Prof. Dr. Leif Kalev (Tallinn University)

Abstract:

In the contemporary era, societies are divided and political polarization is increasing. One of the most powerful instruments the government can use is general standard education, specifically citizenship education. We will look at the case of Estonia, which is peculiar because Estonia's main political cleavage, which also manifests itself in the bi-lingual education system and socio-economic inequalities is the ethnic cleavage between the Estonians and the Russophone community. We will look at Estonian citizenship education policy design and implementation (Jennings 1996; Spillane 2004; Lester et al 2017) with a special focus to bottom-up response by civics teachers in minority schools as front-line bureaucrats (Lipsky 2010). We will conduct an empirical analysis of the curriculum and this will be followed by semi-structured qualitative interviews. The aim is to identify how civic education is presented in Estonian high schools, how are those regulations transformed to the content of their subject, and what are the specific challenges of teachers in relation to the students from the Russian minority in Estonia. In discussion, we will look make suggestions to current Estonian citizenship education policy and offer various insights into tackling this issue.

Civic education in Brazil: a grassroots case study

Camila Alencar, Virginia Rocha, WesleySiqueira

Abstract:

How has organized civil society helped to improve citizenship education in Brazil? This paper aims to both introduce an overview of the broad historic initiatives concerning civic education in the country, as well as presenting a case study from a particular response led by the grassroots nonprofit Politiquê? in the Northeast of Brazil since 2018. Citizenship education is a somewhat recent development in the educational system of Brazil. From the military regime until today's scenario of democratic fragility due to a far-right government, the country has experienced persevering anti-democratic attitudes and movements, which has both created a public opinion perception of the need for civic education and prevented so far the insertion of clear citizenship education policies within its national curriculum. This environment has encouraged the rise of organized civil society initiatives that elaborate bottom-up responses on civic engagement in collaboration with school communities.This study is based on the analysis of learnings and results stemming from the NGO's programs, with a focus on the organization's youth beneficiaries, using primary survey data and organizational reports. Early findings suggest some of the challenges faced in the implementation of such programs, including local political competition, aversion to the theme from the targeted public due to widespread negative connotation of institutional politics and lack of subject knowledge by the schools' administration and faculty. It also points to some positive tendencies in the next generation of voters, such as more willingness to engage in virtual debates and higher levels of educational achievement and information access.

Developing the political citizen: why every teacher is now a citizenship teacher as a consequence of the Counter-Terrorism and Security Act 205 and the Prevent Duty.

Prof. Dr. Hazel Bryan (University of Huddersfield)

Abstract:

With its genesis in the Counter Terrorism and Security Act 2015, the Prevent duty is the responsibility placed upon certain members of society to prevent radicalisation and extremism. In terms of education, this duty should be understood in concert with the statutory requirement to promote (fundamental) British values enshrined in the Teachers' Standards (DfE, 2012). Both the Prevent duty and the concept of fundamental British values have generated significant questions: has there been chilling effect on freedom of speech? is there an Islamophobic undertone to these initiatives? in what ways are Ofsted inspections, school resources, the curriculum and approaches to diversity affected?

This paper explores the interplay between the statutory requirement to provide opportunity for pupils to debate and explore issues relating to citizenship in the public sphere in the light of religious and political discourses and the statutory requirement to monitor and report potential 'vulnerable' pupils. It asks what measures are employed to judge 'vulnerability' and 'risk' when they are encouraged to promote debate and active political engagement. The article argues that in discharging their Prevent Duty, teachers become self-regulating, 'governmentable subjects' themselves.

Keywords: Prevent; Prevent Duty; Counter-Terrorism and Security Act; Governmentality; teachers

EU citizenship and free movement in Germany and Hungary during Covid-19

Dr. Nora Siklodi (Norwegian University of Science and Technology/ University of Portsmouth), Katarina Marej (University of Munster)

Abstract:

Established in 1993, European Union (EU) citizenship has been presented as the pinnacle of the EU's democratic credentials and political aspirations. It was originally framed as a source of novel and truly transnational set of rights, shared identifications and political participation for the nationals of the EU's member states. At its core, however, remains a chiefly economic right - the free movement of people within the Union. Already susceptible for national limitations based on, chiefly, national security and

welfare considerations, the scope of EU citizenship has come under particular duress during the height of the Covid-19 pandemic. It included not only the re-introduction of national border checks within the Schengen Area but also more targeted limits on the travelling rights of EU and non-EU citizens. The latter was often based on geographical restrictions or nationality and residence background. In order to contribute to the ongoing conversation about the significance of EU citizenship and, by extension, the debate on the EU's democratic perspectives, this paper relies on original discourse and policy analyses. Specifically, the paper examines whether and how the scope of EU citizenship has been limited in the context of the pandemic by EU member states. It zooms in on two member states with openly contradictory approaches to contemporary EU politics, Germany and Hungary, and analyses the similarities and differences in their responses to the pandemic with regards to EU citizenship and free movement. The findings shed light on the resilience and interpretation of EU citizenship and free movement in uncertain times.

DiE03 | Coronakratie. Demokratisches Regieren und Wählen in Zeiten der Pandemie

Organisiert von / Organized by: Prof.Dr. Karl-Rudolf Korte (NRW School of Governance, Universität Duisburg-Essen), Dr. Isabelle Borucki (Universität Duisburg-Essen)

Chair: Dr. Julia Schwanholz (NRW School of Governance, Universität Duisburg-Essen)

Abstract:

Für die Corona-Politik fehlen die historischen Vergleiche. Umso reizvoller sind politik- und sozialwissenschaftliche Nachfragen: Was macht das Virus mit dem politischen System? Wie widerstandsfähig und belastbar zeigen sich Politikmanagement, demokratisches Regieren und Wählen? Welche Erfahrungen haben die politischen und gesellschaftlichen Akteure im Laufe der Corona-Pandemie in Deutschland, Europa und weltweit gemacht? Was haben sie gelernt? Aber auch: Auf welche Fragen konnten (noch) keine Antworten gefunden werden?

Obschon der historische Einschnitt im Zuge der Corona-Pandemie – vom Kontaktverbot über den Shutdown bis hin zu vereinzelten Ausgangssperren – nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland einmalig ist, markiert die „Coronakratie" keinen neuen politischen Systemtypus. Vielmehr weist der Begriff auf das allgemein Neuartige und Herausfordernde hin: Wir werden, so die Annahme, langfristig mit der Pandemie leben und auch politisch umgehen müssen. Was unweigerlich zur Frage nach den Potenzialen und Gefahren, den Chancen und Risiken der Pandemie für unsere westlichen Demokratien führt.

Ist die Coronakratie ein politischer Möglichkeitsmacher oder steht zu erwarten, dass am Ende alles bleibt, wie es ist bzw. war? Was unterscheidet die Corona-Zeit von anderen Krisen und wie sind diese Gemeinsamkeiten und Unterschiede perspektivisch einzuordnen? Was kann aus Sicht der Regierungsforschung für das Politikmanagement, die Regierungspraxis und ihre Reflexion gelernt werden? Wo sind etwa Ansätze von Resilienz zu erkennen und was bedeuten diese strukturell, inhaltlich und personell für demokratisches Regieren und Wählen? Gibt es verbindliche Maßstäbe für ein politisches Katastrophen-Management und welche Lernmomente lassen sich daraus ableiten? Wie wirken sog. Fake News und Verschwörungsglauben gesellschaftlich und auf das politische Katastrophen-Management zurück? Wie beeinflusst all das den in Demokratien zentralen Akt des Wählens? Kurzum: Was erwarten wir als mittel- und langfristige Folgen für die Demokratie?

Zugespitzt soll also aus politikwissenschaftlicher Perspektive eruiert werden, was bleibt und was wird aus der aktuellen Corona-Pandemie. Angesichts des Spannungsfeldes zwischen Freiheit, Gesundheit und Sicherheit, das sich als ein politisch kaum aufzulösendes Dilemma offenbart hat, sowie mit Blick auf unsere Demokratie als eine Lebensweise, die über bestimmte Kulturtechniken organisiert ist, wird die Zuspitzung was bleibt und was wird zu einer grundlegenden, perspektivischen Auseinandersetzung über unser Gemeinwesen. Die Frage nach der Resilienz demokratischen Regierens und Wählens wird dabei – nicht nur vor dem Hintergrund des „Super-Wahljahres" 2021 – zum Dreh- und Angelpunkt aller Betrachtungen. Die vorgeschlagene Veranstaltung „Coronakratie. Demokratisches Regieren und Wählen in Zeiten der Pandemie" passt insofern ideal zum Thema des DVPW-Kongresses „Wir haben die Wahl! Politik in Zeiten von Unsicherheit und Autokratisierung", deckt sie doch ein breites Spektrum politikwissenschaftlicher Inhalte und Fragen sowie diverse Untergliederungen der DVPW ab.

Geplant ist eine insgesamt 90-minütige Veranstaltung im Roundtable-Format, bestehend aus drei Diskutant*innen und einer Moderation. Die Diskutant*innen haben je drei Minuten Zeit für ein Eingangsstatement zu einer für sie zentralen Erkenntnis im Zuge der Corona-Pandemie und des politischen und gesellschaftlichen Umgangs mit dieser. Daran anschließend erfolgt eine max. 60-minütige Diskussion, bevor schließlich die Diskussion für Fragen der Zuschauer*innen geöffnet wird.

Beiträge / Contributions:

Prof. Dr. Andrea Römmele (Hertie School Berlin),

Prof. Dr. Claudia Landwehr (Johannes Gutenberg Universität Mainz),
Prof. Dr. Karl-Rudolf Korte (NRW School of Governance, Universität Duisburg-Essen)

DiE04 | Entscheiden und Zeitlichkeit: Bedrohliche Zukünfte und autoritäre Verheißungen

Organisiert von / Organized by: Dr. Marlon Barbehön (Universität Heidelberg), Dr. Mareike Gebhardt (Westfälische Wilhelms-Universität Münster)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Arbeitskreis „Konstruktivistische Theorien der Politik“

Chair: Dr. Marlon Barbehön (Universität Heidelberg), Dr. Mareike Gebhardt (Universität Münster)

Abstract:

Zu den klassischen Annahmen der Politikwissenschaft gehört die Vorstellung, Politik sei ein System, das im Angesicht gesellschaftlicher Herausforderungen verbindliche, jedoch zugleich kontingente Entscheidungen produziert. Insbesondere (liberal-)demokratischer Politik ist dabei ein kulturgeschichtlich spezifisches Zeitverständnis eingeschrieben, wonach der Gang der Geschichte von politischen Entscheidungen abhängig und weder naturgesetzlich noch göttlich oder schicksalhaft vorbestimmt ist. Das konstitutive Verhältnis zwischen Entscheiden und Zeit bleibt in politikwissenschaftlicher Forschung jedoch vielfach implizit und hinter nicht weiter theoretisierten temporalen Metaphern verborgen. Das Panel widmet sich konstruktivistischen Theorien, die sich mit den Temporalstrukturen des Politischen befassen und das der Entscheidung inhärente Spannungsverhältnis zwischen vermeintlich souveräner Bändigung von Zukunftsoffenheit und ereignishafter Unterbrechung von Kontinuität in den Blick nehmen.

Mit dem Panel möchten wir Beiträge gewinnen, die dem ambivalenten Verhältnis von Zeit(lichkeit) und Entscheiden aus unterschiedlichen Blickwinkeln konstruktivistischer Theorien nachgehen. Wir möchten Beiträge versammeln, die den Status und das Verhältnis der beiden Begriffe für die Erfassung von (demokratischer) Politik und/oder dem Politischen thematisieren. Dabei werden Begriffe wie Ereignis, Kontingenz, Notwendigkeit, Unsicherheit oder Reversibilität gekreuzt, die selbst wiederum ganz wesentlich durch temporale Bedeutungsgehalte und Zeitlichkeitsvorstellungen geprägt sind. Insgesamt zielt das Panel darauf ab, die den DVPW-Kongress anleitende Formel des Wahlhabens anhand politiktheoretisch substantiierter Perspektiven in den Blick zu nehmen und damit sichtbar zu machen, welche Einsichten sich daraus für eine Gegenwartsgesellschaft gewinnen lassen, die sich zunehmend zwischen (bedrohlicher) Zukunftsoffenheit und (autoritären) Verheißungen einer Zukunftsschließung zu befinden scheint.

Beiträge / Contributions:

Aporien demokratischer Urteilskraft. Ein Streitgespräch zwischen Arendt und Derrida

Dr. Matthias Flatscher (Universität Wien / Institut für Politikwissenschaft), Florian Pistrol (Universität Wien / Institut für Philosophie)

Abstract:

Kaum ein anderer Denker geht der Frage nach dem aporetischen Verhältnis von Zeitlichkeit und Urteil mit ähnlicher Insistenz nach wie Jacques Derrida. Am Beispiel des Richtspruchs wird Folgendes deutlich: Einerseits fordert ein gerechtes Urteil, dass die Richterin ihre Entscheidung nicht willkürlich trifft, sondern sich an einem Korpus allgemeiner Gesetze orientiert. Andererseits gebietet die Logik der Rede von einem gerechten Urteil es, dass selbiges nicht das Resultat einer Kalkulation darstellen darf, sondern es muss sie mit Blick auf die Singularität des Einzelfalls affirmierend die Regeln je neu übernehmen.

Entscheidend ist hier nun nicht bloß, dass das Urteil die hermeneutische Frage der Adaption eines allgemeinen Gesetzestextes auf den konkreten Einzelfall aufwirft, sondern ebenso, dass es sich in eine komplexe Zeitstruktur einschreibt: Der Urteilsspruch erfolgt nicht in einem geschichtslosen Raum; er greift auf bereits gefällte Urteile zurück. Nun steht die gegenwärtige Entscheidung jedoch nicht allein in einem Verhältnis zu bereits gefällten Richtersprüchen, sondern trägt als (Neu-)Erfindung auch einen

Bezug auf kommende Urteile in sich, für die es zu einer Referenz wird. Jede Rechtsprechung steht in einem Spannungsverhältnis zu einem uneinholbar Vergangenen und einem unabsehbar Kommenden.

Gerade dass gefällte Entscheidungen auch eine Verbindlichkeit für andere Urteile anderer mit sich führen, erweist sich als ausschlaggebend für eine Konzeption von Normativität, die sich vor dem Anderem nicht verschließt und insofern im Kommen bleibt. Urteile müssen hier und jetzt gefällt werden – aber auf eine Weise, welche die Kritik und Revision im Namen des Anderen stets zulässt. Diese zeitliche Struktur stellt für ihn nun das Spezifische der Demokratie dar. Auch sie soll Entscheidungen nicht als sakrosankt auffassen, sondern muss sich selbst immer wieder dahingehend in Frage stellen, ob sie dem eigenen Anspruch, Gerechtigkeit ins Werk zu setzen, nachgekommen sein wird.

Von hegemonietheoretischer Seite wird diese Form der Selbstinfragestellung dahingehend kritisiert, dass sie in den Bereich des Politischen einen Ethizismus einschreibt, der an einem realistischen Politikverständnis vorbeigeht (vgl. Laclau 1996, Marchart 2011). Dieser Kritik pflichten wir nur insofern bei, als in Derridas Überlegungen zur Verschränkung von Singularität und Universalität im Urteil Formen der Kollektivierung nicht explizit thematisiert werden. Unserer Auffassung nach handelt es sich hier jedoch nicht ein prinzipielles Manko der Dekonstruktion; vielmehr möchten wir in unseren Ausführungen zeigen, dass im Urteilen selbst bereits die Möglichkeit zur Kollektivierung angelegt ist.

Hierfür werden wir uns auf das Urteilsdenken Hannah Arendts beziehen. Das Urteil ist für sie das Vehikel, um ein Besonderes als solches in den Blick zu nehmen, unabhängig von jeglicher Regel. Leitend ist dabei die Fähigkeit, ausgehend von der eigenen Position die Standpunkte anderer zu berücksichtigen. Gleichwohl das Urteil ein Besonderes für sich betrachtet, vermag es ein Allgemeines zu indizieren. Der Grund hierfür liegt in der Exemplarizität des Beurteilten. Die Pointe ist dabei, dass durch die Nobilitierung des Beurteilen zu einem Beispiel die Stufe des Partikularen nicht verlassen wird. Das Beispiel macht andere Phänomene verstehbar, ohne zu einer unabhängigen Regel verdinglicht werden zu können. Darüber hinaus vereint das Urteil die Prozesse der Kollektivierung und der Individuation. Zum einen manifestiert sich im Urteil das Wer der urteilenden Person. Zum anderen eignet dem Urteilsvermögen eine „organisatorische Kraft“. Jene, die in ihrem Urteil übereinkommen, werden zu den Gliedern einer Gruppe Gleichurteilender. Gerade mit Blick auf diesen letzten Aspekt sehen wir die Möglichkeit, die von Derrida hervorgehobene Verbindlichkeit der Urteilsentscheidung für kommende Urteilsfindungen mit der Frage der Kollektivierung zu verknüpfen.

Klimawandel und Politik. Zur ökologischen Zeitlichkeit am Grunde des Politischen

Lorina Buhr (Universität Erfurt)

Abstract:

Problemstellung

„Alles Ständische und Stehende verdampft, alles Heilige wird entweiht, und die Menschen sind endlich gezwungen, ihre Lebensstellung, ihre gegenseitigen Beziehungen mit nüchternen Augen anzusehen“, so lautet eine berühmte Diagnose im Manifest der Kommunistischen Partei von Karl Marx und Friedrich Engels (1848). Während Marx und Engels die gesellschaftliche Ordnung durch die kapitalistische Produktionsweise von einer stabilen, gesicherten und nicht-kontingenten Matrix des Sozialen und Politischen in eine hoch dynamische, fluide und damit temporal strukturierte Verfasstheit überführt sehen, bringt der anthropogen erzeugte Klimawandel eine zusätzliche Dimension von Temporalität in das Politische und die politische Handlung: die Folgen des (Nicht-)Handelns betreffen nicht mehr nur die Gestaltung der gegenwärtigen Güter und Beziehungen, sondern die Existenzweise der nahen und fernen zukünftigen Menschheit.

Argumentation

Eine primäre, auf die Regierung der Zukunft ausgerichtete Politik des Klimawandels, impliziert, so argumentiert der Beitrag im Anschluss an den italienischen politischen Philosophen Furio Cerutti (2007, 2016) essenzielle und temporale Veränderungen in der Konstitution von politischem Handeln und des Politischen. Auf der Ebene der Politik verzeitlichen sich die Gegenstände der Politik, denn nicht primär die gegenwärtigen und zeitnahen Güter in ihrer Knappheit bilden fortan den Gegenstand des politischen

Handelns, sondern die zukünftigen Folgen des (Nicht-)Handelns für die Lebensbedingungen menschlichen und nicht-menschlichen Lebens. Auf der Ebene des Politischen erweitert sich die politische Subjektivität, indem zukünftige Generationen zur direkt adressierten politischen Subjektivität werden. Damit erhalten schließlich die Politik und das Politische selbst neue Referenzpunkte: i), das Umweltliche als in sich dynamisch-produktive, aber auch zerstörbare Instabilität, ii) Irreversibilität in Form von radikalem Verschwinden von materiellen und ästhetischen Lebensgrundlagen.

Cerutti, F. (2016). Climate ethics and the failures of 'normative political philosophy'. Philosophy & Social Criticism, 42(7), 707–726. https://doi.org/10.1177/0191453715626755

Cerutti, F. (2007). Global challenges for leviathan a political philosophy of nuclear weapons and global warming. Lexington Books.

Prozesssoziologie und Process Tracing. Zugänge zu einer temporalisierten Politikanalyse

Prof. Dr. Frank Nullmeier (Universität Bremen)

Abstract:

Das Ungenügen an strukturtheoretischen oder Mikro-Makro-Ebenen-Theorien in der Soziologie und variablenbasierten quantitativen Vorgehensweisen in der Politikwissenschaft hat eine Suche nach Ansätzen ausgelöst, die auf den Grundkategorien von Ereignis und Prozess gründen. Der Beitrag prüft zwei Ansätze zu einer solchen zeit-basierten Forschung auf ihre Geeignetheit für eine interpretative Politikanalyse. Dies ist zum einen der prozesssoziologische Ansatz, wie er von Andrew Abbott entwickelt und in Deutschland von Thomas Hoebel und Wolfgang Knöbl ausgebaut und systematisiert worden ist. Zum anderen das eher als methodisches Vorgehen präsentierte Process Tracing in der qualitativen Politikforschung, wie es von Alexander L. George und Andrew Bennett vorgeschlagen und von Derek Beach und Rasmus Brun Pedersen in Lehrbuchform gebracht worden ist. Beide Formen temporalisierter Analyse werden üblicherweise nicht zum Kernbereich konstruktivistischer Theorien gezählt, weisen aber in einzelnen Theorieelementen oder Varianten deutliche Nähen zu interpretativen und sozialkonstruktivistischen Ansätzen auf. Beide haben bisher keine Kenntnis voneinander genommen, noch sind sie in einer theoretisch interessierten Politikwissenschaft systematisch rezipiert worden. Der Beitrag beabsichtigt einen ersten systematischen Vergleich unter der Fragestellung, ob sich derartige prozessanalytische Zugänge für eine Bereicherung einer konstruktivistischen, die Kontingenz politischen Geschehens ins Zentrum stellenden Analyse eignen. Die Antwort wird eher ambivalent ausfallen, doch zeichnen sich in der Kritik an den untersuchten prozessanalytischen Ansätzen die Grundzüge einer strikt an Ereignissen und deren Verkettung ansetzenden Politikanalyse im Paradigma des Konstruktivismus ab.

Zeitpolitik im Zeichen des Ausnahmezustands

Prof. Dr. Jan Christoph Suntrup (Universität der Bundeswehr München/Professur für Kulturtheorie (Vertr.))

Abstract:

Nicht erst seit der Corona-Pandemie gilt der Ausnahmezustand als nicht puristisch vom Normalfall abgrenzbarer Sonderfall, sondern als „Paradigma des Regierens" (Giorgio Agamben) oder zumindest als – gegenüber der Ursprungsidee dieser Institution – nicht zeitlich begrenzter Prozess, der demokratische und rechtsstaatliche Errungenschaften zunehmend in Frage stellt. Dieser Beitrag, der Ergebnisse aus einem Kapitel eines Buchprojekts zum Ausnahmezustand (in dem u.a. seine Zeitlichkeit umfassend beleuchtet wird) vorstellt, möchte insbesondere zwei Arten der Zeitpolitik im Zeichen des Ausnahmezustands diskutieren. Zum einen wird gezeigt, dass die in politischer Ideengeschichte und Rechtstheorie verbreitete Vorstellung einer natürlichen „emergency time" (Unvorhersehbarkeit der Ereignisse, Notwendigkeit eines schnellen Handelns, Situationsgebundenheit der Entscheidung (Carl Schmitt)) aus den Augen verliert, wie mit Zeit im Ausnahmezustand Politik gemacht wird, etwa durch künstliche Zeitverknappung oder zeitpolitische Eingriffe in demokratische Prozessabläufe, wie in der europäischen Bewältigung der Finanzkrise deutlich wurde. Zugleich schafft ein solches governing by

emergency (Jonathan White) aber auch Handlungsroutinen und Gewöhnungsprozesse, die zukünftiges politisches Entscheiden beeinflussen.

Das zweite Beispiel ist die Versicherheitlichung der Politik und auch des Straf- und Polizeirechts vor dem Hintergrund eines terrorbezogenen „antizipierten Ausnahmezustands“ (Ulrich Beck). Durch diese Art der kontrafaktisch vorweggenommenen Zukunft werden oft falsche politische Präferenzen gesetzt, Grundrechte und -prinzipien wie die Unschuldsvermutung in Frage gestellt, aber auch zivilgesellschaftliches Misstrauen gesät. Dies soll an jüngeren Beispielen aus der französischen Politik vor Augen geführt werden.

DiE05 | Environmental Sustainability in the Agenda 2030

Organisiert von / Organized by: Prof. Dr. Lena Partzsch (TU Berlin), Prof. Dr. Philipp Pattberg (Vrije Universiteit Amsterdam)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Sektion „Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik“, Arbeitskreis „Umweltpolitik / Global Change“

Chair: Prof. Dr. Lena Partzsch (TU Berlin)

Discussant: Prof. Dr. Philipp Pattberg (Vrije Universiteit Amsterdam)

Abstract:

The UN General Assembly adopted the Agenda 2030 in 2015 with a set of 17 wide-ranging goals that articulate the desired outcome of sustainable development. These so-called Sustainable Development Goals (SDGs) were a result of two processes: the Millennium Development Goals of 2000, and the documents of the 2012 Rio+20 Summit, which augmented Agenda 21 of the 1992 Rio Earth Summit. The SDGs hence demonstrate an integration of the development and environmental agendas and no longer consider ‘development’ as an objective confined solely to the Global South. Some scholars consider the SDGs an example of development approaches being increasingly “in tune with the biosphere, of reconnecting development to the biosphere preconditions” (Folke et al., 2016). By contrast, others argue that the SDGs serve neither the development nor the environmental agenda and represent a problematic obsession with indicator-driven development efficiency (e.g. Brühl, 2018; Lepenies, 2015; Sachs, 2017; Ziai, 2015). Instead, so they argue, the SDGs mask ongoing contestations over sustainable development. Agenda 2030 calls for both “sustained” and “sustainable” economic growth and employment (SDG8), but does not mention planetary boundaries.

This panel takes account of environmental sustainability in the Agenda 2030. Using different theoretical angles and methodological approaches, including energy policy analysis, environmental justice, global environmental law, and polycentric governance, we discuss tensions between “balance” and “integration” of environmental, social and economic dimensions. We analyze and compare ambitions, commitments and compliance (enforcement) in sub-fields of environmental governance: What is the position of the biosphere on the sustainable development agenda?

Beiträge / Contributions:

Planetary boundaries and development goals

Prof. Dr. Lena Partzsch (TU Berlin)

Abstract:

This paper reviews the debate on environmental sustainability in the Agenda 2030. While ecologists have demanded for long that planetary stability must be integrated with United Nations targets to fight poverty and secure human well-being, resonance to Agenda 2030 has been mixed in this regard. In a first part, the paper discusses the content of the environmental sustainability agenda. There is no doubt about SDG 6 (Water), SDG 13 (Climate Action), SDG 14 (Life below Water) and SDG 15 (Life on Land) forming the core of biosphere protection in the Agenda 2030, whereas the UN Environmental Programme is responsible for data collection also on SDG 8 (Decent Work and Economic Growth), SDG 12 (Responsible Consumption and Production) and SDG 17 (Partnerships for the Goals). These goals are further linked to other goals making it difficult to define the environmental content of Agenda 2030. In a second part, against the backdrop of the scholarly controversy on what defines environmental sustainability, the paper compares governance ambitions of international institutions (UN, World Bank etc.) and assesses commitments by leading donor countries (United States, Japan, France, Germany, and the UK). The paper finds that Agenda 2030 strives for a balance, rather than an integration of biosphere preconditions.

Sustainable development around water and climate: Synergies, trade-offs and governance innovations

Manuel Fischer (Eawag / University of Bern), Paúl Cisneros (Instituto de Altos Estudios Nacionales, Quito, Ecuador), Javier Iwanciw (Universidad NUR, La Paz, Bolivia), Sofia Cordero (Instituto de Altos Estudios Nacionales, Quito, Ecuador)

Abstract:

Implementing the Sustainable Development Goals into concrete national and local action involves tackling important trade-offs between different goals and targets, but also opens the possibilities to benefit from potential synergies between them. A first part of the chapter discusses the development of sustainability principles and related institutions and actors at the intersection of water and climate sectors in the last 30 years, starting with the Rio Declaration on the Environment and Development, as well as the Dublin Statement on Water and Sustainable Development in 1992. A second part of the chapter presents and discusses important interactions, including trade-offs and synergies, between SDGs 6 (water) and 13 (climate), based on relevant reports and the recent literature on SDG interactions. A third part of the chapter presents three case studies in mountain regions in Bolivia, Ecuador and Switzerland. The three case studies illustrate how actors and institutions have tackled the interactions between water- and climate-related SDGs. More specifically, we ask what types of innovative governance arrangements (policies, institutions, actors) local municipalities are using to sustainably govern water and climate issues.

Partnerships for the goals: synergies and conflicts between biodiversity and climate action

Prof. Dr. Philipp Pattberg (Vrije Universiteit Amsterdam)

Abstract:

Multi-stakeholder partnerships represent an important building-block for the 2030 development agenda. In fact, SDG 17 calls for partnerships as the main vehicle of delivering sustainable development globally. This paper analyses multi-stakeholder partnerships and their potential to bridge the development and environmental agendas. Thousands of partnerships and bottom-up commitments have been registered with the SDG platform, many of which cut across SDGs and promise to integrate social progress with biospheric limitations. Empirically focusing on partnerships that work between SDG 13 (Climate Action) and SDG 16 (Live on Land), this paper scrutinizes synergies and conflicts among partnerships working in different fields, analyzes the level of integration of development interests in environmental partnerships, and suggests avenues for policy-reform.

Towards a just transition: Can African policy innovations support implementing SDG7?

Prof. Dr. Franziska Müller (Universität Hamburg)

Abstract:

Renewable Energy (RE) has made significant inroads in addressing growing energy demands on the African continent. At the same time, progress towards SDG7 - “fair and reliable access to clean energy” – has been limited. Furthermore, the indicators for SDG7 do not seem to adequately assess progress towards clean energy in developing countries – for instance, their indicators do not differentiate between traditional and modern sources of clean energy. Furthermore, the SDG’s rationale leaves no room for addressing policy change, i.e. the adoption of RE policies. This echoes a broader critique of indicator-based development and concerns that this approach depoliticizes transformative change. Against this backdrop we argue that integrating the policy dimension and the dimension of energy justice would result in a more accurate understanding of how green policy change works in African countries, and how development cooperation and regional organizations could assist in capacity-building and policy-learning. To close this research gap and to broaden knowledge on SDG7, this article assesses African energy transition processes in light of the debates on a “just transition” and on “energy justice”. We present a comparative mapping of African renewable energy policies in 34 countries and investigate correlations between the scope of policy frameworks and their contribution to greater energy justice, which translate to certain transition scenarios. Comparing these scenarios, we argue that

SDG7 tracking needs to consider the justice dimension in order to arrive at a more holistic implementation in line with socio-ecological justice.

DiE06 | Erosion of societal norms and the resilience of democracies

Organisiert von / Organized by: Prof. Dr. Ireneusz Karolewski (Universität Leipzig), Prof. Dr. Viktoria Kaina (FernUniversität in Hagen)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Sektion „Politische Soziologie“, Sektion „Vergleichende Politikwissenschaft“, Arbeitskreis „Demokratieforschung“

Chair: Prof. Ireneusz Pawel Karolewski (Universität Leipzig)

Abstract:

Across the globe, liberal democracy has been under attack from within. Scholars tend to discuss these attacks as symptoms of “democratic backsliding” and offer a variety of explanations as for the possible reasons thereof.

Often, explanations point to the rise of populist and authoritarian political actors and their attacks on institutions of liberal democracy or to the surge of technocratic institutions that limit citizens’ influence by declaring increasingly more areas of democratic politics to be technical in nature and thus beyond criticism.

However, one central feature of “democratic backsliding” seems to be still under-researched: the role of citizens themselves in challenging societal norms including the norms of democracy. Democracies require specific norms —such as civic-mindedness or civicness—to survive and these norms are the main source of democratic resilience. In this view, democracy appears as a demanding regime form in a need of both stable institutions and popular support for civic norms.

As we can observe around the globe, democratic institutions, such as the rule of law, can be easily weakened or even abolished. The acts of eroding liberal democracy are justified by the claim of recovering the power of the people and these acts are supported by (sometimes large) parts of the societies in question. In other words, it appears that the contempt for liberal democracy is pushed both on behalf of the people and with their support.

Against this backdrop, the question arises: Why are “the people” in favor of challenging democratic norms? This question is in tune with a long tradition of political thinking about the popular underpinnings of democratic rule and the instability of democracies.

This panel intends to focus on various cases of how societal norms (of which the democratic ones are a special case) are challenged, weakened or destroyed and what are the reasons for this development. It applies to both written and unwritten norms such as the basic respect for political opponents rather than their framing as enemies or acceptance of the rules of the democratic game in the case of one’s lost election.

Conceptually, the panel is interested in the relationship between the erosion of societal norms in general and rejection of norms of liberal democracy. In order to advance research, the panel intends to proceed with a clarification of the very concept of “democratic norms”, validation of their significance and discussion of ways to empirically analyze their impact on political attitudes and behavior. Accordingly, the panel welcomes theoretical and empirical contributions on norms and support for democracy, in particular with regard to resilient liberal democracies.

Beiträge / Contributions:

Demokratieskepsis und antisoziale Einstellungen

Prof. Dr. Viktoria Kaina (FernUniversität in Hagen), Raphael Kruse (FernUniversität in Hagen)

Abstract:

Zu Beginn des dritten Jahrtausends unserer Zeitrechnung ist die Demokratie zu einem universellen Wert für die Menschheit geworden. Doch seltsamerweise weckt die Demokratie als Herrschaftsform ausgerechnet auf dem Höhepunkt ihres Triumphs neue Zweifel an ihrer Überlebensfähigkeit. Manche dieser Zweifel werden durch die Beobachtung politisch-kultureller Veränderungen genährt. Danach

wenden sich Teile der Bevölkerung in den demokratisch regierten Ländern der Gegenwart von der liberalen Demokratie ab. Zusätzlich bemerkenswert daran ist, dass sich eine feindselige Stimmung gegen die liberale Demokratie längst auch in den als etabliert geltenden, über Jahrzehnte stabilen Polyarchien ausbreitet. Zur selben Zeit sehen sich die Menschen vieler Demokratien mit Erscheinungen konfrontiert, die unbehagliche Fragen nach dem moralischen Fundament des sozialen Zusammenhalts in ihren Gesellschaften aufwerfen. Gemeint ist hier die Beobachtung, dass basale soziale Verhaltensnormen von manchen Gesellschaftsmitgliedern ungeniert und allgemein sichtbar missachtet werden. Der unbekümmerte, teils offensive Bruch mit elementaren sozialen Verhaltensnormen wird in dem Maße möglich, in dem die bewusste Normverletzung von der Drohung negativer Sanktionen unbehelligt, zumindest unbeeindruckt bleibt. Das ist vor allem eine soziologisch brisante Tatsache. Politikwissenschaftlich interessant wird es aber, wenn wir uns folgende Frage stellen: Steht die beobachtbare Distanzierung mancher Bevölkerungsmitglieder von der liberalen Demokratie in den Polyarchien der Gegenwart mit einer Erosion sozialer Verhaltensnormierung in der jeweiligen Gesellschaft in Beziehung? Mangels verfügbarer Daten über konkretes Verhalten müssen wir diese Frage aber so modifizieren, dass wir auf Einstellungsdaten zurückgreifen können. Konkreter wollen wir darum wissen: Weisen antisoziale Einstellungen und beobachtbare Ermüdungserscheinungen in der Befürwortung der liberalen Demokratie einen Zusammenhang auf? Dieser Frage wollen wir zunächst empirisch nachgehen. Dafür verwenden wir die Daten des World Values Survey, insbesondere der jüngsten, 7. Befragungswelle (2017-2020) und prüfen den Zusammenhang am Beispiel Deutschlands im Vergleich mit anderen liberalen Demokratien. Anschließend diskutieren wir knapp das Potenzial unserer Ergebnisse für neue theoretische Impulse in der empirischen Demokratieforschung.

Does social capital matter? An analysis of its micro- and macro-level-relationships on democratic knowledge

Dr. Christoph Mohamad-Klotzbach, Christoph (Universität Würzburg, Institut für Politikwissenschaft und Soziologie), Carsten Wegscheider (Universität Salzburg, Fachbereich Politikwissenschaft und Soziologie), Dr. ToralfStark (Universität Duisburg-Essen, Institut für Politikwissenschaft)

Abstract:

In recent decades, studies have shown that social capital relates to various dimensions of political culture, such as trust in political institutions, support for or satisfaction with democracy. Regarding citizens' democratic knowledge, which refers to the cognitive dimension of attitudes towards democracy, only few studies examine the influence of social capital. Most of these studies include indicators such as social trust or civic participation as control variables, rather than theorizing more deeply why social capital should matter. Thus, our study aims to contribute to this research by focusing on the relationship between variations of social capital and democratic knowledge. On the micro-level, we distinguish between bridging and bonding social capital. Bridging social capital is related to open social networks, generalized trust and can be seen as more inclusive. Bonding social capital is related to closed social networks, particularized trust and can be seen as more exclusive. We expect, that bridging social capital will relate positively to democratic knowledge while bonding social capital should have a negative relationship to citizen´s democratic knowledge. In addition, we expect that these effects depend on three macro-level variables: the regime type (democratic vs. authoritarian regimes), the age of the democratic regime and the degree of civil society. For our analysis, we combine data from the World Values Survey and the V-Dem-Project and apply multi-level-modelling to test our hypothesis.

What Emotions drive Political Polarization in Europe: The Role of Anger, Fear, and Ressentiment

Monika Verbalyte (Europe-University Flensburg)

Abstract:

Increasing affective political polarization has been observed in many Western countries, however, there is little known on how specific emotions drive this process. For some, the obvious answer is anger as emotion most strongly related to blaming and therefore loathing across party lines. On the other hand,

fear is also related to radicalization, since insecurity lying in the core of this emotions encourages people to search for stability in finding scapegoats e.g. migrants or elites, seemingly responsible for their losses and thus developing extreme attitudes. Others theorize that from the powerlessness rooted in anxiety arises ressentiment leading to the political cynicism and mistrust, also related to populist support and the negative stance towards mainstream parties.

Theoretically, all these mechanisms are plausible explanations of opinion and political polarization. Empirically, they have been tested only in the context of populist attitudes and voting, yet not in the context of polarization. With the unique data from ValCon survey I will investigate which of the emotion mechanisms is the most powerful explanation of occurring polarization in six European countries: France, Germany, Ireland, Spain, Italy and Poland. Combining people's emotional responses to politics (anger and anxiety), variables of relative deprivation, status anxiety, lack of political efficacy, and political cynicism (ressentiment) with extremity of their political attitudes, voting choice and felt distance to other parties (political polarization) I will try to disentangle the specific mechanisms of increasing contestation of political consensus in European societies, hoping to clarify how people's feelings towards politics influence on their attitudes and political perceptions.

DiE07 | Gestalten, Formen und Praktiken des Autoritarismus

Organisiert von / Organized by: Dr. Felix Petersen (Hebrew University of Jerusalem, Koebner Center for German History), Dr. Verena Frick (Georg-August-Universität Göttingen)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Arbeitskreis „Politik und Recht“

Chair: Dr. Verena Frick (Georg-August-Universität Göttingen)

Discussant: Dr. Felix Petersen (The Hebrew University of Jerusalem)

Abstract:

Diktatur, Despotismus oder Autokratie sind in der antiken, aufklärerischen und zeitgenössischen politischen System- oder Verfassungslehre gängige Oberbegriffe, um nicht-demokratische Herrschaftstypen zu beschreiben. Mit diesen Begriffen werden historisch unterschiedliche Ausprägungen repressiver politischer Organisation, deren Institutionen, Rechtsbeziehungen und Gesellschaftsverhältnisse unterschieden und systematisiert. Diese Unterscheidung politischer Systeme legt nahe, dass die Komplexität der politischen Praxis mit Rückgriff auf distinktive Typen von Herrschaftssystemen problemlos zu fassen sei. In auffälligem Gegensatz zur dichotomen Systemalternative Autoritarismus vs. Demokratie stehen hingegen neuere Diagnosen, die von der “illiberalen Demokratie”, einem “autoritären Liberalismus”, “electoral authoritarianism” oder “authoritarian constitutionalism” sprechen und damit nahelegen, dass autoritäre Gestalten, Formen und Praktiken in demokratischen wie nicht-demokratischen Kontexten auftreten. Vor diesem Hintergrund will das Panel in theoretischer, historischer und vergleichender Perspektive nach den unterschiedlichen Ausprägungen des Autoritarismus fragen und politische Phänomene, rechtliche Dynamiken und institutionelle Praktiken desselben analysieren. Welche Rolle spielen die gemeinhin als freiheitsverbürgend geltenden Formen von Recht und Verfassung bei der Konsolidierung autoritärer Herrschaft? Leistet die viel kritisierte Rhetorik der Alternativlosigkeit und der Verweis auf Sachzwänge einer Autoritarisierung politischen Entscheidens Vorschub? Und wie können wir den Begriff des Autoritären in diesen Kontexten fassen? Mit diesen Fragen will das Panel insbesondere dazu beitragen, den Fokus für Erscheinungsformen des Autoritären innerhalb liberaldemokratischer Systeme zu schärfen.

Beiträge / Contributions:

Autocratic leadership and constitutional politics

Dr. Anna Fruhstorfer

Abstract:

Why are constitutions in autocratic regimes amended and what effect does that have on the stability of this regime? While the extent and conditions under which autocratic regimes can govern effectively are part of an ever-growing research agenda, the role of constitutions and in particular of constitutional change presents an enduring puzzle for political scientists. It is thus unclear what factors are responsible for constitutional change and to what extent this change is relevant to autocratic stability or democratic change. In this paper, I test the relation of autocratic stability and constitutional politics and try to understand whether the amendment of a constitution in a non-democratic setting helps to legitimize the prevalent rule. I argue that autocratic regimes need to guarantee a stable level of legitimacy and assume that constitutionalization is a mean to stop dwindling legitimacy. Based on a comparative study of all constitutional amendments in all sovereign nations since 1918, I show that constitutional amendments are proposed in the nascent stages of what could become a political transition and seem to help stopping it right in its tracks. Autocratic elites, in particular in personalized regimes, respond to within-elite competition with constitutional amendments as strategic instruments, for example during a leadership change. At the same time, I find no effect of opposition or external competition on the probability of a constitutional amendment. With regard to the effect of these changes on autocratic

stability, there is no independent effect on the stability of the autocratic regimes nor on any form of democratic transformation.

Court-packing als institutionelle Taktik des autoritären Regierens – Das Beispiel Türkei

Prof. Dr. Ece Göztepe (Juristische Fakultät Bilkent Universität)

Abstract:

Die Türkei gilt seit mehr als fünfzehn Jahren als Paradebeispiel der demokratischen Rückläufigkeit und wird in einem Atemzug mit Polen, Ungarn, Venezuela oder Kolumbien genannt. Auch wenn der institutionelle Rahmen, in dem die autoritären Machthaber agieren, sich voneinander unterscheiden (EU-Mitglied, EU-Kandidat oder südamerikanischer Populismustradition haftend) folgen sie grob einem bestimmten Muster. Alle autoritären Regime bedürfen demokratischer Legitimation und wagen es nicht, die Institutionen abzuschaffen, die einem Verfassungsstaat, d.h. einem rechtlich verfassten Staat, seinen Charakter geben. Die Justiz mit dem Abzeichen „unabhängig" wird aufrecht erhalten, aber Schritt für Schritt personell wie strukturell der Exekutive untergeordnet. Auch die Oppositionellen werden (meistens) nicht einfach aus dem Weg geräumt, es wird Wert darauf gelegt, dass ein rechtskräftiges Urteil zustande kommt etc.

Die seit November 2002 in der Türkei allein regierende AKP-Regierung hat die Justiz durch Verfassungsänderungen (2010 und 2017) sowie durch einfachgesetzliche Regelungen Schritt für Schritt ihrer Unabhängigkeit beraubt. Nicht nur das Verfassungsgericht, auch alle ordentlichen Gerichte, Höchstgerichte sowie der Rat der Richter und Staatsanwälte unterliegen mittelbar oder unmittelbar der exekutiven Entscheidungsmacht. Auch wenn der Einfluss der Exekutive für Nichkennen der türkischen Justiz nicht sofort erkennbar ist, stelolt die Analyse aller rechtlichen Dokumente dieses Abhängigkeitsverhältnis zur Schau.

In dem Beitrag wird die justizielle Abhängigkeit von der Exekutive durch Dokumentenanalyse geschichtlich analysiert und das Muster der institutionellen Umstrukturierung aufgezeigt. Zudem wird auch der Frage nachgegangen, welche rechtsstaatlichen Mittel zur Verfügung stehen, bei einem eventuellen Regierungswechsel die Justiz zu reformieren und ihr wieder zur Unabhängigkeit zu verhelfen.

Politischer Bruch und rechtliche Kontinuität? - Zum Rechtsstaat in Spanien und Deutschland im 20. Jahrhundert

Dr. Clara Maier (Humboldt-Universität zu Berlin)

Abstract:

Der demokratische Rechtsstaat zählt zu den Grundbegriffen des deutschen politischen Selbstverständnisses. Aber gibt es den Rechtsstaat auch ohne Demokratie? Und wenn ja, was bedeutet das für die (Wieder)herstellung der Demokratie nach einer Phase der autoritären Herrschaft? Das Paper folgt den Brüchen und politischen Umwälzungen der deutschen und spanischen Geschichte im 20. Jahrhundert, vom Kaiserreich zu Weimarer Republik, von der Nazizeit zur Bundesrepublik, vom Franco-Regime zur spanischen Demokratie. Es untersucht das Verhältnis von Recht und Politik in den jeweiligen Umbruchsphasen und die Kontinuitäten und Diskontinuitäten, die sich vom Autoritarismus zur Demokratie auf dem Gebiet vor allem des Verfassungsrecht aufzeigen lassen.

DiE08 | In der Pandemie, aber nicht in der Krise? Extremismen und COVID-19

Organisiert von / Organized by: Prof. Dr. Tom Mannewitz (Hochschule des Bundes), Dr. Lazaros Miliopoulos (Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Arbeitskreis „Vergleichende Diktatur- und Extremismusforschung“

Chair: Dr. Lazaros Miliopoulos (Universität Bonn), Prof. Dr. Tom Mannewitz (Hochschule des Bundes)

Abstract:

Bereits im Mai 2020 – drei Monate nach Ausbruch von COVID-19 in Deutschland und drei Monate vor der Berliner bzw. sechs Monate vor der Leipziger Demonstration – warnten Verfassungsschutz und Bundeskriminalamt vor einer rechtsextremen Unterwanderung der Corona-Proteste. Bei aller (sozialstrukturellen, politischen, motivationalen) Heterogenität und Fluktuation des Demonstrationsgeschehens blieb die Präsenz rechter Extremist*innen über die Zeit eine Konstante der Pandemie. Das ist insofern bemerkenswert, als sich Gesundheits- bzw. Pandemiepolitik in der Vergangenheit keineswegs als ein typisch „rechtsextremes“ Thema hervortaten. Neben der AfD versuchen Akteure wie „Der III. Weg“, die NPD und subkulturelle sowie neonazistische Strukturen das Wasser des gesellschaftlichen Unmutes auf ihre Mühlen zu leiten. Die Entwicklungen werfen u.a. folgende Fragen auf:

- Welche Feindbilder (z.B. politische Elite, Jüd*innen, Migrant*innen) werden wie von wem und mit welchem Erfolg kultiviert?
- Welche Akteure beteiligen sich im Einzelnen an Protesten wie Gegenprotesten?
- An welche Verschwörungsmythen (z.B. Bill Gates, QAnon, NWO, Großer Austausch) wird in welcher Form von wem angeknüpft?
- Welche Interaktionsdynamiken sind zu beobachten zwischen Demokrat*innen und Extremist*innen wie auch zwischen Rechts- und Linksextremist*innen? Was bedeuten sie für die Stabilität der konstitutionellen Demokratie und die gesellschaftliche Polarisierung?

Das offene Panel heißt vor diesem Hintergrund Beiträge willkommen, die das (Zusammen-)Wirken antidemokratischer Akteure und Ideologien in der COVID-19-Pandemie in empirischer, theoretisch-ideengeschichtlicher und historischer Perspektive analysieren. Willkommen sind auch transnationale Vergleiche, Untersuchungen zu den strategischen wie inhaltlichen Findungsprozessen der Protestunternehmer*innen, zu geografischen „Brennpunkten“, zu Korrelationen mit externen gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Faktoren (z.B. Infektionsgeschehen) oder Analysen der Interaktionen zwischen Online- und Offline-Welt.

Beiträge / Contributions:

»Friedliche Revolution 2.0« und »1989« Theoretische Reflexionen und empirische Einsichten zu querdenken in Sachsen

Dr. Isabelle-Christine Panreck (Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der TU Dresden)

Abstract:

Am 7. November 2020 versammelten sich in Leipzig etwa 20.000 Personen, um gegen die Regelungen von Bund und Ländern zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie zu demonstrieren. Das maßgeblich von querdenken – einem von Michael Ballweg initiierten Bündnis mit deutschlandweiten Ablegern – organisierte heterogene Protestgeschehen in der sächsischen »Metropole« sorgte bundesweit für Empörung, als Teile der Demonstrationen in Gewalt mündeten. Nicht nur zu diesem Ereignis bestätigte sich, worauf Verfassungsschutzbehörden bereits im Frühjahr 2020 hingewiesen hatten: Extremistische Gruppen nutzen Anti-Lock-down-Proteste für ihre Zwecke. So dienen ihnen die Versammlungen, um Ungleichheitsideologien ebenso wie Verschwörungserzählungen in bisher nicht-extremistischen Milieus zu verbreiten, etwa vom »Großen Austausch« oder über »QAnon«.

Zwar mobilisiert querdenken bundesweit zahlreiche Teilnehmer*innen, allerdings rücken die sächsischen Ableger nicht nur aufgrund der teils eskalierten Proteste in Leipzig in den Blick. Seit Frühjahr 2020 entwickelt sich in Sachsen ein heterogenes Protestgeschehen, das nicht selten rechtspopulistischen und -extremistischen Akteuren als Bühne dient oder von ihnen organisiert wird. Was die verschiedenen Ereignisse verbindet, ist u. a. das Narrativ der »Friedlichen Revolution 2.0«, das die Corona-Proteste in die Tradition von 1989 rücken will. Der Beitrag richtet sein Augenmerk auf das Protestgeschehen in Sachsen und fragt theoretisch von Judith Butler inspiriert nach demokratischen und demokratieaushöhlenden Formen der Versammlung. Die empirische Analyse nimmt neben Aktionen von querdenken auch Veranstaltungen anderer Protestunternehmer*innen auf, etwa der Alternative für Deutschland. Als Grundlage der empirischen Untersuchung dienen Plakate, Aufrufe zur Demonstration in digitalen und analogen Medien sowie zentrale, auf YouTube gespiegelte Reden, u. a. bei Kundgebungen in Leipzig und Dresden. Der Verquickung digitaler und analoger Sphären kommt sohin besondere Aufmerksamkeit zu.

Verschwörungstheorien in Zeiten der Corona-Pandemie. Immer extremistisch oder Beförderer der pluralistischen Demokratie?

Christoph Schiebel (Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt), Dr. Alexander Akel (Universität Kassel)

Abstract:

Verschwörungstheorien, -mythen oder -erzählungen (die Begriffe variieren seit einiger Zeit) haben nicht erst, aber besonders seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie enorm an Bedeutung gewonnen. Gleichwohl werden sie in aller Regel mit politischem Extremismus gleichgesetzt. Damit erfahren sie eine negative Bewertung: Wer Verschwörungstheorien anhängt, bekommt das Label „extremistisch" aufgedrückt und wird damit vom demokratischen Diskurs ausgeschlossen. Ist diese Etikettierung aber tragfähig? Ist tatsächlich jeder Verschwörungstheoretiker ein Extremist und vice versa? Oder können Verschwörungstheoretiker, insofern sie nicht extremistisch sind, auch Beförderer der pluralistischen Demokratie sein? In unserem Beitrag vertreten wir die These, dass hinter einer Verschwörungstheorie nicht zwangsläufig politischer Extremismus stecken muss, aber politischer Extremismus durchaus Verschwörungstheorien befördern kann. Sie konstituieren noch keine Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates, wenngleich sie zu den formalen Besonderheiten extremistischer Ideologien gehören. Diese These wollen wir anhand der Partei DIE LINKE. empirisch überprüfen, bei der wir vereinzelt Corona-Verschwörungstheorien beobachten können, die sich antiimperialistisch gerieren und die USA als Verursacher der Corona-Pandemie ausmachen. Im Ergebnis zeigt sich, dass Extremismusmerkmale wie absolute Wahrheitsansprüche und Freund-Feind-Denken an Aufwind erfahren und die Sehnsucht nach Gewissheit und Eindeutigkeit in einer immer komplexer werdenden Welt verstärken. Die Interessen der extremistischen Opposition sowie der politischen, wirtschaftlichen und medialen Eliten stehen sich dabei antagonistisch gegenüber, weshalb einer jeden Opposition zugleich Elitenkritik inhärent ist. Daran ist zunächst nichts Verwerfliches, insofern die pluralistische Demokratie auf Defizite reagieren soll. Verknüpft die Elitenkritik jedoch falsche Behauptungen mit einer Feindschaft gegenüber dem demokratischen Verfassungsstaat, so wird die Verschwörungstheorie extremistisch. Polsprünge etwa zwischen Links- und Rechtsextremismus sind dabei durchaus möglich und beobachtbar.

Potenzial, Funktion und Gefahr geschichtlicher Analogien: Ermächtigungsgesetz, Gestapo, Sophie Scholl und die „Corona-Diktatur".

Dr. André Postert (Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. an der TU Dresden)

Abstract:

Seit dem Beginn der Proteste gegen die Corona-Politik im Frühjahr 2020 haben geschichtliche Analogien Konjunktur: Das Infektionsschutzgesetz ist mit dem Ermächtigungsgesetz vergleichen worden; das Krisenmanagement von Bund und Ländern mit der NS-Gleichschaltungspolitik; der Protest gegen eine vermeintliche Corona-Diktatur mit dem mutigen Aufbegehren der Geschwister Scholl; die

Sicherheitskräfte, welche Maßnahmen durchzusetzen haben, mit Gestapo oder Stasi; und Impfkampagnen mit nationalsozialistischer Eugenik. Analogien, die Vergangenheit und Gegenwart zueinander in Beziehung setzen, dienen den Akteuren seit jeher als Munition gegen ihre Kontrahenten. Das ist zunächst nichts Außergewöhnliches. Die Geschichte als Argument spielt in verschiedenen Kontexten und Debatten eine enorme Rolle. Sie wird von links und rechts, von unterschiedlichen Parteien und politischen Lagern in Stellung gebracht. Edgar Wolfrum definierte Geschichtspolitik als ein „Handlungs- und Politikfeld, auf dem verschiedene Akteure Geschichte mit ihren spezifischen Interessen befrachten und politisch zu nutzen suchen. Sie zielt auf die Öffentlichkeit und trachtet nach legitimierenden, mobilisierenden, politisierenden, skandalisierenden, diffamierenden u.a. Wirkungen in der politischen Auseinandersetzung."

Der Vortrag wendet sich mit Blick auf die Corona-Proteste unter anderem den genannten NS-Analogien zu: Welche Potenziale haben sie für Protestbewegungen, welche argumentative Funktion haben sie für die Beteiligten, welche Zielsetzungen liegen ihnen zugrunde? Welche Akteure bringen gerade NS-Vergleiche ins Spiel, welche nicht – und was sagt dies über die Zusammensetzung der Protestgruppen aus? Süffisant ist auf Portalen im Nahbereich der Proteste angemerkt worden: Medien dürften Greta Thunberg zwar mit Sophie Scholl vergleichen, ihnen selbst seien diese Vergleiche aber offenbar untersagt. Richtig ist: Ob Analogien Akzeptanz finden, hängt mit Reichweite, Macht und erinnerungskulturellem Konsens zusammen. Deshalb: Welche geschichtlichen Analogien sind opportun, welche sind legitim; wann und wieso werden sie für Demokratien zur Gefahr?

Proteste gegen die Corona-Maßnahmen in Polen: Akteure, Themen und Entwicklungslinien

Dr. Piotr Kocyba (TU Chemnitz)

Abstract:

Auch in Polen wird seit Mai 2020 gegen die Maßnahmen zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie demonstriert. Dabei haben die Proteste allerdings einen anderen Ursprung und andere Triebkräfte als in Deutschland. Zunächst als Streik von Unternehmern konzipiert haben Impfgegner und die mit ihnen verbündete, äußerst rechte Partei „Konföderation der Freiheit und Unabhängigkeit" den Unmut über die Corona bedingten Beschränkungen für sich genutzt und mit teilweise spektakulären Straßenaktionen versucht, die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Über die Spezifika der polnischen Corona-Leugner-Szene, ihre Protestformen und deren Diskussion in der polnischen Gesellschaft wird aus einer bewegungswissenschaftlichen Perspektive berichtet.

DiE09 | In Zeiten von Unsicherheit und Autokratisierung: Ist die Volkssouveränität noch zu retten?

Organisiert von / Organized by: Dr. Oliver Eberl (Leibniz Universität Hannover), Dr. Philipp Erbentraut (Goethe-Universität Frankfurt)

Chair: Dr. Oliver Eberl (Leibniz Universität Hannover), Dr. Philipp Erbentraut (Goethe-Universität Frankfurt)

Abstract:

Die Volksouveränität ist das Sorgenkind der deutschen Theoriediskussion. Insbesondere der Aufstieg des Populismus die neuerliche Anrufung des „Volkes" gegen die Eliten in theoreti-scher Hinsicht zwiespältig. In Zeiten von Unsicherheit und Autokratisierung scheint sich Volkssouveränität nicht mehr als Konzept demokratischer Erneuerung zu empfehlen.

Die in der Theorie der Volkssouveränität angelegte Zuspitzung zwischen dem Volk als ge-sellschaftlicher Basis und der Funktionselite in Verwaltung und Exekutive kann sich der Populismus heute zu eigen machen. Diese zugespitzte Beschreibung macht der Populismus sich zunutze und behauptet die direkte Verbindung des Volkes und ihm als neuer Elite. Der populistische Protest lässt sich daher nicht einfach als undemokratisch abweisen, will man nicht in den Selbstwiderspruch geraten, der das Dilemma nur verschärft. Gerade in Zeiten der Unsicherheit führt dies zu einer Tendenz zum Autokratismus. Diese Situation offenbart die Vernachlässigung intermediärer Instanzen der Volkssouveränität in ihrer Theorie. Das Panel will verschiedene Modelle solcher intermediären Instanzen vorstellen, die geeignet sind, die Lücke zu schließen und die populistische Erzählung zu falsifizieren.

Es sollen folgende Fragen diskutiert werden: Welche Vorstellungen intermediärer Instanzen finden sich bei den Klassikern radikaler Volkssouveränität? Können diese noch als Kron-zeuge direktdemokratischer Demokratie gelten? Welche Rollen spielen Parteien für die in-termediäre Willensbildung und wie ist es denkbar, dass transnationale Formen von Parteien zu entwickeln? Das Gleiche gilt für transnationale Bürgerschaft: Kann sie den Weg in den Autokratismus verhindern? Und wie ist es möglich, an Eliten vorbei Wege der Volkssouve-ränität zu anderen Völkern zu bilden?

Beiträge / Contributions:

Dezentrale Volkssouveränität: Von regionalen Vollversammlungen, rotierenden Exekutiven und Repräsentanten-Castings in Rousseaus Verfassungsentwürfen für Korsika und Polen

Dr. Dagmar Comtesse (Goethe-Universität Frankfurt)

Abstract:

Die Strahlkraft des paradigmatischen Contrat social lässt die beiden Verfassungsentwürfe, die Rousseau als konkrete Auftragsarbeiten ausgeführt hat, im Schatten stehen. Dabei wen-det Rousseau in diesen Schriften das wohl umstrittenste Prinzip seines Entwurfes von Volkssouveränität – wirkliche gesetzliche Autorenschaft eines jeden männlichen Bürgers – nur bedingt an. Im 1765 erarbeiteten Projet de constitution pour la Corse teilt er die Legisla-tive in regionale Vollversammlungen und die Exekutive in zentrale und dezentrale Instituti-onen auf; in den 1771 verfassten Considérations sur le gouvernement de Pologne konzipiert er einen föderalen Staat mit einer zentralen, repräsentativen Legislative, die mit einer aris-tokratischen und königlichen Exekutive zusammenarbeiten muss. Die Souveränität wird im Fall der polnischen Verfassung nicht mehr vornehmlich über die Legislative ausgeübt, son-dern über eine verbindliche – nämlich den Zugang zum Amt bestimmende - republikanische Bewertung der Mitglieder der Exekutiven. Eine Art Wettbewerb um die beste Staatsbürger-lichkeit soll - mit einer Umwandlung der Erbmonarchie in ein Wahlkönigtum – die Teilhabe aller männlichen Bürger sowohl in der Rolle von Bewertenden als auch von Kandidaten er-möglichen. In beiden Verfassungsentwürfen werden staatliche Institutionen wie Armee und Schule in den Akt der Souveränität mit aufgenommen und die Volkswirtschaft politisiert. Insgesamt kann man diese Entwürfe als die Etablierung einer kollektiv bestimmten Staat-lichkeit begreifen.

Volkssouveränität und transnationale Parteien

Dr. Fabio Wolkenstein (Aarhus University)

Abstract:

Volkssouveränität und transnationale Parteien sind zwei Begriffe, deren genaue Bedeutung alles andere als eindeutig ist. Mindestens genauso mysteriös ist das Verhältnis beider Kon-zepte: Was haben Volkssouveränität und transnationale Parteien eigentlich miteinander zu tun? Dieser Aufsatz möchte zur Klärung dieser Frage beitragen und dabei auch allgemeinere Reflexionen über den Begriff der Volkssouveränität anstellen. Ausgehend von Hans Kelsens demokratietheoretischen Schriften, in denen Parteien als jene Akteure beschrieben werden, die alleine die Ausübung von Volkssouveränität ermöglichen, möchte ich politische Parteien im transnationalen Raum als mögliches Beispiel transnationaler Volkssouveränität untersu-chen. Besonders Augenmerk wird auf die transnationalen Netzwerke christdemokratischer Parteien gerichtet, die insbesondere in der Nachkriegszeit jenseits des Nationalstaats verfas-sungsschaffend aktiv waren und damit Handlungen gesetzt haben, die in der Rechtstheorie oft dem Volk qua Souverän vorbehalten sind. Gleichzeitig sollen auch die Grenzen eines parteizentrierten Begriffs transnationaler Volkssouveränität beleuchtet werden. Dies scheint gerade vor dem Hintergrund der oft monierten Entkopplung von Bürgern und Parteien uner-lässlich.

Volksouveränität als theoretisches Problem: Ein transnationaler Lösungsansatz

Eva-Maria Schäfferle (Goethe-Universität Frankfurt)

Abstract:

Folgt man der Idee der Volkssouveränität, speist sich die Legitimität des Staates aus der Souveränität seines Volkes. Aber wenn zuerst ein Volk existieren muss, um den Staat zu legitimieren, wer legitimiert dann das Volk?

Bekannt als Paradox der Grenzen stellt diese Frage die moderne Demokratietheorie vor ein Dilemma: Das Volk, das Ursprung von allem legitimen demokratischen Handeln ist, kann selbst keine demokratische Legitimität besitzen. Als vordemokratische Größe geht es der Demokratie voraus und kann folglich nicht selbst zum Gegenstand demokratischer Verfah-ren gemacht werden.

Angesichts zunehmender grenzüberschreitender Mobilität und Migration stellt das Paradox der Grenzen jedoch nicht nur ein theoretisches Problem dar. Obwohl Inklusions- und Exklusionsentscheidungen nicht nur die Rechte und Freiheiten von BürgerInnen, sondern auch die Rechte und Freiheiten von Nicht-BürgerInnen festlegen, werden letztere kategorisch vom Entscheidungsprozess ausgeschlossen.

Entgegen der Annahme, dass eine Demokratisierung moderner Bürgerschaftsregime nur im Rahmen einer globalen Ordnung möglich ist, plädiert dieser Beitrag für eine transnationale Lösung. Die Rechte von Nicht-BürgerInnen sollen nicht mehr auf nationaler, sondern auf transnationaler Ebene definiert werden. Eine erste praktische Umsetzung dieses Vorschlags findet sich in der Europäischen Bürgerschaft. So können alle europäischen BürgerInnen – über ihre nationalen VertreterInnen im Europäischen Rat – mitbestimmen, welche Rechte sie als Nicht-BürgerInnen in fremden EU-Staaten erhalten. Da nicht-europäische ImmigrantIn-nen jedoch von diesen transnationalen Mitbestimmungsrechten ausgeschlossen bleiben, dis-kutiert der Beitrag abschließend verschiedene Reformvorschläge, um dieses verbleibende Legitimationsdefizit zu korrigieren.

The Silence of Popular Sovereignty: Empire, Transnationalism, and Peoplehood

Prof. Dr. Inés Valdez (Ohio State University)

Abstract:

We lack a language in political theory to think about the relation between global injustice and collective claims of popular sovereignty and to imagine peoples (rather than states or individuals) in solidarity against global injustice perpetrated by global predatory actors (in-cluding states and corporations).

Based on W. E. B. Du Bois's and Martin Luther King Jr.'s writings against war, this paper reconstructs a tradition of popular sovereignty that urges worldlines and historical awareness among Western peoples and extends anti-oligarchic dis-courses of peoplehood to criticize unholy Western alliances with non-Western elites in the developing world. These thinkers repeatedly addressed their own people to condemn the ignorance, despondence, and facile patriotism that shaped U.S. attitudes toward external affairs. Their accounts morally condemned the destructiveness of U.S. foreign policy, but also clarified the political processes that underpinned support for foreign policy, and pointed out its misguidedness vis-à-vis the cause of democracy at home. In an era of global corpo-rate power and governments that have internalized neoliberal logics of lean taxation, deregu-lation, and marketization of social provision, it is important to consider the potential radical affinities between collectives struggling against these transnational forces. In the absence of solidarity, Western discourses of popular sovereignty can become a predatory and self-defeating force to appropriate wealth extracted under duress from developing countries, which King termed "brutal solidarity."

DiE10 | Inequalities

Organisiert von / Organized by: Prof. Dr. Macartan Humphreys (WZB Berlin Social Science Center, Cluster of Excellence SCRIPTS), Dr. Aaron Benanav (Humboldt-Universität zu Berlin, Cluster of Excellence SCRIPTS)

Chair: Prof. Macartan Humphreys (WZB),

Discussant: Dr. Aaron Benanav (Humboldt U)

Abstract:

The liberal script assigns the free market as the key mechanism of allocation, which invariably results in uneven outcomes. Welfare states attempt to reduce inequalities via, for instance, progressive taxation. Efforts to address one form of inequality may negatively impact another inequality. For instance, efforts to increase gender equality may lead to greater inequality across social class. In addition, the sustainability of welfare states becomes questionable when faced with reduced tax bases due to declining birth rates, aging populations, and tax evasion. Adding to that complexity are the rights and opportunities for immigrants in a given country. This panel invites contributions on questions such as: Are the current contestations part of a longer-term social history, or are they more a product of a post-Cold War world? What happens to public support for the welfare state as inequality increases? Is the crisis of the liberal script a crisis of capitalism?

Beiträge / Contributions:

A Network-Based Explanation of Perceived Inequality

Jan Schulz (Economics Department, University of Bamberg), Daniel Mayerhoffer (Institute for Political Science, University of Bamberg), Anna Gebhard (MathOpt Group, Institute for Mathematical Optimization, Otto von Guericke University Magdeburg)

Abstract:

Across income groups and countries, the public perception of economic inequality and many other macroeconomic variables such as inflation or unemployment rates is spectacularly wrong. These misperceptions have far-reaching consequences, as it is perceived inequality, not actual inequality informing redistributive preferences. The phenomenon is independent of social class and welfare regime, which suggests the existence of a common mechanism behind public perceptions. We propose a network-based explanation of perceived inequality building on recent advances in random geometric graph theory. Our generating mechanism can simultaneously replicate the known stylised facts in the literature on biased perceptions of income inequality. It also produces social networks that exhibit salient features of real-world networks; namely, they cannot be statistically distinguished from small-world networks, testifying to the robustness of our approach. Our results, therefore, suggest that homophilic segregation is a promising candidate to explain inequality perceptions with strong implications for theories of voting and consumption behaviour.

In contrast to the literature so far, we provide evidence that public misperceptions are not necessarily driven by bias but by limited information sets within perception networks. This literature claims that individuals mistakenly put more weight on their own social group (‘reference-group bias’) but are somehow able to observe the whole distribution. We show that the stylised facts are also explainable by unbiased information processing on a however limited information set. Following one of the major themes of the conference, knowledge and knowledge acquistion are of crucial economic relevance in our model. The seemingly subtle distinction between constraints on information processing and information sets carries important policy implications: When it is the limits of available information and not limits in cognitive ability driving misperceptions, informational treatments can be successfully applied, as also the empirical literature suggests.

Distributive justice beliefs and the demand for redistribution: The conditioning role of quality of government

Leo Ahrens (Freie Universität Berlin)

Abstract:

What explains individuals' demand for income redistribution? Previous research shows that redistribution support is influenced by normative beliefs about distributive justice. These distributive justice beliefs include principles about what distribution is desirable as well as perceptions of whether these principles are satisfied in reality. This study advances the theory that the effect of distributive justice beliefs depends on the quality of government. Higher-quality public institutions lead people who support income equalization to increasingly turn to the state to implement their distributive goals because they can trust that the effects of public redistribution will be desirable. The results of multilevel models using survey data from 40 institutionally diverse countries offer broad support for this theory. The effects of a multitude of distributive justice principles and perceptions increases with quality of government. The results imply that distributive conflict within societies crucially depends on institutional context. They help to explain why increases in inequality do not necessarily lead to increased demand for redistribution.

Welfare states, media ownership and attitudes towards redistribution

Dr. Erik Neimanns (Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung)

Abstract:

A sizable literature has examined the relationship between welfare state regimes and attitudes towards redistribution, generally expecting that citizens in more generous welfare states are more supportive of redistribution. However, empirical findings are inherently mixed. I argue that the role of the media has been neglected in this research. By providing cues to individuals, the media plays a strong role in shaping individual-level attitudes. These cues can be expected to vary according to the characteristics of national media systems. I test these claims with multilevel regression analysis of 18 European countries. The results show that support for redistribution is lower where ownership of media institutions is more concentrated. Accounting for media ownership concentration helps to explain variation in attitudes towards redistribution, besides established determinants related to welfare state regimes. I outline implications for future research relating to the characteristics and regulation of media systems, news coverage, and the politics of inequality and redistribution.

Why is it so difficult to tax the rich? Evidence from German policy-makers

Dr. Florian Fastenrath (University of Duisburg-Essen), Prof. Dr.Paul Marx (University Duisburg-Essen), Prof. Dr. Achim Truger (University of Duisburg-Essen), Helena Vitt (University of Duisburg-Essen)

Abstract:

Why are rich citizens not taxed more heavily – despite growing inequality (aversion)? The literature offers several explanations, all of which ultimately work through the minds and actions of politicians. Taking Germany as a case, we therefore ask in 25 semi-structured interviews which obstacles left-wing politicians perceive in taxing the rich. Overall, tax increases are perceived as difficult projects. Organized business is described as a major barrier, but in a way that goes beyond existing accounts: besides classical lobbying, business interests are seen to influence electoral politics through long-term communication strategies shaping tax preferences. Moreover, the interviews point to a previously unrecognized barrier: organizational dynamics within left-wing parties around the production of tax competence. Left-wing politicians are often overwhelmed by tax issues which results in consequential disadvantages when confronted with resourceful anti-tax actors. They describe how party-internal discourses shape these competence patterns by influencing motivations, feasibility perceptions, and electoral strategies.

DiE11 | Informalität in Krisen und Konflikten: Akteure, Strukturen und Strategien

Organisiert von / Organized by: Steve Biedermann (Lehrstuhl für Internationale Beziehungen, Friedrich-Schiller-Universität Jena)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Sektion „Internationale Beziehungen", Themengruppe „Kritische Sicherheitsstudien"

Chair: Prof. Dr. Christian Kreuder-Sonnen (Professur für Internationale Organisationen, Friedrich-Schiller-Universität Jena)

Discussant: Dr. Maria Ketzmerick (Lehrstuhl Soziologie Afrikas, Universität Bayreuth)

Abstract:

In der politikwissenschaftlichen Betrachtung stehen oftmals formelle Strukturen und Prozesse im Vordergrund. Größtenteils unbeachtet bleibt dabei der Einfluss informeller Kooperationen. Dies gilt besonders vor dem Hintergrund von (internationalen) Krisen und Konflikten, in die häufig informelle Kooperationsformate involviert sind, welche u.a. in Form von Freundes- und Kontaktgruppen (bspw. Freunde Syriens), sozialen Bewegungen (z.B. Black-Lives-Matters-Bewegung), zivilgesellschaftlichen Komitees (etwa situative Bürgerrechts-Komitees) oder auch ad-hoc Militärkoalitionen (u.a. Global Coalition to Defeat Daesh/ISIS) auftreten.

Wie auch ihre formellen Pendants dienen diese informellen Kooperationsformen der gemeinsamen Verfolgung eines bestimmten Ziels durch die beteiligten staatlichen und/oder nicht-staatlichen Akteure. Im Hinblick auf die der Kooperationen zugrundeliegenden Strukturen, Verfahren und Mittel unterscheiden sie sich jedoch. In den meisten Fällen sind sie lediglich zu einem geringen Grad institutionalisiert und agieren jenseits (völker-)rechtlich bindender Abkommen. Im Einsatz ihrer Mittel und Verfahrensweisen sind sie daher oftmals flexibler. Damit einher gehen jedoch eine mangelnde Verbindlichkeit der getroffenen Absprachen, sowie eine begrenzte Transparenz und demokratische Fundierung.

Im Verlauf des Panels werden daher anhand von Fallbeispielen Phänomene informeller Kooperation im Kontext von Krisen und Konflikten auf verschiedenen Ebenen betrachtet und kritisch eingeordnet. Folgende Leitfragen dienen den Panelbeiträgen dabei als Orientierung:

- Welche Manifestationen von Informalität bzw. informeller Kooperation lassen sich in Krisen und Konflikten beobachten?
- Welche Kontexte und Motivlagen fördern den (spontanen) Zusammenschluss zu informellen Kooperationsformaten?
- Wie verlaufen die Entscheidungsfindungsprozesse innerhalb informeller Kooperationen?
- Welche spezifischen Maßnahmen und Strategien werden von informellen Kooperationsformaten genutzt?
- Wie sind derartige Zusammenschlüsse aus funktionaler und normativer Perspektive zu bewerten?

Auf Grundlage der Leitfragen und Einzelbeiträge wird sich schließlich dem Oberthema „Informalität in Krisen und Konflikten" angenähert und zur Diskussion eingeladen.

Beiträge / Contributions:

The European Union's Approach to Informal International Governmental Organizations. Towards a (Dys-) Functional Partnership?

Steve Biedermann (Lehrstuhl für Internationale Beziehungen, Friedrich-Schiller-Universität Jena)

Abstract:

Current international affairs are characterized by an increasing informalization of political processes. In this light cooperation formats like informal international governmental organizations (IIGOs) constitute a frequently used alternative to more formalized international institutions. This applies not only to

states but also to international organizations (IOs) like the European Union (EU) which is highly involved in different informal formats. Against this background, this paper addresses the question of the EU's approach to IIGOs. In the academic debate, the increased occurrence of these informal organizations is predominantly seen as a functional response by states to the challenges and problems of the contemporary international order without considering the role of formal IOs. Further, this perspective falls short, since (1) previous analyzes of the functionality of IIGOs presented a mixed picture, (2) relevant factors such as power relations, conflicting interests, the role of common norms and understandings as well as historical path dependencies have mostly been neglected, and (3) no comprehensive test of this argument has been conducted yet. Therefore, this article critically tests the functionalist perspective in the context of the EU's engagement in the International Contact Group on Venezuela (since 2019) and the ASEAN Regional Forum (since 1994). In doing it presents an empirical overview of the EU's participation in IIGOs and broadens the conceptual understanding of these organizations to capture all of their empirical manifestations. The analysis finally shows that the EU's approach to IIGOs cannot be explained by a purely functional perspective and that additional factors have to be taken into account.

Keywords: Informal international governmental organizations, ad hoc cooperation, European Union, Venezuela, ASEAN

Dealing with Complex Multilateralism: Formal and Informal Approaches to International Conflict Management

Ingo Henneberg (Chair for Multi-Level Governance, University of Freiburg), Dr. Friedrich Plank (International Politics Unit, Johannes Gutenberg University of Mainz)

Abstract:

Into this mix the referendum has emerged as a potentially explosive element, raising the question of the extent to which ordinary citizens should be involved in processes of constitutional change. In Constitutional Referendums: The Theory and Practice of Republican Deliberation (Oxford University Press, 2012) I addressed the challenges the referendum poses to modern democratic thought. In this paper I seek to adapt my findings in that book to a study of constitutional change in the context of federal constitutions. How does the existence of multiple governments and a foundational constitutional commitment to territorial and societal pluralism complicate further the issue of the demos, in particular when it is called upon to produce constitutional change through the mobilisation of 'the people'? I will focus upon situations where federalism reflects strong societal or demotic differences; here the use of the referendum has been particularly challenging.

Informelle gesellschaftliche und internationale Mobilisierung in Kirgistan und Bulgarien: Krisenmechanismus oder Quelle sozialen Wandels?

Philipp Lottholz (SFB/Transregio 138 „Dynamiken der Sicherheit“ und Institut für Soziologie, Justus-Liebig-Universität Gießen)

Abstract:

Jenseits einschlägig bekannter internationaler und nationaler politischer Strukturen spielen nichtstaatliche und informelle Organisationen schon immer, und vor allem aber im Zeitalter des Neoliberalismus, eine entscheidende Rolle. Staatliche und kommunale Akteure bedienen sich – im Rahmen der COVID-19-Krise noch mehr als sonst – in mehreren Lebensbereichen der Delegierung von Aufgaben und Tätigkeiten an internationale oder zivilgesellschaftliche Organisationen und Bürgerinitiativen. Vor diesem Hintergrund fragt der vorliegende Beitrag nach den Maßnahmen und Strategien informeller gesellschaftlicher Mobilisierung und nach deren langfristiger Wirkung. Dies geschieht auf Basis von Zwischenergebnissen eines Forschungsprojektes zur Rolle nichtstaatlicher Akteure in der Aufrechterhaltung von Ordnungs- und Versorgungsfunktionen, die normalerweise als

staatliches Prärogativ verstanden werden. Die in den Fallstudien Plovdiv (Bulgarien) und Bishkek (Kirgistan) gesammelten Einblicke beziehen sich dabei auf den Bereich städtischer Infrastrukturen und Dienstleistungen. Zuerst wird analysiert, wie die mangelnde Präsenz und Versorgung seitens staatlicher und kommunaler Akteure insbesondere in Bischkeks sogenannten „Neubaugebieten“ (russisch: novostroiki) und in Plovdivs von türkischstämmigen und Roma-Minderheiten dominierten Vierteln durch gesellschaftliche Mobilisierung kompensiert, aber auch zur Sprache gebracht und politisiert werden. Zweitens werden die inter- und transnationalen Verbindungen der jeweiligen Initiativen hinsichtlich ihrer unterschiedlich ausgeprägten Informalität begutachtet. Abschließend wird reflektiert, inwiefern diese Initiativen und deren inter-/transnationalen Netzwerke auf die Wirkungsweise eines Krisenmechanismus zu reduzieren sind, oder aufgrund ihrer politischen Arbeit als eine Quelle nachhaltigen politischen und sozialen Wandels fungieren können.

Keywords:

Gesellschaftliche Mobilisierung, nicht-staatliche Akteure, Zivilgesellschaft, gemeindebasierte Initiativen, internationale Zusammenarbeit

DiE12 | Parlamente und Verwaltungen in der COVID-19-Krise (II)

Organisiert von / Organized by: Dr. Sven Siefken (Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg), Prof. Dr. Eckhard Schröter (Deutsche Hochschule der Polizei)

Chair: Prof. Dr. Eckhard Schröter (Deutsche Hochschule der Polizei)

Discussant: Dr. Dominik Böllhoff

Abstract:

Die COVID-19-Pandemie hat weltweit massive Auswirkungen auf alle Gesellschaftsbereiche und Politikfelder entfaltet. In der öffentlichen Wahrnehmung lag der Schwerpunkt der Krisenbewältigung in Deutschland insbesondere auf den Entscheidungen der Regierungen von Bund und Ländern und ihrer informellen Vorbereitung in verschiedenen Koordinationsgremien. Dies führte zu institutionellen Unsicherheiten und der Kritik an einer mangelnden Beteiligung von Parlamenten und Verwaltungen. Doch diese spielten – oftmals abseits der Öffentlichkeit – eine bedeutsame Rolle, die im Rahmen dieses Panels näher beleuchtet werden soll. Dabei geht es um die materielle politische Einflussnahme auf die Politikgestaltung sowohl im Rahmen der „Programmierung" als auch der „Implementation" von Reaktionen auf das Infektionsgeschehen und seine gesellschaftlichen Folgen. Ein besonderes Augenmerk ist auf die Interaktionen zwischen den beteiligten Akteuren in den Politiknetzwerken der betroffenen Politikfelder und ihrer horizontalen sowie vertikalen Koordination im föderalen System der Bundesrepublik Deutschland zu richten. Dies umfasst ausdrücklich auch die Kommunalverwaltung, die etwa mit den Gesundheits- und Ordnungsämtern oder der Gewerbeaufsicht zentrale Umsetzungsaufgaben wahrnimmt. Vor dem Hintergrund der ungewöhnlich langanhaltenden Krisensituation sind mögliche Prozesse inhaltlichen, institutionellen und kommunikativen Lernens im Krisenverlauf zu beobachten, um aufzuzeigen, wie das politische System mit den Unsicherheiten der einzigartigen Krisensituation umgegangen ist. Ein Vergleich mit der Bewältigung anderer Krisen ist ebenfalls von Interesse. Zugänge aus der Regierungslehre, der Parlamentsforschung, der Politikfeldanalyse und der Verwaltungswissenschaft sind willkommen und sollen in der gemeinsamen Diskussion aufeinander bezogen und miteinander verbunden werden.

Beiträge / Contributions:

BürgermeisterInnen in der Covid-19-Krise

Jonas Rädel (Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg)

Abstract:

In meiner Promotion beschäftige ich mit Demokratieverständnissen in ländlichen, strukturschwachen Regionen Ost- und Westdeutschlands. Mein Fokus liegt dabei auf der kommunalen Ebene, besonders interessieren mich die Perspektiven von BürgermeisterInnen auf die Covid-19-Pandemie. Mein Projekt ist von der Annahme geleitet, dass der Umgang mit der Covid-19-Krise Rückschlüsse auf das Demokratieverständnis ermöglicht. Im Dezember 2020 wurden BürgermeisterInnen in Nord-Ost-Bayern und Süd-Sachsen mit qualitativen, narrativ-offenen Interviews befragt. Erste Auswertungen zeigen unterschiedliche Wahrnehmungsmuster der Krise, von denen Rollenverständnisse und Selbstverortungen im politischen System ableitbar sind:

BürgermeisterIn A – Lösen von Sachfragen: Die Probleme vor Ort werden auf finanzielle und verwaltungstechnische Herausforderungen reduziert. Diese Sachfragen müssen vor Ort geregelt und bewältigt werden, was zur Erwartungshaltung an „die große Politik" führt, bestmöglich zu unterstützen.

BürgermeisterIn B – sorgenvoller Pragmatismus: Betont wird, dass es „keine Erfahrungswerte" und „kein Handbuch" für die Covid-19-Situation gibt. Die pragmatische Betrachtung wird von der Sorge begleitet, dass das Vereinsleben im Ort „nachhaltig leiden könnte."

BürgermeisterIn C – abstrakte Problemwahrnehmung: Die Pandemie wird in einen größeren Kontext gestellt: „das allergrößte Problem ist, dass wir diese Pandemie versucht haben von oben nach unten zu

deklinieren, so wie wir das in der gesamten Politik machen." Dadurch wurde „sehr viel Akzeptanz verloren bei den Leuten."

BürgermeisterIn D – Machtlosigkeit: Der Gesprächseinstieg „ich beginne vielleicht mal bei der Tatsache, dass [mein Amt] ehrenamtlich ist" bringt eine Position der Machtlosigkeit zum Ausdruck. Die Kommune ist relativ klein, strukturschwach und besitzt keine eigene Verwaltung, Nachfragen zur Covid-19-Pandemie wird ausgewichen.

Für April/Mai ist ein zweiter Erhebungsschritt geplant, in dem die ersten Ergebnisse ergänzt, erweitert und vertieft werden sollen.

Parliamentary response to the Covid-19 crisis

David Jágr (Charles University)

Abstract:

Parliaments are deliberative bodies. The pandemic put pressure on changes in their functioning (necessity of acting fast and without careful negotiation and discussion). Furthermore, the strengthening of executive power during a crisis (Merkel, 2020; Marschall 2020) has transformed the interactions between government and parliament. According to Sartori (1994), there could be a paradox that the less a government is parliamentary, the better its results. On the contrary, current authors talk about the need for government oversight in the context of the crisis to prevent democratic erosion (Guasti 2020, Zeh 2020, Petrov 2020). The Czech Parliament has already had the opportunity to demonstrate its ability to act during the previous global financial crisis, which increased polarisation between the government and opposition, but did not result in dominance of either the government or the parliament, because the earlier was weak and the latter fragmented (Guasti and Mansfeldova, 2018).

The financial crisis (2008-2010) contributed to the transformation of the political landscape – new political parties now control 62% of parliamentary seats, and the populist PM, who entered politics in 2013, leads a minority government (Afsahi et al. 2020, Bustikova and Guasti 2017; Vachudova 2020). Can similar behavior patterns be observed in the Czech Parliament and parliamentary parties during the financial crisis and the pandemic? How did the current global pandemic crisis shape legislative behavior? How effective is Parliament in government oversight, and which tools used to carry out the government scrutiny? Could we find any innovation in executive oversight during a pandemic?

This paper argues that the Czech case is the least likely of government dominance in a pandemic. The Czech minority cabinet relies on the external support of the former permanent opposition – the Communist Party of Bohemia and Moravia (KSČM). Simultaneously, the cabinet is forced to negotiate ad hoc coalitions to pass legislation such as the pandemic relief packages and approve the state of emergency. The cabinet opts for temporary ad hoc alliances with different parties due to an unprecedented parliamentary fragmentation. The constellation of actors (weak government and fragmented parliament) enables us to zoom in on the legislative and oversight activities during the global pandemic and compare similarities and differences in the dynamics between the government and parliament during a global health crisis and global financial crisis. The paper relies on primary sources – roll-call data analysis, transcripts of parliamentary debates, and governmental and parliamentary documents to answer the question of whether pandemic strengthened or weakened the Czech parliament.

Sportverbände, Sportligen unter Sportverwaltungen unter Legitimationsdruck: Institutionelle und kommunikative Strategien im Zeichen der Covid-19-Krise

Dr. Jörg-Uwe Nieland (Zeppelin Universität), Prof. Dr. Jürgen Mittag(Deutsche Sporthochschule Köln)

Abstract:

Als im Frühjahr 2020 nahezu der gesamte europäische Kontinent in den Lockdown-Modus versetzt wurde und auch der Sport zum Erliegen kam, sah sich der professionelle Fußball in Deutschland mit besonderen Herausforderungen konfrontiert: Hatten die Fußballverbände zunächst noch eigenständig

versucht, behutsam mit Vorsichtmaßnahmen zu reagieren, so nahmen im Laufe der folgenden Wochen Politik und Verwaltung immer stärker das Heft des Geschehens in die Hand und ließen dem organisierten Fußball keine Spielräume. Verbände, Ligen und Vereine gerieten zunehmend in die Defensive und mussten sich vielfach dem Vorwurf stellen, nur auf die Einnahmen – vor allem aus dem Fernsehgeschäft – zu schauen. Zahlreiche Fußballfans haben in Ermangelung des ansonsten fast ununterbrochenen Fußballdauerbetriebs die Krise zu einer Reflektion über den Fußball genutzt. Das Ergebnis fällt kritisch aus und deutet auf Akzeptanz- und Legitimitätsprobleme. Als sich dann die Wiederaufnahme des Spielbetriebs abzeichnete, äußerten sich zahlreiche Menschen erneut kritisch und sprachen dem Fußball eine Sonderrolle ab. Dennoch kehrte der professionelle Sport nach langen Verhandlungen mit Politik und Verwaltung(en) sukzessive zum Wettbewerbsbetrieb zurück, wenngleich für längere Zeit noch ohne Zuschauer vor Ort.

Der vorgeschlagene Beitrag beschäftigt sich mit den Herausforderungen und Veränderungen organisierter Interessen im Sport im Zeichen der Krise. Analysiert wird aus unterschiedlichen theoretischen Blickwinkeln, welche organisatorischen Aktivitäten und kommunikativen Strategien sowohl ausgewählte Sportfach- und Ligaverbände als auch Politik und Verwaltung während der Covid-19-Krise entwickelten und umsetzten. Verbunden wird diese Analyse mit der Frage, ob die Krise zu strukturellen Veränderungen der politischen Entscheidungsfindung im Sport beigetragen hat.

Wie krisentauglich ist der Deutsche Bundestag? Parlamentarische Kontrollmechanismen während der Finanz- und Corona-Krise

Anastasia Pyschny (Institut für Parlamentarismusforschung)

Abstract:

Wenn von „einem exekutiv dominierten Entscheidungsprozess“ oder „Probleme[n], denen der Deutsche Bundestag im Zuge der Krisensteuerung ausgesetzt ist“ die Rede ist, denken wir unweigerlich an die aktuelle Corona-Pandemie. Allerdings sind diese Aussagen auf die Euro- und Finanzkrise von 2008/2009 gemünzt (vgl. Buzogány/Kropp 2013). Krisenbedingt stand der Bundestag damals wie heute vor großen Herausforderungen und sah sich Kritiken unzureichender Mitwirkung ausgesetzt. Vergleichend geht der vorliegende Beitrag der Frage nach, welche vorlaufenden und begleitenden Kontrollmaßnahmen das Parlament in den ersten fünf Monaten der Finanz- und Corona-Krise ergriff und welche Wirkungen sie entfalteten. In einem zweiten Schritt wird erörtert, inwiefern unterschiedliche Vorgehensweisen institutionelle Lernprozesse erkennen lassen oder aber der tröstliche Vorsatz, aus einer Krise lernen zu wollen, für die Vergleichsfälle als überhöht bewertet werden muss.

DiE13 | Lokale Konflikte und der Wandel der Zivilgesellschaft seit 2015

Organisiert von / Organized by: Prof. Dr. Helen Schwenken (Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien, Universität Osnabrück), Moritz Sommer (Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM))

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Arbeitskreis „Soziale Bewegungen"

Chair: Prof. Dr. Helen Schwenken (Universität Osnabrück, Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien)

Discussant: Moritz Sommer (Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM)), Dr. Elias Steinhipler (Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM)

Abstract:

Die vielfältigen Formen und das Ausmaß der Unterstützung für Geflüchtete in den Jahren um 2015 gilt als „Sternstunde für die Zivilgesellschaft" (Schiffauer) in Deutschland. Es entstanden in ländlichen wie auch urbanen Regionen neue Initiativen, Netzwerke und Engagementformen. Parallel zu diesem Aktivierungsschub hat sich auch die Polarisierung der (Zivil-) Gesellschaft im Zuge der Debatten um Zuwanderung seit 2015 weiter verstärkt. Neben menschenrechts- und demokratieorientierten Bewegungen mobilisieren zunehmend auch Akteure, die eine bestimmten Gruppen vorbehaltene exklusive Gesellschaft anstreben. Vor dem Hintergrund dieser beiden Entwicklungen – einer beispiellosen Aktivierung und einer zunehmenden Polarisierung der Zivilgesellschaft vor allem in Bezug auf die Themen Migration/Integration, gesellschaftliche Pluralität/Diversität, Zugehörigkeit und Identität – fragt das Panel nach dem Wandel von Konfliktmustern und dem Wandel der Zivilgesellschaft als solcher. Das Panel fokussiert dabei besonders die lokale Ebene als primären Raum des Alltagshandelns, in dem sich gesellschaftliche Entwicklungen im Brennglas nachverfolgen lassen.

Beiträge / Contributions:

2015 als Wendepunkt? Die Konstitution der lokalen Zivilgesellschaft und Einstellungen der Bevölkerung zur Aufnahme von Geflüchteten

Hanne Schneider (Technische Universität Chemnitz)

Abstract:

Viele ländliche Regionen Deutschlands erlebten mit dem Zuzug von Geflüchteten im „langen Sommer der Migration" Zuwanderung in neuen Dimensionen. Für einen großen Teil dieser Kommunen stellte die große Zahl von Geflüchteten in vielen Fällen eine administrative und politische Herausforderung dar. Dagegen wurde das zivilgesellschaftliche Potenzial wiederholt als Stärke dörflicher oder kleinstädtischer Strukturen hervorgehoben. Die Wahrnehmung von Engagementstrukturen für die Unterstützung von Geflüchteten ist dabei häufig positiv: „Hier geht halt niemand verloren", berichten beispielsweise Ehrenamtliche. Diese neuen Aktivitäten für Geflüchtete fußten meist auf wenig oder kaum etablierten Organisationsformen: 2015 gründeten sich zunächst meist ad hoc Helfer*innenkreise. Migrant*innenorganisationen oder professionelle Beratungsangebote in der Fläche existierten in vielen Fällen nicht. Ebenso ist aus der Einstellungsforschung bekannt, das Ressentiments gegenüber der Aufnahme von Geflüchteten in ländlichen Regionen besonders hoch ausfallen und rassistische Einstellungsmuster hier häufiger vorzufinden sind.

Der Beitrag soll aus Perspektive ländlicher Strukturen die gesellschaftliche Konstitution auf Basis von qualitativen und quantitativen Erhebungen aus 40 Kommunen thematisieren. Hierbei wird die Frage diskutiert, welche Faktoren in der Zivilgesellschaft, Einstellungen der Residenzbevölkerung aber auch lokalspezifische Strukturen für eine Aufnahme von Geflüchteten eine Rolle spielen. Im Anschluss wird geschlussfolgert: Kann 2015 als zivilgesellschaftlicher Wendepunkt in ländlichen Kontexten verstanden werden? Und wie wird in den letzten Jahren hier Diversität und Pluralität begegnet, beispielsweise in Bezug auf Erwartungen an Neuzugezogene?

Die Daten wurden im Rahmen des Projektes „Rolle der Zivilgesellschaft und Einstellung der Aufnahmegesellschaft“ (2018-2021) an der TU Chemnitz im Rahmen des Verbundprojektes „Zukunft für Geflüchtete in ländlichen Regionen Deutschlands.“ erhoben.

Migrant*innenselbstorganisationen als Akteure der kommunalen Migrationsarbeit

Anke Freuwört (Universität Kassel)

Abstract:

Seit 2015 werden Migrant*innenselbstorganisationen (MSO) im Zuge derzunehmenden Zuwanderung vermehrt in Förderprogrammen der EU, des Bundes, der Länder und Kommunen in Integrationsprozessen adressiert. MSO werden als (neue) Akteure in der lokalen Migrationsarbeit sichtbar und deren Engagement durch kommunale Migrationspolitik und –(sozial)arbeit gezielt gefördert und ausgeweitet, bspw. durch finanzielle und räumliche Ressourcenzuteilung. MSO sind jedoch bereits seit langem Teil der Migrationsarbeit selbstorganisiert und werden aufgrund ihrer Erfahrungen und Kompetenzen sowohl von Neuzugewanderten als auch von integrationspolitischen Akteuren geschätzt. Konflikte entstehen, wenn selbstständigen Akteuren ihre professionelle Handlungsweise abgesprochen und ihnen die Professionalisierung ihrer Expertise nahegelegt wird. Die Selbstorganisation in Vereinen und Initiativen stellt die höchste Form von gesellschaftlicher Partizipation und Integration dar. Der Beitrag knüpft an Befunde zu den Handlungsspielräumen migrantischer Organisationen (Freuwört et al. 2021) aus dem Forschungsprojekt ProZiS an. Empirische Grundlage bilden problemzentrierte Interviews mit Akteuren professionell und zivilgesellschaftlich organisierter Sozialer Arbeit mit und von Migrant*innen. In dem Vortrag möchte ich auf die Aufgabenbereiche der MSO und deren Wandel nach 2015 eingehen. Zum einen haben sich die (selbstbestimmten) Aufgabenbereiche von MSO nicht verändert, da diese bereits lange als selbstständige Akteure in der kommunalen Migrationsarbeit tätig sind und sich die Bedarfe von Zielgruppen wenig verändert haben. Zum anderen haben MSO ihre Expertise stärker in die Netzwerkarbeit eingebracht, ihr Engagement gezielt auf Geflüchtete ausgerichtet und eine politische Adressierung als Akteure in der Integrationspolitik angenommen. Die daraus entstehenden Dynamiken und Konflikte werden kritisch dargelegt

Migrantenorganisationen im Aufwind nach 2015/2016? Zwischen „Projektitis“ und Ausbildung neuer Strukturen und Typen

Dr. Kirsten Hoesch (Verbund der sozial-kulturellen Migrantenvereine in Dortmund e.V. (VMDO))

Abstract:

Die Wahrnehmung von Migrantenorganisationen (MO) hat sich in den vergangenen Jahren deutlich verändert. Stellte das Zuwanderungsgesetz eine erste Zäsur dar und wurden Migrantenorganisationen „ein Stück weit zur Feuerwehr der Integrationsarbeit“ (Karin Weiss 2013), so hat sich diese Entwicklung nach 2015/2016 noch einmal deutlich verstärkt. Allerdings gehen gestiegene Ansprüche und Erwartungen gegenüber MO sowie wachsende Gestaltungs- und Teilhabeansprüche seitens der MO einher mit einer weiterhin geringen Ressourcenausstattung. Zwar stellten die nach 2015 aufgelegten Förderprogramme für die Flüchtlingsarbeit ein window of opportunity für MO dar, sich als wichtige Akteur*innen auf kommunaler Ebene zu positionieren. Allerdings bleiben Mittel weiterhin volatil, die begonnene Strukturbildung fragil.

Die Autorin analysiert die skizzierte Entwicklung vor dem Hintergrund ihrer eigenen Forschungen und Erfahrungen als interdisziplinäre Migrationsforscherin und zugleich Leitungskraft einer größeren Migrantenorganisation. Im Rahmen von „embedded research“ hat sie u.a. das Projekt Samo.fa begleitet, das – in der Folge der Fluchtzuwanderung 2016 entstanden – heute in über 30 Städten bundesweit zur Professionalisierung, MO-Neugründungen und Entstehung lokaler Verbünde beigetragen hat.

Vor diesem Hintergrund soll in diesem Beitrag folgenden Fragen nachgegangen werden:

- Inwieweit hat sich die Rolle von MOs seit 2015/2016 verändert?
- Welche neuen Formen von MOs und Kooperationsmustern haben sich herausgebildet?

- Wie nachhaltig ist diese Entwicklung?

Beantwortet werden diese Fragen einerseits mit Bezug auf aktuelle Studien (u.a. SVR-Forschungsbereich 2020-2), andererseits anhand eigener Forschungen (u.a. Interviews, teilnehmende Beobachtung) und Erfahrungen insbesondere im Bereich lokaler, säkularer, interkulturell orientierter Verbünde. Dieser neue Typ von MO hat sich verstärkt seit 2015 bundesweit herausgebildet.

Social Capital and Social Support in the COVID-19 Pandemic

Gesine Höltmann (Freie Universität Berlin & WZB Berlin Social Science Center), Prof. Dr.Swen Hutter (Freie Universität Berlin & WZB Berlin Social Science Center), Prof. Dr. Jule Specht (Humboldt-Universität zu Berlin)

Abstract:

The COVID-19 pandemic has brought about not only a health crisis but an economic and social crisis on top, creating new and multifaceted demands for social support in the population. Similar to previous crises, we can observe an activation of civic engagement to meet these demands: citizens have offered practical, emotional, and financial support, often within their social networks and neighborhoods, but also to strangers and via civil society organisations. However, it is unclear to what extent the activation of engagement could (sufficiently) meet the need for support present in the population. Further, we know from previous research that levels of social capital matter for the responsiveness during and the resilience of society after a crisis. In this paper, we examine the role of social capital in receiving (sufficient) social support during the COVID-19 crisis in Germany, using unique micro-level survey data collected at two points during the crisis. We focus on the recipients of social support – i.e., respondents who received any kind of support from outside of their household – and those in need of (more) support. First, we examine the importance of social circles and organizational embeddedness for receiving support, and find that individuals with more extensive social circles and organizational embeddedness were more likely to receive support during the crisis - especially from emergent groups. Second, we explore the differing roles of various support groups, adopting the distinction between strong ties (family and friends), weak ties (neighbors), and emergent groups (strangers and civil society organizations). Importantly, we show that emergent groups acted as a complementary support layer: they have offered support to individuals in particular need, but were not able to fully compensate for lacking social relations.

DiE14 | Lokale Konflikte und Konfliktstrukturen (II)

Organisiert von / Organized by: Jan Pollex (Universität Osnabrück), Martin Gross (LMU München)

Chair: Dr. Martin Gross (LMU München),

Discussant: Dr. Jan Pollex (Universität Osnabrück)

Abstract:

In den letzten Jahren und im Zuge verschiedener krisenhaften Entwicklungen ist deutlich geworden, dass gerade auch Städte und Gemeinden Orte politischer Debatten darstellen. Zunehmend werden nationale oder gar globale politische und gesellschaftliche Entwicklungen auch im lokalen Kontext behandelt. Politische Konflikte spielen damit auf allen Ebenen des politischen Systems der Bundesrepublik eine Rolle. So haben sich beispielsweise einige Gemeinden im Rahmen der Umwelt- und Klimapolitik dazu entschieden, lokale Maßnahmen zu ergreifen, um eine Transformation zur klimaneutralen Kommune zu gewährleisten (z.B. durch die Erklärung eines Klimanotstandes) oder eine nachhaltige globale Entwicklung durch lokale Entscheidungen zu fördern. Gerade in Großstädten und Metropolen haben zudem Bevölkerungswachstum und -veränderungen zu Auseinandersetzungen um Gemeingüter geführt, die sich u.a. in heftigen politischen Debatten im Bereich der Verkehrs- und Mobilitätspolitik entladen. Zunehmend entstehen lokale Konflikte um die Deutung politischer Probleme, lokalpolitischer Prioritäten oder konkreter Entscheidungen. Welche Rolle hierbei Parteien und lokale Akteure aus der Wirtschaft oder gesellschaftliche Bündnisse spielen, ist bisher aber vergleichsweise selten untersucht worden. Ziel des Panels ist es, theoretische und empirisch-analytische Arbeiten zu lokalen Konflikten und Konfliktstrukturen zusammenzutragen, um ein umfassenderes Bild zum politischen Wettbewerb auf kommunaler Ebene zu erhalten.

Wir freuen uns sowohl über Einzelfallstudien als auch über vergleichende Analysen u.a. zu den folgenden Themenbereichen:

- Parteiendifferenzen bei der Formulierung und/oder Verabschiedung lokaler Maßnahmen
- Zentrum-Peripherie und/oder Stadt-Land-Unterschiede
- Handlungsspielräume lokaler politischer Akteure in einzelnen Politikfeldern
- Relevanz und Wirken zivilgesellschaftlicher Akteure
- Zusammenspiel zwischen direkt gewählten Bürgermeister:innen und Mitgliedern der kommunalen Vertretungskörperschaften
- Konflikthaftigkeit kommunaler Wahlkämpfe
- Konflikte zwischen Mehrheits-und Oppositionsfraktionen in kommunalen Vertretungskörperschaften

Beiträge / Contributions:

“Urban Space Wars”? The Role of Bicycle Initiatives in the Competition for Urban Space

Berenike Feldhoff (Westfälische Wilhelms-Universität Münster - Institut für Politikwissenschaft)

Abstract:

A large part of the public space in cities is taken up by individual motorized traffic (moving or parked private cars). Yet, other road users, such as pedestrians, cyclists, public transport, and alternative mobility options (e.g., carsharing) are also demanding space. Conflicts among road users have been growing. The competition for limited public space is increasingly problematized in cities. In recent years, bicycle initiatives in Germany have addressed this unjust distribution of space and the need for more human-friendly urban space. Previous research shows that bicycle activism can be understood as a tool through which space and place are being rethought (Furness 2010). Furness (2010) argues that bicycle activism may function as a performative critique in the sense that it attempts to shift perspectives on how street space should be utilized. Following Furness’ perspective, the purpose of this paper is to analyse the ways in which German bicycle initiatives criticise, rethink and reframe the politics of urban space. This is important to investigate because the spatialities of automobility have been rarely subject

to any severe criticism. For empirical illustration, I analyse the Berlin bicycle initiative "Volksentscheid Fahrrad Berlin (VEFB)" in the run-up of the development of the Berlin Mobility Law. Drawing on a qualitative content analysis of interviews with members of VEFB, the paper aims to reveal the discursive and actionist strategies used by bicycle activists to refocus critical attention on the uses and distribution of urban space. The implications of these strategies on urban transport policies are discussed.

Fiscal federalism and the constrained politics of public investment

Dr. Björn Bremer (Max Planck Institute for the Study of Societies (MPIfG)), Dr. Donato DiCarlo (Max Planck Institute for the Study of Societies (MPIfG)), Dr. LeonWansleben (Max Planck Institute for the Study of Societies (MPIfG))

Abstract:

In the last three decades, we have observed low levels of public investment in most advanced economies. The problem is most acute in Germany, where an overall shortfall of investments is compounded by growing divergences across regions that reflect the critical role of local authorities for public investment. What explains the overall trend and divergence across German districts? We contend that Germany's institutions of asymmetric political and fiscal federalism, and the vertical as well as horizontal distributional conflicts associated with them, strongly constrain local policy-makers and create pressures for austerity. The way that local policy-makers respond to these constraints, however, depends on partisanship. Conservative business-friendly politicians are more likely to prioritize public investment over other local non-mandatory spending but they are constrained by the lack of administrative capacity. Left-wing parties are constrained by the lack of fiscal capacity since they are more attached to non-investment spending. We use a novel, comprehensive data set of district-level investments for all German municipalities and the entire post-unification period (1991- 2018) to test this argument. Our findings have important implications for understanding the role of local politics and partisanship under fiscal federalism and contribute to the study of public investments and fiscal policy in multi-level states.

Kommunen in der Energiewende – lokale Konflikte und die Frage nach Gerechtigkeit

Eva Eichenauer (Brandenburgisch-Technische Universität Cottbus-Senftenberg; Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung)

Abstract:

Um die globale Klimakrise zu bewältigen, ist eine Energiewende, getragen durch den Umstieg auf erneuerbare Energiesysteme notwendig. Der Ausbau der erforderlichen Infrastruktur ist dabei stets an konkrete Orte gebunden. Die Umsetzung der Energiewende wird damit zu einem Unterfangen, welches bundesweit Konflikte auf lokaler Ebene nach sich zieht. Diese Konflikte, allen voran um den Ausbau von Windenergie, sind mitverantwortlich dafür, dass der Zubau von Windkraftanlagen seit einiger Zeit stagniert und die Ausbau- und Klimaziele der Bundesregierung gefährdet sind. Konkret zeigen sich diese lokalen Konflikte zum einen im Bereich der Genehmigung, die Bauprojekte verzögern und häufig Klagen gegen bereits genehmigte Anlagen nach sich ziehen. Zum anderen zeigt sich im Bereich der Regionalplanung, dass die Ausweisung von Windeignungs- oder Vorranggebieten oft begleitet ist durch tausende Einsprüche, Proteste und Klagen von Anwohnenden, sowie Standort- und Anrainergemeinden. Doch nicht nur die Konsequenzen für die Umsetzung der Energiewende sind spürbar. Die Konflikte haben auch Auswirkungen auf das soziale und politische Gefüge auf kommunaler Ebene. Sie beeinträchtigen die konstruktive Arbeit regionaler Planungsgemeinschaften oder ziehen nahezu unüberbrückbare ideologische Gräben durch Dorfgemeinschaften. Nicht selten ist die kommunalpolitische Arbeit durch die Konflikte stark beeinträchtigt.

Teil der Wahrheit ist aber auch, dass der Ausbau erneuerbarer Energien, zwar im ländlichen Raum stattfindet, die ländlichen Gemeinden selbst aber teils recht wenig Handlungsspielräume oder zumindest Wertschöpfungsmöglichkeiten haben. Wertschöpfung findet zumeist außerhalb von Standort- und Anrainerkommunen statt und regionale Planungsbehörden oder Bundesgesetze

entscheiden über Standorte von Windkraftanlagen, ohne dass betroffene Gemeinden mitentscheiden können. Fragen einer gerechten Verteilung der Lasten und Nutzen der Energiewende drängen sich hier ebenso auf, wie die einer gerechten Ausgestaltung der Entscheidungsprozesse.

Ausgehend von der These, dass neben lokaler Wertschöpfung auch kommunale Gestaltungsmöglichkeiten zentral sind sowohl für konstruktive, demokratische Konfliktbearbeitung, als auch für eine gesellschaftlich getragene Umsetzung der Energiewende, sollen Bedingungen untersucht werden, die es Kommunen erlauben, nicht nur Lastenträgerinnen der Energiewende zu sein, sondern auch lokalen Nutzen aus ihr zu ziehen. Vor dem Hintergrund aktueller Debatten um „Energy Justice" und „Rural Justice" sollen die ersten Erfahrungen mit dem Beteiligungsgesetzes in Mecklenburg-Vorpommern, welches als ein Instrument zur Einhegung lokaler Konflikte entwickelt wurde, analysiert werden. Darauf aufbauend werden Bedingungen für konstruktive, wie destruktive Konfliktverläufe herausgearbeitet und nötige Konsequenzen für eine konstruktive Konfliktbearbeitung für lokale Konflikte um Energiewendeinfrastrukturen gezogen.

Das Paper beruht vorwiegend auf Feldforschung, die zwischen 2019 und 2020 in Westmecklenburg durchgeführt wurde. Das empirische Kernstück bilden dabei zahlreiche qualitative Interviews mit Gemeindevertreter*innen (Gemeinderät*innen, wie Bürgermeister*innen), Regionalplaner*innen, Antiwindkraft-Initiativen, sowie Vertreter*innen der Windkraftbranche.

Konflikte im und um das Rheinische Braunkohlerevier

Rabea Bieckmann (Ruhr-Universität Bochum)

Abstract:

Insbesondere durch die Besetzung des Hambacher Forsts und das Aufbegehren von Bürgerinitiativen gegen Umsiedlungen rückte das Rheinische Braunkohlerevier im Städtedreieck zwischen Bonn, Aachen und Mönchengladbach immer wieder in den Fokus der Medien und politischer Diskussionen. Damit ist die Region Austragungsort diverser Konflikte rund um die Energiewende allgemein und um die Aspekte Heimat, Arbeitsplätze, Klimaschutz und Energieversorgung im Speziellen. Diverse Akteur:innen der Politik sowie der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft sind an den Debatten beteiligt, wobei diese bei der Vielzahl an Themen nur mühsam ausdifferenziert werden können. Soziale Medien spielen im Diskurs eine relevante Rolle und befeuern die Konflikte z. T. durch die schnelle Verbreitung von (Fehl-)Informationen und ungefilterte Meinungsäußerungen. Durch die niedrigschwellige Möglichkeit teilzunehmen, können sich nun auch Personen äußern die zuvor keine Möglichkeit hatten gehört zu werden. Zudem eröffnen sie die Chance zur spontanen Vernetzung von Akteur:innen, wie es in der Vergangenheit schon bei der Organisation von Protesten gegen Tagebaue und Kraftwerke im Rheinischen Revier zu beobachten war. In den bisherigen wissenschaftlichen Betrachtungen ist noch offen, welche Bedeutung den Äußerungen von zivilgesellschaftlichen Akteuren in den sozialen Medien zukommt und inwiefern diese dazu beitragen Gruppierungen entstehen zu lassen, die auch vor Ort aktiv werden. Im Vortrag werden diese Forschungslücken aufgegriffen. Die empirische Basis bilden Beiträge aus ausgewählten Facebook-Gruppen und einschlägigen Facebook-Seiten sowie die jeweiligen Kommentarspalten. Diese werden zunächst hinsichtlich der zentralen Akteur:innen und des Inhalts analysiert. Anschließend wird der Frage nachgegangen, inwiefern die Diskussionen zu Aktionen außerhalb des Internets führen oder im Netz verbleiben.

DiE15 | Metaphors of Political Choice and Democratic Decision-Making

Organisiert von / Organized by: Dr. Eva Marlene Hausteiner (Universität Bonn), Dr. Rieke Trimcev (Universität Greifswald)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Sektion „Politische Theorie und Ideengeschichte“

Chair: Dr. Eva Marlene Hausteiner (Universität Bonn)

Discussant: Dr. Rieke Trimcev (Universität Greifswald)

Abstract:

Political metaphors are not merely rhetorical ornaments, but they shape and structure our understanding of political reality. Particularly when decisions have to be made under conditions of uncertainty and complexity, metaphors make some arguments appear more plausible than others and prefigure avenues for political action. They do so by projecting knowledge from ordinary, everyday experience to the sphere of politics.

The history of the notion of “crisis” exemplifies this cognitive function of metaphors particularly well. Through metaphorical projection from the areas of medicine and theology, “crisis” has become a central concept of modern politics. The concept of crisis narrows down available options of political action to a binary set of alternatives.

Based on this observation, the panel will explore the potential of metaphor analysis for political science. It aims at bringing to the fore those interpretative choices which precede actual political choices: Metaphors give access to unquestioned expectations of agency and to entrenched views of the limits of purposeful change.

The panel’s presentations will focus on two perspectives. On the one hand, they will analyze metaphorizations of concrete moments of decision, designed to ensure orientation in the face of contingency. Why, for instance, do destabilizing moments such as the Brexit referendum regularly produce metaphors of family relations or games? On the other hand, the presentations will systematize available options of collective decision-making through the lens of their recurring metaphors: Do decisionism and expertocracy have their own metaphor traditions? Which metaphors are of particular relevance for undergirding pluralist-democratic decision-making procedures?

Beiträge / Contributions:

From Lifeless Numbers to the Vital Nerve of Democracy: Dolf Sternberger’s Metaphorical Argumentation Against Proportional Voting

Dr. Timo Pankakoski (University of Helsinki, Finland)

Abstract:

This paper analyzes Dolf Sternberger’s post-WW2 argumentation against proportional representation (PR) from the viewpoint of political metaphors. I identify Sternberger’s primary aims and analyze his metaphorical arguments in light of past and contemporary discourses to unearth their political-theoretical point. The intricate metaphorical system Sternberger constructed served to link his anti-PR views to his broader theory of active civic participation. Sternberger argued that electing was an unequivocal personal decision related to the political existence of the elector as an entire human being and that it formed a direct relationship between the elector and the politician, whereas PR was anonymous and non-personal. Relatedly, Sternberger argued that PR was mechanical, dead, and mathematical, relying on “mere numbers,” and “summing up,” as opposed to truly living, dynamic, and organic political relations. These arguments culminated in the drastic proposition that PR was not a political principle or a form of electing at all, but a method of mathematical depiction. Processing Weimar experiences, Sternberger further described PR as a principle of “civil war” and parties as bandits sharing votes as their “spoils.” For Sternberger, strong and stable government without authoritarian

elements required Westminster-style majoritarian democracy, as did responsible political opposition and the moderation of political extremes. Although his aims were self-declaredly democratic, he expressed his misgivings about parties and proportionality in a perplexingly antidemocratic register. Sternberger intentionally mobilized age-old commonplaces and metaphors, earlier used by ardently antidemocratic authors against parliamentary democracy in general; yet he skillfully redirected their force against PR in particular.

Metaphors of "There is no alternative": Stories of democratic decision-making

Dr. Astrid Seville (Ludwig-Maximilians-Universität München)

Abstract:

Does Margaret Thatcher – of all other politicians – provide us with an ideal case of political communication of decisions? During her tenure Thatcher made it clear that her political agenda was guided by deep "convictions". She stated these publicly and did not avoid conflicts. Precisely because she was convinced of the rightness and appropriateness of her views, Thatcher stated that there was no alternative. Slavoj Žižek (2013) therefore provoked once with the demand that "a Thatcher from the left" was all we needed.

The political talk of lack of alternatives is problematized, however, from the perspective of democratic theory. Politicians in parliamentary democracies need to discuss alternatives; parties compete, formulate policy options, and thus circumscribe the realm of feasible policy choice. So how do governments and politicians come to describe decisions made as "without alternatives"? What understanding of politics lies behind this rhetorical machination – is it a technocratic, authoritarian or moralistic one? And which democratic counter-narratives can be plausibly juxtaposed?

The contribution will examine these questions and discuss to what extent semantics of political justification reflect specific cultures of decision-making. By scrutinizing how decisions and decision-making processes are narrated metaphors of democratic decision-making will be brought into focus.

The rise of network metaphors: cybernetics and the techno-logical transformation of decision-making

Dr. Vincent August (Humboldt-Universität zu Berlin)

Abstract:

In political science and public life, networks have become a dominant metaphor that inspires social diagnoses ("network society"), research methods ("network analysis"), and political reform ("network governance"). Despite our fascination with networks, we have barely started a critical inquiry in the history and constraints of this new social imaginary. In this paper, I explore the rise of network metaphors and their massive consequences for decision-making architectures. I argue that network metaphors are at the core of a political paradigm shift that is neither the result of computer and internet nor an offspring of neoliberalism. In historical perspective, the paper traces the spread of network metaphors back to cybernetics and argues that intellectuals and consultants such as Crozier, La Porte or Foucault deliberately drew on a cybernetic imaginary to re-shape the way we think. In systematic perspective, the paper examines the political demands that resulted from this cybernetic imaginary. I argue that network metaphors shape decision-making infrastructures in fundamental ways as they proliferate a culture of flexibility, self-regulation, and usability that undermines modern ideas of decision-making, such as moral reasoning, rational choice, or democratic representation. A critique of network metaphors is therefore key to understanding problems of late-modern democracies.

Should I stay or should I go? Metaphors of federal disintegration

Dr. Eva Marlene Hausteiner (Universität Bonn)

Abstract:

With the 2016 Brexit referendum, the European Union faced not only the prospect of territorial and institutional shrinking: In the comments of politicians and media observers, Britain and Europe underwent a complicated divorce, after decades of unhappy union. This familial metaphor in a context of (con-)federal constellations is, however, not new: Other situations of federal conflict and disintegration have also been presented through the lens of marital relations – from the U.S. Civil War to the separation of Singapore from Malaysia.

The paper will inquire into the political function of federal metaphors and marriage of divorce, highlighting that one and the same metaphor – while fluctuating drastically in concrete political message from context to context – is repeatedly employed in order to grapple with a tension inherent to constellations of federalism: the tension between popular sovereignty and peoples' sovereignty.

DiE17 | Polarization and Democracy

Organisiert von / Organized by: Dr. Katharina Crepaz (Eurac Research & Technische Universität München), Dr. Volker Best (RWTH Aachen)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s):

Chair: Dr. Katharina Crepaz (Eurac Research & Technische Universität München), Dr. Volker Best (RWTH Aachen)

Abstract:

Political polarization is often regarded as a severe threat to democratic institutions and a source of political gridlocks. On the other hand, political polarization can be regarded as a mean to revitalize deliberations in democracies, e.g., by broadening views on institutions. This panel deals with the origin of polarization, its measurement and the media's role in explaining its diffusion. Furthermore, we assess different collective-choice rules to meet the challenges from polarization.

Beiträge / Contributions:

Brexit and Covid-19: A Comparative Analysis of Political Polarization in UK Newspapers Using a Long Short-Term Memory Recurring Neural Network (LSTM)

Dr. Katharina Crepaz (Eurac Research & Technische Universität München), Dr. Andreas Dibiasi (Eurac Research), Mirjam Gruber (Eurac Research), Maximilian Walder (Eurac Research)

Abstract:

Political polarization and its impact on societies have been the subject of public debate for decades; most recently, Brexit and the Covid-19 pandemic have been identified as particularly polarizing topics. We aim to contribute to this discussion by proposing a novel measure for political polarization, using a recurring neural network to estimate the political polarization of British newspapers. In a first step, we use annotated statements from party programs to train a long short-term memory recurring neutral network (LSTM). In a second step, we use the trained algorithm to predict the political leaning of British newspaper articles. We classify each newspaper article along four dimensions: a left-right dimension, a social liberal-conservative dimension, a libertarian-authoritarian dimension and a dimension capturing state involvement in the economy. These classifications allow us to place each article in a multi-dimensional political space and calculate measures of political leaning and polarization. We study these measures across newspapers (broadsheets and tabloids) and over time. We will show that our algorithm predicts the self-attributed leaning of newspapers well. In conclusion, we will present the practical implementation of our algorithm through findings from our comparative study on Brexit and Covid-19, showing how political positions and polarization vary across topics and newspapers.

Functional polarization within the political center instead of dysfunctional polarization between the center and the margins

Dr. Volker Best (RWTH Aachen)

Abstract:

In den meisten europäischen Staaten verlieren etablierte Parteien an Rückhalt, während populistische Parteien Stimmengewinne verbuchen können. Das ist insbesondere in Koalitionsdemokratien ein Problem, wo die populistische Herausforderung nicht auf die votes- und die policy-Dimension beschränkt bleibt, sondern auch die office-Dimension tangiert. Wollen etablierte Parteien die Populist*innen von der Macht fernhalten, ist dies oft nur um den Preis der Bildung zentristischer Koalitionen möglich.

Lagerübergreifende Mittepolitik der Kompromisse auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner verwischt die programmatischen Profile der Regierungsparteien, aber auch der etablierten Oppositionsparteien, die ihrer Alternativfunktion nur „mit angezogener Handbremse“ nachkommen können, wenn sie auf ein

Bündnis mit einer der Regierungsparteien nach der nächsten Wahl spekulieren. Wenn „agonistische Debatten zwischen widerstreitenden Projekten und die Wahlmöglichkeit zwischen realen Alternativen“ (Mouffe), die die Demokratie so dringend braucht, in der politischen Mitte verschwinden, fällt es Populist*innen leicht, sich als einzige „echte“ Alternative zu gerieren.

Um die Polarisierung wieder innerhalb der politischen Mitte zu organisieren statt zwischen einer amalgamierten Mitte auf der einen Seite und den Populist*innen auf der anderen, könnte in Koalitionsdemokratien wie der Bundesrepublik Deutschland die Einführung eines Mehrheitsbonus nach italienischem Vorbild dienen. Die Parteien müssten sich dann entscheiden, ob sie alleine oder gemeinsam mit anderen zur Wahl antreten (sie blieben aber auch im letzteren Falle einzeln wählbar). Die stärkste Partei oder das stärkste Parteienbündnis erhielte, sofern mindestens 40 Prozent der Stimmen erreicht werden, eine knappe Sitzmehrheit als Mehrheitsbonus. Die so wiederhergestellte Polarisierung zwischen dem Mitte-links- und dem Mitte-rechts-Lager würde die Alternativen an den Rändern weniger attraktiv machen und ihre destruktive Wirkung eindämmen.

The role of voting schemes in explaining the success of polarizing politicians

Prof. Dr. Salvatore Barbaro (Johannes-Gutenberg University Mainz)

Abstract:

The success of polarizing politicians in elections has undoubtedly increased over the last few years. With populist and polarizing leaders assuming positions of power in major countries, the urge to scrutinize the root of the observed development is crucial. By investigating the reasons for the increasing success of polarizing candidates, research often focuses on changing voter preferences, social developments and so on. In our paper, we shed light on the role of the voting schemes. We show that the most-often used voting rules tend to encourange and to support polarization. Instead, simple-majority rule as well as Borda-count rule do not. Thus, we explain the rise of polarization by collective-decision rules from a social-choice perspective.

Polarization, Identity Politics, and Democracy

Dr. Karsten Schubert (Seminar für Wissenschaftliche Politik, Universität Freiburg)

Abstract:

In der Debatte um Polarisierung wird "Identitätspolitik" vielfach als wichtige Ursache für gesellschaftliche Spaltungen genannt. Die durch Identitätspolitik intensivierte Polarisierung zersetze den demokratischen Diskurs und verhindere solidarische Politik. Im Vortrag werde ich für die gegenteilige These argumentieren: Nur mithilfe der durch Identitätspolitik induzierten Polarisierung kann die Politik demokratischer gestaltet werden. Die These begründe ich mit Bezug auf radikaldemokratische Theorien, die zeigen, dass die aktuelle Hegemonie nur privilegierte Perspektiven zulässt und deshalb eingeschränkt ist. Zur kontinuierlichen Korrektur dieses strukturellen Bias der institutionalisierten Politik sind die in identitätspolitischen Projekten entwickelten partikularen Perspektiven nötig, wie Standpunkttheorien und neuere Arbeiten zu epistemic injustice zeigen. Doch es handelt sich hier nicht nur um ein epistemisches, sondern um ein politepistemisches Problem. Das bedeutet, dass der einfache Aufweis der eingeschränkten Perspektive nicht ausreicht, um Hegemonien zu ändern. Dafür ist zusätzlich Machtpolitik nötig, beispielsweise durch unterschiedliche Protestformen und Skandalisierungen, mit denen sich identitätspolitische Projekte der Mehrheitsgesellschaft Gehört verschaffen. Dieses – oft notwendig laute und konfrontative – Drängen von neuen Perspektiven in die Öffentlichkeit führt zu Polarisierung. Wenn die identitätspolitische Machtpolitik erfolgreich ist, induziert sie Lernprozesse, die zu einer Reform der institutionellen Ordnung und einer Transformation der Hegemonie führt, wodurch die Polarisierung wieder abnimmt. Polarisierung ist dieser radikaldemokratischen Perspektive also kein Problem, sondern gehört, genau wie Identitätspolitik, notwendig zur Demokratisierung der Demokratie. Was wiederum nicht heißt, dass Polarisierung Selbstzweck wäre: Im Gegenteil ist der (weit entfernte) normative Horizont identitätspolitischer Polarisierung das demokratische Versprechen gleicher Freiheit und Inklusion.

DiE18 | Political Elites and Inequality

Organisiert von / Organized by: Prof. Dr. Christian Breunig (University of Konstanz), Prof. Dr. Nathalie Giger (University of Geneva)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Sektion „Politische Ökonomie", Themengruppe „Vergleichende Parlamentarismusforschung"

Chair: Prof. Dr. Christian Breunig (University of Konstanz), Prof. Dr. Nathalie Giger (University of Geneva)

Discussant: Yvette Peters (Unviersity of Bergen)

Abstract:

In recent years, political science spend considerable effort in assessing voter preferences and potential distortions of these preferences with regard to inequality. In this paper, we would like to explore the role of political elite in shaping economic or political inequality. This inquiry might entail: (1) differences in assessment between voters and politicians, (2) politicians' preferences about inequality and (3) descriptive differences among political elites.

Beiträge / Contributions:

Not visible enough? Politicians' explanations of economic inequality and their consequences

Prof. Dr. Nathalie Giger (Geneva), Dr. Elisa Volpi (Geneva)

Abstract:

How politicians see and evaluate inequality has not received a lot of scholarly attention so far, especially for what concerns their motivations to act against inequality. In this study, we focus on this line of argument highlighting how biased responsiveness, and in particular the low visibility of the less affluent, can have consequences for elite's views and evaluations of inequality. So, we ask in this paper: are the less affluent simply not visible enough to influence policy making? We advance the argument that more visibility could have detrimental effects as it also elicits deservingness evaluations of the poor and thus more visibility leads to more negative attitudes towards this income group. Empirically, we rely on a survey experiment with local Swiss politicians (N around 2500) that was fielded in October 2018. A random sub-sample was primed to think about low-income people in their municipality and we analyze the effects on attitudes towards inequality, possible explanations and intended behavior. Our results show that the visibility of low-income citizens has an effect, but not always in favor of the low affluent.

Do politicians downplay the opinions of poorer citizens? A survey-experiment on Belgian and U.S. local legislators.

Dr. Julie Sevenans (Antwerp), Dr. Karolin Soontjens (Antwerp)

Abstract:

An important challenge facing political decision-making today is inequality in representation. Political scientists have shown that the preferences of certain groups—especially those who have higher incomes—systematically preponderate in political decision-making (Bartels, 2008; Gilens, 2012). Poorer citizens are thus represented worse. It is often suggested that the inequality is caused by the fact that poorer citizens participate less in politics. Trying to elucidate the mechanisms further, this study explores another possible driver of representational inequality: that politicians downplay the opinions of poorer citizens (see also: Butler, 2014). By means of a survey experiment with local legislators in Belgium and the U.S., we test the idea that politicians consider the opinions of low-income citizens to be less thoughtful than the opinions of high-income citizens. We do this both for a socio-economic (inequality-related) and for a socio-cultural (not inequality-related) issue. The results of the experiment help us understand how inequalities come about and hence how they can be alleviated.

Who responds in times of crisis, how and why? A Field Experiment with Members of the 19. German Bundestag during the Covid-19 pandemic

Prof. Dr. Thomas Zittel (Frankfurt), Dr. Markus Baumann(Frankfurt), Prof. Dr. Helene Helboe Pedersen, University of Aarhus; Wouter Schakel, University of AmsterdamDiane Bolet, Kings College London; Rosie Campbell, Kings College London; Tom Louwerse, University of Leiden)

Abstract:

Parliamentary elites are important mechanisms to secure the responsiveness and accountability of representative systems. Their direct interactions with citizens provide input to intra-party and parliamentary decision making and also allow citizens to better understand the facts and reasons that inform public policies. This paper asks when and how German MPs performed this function during a crucial phase in the Covid-19 crisis in November and December 2020. To answer this question, we conducted a field experiment with all members of the German Bundestag, where fictitious constituents voiced concern about the economic and societal impact of the pandemic and asked legislators what they and their parties are planning to do to get German citizens through this crisis. In this experiment, legislators were contacted by different types of constituents, i.e. partisans vs. non-partisans and upper-middle vs. low class constituents. This allows to not only learn about aggregate levels and quality of responsiveness in times of crisis, but to also explore systematic biases in direct mass-elite interactions, i.e. unequal responsiveness. Lively and equal citizen-elite contacts are crucial safeguards for democracy in times of crisis. This paper helps to shed light on this important question.

How legislators perceive inequality

Prof. Dr. Christian Breunig (Konstanz), Prof. Dr.Peter Loewen (Toronto)

Abstract:

We inquire about the attitudes of politicians about income inequality per se: why do some politicians hold a positive predisposition toward inequality while others evaluate it negatively? We elicit politicians' attitudes about income inequality and explain them using literature on partisan identification, salience, and pro-sociality. In particular, legislator's identification with and socialization into a particular ideology has behavioral consequences: legislators with leftist identity perceive inequality as rising and unfair, while rightist politicians hold the opposite view. Our research designs utilizes a survey of nationally elected representatives among six parliamentary democracies fielded in 2018.. Among the 800+ legislators, we estimate the effect of partisan ideology on perceptions of inequality using a multi-level Bayesian model. Adjusting for individual level traits, our estimates show that politicians belonging to conservative parties perceive inequality less severe and more just then their leftist colleagues. The results offer a novel understanding about the intentions of elected representatives when dealing with economic inequality, unequal representation and economic policy-making.

DiE19 | Politik der Sicherheit im Rahmen komplexer Krisen II: Fallstudien und Analysen

Organisiert von / Organized by: Dr. Tobias Ide (Technische Universität Braunschweig), Dr. Delf Rothe (Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s):

Chair: Dr. Tobias Ide (Institut für Internationale Beziehungen, TU Braunschweig)

Discussant: Prof. Dr. Elvira Rosert (Universität Hamburg)

Abstract:

COVID-19, Klimawandel, Erosion des Multilateralismus, Naturkatastrophen: Komplexe und sich teilweise überlappende Krisen stellen sicherheitspolitische Akteure auf internationaler, nationaler und lokaler Ebene vor neue Herausforderungen. Gleichzeitig treten hinsichtlich der Interpretation und Bewältigung dieser Krisen intensive politische Deutungskämpfe deutlich zu Tage, etwa im Rahmen von „Wir schaffen das", „Fridays for Future" oder „Lockdown Light". Tradierte Konzepte und Mechanismen der Sicherheit erscheinen zunehmend ungeeignet, um mit der wachsenden Ungewissheit und Komplexität umzugehen. Die beschriebenen Krisen sind mithin Momente der Kontingenz und des Wandels, in denen etablierte Wissensordnungen, Routinen und Regelwerke brüchig werden. Ausgehend von diesen Annahmen und Beobachtungen fragt das Panel, ob komplexen Krisen zu neuen Verständnissen und Praktiken von Sicherheit führen, und wie sich diese von politikwissenschaftlichen Analysen erfassen lassen.

Beiträge / Contributions:

Beyond the Emergency Problematique. A Case Study of NATO Response to COVID-19

Dr. Cornelia Baciu (Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg)

Abstract:

How do collective security and defence IOs respond to crises? Drawing on a conceptual framework informed by theories of legitimacy practices in global governance and the concept of 'emergency problematique' (Kreuder-Sonnen 2019), this article explores IO discourse and behaviour during the COVID-19 pandemic, applying NATO as a case study. To build the argument, the article employs an inductive methodology and analysis of speeches and public interventions by the SG and DSG coded in NVivo. The findings corroborate results from existing literature suggesting that during crises NATO discourse tendentially focuses on its ability to perform core functions or constructing identity, generating 'positive' legitimacy or increasing relevance of military capital. The analysis suggested that the endogenous normative projection at discourse level was less about 'international responsibility', but rather crisis responsibility. The logic of IO exceptionalism and 'emergency problematique' could not be conclusively confirmed based on the analysed sample.

„Unser Sofa war die Front" – Humorvolle Aufforderungen zum Nichtstun als Sicherheitsmanagement während der Corona-Krise

Daniel Beck (Otto-von-Guericke Universität Magdeburg)

Abstract:

Dieser Beitrag deckt neue Sicherheitspraktiken auf und zeigt, wie humorvolle Erzählungen als Strategie des Angstmanagements und als Versuch, ontologische Sicherheit in unsicheren Zeiten zu stärken, gesehen werden können. Dies ist für politikwissenschaftlichen Analysen hochinteressant.

COVID-19 Eindämmungsverordnungen führen zum Aufgeben täglicher Routinen und bedrohen die Identität von Individuen. Diese Perspektive auf ontologische (Un)Sicherheit soll hier im Mittelpunkt stehen (Giddens 1991). Die deutsche Bundesregierung entwickelte während der Pandemie eine ungewöhnliche Strategie des (Un)Sicherheitsmanagements. Sie veröffentlichte humorvolle Werbespots

in sozialen Medien. Deren Hauptbotschaft ist es, zu Hause zu bleiben, kaum Menschen zu treffen und ein „besonderer Held“ zu werden, indem zum Bezwingen des Virus beigetragen wird. Dieser simple Aufruf zu Passivität, die in der Kampagne als heroisch dargestellt wird, ist in anderen komplexen Krisen nicht vorstellbar.

Humor trägt in vielfacher Weise zu einem Gefühl von Sicherheit bei. Zum einen kann Humor nur aus einer gefühlten Position der Sicherheit genossen werden. Dies wurde in der Kampagne durch eine Erzählperspektive aus der Zukunft erreicht, die Distanz zur Bedrohung herstellt und die Pandemie als überwunden darstellt.

Zum anderen ermöglicht Humor, kreative Erzählungen zu schaffen, die weit verbreitet werden und als Sinngebungsmechanismus wirken können. Zahlreiche Akteure parodierten das humorvolle Narrativ und trugen dadurch zur weiteren Verbreitung des Ursprungs-Narrativ der Bundesregierung bei. Dieses war jedoch nie ernsthaft kritisierbar, da es sich um eine humorvolle und ironische Botschaft handelt.

Durch den Discourse-Historical-Approach (DHA) wird gezeigt, welche Mechanismen und Bezugspunkte die humorvolle Kriegs-Rhetorik und (Anti)Heldenerzählung bedienen und wie sie sich von anderen Arten von Humor, die weniger legitim erscheinen, unterscheiden.

Chinas Innovative Alternative: Wie China mit Innovationstechnologien die Weltgesundheitspolitik erobert

Dr. Josie-Marie Perkuhn (Universität zu Kiel)

Abstract:

Aktuell befeuert die COVID-19-Pandemie nicht nur die tradierte Nord-Süd-Polarisierung, sondern verschärft auch den klassischen Systemkonflikt autokratischer und demokratischer Regime. Die harsche Reaktion der US-Regierung unter Ex-Präsident Trump zeigte die weltpolitische Bedeutung der Gesundheitspolitik und befeuerte Chinas aufstrebende Rolle im Weltgesundheitssektor. Der Ausbruch von SARS-CoV-2 entwickelte sich zu einer globalen sicherheitspolitischen Herausforderung. Die anhaltende Krise ist eine globale Gesundheitsbedrohung, ihre Eindämmung wird zum Gütekriterium politischer Bewältigungsstrategien. Obwohl der Lebensmittelmarkt im chinesischen Wuhan als ausgewiesener Herkunftsort gilt, brachte die Krise für China auch eine Chance. China ist Vorreiter in der Digitalisierung und prescht mit innovativen Technologien voran. Die Stärke im Innovationsvorsprung nutzte Chinas Regierung gezielt in Verbindung mit dem autokratischen Staatsaufbau bei der Bekämpfung von SARS-CoV-2. Die drastischen Maßnahmen zur Eindämmung wurden begleitet durch KI-gestützte Überwachung und Diagnostik sowie den Ausbau von Big Data Analysen und Frühwarnsysteme, (z.B. durch QR-Code-tracing&tacking). Aus den Erfolgen generiert Chinas Regierung Legitimationsgewinne nach innen wie außen. Im Kontext der Systemkonkurrenz präsentiert China sich mit alternativen Angeboten aus der Verschränkung autokratischer Strukturen und der Anwendung innovationstechnologischer Instrumente. Die Vermutung liegt nahe, dass China die systemische Attraktivität zu steigern versucht und das Erfolgskonzept exportieren will. Inwieweit China nun mit innovativen Ideen der Regelungskompetenz gestärkt aus der Krise hervorgeht und über die Weltgesundheitspolitik Einfluss auf die Weltpolitik nimmt, ist fraglich. Mittels eines empirisch-explorativen Vorgehens soll zunächst aufgezeigt werden, welche innovationstechnologischen Lösungsangebote Chinas Regierung zur Krisenbewältigung bereitstellt, um darauf aufbauend anhand einer qualitativen Analyse von Regierungsdokumenten, wie dem Plan „China in Aktion“, die Agenda Chinas zu untersuchen.

Der politische Umgang mit Covid-19 und Klimawandel: Stärkung des autoritären Systems Kenias verstärkt gesellschaftliche Spannungen

Dr. Julia Renner (Westfälische Wilhelms Universität Münster)

Abstract:

Die meisten internationalen und zivilgesellschaftlichen Organisationen betonen, dass COVID-19 eine Spaltung der politischen Landschaft zur Folge hat. Einerseits nutzt die politische Führung in Kenia den

Ausnahmezustand und die eingeführten COVID-19-Maßnahmen, um ihre autoritäre Führung zu stärken, die politische Opposition zu unterdrücken und die Medienfreiheit im Vorfeld der anstehenden Wahlen einzuschränken. Andererseits hat die Regierung politischen Entscheidungsprozesse auf die lokale Ebene im Zuge der Dezentralisierung delegiert. Das Ziel der Regierungen ist es, Klima- und Umweltauswirkungen im Rahmen wirtschaftlicher Großprojekte besser zu berücksichtigen. Politische Meinungsverschiedenheiten zwischen den nationalen und lokalen Kompetenzen als auch Dissonanzen in der nationalen und lokalen Regierungsführung erschweren eine engere Zusammenarbeit in den Bereichen der wirtschaftlichen Ausrichtung und deren klimatischen Auswirkungen. Lokale Politikprozesse und Zuständigkeiten werden auch durch die Corona-Maßnahmen in Frage gestellt, bis hin, inwieweit das Interesse der Regierungen tatsächlich bei Klimaanpassungsprozessen und wirtschaftlicher Unterstützung der von Covid-19 betroffenen Personen anstatt wirtschaftlichen Aufschwungs und politischen Machterhalts liegt.

Basierend auf einer dreimonatigen Forschungsreise wird untersucht, wie sich der politische Umgang mit der COVID-19 Pandemie von dem Umgang mit Klimaschutzmaßnahmen unterscheiden. Dieser Artikel argumentiert, dass insbesondere die jüngsten wirtschaftlichen Investitionen nationaler und internationaler Unternehmen die Kohärenz zwischen wirtschaftlichen Entwicklungen und einer inklusiven Klimaanpassungspolitik auf lokaler Ebene in Frage stellen. Ebenso wird deutlich, dass die COVID-19-Maßnahmen durch die Regierung genutzt werden, um die Opposition zu untergraben, die Polizei zu instrumentalisieren und schließlich ihren Wahlsieg im Jahr 2022 auf den Weg zu bringen. Diskrepanzen zwischen nationalen und lokalen Zuständigkeiten führen zu einer Fragmentierung der klima-, politischen- und sozioökonomischen Prozesse.

DiE20 | Populism(s) and regionalism: Discourses, strategies, and effects

Organisiert von / Organized by: Dr. Sören Stapel (Seminar für Wissenschaftliche Politik, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg), Prof. Dr. Andrea Gawrich (Justus-Liebig-Universität Gießen, Institut für Politikwissenschaft)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Arbeitskreis „Europa- und Regionalismusforschung“

Chair: Dr. Sören Stapel (Freiburg)

Discussant: Prof. Andrea Gawrich (Universität Gießen), Prof. Dr. Sandra Destradi (Universität Freiburg)

Abstract:

Populism has become increasingly salient in all parts of the world, in developed as well as developing countries. Researchers on populism tend to focus on populists' impact on their country's domestic politics. They emphasize the anti-elitist and anti-pluralist motivations of both populist politicians and their supporters. At the same time, their research acknowledges that populisms take different shapes in different contexts, and populist leaders rely on different discourses and strategies.

Yet, the regional and international dimensions of populisms remain largely underexplored. Populisms equally impact the foreign policy of the concerned countries and the position towards regional and international cooperation. As populists have formed governments all over the world, it thus becomes imperative to study the consequences of the rise of populism as well as their effects for regional cooperation.

The panel therefore invites theoretical and empirical contributions that help us better understand the nexus of populism and regionalism:

1) How do populist leaders discursively and strategically position themselves towards regionalism and regional organizations? How do their cooperation partners and regional actors react to the discourses and strategies of populist leaders?
2) Do the discourses and strategies systematically vary between different shapes and types of populism and in different regions of the world, and why?
3) How does the emergence and rise of populism affect the activity, effectiveness, and legitimacy of regional organizations and regional governance?

Beiträge / Contributions:

Populist (De)legitimation of International Organizations: From Procedural and Functional toward Representational Frames

Dr. Kilian Spandler (University of Gothenburg), Prof. Dr. Fredrik Söderbaum (University of Gothenburg)

Abstract:

Existing literature on the legitimacy of international organisations (IOs) draws heavily on procedural and functional justifications of what makes IOs legitimate. This perspective fails to problematise the liberal normative underpinnings that usually underlie such legitimacy judgments. As a political strategy that contests liberal norms and notions of identity, populism offers leaders a powerful and very different repertoire for purposefully delegitimating certain IOs while legitimating others. This paper aims to improve our understanding of such populist legitimation and delegitimation dynamics. We argue that populists' domestic political interests lead them to adopt identity-based and sovereignty-centred representational (de)legitimation frames. By comparing how state leaders from three regions (Viktor Orbán, Hungary; Hugo Chávez, Venezuela; and Rodrigo Duterte, The Philippines) legitimate and delegitimate regional IOs, we identify three such frames – anti-liberalism, threatened national and regional identities, and popular sovereignty – and show how they are used for the delegitimation of established regional IOs as well as for the legitimation of reform within them. From a populist vantage point, what is wrong with established IOs is not primarily a lack of transparency and inclusiveness or their ineffectiveness. Instead, populists judge IOs on three dimensions of representation: on whose

authority they speak, in whose interest they act and what they stand for. The mismatch between the reliance on conventional legitimation frames by established actors and the resonance of populist, representational frames among key audiences is crucial to understand the current legitimacy crisis of many established IOs and what drives populists (de)legitimation of IOs in today's global politics.

In the Name of God, the Army and Business: Mano Dura-Populism in Latin America

Dr. Thomas Kestler (Universität Würzburg)

Abstract:

Latin America is not only home to many colorful populists, the region can be regarded as the very birthplace of populism. Despite the long history and broad variety of Latin American populism, however, right wing populism was mostly an exception. Only in recent years, right wing populist figures like Álvaro Uribe (Colombia), Otto Pérez (Guatemala) or Jair Bolsonaro (Brazil) have emerged. In Uruguay and Argentina, right wing populist parties have scored impressive successes in recent elections. Taken together, this adds up to a pattern worth of closer scrutiny. While right wing populists in Latin America share some features with populists elsewhere, they differ from their European counterpart insofar as nativist or xenophobic appeals play a minor role (although some racist tendencies are occasionally observable). Instead, they typically stress law and order, maintain strong ties to the military and, often, display a religious undercurrent. Thus, right wing populism in Latin America cannot be simply subsumed under the same label as, say, the French Rassemblement National, the British Independence Party or the Tea Party movement in the United States. What is needed is a typological approach taking account of the regional specificities of right wing populism in Latin America. In this paper, we will develop such an approach. Recent cases of right wing populism in Latin America will be reviewed to identify their common features. Then, their relationship to the overarching concept of populism and the existing concepts of right wing populism will be discussed. This discussion will draw on alternative typological approaches such as radial concepts, family resemblance concepts and hierarchical concepts (prototypes/subtypes). The aim of the paper is to pin down right wing populism in Latin America as a specific, regional variety of populism, for which we propose the term "mano dura-populism".

The multi-level politics of Brexit - How to use anti-regionalism to redefine domestic politics

Dr. Jörg Baudner (Osnabrück University)

Abstract:

This paper will argue that the rejection of regional (European) integration served Boris Johnson as a political entrepreneur to redefine the preferences of the British Conservative Party regarding politics, policies and polity. It will build on strategic-constructivist (Jabko 2006; Sauugger 2013) and multi-level politics (MLP)-approaches which have analysed how domestic actors have used European politics to promote domestic policy aims. The paper will distinguish between the cognitive usage of MLP which 'refers to the understanding and interpretation' of political aims and conflicts, the strategic usage which 'refers to the pursuit of clearly defined goals by trying to influence policy decision' and a 'legitimizing usage' in the communication and justification of political decisions (Jacquot and Woll 2010). This paper will relate the different forms of usage of MLP to seminal changes in politics, policies and polity.

First, Brexit was constructed as a political cleavage which 'topped' the traditional left-right or party cleavages and as a 'focal point' or 'coalitional glue' (Goldstein and Keohane 1993) which united a constituency for economic (hyper-) liberalism and a constituency for a return to national regulation (Rosamund 2018). Second, 'getting Brexit done' became a tremendously powerful 'legitimizing frame' which constructed the Brexit vote as a unique democratic experience which even trumped domestic 'standards of legitimacy' as the attempt to suspend parliament in September 2019 and the 'attack' on 'remouners' in public broadcasting demonstrated. Third, Brexit negotiations were used strategically to remove 'external constraints' to populist economic policy options (such as deficit spending and state aid), be it through the party purge of 'One Nation Conservatives' or the refusal of any commitment to European regulatory standards.

Dueling Populisms: How Governing and Opposition Parties Exploit Populist Discourses, Close the Market, and Trap Serbia in a Hybrid Regime

Dr. Nikola Mladenovic (Institute for Political Studies (Belgrade, Serbia))

Abstract:

Populism, along with its perplexing relationship with democracy, has been one of the major objects of scholarly interest in recent years. This work in progress was inspired by Milada Vachudova's (2020) question: how do opposition parties respond to incumbent's populism? It was already argued that populism could be a useful corrective for a polity (Mudde and Kaltwasser 2012). Therefore, in a context of a country with a symptom of a democratic backslide, if opposition parties respond with an arsenal of populist tools, can it be a useful corrective for a polity? Should a political movement that opposes the rulers and seeks to input additional preferences of a part of a political community which are neglected or suppressed by the government be welcomed? Simply, an opposition to populist, democracy–degrading regime should be good.

This work examines the case when populist styles are utilized by both governing and opposition parties in an environment where democracy backslides and when both signal values inimical to flourishing of democracy. Typical elements of populist styles are identified in both Serbia's Vučić regime, and its opposition, which boycotted institutions. These include antiestablishmentarianism, simplified good/bad worldview, fear of dangerous entities, aggressive confrontational style, and opposition to democratic rules. Both governing and opposition parties are entrenched in their self-righteous worldviews and signal reservations to the Europeanization process.

The point this work attempts to make is that if populism has a propensity to do good, if it is to be a corrective for a regime, it needs to promote democratic values on its own or the values that foster democratization. Otherwise, a country could be trapped in a hybrid regime equilibrium, which is exemplified in Serbia.

DiE21 | Pre-electoral Coalition Politics

Organisiert von / Organized by: Prof. Dr. Thomas Gschwend (Universität Mannheim), Dr. Lukas Stötzer (Humboldt Universität Berlin)

Chair: Dr. Lukas Stötzer (Humboldt Universität Berlin)

Discussant: Prof. Dr. Thomas Gschwend (Universität Mannheim)

Abstract:

Government coalitions are a central feature of democratic governance, which often makes coalitions a central topic of electoral campaigns. Voters and parties alike are uncertain about the election outcome and have to form expectations about the government formation process after the election. Parties' pre-electoral coalition signals can reduce the number of possible coalitions, resulting in a more predictable post-electoral government formation. This panel brings together four papers that study coalition politics during election campaigns from different perspectives. Plescia and Angelova reveal that voters' initial coalition preferences are a central feature of judging coalition compromise after the election, highlighting the importance of coalition expectation during election campaigns. Picking up on this, Bowler, McElroy and Mueller show that informational context of campaigns, like coalition signals and polls, matter a great deal when voters form expectations about the next government. Adendorf et al. propose a method to classify this informational context in terms of coalitions signals from newspaper articles. Finally, Indridason proposes a theoretical model under which conditions parties are particularly likely to send strong coalition signals in the form of the pre-electoral coalition during campaigns.

Altogether, our proposed panel includes 5 female and 5 male paper (co-)authors. We also reach a gender balance when we look at the actual paper presenters (underlined). Moreover, if we operationalize early career scholars as non-tenured Professors, we have also 2 out of 4 early career scholars as paper presenters. Finally, we have 3 out of 4 presenters from non-German universities.

Beiträge / Contributions:

Pre-electoral Coalition Strategies in Multiparty Systems

Prof. Dr. Indridi Indridason (University of California, Riverside)

Abstract:

Government coalitions are a foreseeable and central feature of governance in multiparty systems. This fact often compels parties to make coalition politics part of their pre-election campaign effort, signaling their preferred coalition to the electorate. In this article, I derive theoretical expectations about parties' pre-electoral coalition strategies from a game-theoretic model in which coalition signals can condition voters' expectation about the post-electoral bargaining outcome. The model reveals that the ideological configuration of the coalition matters: Parties favor joining pre-electoral coalitions with partners that are found on the same side of the ideological spectrum. Bringing together data about pre-electoral coalitions in 398 legislative elections from 22 advanced industrialized democratic countries from 1946 to 2014 permits to test this hypothesis. The finding that parties are more likely to enter bloc pre-electoral coalitions has important implications for accountability and representation in proportional systems.

Who wants to go with whom? Identifying coalition signals in newspaper articles using supervised machine learning

Anna Adendorf (Universität Mannheim), Dr. Ines Rehbein(Uni Mannheim), OkeBahnsenUni Mannheim), Prof. Dr. Simone Ponzetto (Uni Mannheim)

Abstract:

During election campaigns party elites often communicate which coalition they might or might not be willing to enter after the election. These public statements about prospects of future governments are

often picked up by media outlets. In this paper, we present a supervised learning model to classify coalition signals in newspaper articles. The method identifies segments of text in which an affiliate of one party rules out or promotes a coalition with another party. We evaluate our approach based on hand-coded newspaper articles in Germany and Austria and validate the method based on pre-electoral coalitions in state elections. Both applications reveal the advantages of our method over existing dictionary approaches. Research can use our approach when interested in identifying targeted party elite communication about a specific subject in newspaper articles.

Retrospective and Prospective Issue Responsiveness

Dr. Stefan Müller (University College Dublin), Dr. Theres Matthieß (Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung)

Abstract:

Prior work has demonstrated that political parties tend to take into account voters' issue importance in their campaign communication. However, we do not know whether parties address the priorities of voters in their future-directed policies (prospective), or whether the observed correlation stems from a focus on the past and present (retrospective). We also lack knowledge about how party characteristics influence parties' responsiveness either in their prospective or retrospective communication. We introduce a measure of prospective and retrospective responsiveness by combining election surveys with parties' emphasis on the same policy areas in prospective and retrospective statements. Our analysis of over 700 manifestos from 118 elections in 23 countries allows for three conclusions. First, parties tend to avoid statements about the future in some policy areas (e.g., European politics, internationalism and taxation) and express more future-related language in areas such as education and environmental policy. Second, by focusing on a subset of elections that we can link to voter preferences, we find that parties indeed respond to voters' issue priorities in prospective statements. Third, however, the degree of prospective responsiveness is very similar to responsiveness in retrospective campaign communication. Surprisingly, we do not find evidence that issue responsiveness in retro- and prospective statements is moderated by a party's governing status, size or distance to the median position. These results provide new insights into parties' prospective communication and underline that prior work does not seem to overstate responsiveness by considering the full set of campaign statements.

The electoral implications of minority governance

Prof Dr. Heike Klüver (Humboldt-Universität zu Berlin, Dr. Maria Thürk, Universität Basel

Abstract:

Does supporting a minority cabinet hurt a party electorally? Even though minority governments have become more and more frequent in recent years, little is known about the electoral implications of parties under minority cabinets. We argue that acting as a support party of a minority government allows parties to achieve important policy goals while not having to suffer from electoral losses that typically come with joining cabinets as junior coalition partners. While support parties obtain policy payoffs in selected policy areas in exchange for their parliamentary support, they can avoid electoral punishment as they are not formally part of the government. In order to test our theoretical argument, we have compiled a novel and comprehensive dataset on the electoral performance of more than 200 political parties running in 196 elections in 27 countries from 1980 until 2019. Using a differences-in-differences estimation strategy, we estimate the causal effect of minority support party status on subsequent electoral performance. Our findings shed important light on the relationship between minority governments and electoral competition in times of increasing party system fragmentation.

DiE22 | Räume globaler Politik (I): Die Konstruktion politischer Räume

Organisiert von / Organized by: Dr. Daniel Lambach (Universität Frankfurt am Main),

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Themengruppe „Polar- und Meerespolitik“

Chair: Dr. Daniel Lambach (Universität Frankfurt am Main)

Discussant: Prof. Dr. Georg Glasze (Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg)

Abstract:

Räumliche Ontologien halten Einzug in die Politikwissenschaft. Diesen Ansätzen gemein ist eine kritische Perspektive auf verschiedene Konzepte von Räumlichkeit, die deren Dynamik und politische Umkämpftheit in den Vordergrund stellen. Dieses Panel ist Teil eines Doppelpanels zu „Räumen globaler Politik“ und ist verknüpft mit dem Panel „Die Politics of Scale als Forschungsprogramm“ von Regina Heller und Jan Wilkens. Es besteht aus theoretisch orientierten Papieren, die sich mit Raum als politisch-gesellschaftlicher Kategorie sowie als analytischem Begriff befassen. Auf Theorien der Kritischen Geographie zurückgreifend werden politische Räume als einerseits konstruiert und umkämpft, andererseits als gesellschaftlich produktiv verstanden. Dies repräsentiert eine Chance für die Politikwissenschaft, eine ansonsten wenig beachtete Dimension des Sozialen wieder stärker in den Blick zu nehmen, anstelle sich mit leeren Chiffren wie „Globalisierung“, „Entgrenzung“ oder „Deterritorialisierung“ zufrieden zu geben. Im Fokus des Panels liegt der Prozess der Raumkonstruktion im Zusammenspiel von materiellen Strukturen, Diskursen und Technologien. Die empirischen Beispiele der einzelnen Beiträge befassen sich insbesondere mit Fragen von Konflikt, Gewalt und Sicherheit und verdeutlichen damit, wie Raumkonstruktionen in Prozessen politischer Kontestation eingesetzt werden und wie die Schöpfung von Räumen in die Produktion gesellschaftlicher Wirklichkeit eingebunden ist.

Beiträge / Contributions:

Raum, eine materielle Textur von Gesellschaft

Dr. Daniel Mullis (HSFK)

Abstract:

Raum an sich als eine Entität jenseits gesellschaftlicher Praxis gibt es nicht. In der Kritischen Geographie hat sich ein Verständnis von Raum durchgesetzt, wonach dieser einerseits durch soziale Verhältnisse und soziale Praktiken produziert wird, andererseits das Produkt dieser Produktion als gesellschaftlich fixierte und herrschaftlich abgesicherte geographische Formen und Verteilungen prägend dafür sind, wie ersteres möglich ist. Für Henri Lefebvre (1991 [1974]) ist Raum eine soziale Beziehung, ein Set von über Praxis hervorgebrachter Relationen: „[Social Space is] a ‚thing/not-thing‘, for it is neither a substantial reality nor a mental reality, it cannot be resolved into abstractions, and it consists neither in a collection of things in space nor in an aggregate of occupied places.“ Historisch formierte Räume können zwar gelesen werden und wirken; dieses Lesen und Wirken ist aber immer der ideellen und materiellen Produktion nachgelagert und im gesellschaftlichen Wissen verankert. In gewisser Weise ist Raum die materielle Textur von Gesellschaft und die beiden Bergriffe operieren auf derselben Abstraktionsebene, ohne dass der eine Begriff dem anderen subsumiert werden könnte. Gesellschaft und ihre dominanten Formen der Territorialisierung aufrechtzuhalten, bedarf der alltäglichen Reproduktion und verdeutlicht ein andauerndes Herrschaftsverhältnis; umgekehrt sind verräumlichte Erfahrungen relevant für die politische Subjektivierung und potenzielle Ausgangspunkte von Widerspruch. Die Analyse von Raumproduktionen erlaubt Gesellschaft als Ganzes zu verstehen, sie ist verankert an konkreten Orten, jedoch über skalare Prozesse stets in multidimensionale Ordnungen verwoben. Diesen Zusammenhängen möchte ich im Paper angereichet mit empirischen Beispielen aus meiner bisherigen Forschung zu Krisenprotesten sowie dem Erstarken regressiver Politiken nachgehen.

Raum in den Internationalen Beziehungen

Prof. Dr. Susanne Buckley-Zistel (Universität Marburg)

Abstract:

Welche Relevanz hat eine Raumwende für die Internationalen Beziehungen? Die ‚Raumwende' bezeichnet eine Kehre von einem absolutistischen Raumverständnis, in dem Räume als fixe, permanent existierende Behälter verstanden werden, hin zu einem relationalen Verständnis, das die Konstituiertheit von Raum durch soziale Interaktion in den Fokus nimmt. Räume existieren demnach nicht unabhängig von Handlung, sondern sind sowohl deren Produkt als auch der Kontext, in dem Handeln möglich ist. Vor diesen Hintergrund möchte der Beitrag das Konzept Raum für die Internationalen Beziehungen fruchtbar machen und dessen Relevanz sowie Anwendbarkeit beleuchten. Konkret wird dies aus der Perspektive von Raumtypen, -dynamiken, -wahrnehmung und –praktiken an Beispielen aus Debatten der Internationalen Beziehungen illustriert. Zudem leistet der Beitrag anhand einer räumlichen Analyse der Begriffe ‚lokal' und ‚global' einen Impuls zu aktuellen Diskussionen und bietet dadurch eine Weiterentwicklung von Raumtheorie in den Internationalen Beziehungen an. Auf Basis eines relationalen Raumverständnisses stellt er die wechselseitige Verknüpfung von ‚lokal' und ‚global' heraus und fragt, welche Folgen sich hieraus für globale Hierarchien ergeben. Das zentrale Argument ist, dass vor einem relationalen Raumbegriff ‚global' und ‚lokal' nicht länger nur als dichotome Ebenen angesehen werden können, sondern dass sie eng miteinander verschmolzen sind und sich gegenseitig konstituieren.

Die Frontier - Zur Dekodierung eines Gewaltraums

Marie Müller-Koné (BICC), Prof. Dr. Conrad Schetter(BICC)

Abstract:

Es lässt sich gegenwärtig eine Rückkehr des Begriffs Frontier in der wissenschaftlichen Forschung sowie in Politik und Raumplanung beobachten. In der Regel wird der Begriff der Frontier an die Ausbeutung natürlicher Ressourcen oder aber an gewisse historisch-kulturelle bestimmte Kontexte in Ländern des Südens gebunden. Gewalt erscheint in den meisten Frontier-Ansätzen als eine Begleiterscheinung gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse. In diesem Vortrag wird ein anderes Verständnis verfolgt, indem Gewalt in ihren unterschiedlichen Formen (direkte, organisierte, diskursive und strukturelle) ins Zentrum des Frontier-Begriffs gerückt wird. Das Argument lautet, dass es sich bei Frontiers in erster Linie um Gewalträume handelt, die diskursive hergestellt und zu einer (Neu-)Ordnung von Gesellschaft beitragen. Durch diese gewaltzentrierte Definition von Frontiers kann der Begriff auch für gesellschaftspolitische Kontexte verwendet werden, die nicht auf Länder des Südens oder auf Ressourcenextraktion beschränkt sind.

From Asia-Pacific to Indo-Pacific: Reconstructions of 'Eastern', 'Western', and Other Spaces

Dr. Christian Wirth (GIGA Hamburg), Prof. Dr.Sebastian Maslow (Sendai Shirayuri Women's College)

Abstract:

Thirty years after the downfall of the Soviet-led communist bloc, also the US-led liberal international order is widely seen as coming to an end. The 2008 Global Financial Crisis, the Trump administration's unilateralism, and the COVID-19 crisis put China's increasing power to resist the imposition of norms and actively shape international institutions into stark relief. This purported failing of US leadership in stabilizing the Asia-Pacific gave rise to multiple and competing strategies for securing the enlarged 'Indo-Pacific' meta-region. But what does the proliferating use of diverging, if not contradictory, Indo-Pacific concepts mean for debates about changes in the regional and global orders? The paper answers these questions by examining constructions of Indo-Pacific (and other) spaces in East Asian, predominantly Japanese, and European, foremostly German, foreign- and security-political discourses through the analytical lens of critical geopolitics. It suggests that the Indo-Pacific serves as an 'empty signifier', that is, an umbrella term for competing projects of rebuilding national and civilizational communities. While epitomizing historical change, the future order(s) it gives rise to must diverge from the national and

civilizational visions. Most of all, it signifies a reconstruction of the 'East', the 'West', and 'Other' civilizational spaces.

DiE23 | Rechtspopulisms und die Natur

Organisiert von / Organized by: Dr. Tobias Haas (IASS Potsdam/FU Berlin), Dr. Bernd Sommer (Europa-Universität Flensburg)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Themengruppe „Energietransformation“

Chair: Dr. Tobias Haas (IASS Potsdam), Dr. Bernd Sommer (Europa Universität Flensburg)

Abstract:

Trotz der Abwahl von Donald Trump haben in den vergangenen Jahren rechtspopulistische Parteien und Bewegungen teils erheblich Zuwächse erfahren. Als ein wesentliches Merkmal des Rechtspopulismus zeigt sich zunehmend die Anzweiflung des anthropogenen Klimawandels. In der Populismusforschung spielen jedoch die gesellschaftlichen Naturverhältnisse bislang kaum eine Rolle. Auf der anderen Seite beginnt erst in jüngster Zeit eine Auseinandersetzung in der sozialwissenschaftlichen Nachhaltigkeitsforschung mit dem Phänomen des Rechtspopulismus. Dies ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass etwa die Partei Alternative für Deutschland (AfD) umweltpolitische Ansätze häufig grundsätzlich zurückweist (etwa den Kohleausstieg oder ein Verbot des Verbrennungsmotors). Dieses doppelte Desiderat ist Ausgangspunkt des Panels, das darauf zielt, die beiden Forschungsstränge der Populismus- sowie der sozialwissenschaftlichen Nachhaltigkeitsforschung miteinander in einen Dialog zu bringen. Es stellt sich dabei grundlegend die Frage nach den Naturverhältnissen im Rechtspopulismus, also wie die Natur und deren gesellschaftliche Aneignung konzeptualisiert wird und welche Widersprüche dabei auftreten. Darüber hinaus sollen Beiträge diskutiert werden, die Ausprägungen des Rechtspopulismus in bestimmten Feldern der Auseinandersetzung (Energiewende, Mobilitätswende, Agrarwende, etc.) analysieren. Dabei sind sowohl Einzelfallstudien als auch vergleichende Analysen zwischen unterschiedlichen Feldern oder Ländern denkbar.

Beiträge / Contributions:

„Gender-Ideologie“ und „Klimahysterie“. Der Natur-Geschlechter-Nexus im rechten und extrem rechten Denken

Konstantin Veit (Freie Universität Berlin)

Abstract:

In den vergangenen Jahren häufen sich Berichte und Zeugnisse von rechten, antifeministischen (verbalen) Attacken auf Klimaaktivistinnen. Dies wirft die Frage auf, ob es einen spezifischen Zusammenhang zwischen rechtem Antifeminismus und rechten Positionen zu Umwelt- und Klimapolitik gibt. Dieser potenzielle Zusammenhang steht im Zentrum des vorliegenden Artikels.

Zunächst skizziere ich den Forschungsstand zu (extrem) rechten Positionen in der Klima- und Umweltpolitik sowie der Geschlechterpolitik. Zweitens erörtere ich das Verhältnis der diesen Politikfeldern zugrundeliegenden Geschlechts- und Naturkonstruktionen im rechten Denken und argumentiere für ihre wechselseitige Bedingtheit: Anhand der feministischen Umweltforschung und v.a. der ökofeministischen These einer Konvergenz von patriarchalen Herrschaftsverhältnissen und gesellschaftlicher Naturbeherrschung arbeite ich heraus, dass der Naturbegriff eine ‚Scharnierfunktion‘ zwischen Antifeminismus, lokalem Naturschutz und Klimawandelleugnung einnimmt. Zentral hierfür ist die Konzeption der Natur als besonders schutzwürdig, die neben der ökologischen Natur auch auf die ‚natürliche gesellschaftliche Ordnung‘ übertragen wird.

Drittens argumentiere ich, dass dieses Naturverständnis als Ausdruck extrem rechter Ideologie verstanden werden muss. Dies zeige ich unter anderem anhand historischer Kontinuitäten zwischen alt-rechtem und neurechtem Denken. Natur kann als wesentliche Ordnungskategorie in rechter Weltanschauung gelten, wobei die Naturalisierung von gesellschaftlichen Unterschieden, menschlichen Eigenschaften und Verhaltensweisen eine zentrale Begründungsweise für die erstrebte völkische Ordnung ist.

Als parlamentarischer Arm der rechten und extrem rechten Szene in Deutschland gilt der AfD ein besonderes Augenmerk in diesem Artikel. Zugleich wird die Szene als Netzwerk begriffen, in dem politische Positionen und Diskurse in einem Wechselspiel aus parlamentarischen und außerparlamentarischen Akteuren, neurechten ‚Denkfabriken', Rechtsintellektuellen etc. entwickelt und geprägt werden.

Rightsizing degrowth? Knowledge production on climate change and nature protection on the German far-right

Dr. Aron Buzogány (Universität für Bodenkultur Wien), Astrid Gläsel (Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung)

Abstract:

There is increasing acknowledgment in the literature of authoritarian populist parties' impact on sustainability-related policies worldwide. Most of the examples discussed, such as Trump in the US or Bolsonaro in Brasil, suggest radical climate skepticism and climate denial to be the main attribute of right-wing populist's positions, together with ardent neoliberalism and the denial of multilateralism. What has received less attention are the ideational foundations of authoritarian populist's position on sustainability. We address this gap in the literature by analyzing the knowledge production practices in elite intellectual circles related to the German AfD. Frame analysis of articles published on climate change and nature protection in two journals of the Neue Rechte – Sezession and Die Kehre – show that the elite far-right has developed a complex discourse that is partly critical of capitalism and cannot be simply reduced to climate denialism.

Right-wing Populism, Post-truth Politics and Climate Denial Narratives

Dr. Maria Proestou (Humboldt-Universität zu Berlin)

Abstract:

Rising right-wing populism is a phenomenon of our times accompanied by climate change denial considered as a manifestation of post-truth politics. Among the actors who advocate post-truth and deny climate change, the most influential are the right-wing populist parties and politicians who use very specific narratives. Against this background, climate denial narratives have received scholarly attention while the reasons behind the success of these narratives have remained underexplored. Based on the approaches of populism, discourse analysis and social psychology, the paper explains the marriage between right-wing populism and climate change denial by focusing on what nurtures the narratives and rhetoric used by the deniers. The analysis shows that right-wing populist politicians sell the climate change denial story by providing people with empty signifiers and foundational stories and by using emotional appeal that is the very basic core of post-truth politics. The paper draws on the German case to address the question of identity that the German AfD party and its constituency associate with the conservation of the German nature, preservation of German goods and fatherland security. Finally, the paper discusses what scientists can do to win the battle of climate change when the latter enters the political debate.

Zwischen ökologischem „Heimatschutz" und industrialistischem „Weiter so". Rechtspopulistische Nachhaltigkeitspolitik im Vergleich.

Dr. Jörg Kemmerzell (Technische Universität Darmstadt, Institut für Politikwissenschaft), Dr.Veith Selk (Technische Universität Darmstadt, Institut für Politikwissenschaft)

Abstract:

Die europäische politische Rechte zeichnet sich durch ein widersprüchliches Naturverhältnis aus. Besitzt die traditionelle Rechte durchaus starke Momente eines romantischen sowie fatalistischen Verhältnisses zu Natur und Heimat, so treten in modernistischen rechten Diskursen eine bedenkenlose Beherrschung und Ausbeutung der Natur in den Vordergrund. Zwischen identitär-ökologischem

„Heimatschutz“ und Affirmation des fossilen industriellen Regimes existiert damit ein weites Spektrum rechter Nachhaltigkeitspolitik. Wir zeigen, dass entgegen dominierender Deutungen (z.B. Blühdorns These eines „anti-ökologischen Rechtspopulismus“) diese nachhaltigkeitspolitische Varianz auch im Rechtspopulismus besteht. Stärker als es in „linken“ oder „öko-liberalen“ Ansätzen der Fall ist, resultiert sie vor allem aus nationalen politischen Kontextbedingungen.

Wir führen zunächst ein Konzept von Nachhaltigkeitspolitik ein, das Nachhaltigkeit analytisch als ein Thema von Identitätspolitik und Interessenpolitik begreift (1). Anschließend zeigen wir, dass sich sowohl eine rechtspopulistische Nachhaltigkeitskritik als auch ein rechtspopulistisches Nachhaltigkeitsprogramm begründen lassen (2). Empirisch nehmen wir dann einen Vergleich der Programmatik von vier europäischen rechtspopulistischen Parteien vor (Alternative für Deutschland, Freiheitliche Partei Österreichs, Prawo i Sprawiedliwość, Front/Rassemblement National) (3). Er mündet in die These, dass sich in der rechtspopulistischen Programmatik sowohl Elemente einer „negativen“ Nachhaltigkeitskritik (für die paradigmatisch die AfD steht) als auch einer „positiven“ Nachhaltigkeitspolitik (paradigmatisch bei der FPÖ) finden lassen. Deren Gewichtung erklären wir mit der je kontextspezifischen Aneignung von „Natur“ (4).

DiE24 | Internal dynamics of International Organizations & their secretariats in times of crisis (II)

Organisiert von / Organized by: Dr. Jörn Ege (Uni Bern), Prof. Dr. Steffen Eckhard (Universität Konstanz)

Chair: Dr. Jörn Ege (Uni Bern), Prof. Dr. Steffen Eckhard (Uni Konstanz)

Discussant: Dr. Jörn Ege (Uni Bern), Prof. Dr. Steffen Eckhard (Uni Konstanz)

Abstract:

We live in times of increasing complexity and uncertainty, where populism and authoritarianism are on the rise. While this has undoubtedly led to various backlashes in multilateralism, International Organizations (IOs) and their permanent secretariats (International Public Administrations, IPAs) remain central players in world politics - not least because of their unique role in fostering collective policy action in fighting global pandemics, keeping finance and banking systems stable, and regulating international trade. IOs are more than arenas of multilateral negotiations. They have an autonomous impact on world politics. Yet, our knowledge about the link between internal dynamics of IOs on the one hand and their policy outputs and actions on the other remains limited. This panel addresses various aspects of the internal design and dynamics of IOs and their IPAs. In particular, it raises questions about how member states, international bureaucrats and civil society interact during the complex process of organizational decision-making. We invite paper submissions that encompass a diverse set of IOs – global and regional IOs, formal and informal IOs – in a variety of policy domains. With the field of IO studies diversifying, the panel explicitly encourages theoretical, conceptual, methodological and empirical conversations within and between different (sub-)disciplines interested in IOs, from International Relations and International Public Administration to Global Public Policy.

Beiträge / Contributions:

Exploring the Organizational Diversification of World Politics: The Internal Diversity of International Organizations Data Set

Michael Giesen (Universität Bamberg)

Abstract:

This paper maps the organizational diversification of international organizations (IOs) from a quantitative perspective and discusses the findings in light of existing comparative research on IOs. The paper, first, briefly reviews existing comparative research on IO establishment, change in IO policy mandates, (overlapping) membership, formal authority, transnational access, and the global IO population's diversification with informal and (semi-)private political organizations. Second, the paper introduces the Internal Diversity of International Organizations (IDIO) data set that fills a remaining gap in this literature to explore the increasing diversification of IOs' internal organizational forms. This analysis provides an overview of, for example, internal IO transformations to include judicial, parliamentary, and civil society bodies and general patterns of formal designs in 96 global and regional IOs between 1945 and 2020. Based on the review and these findings, this paper argues that IR scholarship can find substantial merits in understanding IOs as one example of generally diversifying political organizations of expanding modernity. IOs express modern cultural forms of organization that build on an expanding understanding of political actorhood and increasingly locate legitimate and effective political decision-making in organizational structures, next to individual decision-makers. Increases of international authority challenging states' influences, overlapping institutional spheres, seeming pathologies and inefficiencies, and apparent competition with other institutional forms are not a bug of modern world organizing but its inherent institutional feature. IR scholarship and particularly comparative IO research can embrace these institutional tensions as lenses into modern politics' organizational dynamics.

Explaining IPA influence: Some preliminary results from a Qualitative Comparative Analysis of IO policymaking

Dr. Jörn Ege (Universität Bern), Prof. Dr. Michael W. Bauer (Europäisches Hochschulinstitut), NoraWagner (Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer)

Abstract:

The paper investigates under which conditions International Public Administrations (IPAs) are able to influence policymaking within their respective International Organizations (IOs). Starting from a conception of IOs as political-administrative systems, we systematically compare IPA influence and study the conditions under which influence can be observed. The conditions are bureaucratic autonomy, policy complexity and political contestation. Using semi-structured interviews with international civil servants and IO stakeholders (n=100+), we reconstruct 15 cases of internal decision-making processes in four international organizations (FAO, WHO, ILO, UNESCO). Conducing a Qualitative Comparative Analysis, we clarify under which conditions policy influence by international secretariats takes place and under which it does not. To substantiate our findings, we also use process tracing to establish which "strategies" pursued by international bureaucrats are most effective to influence organizational policy output. The study shows when and how international bureaucracies exert policy influence and offers new opportunities to extend the generalizability of Public Administration theories.

International public administrations, organizational structure, and the challenges to global institutions: The case of the World Bank

Giuseppe Zaccaria (Maastricht University)

Abstract:

The global multilateral order is under threat by protectionist and unilateralist forces. The BRICS-led creation of alternative global lending institutions to the World Bank (WB) is a case in point. The BRICS, especially China, have long been critical of the WB, and this dissatisfaction has led to the establishment of an alternative institutional lending framework. How did the WB respond to their contestation? How has the organization adapted to the rise of the new institutions? In explaining IO contestation, IR scholarship predominantly focuses on state actors. That approach fails at capturing the role played by institutional structures in fostering the organisational conditions that help avoid inertia and decline. In an effort to uncover that facet of the IO lifecycle, this article analyses the structure and bureaucracy of the WB to highlight their role in the organization's reaction and adaptation to the BRICS-led challenges. The analysis relies on original data obtained through semi-structured interviews with WB officials, state representatives, and experts.

How to go on in disruptive times – A practice approach to International Organizations in times of crisis

Tobias Schmidtke (Westfälische Wilhelms-Universität Münster)

Abstract:

International Organizations (IOs) and their permanent secretariats are often (partly) autonomous from their member states and enjoy a high degree of authority over their constituencies. Under normal circumstances, their claim to political neutrality insulates the tacit normative assumptions guiding IOs' policy practices from much criticism. Moments of crisis, however, may force an IO to justify established practices or to adapt them to radical disruptions in its normative environment. Making sense of crises and negotiating the appropriate way to react to them is complicated by the multiplicity of actors (member state representatives, management, bureaucratic staff, civil society) involved in processes of meaning-making within an IO. This paper argues that an inductive approach that is informed by practice theory and interpretive policy studies greatly enriches our understanding of how these processes lead to the emergence of new policy practices. It introduces an analytical framework that treats IOs as structure-making sites and allows the researcher to map the divergent normative claims among different actors within an IO. First, these claims are mapped "spatially" across the IO in order to identify, where they have emerged within the organizational hierarchy, and whether they have entered the IO

from the inside of from the outside. Second, practice tracing as an interpretive variant of process tracing is applied to temporally reconstruct the processes of contestation and meaning-making leading to the emergence of new policy practices. The approach is illustrated by a case study on how the FAO made sense of the world food crisis in 2007/2008.

DiE25 | Engaging the crises of liberal democracy: Postcolonial and feminist perspectives

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s):

Chair: PD Dr. Franziska Martinsen (Leibniz Universität Hannover), Dr. Johanna Leinius (Universität Kassel)

Abstract:

Globally felt and mediated crises like climate change, the COVID-19-pandemic, and mass migration have increased the need of political decision-makers to consider a variety of views and a multitude of information in order to ensure legitimacy, efficiency and effect.

Movements like #Blacklivesmatter, #Niunamenos or indigenous peoples resisting mining projects, however, are only the most visible symptoms of contemporary democracies' continuing failings to make the lived experience and knowledge of all members of a society count in political decision-making.

Approaches as different as feminism, postfoundationalism, postcolonial studies, posthumanism, actor-network-theory, and political ontology have engaged with these issues. They have laid open the exclusions inherent in the supposedly universal notion of citizenship, scrutinized how colonization has installed a zone of non-being whose inhabitants do not count as political subjects and criticized the idea of the human as sole political agent. Debates concerning algorithmic editing and decision-making or the existence of social worlds in which earth beings like mountains count as political subjects have also posed the question of who creates political knowledge and who is recognized as political subject anew.

These debates touch the very basis of the political: Whose social realities, experiences, grievances, and demands matter when taking decisions about common concerns? Who is counted as a member of a political community? How are decision-making-processes organized? How are the borders of the political policed and with what effects?

Beiträge / Contributions:

A foreign policy by women? Women civil servants in German foreign policymaking

Karoline Färber (King's College London)

Abstract:

Recently, the political leadership of the German Foreign Office has suggested to rethink German foreign policymaking: Foreign Minister Heiko Maas has called for a 'foreign policy for women, by women', State Minister Michelle Müntefering has argued for a 'feminist agenda' for the Foreign Office, and State Minister Niels Annen has suggested 'feminism instead of patriarchy' as a guiding principle. In light of these iterations, this paper explores whose experiences and social realities count in German foreign policymaking. It focuses specifically on those who are doing foreign policy on an everyday basis: civil servants in the Foreign Office. While this space is certainly an elite one that is imbued with white and socio-economic privilege, it is marked by intersecting discourses that work to invisibilise the gendered and classed experiences of women: one broader societal discourse on meritocracy and the neutrality of performance; a second institutional discourse producing the subjectivity of the ideal diplomat as high-performing, dedicated, and gendered as male; and a third, also institutional, discourse on hierarchical political decision-making that establishes and polices the limits of civil servants' agency. This paper shows that these three discourses are actualised in everyday practices of civil servants in the Foreign Office and thus stabilise the status quo in German foreign policymaking. The articulation of a 'foreign policy for women, by women' or even a feminist foreign policy that takes into account the social realities of women civil servants are thus difficult to accomplish.

Those, who do not count: exclusions/inclusions in EU crisis management

Dr. Amelie Kutter (Europa-Universität Viadrina)

Abstract:

The approach adopted by the European Union to the macroeconomic management of the Covid-19 Pandemic marks a departure from earlier Eurozone crisis management and from the ordoliberal design of fiscal coordination that many considered sacrosanct. It introduced, with particular reference to the dire situation of Southern members, a commonly financed stimulus package, which redistributed a substantial share of means according to recession indicators instead of according to compliance with fiscal adjustment conditionality.

The paper argues that the opposite policy choices were enabled by the respective crisis discourses that became mainstreamed across EU media publics and the exclusions and inclusions that they effected. During the Eurozone crisis, states and societies in risk of sovereign default in Southern Europe were made responsible and put in charge with adjustment, because they supposedly had 'lived beyond their means' (Kutter, 2014). In reverse, during the Pandemic, the same societies were portrayed as victims of a natural disaster who deserved support to be shouldered by the EU collective. However, drawing on Jacques Rancière's consideration of postpolitics (1999) and Manuela Boatca's application of postcolonial thought to Europe's multiple modernities (2012), the paper shows that both crisis discourses maintained the 'normal order of domination' (Rancière, 1999). They depoliticised economic integration in the settled, ordoliberal vs. Keynesian cleavage of political competition and 'unaccounted' experiences of 'decadent' and 'epigonal' Europe, civilising them first qua fiscal adjustment, then qua sustainable transition programmes. The paper recapitulates how counter narratives of crises that endowed those 'who do not count' with voice in Southern European anti-austerity movements were co-opted in public debates on Eurozone recovery (Kutter, 2020), to then explore how this enabled a policy shift from austerity to stimulus during the Pandemic.

Democratic Care, Democratic Repair: Postcolonial Feminist Horizons Beyond Liberal Democracy's Crisis

Dr. Jeanette Ehrmann (Justus-Liebig-Universität Gießen)

Abstract:

Taking postcolonial and feminist critique as a conceptual point of departure, the aim of my paper is a theoretical intervention into the recent debate on the crisis of Western liberal representative democracy. I will a) expose the systematic limits, gaps and silences of this debate regarding postcoloniality and the intersectionality of race and gender as constitutive aporias of liberal democracy. Based on this critical reconstruction, I will outline a postcolonial feminist conceptualization of democracy based on care and repair. Theoretically, the paper will engage feminist democratic theory and postcolonial theory in a plurilogue that brings together Joan Tronto's notion of a caring democracy and Bonnie Honig's critique of a democracy in disrepair with Sylvia Wynter's and Achille Mbembe's concept of repair as a human and democratic praxis. Based on this integrated framework, the paper will explore the possibilities of creating and cultivating caring and repairing democratic practices and institutions that are responsive to different forms of racialized oppression, exploitation, and violence in their intersectional articulations. As such, they constitute a genuinely democratic alternative to the logics of racial ordering, bordering and policing and to institutionalized forms of racialized carelessness and disrepair as they are inherent in Western European liberal democracy as a disavowed postcolonial constellation. Bringing democratic theory in conversation with postcolonial and feminist theory under the notions of care and repair will thus open up new horizons for rethinking and democratizing democracy beyond the crisis-ridden normality of liberal democracy.

DiE26 | Unequal representation and political responses

Organisiert von / Organized by: Prof. Dr. Armin Schäfer (Universität Münster), Prof. Miriam Hartlapp (Freie Universität Berlin)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Sektion „Politik und Geschlecht“

Chair: Prof. Dr. Armin Schäfer (Universität Münster), Prof. Miriam Hartlapp (Freie Universität Berlin)

Discussant: Prof. Dr. Armin Schäfer (Universität Münster)

Abstract:

In recent years, the crisis of representation has gained increasing attention. National legislatures and government decision do not seem to reflect well citizens diversity. More inclusive and diverse representation is expected to result in greater responsiveness of governing parties and descriptive representation is conceived as a crucial means to reach democratic ends. In times of uncertainty, democracies face difficult choices how to make political decision-making more inclusive inside and outside parliaments.

This panel is interested in capturing the representation deficit and discussing recent political responses in two consolidated democracies. France and Germany face similar challenges when it comes to representation but seem to have made different choices how to address them. Overall, however, progress has been limited. Institutional change, like gender quotas are contested, participatory and deliberative processes have been limited in scope and some social groups remain starkly underrepresented. We would like to address the following questions:

- How can we measure a deficit in descriptive and substantial representation? Have advances on specific demographic or socio-economic characteristics like “gender” or “newcomers into politics” lead to more diverse representation?
- How do electoral systems with their formal rules such as the size of electoral districts or informal rules such as the placement of candidates on party lists influence representation?
- How do participatory elements fare in improving representation, such as referendums that emphasise the importance of vote and deliberative institutions such as citizen assemblies that stress inclusive voice and formation of collective will?

Beiträge / Contributions:

Capturing representational deficits, looking past descriptive representation

Prof. Dr. Jessica Fortin-Rittberger (Universität Salzburg)

Abstract:

The existence of gendered representational deficits in most advanced industrial democracies’ legislative and executive bodies has become conventional wisdom. What remains contentious, however, is our ability to estimate both the magnitude and the impact of these deficits. Much of our knowledge about representational deficits revolves around descriptive representation, i.e., counting women in elected assemblies. While such numbers provide key markers of the degree to which women are included in politics, descriptive representation only exposes a partial image of women’s inclusion in, and connection with, the political process writ large. Drawing on a longitudinal analysis focusing on Germany, the paper will seek to investigate whether the increase in women’s legislative representation over time has had parallel spillovers on women’s views of the representative process through political engagement, and ultimately, satisfaction with the way democracy works.

Targeting social groups in electoral promises

Dr. Elisa Deiss-Helbig (Universität Stuttgart), Prof. Dr. Isabelle Guinaudeau (Universität Bordeaux)

Abstract:

In representative democracy, elected officials represent all citizens equally regardless of their belonging to a specific group. However, empirical evidence casts some doubts on this ideal and points to “unequal responsiveness”. A major mechanism discussed relates to policy being traded in exchange for the electoral support of certain groups of voters. Despite these intuitions and single observations that parties appeal to groups (Häusermann et al. 2013; Thau 2019), empirical evidence on the nature, evolution and mechanisms of group-party linkages are lacking. If electoral incentives drive policymaking, then electoral campaigns shall represent a crucial moment in which voters are exposed to representatives’ communication about past and future policies. We therefore explore unequal responsiveness towards groups through the lens of mandates in two contrasted political systems: France and Germany. Which groups are targeted in electoral promises? Do target group characteristics shape pledge fulfillment and how far does this contribute to unequal responsiveness?

Visibility and the Parliamentary Representation of Under-Represented Groups

Prof. Dr. Laura Morales (Sciences Po Paris), Dr. Claire Vincent-Mory(Sciences Po Paris)

Abstract:

At times of democratic representation crisis, the degree of ‘presence’ of historically marginalised groups in elected bodies appears to be critical. Any examination of the emancipatory and egalitarian character of political representation (descriptive, substantive and symbolic) requires measuring this presence. Yet, current conceptual, theoretical and empirical research on the politics of presence is articulated around the assumption that empirically apprehending such presence is unproblematic and that 'we know what a descriptive representative is'. Lifting this assumption, the paper confronts the conceptual and empirical challenges of measuring presence, presenting results from the INCLUSIVEPARL project ("Conceptualization and measurement of the descriptive and substantive representation of seven under-represented groups in four European democratic parliaments").

Drawing on research on various under-represented groups (working class, women, ethnic/migrant minorities, religious minorities, LGBT+, youth, disabled), we discuss the challenges of political representation deficit and the tensions between 'visible' and self-designated assignments. Focusing on the concept of “visibility”, we contribute to the debate by (1) arguing that 'what is visible' affects the ability to represent descriptively, substantively and symbolically, and (2) proposing consistent measurement instruments to assess the political under-representation of marginalized groups that we evaluate with data collected for the French, British, Italian and Spanish lower chambers of parliament in the 2010s.

Potential and pitfalls of political responses to the representation gap in France and Germany

Prof. Dr. Agnes Blome (Freie Universität Berlin), Prof. Dr.Miriam Hartlapp (Freie Universität Berlin)

Abstract:

The French and the German national parliaments have over time developed towards assemblies dominated by male, highly educated, elderly politicians. Faced with increasing societal polarization there are growing calls for a more balanced political representation of different social groups. In France, the 2000 Loi de la Parité was a first step to render the Assemblée Nationale more proportional and consecutive reforms have further increased women’s descriptive representation. The Grand Débat National has been probed as deliberative answer to the Yellow Vest movement, followed by the Convention Citoyenne Pour le Climat. Seemingly more reluctant, merely two states in Germany introduced Parité Gesetze in addition to political party-specific gender quotas, while the German government initiated a rather unspecific Bürgerrat to support policymakers in decision-making processes.

The paper aims at a comparative assessment of the problem and political responses in France and Germany. In a first step we provide an overview of the representation deficit in France and Germany along different dimensions based on existing primary and secondary sources. Next, we explore differences in the countries' approaches to tackle the underrepresentation through electoral system reforms and innovative instruments to increase diversity through citizens' participation. Finally, we explore the potentials and shortcomings of these approaches to tackle the underrepresentation in the two countries through the theoretical lense of actor centered institutionalism and formulate hypotheses for future comparative research.

DiE27 | Wahl mit Auswahl. Demokratisierung der Parteivorsitzendenwahl

Organisiert von / Organized by: Dr. Benjamin Höhne (Institut für Parlamentarismusforschung (IParl)), Dr. Anne Küppers (Friedrich-Schiller-Universität Jena)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Sektion „Regierungssystem und Regieren in der Bundesrepublik Deutschland“

Chair: Dr. Benjamin Höhne (Institut für Parlamentarismusforschung)

Discussant: Dr. Anne Küppers (Friedrich-Schiller-Universität Jena), Prof. Dr. Uwe Jun (Universität Trier), Dr. Benjamin Höhne (Institut für Parlamentarismusforschung)

Abstract:

Studien schätzen, dass in westlichen Demokratien mittlerweile zwischen 30 und 50 Prozent aller Parteien ihren Mitgliedern ein direktes Mitspracherecht bei der Personalauswahl gewähren. Die deutschen Parteien haben sich dem internationalen Trend hin zu mehr Mitsprache für die Mitglieder bei der Auswahl des Spitzenpersonals bislang jedoch (weitestgehend) verweigert, sodass Deutschland lange Zeit als Beispiel für außerordentliche Stabilität bei den Verfahren der Parteivorsitzendenwahl galt und die deutschen Parteien in komparativen Studien zu Leadership Selection Change oft kaum Beachtung fanden. Eine gravierende Veränderung stellen die jüngsten Vorsitzendenwahlen in den Bundesparteien von CDU und SPD dar, bei denen es gleich mehrfach zu sogenannten ‚Kampfkandidaturen’ kam und die Parteimitglieder über Regionalkonferenzen bzw. eine konsultative Befragung in den Entscheidungsfindungsprozess eingebunden wurden. Mit dieser ‚Demokratisierung‘ vollziehen die deutschen Parteien einen internationalen Trend nach, setzen aber gleichzeitig mit den zunehmend verbreiteten Doppelspitzen neue Akzente. Das Panel will Erscheinungsformen, Ursachen und Folgen der ‚Demokratisierung‘ näher beleuchten. Eingeladen sind Beiträge, die die Wahl von Parteichefs in der Bundesrepublik zum Gegenstand haben, genauso wie solche, die vergleichende Perspektiven einnehmen.

Folgende Fragestellungen können aufgegriffen werden:

- Welche Erscheinungsformen nimmt die ‚Demokratisierung‘ im Hinblick auf Dezentralisierung, Formalisierung, Öffnung zur Parteiumwelt, Inklusion, Wettbewerb oder Digitalisierung an?
- Welche Ursachen auf der gesellschaftlichen sowie der parteiorganisationalen Ebene liegen den Demokratisierungsentscheidungen zugrunde?
- Welche Effekte haben ‚Demokratisierungen‘ auf der parteiorganisationalen Ebene (z.B. Folgen für die Mitgliederentwicklung), auf der Ebene des Parteiensystems (z.B. in Form von ‚Ansteckungseffekten‘ zwischen den Parteien) sowie für die Parteien in öffentlichen Ämtern, d.h. in Parlamenten und Regierungen (z.B. für die Stabilität von Koalitionen)?
- Wie lässt sich der Wandel bei der Führungsauswahl demokratietheoretisch bewerten?

Beiträge / Contributions:

Abstract Planspiel Parteitag in der Lehramtsausbildung

Dr. Eike-Christian Hornig (Liechtenstein-Institut)

Abstract:

Vorgestellt und diskutiert wird ein Konzept, wie am Beispiel eines Planspiels insbesondere Politikferne Studierende aktiviert und bereits im Rahmen eines Semesters große Lernerfolge erzielt werden können. Grundlage ist die Erfahrung aus mehrfachen Seminaren in Politikpflichtkursen für Lehrämter. Im ersten Teil wird zunächst das eigentliche Planspiel vorgestellt. Beim Planspiel „Parteitag“ wird demnach ein Parteitag einer fiktiven „Seminarpartei“ komplett nachgespielt. Die Studierenden bekommen dazu verschiedene Rollen (Glückloser Vorsitz, ehrgeizige Stellvertretung, abtrünniger Landesverband etc.) vorgegeben, die sie im Verlauf frei ausspielen können. Durchgeführt werden Personalwahlen sowie Antragsberatung. Gelernt werden sollen parteiinterne Mechanismen wie Verhandlungen, Proporz

sowie formale Regelungen der Parteiendemokratie. Zum Planspiel gehört auch der Abgleich mit der Realität durch den Besuch eines realen Parteitages, wo durch intensives Beobachten Vergleiche mit dem Planspiel durchgeführt werden. Im zweiten Teil werden dann die eingesetzten Instrumente hinsichtlich ihrer Wirkung kritisch diskutiert. Dazu gehören insbesondere auch begleitende Maßnahmen wie Umfrageelemente am Anfang und am Ende des Seminars, theoretische Einbettungen, Genderfragen, technische, räumliche und zeitliche Fragen. Zur selbstkritischen Diskussion gehören außerdem Ergebnisse aus Evaluationen, die zusätzliche Einblicke in Möglichkeiten der Verbesserung des Konzeptes bieten.

Innerparteiliche Demokratisierung: ein Überblick

Dr. Klaus Detterbeck (Universität Göttingen)

Abstract:

In zahlreichen Staaten haben Parteien eine stärkere Beteiligung ihrer Mitglieder ermöglicht. Dabei stehen personelle Entscheidungen bezüglich der eigenen Vorstände und der Kandidaten für öffentliche Wahlen im Vordergrund, Urabstimmungen zu programmatischen und organisatorischen Fragen kommen hinzu.

Die Forschung hat sich in den letzten Jahren intensiv mit den Ursachen dieser Entwicklung auseinandergesetzt, aber auch den eigentlichen Prozess und seine Folgen für die Parteien und die Demokratie insgesamt unter die Lupe genommen. Innerparteiliche Demokratie stelllt in diesem Sinne ein "in-Thema" der Parteienforschung dar. Dies erinnert einerseits an die Ursprünge dieses Forschungszweigs, ist aber andererseits als eine Renaissance zu betrachten, da diese Thema, zumindest in der vergleichenden Forschung, lange Zeit unterbelichtet war.

Der Beitrag möchte einen Überblick über die neuere Forschung zur innerparteilichen Demokratie liefern, wobei der Schwerpunkt auf der Wahl der Parteivorsitzenden liegen soll. Er hat somit einen "state of the art"-Charakter und wird in diesem Sinne auch Wege für die weitere Entwicklung der Thematik diskutieren.

Warum CDU-Delegierte aber SPD-Mitglieder die Parteispitze wähl(t)en. Eine an kausaler Komplexität orientierte Erklärung von Urwahlen

Anne Küppers (Friedrich-Schiller-Universität Jena)

Abstract:

Zu den zentralen Ursachen von Urwahlen gehören Wahlniederlagen (u.a. Chiru et al. 2015), innerparteilicher Konflikt (Kemahlioglou et al. 2009, Astudillo & Detterbeck 2020) sowie strategische Überlegungen, d.h. Umgehung einer Delegiertenentscheidung (Katz & Mair 1995, Ignazi 2020). Trotz ähnlicher Ausgangslage (s. unten), kam es jedoch lediglich bei den Sozialdemokraten zu einer Basisdemokratisierung der Parteivorsitzendenauswahl:

Nach dem Rückzug von Andrea Nahles im Juni 2019 ließ die SPD ihre Mitglieder über eine neue Doppelspitze abstimmen. Über die neue CDU-Spitze 2021 entschieden, obwohl es mit Laschet, Röttgen und Merz drei Kandidaten zur Auswahl gab, die Delegierten eines (digitalen) Bundesparteitags. Beide Parteien hatten bei der Bundestagswahl Stimmen einbüßen müssen: Die SPD 5,2%, die Union 8,6%. In beiden Parteien hatte es Vorsitzendenwechsel nach einer nur kurzen Amtszeit der Parteivorsitzenden gegeben. Kramp-Karrenbauer und Nahles traten jeweils nach nicht ganz einem Jahr im Amt zurück - ein Anzeichen für innerparteiliche Turbulenzen.

Eine vergleichende Untersuchung soll klären, warum es nur bei den Sozial- nicht aber bei den Christdemokraten (trotz vergleichbarer Ausgangsbedingungen) zum Einsatz einer Urwahl kam.

Methodisch wird auf ein qualitatives Forschungsdesign gesetzt, denn quantitative Arbeiten stehen vor dem Problem, die komplexen oder subjektiven Konstrukte, die als Auslöser für die Demokratisierung angesehen werden, quantitativ messbar zu machen und das Zusammenwirken mehrerer Faktoren aufzuzeigen. In diesem Paper wird daher ein neuer methodischer Zugang gewählt, der kausaler

Komplexität Rechnung trägt. Die kausalen Mechanismen werden im Rahmen der theorie-testenden Prozessanalyse zunächst theoretisch entwickelt (vgl. Küppers 2021) und anschließend anhand des typischen (SPD 2019) und des abweichenden Falls (CDU 2021) getestet.

Messung innerparteilicher Leadership. Ein Konzept zur numerischen und vergleichbaren Darstellung von Party Leadership.

Marius Minas (Universität Trier)

Abstract:

Das Forschungsprojekt verfolgt das Ziel, den innerparteilichen Einfluss von Party Leader durch einen Index vergleichbar zu machen und damit empirisch belegte Kriterien für erfolgreiche Party Leadership (aus Sicht der Party Leader) aufzuzeigen. Die Arbeit orientiert sich dabei an der Forschungsfrage: Wie lässt sich innerparteiliche Leadership messen, sodass der Einfluss von Party Leader vergleichbar dargestellt werden kann?

Das Projekt ist viergegliedert. Im ersten Schritt wird die fachspezifische Literatur dargelegt und Faktoren des parteiinternen Einflusses der Party Leader herausgearbeitet. Zudem werden die in der Literatur postulierten Eigenschaften erfolgreicher Leadership durch eine Mitgliederumfrage (Online-Fragebogen) in deutschen Parteien gewichtet. Durch Experteninterviews soll die official story innerparteilicher Demokratie, erzählt durch Parteistatuten, um die real story ergänzt werden, sodass hierdurch besonders Einsichten in tatsächliche innerparteiliche Hierarchien erforscht werden. Im zweiten Schritt erfolgt die Operationalisierung der erhobenen Daten. Im dritten Schritt steht die Modellierung des Index, also die Formelbildung und die Gewichtung der einzelnen Kriterien im Vordergrund. Im vierten Schritt soll der Index auf einzelne Party Leader deutscher Parteien angewendet und somit auf seine Tauglichkeit getestet werden. Das Papier diskutiert neben der Trias zentraler Faktoren von Party Leadership: (1)Eigenschaften von Führungspersönlichkeiten, (2)Innerparteiliche Demokratie und (3)Umweltbedingungen auch das methodische Vorgehen zur Erhebung von Daten: Fragebogen und Experteninterviews und behandelt somit den ersten Teil des Forschungsprojekts.

DiE28 | Wahlsystempräferenzen und Wahlsystemreform (II)

Organisiert von / Organized by: Prof. Dr. Eric Linhart (Technische Universität Chemnitz), Dr. Evelyn Bytzek (Universität Koblenz-Landau)

Chair: Dr. Evelyn Bytzek (Universität Koblenz-Landau)

Discussant: Prof. Dr. Eric Linhart (TU Chemnitz)

Abstract:

Mittels Wahlen verleiht der Souverän in Demokratien seine Macht an Repräsentanten; Wahlen gehören damit zu den Kernelementen repräsentativer Demokratien. Nach welchen Prinzipien und Modi dies geschieht, regeln Wahlsysteme. Da die Frage der Machtverteilung entscheidend von dem jeweiligen Wahlsystem abhängt, kommt Wahlsystemen eine große Bedeutung zu. Während die personalisierte Verhältniswahl in der Bundesrepublik lange Zeit als Vorbild eines gelungenen Wahlsystems galt (und teilweise immer noch gilt), sind in jüngerer Zeit auch verstärkt Mängel dieses Systems in den Vordergrund getreten. Exemplarisch seien die Möglichkeit des negativen Stimmgewichts bis zur Bundestagswahl 2009 genannt, sowie ein unnötig komplexer Modus der Stimmverrechnung seit der Wahl 2013, der das Resultat einer Reform ist, durch die das negative Stimmgewicht beseitigt werden sollte.

Dass weiterer Reformbedarf des Wahlsystems besteht, ist weitgehend unbestritten. Wie die Reform im Detail aussehen soll, darüber herrscht allerdings sowohl in der Politik als auch in der Politikwissenschaft Uneinigkeit. Diese Uneinigkeit beruht zumindest teilweise auf unterschiedlichen Vorstellungen darüber, welche Funktionen ein Wahlsystem idealerweise erfüllen soll. Während hier eine Debatte über konkrete Vorschläge lebhaft geführt wird, finden eine Ebene tiefer Diskurse über wünschenswerte Eigenschaften seltener statt. Insbesondere die Präferenzen des Souveräns, der Wahlbevölkerung, wurden bislang nur sporadisch untersucht. Mit ähnlichen Herausforderungen sind auch andere Staaten konfrontiert.

Das Panel soll dazu beitragen, diese Lücke zu verkleinern. Entsprechend heißen wir Beiträge willkommen, die sich – mit Blick auf Deutschland oder auch darüber hinaus – vor dem Hintergrund funktionaler Anforderungen an Wahlsysteme mit Reformoptionen beschäftigen, aus der Analyse bestehender Wahlsysteme Empfehlungen ableiten, und/oder diesbezüglich die Wählerperspektive in den Blick nehmen.

Beiträge / Contributions:

Does More Voter Say Lead to Higher Levels of Voter Satisfaction?

Dr. Philipp Harfst (TU Dresden), Prof. Dr. Jean-Fançois Laslier (Paris School of Economics (CNRS)), Prof. Dr. Damien Bol (King's College London)

Abstract:

There is a considerable number of studies on citizens' satisfaction with democracy or their evaluation of particular political systems, individual political institutions or political actors. What is more, satisfaction with democracy is often used as a proxy for generalised support or even a polity's legitimacy. However, one of the most central elements of any democracy, its electoral system, is rarely evaluated in terms of citizens' satisfaction with its institutional features. This is highly surprising given the many varieties of possible rules translating votes into seats and represents a severe lack of information regarding citizens preferences when electoral reform is on the agenda.

We propose to fill this gap for one particular feature of electoral systems, the scale that voters use to evaluate individual candidates. We conduct a survey experiment that confronts voters with different degrees of "voter say" and examine the impact of these institutional variations on voters' satisfaction with the electoral rule. To do so, we ask respondents from Austria to vote for real candidates in the 2017 National Council election and randomly assigning them to an approval voting (AV) ballot, using a [0,1] scale, and two different forms of evaluative (EV) voting, using either a [0,1,2] or a [-1,0,1] scale. Following the vote, we ask respondents whether they liked the scale they used. We expect that more

"voter say" in EV as compared to the classical binary choice offered by AV leads to higher levels of voter satisfaction with electoral rules.

Offene Listen und die Wahl von Frauen zum Bundestag. Ergebnisse eines Survey-Experiments

Dr. Thomas Däubler (University College Dublin), Dr. Lukas Rudolph (LMU München)

Abstract:

Frauen sind im Bundestag unterrepräsentiert, insbesondere unter Parteien in und rechts der Mitte. Dies dürfte auch an den eingeschränkten Wahlmöglichkeiten im deutschen Wahlsystem liegen. Insbesondere WählerInnen, die von Frauen repräsentiert werden möchten, aber wirtschaftspolitisch liberale Einstellungen haben, stehen vor einer schwierigen Entscheidung.

Als mögliche Lösung werden vor allem Quotenregeln diskutiert. Nach Entscheidungen von Landesverfassungsgerichten greifen diese jedoch in die Wahlvorschlagsfreiheit der Parteien und die Wahlfreiheit der Wähler ein. Die Option offener Wahllisten hingegen findet wenig Aufmerksamkeit, obwohl sie beide Probleme vermeiden würde.

Unser Beitrag widmet sich vier Fragen. Erstens, beeinflusst der Anteil der Frauen auf einer geschlossenen Liste das Abschneiden der Parteien? Zweitens, wie viele Frauen und Männer entscheiden sich bei offenen Listen für eine Kandidatin, und wie variiert dies über die Parteien? Drittens, gibt es WählerInnen, die bei der Möglichkeit der KandidatInnenwahl auf offenen Listen für eine andere Partei stimmen? Und schließlich, wie stark hängt die Präferenz für offene Listen von der individuellen Salienz des Gleichstellungsthemas ab?

Wir untersuchen dies mit Daten aus einem Online-Surveyexperiment, das Anfang 2019 mit N=2640 Personen durchgeführt wurde. Dabei hatten Befragte die Wahl zwischen Listen der sechs im Bundestag vertretenen Parteien, mit je vier fiktiven KandidatInnen. Die Zahl der Frauen auf jeder Liste wurde zufällig zwischen eins bis drei variiert. Für eine Gruppe waren die Listen geschlossen, für die andere offen. Zudem stimmten alle Befragten in einer zweiten Runde nochmals mit dem jeweils anderen Listentyp ab. Die Ergebnisse zeigen, dass offene Listen großes Potential hätten, die deskriptive Repräsentation von Frauen im Bundestag zu verbessern.

Temporary Disenfranchisement: Negative Side-Effects of Lowering the Voting Age

Jun.-Prof. Arndt Leininger, PhD (Technische Universität Chemnitz), Marie-Lou Sohnius (Universität Mannheim), Prof. Dr. Thorsten Faas (Freie Universität Berlin), Prof. Dr. Sigrid Roßteutscher (Goethe-Universität Frankfurt)

Abstract:

While a growing body of literature deals with the opportunities, risks, and consequences of lowering the voting age, extant research has neglected the side-effects of uncoordinated reductions of the voting age within federal systems. Such reforms tend to be implemented in lower-level elections first. If, for instance, a state election with voting age 16 takes place less than two years before a national election with voting age 18, some underage voters eligible for the former will have no right to vote in the latter. Analyzing a panel survey of young citizens from Germany, we find that underage voters who were eligible in a state election in May 2017 experienced a decrease in external efficacy and satisfaction with democracy after not being eligible to vote in the national election five months later. Even after regaining eligibility in another subsequent election, the net effect on external efficacy remains negative.

Determinanten von Wahlsystempräferenzen: Empirische Befunde eines Conjoint-Experiments im Vereinigten Königreich, den Niederlanden und Deutschland

Prof. Dr. Markus Tepe (Universität Oldenburg), Dr. Michael Jankowski (Universität Oldenburg), Prof. Dr. Eric Linhart Technische (Universität Chemnitz)

Abstract:

Die Frage, welche Eigenschaften ein Wahlsystem erfüllen sollte, ist seit jeher Gegenstand intensiver politikwissenschaftlicher Forschung. Kein Wahlsystem kann alle potenziell wünschenswerten Eigenschaften unter allen Bedingungen gleichzeitig erfüllen. Es ist daher eine wichtige und oft umstrittene Frage, wie demokratische Gesellschaften die Eigenschaften von Wahlsystemen ausbalancieren. Allerdings wird diese Debatte meist von Experten geführt, ohne die Wahlsystempräferenzen der Bürger zu berücksichtigen. Diese Studie argumentiert, dass Wahlsysteme, um ihre demokratischen Funktionen erfüllen zu können, einen breiten gesellschaftlichen Konsens benötigen. Vor diesem Hintergrund ist es überraschend, dass bisher nur vereinzelte und länderspezifische empirische Erkenntnisse darüber vorliegen, welche Wahlsystempräferenzen in der Bevölkerung vorherrschen und wodurch diese beeinflusst werden. Der vorliegende Beitrag adressiert diese Frage erstmals mithilfe eines ländervergleichenden Conjoint-Experiments im Vereinigten Königreich, den Niederlanden und Deutschland. Wir gehen hierzu in zwei Schritten vor: Zunächst werden die Wahlsystempräferenzen in den drei Ländern mit Hilfe eines Conjoint-Experiments erhoben. In dem Conjoint-Experiment werden die Teilnehmer gebeten, wiederholt zwischen zwei hypothetischen Wahlsystemen zu wählen, die sich anhand von sechs randomisiert präsentierten Wahlsystemfunktionen (Proportionalität, Repräsentation von Minderheiten, Konzentration, Personalisierung, Einfachheit und Legitimität) unterscheiden. In einem zweiten Schritt werden die potentiellen Ursachen für länderspezifische und individuelle Wahlsystempräferenzen untersucht. Hierüber können wir zunächst der Frage nachgehen, ob die Wahlsystempräferenzen sich zwischen den Ländern unterscheiden. Weiterhin vergleichen wir die Präferenzen hinsichtlich der Dimensionen Bildung und Demokratiezufriedenheit. Die empirischen Befunde zeigen, dass die Befragten durchweg eine starke Präferenz für proportionale und personalisierte Wahlsysteme haben. Systematische Unterschiede zwischen den Ländern, die auf einen Status Quo Bias hindeuten könnten, lassen sich nicht feststellen.

DiE29 | Wir haben die Wahl! Verwaltungspolitik im Zeitalter der Digitalisierung (II)

Organisiert von / Organized by: Prof. Dr. Tanja Klenk (Helmut-Schmidt-Universität Hamburg), Dr. Matthias Döring (University of Southern Denmark)

Chair: Prof. Dr. Matthias Döring (Syddansk Universitet Odense), Prof. Dr. Tanja Klenk (Helmut-Schmidt-Universität Hamburg)

Abstract:

OZG, Registermodernisierung, KI, digitale Daseinsvorsorge und digitale Souveränität – die Agenda der Verwaltungspolitik wird gegenwärtig stark von digitalen Themen bestimmt. Sowohl im Bund als auch auf Ebene der Länder und Kommunen wurden in den vergangenen Jahren viele Digitalisierungsvorhaben auf den Weg gebracht. Bei der Wahl zwischen einer Weberschen Bürokratie 2.0 und einer datengetriebenen, agilen und automatisierten Verwaltung 4.0 fiel die Entscheidung in den vergangenen Jahren meist auf basale Formen der Digitalisierung, bei der das digitale Format als zusätzlicher Kanal für die alltäglichen Interaktionen mit Bürger*innen und Politik, für die Steuerung und Organisation interner Prozesse und die Speicherung von Vorgängen integriert wurde. Grundlegende Strukturreformen wurden jedoch tendenziell vermieden.

Mit der Corona-Pandemie scheint es in der Verwaltungspolitik jedoch zu einem Wendepunkt gekommen zu sein. Die Pandemie wird von vielen als der Katalysator gesehen, der den Transformationsprozess beschleunigt und der digitalen Verwaltung 4.0 zum Durchbruch verhilft. Nachdem Deutschland im europäischen Vergleich lange Jahre als Schlusslicht der Verwaltungsdigitalisierung galt, wurden im Kontext der Krise in den vergangenen Monaten viele Entscheidungen im Eiltempo getroffen und umgesetzt. Was bleibt? Wie wird sich die Verwaltung dauerhaft verändern? Und welche Effekte sind zu erwarten?

Vor diesem Hintergrund will das Panel den Stand und die Perspektiven der Verwaltungsdigitalisierung in Deutschland kritisch reflektieren. Erwünscht sind Beiträge, die sich entweder theoretisch-konzeptionell oder empirisch mit Verwaltungsdigitalisierung auf unterschiedlichen politischen Ebenen (Bund, Länder oder Kommunen), in unterschiedlichen Politikfeldern oder in unterschiedlichen Ländern befassen und Reformprozesse betrachten, die entweder im Kontext der Corona-Pandemie oder bereits zuvor angestoßen wurde. Darüber hinaus sind Beiträge willkommen, die methodisch innovative Verfahren aus den Data Sciences (bpsw. Machine Learning) auf verwaltungswissenschaftliche Kontexte anwenden.

Das Panel wird von der Sektion Policy Analyse und Verwaltungwissenschaft sowie FoJuS, der Untergliederung für Wissenschaftler*innen in der Qualifzierungsphase, unterstützt. Die Beteiligung von Wissenschaftler*innen in der Qualifizierungsphase ist ausdrücklich erwünscht.

Beiträge / Contributions:

Does context make a difference? Exploring the role of institutional and administrative contexts for patterns of political participation on- and offline

Lukas Thiele (University of Potsdam)

Abstract:

The rise of the internet, and especially social media platforms offer additional channels for extra-parliamentarian participation. There has been an ongoing debate among scholars whether patterns of online political participation resemble conventional forms of participation, like voting, or whether they are similar to more radical forms of participation, like demonstrations. Moreover, it is largely unclear whether patterns of online political participation vary across institutional and politico-administrative contexts. This study examines patterns of online political participation in comparison to more traditional forms in 29 European countries. Two research questions are addressed: How do different institutional

and administrative contexts influence patterns of online political participation? And does the role of these contexts vary between patterns of online and offline forms of political participation?

Using a multilevel design, the analysis draws on data from the European Social Survey (ESS), the Varieties of Democracy Project and the UN E-Government Survey. As dependent variables, ESS items related to different forms of political participation are considered. Independent variables include individual-level as well as macro-level variables related to the extent to which the ideal of government accountability is achieved, and to the development of national e-government and e-participation opportunities. The study contributes to research on political participation by enhancing the debate about the (dis-) similarities between online and traditional political participation. These insights are also relevant to public administration research on e-participation by clarifying the institutional conditions under which citizens' motivations to participate online may not be related to protest, but to conventional, institutionalized forms of participation.

Implementationsprobleme bei der Digitalisierung und (Teil-) Automatisierung von Verwaltungsleistungen in Kommunen

Prof. Dr. Jörg Bogumil (Ruhr-Universität Bochum), Prof. Dr. Sabine Kuhlmann (Universität Potsdam), MoritzHeuberger (Universität Potsdam), Justine Marienfeldt (Universität Potsdam)

Abstract:

Der Beitrag befasst sich mit den Implementationsproblemen, den Akteuren und institutionellen Rahmenbedingungen der Verwaltungsdigitalisierung auf lokaler Ebene. Gerade im Zusammenhang mit der COVID-19 Pandemie hat sich gezeigt, dass die unzulängliche digitale „Preparedness" der deutschen Kommunen die Handlungsfähigkeit des öffentlichen Sektors in Krisenzeiten erheblich beeinträchtigt hat. Obwohl es seit vielen Jahren und verstärkt seit der Verabschiedung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) intensive Bemühungen gibt, die digitale Transformation, gerade auf der kommunalen Ebene, voranzubringen, ist der Erfolg bislang begrenzt geblieben. Vor diesem Hintergrund sollen in dem Beitrag anhand von drei explorativen (vergleichenden) Fallstudien die Implementationsprobleme sowie organisatorischen, akteurs- und kontextbezogenen Faktoren herausgearbeitet werden, die den bislang (eher mäßigen) Erfolg bei der lokalen Verwaltungsdigitalisierung erklären können. Hierzu werden zwei bürgerbezogene Aufgabenfelder untersucht, die aktuell im Zuge der Umsetzung des OZG eine wichtige Rolle spielen, sich durch hohe Fallzahlen und damit eine entsprechende Relevanz für das Bürger-Verwaltungs-Verhältnis auszeichnen. Zum einen geht es um Familienleistungen, die bereits seit einiger Zeit zu den Schlüsselbereichen der Verwaltungsdigitalisierung in Deutschland gehören, ohne jedoch bisher den erhofften Erfolg im „Echtbetrieb" erreicht zu haben. Das aktuell laufende Projekt des Landes Bremen „Einfache Leistungen für Eltern (ELFE)", das Akteure aus Bund, Land und Kommunen zusammenbringt, dient dabei als empirisches Anschauungsfeld. Zum anderen wird die internetbasierte Fahrzeugzulassung (i-Kfz) als Initiative des Bundes (BMVI) untersucht, die auf kommunaler Ebene umgesetzt wird. Auch hier steht ein durchschlagender Implementationserfolg in der „Fläche" trotz der seit mehreren Jahren andauernden Bemühungen noch aus. Die Ergebnisse aus den Fallstudien erklären den ausbleibenden Implementationserfolg und geben Hinweise zur Optimierung künftigen Verwaltungshandelns.

Die Digitalisierung der Justiz. Lessons learnt für eine erfolgreiche Verwaltungspolitik

Prof. Dr. Nicolai Dose (Universität Duisburg-Essen), Leon Lieblang(Universität Duisburg-Essen)

Abstract:

Die Digitalisierung der Justiz ist im vollen Gange. Spätestens zum 1. Januar 2022 sind Rechtsanwält*innen verpflichtet, Gerichten Dokumente auf elektronischem Weg zu übermitteln. Voraussetzung für die medienbruchfreie Bearbeitung ist die E-Akte, die zunehmend in Gerichten in Deutschland pilotiert wird. Die Bundesländer haben sich zur Erprobung in drei unterschiedlichen Verbünden zusammengefunden, die auf unterschiedliche Systeme setzen. Trotz der herausragenden Bedeutung wurden bislang lediglich vereinzelt Erfahrungsberichte erstellt; empirisch gesättigte

Untersuchungen zur E-Akte in der Justiz liegen so gut wie nicht vor. Deshalb sind weder die Erfahrungen der Anwender*innen noch die Erwartungen der Nichtanwender*innen systematisch bekannt.

Hier setzt der angebotene Beitrag an: Er basiert auf einer umfassenden Studie, mit der an deutschen Landgerichten aus allen 16 Bundesländern Richter*innen und Servicekräfte per Online-Umfrage in 10 Kategorien zu ihren Erwartungen und Erfahrungen befragt wurden. Aus den mehr als 650 Antworten lässt sich ein umfassendes Bild zu den Herausforderungen, Erwartungen und Erfahrungen von Richterschaft und Servicekräften zeichnen. Der Beitrag weist zwei Schwerpunkte auf: Aus der Präsentation der wesentlichen Erkenntnisse der Umfrage leiten wir erstens eine Problemkategorisierung nach drei Problemfeldern ab, die wir als technologisch bedingte, digitalisierungs-inhärente und justiz-spezifische Probleme kennzeichnen. Zweitens zeigen wir Chancen und Grenzen einer Übertragung der Ergebnisse auf die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung auf. Eine breite Übertragung, so argumentieren wir, ist möglich, da Erkenntnisse aus den ersten beiden Problemkategorien auch Hemmnisse für die Verwaltungsdigitalisierung bilden und somit frühzeitig erkannt und gelöst werden müssen. Hierfür erarbeitete Problemlösungswege werden abschließend präsentiert.

KI-Governance – Künstliche Intelligenz als Gegenstand politischer Steuerung

Prof. Dr. Christoph Bieber (Universität Duisburg-Essen / Center for Advanced Internet Studies), Anne Goldmann (Universität Duisburg-Essen)

Abstract:

Seit 2018 ist in Deutschland eine verstärkte Orientierung politischer Akteure auf das Themenfeld „Künstliche Intelligenz“ (KI) zu beobachten. Dabei gelten KI-Systeme sowohl als Gegenstand politischer Regulierung als auch der Förderung, häufig in Reaktion auf KI-Strategien, die seit 2017 weltweit vorgelegt wurden. In Deutschland erfahren KI-Systeme frühe Erwähnungen im Koalitionsvertrag von 2018, nur wenige Monate später wird die „Nationale KI-Strategie“ veröffentlicht, federführend entwickelt von BMBF, BMWI und BMAS. Außerdem wird KI zunehmend auch in Strategiepapieren auf Länderebene thematisiert, so dass allmählich das Bild eines „KI-Föderalismus“ entsteht.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung wurde eine empirische Untersuchung zu den Ansätzen von „KI-Governance“ durchgeführt, die im Zeitraum von Januar 2020 bis März 2021 am Center for Advanced Internet Studies“ (CAIS.nrw) stattgefunden hat. Mittels Process Tracing-Verfahren und Expert*innen-Interviews entsteht ein insgesamt heterogenes Bild, das bereits deutliche Hinweise auf die Entstehung eines ebenenübergreifenden Akteursnetzwerks im Handlungsfeld „KI-Politik“ gibt. „KI-Politik“ ist dabei als genuines Querschnittsthema zu verstehen, bei dem bislang Exekutivakteure dominieren. Auf Länder- wie auf Bundesebene lassen sich dabei unterschiedliche Steuerungsmechanismen identifizieren, die zu einer allmählichen Re-Organisation interner Abläufe und Verwaltungsprozesse führen – auch wenn dazu noch keine KI-Systeme eingesetzt werden.

Weitere zentrale Befunde und Perspektiven: „KI-Politik“ wird in den Bundesländern unterschiedlich stark priorisiert, oft aber klar als Wirtschafts- und Standortpolitik aufgefasst. Auf Bundesebene stehen zusätzlich regulativ-steuernde Perspektiven im Vordergrund. Schließlich hat die Corona-Pandemie zu einem Digitalisierungsschub geführt, der auch das Thema KI erfassen wird. Die weitere Ausreifung des Handlungsfeldes steht in enger Verbindung mit der Bundestagswahl 2021 und einen darauf möglicherweise folgenden organisatorischen Umbau der Regierungsformation.

Mittwoch, 15.09.2021

14.30 – 16.00 Uhr MiD | Panelveranstaltungen

MiD01 | (Counter-)Terrorism and European Publics

Organisiert von / Organized by: Dr. Maéva Clément (Universität Osnabrück), Lina Liedlbauer (Universität Osnabrück)

Chair: Prof. Dr. Ulrich Schneckener (Universität Osnabrück),

Discussant: Prof. Dr. Wolfgang Wagner (Vrije Universiteit Amsterdam)

Abstract:

On the fifth anniversary of the terrorist attack in the Bataclan theatre in Paris, the EU home affairs ministers stressed the necessity of the latest EU counterterrorism measures. In 2015, the EU responded to the attacks in France by adopting standards for the collection of passenger data, including intra-EU flights, criminalizing traveling for the purpose of terrorism, obliging Big Techs to take on responsibility for the dissemination of terrorist content online and by regulating the possession and acquisition of firearms. However, the "necessary" character of such measures has been contested by several social actors and sparked some public debate. NGOs, like Amnesty International, called on EU member states to refrain from hasty decisions in the context of counter-terrorism and to uphold human rights. Academics have also urged national governments and the EU to abstain from using 'the window of opportunity' created by attacks to adopt proposals predating these events. The fear of terrorism, it is argued, cannot be countered by 'laws of fear' and the restriction of civil liberties. What about the larger European publics? Which civil society actors have taken position in public debates and with which socio-political effects? This panel aims to foster debate about the relation between (counter-)terrorism and European public perceptions, while also shedding light on the 'liberal paradox' of policy making after terrorist attacks.

Beiträge / Contributions:

Jihadist Terrorism and Public Opinion: Natural Experimental Evidence from Mass Online Surveys

Dr. Micha Germann (University of Bath, UK), Dr. Amélie Godefroidt (Norwegian University of Science and Technology), Dr. Fernando Mendez (University of Zurich)

Abstract:

Do minor Islamist-inspired terror attacks still affect public opinion in Western democracies? While extant literature demonstrated how large-scale attacks—and especially 9/11—had seismic effects on a wide range of political attitudes, the e

vidence regarding less major attacks, more typical of the recent past, is far less clear. On the one hand, recent research argues that such attacks are ineffective in shifting attitudes, especially when a country suffered multiple attacks over time. On the other hand, various theories suggest that cognitive risk assessments and affective group-based reactions should at least affect support for surveillance and migration policies in the immediate aftermath of any attack. We juxtapose these arguments by estimating the causal effect of the 2017 and 2019 London Bridge attacks. Two online surveys were fielded during the time of an Islamist-inspired attack and attracted thousands of responses every day. Strengthening causal identification, this unusual set-up allows us to measure shifts in issue-specific policy support over very short time windows while balancing exactly on key confounders and implementing an extensive sensitivity analysis. The results show that even minor terrorist attacks may affect public opinion, as support for both increased surveillance and more restrictive immigration policies increases after the attacks. These results are robust to placebo treatments, placebo policy preferences, and seem to last for about two weeks.

European Publics and EU Policy-Making in the field of Counter-Terrorism

Dr. Maéva Clément (Universität Osnabrück), Lina Liedlbauer (Universität Osnabrück)

Abstract:

This paper sheds light on the character and composition of European publics in the field of EU counter-terrorism. In the last years, the European cities were confronted with a number of terrorist attacks, among others in Paris, Brussels, Manchester, and Vienna. These attacks worked as a 'window of opportunity' for EU responses to terrorism. The EU adopted new measures to address the foreign fighter phenomenon, counter the distribution of terrorist content online, and drive border control policies under the heading of counter-terrorism forward. The legitimisation of such policies has been based on the (perceived) fear of EU citizens and the protection of (Western) liberties. However, it is questionable whether these voices are representative for the broader European public(s).

The paper contributes to this discussion by approaching the theoretical question of how European publics can be defined and mapping relevant publics, such as the European Parliament, non-governmental organisations and online platforms aiming to foster a EU public sphere (e.g. Forum.eu and Touteleurope.eu). The focus lies especially on responses by relevant publics to EU policy-making in the aftermath of terrorist attacks. Moreover, the position of such actors and their (potential) interplay in the EU's institutional setting will be examined. How can we conceive European publics in the context of counter-terrorism? Which civil society actors have taken position in debates and what are their claims? What is the relation between public perception and EU institutional responses to terrorist attacks?

Tackling Online Extremism Through Takedowns: A Critical Analysis of the EU Terrorist Content Regulation

Reem Ahmed (Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH))

Abstract:

The Internet has long been recognised as a space where extremists can disseminate propaganda, recruit, and spread hate speech. Thus, in a bid to prevent violent extremism, there have been efforts to suppress and censor extremist messages online. Up until recently, the EU and its Member States have largely relied on a series of 'soft law' obligations and voluntary cooperation from hosting platforms to aid them in the fight against terrorist content and hate speech. However, in September 2018 the European Commission set forth more binding measures in the form of the proposed Regulation on preventing the dissemination of terrorist content online (hereafter 'Regulation'). A political agreement on the proposed Regulation was reached between the EU institutions in December 2020. However, since the proposal's inception in 2018, critical voices have been raised within the European Parliament as well as civil society organisations concerning the safeguarding of fundamental rights, thus questioning whether the measures proposed by the Commission are indeed proportional to the perceived threat. This paper seeks to analyse the evolution of the Regulation, situating the debates within the wider discourse on 'online radicalisation', fundamental rights, and proportionality. As such, this qualitative study examines how online radicalisation is understood and framed in the context of the Regulation, specifically highlighting the assumptions underpinning this narrative and the risks imagined therein.

EU counterterrorism policy in the digital world: information infrastructures, access to private data and governing online audiences

Dr. Raphael Bossong (Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP))

Abstract:

The paper surveys the EU's recent agenda to strengthen its counterterrorism policy. The current EU agenda has two particular features: first, highly advanced proposals on data-management and analysis among security authorities, but which also increasingly include private actors and companies; and second, interlinked legislative reforms to gain access to digital data/evidence, online controls and liability of communication platforms, which can jointly institute a new form of European governance in

the digital sphere or public. In particular, the interconnections between the Digital Service Act, the E-Evidence Directive & Regulation, and the Online Terror Content Regulation need further exploration. In a nutshell, just as in the early 2000s, EU counterterrorism was inextricably linked with the construction of the Area of Freedom, Security and Justice, now it is intertwined with the construction of a EU model for digital surveillance, identity management and platform regulation, including intense public-private interactions.

MiD02 | Das Agieren der extremen Rechten in der Pandemie und demokratische Gegenstrategien

Organisiert von / Organized by: Dr. Daniel Keil (Universität Köln), Prof. Dr. Gudrun Hentges (Universität Köln)

Chair: Dr. Daniel Keil (Universität Köln)

Abstract:

Panelvorschlag des Graduiertenkollegs „Rechtspopulismus - Autoritäre Entwicklungen, extrem-rechte Diskurse und demokratische Resonanzen“ der Universitäten Köln und Leipzig https://graduiertenkolleg-rechtspopulismus.de/

Seit Beginn der Corona-Pandemie haben sich politische Entwicklungen beschleunigt und gesellschaftliche Widersprüche zugespitzt. Die vielzitierte „Stunde der Exekutive“ führte zu einschneidenden Maßnahmen vom Alltagsleben bis zur Einschränkung de

Seit Beginn der Corona-Pandemie haben sich politische Entwicklungen beschleunigt und gesellschaftliche Widersprüche zugespitzt. Die vielzitierte „Stunde der Exekutive“ führte zu einschneidenden Maßnahmen vom Alltagsleben bis zur Einschränkung der Ausübung politischer Grundrechte, die noch vor der Pandemie schwer denkbar waren. Es darf dabei nicht vergessen werden, dass die Maßnahmen nicht im luftleeren Raum getroffen wurden, sondern in einer vielschichtigen Krisensituation, in der liberale Demokratien schon langfristig strapaziert wurden. Die Frage nach dem Verhältnis von Ausnahme- und Normalzustand, die sich in diesen Zeiten aufdrängt, ist schon länger Teil der politikwissenschaftlichen Debatte. So wurde von Wolfgang Merkel und Sonja Buckel aus unterschiedlichen Perspektiven diskutiert, ob sich die Liaison zwischen Kapitalismus und Demokratie mittlerweile als unvereinbar herausstellt.

Die Entwicklungen der europäischen Demokratie(n) erweisen sich dabei als in sich widersprüchlich. So führte die Pandemie zur Aussetzung vorher fast sakraler Grundsätze der Austeritätspolitik in der Europäischen Union, so dass es auch Zeichen einer Vertiefung der politischen Union gibt, die aber wiederum zugleich in den Auseinandersetzungen um die Rechtsstaatlichkeit insbesondere von Ungarn und Polen im Kontext des EU-Haushalts und der Corona-Hilfsfonds, zu gleichzeitiger größter Polarisierung führten. In den USA endete die Präsidentschaft Donald Trumps. Gleichzeitig stimmten trotz desaströser Reaktion auf die globale Pandemie ca. 70Mio US-Amerikaner*innen für eine zweite Amtszeit. Die Entwicklungen um Joe Bidens Amtsübernahme, Black Lives Matter sowie die militarisierte Alt-Right rahmen ebenfalls eine widersprüchliche Ausgangssituation voller Konflikt- und Spannungsverhältnisse.

In diesem Kontext ist es wichtig, auf das Handeln konkreter Akteur*innen in diesen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zu blicken und dabei insbesondere die Rolle und Bedeutung extrem rechter Akteur*innen zu beleuchten. Deren Agieren ist europaweit und global mindestens so widersprüchlich, wie die Entwicklungen selbst. Hierbei lassen sich mehrere Entwicklungslinien nachzeichnen, die ein Schwanken rechtspopulistischer/extrem rechter Parteien zwischen Forderungen nach dem Ausnahmezustand und solchen für eine Aufhebung der Maßnahmen beinhalten. Dies zeigte sich nach den Straßenerfolgen der sogenannten Querdenker*innen in diametral unterschiedlichen Positionierungen zu jenen Protesten. Die an sich schon heterogene extreme Rechte befindet sich auch in strategischen Suchprozessen, die von der parlamentarischen Ebene über die zivilgesellschaftliche bis zu Alltagspolitiken reichen.

Die Vorträge des geschlossenen Panels beleuchten das Agieren von verschiedenen Akteur*innen der extremen Rechten und ihr Wirken und ihre Bedeutung in Auseinandersetzungen um die Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie in einem internationalen Kontext. Diese Analysen lassen zugleich Rückschlüsse auf die Schwierigkeiten demokratischen Regierens, wie auch die Entwicklung von autoritären Tendenzen zu, die wiederum an das Wirken konkreter Akteur*innen zurückgebunden werden können. Damit wird ein aktueller und notwendiger Beitrag zur Frage der Entwicklung der Demokratie insgesamt geleistet, der wichtige Einsichten für weitere Forschungen zu gesellschaftlichen Kämpfen wie auch institutionellen Entwicklungen liefert.

Beiträge / Contributions:

Alte Themen, neue Schulterschlüsse? - Strategien der extremen Rechten in den Niederlanden während der Corona-Pandemie

Dr. Felix Sassmannshausen (Universität Köln/Graduiertenkolleg Rechtspopulismus)

Abstract:

Die Strategie der extremen Rechten in den Niederlanden im Zuge der Corona Pandemie ergibt mit Blick auf die beiden Parteien Partij voor de Vrijheid (PVV) und für Forum voor Democratie (FvD) ein uneinheitliches Bild. Zwar lässt sich bei beiden eine anti-Ausnahmezustandsrhetorik erkennen, die sie als Oppositionsparteien gegen die Maßnahmen der Regierung in Anschlag brachten. So forderten sie über lange Zeit eine drastische Abschwächung bzw. ein Ende der Corona-Maßnahmen, um die Freiheit der Bürger:innen zu wahren. Insofern kamen sowohl bei der PVV als auch bei Forum scheinliberale Fragmente in ihrer Rhetorik zum Tragen, die dabei vor allem auf die ökonomischen Freiheiten mittlerer und kleiner Betriebe gemünzt waren.

Doch schürte insbesondere Geert Wilders (PVV) rassistische Ressentiments, indem er etwa im Oktober davon sprach, dass "nicht-westliche Ausländer überproportional die IC-Betten belegen" würden, weil sie sich "nicht an unsere Regeln" hielten. Dadurch nähmen sie die Plätze von "Henk en Ingrid" weg. Während diese Linie der PVV mit ihrer parteipolitischen Programmatik korreliert und ihre Politik seit Beginn der Pandemie einige Konsistenz aufweist, ist das bei FvD um Thierry Baudet weniger der Fall. FvD schwankte zwischen Forderungen nach einem Ausnahmezustand (zu Beginn der Pandemie) und der Forderung nach einem Ende der Maßnahmen. Hier lässt sich also ein Wandel ausmachen, der zuletzt auf eine Relativierung der Pandemie und ihre Folgen zielte. Damit fischte Baudet auch in den Gewässern verschwörungsideologischer und antisemitischer Motive.

Insofern lassen sich mit Blick auf die niederländische Parlamentswahl im März 2021 unterschiedliche strategische Schwerpunkte der extremen Rechten ausmachen: Ideologisch bedienen sie alte Themen und suchen zugleich nach neuen Schulterschlüssen in der Pandemie.

Corona Elections - Autoritärer Populismus und die Corona-Pandemie während und nach der Präsidentschaft Donald Trumps

Georg Gläser (Universität Köln/Graduiertenkolleg Rechtspopulismus)

Abstract:

Die USA wurde am stärksten von der Corona-Pandemie getroffen. Dies hat unterschiedliche Gründe. Die Regierungspolitik lässt sich jedoch als ein Kernfaktor bestimmen. In der Folge und aufgrund der einsetzenden Rezession wurden gesellschaftliche Spaltungslinien weiter verschärft, es kam zu einer neuen Welle sozialer Bewegungen. Als Antwort auf die eruptiven Black Lives Matter Proteste nach dem Tod George Floyds spitzte sich der Terror durch die extreme Rechte, wie in den Wochen nach Trumps Wahl 2016, erneut stark zu.

Donald Trump erhielt 2020 trotz Mitverantwortung für die katastrophalen Folgen der Pandemie in den USA ca. 70 Mio. Stimmen. Um sich diesen und andere Erfolgen rechter Parteien analytisch anzunähern bietet Stuart Halls Konzept des Autoritären Populismus Anhaltspunkte in Bezug auf die Frage nach den gesellschaftlichen Zuständen und staatlich-strukturellen Bedingungen, der Verbreitung von Vorstellungen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sowie ferner für das Aufbegehren im Zuge der sog. ‚Hygiene-Demos' in Deutschland wie auch den USA.

Kontinuitäten, Spannungsverhältnisse und Übergangsprozesse nach Trumps Abwahl im November 2020 gilt es in Bezug auf institutionelle, zivilgesellschaftliche Prozesse und vor allem bezüglich Corona-Governance weiter zu analysieren.

Rechtspopulistische Versuche der Einflussnahme auf die organisierte Zivilgesellschaft im Kontext der Pandemie

Marieluise Mühe (Universität Köln/Graduiertenkolleg Rechtspopulismus)

Abstract:

Anders als den etablierten Parteien fehlt der Alternative für Deutschland (AfD) eine gesellschaftliche Verankerung in den Verbänden, Initiativen und Vereinen der organisierten Zivilgesellschaft (Schroeder et al. 2020). Um die allgemeine Akzeptanz für die eigene Partei zu steigern sowie sich weitere Wähler*innenschichten zu erschließen, entdeckt die rechtspopulistische Partei, wie das interne Papier des AfD-Bundesvorstandes „Strategie 2019 bis 2025: Die AfD auf dem Weg zur Volkspartei“ aus dem November 2019 belegt (Der Tagesspiegel 2019), die Zivilgesellschaft zunehmend als Wirkungsbereich und Handlungsraum. Inwieweit diese Absichtserklärung zum „Marsch durch die Organisationen“ mittels systematischer Ansprachen von Vereinen der „Traditions- und Brauchtumspflege sowie christlicher Organisationen“ erfolgreich umgesetzt werden konnte, bleibt unklar und wird von Expert*innen unterschiedlich bewertet. Jedoch werden vermehrt Fälle publik, bei denen AfD-Mitglieder für ehrenamtliche Gremien kandidieren oder die Mitgliedschaft in zivilgesellschaftlichen Organisationen anstreben (Deutschlandfunk 2020).

Abseits der Interventionsversuche der AfD in Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände, Kirchen und im organisierten Sport möchte der Vortrag grundsätzlich den Blick für die Zivilgesellschaft als Brennglas für gesellschaftliche Spaltungslinien und als Verhandlungsraum gesellschaftspolitischer Fragen schärfen. Dies gilt genauso, wenngleich unter veränderten Rahmenbedingungen, in Zeiten der Pandemie, in der die organisierte Zivilgesellschaft aufgrund der Kontaktbeschränkungen in ihren sozialen Tätigkeiten akut beschnitten und zugleich gefordert ist. Unter Rückgriff auf das Konzept der dunklen Seiten der Zivilgesellschaft von Roland Roth und andere Beiträge aus der Forschung (Grande 2018) zum ambivalenten Verhältnis der Zivilgesellschaft zur Demokratie, wird der Beitrag Anknüpfungs- und Abgrenzungspotentiale zu regressiven politischen Kräften diskutieren.

Instrumentalisierung der Corona-Pandemie durch die extreme Rechte

Prof. Dr. Gudrun Hentges (Universität Köln)

Abstract:

Dieser Vortrag geht der Frage nach, in welcher Weise das politische Spektrum der populistischen und extremen Rechten die Corona-Pandemie gedeutet hat und inwiefern sie den Versuch unternommen hat, die Corona Krise für den Ausbau der kulturellen Hegemonie zu nutzen.

Anhand einer Quellen- und Dokumentenanalyse wird Hentges herausarbeiten, dass die populistische und extreme Rechte hinsichtlich ihrer Programmatik und Ideologie einen deutlichen Paradigmenwechsel vollzogen hat. Somit lässt sich deren Positionierung in zwei Phasen aufteilen: In einer ersten Phase richteten sich die Akteure gegen die Bundesregierung und Ministerpräsidenten der Länder und warfen ihren vor, die Pandemie nicht ernst genug zu nehmen und die Bürgerinnen und Bürger nicht angemessen zu schützen. Die Akteure riefen dazu auf, in Eigenarbeit einen Mund Nasen Schutz zu nähen und Desinfektionsmittel herzustellen, um den Bestand des Deutschen Volkes - im Sinne eines Ethnos - nicht zu gefährden.

Nachdem sich die Bundesregierung und die Ministerpräsidenten der Länder zu einem Lockdown entschlossen haben, vollzog die populistische und extreme Rechte einen Paradigmenwechsel. Fortan wurden die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie als falsch und rechtswidrig kritisiert. In den Fokus geriet die Einschränkung von Grund- und Bürgerrechten. Diese Einschränkungen wurden gewertet als Abbau der Rechtsstaatlichkeit und Erosion der Demokratie. Weitere ideologische Merkmale, die dieses Spektrum miteinander teilt, sind die Kritik an der Globalisierung und Europäisierung, die Absage an Migration und Geflüchtete, die Verbreitung von antisemitisch konnotierten Verschwörungstheorien, die Erwartung einer Apokalpyse, die kurz bevorstehe. Nicht zuletzt werden in den sog. Theorieorganen 'Sezession' und 'Compact. Magazin für Souveränität' kontroverse Debatten darüber geführt, wie die Bewegung 'Querdenken 711' zu bewerten sei.

Neurechte Vordenker wie Martin Sellner, Identitäre Bewegung Österreich, und Jürgen Elsässer, Herausgeber der Zeitschrift 'Compact. Magazin für Souveränität' treten dafür ein, dass man die Chance nutzen müsse, um im Windschatten der Querdenken-Bewegung gegen die Regierung und das politische System zu mobilisieren im Schulterschluss mit der heterogenen Bewegung gegen die Corona Politik der Bundesregierung das politische System herauszufordern oder ggf. auch zu stürzen. Uneins sind sich die untersuchten Rechtsaußen-Parteien und rechten Bewegungen jedoch an dem Punkt, was an die Stelle des bisherigen politischen Systems treten solle.

Eine detaillierte Quellen- und Dokumentenanalyse ist jedoch lohnenswert, um einen Einblick in die Debatten um Strategie und Taktik zu erlangen. Letztlich vollzog sich die 180 Grad Wende in Bezug auf Corona Maßnahmen nicht aufgrund von ideologischen Vorüberlegungen, sondern aus strategischen Erwägungen eines möglichen Bündnisses mit Impfgegnern und der Bewegung Querdenken.

MiD03 | Autoritarismus, Rohstoffe und Rente

Organisiert von / Organized by: Prof. Dr. Hans-Jürgen Burchardt (Universität Kassel), Prof. Dr. Rachid Ouaissa (Philipps-Universität Marburg)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Sektion „Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik“

Chair: Prof. Dr. Hans-Jürgen Burchardt (Universität Kassel)

Discussant: Dr. Hannes Warnecke-Berger (Universität Kassel)

Abstract:

Rohstoffe sind eines der wichtigsten Schmiermittel der Weltwirtschaft und viele Länder des Globalen Südens haben sich auf deren Abbau und Export spezialisiert. Jedoch ist dieser Rohstoffextraktivismus krisenanfällig und führt zu wirtschaftlichen, politischen und sozialen Verwerfungen. Die angestrebte ökologische Transformation sowie nachhaltigkeitssensible Politik im Globalen Norden verschärfen solche Krisen. Diese Transformation hin zu mehr Nachhaltigkeit birgt zwei Herausforderungen: Erstens wird die Nachfrage für „alte“ Rohstoffe aus dem Globalen Norden durch verstärkte Nachhaltigkeit, circular economies oder auch den angestrebten New Green Deal in Zukunft wegbrechen. Dies hat nicht nur auf Weltmarktpreise, sondern ebenso auf Spezialisierungsmuster und auf den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt in rohstoffexportierenden Ländern einen enormen Einfluss. Zweitens machen eben diese Nachhaltigkeitspolitiken das Erschließen „neuer“ Rohstoffe erforderlich, was am Beispiel der Elektromobilität und der gesteigerten Nachfrage nach Lithium deutlich wird. Beide Herausforderungen erzeugen Unsicherheitsbedingungen in Rohstoffländern und die jüngsten Ereignisse beispielsweise in Algerien oder Venezuela zeigen, dass daraus resultierende Krisen Autokratisierungstendenzen provozieren können.

Das Panel will diskutieren, unter welchen Bedingungen globale Nachhaltigkeits- und Rohstoffpolitik Krisenszenarien in Rohstoffländern verschärfen oder aber einen Beitrag zur Überwindung dieser Krisen liefern können. Im Anschluss an verschiedene politikwissenschaftliche Ansätze (z.B. resource curse, Extraktivismus, Neopatrimonialismus, Rente und rent-seeking, Rentierstaat) will das Panel Dynamiken und Interaktionen zwischen Staat, Ökonomie und Gesellschaft in Rohstoffländern offenlegen und Hintergründe, Mechanismen und Auswirkungen der Krisenszenarien in den Fokus nehmen. Es soll analysiert werden, wie Nachhaltigkeit im Globalen Norden mit Krisen und Autokratisierung im Globalen Süden in Verbindung stehen. Das Panel ist sowohl interessiert an theoretisch-konzeptionellen Beiträgen als auch an empirischen Analysen konkreter Fälle.

Beiträge / Contributions:

Gekaufte Stabilität: Timor-Leste als Rentierstaat

Dr. Deniz Kocak (Helmut-Schmidt-Universität (HSU/UniBwH))

Abstract:

Trotz mehrjährigen umfassenden Stabilisierungsversuchen seitens der Vereinten Nationen wurde eine politische Stabilisierung Timor-Lestes nach der Erlangung der Unabhängigkeit von Indonesien nicht erreicht. Die innenpolitische Zerrissenheit kumulierte im Jahr 2006 als im Zuge einer Meuterei des timoresischen Militärs und anschließenden Kämpfen zwischen Teilen des Militärs und der Polizei das staatliche Gewaltmonopol zusammenbrach.

Im Gegensatz zur Vorgängerregierung verfolgte die AMP-Regierung unter Gusmão ab 2007 einen „buying peace“-Ansatz, mit dem der Premierminister die nationale Stabilität Timor-Lestes vorantreiben wollte. Diese Strategie wurde nur durch den drastischen Anstieg des Staatshaushalts aufgrund umfangreicher Transaktionen vom Petroleum-Fonds, der einzigen Einnahmequelle des Landes, möglich. Mit dem zur Verfügung stehenden Geld wurden Veteranen und Milizenführer sowie politische Unterstützer bedacht, damit sie sich als Gegenleistung mit der gegenwärtigen politischen Situation arrangierten. Trotz der auf den gestiegenen Einnahmen aus dem Petroleum-Fonds beruhenden

politischen Stabilisierung, sieht sich Timor-Leste noch immer mit gravierenden infrastrukturellen Problemen konfrontiert, deren Behebung ein wichtiger Schritt in Richtung einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung darstellen würde. Nennenswerte Investitionen in den Bildungssektor oder eine Diversifizierung des lokalen Arbeitsmarktes finden, trotz einer Erwerbslosenquote von mehr als 30 %, nicht statt.

Timor-Leste stellt einen interessanten Fall eines post-Konflikt Rentierstaates dar, welcher nur aufgrund seines Öl- und Gasreichtums in der Lage war, eine fragile politische Stabilität zu erreichen. Auf Grundlage mehrerer Interviews des Autors mit timoresischen Politikern und Vertretern zivilgesellschaftlicher Organisationen wird argumentiert, dass die Ressourcenabhängigkeit Timor-Lestes nur kurzzeitig zu einer politischen Entspannung beiträgt. Das Zurückfallen in politische Instabilität und das Aufbrechen gewalttätiger sozialer Konflikte sind daher nur eine Frage der Zeit.

Nigerias Diaspora-Politik: Suche nach neuen Rentenquellen?

Anton Walsch (Goethe Universität Frankfurt am Main)

Abstract:

Nigeria gilt als typischer Rentierstaat. Seit den 1970er stellen Ölrenten über 90 Prozent der Exporterlöse und große Teile der Staatseinkommen dar. Das Land verfiel dem „resource curse“. Selbst Benzin wird heute importiert, weil Raffinerien vernachlässigt wurden. Nigerias Wirtschaft ist damit stark anfällig für Trends auf den Rohölmärkten, wo Preise zuletzt tendenziell gesunken sind.

Im Gegensatz dazu wuchsen Remittances und Investments aus der Diaspora bis zur Corona-Pandemie kontinuierlich. Mit einem Volumen von 24 Milliarden US Dollar in 2019 trugen Remittances rund 6 Prozent zum GDP bei und sind mittlerweile die zweitwichtigste Devisenquelle. Entsprechend versucht die Regierung diese Zuflüsse mit „Diaspora Policies“ zu steigern und für sich nutzbar zu machen. Die Einführung der Doppelten Staatsbürgerschaft, der „Diaspora Day“, neue Regierungsinstitutionen, Konferenzen und die Ausgabe eines „Diaspora Bonds“ sind Ausdruck zunehmender Mobilisierung. Die Policies entsprechen einerseits dem entwicklungspolitischen Trend Migrant:innen als „development agents“ zu aktivieren, andererseits steigt der Druck sinkende Öldevisen für Importe und den Auslandschuldendienst zu substituieren. Allerdings beschränken sich die Aktivitäten der Regierung auf finanzielle Ressourcen, während Forderungen der Diaspora nach mehr Demokratisierung ignoriert werden. Im Gegenteil: Korruption und Klientelismus prägen weiter das Land. Das gewaltsame Vorgehen gegen die, auch international getragenen, #EndSARS Proteste im Herbst 2020 („Lekki Toll Gate Shooting“) sind Anzeichen einer stärker repressiven Politik.

Der Beitrag diskutiert, inwieweit Diaspora Policies als Streben nach neuen Rentenquellen bewertet werden können – und welche politökonomischen Implikationen sich daraus ergeben. Als typischer Rentierstaat, der gleichzeitig die höchsten, weiter wachsenden, Remittances Subsahara-Afrikas verzeichnet, eignet sich Nigeria als Analysefall.

Vom Überfluss zur Knappheit: Rentierstaatlichkeit im arabischen Golf

Prof. Dr. Martin Beck (University of Southern Denmark), Dr. Thomas Richter (German Institute for Global and Area Studies (GIGA))

Abstract:

Nicht nur die Coronapandemie hat sich negativ auf die Nachfrage von Kohlenwasserstoffen aus dem arabischen Golf ausgewirkt. Bereits seit Mitte 2014 haben strukturelle Veränderungen auf dem Weltenergiemarkt den Erdölpreis sinken lassen. Nach den Massenprotesten des Arabischen Frühlings sehen sich die Regime am arabischen Golf damit zum zweiten Mal im 21. Jahrhundert einer tiefgreifenden politökonomischen Krise ausgesetzt. Auf Basis eines heuristischen Modells, das neben strukturellen Zwängen auch die sich aus Ölpreisschocks ergebenden Reformanreize betont, diskutieren wir zentrale Trends der von Bahrain, Katar, Kuwait, Oman, Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten seit 2014 durchgeführten Anpassungspolitiken. Dabei verweisen wir zum einen darauf, dass trotz vielfältiger Anpassungsmaßnahmen in keinem der Länder tiefgreifende, strukturelle

Reformen eingeleitet wurden. Zum anderen stellen wir die Bedeutung dreier die gesamte Region des arabischen Golfs umfassende Entwicklungen heraus: Erstens waren Arbeitsmigranten aus dem Globalen Süden die größten Verlierer der bisherigen Anpassungspolitiken. Zweitens konnten Staatsbürger der Golfstaaten, die überwiegend im gut bezahlten öffentlichen Sektor beschäftigt sind, ihre Privilegien bewahren. Drittens waren die Anpassungspolitiken durch institutionelle Schwächen, wie sie für Rentierstaaten typisch sind, geprägt. Jenseits der Diskussion dieser empirischen Trends betonen wir drei konzeptionelle Aspekte zur theoretischen Weiterentwicklung der vergleichenden politischen Ökonomie an der Schnittstelle von Autoritarismus und Abhängigkeit von Kohlenwasserstoffrenten: Angesichts verstärkter Ausbeutung und zunehmender Repression plädieren wir dafür, die Debatte um Klassenbeziehungen im Rentierstaat neu zu beleben. Zudem schlagen wir vor, die prägende Rolle politischer Institutionen in rentierstaatlichen Anpassungsprozessen genauer zu beleuchten. Schließlich gilt es die Frage der Autonomie des Rentierstaates gegenüber seiner Gesellschaft nuancierter als bisher zu erfassen.

Resource dependence, patronal pyramids and regional development. Exploring the rent management of Russia's 'turn to the East'

Sebastian Hoppe (Freie Universität Berlin)

Abstract:

Among the strategic initiatives set off by the Russian state in the Asia-Pacific region (APR), the establishment of the Zvezda shipbuilding yard stands out as one of the flagship projects. The large-scale facility has been part of a reinvigorated interest in the Russian Far East (RFE) unfolding since the end of the 2000s. Russia's 'turn to the East' (povorot na Vostok), an attempt in geoeconomic re-balancing, has elicited a set of intertwined developmental and foreign economic strategies aimed at uplifting and integrating the RFE into the political economies of the APR. This paper draws on an extensive analysis of Russian-language media reports, official documents and statistics, qualitative interviews, and secondary literature to reconstruct and contextualize the actors and their strategies around the building and commissioning of the Zvezda shipbuilding yard. The project exemplifies the interrelation of Russia's resource-dependent political economy and the peculiar geopolitical and macroeconomic challenges regional development agendas for the RFE have been facing. Moreover, Zvezda illustrates the contradictions inherent in the two-sided developmental strategy for the RFE, which seeks to align a top-down and allocative approach of project funding and planning with a free-market agenda of attracting domestic and foreign investment by improving the region's overall business climate. These contradictions precipitate numerous conflicts between individual and collective actors on the access to and control of funding, infrastructures and markets. The Zvezda project thus allows for an investigation into the architecture of the rent management behind the strategies comprising Russia's 'turn to the East'. Building on the conceptual registers of patron-client relations, the paper shows that actors rooted in Russia's extractive industries, particularly in oil and gas businesses, occupy a pivotal role in the patronal pyramids steering Zvezda's implementation process. However, it is not resource extraction per se, but the power constellations and material exchange relations among patronal and clientelistic actors in Russia's political economy that shape the outcomes and beneficiaries of its state-induced regional development strategies. Therefore, the paper argues that the internal structures of patron-client pyramids and their relations to the macroeconomic and geopolitical context are crucial in understanding the reproduction of Russia's developmental trajectory. By disaggregating a monolithic perspective on resource-dependent development, the paper's findings expand extant scholarship that emphasizes Russia's ostensibly ever-reproducing dependence on natural resources as well as its neopatrimonial institutional setting.

MiD04 | Bürger*innenbeteiligung in pandemischen Krisen: brauchen wir mehr digitale Partizipation?

Organisiert von / Organized by: Dr. Mario Datts (Universität Hildesheim), Jonathan Seim (Düsseldorfer Institut für Internet und Demokratie / Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Arbeitskreis „Digitalisierung und Politik“

Chair: Jonathan Seim (Düsseldorfer Institut für Internet und Demokratie)

Discussant: Dr. Mario Datts (Universität Hildesheim)

Abstract:

In pandemischen Situationen, in denen Kontaktbeschränkungen notwendig sind, versprechen digitale Partizipationsprozesse eine unkomplizierte Aufrechterhaltung demokratischer Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürger*innen. Zentrale Merkmale der digitalen Beteiligung werden seit vielen Jahren als Lösung ganz verschiedener politischer und gesellschaftlicher Defizite kontrovers diskutiert. Insbesondere die Möglichkeit losgelöst von zeitlichen und räumlichen Restriktionen politisch zu partizipieren wird als Vorteil digitaler Beteiligungsformate angesehen. Internetgestützte Beteiligungsformen haben also auch vor der COVID-19-Pandemie sowohl in der Praxis als auch in der wissenschaftlichen Reflexion zunehmend an Bedeutung gewonnen. Dennoch provoziert die pandemische Krisensituation zum einen neue Fragen und spitzt zum anderen lang diskutierte Fragestellungen bezüglich der Nachteile und Herausforderungen digitaler Partizipationsprozesse deutlich zu: Es stellen sich u.a. die folgenden Fragen:

Über welche Erkenntnisse verfügen wir bereits in Bezug auf die Auswirkungen der Covid-19 Pandemie auf die Bürger*innenbeteiligung im Allgemeinen und die Digitalisierung ebenjener im Besonderen? Können internetgestützte Beteiligungsformen Offline-Formate ersetzen und wo sind die Grenzen digitaler politischer Partizipation? Welche neuen Ungleichheitsebenen entstehen aufgrund unterschiedlich ausgeprägter digitaler Kompetenzen und Ressourcen? Können internetgestützte Beteiligungsformen auch in Krisenzeiten unter Bedingungen epistemischer Unsicherheit und eines enormen Handlungsdrucks, unter dem sich politisch-administrative Akteure befinden, funktional zur demokratischen Willensbildung beitragen? Wie können transnationale Probleme, wie etwa eine Pandemie, sinnvoll im Rahmen von digitalen Partizipationsprozessen thematisiert werden? Gibt es Best-Practice Beispiele, wie Bürger*innenbeteiligung auch ohne analoge Zusammenkünfte gelingen kann? Wie bewerten politische Entscheidungsträger*innen die Zukunft politischer Partizipation vor dem Hintergrund der Covid-19-Pandemie?

Solche und ähnliche Fragen, auf die die Politikwissenschaft sowohl normative als auch empirische Antworten finden muss, sollen im Rahmen eines offenen Panels diskutiert werden.

Beiträge / Contributions:

“It’s the platform design, stupid“ – Studienergebnisse zu zeitgemäßen Formen digitaler Partizipation

Jonas Fegert (Karlsruher Institut für Technologie), Anna Golubyeva (FZI Forschungszentrum Informatik)

Abstract:

Spätestens seit Beginn der Covid-19-Pandemie nimmt die Diskussion um e-Partizipation neue Fahrt auf, deren Relevanz seitdem häufiger beleuchtet wird. Auch der zweite bundesweite Bürger:innenrat, „Deutschlands Rolle in der Welt“, der Handlungsempfehlungen für den Bundestag formulieren soll, musste online stattfinden. Das spiegelt auch den wandelnden Charakter der e-Partizipation selbst: Die technischen Möglichkeiten sind seit der ersten Welle der e-Partizipation größer geworden. Nichtsdestotrotz setzen viele von staatlicher Seite genutzten Online-Beteiligungsplattformen nach wie vor auf klassische Formate wie Foren, die Informationen bereitstellen und Diskussionen auf Kommentarspalten begrenzen. Das Aufkommen von neuen Kommunikationsformaten wie Clubhouse und die zunehmende Verbreitung von sozialen Netzwerken zeigt, dass es sich lohnt, über neue Formen

der e-Partizipation in Politik und Verwaltung nachzudenken. Gleichzeitig können staatlich initiierte Online-Beteiligungsverfahren eine Möglichkeit darstellen, die politische Meinungs- und Willensbildung von kommerziellen sozialen Netzwerken auf demokratisch kontrollierte Formate auszuweiten und dort die Bürger:innen mit Ihren Plattformbedürfnissen ins Zentrum zu stellen.

Im Rahmen des interdisziplinären Forschungsprojekts Take Part wurde eine e-Partizipationsapp entwickelt, die die Technologien Augmented und Virtual Reality für die Visualisierung und Diskussion von stadtplanerischen Bauvorhaben einsetzt. Die Visualisierung spielt dabei eine doppelte Rolle: sie soll Bürger:innenbeteiligung attraktiver, aber auch mobiler machen. Dadurch sollen neue Personengruppen zur Partizipation angeregt werden. Mithilfe eines nutzerzentrierten Ansatzes und unter Rückgriff auf qualitative Methoden, konnten wir die Chancen und Herausforderungen von e-Partizipation aus Sicht der potentiellen Nutzer:innen herausarbeiten. Im Sinne eines Praxisbeitrags wollen wir in diesem Panel Ergebnisse unserer Studien vorstellen, die Wichtigkeit der Beachtung von Plattformdesign betonen und weitere Ideen für die Integration innovativer Technologien diskutieren.

Beteiligung in der Pandemie für alle?! Die Inklusivität digitaler Beteiligung - Herausforderungen, Hemmnisse und Chancen

Dr. Sonja Knobbe (Ruhr-Universität Bochum, Centrum für Umweltmanagement, Ressourcen und Energie (CURE)), Dr. Jan-Hendrik Kamlage (Ruhr-Universität Bochum, Centrum für Umweltmanagement, Ressourcen und Energie (CURE))

Abstract:

Digitale Bürgerbeteiligung ist ein zweischneidiges Schwert und wird seit vielen Jahren kontrovers diskutiert. Einerseits ist die Euphorie groß, ob der steigenden und vereinfachten Zugänge unabhängig von Zeit und Ort und der erhöhten Reichweite. Andererseits gibt es eine wachsende Anzahl an Forschungsarbeiten, die die kritische Auseinandersetzung mit der Umsetzung von Beteiligungsprozessen und deren Mängel herausarbeiten. Denn an dialogorientierte Bürgerbeteiligungsformate, sogenannte Minipublics, werden hohe Ansprüche an deren Legitimität gestellt, weil diese oft kollektiv bindenden Entscheidungen in Parlamenten und Regierungen vorbereiten. Sie sollen nicht nur inklusiv und möglichst heterogen zusammengesetzt sein, sondern auch Orte der Zivilität, des Zuhörens und des fairen auf Argumenten fußenden öffentlichen Vernunftgebrauchs sein.

In unserem Beitrag analysieren wir kritisch die Probleme und Herausforderungen, die durch einen Transfer in den digitalen Raum entstehen. Wir argumentieren, dass die hohen normativen Ansprüche an dialogorientierte Beteiligungsprozesse durch den Transfer in den digitalen Raum nur schwer aufrechtzuerhalten sind. Die Potenziale der Minipublics lassen sich nicht eins zu eins überführen und scheitern an strukturellen Gegebenheiten und limitierenden Bedingungen des digitalen Raums, so die These. Am Beispiel einer digital durchgeführten Citizens‘ Assembly im Rheinischen Revier arbeiten wir die limitierenden Bedingungen für Deliberation im digitalen Raume im Hinblick auf die Inklusivität von Beteiligungsprozessen heraus. Dabei unterscheiden wir drei Dimensionen der Inklusivität, (a) den Zugang zu Beteiligungsformaten, (b) den Prozess der Kommunikation und des Austausches und (c) das Empowerment marginalisierter Gruppen (Kamlage/Knobbe 2021). Diese Analyse ermöglicht es, eine empirische Grenzziehung vorzunehmen, die die Unterschiede zwischen ambitionierter face-to-face Beteiligung und digitalen Formaten offenlegt und der These widerspricht, dass ein Transfer ohne große Qualitätseinbußen möglich ist

Framing Citizen Surveys in Effective Local Participation Strategies

Marc-Christian Schäfer (wer denkt was GmbH), Fabian Lauterbach (wer denkt was GmbH), David Zimmermann (wer denkt was GmbH)

Abstract:

Citizen surveys as an initiating and innovative form of participation are becoming (again) increasingly popular. They are advocated as a cost-effective and purposeful method of enhancing the public basis of

the policy-making process, thus representing an appealing first step towards participation for local governments.

We want to present key insights into citizen surveys as a participatory driving force based on more than thirty citizen surveys of various sizes and on various topics with over 25,000 participants in numerous municipalities (e.g. Alsfeld, Friedrichshafen, Konstanz, Marburg).

Citizen surveys can be used as an initiating process of enhancing political mobilisation and participation in the context of broader political processes, provided that rules and conditions are communicated early & clearly. Consulting citizens first but then deciding contrastingly is the worst imaginable approach, and yet this is still continuously occurring in practice. Key factors which contribute to the success of a survey include an objective evaluation, a thourough analysis and the usage of its results as future guidelines for policy-making.

While citizen surveys are particularly well suited for initiating participation, it often remains unclear, how citizens perceive the impact their participation has and the overall success of the survey. Although there has been extensive research and debate about the specific design, the issues of preparating and following-up on citizens in order to promote responsiveness and efficiency, has – up until now – been widely. Accordingly, we seek to advance knowledge on these essential, yet scarcely studied, stages of implementation.

Online-Partizipation, demokratische Innovationen und Akzeptanz in der Covid-19- Pandemie

Prof. Dr. Norbert Kersting (Institut für Politikwissenschaft, Universität Münster)

Abstract:

Die Covid-19-Pandemie führte auf kommunaler Ebene zu massiven Beeinträchtigungen der lokalen politischen Partizipation. Politischer Protest und politische Planungsprozesse entfallen oder müssen rein digital umgesetzt werden. Im Wahlkampf hatten insbesondere neue, kleinere Parteien sowie neue Kandidaten Probleme sich darzustellen und somit häufig Nachteile gegenüber den Amtsinhabern. Straßen-Wahlkampf, Podiumsdiskussionen und Tür zu Tür-Kampagnen fanden nur sehr begrenzt statt. Im Rahmen der „Zwangsdigitalisierung“ durch die Pandemie lag -insbesondere bei den etablierten Parteien- erstmalig bei den Wahlkämpfen 2020/21 ein deutlicher Schwerpunkt auf den digitalen Kanälen. Die Befragung von über 1500 Ratsmitgliedern in Nordrhein-Westfalen und 1000 Stadtverordneten in Hessen im Sommer und Winter 2020 macht auf lokaler Ebene nicht nur mangelnde digitaler Infrastruktur deutlich. Sie zeigt die Nutzung digitaler Kanäle durch die politischen RepräsentantInnen und deren Kritikpunkte. Zudem werden die gemischten Einschätzungen LokalpolitikerInnen zu digitalen partizipativen Instrumenten von Online-Wahlhilfen, Online Parteitagen bis hin zu Online-Wahlen deutlich.

MiD05 | Chancengleichheit und Beteiligung benachteiligter Gruppen in urbanen Transformationen

Organisiert von / Organized by: Dr. Lena Bendlin (Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS) e.V., Potsdam), Dr. Julia Teebken (Forschungszentrum für Umweltpolitik, Fachbereich Politik und Sozialwissenschaften, Freie Universität Berlin)

Chair: Dr. Lena Bendlin (Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS) e.V., Potsdam)

Discussant: Dr. Matthias Bernt (Leibniz Institut für raumbezogene Sozialforschung (IRS))

Abstract:

Auch und gerade auf lokaler Ebene wird mit politischer Beteiligung die Hoffnung verbunden, die Problemlösungsfähigkeit des politischen Systems und die demokratische Legitimation von Prozessen sowie einzelnen Entscheidungen zu verbessern und darüber hinaus die gesellschaftliche Teilhabe der beteiligten Gruppen und Personen zu stärken. Etwa zur Steuerung urbaner Transformationen und der mit ihnen verbundenen sozialen Innovationen gilt partizipative Governance als Politikmodus der Wahl. Dem gegenüber stehen Befürchtungen und Befunde, dass Beteiligungsprozesse vielmehr die Privilegien bestimmter Bevölkerungsgruppen abbilden und verstärken, indem diese ihre Interessen besonders zahl- und erfolgreich einbringen. Partizipation kann insofern bestehende Chancenungleichheiten im politischen Wettbewerb verstärken, indem von Agenda Setting über Entscheidungsfindung bis hin zur Umsetzung politischer Beschlüsse diejenigen Stimmen erneut Gehör finden, die ohnehin mit überdurchschnittlichen Ressourcen und Zugängen zum politischen Prozess ausgestattet sind.

Für das Erreichen der mit Beteiligungsprozessen verbundenen Ziele kommt es umso mehr darauf an, wie diese Verfahren umgesetzt werden. Das gilt für die zu bearbeitenden Themenfelder, die verfügbaren Einflussmöglichkeiten und die finanzielle Ausstattung ebenso wie für die zielgruppengerechte Ansprache und Ausgestaltung. Zur Wahrung der Chancengleichheit in Beteiligungsverfahren sowie zur gezielten Einbindung benachteiligter Gruppen sind darüber hinaus angepasste Strategien erforderlich. Das Panel diskutiert mögliche Vorgehensweisen, die Chancengleichheit in lokalen Beteiligungsprozessen und Konflikten zu verbessern, die Teilhabe benachteiligter Gruppen zu ermöglichen und das Potenzial bisher stiller Gruppen für urbane Transformationen zu heben.

Beiträge / Contributions:

Nachbarschaften des Willkommens – Der Einfluss dominanter Bevölkerungsgruppen auf lokale Konfliktdynamiken im Kontext des Zuzugs von geflüchteten Bewohner:innen

Dr. Nihad El-Kayed (Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung, HU Berlin), Leoni Keskinkilic (Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung, HU Berlin)

Abstract:

Aus der politischen Partizipationsforschung ist bekannt, dass die öffentliche Verhandlung von Konflikten und deren Bearbeitung durch kommunale Verwaltung und Politik auf lokaler Ebene stark bestimmt ist durch etablierte obere Mittelschichten, die in der Lage sind, bei den kommunalen Akteuren einen Bearbeitungsdruck auszulösen. Doch wie genau prägt diese Teilhabeungleichheit Konfliktdynamiken auf Nachbarschaftsebene im Kontext des Zuzugs von geflüchteten Bewohn:innen? Das Projekt Nachbarschaften des Willkommens untersuchte zwischen 2017 und 2020 das Vorhandensein inklusiver Vorstellungen und Praxen sozialen Zusammenhalts im Zuge von Zuzug und Nutzung von Geflüchteten in Nachbarschaften auf drei verschiedenen Ebenen: aus Perspektive von zentralen Akteuren in der Nachbarschaft (Politik, Verwaltung, zivilgesellschaftliche Akteure), aus Perspektive der etablierten Bewohner:innenschaft sowie aus der Perspektive von geflüchteten Bewohner:innen und Nutzer:innen der Nachbarschaften. Die vier untersuchten Nachbarschaften unterscheiden sich jeweils in Hinblick auf ihre bisherige Migrationserfahrung sowie in Bezug auf ihre sozio-ökonomische Zusammensetzung. Umfrageergebnisse unter der gesamten Bewohner:innenschaft zeigen, dass die öffentliche

Aushandlung und Bearbeitung der Konflikte nicht unbedingt kongruent ist mit der breiten öffentlichen Meinung vor Ort. So bekommen unter anderem ausschließende, feindliche Positionen im lokalen Diskurs mehr Gewicht, wenn diese von etablierten Mittelschichten vertreten werden. Hier stellen sich z.B. Fragen nach Strategien lokaler Konfliktbearbeitung, die in der Lage sind, solche Stimmen, die im öffentlichen Diskurs nicht repräsentiert sind, stärker mit einzubeziehen.

Stadtteilentwicklung unter Mitwirkung benachteiligter Gruppen – Ja, aber wie? Teilhabeförderung durch lokale Empowermentprozesse

Ulrike Milstrey (B.B.S.M. Brandenburgische Beratungsgesellschaft für Stadtentwicklung und Modernisierung mbH)

Abstract:

Die Beteiligung von Bewohner*innen an der Stadtentwicklung als demokratiefördernde und Planung qualifizierende Maßnahmen sind heute in Politik, Forschung und Planungspraxis Teil des Selbstverständnisses. Ebenso wird Beteiligung von Seiten zivilgesellschaftlich aktiver Bürger*innen deutlich wahrnehmbar eingefordert, immer neue Formen von Engagement und Partizipation entstehen. In benachteiligten Quartieren ist die Beobachtung jedoch eine gegensätzliche: Interesse und Beteiligungsbereitschaft der Menschen halten sich hier offenbar in engen Grenzen. Beteiligungsangebote von Verwaltung und lokalen Akteuren werden jedenfalls wenig wahrgenommen. Woran liegt das – und lässt sich das ändern?

Erfahrungen in der Praxis zeigen deutlich: Zugänge schaffen und Angebote machen allein reicht nicht, um die gesellschaftliche Partizipation in diesen Quartieren zu fördern. Der Beitrag argumentiert anhand des transdisziplinären Forschungsprojekts StadtumMig, dass es zu kurz greift, nur Themen, Ansprache oder Formate kritisch in den Blick zu nehmen. Teilhabe an Angeboten bedarf auch der aktiven Unterstützung und Stärkung der partizipativen Kompetenz von marginalisierten Gruppen sowie informelle lokale Netzwerke, die Partizipationsprozesse vorantreiben. Die Grundlage dafür ist ein erweiterter Teilhabebegriff, der nicht allein Zugangsmöglichkeiten in den Blick nimmt, sondern den Abbau von Mitwirkungshemmnissen in den Mittelpunkt stellt.

Benachteiligt und verwundbar? Zur Teilhabe stiller Gruppen in kleinstädtischen Klimawandelanpassungsprozessen

Dr. Julia Teebken (Forschungszentrum für Umweltpolitik, Fachbereich Politik und Sozialwissenschaften, Freie Universität Berlin), Nicole Mitchell (Forschungszentrum für Umweltpolitik, Fachbereich Politik und Sozialwissenschaften, Freie Universität Berlin), Dr. Klaus Jacob (Forschungszentrum für Umweltpolitik, Fachbereich Politik und Sozialwissenschaften, Freie Universität Berlin)

Abstract:

Um Klimaadaptation wirkungsvoll und fair zu gestalten, wird für die Beteiligung “(sozial) verwundbarer Gruppen” argumentiert. Vor diesem Hintergrund verfügen kleine Städte mit ihren engen sozialen Netzwerken und hohem sozialem Kapital über besondere Aktivierungspotenziale und Wissensbestände. Allerdings sind die kleinstädtische

n Netze nicht allen zugänglich und es gibt viele Gruppen, die still bleiben. Die Zusammensetzung stiller Gruppen, ihre Bedürfnisse und Kapazitäten zu verstehen, ist wichtig, um sie für eine Beteiligung an der vorsorgenden Klimaanpassung zu gewinnen. Gleichzeitig basiert die Einordnung stiller Gruppen als sozial benachteiligte und/oder besonders verwundbare Gruppen oft auf sozioökonomischen und sozialräumlichen Kriterien (z.B. Alter, Bildung, Gehalt, Geschlecht, Milieu) und dem Verständnis, diese Gruppen seien besonders anfällig gegenüber Klimawandelfolgen.

Basierend auf den empirischen Ergebnissen aus dem Zukunftsstadtprojekt GoingVis möchten wir diese Zuschreibung herausfordern und eine neue Konzeptualisierung stiller Gruppen für die Anpassung an den Klimawandel vorschlagen. In GoingVis experimentieren Bürger*innen der Kleinstadt Boizenburg und der Verbandsgemeinde Liebenwerda gemeinsam an neuen, lokalspezifischen Praktiken zur Anpassung an Hitzerisiken. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf der Inklusion stiller Gruppen,

verstanden als Gruppen, die bisher weniger beteiligt waren, aber aufgrund ihrer lokalkulturellen Wissensbestände eine essentielle Rolle für Adaptationsprozesse spielen. In diesem Zusammenhang werden Erkenntnisse zur aktivierenden Governance vorgestellt. Wir möchten dabei sowohl auf Voraussetzungen beteiligungsorientierten Verwaltungshandelns, als auch auf Möglichkeiten zum Aufbau zivilgesellschaftlicher Plattformen für gemeinsam initiierte Anpassungspraktiken aufmerksam machen. Abschließend werden die in den Partnerstädten initiierten Formate zur Aktivierung stiller Gruppen kritisch diskutiert.

MiD06 | Contested Neoliberalism? The role of parties as carriers of ideas and policy implementers

Organisiert von / Organized by: Dr. Lea Elsässer (University Münster), Dr. Leonce Röth (University Cologne)

Chair: Dr. Lea Elsässer (University Münster)

Abstract:

Throughout the late 20th Century, the programmatic convergence of center-left and center-right parties fostered the rise of neoliberalism, both as an intellectual and as a political project. At the ideational core of this 'neoliberal consensus' is the sanctification of market principles for allocating and distributing resources. Those principles have been manifest on the policy level in privatization, deregulation, liberalization and the rising conditionality of welfare rights. Since the turn of the century, however, a series of societal challenges has triggered the success of challenger parties, ready to dismantle core principles of the neoliberal consensus and to push for new political answers. The political breakthrough of New Left and the Radical Right parties has led to the fragmentation of party systems and shattered the metrics of conventional coalition building. The financial, ecological and – lately – the Covid-19 crises have further widened the cracks in the neoliberal consensus, bringing back center-stage debates on the merits of state intervention and the fragility of free markets.

In this panel, we aim to highlight political parties of the (populist) radical right as carriers of ideas and implementers of policies as central actors in this process. Scholars of party politics mostly deal with specific party families, whereas scholars of neoliberalism and ideational shifts have typically payed little attention to the role of partisan actors. Thus, a profound understanding of counter-developments to neoliberalism can benefit by bringing together those who study the deeper ideational foundation of the transformation with those who focus on policy stances and their implementation.

Beiträge / Contributions:

Austerity for whom? How populist parties are reshaping the welfare state

Juliana Chueri Barbosa Correa (University of Leiden)

Abstract:

Populist radical right parties (PRRPs) in Western Europe have in recent years almost unanimously shifted their position on the welfare state, abandoning support for a minimalist state and instead defending welfare spending. Nonetheless, PRRPs tend to form governments together with right-wing parties, which allows us to draw out the differences in welfare positions between right-wing and populist parties by examining in detail the negotiations between the coalition parties. While earlier literature concluded that PRRPs submit to mainstream parties' retrenchment goals, prioritizing office over policy goals, recent research shows that, while their participation in government indeed leads to retrenchment of welfare overall, PRRPs imprint their policy preferences by directing the cuts to certain groups. By examining the negotiations through which this these decisions are made, the paper asks: How do PRRPs shape welfare reforms?

The article focuses on cases in which a PRRP joined a government or supported one formed by mainstream right-wing parties: the Dutch PVV from 2010 to 2012, the True Finns from 2015 to 2017, and the Danish Peoples' Party from 2009 to 2011. In all these cases, the country was dealing with high deficits and an economic downturn due to the Great Recession, making welfare reform likely to occur. In addition, the three PRRPs played a secondary role in the coalition, making the cases comparable. The analysis focuses on the coalition parties' policy preferences and policy negotiations regarding the main welfare reforms adopted during the period, relying on data from newspaper articles, coalitions, and legislative agreements.

Welfare-chauvinism as a simultaneous contestation and expression of neo-liberal ideology. On the socio-economic repositioning of far-right parties in Europe

Dr. Floris Biskamp (Eberhard-Karls-University Tübingen)

Abstract:

The socio-economic repositioning of far-right parties and the electoral support it mobilizes are often viewed as a contestation of and a protestation against neo-liberal ideology – rightly so, because it is marked by the demand for welfare-state protection for the ethnically defined in-group. Yet, a closer look at party ideology and support reveals that this welfare chauvinism can be coupled with a confirmation of some of neo-liberalism's core tenets: the doubt in the socio-economic capacity of the state, the need to limit its reach, and the vilification of lazy do-nothings living on welfare. The paper will argue this case by analyzing the party ideology of far-right parties in Germany, the Netherlands, and France as it is laid out in party manifestos and speeches by party leaders. The argument is then supplemented with national demand-side data.

The ideational foundations of growth regimes: Neo-conservative thought collectives and promissory legitimacy in Europe

Dr. Aron Buzogány (University of Natural Resources and Life Sciences (BOKU) Vienna), Dr. Mihai Varga (FU Berlin)

Abstract:

A rich literature in political sociology and political economy addresses now various ideological and organizational aspects behind the decline of established political parties, often explicitly focusing on social-democratic ones. One part of this literature underlines the role of changing knowledge regimes (Mudge 2018) and the lacking ability to formulate promissory, future-oriented imaginaries (Beckert 2020) as a reason for their weakening electoral importance. In this paper, we flip this perspective to analyze the knowledge producing ecologies of political parties that have been exceptionally successful over the last decade. Looking at national-conservative and/or populist parties on government in Austria, Italy, Hungary and Poland, we show how "thought collectives" related to these parties are producing policy ideas that challenge the liberal democratic order and the capitalist growth regimes these are embedded into. We argue that ideational political traditions and their countries' embeddedness into global economic relations explain why some of these parties contest while others align with neoliberal ideas.

Fiscal policies of the populist radical right in power

Dr. Leonce Röth (University Cologne), Dr.Lea Elsässer (University Münster)

Abstract:

Fiscal preferences of populist radical right parties (PRRPs) typically entail a combination of lower tax rates and increased social spending. At first sight, this combination is doomed to inflate future public liabilities. In our mixed method study, we assess whether PRRPs in government indeed systematically cause higher deficits and to what extend the combination of tax and social policy explain public finance. We theoretically discuss the evolution of tax policy and welfare preferences of PRRPs and portray the formation of a radical right political economy driven by PRRPs ideological core claim of "native deservingness".

Empirically, we assess whether the key priorities from PRRPs' political economy are implemented by using balanced structural equations to provide adequate comparisons of economic starting conditions. We find that PRRPs indeed successfully implement their desired social policies while keeping overall social spending constant. At the same time, they significantly lower income and corporate tax rates while keeping tax revenues constant. In sum, PRRPs shift resources to their core voters while decreasing deficits on average. Native families, old aged people and SMEs benefit, while state revenues are collected more regressively and activation policies get tighter. A brief case study of the Orbán cabinet in Hungary from 2010 to 2014 illustrates how PRRPs implement their economic model even under very

difficult economic starting conditions and international pressure if they lack meaningful domestic restrictions.

MiD07 | Democratic Innovations beyond Deliberation

Organisiert von / Organized by: Dr. Verena Frick (Georg-August-Universität Göttingen), Dr. Manon Westphal (Westfälische Wilhelms-Universität Münster)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Sektion „Politische Theorie und Ideengeschichte“

Chair: Dr. Verena Frick (Georg-August-Universität Göttingen), Dr. Manon Westphal (Westfälische Wilhelms-Universität Münster)

Discussant: Dr. Verena Frick (Georg-August-Universität Göttingen)

Abstract:

To date, debates on democratic innovations are dominated by the paradigm of deliberative democracy. There exists a vast literature on deliberative mini-publics, which are composed of lay citizens and designed in ways that facilitate open-minded, rational argumentation. While there may be occasions where deliberative mini-publics are useful, it is doubtful whether deliberative mini-publics are suited to tackle some of the most urgent challenges of today’s democracies, such as deficits of representation or increasing inequalities. Deliberative mini-publics hardly improve the political decision-making process on a larger scale. They only involve a small number of citizens and whether or not they have any political influence often depends on the interests of established decision-making bodies to hear their proposals. The panel builds on this diagnosis and explores possibilities of theorising and designing democratic innovations beyond the dominant paradigm of deliberative democracy. Contributions are invited to discuss exemplary non-deliberative democratic innovations or potential readjustments of existing deliberative innovations, or to outline how different democratic theory perspectives alter perceptions of the purposes and desirable forms of democratic innovations. For instance, to what extent could direct democracy revive democratic politics? What can we learn from grassroot social movements aiming for a renewal of democratic institutions? Should we take inspiration from ancient democracies and update the means of lotteries? Or do we need entirely new forms of democratic innovations to address pressing challenges like unequal political participation and unequal political responsiveness? And how could the normative perspectives of democratic theories that cover important blind spots of deliberative democracy be translated into a research agenda for theorists of democratic innovations? By addressing such and related questions, the panel seeks to move the important debate on democratic innovations onto a new terrain.

Beiträge / Contributions:

Increasing Democratic Engagement and Inclusion through Agonistic Institutions

Dr. Marie Paxton Staniforth (Westminster College)

Abstract:

Drawing inspiration from deliberative mini-publics whilst also maintaining concern about their deficits of engagement and inclusion, this paper suggests ways in which political institutions might instead be ‘agonised.’ Agonistic democracy – proposed by thinkers like Chantal Mouffe; William Connolly; James Tully and David Owen – strives to channel conflict into a productive force which can enhance democratic engagement and inclusion. Drawing on Foucauldian and Nietzschean roots, proponents of agonism advance a citizen-centric form of politics, which encourages an ongoing and necessarily incomplete public contestation of values. Agonists promote social unity, not through consensus, but rather through shared engagement in a collective, common quest. This paper thinks through ways in which our institutions - including national institutions, local political practices and a broader societal ethos – can help to both embody and promote agonistic principles of contestation, contingency and necessary interdependency. It argues that reimagining our practices and institutions in this way can render our politics more engaging and inclusive. Such discussion will both build on advancements made in the field of deliberative democracy - such as citizens’ assemblies and participatory budgeting – and propose new,

agonistically-informed institutions. In bridging the gap between the empirical contributions of deliberative democracy and the normative contributions of agonistic democracy, this paper hopes to add valuable insights into the debate about democratic innovations; namely, how it can help to inculcate and sustain a more engaging and inclusive form of democratic politics.

Innovating urban democracy? Agency-focues view

Dr. Marta Wojciechowska (King's College London)

Abstract:

More than half of the world population today live in urban areas, and this share is expected to increase (UN DESA, 2018). Yet, cities are often argued to be a challenging place for realisation of democratic ideals – they are economically and socially unequal, partially depended on the nation-state and highly complex. The literature interested in governing cities suggests that possible ways to resolve these problems lie in stronger mayors (Barber 2013), regional associations of cities (Frug 2014), or state-led intervention (Kübler and Lefèvre 2017). Contrary to these approaches, this paper investigates if democratic innovations may offer a way forward for an effective democratic governance in urban polities. In particular, this paper investigates ability of democratic innovations to promote political agency of urban inhabitants. Here, political agency refers to real opportunity to realise one's aims that one values and has reason to value. From this perspective, the paper analyses referenda, 'mini-publics', institutions of 'collaborative governance' and bottom-up 'popular spaces' in the urban context (Baiocchi 2001, Cornwall 2004, Fishkin 2018, Fung 2004, Matsusaka 2018). It consequently argues that in order for democratic innovations to promote political agency of urban inhabitants, they need to incorporate explicit equalising mechanisms within their design.

MiD08 | Demokratische Konfliktfähigkeit - Aufgaben politischer Bildung in unsicheren Zeiten (I)

Organisiert von / Organized by: Dr. Christian Zimmermann (Universität Siegen), Prof. Dr. Alexander Wohnig (Universität Siegen)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Sektion „Politikwissenschaft und Politische Bildung“

Chair: Dr. Christian Zimmermann (Universität Siegen), Prof. Dr. Alexander Wohnig (Universität Siegen)

Abstract:

In den vergangenen Jahren ist die Legitimität der liberalen parlamentarischen Demokratie in der wissenschaftlichen Diskussion fragwürdig geworden. Diagnosen imperialer Lebensweisen (Brand/Wissen 2017), von Entwicklungen der Entparla-mentarisierung und einer komplementären Machtverschiebung zugunsten der Exekutive (Dreier 2018) und „finanzkapitalistischer Landnahme“ (Dörre 2019) zeigen erhebliche legitimatorische Probleme an. Zusätzlich tendieren Gesellschaften in kultureller und sozio-ökonomischer Hinsicht zu Fragmentierung und Polarisierung (Butterwegge 2018). Andererseits verweisen analytisch anders gelagerte Arbeiten auf einen Formwandel der Demokratie, der neue Partizipationsformen, innovativ organisierte politische Akteure und möglicherweise sogar neuen demokratischen Freiraum hervorbringt (Blühdorn 2013, Manow 2020).

Diese Konstellation wirft Fragen nach Aufgaben, Inhalten und Zielen politischer Bildung auf, die nicht lediglich durch eine fachdidaktisch bzw. pädagogisch begründe-te Reflexion beantwortet werden können. Die grundlegende Hypothese des Panels soll aber darin bestehen, dass unter den Bedingungen von Unsicherheit und Autokratisierung die Stärkung demokratischer Konfliktfähigkeit eine wesentliche Leitlinie der Reflexion über politische Bildung sein muss. Deshalb wendet sich das Panel mit den folgenden Fragestellungen nicht nur an die politische Bildung, sondern auch und besonders an die Politische Theorie, die Politische Soziologie und die Politische Kulturforschung:

1. Welche einschlägigen (zeitdiagnostischen) politischen und soziologischen Theorien eignen sich für die Reflexion politikdidaktischer Ziele, Aufgaben und Inhalte? Warum weist insbesondere die zeitgenössische Demokratietheorie im Hinblick auf politische bzw. sozialwissenschaftliche Bildungs-fragen eine bemerkenswerte Leerstelle auf?
2. Wie kann politische bzw. sozialwissenschaftliche Bildung auf die Befähigung informierter politischer Urteilskraft hinarbeiten, obwohl immer weniger Zeit bei gleichzeitig immer mehr unsicherer Information zur Verfügung steht?
3. Wie kann politische bzw. sozialwissenschaftliche Bildung ihre Zielgruppen innerhalb und außerhalb der Schule adressieren, wenn die Gesellschaft immer heterogener wird? Welche Form politischer Bildung kann als adäquat für prekäre und deklassierte gesellschaftliche Milieus angesehen werden?
4. Welche Inhalte sind für politische bzw. sozialwissenschaftliche Bildung geeignet, um in Zeiten fragwürdiger demokratischen Legitimation orientierungsstiftend auftreten zu können? Wie sind Forderungen nach Neutralität in diesem Kontext zu beurteilen? Welche Rolle spielt Kritik bei der Auswahl, didaktischen Rekonstruktion, Vermittlung und Aneignung der Inhalte?
5. Welche Aufgabe kommt politischer bzw. sozialwissenschaftlicher Bildung bei der Ausbildung personaler Identität unter den Bedingungen von Unsicherheit, Autokratisierung sowie erodierender demokratischer Strukturen und neoliberaler Menschen- und Bürgerleitbilder zu?
6. Was bedeutet politische Handlungsfähigkeit in Zeiten von Unsicherheit und Autokratisierung, aber auch vor dem Hintergrund neuer Formen politischer Organisation und politischer Partizipation?

Beiträge / Contributions:

Konfliktfähigkeit als Praxis der Affirmation von Verwicklungen

Dr. Werner Friedrichs (Otto-Friedrich-Universität Bamberg)

Abstract:

Der Beitrag soll der grundlegenden Hypothese des Panels nachgehen, nach der unter „den Bedingungen von Unsicherheit und Autokratisierung die Stärkung demokratischer Konfliktfähigkeit eine wesentliche Leitlinie der Reflexion über politische Bildung sein muss“. Dabei soll es darum gehen, wie eine „demokratische Konfliktfähigkeit“ figuriert sein sollte, damit sie auch vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden, neuen Herausforderungen im dritten Jahrtausend Orientierung für die politische Bildung bieten kann. Ausgangspunkt ist der Verdacht, dass die bisherige Schreibweise von Konfliktfähigkeit im Angesichte hybrider politischer Um|Welten (environmentalité) an ihre Grenzen kommt.

Konfliktfähigkeit im Zuge realen politischen Handelns entwickeln. Die politische Aktion als authentische Bildungsgelegenheit

Steve Kenner (Institut für Didaktik der Demokratie / Center for Inclusive Citizenship (CINC))

Abstract:

Konfliktfähigkeit wird im politikdidaktischen Diskurs zuweilen als eigenständige Kompetenz hervorgehoben (u.a. Behrmann u.a. 2004, Reinhardt 2018). Sie wird dabei unmittelbar der Handlungsfähigkeit zugeordnet, weil das tatsächliche Austragen und zivilisierte Lösen politischer Konflikte unmittelbar mit politischen Handlungserfahrungen verbunden sind. Konfliktsituationen, so Hermann Giesecke, seien die „eigentlichen politischen Handlungssituationen“ (Giesecke 1979, 143). Der Umgang mit politischen Konflikten ist dabei ein wesentlicher Bestandteil freiheitlich demokratischer Gesellschaften, denn der „politische Prozess in einer Demokratie besteht in der Austragung und Regelung von Macht- und Interessenkonflikten“ (Breit 1999, 386). Vor der Befähigung zur zivilisierten Aushandlung politischer Konflikte als zentrale Fähigkeit, die durch politische Bildung gefördert werden soll, steht demnach die Anerkennung des Konflikts als wertvoller Bestandteil demokratischer Gesellschaften. Politische Entscheidungsprozesse, aber auch gesellschaftliche Regeln des Zusammenlebens werden in einer „Dialektik von Konflikt und Konsens“ (Reinhardt 2018, 23) entwickelt. Konfliktfähigkeit stellt somit ein zentrales Element politischen Lernens dar.

In der Schule soll Konfliktfähigkeit zumeist simulativ bspw. durch Planspiele entwickelt werden. Eine von mir kürzlich abgeschlossene Studie (Kenner 2021 i.V.) zeigt allerdings, dass ein besonderes Potential zur Entwicklung von Konfliktfähigkeit in realen, authentischen politischen Handlungserfahrungen liegt. Für die Studie wurden verschiedene politische Jugendgruppen begleitet, die selbstbestimmt und selbstorganisiert politisch aktiv sind. Ihre zumeist unkonventionellen Partizipationsformen, bis hin zum zivilen Ungehorsam, führen dabei immer wieder zu Auseinandersetzungen und Konflikten – innerhalb der Gruppe und mit Außenstehenden.

Inwiefern die Jugendlichen Strategien zur Konfliktlösung finden und welche Schlüssel daraus für eine emanzipatorische und partizipative Schule als „Lernort der Demokratie“ (Kenner/Lange 2019) zu ziehen sind, würde ich gerne in einem Vortrag in diesem Panel vorstellen.

Konfliktfähigkeit und die Wiederentdeckung der Dialektik

Dr. Stefan Müller (Justus-Liebig-Universität Gießen)

Abstract:

In der politischen bzw. sozialwissenschaftlichen Bildung wird der Entwicklung von Konfliktfähigkeit eine zentrale Bedeutung für das Demokratie-Lernen zugeschrieben. Als Kennzeichen einer pluralistischen Demokratie wird dabei u.a. auf „eine konstruktive Dialektik von Konflikt und Konsens“ (Reinhardt 2018) verwiesen.

Im Vortrag werden zunächst Modelle von Konfliktfähigkeit idealtypisch skizziert. Dichotome werden von mündigkeitsorientierten Konzepten auf drei Ebenen unterschieden: a) offene oder geschlossene

Modelle, b) Einbezug oder Ausblendung normativer Annahmen und c) die Annahmen der Ziele Konsens oder Dissens.

Dichotome Konzepte, die sich mit einseitigen Bezugnahmen begnügen, können dabei nicht überzeugen. In jüngster Zeit finden sich Hinweise in der politischen und sozialwissenschaftlichen Bildung, die ‚die Dialektik' wiederentdecken. Doch was ist eigentlich Dialektik? Im zweiten Teil des Vortrags wird das Modell von ‚These, Synthese, Antithese' als unterbestimmt problematisiert. Demgegenüber werden die Merkmale einer negativ-dialektischen Argumentationsfigur im Anschluss an Theodor W. Adorno rekonstruiert (Ritsert 2017, Müller 2020).

Abschließend wird diskutiert, welche Bedeutung der Wiederentdeckung der Dialektik im Blick auf idealtypische Modelle von Konfliktfähigkeit zukommen kann. Im Mittelpunkt steht eine mündigkeitsorientierte Gestaltung politischer und sozialwissenschaftlicher Bildungserfahrungen. Modelle von Konfliktfähigkeit können dadurch erweitert und fundiert, aber auch ihre instrumentelle Verwendung in der politischen und sozialwissenschaftlichen Bildung in den Mittelpunkt gerückt werden. Die Aufgaben, Inhalte und Ziele politischer Bildung werden davon nachhaltig beeinflusst.

Leerstellen und Potentiale radikaler Demokratietheorie für die Politische Bildung.

Sam Schneider (Justus-Liebig-Universität Gießen)

Abstract:

Der Beitrag sieht in politischen Theorien radikaler Demokratie den wohl vielversprechendsten Ausdruck einer theoretischen Reflexion auf die gegenwärtige Krisenhaftigkeit liberaler Demokratien. So sehr diese die bestehenden Macht- und Herrschaftsverhältnisse demokratischer Ordnungen anerkennen und deren beständige Kontestation und Kontingenz hervorheben, so wenig stellen jedoch konzeptuelle Entwürfe für bildungs- und praxistheoretische Verwirklichungshorizonte demokratischer Subjektivität in Aussicht (vgl. Sörensen 2020).

Der Beitrag nimmt sich dieser Ausgangslage an und sieht die bildungstheoretische Leerstelle vornehmlich in drei praxisorientierten Versäumnissen innerhalb des Feldes radikaler Demokratietheorie begründet: Erstens bewegt sich der hochspezialisierte Diskurs radikaler Demokratie auf einem sehr hohen Abstraktionsniveau, das nur schwer zugänglich ist und nicht an die alltäglichen Erfahrungen (marginalisierter) Menschen anschließen kann (Jörke 2006). Zweitens hat die einseitige Fokussierung auf das radikale Moment der Infragestellung oder des vollständigen Bruchs mit der bestehenden Gesellschaft eine Untertheoretisierung der handlungs- und institutionentheoretischen Dimension von Demokratie zur Folge (Hermann/Flatscher 2020). Nach einer überblickshaften Darstellung dieser beiden Dimensionen, wird schließlich exemplarisch an den pädagogischen Arbeiten Jacques Rancières (2007) diskutiert, inwiefern eine solch abstrakte und anti-institutionelle Perspektive auf Demokratie und Bildung nicht nur die Reflexion auf politikdidaktische Ziele, Aufgaben und Inhalte, sondern auch jede Form institutionalisierten (Politik-)Unterrichts verunmöglicht.

Abschließend sollen ausblickhaft unter Rückgriff auf Cornelius Castoriadis, Judith Butler und Hannah Arendt einige Gedanken skizziert werden, wie die beschriebenen Leerstellen durch eine praxeologische Wendung radikaler Demokratietheorie zu schließen seien. Eine radikaldemokratisch inspirierte Bildung ließe sich dann als das Etablieren von Austausch-, Handlungs- und Gestaltungsräumen denken, in denen sich Demokratie als soziale, konfliktuelle und weltgestaltende Praxis stets aufs Neue performativ ins Werk setzt.

MiD09 | Demokratie in der Pandemie I. Corona als Auslöser/Verstärker demokratischer Erosion?

Organisiert von / Organized by: Prof. Dr. Marianne Kneuer (Universität Hildesheim), Prof. Dr. Stefan Wurster (Technische Universität München)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Sektion „Vergleichende Politikwissenschaft", Arbeitskreis „Demokratieforschung"

Chair: Prof. Dr. Marianne Kneuer (Universität Hildesheim), Prof. Dr. Stefan Wurster (Technische Universität München)

Discussant: Prof. Dr. Wolfgang Merkel (WZB)

Abstract:

Im Zuge der Corona-Krise waren/sind alle Regierungen gefordert, Notfallmaßnahmen zu ergreifen, die meist weitgehende Eingriffe in das öffentliche Leben, auch in demokratische Rechte darstellen und das Zusammenspiel zwischen Exekutive und Legislative herausfordern. Inwieweit aber bietet diese präzedenzlose gesundheitliche Ausnahmesituation für Regierungen eine Gelegenheit, ohnehin ablaufende demokratische Erosionsprozesse zu beschleunigen und verstärken, oder bereits bestehende autokratische Praktiken auszuweiten? Gleichzeitig stehen etablierte Demokratien im Zuge der Pandemie vor der Herausforderung, massive Eingriffe in die Freiheitsrechte ihrer Bürger nicht nur zu rechtfertigen, sondern auch ein Abdriften in autokratische Zustände zu verhindern. In diesem Panel können unterschiedliche Pfade betrachtet werden: erstens, Länder, die bereits vor Corona eine demokratische Erosion durchlaufen haben und die Pandemie nutzen, um mehr autokratische Elemente einzuführen bzw. bestehende zu verstärken; zweitens, Länder, in denen die Corona-Pandemie Auslöser für einen demokratischen Erosionsprozess war. Analysiert werden soll zudem, welche Bereiche von Einschränkungen von Demokratie betroffen waren bzw. sich als besonders anfällig für die Nutzung von Notfallmaßnahmen gezeigt haben, um demokratische Standards aushebeln. Das Panel ist als offenes Panel konzipiert. Wir sind an Beträgen interessiert, die einen cross-regional-Blick ermöglichen. Wir zielen darauf ab, Kolleg*innen zusammenzubringen, die sich entweder mit Area-Expertise oder auf dem Hintergrund des Regimetypen-Vergleichs mit der Thematik beschäftigen. Das Panel soll so eine breite Spanne an Einblicken bieten.

Beiträge / Contributions:

Krankheit der Büger:innen – Krankheit der demokratischen politischen Kultur? Diagnosen aus Bevölkerungseinstellungen aus Ost- und Westdeutschland zu Covid19, gesellschaftlichen Zusammenleben und politischer Unterstützung.

Prof. Dr. Susanne Pickel (Institut für Politikwissenschaft, Universität Duisburg-Essen)

Abstract:

Die Conona-Pandemie brachte nicht nur gravierende Unsicherheiten in der Bevölkerung hinsichtlich der gesellschaftlichen Verhaltensweisen mit sich, sondern stellte die Politiker:innen auch vor nie dagewesene Handlungsanforderungen. So wurden Reaktionen auf die Erfordernisse des Gesundheitsschutzes genauso gefordert, wie eine Fortsetzung des Schul- und Wirtschaftsbetriebes. Mit der Dauer der Pandemie traten zunächst zunehmend Aktivist:innen auf den Plan, die unter Bezug auf Verschwörungsnarrative die Einschränkung politischer Freiheiten und bürgerlicher Rechte anprangerten. Die Folgen für die politische Unterstützung können derzeit nur geschätzt werden. So stellt sich die Frage: Inwieweit erweist sich die Ausbreitung von Verschwörungsnarrativen in Zeiten der Corona-Pandemie als gefährlich für die Demokratie und den Zusammenhalt in einer demokratischen Gesellschaft?

Der Beitrag analysiert aktuelle Umfragedaten aus der Leipziger Autoritarismusstudie 2020 im Vergleich zwischen West- und Ostdeutschland. Diese enthalten Items zu Verschwörungsmentalität und Verschwörungsannahmen in der Corona-Pandemie, sowie Daten zu einer demokratischen politischen

Kultur. Es werden deskriptive sowie multivariate Analyseverfahren eingesetzt, die Bezüge zwischen bestimmten Sichten auf die Corona-Pandemie und der Haltung zu Demokratie, Autoritarismus und Autokratie aufzeigen können.

Erste Analysen zeigen: Die politischen Einstellungen der Sympathisant:innen von Verschwörungserzählungen weichen signifikant von den in der Gesamtbevölkerung zu findenden Einstellungen ab. Personen, die die Corona-Maßnahmen kritisch wahrnehmen, neigen zu einer Ablehnung demokratischer politischer Objekte und zu einer Wahl demokratiekritischer Parteien. Im Vergleich von Ost- und Westdeutschland kann gezeigt werden, dass sich …

a) eine regionale Verteilung dieser Einstellungen feststellen und
b) kaum Unterschiede zwischen den west- und ostdeutschen Corona-Kritiker:innen hinsichtlich der kritischen Haltung gegenüber dem politischen System und seinen Institutionen nachweisen lassen.
c) entsprechende Bürger:innen in Westdeutschland zur Unterstützung der AfD tendieren, für die Wahlentscheidung zugunsten der AfD der ostdeutschen Bürger:innen diese Aspekte aber keinen wesentlichen Aufklärungsgehalt liefern.

Insgesamt scheint es, dass je kritischer und gravierender die Corona-Pandemie für das eigene Leben wahrgenommen werden und je stärker ihr ein verschwörungstheoretischer Hintergrund zugeschrieben wird, desto häufiger neigen sie zu demokratieschädlichen politischen Einstellungen und zu demokratieschädlichem politischem Verhalten.

Landesparlamentarismus während der CoViD-19-Pandemie

Dr. Benjamin Höhne (Institut für Parlamentarismusforschung)

Abstract:

Obwohl Deutschland bei den Infektions- und Todeszahlen sowie den wirtschaftlichen und sozialen Folgen in Verbindung mit CoViD-19 vergleichsweise gut dasteht, stellt sich (gerade in einer etablierten Demokratie) die Frage nach der Input-Legitimität durch die diesen Outputs zugrundeliegenden demokratischen Verfahren. Sie soll am Beispiel der Landesparlamente in Deutschland und deren Rolle bei der Entscheidungsfindung und Beschlussfassung innerhalb der föderalen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland während der Jahre 2020/21 aufgeworfen und eine erste Zwischenbilanz gezogen werden. Die Forschungsrelevanz der Landesparlamente resultiert aus deren Bedeutung als regionale Zentren der föderalen Demokratie in Deutschland, die auch auf deren Stellung als einzige direkt durch Wahlen legitimierte Kontrollinstanzen auf der Landesebene fußt. Die Forschungsfrage lautet: Konnten die Landesparlamente in der langen „Stunde der Exekutive“ ihre Funktionen in gewohnter Weise ausüben oder wurde CoViD-19 zwar bekämpft, aber dabei die parlamentarische Demokratie der Länder geschwächt? Zunächst werden die von der Pandemie evozierten Veränderungen des Mehrebenen-Regierens durch die Bund-Länder-Konferenzen (BLK) diskutiert. Danach werden in vier Einzelabschnitten die Auswirkungen der gouvernementalen Krisenbewältigungspolitik auf die von ihr am stärksten betroffenen Parlamentsfunktionen im Landesparlamentarismus untersucht. Betrachtet werden die Gesetzgebung, die Kontrolle durch Mitregieren, die Oppositionskontrolle sowie das Herstellen von Öffentlichkeit. Bevor die Befunde zusammengefasst werden und ausblickend Weiterentwicklungspfade skizziert werden, werden in einem Exkurs Bevölkerungseinstellungen gegenüber den Landesparlamenten beleuchtet. Schließlich droht eine institutionelle Anpassungsbemühung im Keim zu ersticken, wenn ihr der Rückhalt in der Bevölkerung versagt bleibt.

The welfare state in really hard times: Public trust in the German health care system during the Corona pandemic

Prof. Dr. Marius Busemeyer (Universität Konstanz)

Abstract:

The Corona pandemic represents an enormous challenge for health care systems around the globe. Using original panel survey data for the case of Germany, this paper studies how specific trust in the

health care system to cope with this crisis has evolved during the course of pandemic and whether this specific form of trust is associated with general political trust as well as individual willingness to support additional public spending on health care. The paper finds that levels of trust in the health care system, both regarding efficiency and fairness concerns, are relatively high and have remained stable (so far) or even slightly increased. The analysis also reveals a strong positive association between general political trust and specific trust in the health care system. In contrast, willingness to increase health care spending – taking into account fiscal constraints – is less strongly related to performance perceptions and political trust.

Zeit ist Leben? - Die Beschleunigung der Demokratie in Krisenzeiten

Markus Kasseckert (Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg)

Abstract:

Die Corona-Pandemie muss als radikaler Beschleuniger des Politischen verstanden werden, der das Diktum der „Vordringlichkeit des Befristeten“ von Niklas Luhmann augenscheinlich werden ließ. So verstanden, induzierte die Corona-Pandemie ein hohes Maß an Zeitknappheit, die sowohl die Sach- als auch die Sozialdimension politischen Handelns maßgeblich beeinflusst, wenn nicht gar beeinträchtigt hat.

Die These, die ich zur Diskussion stellen möchte lautet, dass Zeitknappheit den Weg ebnet, um einen Output-orientierten „democratic leadership“ zu konsolidieren, also eine von der Bevölkerung durchaus anerkannte Steigerung der Exekutivmacht. Dies treibt wiederum den Bedeutungsverlust von Parlamenten voran. Ziel des Beitrags ist zu zeigen, inwiefern die Corona-Pandemie vor dem Hintergrund der These als ein Verstärker demokratischer Erosion verstanden werden. Dem widmet er sich aus einer zeit- bzw. beschleunigungstheoretischen Perspektive und nimmt dabei in erster Linie das Handeln der Bundesregierung und des Bundestages in den Blick.

Dabei wird die These von zwei Seiten betrachtet. Zum einen geht es um die während der Pandemie besonders oft bemühte Redensart von der „Sternstunde der Exekutive“. In diesem Teil soll vor allem der Diskussion um einen scheinbaren Geschwindigkeitsvorteil der Exekutive gegenüber der Legislative großes Gewicht beigemessen werden. Zum anderen geht es um die Handlungsfähigkeit des Parlaments während der Pandemie. Beide Seiten werden vor dem Hintergrund der „Vordringlichkeit des Befristeten“ betrachtet und daraufhin abgeklopft, ob die implementierten Strategien der Zeitersparnis in den in der These angenommenen „democratic leadership“ führen. Diese Betrachtung ist vor dem Hintergrund zu erwartender, künftiger Krisen von herausgehobener Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit von Demokratien.

MiD10 | Digital borders, digital policing? Politics & practices of technologically mediated security

Organisiert von / Organized by: Dr. Matthias Leese (ETH Zürich), Dr. Nina Perkowski (IFSH Hamburg)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Themengruppe „Kritische Sicherheitsstudien“

Chair: Prof. Dr. Susanne Fischer (Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung (HSB))

Discussant: Dr. Hendrik Hegemann (IFSH Hamburg)

Abstract:

Security organizations and their practices have not been exempt from technological trends that have transformed business, public administration, and not least social interaction. Concepts such as “digitization”, “Big Data”, “Artificial Intelligence” or “smart” analytics are often put forward when policy-makers and practitioners alike imagine what the future of security could look like. As previous research has demonstrated, these buzzwords must not be taken at face value but be subjected to empirical scrutiny in an attempt to understand how technologically mediated forms of security politics and practices play out. Indeed, the practical implementation of new technologies often bears little resemblance to the omnipotent imaginations conjured up by developers and policymakers advocating their use. This panel brings together contributions that interrogate how border control and policing are transformed through the implementation and use of infrastructures for data sharing, algorithmic analytics, or biometrics. In doing so, the panel addresses a set of larger, pressing questions that surround notions of security and technology: How do new technologies change the operational logics and everyday security practices, and how do they interact with, complement or replace existing security techniques? What kind of questions of data justice are raised by the production of new types and unprecedented volumes of digital data for security purposes? (How) Do processes of digitization facilitate a silent take-over of private companies in different domains of security? And in how far do new big data-based methods for quantification and classification alter our very understanding of what security is and how it should be enacted?

Beiträge / Contributions:

Schengen as database: The sociotechnical imaginary of border control and law enforcement cooperation in the EU

Dr. Matthias Leese (ETH Zürich)

Abstract:

When five European states decided to abolish internal border controls by signing the Schengen agreement in 1985, this was done under the condition that there would need to be a form of compensation for the elimination of the security work carried out at the internal borders. This compensation was created in the form of the Schengen Information System (SIS), a database to facilitate the cooperation and information exchange between the law enforcement and border authorities of all involved countries. Today, the SIS is the largest and most frequently used EU database for border control and law enforcement, and it has been expanded and upgraded multiple times over the past decades – including its future integration into the EU’s interoperable border and migration framework. The paper argues that the construction of a common political space (the Schengen area) fundamentally thrived on the sociotechnical imaginary of the database. Conceived of as a technoscientific fix for the loss of individual political sovereignty, the imaginary of the database illustrates the intricate entanglement of sociopolitical imagination and technological innovation and serves to reconstruct how visions of social ordering regularly pushed and were pushed by the boundaries of technoscience. Analyzing documentation surrounding the implementation and evolution of the SIS over the past decades (i.e. legislative documents, technical reports, working papers, feasibility studies, legal and normative

analyses), the paper identifies three major technoscientific categories around which the SIS has evolved: (1) digitization; (2) automation; and (3) biometrics.

New Technologies and Urban Borderscapes

Dr. Nina Perkowski (IFSH Hamburg)

Abstract:

Over the last 30 years, state borders have become increasingly diversified: Border checks are no longer solely carried out at the border, but also take place far beyond the geographical borders of states as well as inside state territories. Inside territories, cities emerge as key sites of bordering processes, leading to new processes of negotiation between state and urban actors. As urban security and border security are connected in new ways, urban borderscapes emerge in which a variety of regulations, security actors, and border / security practices coexist and partially overlap. The paper analyses the role of new technologies in these borderscapes, examining in particular how they contribute to the spatialization of urban (in)security in specific urban areas. It takes so-called 'dangerous areas' in the city of Hamburg as a starting point to enquire how new technologies mediate knowledge that designates particular neighbourhoods as 'dangerous', and how they shape the policing and surveillance of these areas. In so doing, the paper interrogates in particular how 'old' and 'new' techniques of policing borders and cities interact in producing processes of urban (b)ordering. Combining insights from criminology, international political sociology, and policing studies, the paper argues that notions of belonging are closely entangled with urban border policing strategies and technologies, rendering those not deemed to belong suspect in a variety of ways.

The Digitization of Asylum Procedures: Assembling clues into evidence?

Prof. Dr. Stephan Scheel (Universität Duisburg-Essen)

Abstract:

Since the 'refugee crisis' of 2015 German authorities have introduced a range of measures meant to assure that the perceived 'loss of control' will not reoccur. Among others, various digital devices have been introduced in asylum procedures to support case workers' efforts to establish and verify asylum seekers' claimed country of origin. What these digital devices illustrate is that migrants' bodies and data trails are increasingly privileged over their narratives as credible sources of truth. Besides the biometric registration of migrants, case workers of the BAMF use transliteration software, speech biometrics and data captured from asylum seekers' mobile phones to determine the country of origin of an applicant. Based on fieldwork at a migrant reception centre in Germany, this paper investigates how clues on applicants' country of origin are assembled into 'hard' evidence informing decisions on asylum claims. Inspired by insights from Science and Technology Studies, I show that the boundaries between clues and evidence are fluid, shifting and contested. Clues and evidence emerge as 'boundary objects' (Star and Griesemer 1989) allowing different communities of practice to exchange truth claims and to assemble credibility in asylum procedures. While it is not (yet) the case that 'technology decides about asylum claims', as early critics of the digitization of asylum argued (Biselli 2018), it is shown that digital devices play a growing role in sociotechnical method assemblages of asylum decision-making to the detriment of migrants' narratives as a source of truth, thus deepening the asymmetrical power relations between authorities and asylum seekers.

Crimmigration control and reinventing state bioborders

Dr. Nina Amelung (Universität Lissabon)

Abstract:

New cross-border regimes of biometrics and databasing in the EU contribute to the conflation of treatment of irregularity, asylum seeking and criminality. States provide biometric data of migrants to transnational database systems, increasingly interoperable in the area of migration and crime control,

to be again accessible for state-based law enforcement actors. The article uses the case of Eurodac - a biometric database system initially developed for migration control purposes – to explore the ongoing expansion of the purpose of control to crime control and law enforcement access to the collected information. The paper studies 'modes of biobordering' – modes of making state borders selectively permeable for biometric data flows – in the light of 'crimmigration' discourses. It combines insights from critical migration, border and security studies addressing the increasing overlapping of migration and crime control in policy discourse, law, and surveillance technologies to discuss the reinvention of state borders through the expansive exploration of cross-border flows of biometric data by law enforcement. Unpacking such bioborders by exploring their legal, scientific, technical, political and ethical dimensions together with the purpose expansion towards crime control of such database system helps to understand new forms of surveillance and forms of constructing suspicion of 'risky groups' across Europe emerge.

MiD11 | Electoral Competitiveness in Non-Democratic Regimes

Organisiert von / Organized by: Kristin Eichhorn (Technische Universität Chemnitz), Dr. Jaroslav Bílek (University of Hradec Králové)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Arbeitskreis „Vergleichende Diktatur- und Extremismusforschung“

Chair: Dr. Jaroslav Bílek (University of Hradec Králové), Kristin Eichhorn (Chemnitz University of Technology)

Discussant: Dr. Jaroslav Bílek (University of Hradec Králové), Kristin Eichhorn (Technische Universität Chemnitz)

Abstract:

The conduct of multi-party elections has become standard across non-democratic regimes after the Cold War. However, the conceptualization of competitiveness through contestation, which is standard for democratic regimes, does not travel well across regime boundaries. In non-democratic regimes, incumbents and dominant parties have a menu of manipulation on their disposal in order to turn the odds in their favor. The results are by and large uncontested elections despite multi-party competition.

The objective of the panel is to make progress in the conceptualization and effects of competitiveness in non-democratic regimes. We welcome empirical and theoretical papers that raise (but are not limited to) questions such as: In which way is competitiveness linked to/differentiated from related concepts (e.g. electoral integrity, malpractice, repression)? How do different forms of repression and manipulation affect electoral competitiveness? Is electoral fraud resulting from precious contestation or determining future contestation? How can we map out and compare the uneven playing field? In which way are socio-economic factors, institutional factors and legacies linked to electoral competitiveness? How is electoral competitiveness linked to electoral choice or participation? Is electoral competitiveness affected by the timing of the elections? How do opposition gains in subnational elections influence electoral competitiveness in national elections?

Beiträge / Contributions:

Does the autocrat benefit from keeping elections after democracy is gone?

Ian Rebouças Batista (Federal University of Pernambuco)

Abstract:

Twenty out of twenty-two autocracies that exist today and were once democracies are considered electoral autocracies. This means that these autocratic regimes kept holding elections after democracy was gone, instead of closing absolutely the regime. There are several reasons to do so, especially after the Cold War, as the literature suggests. But do these autocrats benefit from keeping elections in what concerns regime durability? This paper addresses this question using data from the Episodes of Regime Transformation dataset. My argument is that since the country experienced democracy once, the population will be better ruled/controlled with the impression of still picking its leaders, in opposition to not participating in elections at all. Elections would help the autocrat to survive longer given (i) the legitimacy that only elections can provide, (ii) the money from foreign investors directed to supposed-to-be democracies, and (iii) the information both from the ruling coalition and the opposition gathered throughout the election process. Those are the hypothesis to be tested. I will test this using a t-test and a model of survival analysis. The results suggest that keeping elections does not convert in more time in power, since there is not a statistically significant difference in regime duration means between electoral autocracies and closed autocracies, nor keeping elections are related to the risk of new democratization. To keep elections after democracy breakdown, though, seems like a historical trend, with the Cold War period being an exception.

Fiscal Origins of Elections in Modern Dictatorships

Dr. Austin Mitchell (Tohoku University)

Abstract:

When does a dictator introduce multiparty elections to secure the regime? I argue that dictators introduce elections when they have spent on repressive capacity sufficiently to survive elections but lack the additional budget capacity to buy-off the opposition. Dictators structure their spending to first prioritize repressive capacity and second to spend on the public. The argument predicts that dictators introduce elections when revenue is not too low but also not too high. I test how dictators change spending policies as revenue increases using cross national data between 1980-2014. I also test when dictators introduce elections using revenue data from 1972-2014. The results are robust to alternative estimators, data sources, and variable operationalization. I discuss the argument in Egypt during the late 1970s compared to Saudi Arabia and South Yemen. The results suggest that elections in modern dictatorships emerged for reasons similar to pre-modern parliaments and council assemblies.

How can programmatic party competition emerge in post-Soviet hybrid regimes? Case study of Georgia

Levan Kakhishvili (Bamberg Graduate School of Social Sciences (BAGSS), University of Bamberg)

Abstract:

Conceptual framework of democracy research, developed by studying Western liberal-democracies, is often deficient in its explanatory or even descriptive power of non-democratic regimes. For three decades, for example, scholars have struggled to understand and anticipate trajectories of change in regimes emerging after the fall of communism. One reason for this is that the conceptual apparatus of democracy is based on assumptions that do not necessarily hold in contexts such as post-Soviet hybrid regimes. When party politics is analyzed in these countries, it is either assumed that everything works in the same way as in established democracies, or that they are not democratic enough to be included in the research agenda on political competition. This is why there is an increasing amount of literature arguing that post-Soviet regimes represent a Weberian ideal type of a regime idiosyncratic to the Eurasian region and that their hybridity is not a result of being lost in transition. Rather the hybridity stems from their own unique features distinguishing post-Soviet regimes from political systems in other parts of the world. Employing the process tracing methodology within an in-depth case study of Georgia, this paper argues that the uniqueness of post-Soviet hybrid regimes lies in not necessarily how political parties compete against each other but in how programmatic party competition emerges. Based on fieldwork in Georgia and manifesto text data, the paper develops a causal mechanism of how programmatic competition emerges in post-Soviet hybrid regimes.

Authoritarian Repressive Strategies and Electoral Competitiveness

Dr. Jaroslav Bílek (University of Hradec Králové)

Abstract:

Elections in electoral and competitive authoritarian regimes have recently gained a great deal of attention in comparative research. This paper offers an explanation of variation in degree of electoral competitiveness in electoral authoritarianism. Contrary to existing research which is focused mostly on variables related to the opposition, this study concentrates on seven authoritarian repressive strategies derived from previous research about elections in hybrid regimes. For that purpose, this study compares 357 cases of elections that were carried out between 1980 and 2020, employing regression analysis and qualitative comparative analysis (QCA) while engaging the new data on incumbent abuse from the Varieties of Democracy (V-DEM) project. The results highlight the importance of media censorship and legal exclusion of opposition. These findings are in a discrepancy with previous research as the two most influential repressive strategies which are usually mentioned with respect to electoral authoritarianism, i.e. economic statism and governmental control of electoral commitees, are proven as rather irrelevant.

MiD12 | Evidence-based science and scientific progress in research on IGOs: What are we learning?

Organisiert von / Organized by: Prof. Dr. Anja Jetschke (Georg-August-Universität Göttingen), Sören Münch (Georg-August-Universität Göttingen)

Chair: - Sören Münch (Georg-August-Universität Göttingen)

Discussant: Prof. Dr. Anja Jetschke (Georg-August-Universität Göttingen), Dr. Alexandros Tokhi (WZB Berlin)

Abstract:

The progress on comparative research on IOs and their sub-types has been fueled in the last years by many large-N datasets as well as by in-depth case comparisons. International organizations, regional organizations, issue-specific organizations, non-governmental organizations or individual institutions within IOs all have seen an increasing amount of comparative scholarly attention in recent years. Different organizational dimensions like economic or security cooperation, formal and informal institutional frameworks, the gap between de iure and de facto integration or the evolution of specific norms have been subject to extensive studies. The discipline is certainly not short of theories and conceptualization efforts, but what do we collectively learn from them about the design, the functioning, and the effects of IGOs? In order to answer these questions, in the spirit of the more recent discussion about evidence-based research, and reflecting the demand to further developing the IGO research program, we invite substantial empirical and theoretical papers with different methodological and theoretical backgrounds on IGOs for submission. These will be discussed in depth, but most of all, we want to discuss where the field stands and where it is developing.

Beiträge / Contributions:

A gold standard of institutional assessment? Analyzing political biases in international organization evaluation reports

Dr. Vytautas Jankauskas (LMU Munich, University of Konstanz), Prof. Dr. Steffen Eckhard (University of Konstanz), Elena Leuschner (University of Gothenburg)

Abstract:

Evaluation has become a significant part of international organizations' (IOs) policy cycles and evidence-based policymaking. Every year, hundreds of costly evaluation reports are produced by major IOs and the number is growing. These reports inform IO decision-making procedures and are generally perceived by IO researchers as a 'gold standard of institutional assessment'. Yet there is virtually no comparative empirical research on the substance of IO evaluations and how the findings are presented. In this paper, we conceptualize, operationalize and measure political biases in over 1,000 evaluation reports across 20 major IOs. We argue that powerful IO stakeholders – member states and IO bureaucracies – can use evaluations to utilize their pre-defined strategic interests. Drawing on qualitative text analysis and text-as-data approaches such as automated sentiment analysis, we assess both the existence and variation of such political biases in IO evaluation reports.

Conceptualizing and Measuring the Decline of International Organizations: Toward a Relational View of Institutional Change

Dr. Maria Josepha Debre (Universität Potsdam), Prof. Dr. Hylke Dijkstra (Maastricht University)

Abstract:

Many international organizations (IOs) are currently challenged, yet are they also in decline? Despite much debate on the crisis of liberal international order, politicization, contestation, loss of legitimacy, gridlock, pathologies, and exiting member states, there is surprisingly little research on the concept of IO decline. This research note aims to systematically conceptualize, operationalize, and measure

processes of IO decline. It argues that IO decline can be considered at the level of individual IOs as well as the IO population and entails both absolute and relative decline. The research note empirically reviews the existing evidence for IO decline on the basis of a wide variety of indicators, which it complements with newly gathered data. It only finds evidence for relative decline at the population-level and some evidence for the relative decline of individual IOs. In general, however, it is difficult to find systematic instances of IO decline. This research note points in conclusion at further directions for studying IO decline.

Expert Authority and the empowerment of the IOs in crises. The WHO during the COVID-19 pandemic.

Mirko Heinzel (Universität Potsdam), Prof. Dr. Andrea Liese(Universität Potsdam)

Abstract:

International Organizations (IOs) are on the forefront of global crises responses. Scholarship of the role of IOs in crises have discussed how emergencies can empower IOs to enhance their authority. Such arguments have entirely focused on the enhancement of political authority. However, we observe substantially reliance on the recommendations of IOs in public discourse that indicates that IOs are also able to extend their expert authority during crises.

We draw on the literature on IO expert authority and crises management to develop two competing accounts of the impact of crises on reasons for the increased role IOs play during crises. First, crises could lead actors to suspend their judgements of the expertise and neutrality of IOs and follow their ascribed authority in general. Second, they could exacerbate the degree to which actors base their judgements to defer to authority on the ascribed expertise and neutrality of IOs. We test those competing expectations based on a survey experiment, conducted in May 2020, that evaluated the expert authority of the WHO during the COVID-19 pandemic. Three findings stand out. First, respondents heard as much about the WHO and saw it as greater experts than their national health ministries. Second, this was despite a substantial number of respondents questioning the neutrality of the WHO. Finally, we find that the WHO's recommendations swayed only those respondents that ascribed most expertise to it.

IO Membership and Participation: Cheap Talk or Meaningful Behavioral Constraint?

Prof. Dr. Tim Büthe (Hochschule für Politik an der Technischen Universität München), Dr.Cindy Cheng (Hochschule für Politik an der Technischen Universität München)

Abstract:

In a previous paper, we have shown (for the first time in a large panel spanning more than a hundred countries over half a century) that the introduction of competition law significantly boosts the level of (patentable) innovations – in developed and developing countries alike. The developing country finding, in particular, was surprising, given that competition law has in the last 30 years spread from an OECD core to many countries better known for weak state capacity and corruption than for strong rule of law. This paper subjects the earlier findings to further scrutiny, focusing on whether a subject-matter-specific international organization, the transgovernmental International Competition Network (ICN), might play a role in ensuring the faithful implementation of competition law. In analyses that model the effect of competition law on innovation conditional on formal membership and actual participation in the transgovernmental ICN of antitrust regulators, we show that competition law indeed can boost innovation, but that this effect is conditional on ICN membership and participation.

MiD13 | Innen- und Außenpolitik, Wirtschaft- und Sicherheitspolitik zusammen denken (I)

Organisiert von / Organized by: Dr. Sophia Hoffmann (Leibniz-Zentrum Moderner Orient), Dr. Kai Koddenbrock (Universität Bayreuth)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Sektion „Internationale Beziehungen";

Chair: Dr. Sophia Hoffmann (Leibniz-Zentrum Moderner Orient)

Discussant: Prof. Christoph Scherrer (Universität Kassel)

Abstract:

In seinem 1984 erschienenen Buch Weltwirtschaft und Weltpolitik 1922/24–1931 ruft der deutsche Politikwissenschaftler Gilbert Ziebura (1924-2013) dazu auf, „innergesellschaftliche, außenwirtschaftliche und außenpolitische Entwicklungen als Einheit" zu begreifen, um die Stabilität des internationalen Staatensystems in seiner Gesamtheit und gleichzeitig die Verteilungswirkungen von Außen(wirtschaftpolitik) innerhalb von Gesellschaften analysieren zu können. Dass dies empirisch aber auch theoretisch eine Mammutaufgabe ist, wird aus der Lektüre von Zieburas Werk deutlich. Dennoch war diese Ambition in den IB bis in die 1980er eine Selbstverständlichkeit, wie zum Beispiel Peter Katzenstein's Small States in World Markets (1985) oder Peter Gourevitch's viel zitierter Artikel The second image reversed: the international sources of domestic politics (1978) unterstreichen. Aber auch neuere Arbeiten, z.B. Henry Farrell und Abraham Newman's Of Privacy and Power 2019, das 2017 von Heide Gerstenberger veröffentlichte Buch Markt und Gewalt, oder Adam Tooze's regelmäßige Interventionen zeigen, wie produktiv eine Überwindung der konzeptuellen Trennung von 1) Innen- und Außenpolitik und 2) von Wirtschafts- und Sicherheitspolitik ist. Diese Herangehensweise ist nicht gleichzusetzen mit Global Governance-, oder Weltsystem-Ansätzen, denn in diesen spielt der wesentliche Faktor der innerstaatlichen Politik keine bedeutende Rolle.

Mit diesem Panel wollen wir den methodologischen Ansatz, Innen- und Außenpolitik, sowie Wirtschafts- und Sicherheitspolitik zusammen zu denken, stärken. Hierfür laden wir Paper ein, die die z. B. folgenden Forschungsfragen beantworten, bzw. methodologischen Ansätze verfolgen:

- Mit welchen Konzepten und Methodologien lässt sich Politik jenseits der Aufteilung in Innen/Außen, Sicherheit/Wirtschaft verstehen?
- Praxistheoretische Ansätze, die Praktiken untersuchen, die sich nicht innerhalb der Dichotomien Innen- /Außen, Wirtschafts/Sicherheitspolitik verstehen lassen;
- Empirische Fallstudien zu Akteuren, Sektoren, Internationalen Organisationen, deren Existenz und Handeln die Grenzen von Innen- und Außen, Wirtschafts- und Sicherheitspolitik in Frage stellen;
- Geopolitische Studien, deren Argumente sowohl die militärische Stärke von Staaten als auch ihre Position auf dem Weltmarkt fassen.

Beiträge / Contributions:

"Stupid German money", the demise of German banking and its geopolitics

Dr. Kai Koddenbrock (Universität Bayreuth), Prof. Dr. Daniel Mertens (Universität Osnabrück)

Abstract:

The international dimension of German banking and finance have rarely featured in debates about German geopolitics and geoeconomics. 'Stupid German money' has instead underlined the low profitability of capital exports that have for many years accompanied Germany's growing export surpluses. Recent research has also suggested that the leading export sectors have been awash in capital and have relied less on bank credit. Large amounts of retained earnings have allowed dominant firms to finance their own operations. Reducing dependency and symbiosis with Germany's large commercial banks has however not meant to no longer need political support and international alliances.

In our paper, we investigate the nexus between German banking and the export sector, to what extent the relative demise of the Deutsche Bank and Commerzbank matter for the German export model and how political alliances with Russia, China and the growing role of Africa play a crucial role in maintaining this model. After being seen as in bed with banks in times of Hilferding's 'finance capital' in the early 20th century and during the heyday of "Germany Inc" until the 1990s, has German industry found a new model of projecting its businesses across the globe without the need of banking and finance? Has banking become obsolete for Germany's geoeconomic strategies or have sources of financing just shifted from home-grown to foreign institutions?

Die Ambivalenz der Grenzverwischung zwischen Außen- und Innenpolitik am Beispiel des Religionsprojekts des Auswärtigen Amts

Lisa Erlmann (Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg)

Abstract:

Am 20. Juli 2020 begrüßte der Leiter der Abteilung 6 des Auswärtigen Amts (AA) Nurhan Soykan, die seit 2010 Generalsekretärin des Zentralrats der Muslime in Deutschland (ZMD) ist, über Twitter als externe Beraterin im Team des Referats 612 „Religion und Außenpolitik". Diese Berufung führte medial zu einer Welle an Kritik, in deren Zentrum zum einen politische Aussagen Soykans standen und zum anderen die fehlende Distanzierung des ZMD zu seinem im Juli 2020 erstmals im Verfassungsschutzbericht aufgeführten größten Mitgliedsverband. Als Reaktion auf die Kritik wurde in der Regierungspressekonferenz am 29. Juli 2020 bekanntgegeben, dass das AA sein Religionsprojekt zunächst ruhen lässt und einen Gesprächs- und Austauschprozess dazu anstößt.

Der empirische Fall des bisher wissenschaftlich nicht untersuchten Religionsprojekts des AA stellt, wie kurz skizziert, nicht nur ein Beispiel für die thematische und akteursbezogene Grenzverwischung zwischen Außen- und Innenpolitik dar, er zeigt auch die ambivalenten Folgen auf, die daraus entstehen können: So verdeutlicht meine Forschung einerseits – im Sinne einer „Außenpolitik der Gesellschaften" – eine stärkere Öffnung des AA auf mehreren Ebenen hin zur innerdeutschen Bevölkerung, wie es u. a. im Review-Prozess 2014 als Ziel formuliert wurde. Die aus BürgerInnenperspektive tendenziell als fern wahrgenommene Arbeit des AA gewinnt so an Nähe und Inklusivität, wodurch eine Legitimitäts- und Verständnissteigerung erreicht werden kann. Andererseits führte die durch die kommunikative und partizipative Öffnung hervorgerufene Grenzverwischung zwischen Außen- und Innenpolitik im von mir untersuchten empirischen Fall zum immer noch anhaltenden Ruhenlassen eines seit 2016 kontinuierlich ausgebauten und als innovativ einzuordnenden Projekts moderner Diplomatie des AA.

Frame-Analyse und die Konstruktion des nationalen Interesses

Sabine Mokry (Universität Leiden, GIGA)

Abstract:

Das Papier zeigt, wie man mithilfe von Frame-Analyse die Konstruktion des nationalen Interesses erfassen kann, indem man Wirtschaft und Sicherheit zusammen denkt und Unterschieden in der Innen- und Außenperspektive Rechnung trägt. Untersucht wird, wie sich die offizielle Konstruktion des nationalen Interesses in ausgewählten Staaten unterscheidet und verändert. Die Konstruktion des nationalen Interesses umfasst dabei die folgenden Komponenten: Verteidigung staatlichen Territoriums, Wirtschaftswachstum, die Verbreitung der Werte des Staates, eine globale wie regionale Führungsrolle und die Bereitstellung öffentlicher Güter. Datengrundlage sind außenpolitische Reden, veröffentlichte Leitlinien und Strategiedokumente. Herausgearbeitet werden Veränderungen in der relativen Salienz der verschiedenen Komponenten der Konstruktion des nationalen Interesses sowie Unterschiede, je nachdem ob internationale oder innerstaatliche Akteure adressiert werden. Darüber hinaus werden substantielle Veränderungen innerhalb der einzelnen Komponenten nachvollzogen. Da das nationale Interesse staatliches Handeln leitet, können aus der Analyse die mittelfristigen Intentionen der Staaten herausgearbeitet werden.

MiD14 | Neue analytische und methodische Perspektiven auf die Forschung zu (internationalen) Normen

Organisiert von / Organized by: Dr. Mathis Lohaus (Freie Universität Berlin), Chris Höhne (Freie Universität Berlin)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Themengruppe „IB-Normenforschung“

Chair: Prof. Dr. Thomas Risse (Freie Universität Berlin)

Discussant: Prof. Dr. Anja P. Jakobi (Technische Universität Braunschweig)

Abstract:

Die Beiträge dieses Panels beschreiten neue analytische und methodische Wege, um Fragen zu internationalen Normen zu beantworten, die sich mit gesellschaftlichen Herausforderungen wie dem Klimawandel, der Gewaltprävention und der internationalen Ordnungsbildung ergeben. Dies umfasst konzeptionelle Herausforderungen wie z.B. Inter- und Transdisziplinarität. Es ergeben sich aber auch methodische Potentiale, die sich durch die Entwicklung von neuen Methoden ergeben und es ermöglichen, Netzwerke darzustellen oder größere Datenmengen für die Normenforschung zu erschließen. Auf diesem Panel werden einige dieser innovativen analytischen und methodischen Perspektiven vorgestellt und angewandt.

Zwei Beiträge legen den Fokus auf die empirische Anwendung innovativer quantitativer Methoden, um daraus Schlüsse für die Normenforschung zu ziehen. Giesen untersucht den Diskurs im Europarat anlässlich der Entwicklung der Istanbul-Konvention. Dabei zeigt seine Arbeit, wie sich Framingprozesse operationalisieren und mit Hilfe von Netzwerk-Techniken untersuchen lassen. Das zweite Papier, von Höhne, Kahmann, Lohaus und Risse, analysiert mit quantitativer Textanalyse die Übersetzung internationaler Normen auf nationaler Ebene. Empirisch wird hier untersucht, wie weltweit Dokumente der staatlichen Klimapolitik die internationale Klimawandel-Norm auslegen. Die anderen beiden Aufsätze leisten in erster Linie konzeptionelle Beiträge zu neuen Wegen in der Normenforschung. So widmen sich Graf, Loges und Schwindenhammer der Inter- und Transdisziplinarität als Chance und Herausforderung für die IB-Normenforschung. Ihre Arbeit diskutiert die Rolle der Forschenden zwischen Eigenlogik und gesellschaftlicher Rolle. Taeubers Ansatz orientiert sich an (konstruktivistischer) Grounded Theory und steht zwischen English School und Normenforschung. Sein Beitrag illustriert die Konsequenzen dieser Perspektive für die Forschungsarbeit am Beispiel Lateinamerikas und der „Belt and Road Initiative“.

Beiträge / Contributions:

Organized Framing: How ‘Violence against Women’ Frames have been shaping the Istanbul Convention

Michael Giesen (Freie Universität Berlin / Universität Bamberg)

Abstract:

International women’s rights norms have been spreading strongly over the past decades. The most prominent examples are conventions tackling women’s immediate experience of physical, psychological, and sexual violence in public and private spheres, which have conventionally been framed as ‘violence against women.’ However, the meaning of this term, that is, the theorized causes of women’s violence experiences and associated policy recommendations are not fixed and have been changing over time and international organizations (IOs). Why do actors within international organizations produce different meanings of ‘violence against women?’ This paper argues that ‘violence against women’ is in itself a frame associated with diverse international norms and policy elements. This cognitive dimension of norms enables various sets of actors within IOs to formalize diverging interpretations of women’s rights policies. I investigate in this paper the framing process of competing norm interpretations during the policy development process that led to the Council of Europe’s (CoE) ‘Istanbul Convention’ (2011). I generate a new and original data set that codes diverse frame elements used during this policy discourse as captured by internal policy documents. I analyze this relational data

set with network analysis techniques based on a discourse analysis framework. The results identify two emergent communities of informal actor groups within the CoE. Each community used different frames that explain initial collisions of norm interpretations and the eventual (progressive) norm understanding of the Istanbul Convention.

Translating international norms into domestic action? A quantitative text analysis of national policy responses to climate change

Chris Höhne (Freie Universität Berlin), Christian Kahmann (Universität Leipzig), Dr. MathisLohaus (Freie Universität Berlin), Prof. Dr. Thomas Risse (Freie Universität Berlin)

Abstract:

Scholars of international norms emphasize contestation and translation to examine how the meaning(s) of norms evolve as actors engage with them. Due to its broad mandate and diverse membership, the UN Framework Convention on Climate Change (UNFCCC) is a particularly relevant case. We use quantitative text analysis to trace shifts in meaning and distinguish different types of norm interpretation. Member states have adopted a wide range of documents outlining how they pursue the goal of preventing dangerous climate change. To assess their content, we have collected more than 1,000 national documents from all countries that are party to the UNFCCC. These national climate laws, strategies and action plans, regulatory frameworks, and other documents provide the basis for our analysis. We employ topic modeling to identify patterns in how states discuss climate change and set domestic policy priorities. This approach reveals that states vary in the emphasis they put on aspects such as economic development, renewable energy, or adaptation to climate change. Furthermore, we examine to what extent governments' positions on climate change correspond to their participation in UNFCCC negotiating groups and various economic and political factors at the national level.

Eigenlogisch, ermöglichend und emanzipiert? Inter- und Transdisziplinarität als Herausforderungen für die IB-Normenforschung

Prof. Dr. Antonia Graf (Westfälische Wilhelms-Universität Münster), Dr. Bastian Loges (Technische Universität Braunschweig), Dr. Sandra Schwindenhammer (Justus-Liebig-Universität Gießen)

Abstract:

Die inter- und transdisziplinäre Forschung expandiert in den Internationalen Beziehungen (IB) und stellt auch und gerade die IB-Normenforschung vor neue konzeptionelle, empirische und selbstreferentielle Herausforderungen. Gerade wenn es um normative Fragen der politischen Reaktion auf globale Umwelt- und Nachhaltigkeitsprobleme geht, zeigt sich: Eine inter-/transdisziplinär gewendete Normenforschung erzeugt Wirkungen auf Normen und Forschung selbst. Aus konzeptioneller Perspektive intensiviert die Interdisziplinarität aktuelle Debatten über das Wesen von Normen sowie Praktiken, Orte und Ebenen der Kontestation. Gleichzeitig ergeben sich struktur- und kontextbezogene (Wechsel)-Wirkungen sowie akteurstheoretische Implikationen für den Forschungsprozess und die Rolle von Forschenden selbst. Struktur- und kontextbezogen stellt sich aus Sicht der Ko-Produktion von Wissen und sozialer Ordnung die Frage nach der Interaktion zwischen Forschungsprozess und -ergebnis. Akteurstheoretisch geht es zudem um die Frage, welcher Akteur aufgrund welcher Rollenzuschreibungen und politischen Autorität zu welchem Zweck agiert. Das Papier situiert aktuelle umweltwissenschaftliche Fragestellungen in der inter- und transdisziplinären Normenforschung und skizziert damit verbundene Herausforderungen, Potenziale und Konsequenzen für die IB, indem eine kritische Selbstverortung zwischen Eigenlogiken, Emanzipationspotentialen und Ermöglichungskontexten einer inter- wie transdisziplinär gewendeten Normenforschung vorlegt.

A grounded approach to studying norms and change: Latin American conceptions of order and the Belt and Road Initiative

Simon F. Taeuber (University of St Andrews)

Abstract:

This paper presents an approach to studying conceptions of order, norms, and change respectively, that builds upon the guidelines of constructivist Grounded Theory (GT). Moreover, the paper provides reflections on the consequences of choices regarding methodology, ontology, and epistemology for the research process. The subsequent operationalisation of such a grounded approach in terms of methods for source and data construction is illustrated on the example of an enquiry into implications of the Belt and Road Initiative (BRI) for Latin American conceptions of order. More generally, the paper explores the employment of GT as a methodology in relation to constructivist norm research and English School projects. As such, it discusses the benefits and challenges of grounding the construction of theory in empirical material that represents and co-constitutes the thoughts and ideas of statespersons regarding patterns of order and norms – especially concerning the current debate on constructing a 'Global IR' and giving space to voices from the Global South. To that end, the relevance of meaning in the use of language, its multiplicity and context-dependency as well as metaphor and framing theory for uncovering differing constructions of meaning in discourse are demonstrated with examples relating to Latin America and the BRI.

MiD15 | Ordinary Citizens and Democratic Backsliding II: What Can We Do About it?

Organisiert von / Organized by: Dr. Marlene Mauk (GESIS - Leibniz Institute for the Social Sciences), Alexander Wuttke (Mannheim Centre for European Social Research)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Arbeitskreis „Wahlen und politische Einstellungen“

Chair: Dr. Marlene Mauk (GESIS - Leibniz Institute for the Social Sciences), Alexander Wuttke (Mannheim Centre for European Social Research)

Abstract:

In recent years, liberal democracy as a form of government has been challenged both from within and from the outside. According to V-DEM data, one-third of the world’s population now lives in countries in which the democratic quality is in decline. While a burgeoning literature has begun to investigate the institutional or economic correlates of democratic backsliding, the role of ordinary citizens is still poorly understood. This is surprising. Ever since the classical studies on democracy conducted in the post-WWII period, political science has considered the citizenry a crucial factor for the longevity of democratic political systems. In a time of crisis for democracy, the role of citizens in upholding the liberal form of self-governance seems more relevant than ever. However, both empirically and theoretically, basic questions on the role of citizens in processes of democratic deconsolidation are unresolved. This double panel assembles contributions that examine ordinary citizens both as a potential cause of democratic backsliding as well as their reaction to these processes. Contributions in part I examine (changes in) citizens’ attitudes towards democracy and how these may accelerate or prevent democratic backsliding. Building on these insights, part II turns to the search for potential countermeasures, studying how citizens can be brought back into the democratic fold.

Beiträge / Contributions:

Making the Case for Democracy: How to Win Back Wavering Democrats

Alexander Wuttke (Mannheim Centre for European Social Research), Dr. Florian Foos (LSE)

Abstract:

In light of the third wave of autocratization and wide-spread concerns about citizens turning away from democracy, we test the effectiveness of "democratic talk" as a means of countering democratic fatigue. Specifically, we designed and implemented an online field experiment in collaboration with German federal and state representatives, where we invite a heterogeneous sample of German citizens recruited via quota sampling on Facebook to participate in one of 16 Zoom townhalls. Each representative conducts two townhalls. We use pair-random assignment to determine whether during the townhall, the representative engages in a particular style of communication that we conceptualise as "democratic talk", or not. Democratic talk deliberately acknowledges the existence of diverging opinions and the general legitimacy of critiques of democratic practices while actively making the case for liberal democracy and democratic processes. We test the proposition that 'democratic talk' strengthens support for democracy and alleviates reservations towards democratic institutions among citizens who have grown skeptical of democracy. Attitudinal and behavioural outcomes are measured via a three-wave panel survey.

Are empathic citizens good citizens? Empathy during political disagreement

Lala Muradova (KU Leuven), Prof. Dr. Kevin Arceneaux (Temple University)

Abstract:

As political polarization increases across many of the world’s established democracies, many citizens are unwilling to appreciate and consider the viewpoints of those who disagree with. Research shows

that this lack of reflection can undermine democratic accountability. The purpose of this paper is to study whether perspective-taking can motivate people to reason reflectively about politics. Extant studies have largely studied trait-level differences in the ability and inclination of individuals to engage in reflection. Most of these studies focus on observational moderators, which makes it difficult to make strong claims about the effects of being in a reflective state on political decision-making. We extend this research by using a survey experiment with a large and heterogeneous sample of UK citizens (n=2014) to investigate whether a simple intervention can induce people to consider opposing viewpoints and incorporate those views in their opinion about pressing political issues. We find that actively imagining the feelings and thoughts of someone one disagrees with prompts more reflection in the way that people reason about political issues as well as elicits empathic feelings of concern toward those with opposing viewpoints. Empathic concern, in turn, increases the probability of overriding one's prior attitudes on a policy issue.

In with the Out-Group: Building Political Trust in Divided Societies

Dr. Jen Gaskell (University of Southampton), Hannah Willis(University of Southampton)

Abstract:

Research on trust as a currency for effective democratic governance is increasingly impacted by emerging scholarship on different kinds of socio-political polarisation. Some commentators argue that the latter is responsible for the erosion of social trust and is increasingly disrupting patterns of political trust (Hetherington and Rudolph, 2015, 2017; Cramer, 2016; Kramer, 2017; Finkel et al., 2020). Most authors relate the concepts of trust and polarisation using social psychology theories of identity formation which rest on social categorisation processes that identify in- and out-groups. Currently the majority of the work on trust and polarisation broadly contend that people tend to trust their in-groups and not their out-groups. Beyond that, in what appears to be a gap of disproportionate importance in relation to the threat to democracy entailed by severe polarisation, it remains largely silent on possible ways to address the problem and (re)build political trust. In this paper we use a mixed methods approach leveraging new survey and focus group data from the UK, USA, Australia, Italy, Argentina, Croatia, Zimbabwe and the Philippines to show: 1) how polarisation influences political trust judgements; 2) how this matters for building political trust in divided societies, and 3) citizens' evaluations of a range of political trust-building measures and strategies. In this way, we are able to offer a typology of recommendations for building trust in divided societies that are citizen-focused and citizen-approved.

When are blame games effective? The impact of blame and source effects on citizens' acceptance of EU sanctions against democratic backsliding

Prof. Dr. Oliver Treib (University of Münster), Dr.Constantin Schäfer (University of Münster)

Abstract:

Although democracy and the rule of law belong to the basic criteria for accession to the European Union (EU), democratic norms have recently been eroding in several member states. In reaction, many political actors and legal scholars demand more effective instruments to sanction the violation of democratic standards. However, others argue that such measures could lead to unintended backlash effects when governments in the affected countries convince their domestic audiences that EU actions are illegitimate interventions into domestic affairs. In this paper, therefore, we shed light on whether and under what conditions domestic audiences would support EU sanctions against their own country for failing to comply with norms of democracy and the rule of law. First, we argue that citizens should become less likely to support EU sanctions when their government defends itself, especially if it seeks to shift the blame to the EU (blame effect). Second, this effect should be moderated by which actor identifies and claims the norm violation (source effect). The more independent and legitimate citizens perceive the actor who makes the allegations, the more likely they should accept sanctions against their own country, and the less influential the blame effect should become. We test our expectations by

conducting a survey experiment in the six EU member states Denmark, France, Germany, Spain, Hungary, and Poland. Our preliminary results corroborate our theoretical expectations. The findings imply that the EU should aim for a sanctioning mechanism that anticipates the blaming strategies of affected member state governments.

MiD16 | Organisation and mobilisation of political parties in transition

Organisiert von / Organized by: Dr. Anna-Sophie Heinze (Universität Trier), Prof. Dr. Uwe Jun (Universität Trier)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Arbeitskreis „Parteienforschung“

Chair: Dr. Anna-Sophie Heinze (Universität Trier)

Discussant: Prof. Dr. Uwe Jun (Universität Trier)

Abstract:

Over the past decades, established parties in western democracies have lost trust, members and voters. Since the turn of the twenty-first century, the electoral success of populist parties has further challenged their position of power. Populist parties present themselves as the “true democrats” who represent the interests of “the people”. As a result, they appear – at least on paper – not only with specific policy demands, but with new forms of political organisation and mobilisation, such as a strong movement character, increased grassroots involvement, and new forms of online mobilisation. In order to understand how established parties are organisationally adapting to changing party competition, this panel focuses on:

1) Populist Parties: How are populist parties organised in practice and how do they make decisions? To what extent is power broadly distributed within these parties or centralised in the hands of a small circle of party elites? What instruments do populist actors use to mobilise in the electoral arena – online and offline?
2) Established Parties: To what extent have established parties adapted their political organisation and mobilisation in the light of rising challenger parties? Can similar patterns be observed across different party families? How successful are new, especially digital, instruments for attracting members and voters?
3) Party Democracy: How does the organisational change of individual parties influence party democracies? Is the movement character of some parties an integral part of changing participation behaviour?

Beiträge / Contributions:

European left-wing populism in transition: A comparative approach to the organisational evolutions of Podemos and France insoumise

Vincent Dain (University Rennes 1)

Abstract:

In Spain and France, Podemos and France Insoumise achieved higher scores than those usually obtained by the traditional radical left parties, explicitly using a populist strategy. While their emergence is now increasingly documented, the literature has not yet fully addressed the institutionalisation of these left-wing populist organisations. How have these populist actors, who have built their relative success on a flexible party structure, a digital platform and a discourse valuing the participation of ordinary citizens, stabilised their organization beyond election day?

In this paper, we will show that despite their ideological and strategic proximity, Podemos and France insoumise have adopted different organisational paths. We will use a qualitative approach combining the study of partisan documents with a localised analysis (ethnographic observations and interviews with local leaders) in two regions, Andalusia and Britanny.

First of all, we will show that Podemos has developed an intra-party democracy and adopted territorialised structures partly shaped on the model of established parties, while France insoumise is characterised by the absence of intermediate structures between grassroots members and the centre of the organization, which concentrates the power. Secondly, the localised analysis will enable us to examine in concrete terms the repercussions of these organisational choices on intra-partisan activity. In Andalusia, the mechanisms of internal democracy allowed an opposition current (Anticapitalists) to

maintain the regional leadership of Podemos between 2015 and 2020. In Brittany, the choice of local representatives for France insoumise follows less institutionalised logics, combining appointment by the centre and suggestion by grassroots activists.

Information about the author: Vincent Dain, PhD Student, University Rennes 1/ARENES

Moving beyond the Party? The Movement-ization of Party Organization in Austria, Germany, and Great Britain

Dr. Felix Butzlaff (Institut für GEsellschaftswandel und Nachhaltigkeit (IGN), Vienna University of Economis and Business)

Abstract:

In the contemporary, the notion that parties should be more like movements has become ever more prominent and has led to a variety of new party typologies: from Kitschelt's (2006) and Della Porta et al's (2017) "movement parties" to Almeida's (2010) "social movement partyism". Other scholars emphasized the role of digitalization in creating new citizen-party-links: "connective parties" (Bennett, Segerberg, & Knüpfer 2018), "digital parties" (Gerbaudo 2019a), "platform parties" (Gerbaudo 2019b), or "digital movement parties" (Deseriis 2019). However, the pressure of movement-ization is not limited to emerging party organizations. Since the 1980s, established parties, too, have facilitated more direct forms of individualized membership participation and have reformed their organizational structures to encounter shrinking trust, declining membership and dissolving social milieus.

As adaptive organizations, parties reflect how societies imagine and demand democratic participation, co-determination, and political leadership. Hence, in this paper, I analyze how parties experience and react to changing societal conditions and evolving expectations of members, sympathizers, and voters. In a series of qualitative interviews with party organizers and planners of the social-democratic and conservative party family in Austria, Germany, and Great Britain, I compare how different established parties experience the pressure to "movement-ize" and how parties use different strategies to incorporate shifting demands for democratization, participation and political leadership. By analyzing how parties seek to become movements, we can shed light on how expectations of the democratic in Western liberal democracies are changing and how political parties as key organizations for political representation are affected.

Party organization of PiS in Poland: between electoral rhetoric and absolutist practice

Dr. Bartek Pytlas (LMU München)

Abstract:

The paper analyses the organisation of the Law and Justice party (PiS) in Poland. The case of Law and Justice does not only allow us to explore organisational characteristics of a strongly institutionalized incumbent party which uses populist radical right politics. PiS, we argue, is also an ideal case to explore what such parties might declare and substantively do with regard to their organisational features. Using party documents, press reports, quantitative data and insights of secondary literature based on interviews with activists, we evaluate the extent of PiS's efforts to develop mass-party-related organisation and its centralization in terms of intra-party decision-making. We find that while PiS used overtures to some aspects of mass-party-like organisation for electoral mobilization, the party remained reluctant to actively expand its membership numbers and put seemingly little effort in fostering the integration and social rootedness of its members through everyday intra-party activities. Furthermore, despite attempts to enact organisational reinvigoration, in practice PiS continued to revolve around strongly centralized power structures and, in particular, an absolutist leadership style of the party's long-time Chair, Jarosław Kaczyński. The analysis provides a relevant contribution to exploring the variety and functions of organisational features and appeals within the comparative study of political parties.

Zwischen Europäisierung und Verharrung. Entwicklungsperspektiven europäischer Parteiorganisationen

Enrico Liedtke (Universität Bonn)

Abstract:

Mit zunehmendem Integrationsfortschritt eröffnet das politische System der Europäischen Union Parteien neue Betätigungsfelder und Einflusssphären. Bislang schöpfen sie diese aber nur unzureichend aus. Beim Transfer politischer Handlungsbevollmächtigung auf die europäische Ebene verhalten sich nationale Parteien nach wie vor zurückhaltend. Demzufolge haben sich auch die Europäischen Parteien selbst über den Status von Kooperations- und Koordinationsformaten hinaus kaum weiterentwickelt. Während sich die Fraktionen im Europäischen Parlament zu den zentralen parteipolitischen Akteurinnen auf EU-Ebene gemausert haben, verfügen die außerparlamentarischen Parteiorganisationen kaum über nennenswerte Handlungsmacht. Mit Blick auf lauter werdende Rufe nach Demokratisierung und Politisierung der europäischen Politikgestaltung sind zumindest normative Voraussetzungen und Erwartungen gegeben, das Verharren der Parteien in einer unzureichenden Europäisierung zu beenden.

Damit sind Fragen verbunden, welche Optionen Parteien haben, um sich an Handlungsebenen jenseits des Nationalstaates anzupassen und welche Potenziale in der Europäisierung nationaler Parteien auf der einen und einer verstärkten, konsolidierten Institutionalisierung europäischer Parteienkooperation auf der anderen Seite stecken. Ist es an den nationalen Parteien, ihren Organisationsradius auf eine weitere Ebene auszudehnen – mitunter mittels eines Transfers eigener Handlungs- und Entscheidungskompetenzen? Wie müssen sich die Europäischen Parteien aufstellen, um als Akteurinnen in den Entscheidungsstrukturen der EU nicht nur wahrgenommen zu werden, sondern auch tatsächlich handlungsfähig zu sein und signifikanten Einfluss auszuüben? Und bleibt es bei einem Dualismus zwischen nationalen und Europäischen Parteien oder lässt sich diese organisationspolitische Ambivalenz im Sinne der Logik eines Mehrebenenansatzes gewinnbringend auflösen?

MiD17 | Parliaments as Drivers of Democratization? Contemporary and Historical Cases

Organisiert von / Organized by: Dr. Christina Zuber (University of Konstanz), Dr. Anja Osei (University of Konstanz)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Themengruppe „Vergleichende Parlamentarismusforschung“

Chair: Prof. Dr. Ulrich Sieberer (University of Bamberg)

Discussant: Prof. Dr. Michael Koß (Leuphana Universität Lüneburg)

Abstract:

Parliaments are commonly seen as the “central institutions of democracy” (Beetham 2006), but recent research has shown that the relationship between legislatures and regime types is more complex: parliaments exist in all kinds of regimes, including autocracies. This panel brings together scholars studying contemporary and historical legislatures to assess whether parliaments can foster democratization. Osei, Wali Wali, Akinocho, and Ahlin present original survey data on political, social, and matrimonial relations between members of the national assembly of Gabon. They show that while emerging elite consensus has contributed to the absence of violent conflict, the implications for democratic development must be critically evaluated. Thomas Malang analyses novel data on parliamentary relations between 145 national legislatures from 1990-2017 to investigate whether inter-parliamentary cooperation fosters democratization. He finds that while parliaments in transitional regimes tend to select democratic partners, legislatures in autocracies tend to interact rather with autocratic chambers. Philip J. Howe and Christina I. Zuber assess whether increasing the descriptive inclusiveness of Imperial Austria’s multinational parliament fostered the evolution of the substantive representation of group interests, drawing on unique data on MP characteristics and roll call voting from 1907-1911. Brenda van Coppenolle applies a difference-in difference analysis of the Dutch bicameral legislature in the 19th century to study whether aristocrats were able to use second chambers to perpetuate their political power after democratization. Through its innovative combination of contemporary and historical cases, this panel promises to yield new insights for both democratization research and the field of legislative studies.

Beiträge / Contributions:

Elite Consensus and Political Stability: The Case of Gabon

Dr. Anja Osei (Universität Konstanz), Dr. Christian Wali Wali (Université Omar Bongo Libreville), Hervé Akinocho (Center for Research and Opinion Polls (CROP) Togo), Dr. Ekoutiamé A. Ahlin (Center for Research and Opinion Polls (CROP) Togo)

Abstract:

Power structures and elite interactions have been found to substantially influence the political development of a country. A certain degree of cooperation and consensus between crucial elites is usually seen as a precondition for democracy. By contrast, elite divisions are believed to present an obstacle to democratization and to increase the risk of civil war. Gabon is an especially interesting case in this regard: the small, oil-wealthy Central African nation has remained remarkably stable since independence. This paper uses unique survey evidence collected in the National Assembly of Gabon in 2019 (response rate ≈ 82%) in face-to-face interviews with Members of Parliament. We have thereby gathered comprehensive information about the social and biographical characteristics of political representatives, their discussion networks, previous contacts, friendships, and family relations. Despite a dominant party system, we find a comparatively unified political elite that connects MPs across political parties, regions, and ethnic groups. Facilitated by the small population size of the country, this elite unity is the product of social and matrimonial intra-elite relations, as well as coalition-building,

consensus politics since independence and also control over resource distribution. The case of Gabon therefore allows to critically review theories on elite politics in developing countries.

Legislatures as Channels for Democratic Diffusion: Patterns and Effects

Dr. Thomas Malang (University of Konstanz)

Abstract:

Recent contributions have started to recognize parliamentary cooperation beyond the nation-state as analogous to formal diplomatic activity. Descriptive works so far have shown how parliaments communicate and negotiate with foreign peer chambers, that parliaments try promoting inter-country relations, and that democratic legislatures try to diffuse parliamentary best-practices and democratic norms. Based on formal parliamentary relations between 145 national legislatures from 1990-2017, the paper tries to investigate if these relations have a positive effect on parliaments in anocratic and autocratic regimes. I first investigate the goal selection of all chambers: Do parliaments in non-democratic regimes select democratic chambers and vice-versa? I argue that only parliaments in transitional regimes are allowed and willing to select democratic partners, whereas legislatures in autocracies interact with other autocratic chambers. Secondly, I analyze whether these exchanges have an effect on democratization. Based on a Temporal Exponential Random Graph Model, I find weak evidence for the democratic diffusion effect over time.

The Evolution of Group Representation in a Democratizing Multinational State

Prof. Dr. Philip J. Howe (Adrian College, US), Dr. Christina Isabel Zuber(Universität Konstanz)

Abstract:

Anne Philipps' famous argument about "the politics of presence" suggests that having representatives who mirror their characteristics in parliament enables previously excluded groups to form and articulate political interests. However, whether such descriptive representation also leads to substantive representation, with representatives truly acting in the interest of groups whose characteristics they mirror, is debated. This paper examines the evolution of descriptive and substantive representation in the Imperial Austrian parliament in the late-19th and early-20th centuries. In doing so, it takes advantage of the gradual introduction of universal manhood suffrage in a society with a great diversity of class, ethnic, regional, and religious identities, drawing on two unique datasets: one measuring the group identity claims made by Imperial Austria's parties, the other cataloguing the personal characteristics and voting histories of its elected representatives. Analyzing whether representatives' roll call votes cluster along the lines of party platforms, MP's characteristics or the social composition of their electoral districts, and which is a stronger predictor of MP's voting behavior allows us to establish whether descriptive representation fostered substantive representation. Studying a contemporary question on a historical case enriches the fields of historical democratization studies, as well as the literature on political representation and legislative behavior in contemporary democratizing regimes.

Political Dynasties and Bicameralism: Direct Elections and Democratisation in the Netherlands

Dr. Brenda Van Coppenolle (University of Essex)

Abstract:

Do direct elections reduce political dynasties? Or do they displace dynastic continuation to the non-elected chamber in bicameral systems? Using historical data on family links of Dutch legislators, this paper examines a revolutionary change in selection rules for the chambers of the Dutch bicameral parliament after 1848. Before 1848, there were few differences between legislators across chambers. About seventy percent of either chamber would start a political dynasty. In 1848, in response to revolutionary events elsewhere in Europe, these elites had to adapt unexpectedly quickly to direct elections. After the reform, dynastic perpetuation became less likely in the directly elected chamber,

but more likely in the senate. Dynastic perpetuation decreased after direct elections were introduced, but some dynasties survived in the senate.

MiD18 | Pluralismus, Polarisierung und Weltverlust

Organisiert von / Organized by: Dr. Michel Dormal (RWTH Aachen), Prof. Dr. Winfried Thaa ()

Chair: Dr. Michel Dormal (RWTH Aachen)

Abstract:

Das Panel will aktuelle Entwicklungstendenzen westlicher Demokratien vor dem Hintergrund pluralistischer Theorien der Politik diskutieren. Insbesondere soll der Unterschied zwischen Pluralismus und Polarisierung konzeptionell näher bestimmt und exemplarisch herausgearbeitet werden.

Dem liegt die Annahme zugrunde, dass die in der Kongressankündigung als wesentlich benannte Möglichkeit, „Entscheidungen zu kritisieren und Alternativen öffentlich zu diskutieren", eine einerseits pluralistische, andererseits aber gemeinsame, relativ stabile Öffentlichkeit voraussetzt. Doch was zeichnet gelungene Pluralität aus? In welchen Hinsichten können Gemeinsamkeit und Dauerhaftigkeit erwartet werden? Wie stärkt das Scheitern dessen eine ‚Politik der Feindschaft' und langfristig womöglich autoritäre Lösungsangebote?

Hierzu scheint es naheliegend, die„Klassiker" einer pluralistischen Konzeptionalisierung des Politischen heranzuziehen und etwa Ernst Fraenkels Unterscheidung zwischen kontroversen und nicht-kontroversen Sektoren des Gemeinwesens zu aktualisieren, Claude Leforts Idee einer Integration durch Konflikt auf ihre Mechanismen und inhärenten Grenzen hin zu befragen oder Hannah Arendts Überlegungen zum Weltverlust und zur Rolle von Meinung und Wahrheit auf ihr diagnostisches und normatives Potenzial hin zu prüfen.

In den einzelnen Vorträgen werden folgende Fragen thematisiert: Welche Folgen hat die Verschiebung von Verteilungskonflikten zu solchen um Identitäten und Lebensweisen für die normativen Grundlagen? Welche institutionellen Faktoren ermöglichen oder verhindern die Vermittlung konfligierender Werte und Interessen? Welche Auswirkungen haben polarisierende Formen der politischen Repräsentation? Stehen pluralistische und agonale Demokratietheorien vor diesem Hintergrund eher in einem Ergänzungs- oder einem Abgrenzungsverhältnis? Warum scheint es immer schwieriger, sich überhaupt auf allgemein akzeptierte Tatsachen zu einigen? Wie verändert sich der Wirklichkeitssinn als Voraussetzung politischen Handelns angesichts einer zunehmend fragmentierten Öffentlichkeit (Stichwort: Filterblasen) und neuer Formen technologischer Vermittlung?

Beiträge / Contributions:

Konflikttypen, Bürgerstatus und politische Vermittlung

Prof. Dr. Winfried Thaa

Abstract:

Bereits in den 1980er Jahren behauptete Joachim Raschke eine historische Abfolge von drei Typen des politischen Konflikts, die das jeweilige Politikverständnis in modernen Demokratien geprägt hätten. Er unterschied ein Herrschafts-, Verteilungs- und Lebensweiseparadigma und prognostizierte für letzteres zunehmende Schwierigkeiten der politischen Integration. Auch wenn dieses Schema nicht vollständig aufgeht, so dürfte kaum zu bestreiten sein, dass wert- und identitätsbezogene gegenüber verteilungspolitischen Konflikten an Bedeutung gewonnen haben und sich parallel dazu in den meisten Demokratien eine Tendenz zur politischen Polarisierung und zu moralisierenden Freund-Feind-Unterscheidungen beobachten lässt.

Vor diesem Hintergrund wird der Vortrag mit Hannah Arendt und Ernst Fraenkel zwei Klassiker einer pluralistischen Konzeptionalisierung des Politischen danach befragen, wie sie identitätsbezogene Aspekte politischer Konflikte thematisieren. Auf den ersten Blick scheint Fraenkels Pluralismus auf den Klassenkonflikt fokussiert, während Arendt insbesondere Meinungskonflikte ins Zentrum rückt. Beide bestimmen jedoch als „raison d´être" der Demokratie, „mannigfaltigen gesellschaftlichen Strömungen" (Fraenkel) resp. dem „Faktum der Pluralität" (Arendt) die Möglichkeit zu eröffnen, politisch in Erscheinung zu treten. Es wird zu diskutieren sein, wie weit die jeweils thematisierten Normen und

Verfahren der politischen Vermittlung, insbesondere der hohe Stellenwert des Rechts, des gleichen Bürgerstatus und der (relativen) Stabilität politischer Institutionen, auf identitätsbezogene Konflikte anwendbar sind und welche Anforderungen von da aus an die politischen Kontrahenten zu stellen sind. Diese Erkenntnisse werden abschließend mit agonalen Theorien und deren Vorstellungen zur Einhegung oder Zähmung von Konflikten durch „ein schwaches normatives Band" (Dubiel), einen „gemeinsamen symbolischen Raum" (Mouffe) oder durch „Dialogbereitschaft" (Tully) verglichen.

Pluralität oder Polarisierung?

Prof. Dr. Grit Straßenberger (Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn)

Abstract:

Die zentrale These des „agonistischen Pluralismus" von Chantal Mouffe ist paradox: Danach ist die liberale Demokratie langfristig nur darüber zu stabilisieren, dass das „prekäre Gleichgewicht" (Isaiah Berlin), auf dem diese Ordnung aufruht, durch eine Steigerung und Intensivierung politischer Konflikte auf Dauer gestellt wird. Und dies ist – so die weiterführende Überlegung – nur möglich, wenn der Bereich des Politischen als „Ort von Macht, Konflikt und Antagonismus" auf alle gesellschaftlichen Bereiche ausgedehnt wird.

Die Ausweitung der Kampfzone, für die Mouffe innerhalb ihres gegenhegemonialen Projekts einer Neuerzählung des Liberalismus plädiert, gründet auf der normativen Überzeugung, die liberale Demokratie stelle jene institutionelle Ordnung dar, die in besonderer Weise geeignet ist, eine Zähmung der antagonistischen Struktur des Politischen zu leisten. Wie wird diese Transformation von Feindschaft in Gegnerschaft begrifflich flankiert, konzeptionell entwickelt und institutionell vorgestellt? Und handelt es sich bei dieser Transformation um „Entfeindung"/„Befreundung" oder um „Verfeindung/Vergleichgültigung"?

Der agonistische Ansatz stellt auf eine Politisierung der Gesellschaft ab, vage bleibt allerdings die zentrale Figur der Allianz-Bildung. Diese kann zwar als „Befreundung auf Zeit" verstanden werden, allerdings werden kommunikative Modi der Konfliktbearbeitung – wie etwa Versöhnen, Verzeihen, Versprechen (Hannah Arendt) – kaum entwickelt. Auch eine institutionelle Konkretisierung der konfliktaffinen liberalen Demokratie leistet Mouffe nicht. Offen bleibt damit die Frage nach der Domestizierung des Konflikts. Zudem verschränkt der agonistische Ansatz Pluralität und Polarisierung, ohne die stabilitätspolitische Kehrseite von Polarisierung zu thematisieren: Polarisierung ist ein Mechanismus der Reduzierung von Pluralität, wodurch nicht nur politische Entfremdungsprozesse (weiter) befördert werden, sondern auch eine „Verfeindung" nicht ausgeschlossen werden kann.

Tatsachen, Meinungen, Lügen

Prof. Dr. Helmut König

Abstract:

Das Problem: Unter Bedingungen der Polarisierung und Spaltung und der Feindschaft gibt es kein Argument gegen den Einsatz von Lüge und Täuschung. Beim „organisierten" Lügen ist die Trennung zwischen Täuschung und Selbsttäuschung nicht mehr stabil, wie das beim „einfachen" Lügen der Fall ist. Damit geht das verbindende und gemeinsame Element zwischen den Meinungen: dass sie Meinungen sind, die sich auf eine gemeinsame Welt der Tatsachen beziehen, verloren. Darauf bezieht sich die Diagnose Weltverlust. An den Überlegungen, die Hannah Arendt in ihren beiden Aufsätzen zu Fragen von Wahrheit und Lüge in der Politik entwickelt, kann man diese Zusammenhänge gut durchdenken: Nach Madison beruht Regieren stets auf Meinungen. Meinungen negieren nicht die Tatsachen, sondern bleiben auf sie bezogen. Wohl aber gibt es die Tendenz, Tatsachen in Meinungen aufzulösen. Der Übergang zur Lüge und zum organisierten Lügen ist dann fließend. Die Lüge ist nach Arendt durchaus ein Ausdruck der menschlichen Freiheit. Freiheit des Handelns und Lügen sind verwandt, weil sie bezeugen, dass die Menschen nicht vollkommen den Bedingungen ihrer Umgebung ausgeliefert sind. Aber: Das Lügen ist zugleich eine Form der Ausflucht vor einer enttäuschenden und Unlust bereitenden Realität, und ferner ist sie Ausdruck eines Allmachtsanspruchs. Tatsachen bzw.

Tatsachenwahrheiten bezeichnen prinzipiell die Grenze der Macht und des politischen Handelns, weil sie deren Zugriff entzogen sind. Es gibt diese Grenze aber nicht von Natur aus, sondern sie muss politisch gesichert und garantiert werden, und sie ist deswegen stets gefährdet.

Gemeinsinn und Weltverlust

Dr. Michel Dormal (RWTH Aachen),

Abstract:

Um gemeinsame Entscheidungen zu treffen, müssen wir die Welt trotz unterschiedlicher Standpunkte als etwas wahrnehmen können, das uns gleichermaßen gegeben ist. Diese Voraussetzung scheint derzeit keineswegs selbstverständlich. Davon zeugt nicht nur das vieldiskutierte Phänomen der digitalen ‚Filterblasen'. Vielmehr scheint, durch die Digitalisierung befördert, aber weit darüber hinausgehend, heute ein Politikstil attraktiv, der je nach Opportunität nahtlos zwischen einer Praxis radikal subjektiver Wirklichkeitskonstruktionen (Varianten der ‚Identitätspolitik') und dem objektivistischen Anspruch, Zugang zu einer für andere verborgenen Realität zu besitzen (Verschwörungstheorien, Abkanzeln der Gegenseite als ‚Fake'), changiert. In der Konsequenz erodiert das Grundvertrauen, dass es vielleicht „nicht Wahrheit, wohl aber Wirklichkeit" gibt (Merleau-Ponty 2010: 396).

Im Anschluss an Merleau-Ponty, Arendt und Honig befragt der Vortrag drei Konzeptionen dieses ‚Welt-Sinnes' (seit Kant auch ‚sensus communis' genannt) näher. Merleau-Ponty sah die resonante, sinnliche Bezogenheit auf die Welt als Quelle des gemeinsamen Wirklichkeitsvertrauens an. Wo diese Beziehung „verstummt" (Rosa), stellt sich demnach ein Gefühl der Entwirklichung ein. Für Arendt war der ‚sensus communis' spezifischer an die nur in der Öffentlichkeit mögliche Erfahrung gebunden, dass unterschiedliche Menschen von verschiedenen Standpunkten aus dasselbe erblicken. Dieses Vermögen bleibt politisch vulnerabel: Während Arendt primär die Bedrohung der Pluralität des Erscheinungsraums im Blick hatte, wäre heute eher dessen Fragmentierung zu befürchten. Bonnie Honig hat zuletzt den Schwerpunkt auf die gemeinsamen Dinge als solche, auf die sich Blicke überhaupt richten lassen (die ‚res' der ‚res publica') verschoben. Der Vortrag argumentiert, dass diese drei Konzeptionen zusammen drei verschiedene, aber sich ergänzende Ebenen einer pluralistischen Theorie des ‚sensus communis' und seiner Gefährdungen bilden.

MiD19 | Political Conflicts in Times of Uncertainty and Change (I)

Organisiert von / Organized by: Dr. Kathrin Ackermann (Universität Heidelberg), Prof. Dr. Sigrid Roßteutscher (Goethe-Universität Frankfurt am Main)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Sektion „Politische Soziologie“

Chair: Prof. Dr. Sigrid Roßteutscher (Goethe-Universität Frankfurt am Main)

Discussant: Dr. Kathrin Ackermann (Universität Heidelberg)

Abstract:

The social structure of European societies is undergone profound changes in recent years. Educational expansion, mass immigration, decline of the industrial sector, internal migration to cities, changing gender roles, and overageing are just some of the major dynamics. These transformations are not without consequence: they lead to new inequalities and uncertainty for particular societal groups. The COVID-19 pandemic uncovers these developments very clearly. And not surprisingly, this social change leads to political change. Political conflicts experience a transformation and restructuring. New ideological conflicts arise; existing and new parties situate themselves along these new lines of political conflict. Overall, we can expect that the outlined social transformations change patterns of participation, voting behavior, representation and party competition. Hence, this panel seeks to investigate the changing political conflicts in European societies from different angles. Papers might address for instance the following questions: What kind of reactions do social transformations induce among the political behavior of both, citizens or elites? How does the changing social structure affect political representation? How do different social groups perceive representation in politics and responsiveness? Do processes of societal transformation relate to democratic attitudes? How does social change relate to different forms of political engagement? Under what circumstances do disadvantaged groups in society opt for “voice” and when do they chose to “exit” the political arena? How do political parties react to recent social changes? Beyond these questions, we welcome contributions that explore the changing political conflicts in European societies.

Beiträge / Contributions:

Repräsentationsdefizite unter Bauern und neue Protestformen

Prof. Dr. Rolf G. Heinze (Ruhr-Universität Bochum), Rabea Bieckmann (Ruhr-Universität Bochum)

Abstract:

Seit Ausbruch der Corona-Pandemie hat sich die Protestkultur insofern verändert, als dass kaum noch größere Demonstrationen stattfanden. Nur eine gesellschaftliche Gruppe, die jahrelang nicht besonders durch öffentliche Proteste auffiel, erregt Aufmerksamkeit: die Bäuer*innen. Organisiert wird dieser Protest aber nicht über die traditionellen Agrarverbände, die in der Vergangenheit ein Repräsentationsmonopol besaßen, sondern über neu entstandene Bündnisse. Anfang 2021 setzten sie ihre Protestaktionen für faire Erzeugerpreise und eine höhere Wertschätzung des Berufsstandes fort. Bewegungen wie z. B. „Land schafft Verbindung“ betonen explizit ihre basisdemokratischen Repräsentationspraktiken.

Außer einzelner Medienberichte liegen bislang keine empirischen Analysen zu den Motiven und Strategien dieser Protestnetzwerke vor und deshalb lohnt sich ein Blick aus sozialwissenschaftlicher Perspektive, um die Reichweite und weitere Entwicklungen abzuschätzen. Zur Erfassung der Hintergründe der Sorgen und des Protestes von Bäuer*innen in Deutschland haben wir eine Online-Befragung im landwirtschaftlichen Protestmilieu, qualitative Interviews mit Bäuer*innen sowie eine teilnehmende Beobachtung in den sozialen Netzwerken und Messenger-Diensten durchgeführt. Zentral war dabei die Online-Umfrage, welche Ende 2020 durchgeführt wurde (n=603) und deren Ergebnisse im Vortrag präsentiert werden sollen.

Die Auswertung zu Protest und Engagement zeigen die nachhaltigen Repräsentationsprobleme bei den etablierten politischen Organisationen im Agrarsektor und verweisen zugleich auf die mobilisierende

Wirkung der selbstorgansierten Netzwerke sowie durch digitale Kommunikationskanäle. Die drastische Zunahme von Kommunikationsoptionen bringt neue Mobilisierungs- und Organisierungspraktiken mit sich und erhöht die Distanz gegenüber der Repräsentation durch Verbände und Parteien. Die vielfältigen digitalen Kommunikationsmöglichkeiten erschweren aber die Bildung von Organisationsstrukturen und abgestimmten politischen Strategien.

Education as a new cleavage?

Prof. Dr. Martin Elff (Universität Friedrichshafen), Prof. Dr. Sigrid Roßteutscher (Goethe Universität Frankfurt/Main)

Abstract:

It has often been claimed in recent literature that class voting is in decline due to the increasing salience of cultural issues, which leads to a re-alignment of the working classes with right-wing populism. Stubager (2010; 2013) goes even further and claims that education has become the new structural cleavage. Others (e.g. van der Waal et al. 2007) argue in favour of an analytical decomposition of class: while both income and education are related to class, they show different relations to value orientations and voting. Income continues to be related to the traditional economic left-right dimension (pitting socialist orientations against preferences for free-market capitalism), while education increasingly is related to the social/cultural value dimension (pitting highly educated social liberals against low educated social conservatives and authoritarians). However both strands of the literature agree that these are rather new developments.

(West) Germany is a case that is unique in allowing to test the validity of these notions, in so far as both the social/cultural liberal-conservative dimension as well as the economic socialist/free-market dimension find a sufficiently strong expression in the party system and as a relatively long time series of election study data is available. We make use of these opportunities and by

analyzing a long-term compilation of German electoral studies from 1949 to 2017 and examining the dynamics of change in “socio-economic” voting and “educational voting”, i.e. whether the latter displaces the former and whether these changes are relatively new or the reflection of a long-term process. In addition, with a focus on the most recent elections of 2013 and 2017 we also explore whether and how much class, education and income have contributed to the electoral success of the right-wing “Alternative for Germany” (AfD).

Stubager, Rune. 2010. The Development of the Education Cleavage: Denmark as a critical case. West European Politics 33:3, 505-533.

Stubager, Rune.2013. The Changing Basis of Party Competition: Education, Authoritarian–Libertarian Values and Voting, Government and Opposition, 48/3, 372-397.

Van der Waal, Jeroen; Achterberg, Peter and Dick Houtman. 2007. Class is not dead – it has been buried alive: Class voting and cultural voting in postwar Western Societies (1956-1990). Politics & Society 35:3, 403-426.

Left-authoritarian workers? A closer look at the construction of the two-dimensional political space

Marie Kübler (Institut für Politikwissenschaft, Universität Münster)

Abstract:

Political conflicts in European democracies can no longer be attributed to the traditional left-right axis only. In addition, there is a second, socio-cultural dimension of political conflict. However, not only are different labels used for this axis but also the way it is operationalized differs widely. For example, being culturally conservative can mean being against immigration, sceptical of European integration, opposed to same-sex marriage and to stronger environmental regulation, or in favour of a harsher punishment for criminals. And the way we construct this dimension has consequences for placing citizens and parties in the political space. For example, less well-off citizens are often assumed to hold economically left-wing but culturally conservative positions in contrast to left-libertarian socio-cultural professionals. In

this paper I examine this juxtaposition more closely. I show that the working-class or, more generally, citizens with lower SES do not hold uniformly "left-authoritarian" views, as it is sometimes assumed. This paper thus contributes to the literature in two ways: Firstly, it critically discusses different operationalisations of political conflict dimensions and their consequences. Secondly, this paper empirically examines opinion differences of social classes in a multi-dimensional political space. Using data from the European Election Study in 2019, it tests whether class positions are as distinct as it is often assumed in both the public and the academic discussion.

Polarization or the End of Class Conflict? Public Opinion in Great Britain, Sweden, and the US Over Time

Dr. Svenja Hense (Goethe-Universität Frankfurt)

Abstract:

Social class has longtime been a key concept in political science to predict people's voting behavior or their policy preferences. However, it has come under siege from other sorts of inequalities. Political conflicts, it is argued, are increasingly not about (re-)distribution anymore but about culture and identity and mark differences between genders, cohorts, or between educational groups, but hardly between classes.

The paper proposed here takes a step back and examines empirically whether it is true that the concept of class lost its predictive power over the last decades. It does so by looking at survey data from three countries with arguably very different class structures: the US, Sweden and Britain. Election studies from these three countries are available over 40 years and contain detailed information on respondents' social background but also on a variety of policy issues.

In a first step, the paper examines whether the absolute differences in preferences have become greater over time or if they have decreased. The second step then is to see whether the predictive power of class has diminished.

This study makes three contributions. First, it expands our knowledge about class conflicts to a large number of policies. Second, it puts the frequent talk about (assumed) polarization on empirical grounds. Finally, it helps to decide whether we should turn to socio-economic indicators other than class when studying political conflicts or not.

MiD20 | PVS, ZIB und ZfVP – „Meet the Editors"

Organisiert von / Organized by: Prof. Dr. Eric Linhart (TU Chemnitz), Prof. Dr. Tanja Klenk (Helmut-Schmidt-Universität Hamburg)

Chair: Prof. Dr. Tanja Klenk (Helmut-Schmidt-Universität Hamburg)

Abstract:

Die Politische Vierteljahresschrift (PVS), die Zeitschrift für Internationale Beziehungen (ZIB) und die Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft (ZfVP) zählen zu den wichtigsten deutschsprachigen politikwissenschaftlichen Fachzeitschriften. Alle drei werden von der DVPW bzw. ihren Untergliederungen herausgegeben.

In diesem Panel informieren Redaktionsmitglieder über neuere Entwicklungen dieser Zeitschriften, geben Einblicke in die Redaktionsarbeit und vermitteln Tipps für erfolgreiches Publizieren in den jeweiligen Zeitschriften, insbesondere auch für Wissenschaftler*innen in der Qualifikationsphase. Nach kurzen Impulsen durch die Redaktionsmitglieder steht der Großteil der Zeit für Fragen aus dem Plenum zur Verfügung.

Neben konkreten Fragen soll das Panel auch Diskussionen ermöglichen – z.B. über Formate, die die Zeitschriften anbieten oder anbieten sollten, Verbesserungsmöglichkeiten von Peer-Review-Verfahren, Belastungen von Wissenschaftler*innen durch Aufgaben wie Begutachtungen, die Rolle deutschsprachiger Zeitschriften im internationalen Markt, Chancen von open science und open data und Weiteres.

Beiträge / Contributions:

Prof. Dr. Thomas Diez (ZIB; Universität Tübingen)

Prof. Dr. Hans-Joachim Lauth (ZfVP; Universität Würzburg)

Prof. Dr. Eric Linhart (PVS; TU Chemnitz)

MiD21 | Soft Law als Alternative zu hartem Recht

Organisiert von / Organized by: Prof. Dr. Michèle Knodt (Universität Darmstadt), Prof. Dr. Miriam Hartlapp (Freie Universität Berlin)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Sektion „Policy-Analyse und Verwaltungswissenschaft", Arbeitskreis „Europa- und Regionalismusforschung"

Chair: Prof. Dr. Michèle Knodt (Universität Darmstadt), Prof. Miriam Hartlapp (Freie Universität Berlin)

Discussant: Prof. Dr. Michèle Knodt (Universität Darmstadt), Prof. Dr. Miriam Hartlapp (Freie Universität Berlin)

Abstract:

Staaten, subnationale Akteure und supranationale Institutionen nutzen in der Politikgestaltung soft law, also rechtlich nicht bindende Variante politischer Entscheidungen wie Empfehlungen, Mitteilungen, Leitlinien oder Handbüchern. Dies scheint zunehmend dort der Fall, wo gesellschaftliche Herausforderungen und Krisen politische Reaktionen erfordern. Der Anwendungsbereich solcher Dokumente ist groß – so kann soft law Impulse in der Politikgestaltung setzen bspw. wo Kompetenzen fehlen oder komplexes hartes Recht begleiten. Soft law richtet sich an staatliche Behörden oder direkt an „Endnutzer" und beantwortet praktische Fragen oder nimmt Konkretisierungen vor. Prozedural ist soft law ‚leichtfüßig', oft wird es von wenigen Akteuren verfasst und ist schneller einsetzbar als bindende Rechtsakte. Diese Flexibilität hat allerdings auch Nachteile – Steuerungseffekte sind abhängig von konkreten Rechts- und Verwaltungstraditionen, grundlegende demokratische Prinzipien und rechtliche Standards wie Nicht-Diskriminierung und Rechtssicherheit stehen in Frage. Empirisch sehen wir zunehmend Mischformen, die eher in ein Kontinuum zwischen hard und soft law einzuordnen sind. Vor diesem Hintergrund möchte das Panel soft law als Alternative zu hartem Recht erfassen, konzpetionalisieren, erklären und bewerten.

- Welche Bedeutung hat soft law relativ zu hard law/ im Zeitverlauf/ in unterschiedlichen Politikfeldern? (Erfassung)
- Welche Typen von soft law gibt es/ wie lassen sie sich abgrenzen? (Konzeptionalisierung)
- Warum wird soft law genutzt/ welche Akteure und Interessen sind Befürworter oder Gegner? (Erklärung)
- Welche Konsequenzen hat soft law und wie lässt es sich inhaltlich/ prozedural/ strukturell bewerten? (Bewertung)

Beiträge / Contributions:

Exploring the (In)Significance of Legal Status: Conditional Compliance with the Non-Binding Decisions of the UN Committee against Torture (CAT)

Prof. Dr. Andreas von Staden (Universität Hamburg)

Abstract:

The Committee against Torture's decisions in individual complaints proceedings are legally non-binding. Yet while the record of compliance with human rights treaty body decisions has been characterized as "grim," the CAT's overall rate is, at close to 50%, one of the best. Disaggregating compliance by the type of violated right reveals, however, a lop-sided picture in which decisions related to non-refoulement cases have a compliance rate approximating 80% while that for other violations drops to 10%.

Articulating several explanatory hypotheses grounded in major theories of compliance, I hone in on the significance of legal status, arguing that while CAT decisions may be legally non-binding, they still exert a non-legal, normative compliance-pull effect. This effect, however, interacts with the material and political costs of compliance: When the latter become too big, the former will, by itself, often be too weak to induce compliance.

I explore these relationships using fuzzy-set QCA and a dataset including compliance information for all adverse CAT decisions issued to-date. The analysis reveals, inter alia, that the condition of low

compliance costs is individually (near-)necessary and sufficient jointly with other conditions, such as liberal democracy, for the outcome of compliance, while their absence is broadly sufficient for non-compliance. Juxtaposing the results with the same states' implementation of European Court of Human Rights judgments, I find that the level of compliance with non-binding decisions is comparable only when the costs of compliance are low, while legally binding status appears to be necessary for compliance with more costly adverse decisions.

EU Soft Law in der Arzneimittelregulierung und Lebensmittelsicherheit: Welche Rollen spielen nationale Behörden?

Adam Eick (Freie Universität Berlin), Anne Ausfelder (Freie Universität Berlin)

Abstract:

Die europäische Verbraucherpolitik und Risikoregulierung sind durch eine dichte Regulierung gekennzeichnet. Exekutive Akteure, die Kommission und delegierte Behörden, nutzen dabei zunehmend „Soft Law", um die bestehende Regulierung zu ergänzen. Soft Law bezeichnet eine Reihe verschiedener Instrumente, wie Empfehlungen oder Leitlinien, die keine rechtliche Durchsetzungskraft beinhalten, aber substantielle politische und rechtliche Effekte zeichnen. Die direkten Adressaten dieser Instrumente sind oftmals nationale Behörden, die mit Rechtsdurchsetzung und praktischer Implementation betraut sind.

Aber wann und warum nutzen nationale Behörden Soft Law? Unser Fokus liegt auf der Kompetenzverteilung im EU-Mehrebenensystem und weiteren damit zusammenhängenden Faktoren: Der institutionelle Aufbau des Politikfelds, der Modus der Koordinierung von regionaler, nationaler und europäischer Politik sowie die Spezifika und Funktionen von Soft Law. Wir illustrieren diese Faktoren im Vergleich der behördlichen Anwendung von Soft Law in der Lebensmittelsicherheit und Arzneimittelregulierung. Die beiden Politikfelder ähneln sich in ihren inhaltlichen Teilbereichen, Akteuren und in der Tiefe der Europäisierung und Verflechtung. Doch der Grad der Regulierung und die behördliche Kompetenzverteilung unterscheiden sich. Während z. B. Arzneimittelregulierung strenge Autorisierungsprozeduren vorgibt, fokussiert sich die Lebensmittelsicherheit stark auf das Risikomanagement und –bewertung. Auf europäischer Ebene steht die zentralisierte Autorisierung von Arzneimitteln einer Harmonisierung von Standards im Lebensmittelrecht gegenüber. In Fallstudien kontrastieren wir die Gründe für die unterschiedliche Anwendung von Soft Law in den beiden Politikbereichen auf Grundlage quantitativer Daten zu den Spezifika von Soft (Datenbank „EfSoLaw") sowie von Interviews mit nationalen Experten aus Behörden in Deutschland und Frankreich.

Schlagwörter: EU Soft Law, Mehrebenensystem, Lebensmittelsicherheit, Arzneimittelregulierung

Über Anreize als Ressourcen für die Umsetzung von Soft Law: Wie strukturpolitische Instrumente die höheren Bildungspolitik der EU um eine regionalpolitische Dimension ergänzen

Alina Felder (Universität Bamberg, Bamberg Graduate School of Social Sciences)

Abstract:

Die sogenannten Governance Architekturen der EU wie Europa 2020 lassen vielfältige Schnittstellen aus Politikfeldern entstehen, die zur Wettbewerbsfähigkeit der EU beitragen sollen. Das vorgeschlagene Paper beleuchtet in diesem Kontext zunächst, wie die EU Strukturpolitik und höhere Bildungspolitik durch das Paradigma der Wissensgesellschaft eine gegenseitige Inbezugnahme erfahren. Anschließend wird nachgezeichnet, wie grenzüberschreitende Kooperationen von Hochschulen durch strukturpolitische Instrumente europäisiert werden. Durch die ‚Usages' dieser EU-Instrumente gewinnen regional kooperierende Akteure nicht nur an finanziellen Ressourcen, sondern sie erlangen auch Legitimität als eigenständige Akteure und Wissen über EU Politikgestaltung. Die Anreize der EU zur Kooperation von Hochschulen untereinander lassen somit neue Akteure entstehen, die im komplexen und maßgeblich soften Politikfeld der höheren Bildung auftreten und ihre Interessen vertreten. Der Beitrag ergänzt das Mosaik der EU höheren Bildungspolitik durch eine regionalpolitische Dimension und soll aufdecken, welcher Zusammenhang zwischen dem Soft Law in der höheren Bildungspolitik der EU

und anreizbasierter Politik, die sich an Hochschulen richtet, besteht. Theoretisch-konzeptionell beruht das Paper auf Ansätzen, die Europäisierung als ‚Usage' und ‚ressource empowerment' verstehen. Die Internationale Bodenseehochschule und die Universität der Großregion dienen als Fallbeispiele um vertikale und horizontale Mehrebenenbeziehungen aufzudecken, die aus Politikfeldverschränkungen im Soft Law der EU resultieren und über strukturpolitische Anreizstrukturen das Verständnis von höherer Bildung und der Kooperation in diesem Bereich beeinflussen. Das Paper ist Bestandteil einer Dissertation, die den Einfluss der Regionalpolitik auf Muster der Teilhabe an der Gestaltung der höheren Bildungspolitik der EU untersucht.

Zwischen Soft und Hard Law. Konzeptionalisierung eines Kontinuums

Prof. Dr. Michele Knodt (TU Darmstadt)

Abstract:

Das Paper „Zwischen Soft und Hard Law. Konzeptionalisierung eines Kontinuums" wird einen Beitrag zur Diskussion um die Entwicklung einer härteren Soft Governance leisten. Die In der Erarbeitung einer Konzeptionalisierung wird über die dichotome Unterscheidung in Hard und Soft Law hinausgegangen. In der zum Teil immer noch üblichen Dichotomisierung ist hartes Regieren durch rechtsverbindliche Entscheidungen und deren Durchsetzung gekennzeichnet. Das Hauptinstrument der harten Governance ist die Gesetzgebung. Soft Governance hingegen ist von Natur aus freiwillig, und die üblicherweise verwendeten Instrumente sind Empfehlungen, Leitlinien, Zielsetzungen und die Verbreitung von Informationen (Schmid & Kull, 2005; Deganis, 2006; Anderson, 2015; Mattocks, 2017, Tholoniat, 2010). Die Nichteinhaltung wird nicht sanktioniert. Die Umsetzung von Soft Governance hängt damit in hohem Maße vom Engagement und Willen der Beteiligten ab (de la Porte & Stiller, 2019) und hat oft zu suboptimalen Ergebnissen geführt (Hartlapp, 2009; Linsenmann & Meyer, 2002; Knodt 2019). Dadurch verschwimmen die Grenzen zwischen harter und weicher Governance (Graziano & Halpern 2016), was zu dem Schluss führt, dass es sinnvoll erscheint, statt einer Dichotomie ein Kontinuum von härterer zu weicherer Governance zu verwenden (Linsenmann & Meyer, 2002, Trubek & Trubek, 2005, 2007; Blomqvist, 2018). Daher sollte härtere weiche Governance nicht als hybride Art von Governance konzeptualisiert werden, sondern unterschiedliche Härtegrade kategorisiert werden (Abott et al., 2000, Falkner et al., 2005, Trubek & Trubek, 2005, 2007). Das Paper wird ein Kriterienset wie u.a. der Kriterien der Präzisierung, der Rechtfertigung oder Sanktionierung, mit unterschiedlichen Ausprägungen entwickeln. Die Konzeptionalisierung wird am Beispiel der europäischen Energiepolitik einem ersten empirischen Test unterzogen.

MiD22 | Steckt Konstruktives im Konflikt? Demokratie und Protest im Spiegel der Nachhaltigkeit

Organisiert von / Organized by: Emily Drewing (Universität Siegen), Julia Zilles (Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Arbeitskreis „Soziale Bewegungen“;

Chair: Emily Drewing (Universität Siegen), Julia Zilles (Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen)

Discussant: Dr. Julia-Lena Reinermann (Fernuniversität Hagen)

Abstract:

Ohne das Corona-Virus hätte Deutschland seine Emissionsziele für das Jahr 2020 wohl verfehlt; durch den Lockdown im Frühjahr 2020 kam es jedoch zu wesentlichen Emissionssenkungen. So brachte die Pandemie

immerhin auch die Erkenntnis, dass sich der Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase innerhalb kurzer Zeit stark absenken lässt – und dass individuelle Verhaltensänderungen dabei tatsächlich eine zentrale Rolle spielen können. Die Durchschlagskraft der Exekutive im Kontext der Krisenbewältigung macht Manchen Hoffnung für die kaum weniger drängende Adressierung der Klimakatastrophe. Indes stoßen die oft kurzfristig beschlossenen und implementierten Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie bisweilen auf erheblichen Widerstand. Und auch weit langfristigere, weniger unmittelbar in den individuellen Lebenswandel eingreifende Vorhaben sind Gegenstand von Konflikten im Zeichen der Nachhaltigkeit – von Autobahnen und Radwegen über die Errichtung neuer Windenergieanlagen und Stromtrassen bis zu Kohleausstieg und Endlagersuche für radioaktiven Abfall. So lassen einerseits die Tragweite und Unaufschiebbarkeit zeitgenössischer Krisen eine Politik der (nachhaltigen) großen Würfe angebracht, ja beinahe alternativlos erscheinen. Andererseits gilt es in Demokratien, den gesellschaftlichen Rückhalt insbesondere im Kontext tiefgreifender Veränderungen nicht zu verlieren. Dies erfordert vielfach

weit mehr als die bloße Toleranz einschlägiger Maßnahmen – und es sind denn auch viele Proteste keineswegs nur durch die Abwendung (antizipierter) eigener Nachteile motiviert. Vor diesem Hintergrund begrüßen wir insbesondere, aber nicht ausschließlich

- empirische Beiträge zu konstruktiven Aspekten von Konflikten und Protesten im Kontext zeitgenössischer Bestrebungen um Klimaschutz und Nachhaltigkeit
- konzeptionelle Überlegungen zum Spannungsfeld Demokratie und Nachhaltigkeit sowie
- explorativ-konzeptionelle oder auch experimentelle Arbeiten zu (neuen) Formen des Umgangs mit (Nachhaltigkeits)Konflikten in Demokratien.

Beiträge / Contributions:

„Öko-Solidarismus“, Klimapolitik und die Rolle des Konfliktes in der Nachhaltigkeitstransformation „von unten“

Dr. Ricardo Kaufer (Universität Greifswald)

Abstract:

Anarchistische Umweltschutzbewegungen, z.B. Hambi bleibt! (Kaufer/Lein 2020), the Animal Liberation Front (ALF), Earth First!, die Earth Liberation Front (ELF) (Molland 2006; Loadenthal 2013, 2014; Williams 2009a: 341, 2017: 7) und die Aktivisten_innen der Zone A Défendre (ZAD) in Notre-Dame-des-Landes, setzen auf einen gesellschaftlichen Bewusstseinswandel und eine Veränderung der Staatstätigkeit durch den Einsatz direkter Aktionsformen ohne die Nutzung institutionalisierter Politik. Zu den Aktionsformen zählen Sitzblockaden, Waldbesetzungen, die Zerstörung von Infrastruktureinrichtungen oder die Befreiung von Tieren aus Intensivtierhaltungsanlagen. Diese Präferenz für direkte Aktionsformen vereint zudem anarchistische und nicht explizit anarchistische Umweltbewegungen, wie Ende Gelände (Sander 2017), Extinction Rebellion (Extinction Rebellion

Hannover 2019) oder Zucker im Tank. Für alle diese Umwelt- und Klimaschutzbewegungen ist eine Nachhaltigkeitstransformation nur durch eine unmittelbare und sofortige Unterbrechung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Status Quo möglich. Dementsprechend nutzen diese Umweltbewegungen Narrative des Notstandes, der Krise und der zeitlichen Zwänge auf Grund des Klimawandels und anderer Umweltprobleme. In dieser Logik kann die Nachhaltigkeitstransformation nur auf dem Weg des Konfliktes und der direkten Konfrontation mit den Gegner_innen einer Nachhaltigkeitstransformation gelingen. Allerdings beinhalten die Diskursstrategien der benannten Umweltbewegungen neben einer konfrontativen Konfliktstrategie auch ein konstruktiv solidarisches Moment. Dieses besteht in der Betonung des gemeinsamen Kampfes gegen Umweltzerstörung mit den vulnerabelsten Gruppen der Weltgesellschaft. Im Sinne dieses Öko-Solidarismus werden ideelle und praktische Bündnisse mit den am stärksten vom Klimawandel betroffenen Gemeinschaften skizziert und entworfen. Die Idee der ökologischen Solidarität wird innerhalb eines globalen Netzwerks von (anarchistischen) Aktivisten_innen entwickelt und ist zentral für diese Nachhaltigkeitspolitik "von unten". Der vorliegende Beitrag beantwortet deshalb folgende Fragen:

- Was ist "Öko-Solidarismus"?
- Wie framen öko-anarchistische und andere Umweltbewegungen den "Öko-Solidarismus"?
- Welche konflikttheoretischen Konzepte liegen den Bewegungen für eine Nachhaltigkeitstransformation "von unten" zu Grunde?

Um diese Fragen zu beantworten, werde ich das Konzept des "Öko-Solidarismus" und seine zentralen Elemente vorstellen und hierfür die Veröffentlichungen von öko-anarchistischen und nicht explizit anarchistischen Bewegungen inhaltsanalytisch auswerten. Weiterhin werde ich die Veröffentlichungen aktueller Umweltbewegungen hinsichtlich ihrer Konfliktvorstellungen auswerten und die Ergebnisse in die Literatur zu sozialen Bewegungen einordnen. Der Beitrag trägt damit zum Verständnis gegenwärtiger Umweltbewegungen und ihrer Diskurs- und Konfliktstrategien bei. Auch wird der Öko-Solidarismus, welcher sowohl eine Form der Kampf-Solidarität als auch eine (zu entwickelnde) Norm eines Programms einer global umweltgerechten und nachhaltigen Entwicklung im 21. Jahrhundert ist, vorgestellt.

Eine quantitative Annäherung an Konflikte im Zuge des Windenergieausbaus

Sabrina Glanz (Ruhr-Universität Bochum), Dr. Anna-Lena Schönauer (Ruhr-Universität Bochum), RamonaDrossner (Ruhr-Universität Bochum)

Abstract:

Der Ausbau von Windenergie ist ein zentraler Baustein der Energiewende in Deutschland und gleichzeitig Auslöser zahlreicher lokaler Konflikte. So wird der lokale Widerstand auch als ein Hauptgrund dafür gesehen, dass der Ausbau von Windenergie in den letzten Jahren ins Stocken geraten ist. Widerstände aus der Bevölkerung erschweren die Umsetzung der politischen Ziele der Energiewende, mit denen die Transformation in eine nachhaltigere Gesellschaft gelingen soll. Die Untersuchung der Proteste und Widerstände ist daher ebenso notwendig wie die Entwicklung und Prüfung geeigneter Instrumente, um auf diese einzugehen und den Ausbau regenerativer Energien weiter voranzutreiben. Dies wirft die Fragen danach auf,

1. unter welchen Umständen Planungsverfahren zum Ausbau von Windenergie weitestgehend ohne lokale Widerstände verlaufen oder in langanhaltenden Konflikten münden,
2. wann Konflikte zum Scheitern eines Projekts oder zu dessen Umsetzung führen und
3. inwiefern (dialogorientierte) Beteiligung zur Vorbeugung oder zu einem konstruktiven Umgang mit Konflikten beiträgt?

Konflikte um Windenergie waren bereits Gegenstand umfassender empirischer Untersuchungen, jedoch überwiegend mit qualitativem Charakter. Eine quantitative Annäherung an Gelingens- und Hemmnisfaktoren beim Ausbau von Windenergie und insbesondere die Bewertung der Rolle von dialogorientierten Beteiligungsverfahren im Planungsprozess steht bislang aus. Der Vortrag soll einen Beitrag zur Beantwortung der aufgeworfenen Fragen liefern. Hierzu werden Analysen auf Basis einer Datenbank durchgeführt, in welcher Windenergieprojekte mit Fokus auf (dialogorientierte) Beteiligung

mittels Desktop-Recherchen und Big Data Analysen erfasst wurden. Die Datenbank bietet somit die Möglichkeit, über Einzelfälle hinaus Proteste und Beteiligungsverfahren beim Windenergieausbau unter Einbezug sowohl technischer, als auch sozialräumlicher Aspekte zu analysieren und eine Systematisierung von konstruktiven und destruktiven Variablen der Konflikte vorzunehmen.

Energiekonflikte und Demokratiekrise. Die Grenzen der Deliberation und radikaldemokratische Alternativen

Dr. Timmo Krüger (Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg)

Abstract:

Energiekonflikte sind zunächst einmal eine Reaktion auf die Ausgestaltung der Energiewende und wirken auf diese zurück. Darüber hinaus sind sie Effekt und Mitproduzent der in der Gesellschaft verhandelten Vorstellungen von Demokratie. Ihre demokratiepolitische Bedeutung zeigt sich darin, dass sie oftmals Kristallisationspunkte sind für Auseinandersetzungen darum, welche Interessen als legitime Gemeinwohlinteressen anerkannt werden. Von Seiten der Bundesregierung werden regelmäßig Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit sowie Klima- und Umweltschutz als vermeintlich gleichberechtigte Gemeinwohlziele der Energiewende postuliert. Zwar gibt es durchaus harte Konflikte um Politikinstrumente, in denen es zu de facto Ziel-Priorisierungen kommt. Allerdings bleibt eine Auseinandersetzung um explizite Ziel-Priorisierungen aus. Daraus ergeben sich Probleme, sowohl was das Gelingen der Energiewende selbst als auch was die Effekte auf die politische Kultur betrifft. So kommt es verstärkt zu Konflikten um die Umsetzung der Energiewende, in denen die Auseinandersetzungen um ihre Ziele ausgetragen werden. In den Energiekonflikten zeigen sich Phänomene einer Demokratiekrise, die auf der Ebene der Verhandlungen um konkrete Energieprojekte nicht produktiv bearbeitet werden können. Konkret manifestiert sich das in Phänomenen der Legitimations- und Repräsentationskrise sowie in der Verknüpfung von Kritik an der (Umsetzung der) Energiewende mit der Ablehnung pluralistisch-demokratischer Institutionen. Die These des Vortrags lautet, dass die Tendenzen einer Demokratiekrise durch eine einseitige Orientierung am deliberativen Demokratiemodell – bei gleichzeitig mangelhafter Umsetzung desselben – tendenziell verstärkt werden. Aus radikaldemokratischer Perspektive läge der Schlüssel für eine konstruktive Bearbeitung sowohl der klima- als auch der demokratiepolitischen Herausforderungen darin, die Konfrontation zwischen konkurrierenden Energiewende-Visionen zu forcieren und in einer Weise zu organisieren, die mit einem pluralistischen Verständnis von Demokratie kompatibel ist.

Konflikte als Hoffnungsträger für nachhaltige Entwicklung? Überlegungen am Beispiel von Konflikten um energetische Sanierung.

Prof. Dr. Katrin Grossmann (FH Erfurt)

Abstract:

In dem Bemühen, antidemokratische und populistische Tendenzen, gesellschaftliche Spaltungen und Mobilisierungen zu erklären, steigt das Interesse für Konflikte. In der Migrationsforschung werden Konflikte unter dem Stichwort „Integrationsparadox“ als Zeichen gelingender Integration diskutiert, in der Konflikttheorie gelte sie seit Jahrzehnten als Motor gesellschaftlichen Wandels, über die Figur des Agon (Mouffe) sind sie in letzter Zeit zum Hoffnungsträger einer Wiederbelebung des Politischen geworden.

Nur in der Nachhaltigkeitsforschung sind Konflikte sind Konflikte interessanterweise nicht prominent. Hier dominiert (im politischen Diskurs noch mehr als im akademischen) noch immer die Suche nach der Mitte der sich überschneidenden Nachhaltigkeitskreise, nach dem Zauber konfliktfreier win-win-Lösungen. Der Beitrag diskutiert am Beispiel der Konflikte um energetische Sanierung, welchen Gewinn eine Konfliktperspektive auch für die Nachhaltigkeitsforschung haben kann. Es wird gezeigt, dass Konflikte normal und erwartbar sind, dass sie erlauben, Zielkonflikte zu erkennen, nicht repräsentierte Perspektiven zu artikulieren, ungerechte Folgewirkungen ökologsicher Politiken (oder andersherum) zu identifizieren und politisch oder administrativ zu adressieren.

Ob daraus ein normativ verstandenes „konstruktives Moment“ erwächst, soll und muss offen bleiben, denn ein wesentliches Merkmal von Konflikten ist, dass sie nicht instrumentalisierbar sind. Ein positivistischer Blick auf Konflikte ist aus radikaldemokratischer Sicht (u.a. Marchardt) nicht angemessen. (Nachhaltigkeits-)konflikte könnten nur konstruktiv auf ein vorgegebenes normatives Ziel hin sein, doch fordern auch sie auch die Zielorientierungen nachhaltiger Entwicklung heraus - und damit das Verständnis von Nachhaltigkeit. Daher ist eine Wertung ihrer Rolle nicht möglich – und auch nicht nötig.

MiD23 | Surveying Ethnical, Soc. & Political Minorities: Chances & Pitfalls of Innovative Approaches

Organisiert von / Organized by: Bernd Schlipphak (Universität Münster), Richard Traunmüller (Universität Mannheim)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Sektion „Methoden der Politikwissenschaft“

Chair: Prof. Dr. Bernd Schlipphak (Universität Münster), Prof. Dr. Richard Traunmüller (Universität Mannheim)

Discussant: Dr. Carina Cornesse (Universität Mannheim)

Abstract:

In increasingly pluralized society, the attitudes and behavior of specific minorities become an ever more interesting topic for social science researchers. Yet, in contrast to their increasing relevance, collecting data on minorities' attitudes and behaviors is highly challenging out of divergent reasons. Some of the minorities of interest are too small in numbers to adequately include them into standard sampling procedures, while other minorities simply cannot be reached or refuse to participate in any data collection effort. While both problems may coincide – as for some groups of religious minorities, e.g. –, the non-response problem is especially important for citizens that distrust political and social elites, such as citizens with higher levels of populism and political radicalism or participants in social movements like 'Querdenken'. Obviously, these problems in collecting survey data restrain us in finding answers to pressing questions of societal cohesion and political representation.

In this panel, we hence aim to shed some answers on how survey research could and should react to these data collection problems. What may be methodological solutions to survey minorities of different kinds in a way that allows for valid and reliable analyses? We hence invite papers that tackle these questions by outlining potential chances and pitfalls of approaches targeting these problems.

Beiträge / Contributions:

What does European survey research know about migrants and ethnic minorities in times of crisis? Identifying research strengths and gaps with the survey metadata of the EMM Survey Registry

Dimitri Prandner (Johannes Kepler University of Linz), Anikó Bernat (TARKI Social Research Institute), Laura Morales (Sciences Po, CEE & LIEPP, CNRS), Ami Saji (Sciences Po, CEE, CNRS), Johannes Bergh (Institute for Social Research, Oslo), Mónica Méndez Lago (Centro de Investigaciones Sociológicas)

Abstract:

Over the last 20 years several crises have shocked societies around the world – such as the 9/11 terrorist attacks in 2001 and the on-going covid-19 pandemic that began in 2020. Many of these developments have had a profound impact on the migration patterns in many European countries, as well as the societal positions of ethnic minorities and migrants (EMM) in these nations. Accordingly, the social sciences and political science in particular has had to tackle these topics and generate new data for analysis. However, what aspects were covered in this research? What issues – e.g. forced migration, religion, participation – could be identified and which issues were potentially neglected?

This paper analyses in detail the survey metadata from 865 surveys, conducted between 2000 and 2020 in 20 European countries, to identify the strengths and weaknesses of survey research studying EMMs, particularly during times of crises. Therefore, we will discuss how geographical and temporal issues have influenced the employed research designs, the quality of data and documentation, as well as access to hard to reach populations. We will then use our findings to formulate recommendations for improving survey research on EMMs in the future and for coordinating new surveys that would enhance and build on existing comparative research.

The survey metadata used in our paper will be retrieved from the EMM Survey Registry, which is a free online tool co-produced by COST Action 16111 Ethmigsurveydata and SSHOC.

Comparing Different Approaches for Sampling Portuguese Migrants and Their Descendants in Germany

Dr. Mariel Leonard (German Center for Integration and Migration Research (DeZIM)), Dr. Sabrina Mayer (German Center for Integration and Migration Research (DeZIM) & University of Duisburg-Essen), Dr. JörgDollmann (German Center for Integration and Migration Research (DeZIM) & Mannheim Center for European Social Research (MZES), University of Mannheim)

Abstract:

Individuals with a migration background and other minorities are considered “hard-to-reach” or hidden populations due to their small numbers. This hinders opportunities to study their daily life, experiences, and attitudes. Relying on name-based procedures (onomastic classification) is currently considered the gold standard; however, onomastic classification is cost-intensive and relies on a large pre-qualifying sample in order to identify a sufficient number of members of small groups. Furthermore, it has been shown to systematically miss well-integrated individuals. Currently, several other approaches have been developed but have not yet been tested systematically against each other.

Our research aims to close this gap with a project targeting Portuguese migrants and their children (i.e., 1st and 2nd generation) in Germany. While Portuguese Germans are geographically concentrated in the German states of Nord Rhein-Westphalia and Baden-Württemberg, the population is relatively small (under 200,000 individuals) and varies greatly with respect to age, length-of-residence in Germany, reason for migrating, degree of integration, and other important characteristics.

In addition to onomastic classification, we test the efficacy and representativeness of three other methods: (web) respondent-driven sampling, social media-based convenience sampling, and center (time/location) sampling. We evaluate these methods based on their cost-effectiveness in providing a representative sample of Portuguese Germans. We test cost-effectiveness against a probability-proportionate-to-size sample of Germans of all ethnicities and representativeness of the samples against the German Microcensus. Our paper will provide an overview of our implementation of each method, including the strengths and weakness of each; our evaluation criteria; and preliminary results.

Reaching small and dispersed target populations through Social Networking Sites

Dr. Steffen Pötzschke (GESIS - Leibniz Institute for the Social Sciences), Dr. Bernd Weiß(GESIS - Leibniz Institute for the Social Sciences)

Abstract:

Surveying small sub-populations, such as ethnic minorities, is one of survey research’s long-standing methodological challenges. The survey recruitment of hard-to-reach populations through social networking sites (SNS), and particularly through Facebook’s and Instagram’s targeted advertising capabilities, is a promising approach that allows to tackle this issue. During the last years it received growing attention and has, for example, been successfully used to survey migrants (Pötzschke & Braun, 2017), LGBTQ populations (Kühne & Zindel, 2020), supporters of conspiracy myths (Iannelli et al., 2018), and sympathizers of specific political parties (Jäger, 2017).

In this contribution, we will start with an introduction to survey sampling via SNS, mainly building on preliminary results of the German Emigrants Overseas Online Survey (GEOOS). We will show how advertisements on Facebook and Instagram can be employed to reach and subsequently survey emigrants on a global scale. Within a field period of only four weeks (August-September 2020) and using a sampling budget of under 2,500€, this study collected data on more than 3,500 Germans in over 140 countries, including regions which were not well covered by previous surveys. We, furthermore, investigate to which degree the surveyed emigrants could have been reached with established methods and discuss data quality issues. In a second part, we build upon our experiences of the GEOOS project to provide an outlook on a planned research project in the area of migrant research. More specifically,

we will discuss the potential of SNS recruitment to reach specific minority migrant groups within Germany.

Sensitive Measurements? Investigating Extremism Among Minorities in Europe Using Experiments and Implicit Association Tests

Dr. Mujtaba Ali Isani (University of Mannheim), Prof. Dr.Marc Helbling (University of Mannheim), Dr. Jungkunz Sebastian (University of Duisburg-Essen)

Abstract:

Are Muslim minorities in Europe more extremist than native groups? Previous research has shown Muslims in Europe to be more fundamentalist but also more trustworthy towards government and international institutions. Combining literature on extremism and minority groups within Europe, we argue that extremists can be differentiated from non-extremists, among native as well as minority groups, through their rejection of democratic values. We empirically test our argument by collecting data from Germany, the Netherlands and the United Kingdom using surveys, experiments and implicit association tests. To our knowledge, extremism among minority as well as native groups in Europe has not been measured implicitly in prior research. Since the measurement of extremism is highly subject to social desirability bias, our techniques shall help illuminate the true amount of extremism within society. Only perhaps then can we calculate a more accurate difference in extremism between minorities and native groups. Based on prior results, we expect Muslims to be more extremist than native groups but our new measurement techniques may aid in depicting a different picture. In conclusion, we shall discuss the methodological implications of our research.

MiD24 | Transformation des Politischen. Neue Perspektiven der radikalen Demokratietheorie

Organisiert von / Organized by: Dr. Karsten Schubert (Universität Freiburg), Lucas von Ramin (Universität Dresden)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Arbeitskreis „Konstruktivistische Theorien der Politik", Arbeitskreis „Politik und Recht", Arbeitskreis „Politik und Kultur", Themengruppe „Populismus"

Chair: Dr. Lucas von Ramin (Universität Dresden),

Discussant: Dr. Karsten Schubert (Universität Freiburg)

Abstract:

Die 2010er Jahre sind ein düsteres Jahrzehnt für liberale Demokratien: Der enorme Machtzuwachs von rechtspopulistischen Parteien und Tendenzen des Autoritarismus stellen den liberaldemokratischen Konsens in Frage. Die radikalen Demokratietheorien heben die grundsätzliche Konfliktualität und Kontingenz des Politischen hervor und haben sich insbesondere für die Analyse und Kritik von Entpolitisierungsprozessen im westlichen Parlamentarismus bewährt. Sie prognostizierten, dass die aus der alltäglichen Politik verdrängten Konflikte in Form fundamentalistischer Opposition zum demokratischen Projekt einen Weg bahnen würden. Im Zuge der politischen Entwicklungen der 2010er Jahre ist eine solche Dynamisierung des Politischen eingetreten, die allerdings aber nicht nur linke und ökologisch motivierte Bewegungen umfasst, sondern insbesondere den Rechtspopulismus. Dies wirft die Frage auf, inwieweit Theorien der Radikaldemokratie noch helfen, emanzipative und widerständige Politisierung zu beschreiben und zu unterstützen. Denn einerseits scheint sich der Theoriekorpus durch die Entwicklungen zu bestätigen und wird deshalb dringend für Analysen der Gegenwart gebraucht, andererseits zeigt sich angesichts der zunehmenden Attacken auf die liberale Ordnung auch seine normative und politik-praktische Hilflosigkeit: Ist es noch zeitgemäß, die liberale Ordnung zu dekonstruieren, wenn sie ohnehin von einem ungleich mächtigeren Gegner von rechts in Frage gestellt wird, der versucht, die autoritäre Wende durch den gezielten Abbau liberaler Institutionen zu vollziehen? Wie positionieren sich die radikaldemokratischen Theorien zu parlamentarischen Institutionen und Rechtsstaatlichkeit? Können sie ihrer radikalen Normativität nur treu bleiben, wenn sie jegliche Herrschaftsstrukturen kritisieren, oder braucht eine realistische radikaldemokratische Theorie einen affirmativeren Begriff von liberalen Institutionen? Durch die Verhandlung dieser Fragen soll das Panel Ansätze zur Aktualisierung der radikalen Demokratietheorie für die 2020er Jahre entwickeln.

Beiträge / Contributions:

Ein metatheoretischer Blick auf radikale Demokratietheorien

Dr. Sabrina Zucca-Soest (Helmut-Schmidt-Universität, Hamburg)

Abstract:

Liberale Demokratien und die hiermit verbundenen verfassungsstaatszentrierten Legitimationsstrategien werden aktuell grundsätzlich in Frage gestellt. In einer globalisierten und hochfragmentierten Welt geschieht dies von außen, wie durch ein erstarken von Autoritarismus und Populismus von innen. Der liberal-demokratische Verfassungsstaat bezieht seinen Geltungsanspruch aus einem vormals konsentierten und selten hinterfragten Legitimitätskonstrukt. Gerade hier greifen radikale Demokratietheorien an, wenn sie auf die Notwendigkeit einer emanzipativen Politisierung verweisen. Auch theoretisch stellt sich hier die Frage, ob radikale Demokratietheorien als Heilung oder große Gefahr für die vielbesprochene „Krise der Demokratie" wirken können. Den neuralgischen Punkt bildet hier die Begründungsfähigkeit, die Legitimität, von demokratischen Ordnungen. Legitimität kann entweder im Sinne des faktischen Vorliegens einer zustimmenden subjektiven Einstellung gegenüber Normen und kollektiv verbindlichen Entscheidungen auf Seiten der an einer politischen oder sozialen

Ordnung Beteiligten verstanden werden (deskriptiver Zugang, ex post) – oder aber als Fähigkeit eines in besonderer Weise gestalteten Regelsystems, eben diese Zustimmung hervorbringen zu können (präskriptiver Zugang, hypothetisch-antizipierend). Auch radikale Demokratietheorien müssen sich auf dem Spannungsbogen von deskriptiver und präskriptiver Begründungslogik positionieren. Denn auch in der radikalsten Variante einer Demokratietheorie besteht die Notwendigkeit einer Rückkoppelung von empirischen, normativ gehaltvollen Sachverhalten an die sie begründenden, normativen Grundprämissen. Dieser metatheoretische Blick auf radikale Demokratietheorien soll helfen ihre emanzipatorische Kraft, sowie die Bedingungen für ihren Geltungsanspruch neu zu beleuchten.

Radikale Demokratietheorie zwischen Theorie und Praxis

Katharina Liesenberg (Technische Universität Darmstadt)

Abstract:

Kritische Theoriebildung steht im Angesicht multipler gesellschaftlicher Krisen vor der Frage ihrer eigenen praktischen Relevanz. Theorien radikaler Demokratie ermöglichen die kritische Kontestation bestehender Herrschaftsverhältnisse, scheinen aber unfähig solche Erkenntnisse auch anschlussfähig für die politische Praxis zu machen. Dennoch mangelt es an einer Auseinandersetzung mit politischen Institutionen, ebenso fehlt es an Übersetzbarkeit von Theorie und Praxis. Unter Bezugnahme auf Jacques Rancière, John Dewey und Iris Marion Young werde ich im Folgenden zunächst darstellen, welchen In- und Exklusionslogiken politische Institutionen und Praktiken folgen (1). Dass Institutionen auch exkludierend wirken, darf jedoch radikale Theoriebildung nicht davon abhalten, einen Ordnungsbegriff auszubilden. Ein Verständnis von Ordnung ermöglicht Handlungsmacht nicht nur individuell, sondern auch kollektiv fassen zu können (2). Es wird gezeigt, dass Verschiebungen zwischen Privat und Öffentlich konstitutiv für Politik und Politisches sind und Institutionen hierauf reagieren müssen (3). Um den aktuellen politischen Herausforderungen gerecht zu werden, muss schließlich (4) auf die Materialität gesellschaftlicher Zustände und die Hintergrundbedingungen des Kapitalismus (Fraser/Jaeggi 2020) eingegangen werden. Im Anschluss an Dewey und Young werden Ordnungsstrukturen theoretisch plausibel gemacht, die solchen materiellen Lebensbedingungen praktisch gerecht werden. Experimentelle Ordnungsstrukturen, die Raum für Demokratie als Erfahrung und Lebensform lassen (Dewey), ebenso wie sie Machtverhältnisse gängiger Vergesellschaftung (Young) berücksichtigen (5), sind notwendiger und essentieller Bestandteil einer praxis-bezogenen kritischen Theorie. Es wird zusammenfassend gezeigt, dass eine solche Herangehensweise erfordert über poststrukturalistische Analysen hinauszugehen und mit Dewey den demokratischen Sozialismus als radikalste aller freiheitlichen Organisationsformen in radikale Theoriebildung zu integrieren.

Radikale Demokratietheorien unter Normalisierungsdruck?

Prof. Dr. Oliver Flügel-Martinsen (Universität Bielefeld)

Abstract:

Radikale Demokratietheorien (RDT) haben sich gegenüber konventionellen Ansätzen wie liberalen oder deliberativen Demokratietheorien als ein neuerer Ansatz etablieren können. Diese zunehmende Aufmerksamkeit verdanken sie aber nicht nur anderer in-haltlicher Positionen wie der Betonung von Konflikt und Dissens, sondern auch dem Umstand, dass sie sich gegenüber normativen Demokratietheorien durch eine andere konzeptionelle Ausrichtung auszeichnen: Während normative Demokratietheorien üb-licherweise auf die Begründung von Demokratiemodellen zielen, betonen viele RDT die befragende Kritik bestehender Ordnungen.

Wie in der Panel-Ausschreibung hervorgehoben wird, scheinen sie mit dieser Position dann in eine ambivalente Situation zu geraten, wenn Kritiken an den Institutionenord-nungen liberal-demokratischer Regierungssysteme zur Regel werden – aber eher durch rechte als linke Bewegungen erfolgen, die die Semantik der Demokratie kapern, während sie pluralistisch-demokratische Praxen zu unterminieren suchen. In jüngerer Zeit werden deshalb zunehmend Stimmen laut, die eine radikaldemokratische

Institu-tionentheorie fordern und damit die Forderung verbinden, dass RDT nicht im Modus der Kritik verharren können.

Ich werde argumentieren, dass sich diese Forderungen nach einer Institutionentheorie zu einem Normalisierungsdruck auf RDT entwickeln. Lassen diese sich darauf ein, lau-fen sie Gefahr, die Maßstäbe normativer Demokratietheorien anzuerkennen und dadurch ihre kontingenztheoretische Offenheit einzubüßen, die ihre Radikalität erst eröffnet. Das heißt nicht, dass RDT eine feindliche Haltung gegenüber Institutionen einnehmen müssen. Sie verlieren aber ihre Radikalität, wenn sie sich zur Begründung von Institutionen verpflichten lassen. Die demokratische Praxis, die RDT betonen, muss deshalb eine der radikalen Befragung bleiben. Von rechten, pseudodemokratischen Kritiken an Institutionenordnungen unterscheiden sich RDT durch die Offenheit, die zu einer andauernden Infragestellung der eigenen Prämissen führt.

MiD25 | Transform. governance in the face of crisis? Assessing policies in the agri-food policy domain

Organisiert von / Organized by: Prof. Dr. Jale Tosun (Institute of Political Science, Heidelberg University), Dr. Colette S. Vogeler (Institute of Comparative Politics and Public Policy, TU Braunschweig)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Sektion „Politische Ökonomie", Arbeitskreis „Umweltpolitik / Global Change"

Chair: Prof. Dr. Jale Tosun (Institute of Political Science, Heidelberg University), Dr. Colette S. Vogeler (Institute of Comparative Politics and Public Policy, TU Braunschweig)

Discussant: Dr. Sabine Weiland (Lille Catholic University), Prof. Dr. Peter Feindt (HU Berlin)

Abstract:

The agri-food policy domain is at the centre of many global sustainability challenges, increasingly scrutinized and considered for reform. The Covid-19 crisis has made vulnerabilities of existing food systems visible. This has triggered calls for policy adaptation or even transformation to enable more resilient food systems at various levels (overall food governance systems; farm policy instruments; and farming practices). New cross-policy links and spill-overs to other policy domains like climate change, energy, water, public health, bio-technology, development, trade, security, and migration instigate theoretical and conceptual reflection on the interplay of established agri-food governance models and newly adapted or transformed modes of governance. The panel brings together innovative analytical, conceptual and empirical perspectives. The aim is to critically assess the policy and governance implications linked to the agenda of resilient, circular, and sustainable food systems. When, where and how is policy adaptation or even transformation required? To what degree do established governance frameworks facilitate or inhibit adaptation or transformation? What is the role of hybrid and cross-sectional regulatory regimes that create new links between policy actors from the public, private sector and civil society, e.g. around agricultural sustainability and changing views and conflicts about new policy issues, such as the use of novel agricultural technologies? Which concepts and discourses emerge and do they enable new, more transformative modes of policy and governance?

Beiträge / Contributions:

Farmers' associations and the bioeconomy policy agenda in Germany: Perceived challenges and opportunities

Prof. Dr. Jale Tosun (Institute of Political Science, Heidelberg University), Charlene Marek (Institute of Political Science, Heidelberg University)

Abstract:

The German government has been one of the driving forces of the bioeconomy in Europe and worldwide. When inspecting the policy instruments adopted by the federal and the state governments, it becomes clear these have predominantly addressed research and innovation. At first glance, the rural aspects of the bioeconomy appear to have received less political attention. An initial assessment of the position statements of the regional and local farmers' associations on the bioeconomy carried out by the authors revealed that these published hardly any position papers on the bioeconomy. In this analysis, we present the insights gained by surveying regional and local farmers' associations on the bioeconomy policy agenda. How salient is this specific policy agenda to farmers and their affiliated interest groups? Which aspects of the bioeconomy make the farmers' associations perceive it as a challenge or as an opportunity? These two research questions guide this empirical research, which is theoretically rooted in concepts on position formation in intermediary organizations. Overall, the findings of the survey confirm the initial impression that farmers' associations show little interest in the bioeconomy. Considering the important role farmers can and even must play for the success of this policy agenda as the producers of biomass, our findings suggest that policymakers should communicate with farmers more directly on how they can benefit from a transition to the bioeconomy.

Innovation for better or worse? Governance benefits, risks and challenges stemming from new agri-food technology

Dr. Sandra Schwindenhammer (Institute of Political Science, University of Giessen), Denise Gonglach (Institute of Political Science, University of Giessen)

Abstract:

While modern agriculture is a major cause of environmental pollution, including large-scale nitrogen- and phosphorus-induced environmental change, the consequences of climate change, such as floods, droughts and rising sea levels, put agricultural production systems under pressure. Agri-food policymaking increasingly promotes technology innovation as a pillar for managing the negative environmental impacts of agricultural production. New agri-food technologies, such as vertical farming and nutrient recovery technologies, pave the way for visions of circular and high-tech agricultural systems of the future. New agri-food technologies promise the more efficient use and reuse of natural resources and increased resilience to climate change. However, their application also poses new risks and the likelihood of unintended effects, that substantiate the need for new modes of agri-food governance to deal with such uncertainties. Building on risk governance research and studies of technology innovation and cross-sectoral agri-food governance, the paper analyses the governance implications of an emerging technological approach to urban agricultural production in Germany. The new approach envisions the connection of the wastewater treatment system and the agricultural production system. It projects the transformation of a conventional sewage treatment plant into a 'NEWtrient®-Center', which draws the essential resources for urban hydroponic plant cultivation from municipal wastewater. The paper shows that while the technology has potential to contribute to more sustainable urban food systems, it simultaneously fuels new agri-food governance issues, e.g., the regulation of limit values for contaminants of emerging concern, and related cross-sectoral risk governance debates that challenge and change established food and water governance frameworks.

Can polycentric governance contribute to explain a transformation to agro-ecology in the MENA region?

Dr. Hussam Hussein (University of Oxford), Dr. Ariane Götz (University of Kassel), Prof. Dr. Andreas Thiel (University of Kassel)

Abstract:

The Middle East and North Africa (MENA) region is amongst the most water-scarce regions in the world. Recent research found that agro-ecology can be a viable way to enable agriculture in water-scarce societies and reduce its environmental externalities. The principles guiding agro-ecology emphasise the self-organisation of local farmers. This paper reviews the concepts of agro-ecology and polycentric governance and analyses if and to what extent agro-ecological practices have spread in the MENA region. The institutional and governance principles of agro-ecology align with polycentric governance. In view of this conceptual assessment, this paper reflects on to what extent can polycentric governance contribute to explain the spread of agro-ecology in the MENA region.

Resilience Orientations in Bio-economy Policies – A Qualitative Comparative Analysis

Dr. Maria Proestou (Agricultural and Food Policy Group, Humboldt-Universität zu Berlin), Dr.Nicolai Schulz (Agricultural and Food Policy Group, Humboldt-Universität zu Berlin), Prof. Dr. Peter Feindt (Agricultural and Food Policy Group, Humboldt-Universität zu Berlin)

Abstract:

Policies to promote the transition from carbon-based to bio-based economies are proliferating around the globe, epitomized in the sprawling adoption of bio-economy strategies. At the same time, concerns are growing about the resilience of the bio-based production systems on which the bio-economies rest. However, the attention given to resilience issues in bio-economy policies has remained underexplored. To address this gap, this paper employs the Resilience Policy Design framework to analyze bioeconomy strategies in 49 countries. We coded resilience-related statements in the strategy documents regarding

problematizations, policy scope, goals, and instruments. After using cluster analysis to aggregate these findings to country-level resilience-orientation scores, we deploy fuzzy set QCA to identify configurations of social, political, economic and ecological conditions that explain key variations in policy-resilience orientation across countries. The paper contributes to a better understanding of the role of resilience concepts in global bio-economy policy making as well as to broader debates in policy analysis about the principles and determinants of policy design. The research presented is part of the BMBF-funded project Policy Designs for Resilient Bioeconomies (PolDeRBio).

MiD26 | Umgehen mit der Klimakrise: Welche Rolle spielt die lokale Politik? (I)

Organisiert von / Organized by: Prof. Dr. Kai Schulze (Technische Universität Darmstadt), Dr. Jonas Schönefeld (Institut Wohnen und Umwelt (IWU))

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Arbeitskreis „Lokale Politikforschung“

Chair: Prof. Dr. Kai Schulze (Technische Universität Darmstadt)

Discussant: Dr. Jonas Schönefeld (Institut Wohnen und Umwelt)

Abstract:

Die fortschreitende Klimakrise verlangt schon heute erhebliche gesellschaftliche Anpassungs-leistungen, da zum Beispiel Hitzewellen und Starkniederschläge immer häufiger und intensi-ver werden. Gleichzeitig besteht viel Unsicherheit darüber, welchen konkreten Herausforde-rungen begegnet werden muss und welche Politiken und Maßnahmen dazu geeignet sind. Den Städten, Gemeinden und Landkreisen kommt in diesem Prozess eine besondere Rolle zu, da hier geeignete Anpassungspolitiken und –maßnahmen identifiziert und umgesetzt werden müssen. In Zeiten knapper Ressourcen besteht zudem die Hoffnung, dass sich innovative Poli-tiken und Maßnahmen innerhalb und über verschiedene Governance-Ebenen hinweg verbrei-ten und sich so nachhaltige Effekte einstellen. Für die lokale Politikforschung wirft die Kli-makrise daher vielfältige Fragen auf: Was für Klimaanpassungspolitiken werden auf lokaler Ebene entwickelt? Welche Art von Anpassungspolitiken verbreiten sich? Wie wirken sich EU-, Bundes- und Landespolitiken auf die lokale Ebene aus? Wie lassen sich die Entwicklung und Diffusion lokaler Anpassungspolitiken bzw. ihr Fehlen erklären? Welche Effekte zeigen lokale Maßnahmen in der Klimakrise? Wie lassen sich innovative Politiken und Maßnahmen fördern? Dieses Panel richtet sich an Beiträge, die sich den aktuellen Herausforderungen und Antwor-ten der lokalen Politik auf die Klimakrise im Sinne von Klimawandelanpassung widmen. Ge-fragt sind sowohl konzeptionelle als auch empirisch-analytische und vergleichende Arbeiten. Das Panel ist somit offen für alle theoretischen und methodischen Ausrichtungen.

Beiträge / Contributions:

Aktivierung privater Akteure für klimaresiliente Quartiere in München: Eine Untersuchung der Methode Zukunftsbild aus demokratietheoretischer Sicht

Dr. Angela Oels (Universität Hamburg), Fabian Pfeiffer (Institut für ökologische Wirtschaftsforschung GmbH), Johannes Rupp (Institut für ökologische Wirtschaftsforschung GmbH)

Abstract:

Städte und Kommunen sind bei der Anpassung an den Klimawandel, insbesondere bei der Stadtbegrünung, auf die Mitwirkung der privaten Hauseigentümer*innen angewiesen. Vor diesem Hintergrund untersuchen wir im Rahmen des BMBF-geförderten Projekts „Grüne Stadt der Zukunft“ in Kooperation mit der Stadt München, inwiefern die Methode Zukunftsbild die Aktivierung privater Akteur*innen fördern kann. Bei dieser Methode werden auf der Basis von 5-10 Interviews mit Anwohner*innen und Multiplikator*innen von einem Zeichner alternative Zukunftsbilder für ein Quartier ausgearbeitet und auf einem Workshop unter breiter Beteiligung diskutiert. Wir untersuchen aus demokratietheoretischer Sicht die Qualität der realisierten Beteiligung privater Akteur*innen in drei Münchener Quartieren im Jahr 2020. Uns interessiert insbesondere, inwiefern die Methode Zukunftsbild in der Lage ist, aus Pfadabhängigkeiten auszubrechen und Eigeninitiative zu fördern.

Zur theoretischen Einordnung der Methode Zukunftsbild unterscheiden wir fünf demokratietheoretische Perspektiven auf Beteiligungsverfahren: die technokratische, die liberale, die deliberative, die performative und die agonistische Perspektive. Wir zeigen, dass die Zukunftsbildmethode ein deliberatives Beteiligungsformat ist, das aber auch aus agonistischer Perspektive als wertvoll erachtet werden kann. Der Methodik der Aktionsforschung folgend, reflektieren wir unsere Erfahrungen bei der Durchführung von drei Zukunftsbild-Workshops im Jahr 2020 in München. Datengrundlage sind dabei für jedes der drei Quartiere die Transkripte der Interviews, die

Zukunftsbilder, die schriftliche Dokumentation des Workshops sowie die Ergebnisse der Evaluation mit einem Online-Fragebogen. Unsere Daten zeigen, dass die Zukunftsbildmethode ein hohes Innovationspotenzial insbesondere für das Aufbrechen von Pfadabhängigkeiten besitzt. Jedoch empfanden die Beteiligten das Zieljahr 2040 als zu weit in der Zukunft liegend und somit zu wenig aktivierend.

Der Dorffrieden als informale Norm im politischen Entscheidungsprozess: Eine Analyse am Beispiel des Windkraftausbaus in bayerischen Kommunen

Martha Suda (Lehrstuhl für Vergleichende Politikwissenschaft und Systemlehre; Julius-Maximilians-Universität Würzburg)

Abstract:

Die energiepolitische Kehrtwende im Jahr 2011 wird als zentrale Antwort auf den Klimawandel durch die deutsche Bundesregierung kommuniziert. Durch den dezentralen Ausbau der Windenergie – die als tragende Säule der erneuerbaren Energiequellen gilt – sind die Gemeinderäte mit den jeweiligen Bürgermeister*innen vor allem in den ländlichen Kommunen das zentrale Entscheidungsorgan. Dieser enorme Stellenwert wurde insbesondere in Bayern aufgrund der 10-H Regelung verstärkt.

Doch lässt sich die Windenergie-Flaute alleinig auf diese Regulierung zurückführen? Willige Kommunen können mit einer Bauleitplanung die 10-H Regelung umgehen und Windkraftwerke weiter realisieren.

Beim Betrachten von Pressebeiträgen zum Thema Windkraftausbau wird die Thematisierung von der Bewahrung des sogenannten Dorffriedens deutlich. Der Begriff des Dorffriedens wurde bisher wissenschaftlich weder definiert noch operationalisiert. Die folgende Arbeit nimmt sich diesem Konstrukt in einer empirisch-analytischen Studie an. Dabei werden zwei Ziele verfolgt:

Erstens wird das Konzept des Dorffriedens wissenschaftlich fruchtbar gemacht und genauer definiert. Zweitens wird anhand des Baus von Windkraftanlagen auf kommunaler Ebene gezeigt, welche politische Wirkung diese informale Reglung des Dorffriedens besitzt.

Die komparativen Case-Studies in ausgewählten bayerischen Kommunen mit ländlichem Charakter und geringer Einwohnerzahl (< 10.000) umfassen leitfadengestützte Interviews mit Bürgermeister*innen, um die handlungsorientierende Bedeutung des Dorffriedens in unterschiedlichen Phasen des Windkraftausbaus (nach Realisierung von Windkraftanlagen sowie im Planungsprozess) zu erfassen.

Es zeigte sich, dass das informale Argument Dorffrieden in den untersuchten Gemeinden zentral dazu beiträgt, dass kaum Windkraftwerke gebaut werden, da befürchtet wird, dass der Zustand des Unfriedens im Dorf eine Lähmung des Gemeinderates nach sich zieht und dies Auswirkungen auf die gesamte kommunalpolitische Arbeit hat.

Förderung innovativer Klimaanpassung auf regionaler und lokaler Ebene durch den Bund – Was sind die Modellprojekte der Zukunft?

Astrid Gläsel (Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung (IÖR)), Dr. Gérard Hutter(Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung)

Abstract:

Der Bund fördert seit ca. 2008 in größerem Umfang Modellprojekte auch zur innovativen Klimaanpassung auf regionaler und lokaler Ebene. Das IÖR hat zahlreiche BMBF-Modellprojekte zur regionalen und lokalen Klimaanpassung durchgeführt und ist in solche Projekte weiterhin involviert. Eine Reihe anwendungsorientierter Projekte für das Umweltbundesamt erlaubt zudem Einblicke in laufende Politikprozesse zur „Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel (DAS)“. Auf diesen Grundlagen stellen wir folgende Frage: „Klimaresilienz“ kommt im „Zweiten Fortschrittsbericht“ zur DAS eine prominentere Rolle zu als in früheren Dokumenten. Wie ist dieser Wandel in Politikinhalten zur Klimaanpassung zu verstehen und welche Konsequenzen könnten sich für die künftige Förderung innovativer regionaler und lokaler Klimaanpassung durch den Bund ergeben?

Dem Beitrag unterliegt eine Policy-Design-Perspektive (z.B. Howlett & Mukherjee 2018). Methodologisch handelt es sich um einen konzeptionellen Erfahrungs- und Reflexionsbeitrag, der u.a. vorhandene Fallstudienevidenz für seine Argumentation nutzt (Gerring 2017). Der Beitrag will Arbeitshypothesen zur künftigen konzeptionellen Ausrichtung der Innovationspolitik des Bundes zur regionalen und lokalen Klimaanpassung vorlegen. Ausgangspunkt ist die Vermutung, dass nach der Strategie- und Netzwerkorientierung früherer Modellprojekte nunmehr verstärkt Herausforderungen in den Vordergrund treten, die inhaltlich dem Anspruch nach auf mehr Inklusion, Partizipation, Transformation und Resilienz von lokalen Politiken abstellen. Bisher ist allerdings weitgehend offen, wie diese Ansprüche im Rahmen der DAS zu verstehen sind und welche Folgerungen sich daraus für die künftige Förderung von innovativer regionaler und lokaler Klimaanpassung ergeben könnten. Der Beitrag reiht sich damit ein in aktuelle Forschungsbemühungen, über einzelne Projekte und Experimente hinaus Einblicke in kontinuierliche und institutionelle Prozesse eines innovativen Klima-Governance zu erlangen.

National versus Lokal – Politische Dissonanzen über die wirtschaftliche Agenda verhindern Klimaanpassungsprozesse in Kenia und Uganda

Dr. Julia Renner

Abstract:

Kenia und Uganda gehören zu den am Schnellsten wachsenden Länder in Ostafrika. Die Regierungen beider Länder konzentrieren ihre politische Agenda auf gesellschaftspolitische und wirtschaftliche Entwicklungen. Dies hat allerdings zur Folge, dass die politischen Strukturen der Länder verändert wurden sind. Wirtschaftliche Großprojekte wie Ölförderungen, Bergbau oder Agrarwirtschaft gefährden Schutzgebiete und führen zu massiven Degradierungen von Feuchtgebieten und Wäldern. Die Folge ist der Anstieg der Verwundbarkeit der Länder durch Klimawandel und extreme Wettereignisse.

Beide Länder haben ihre politischen Entscheidungsprozesse auf die lokale Ebene im Zuge der Dezentralisierung delegiert. Das Ziel der Regierungen ist es, Klima- und Umweltauswirkungen besser zu berücksichtigen. Politische Meinungsverschiedenheiten zwischen den nationalen und lokalen Kompetenzen als auch Dissonanzen in der nationalen und lokalen Regierungsführung erschweren eine engere Zusammenarbeit in den Bereichen der wirtschaftlichen Ausrichtung und deren klimatischen Auswirkungen. Lokale Politikprozesse und Zuständigkeiten werden in Frage gestellt, bis hin, inwieweit das Interesse der Regierungen tatsächlich bei Umwelt- und Klimaanpassungsprozessen anstatt wirtschaftlichen Aufschwungs liegt.

Der Artikel untersucht, wie insbesondere die jüngsten wirtschaftlichen Investitionen nationaler und internationaler Unternehmen die Kohärenz zwischen wirtschaftlichen Entwicklungen und einer inklusiven Klimaanpassungspolitik auf lokaler Ebene in Frage stellen. Basierend auf einer dreimonatigen Forschungsreise wird untersucht, wie sich nationale und lokale Politikprozesse auf Klimaschutz- und Anpassungsprozesse auswirken. Der Artikel betrachtet sowohl die politischen als auch die klimapolitischen Strukturen und kommt zu dem Schluss, dass unzureichende politische Strukturen, schwache lokale Institutionen und eine Unterfinanzierung der lokalen Ebene eine bessere Integration von Klimaschutzmaßnahmen innerhalb wirtschaftlicher Projekte behindern. Diskrepanzen zwischen nationalen und lokalen Zuständigkeiten führen zu einer Fragmentierung der klimapolitischen Prozesse.

Regionaler Klimaschutz in Zeiten der Pandemie? – Eine vergleichende Untersuchung von vier Bundesländern

Dr. Ulrike Zeigermann (Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg), Prof. Dr. Michael Böcher (Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg)

Abstract:

Das Klimaschutzgesetz von 2019 gilt als ein wesentlicher Schritt zur Erfüllung der nationalen Klimaschutzziele und als Zeichen einer stärkeren Verankerung des Klimaschutzes in der deutschen Politik. Auf regionaler Ebene, auf der viele konkrete Klimaschutzmaßnahmen umgesetzt werden, zeigt

sich jedoch eine starke Fragmentierung hinsichtlich regionaler Prioritäten, Politikinstrumente, Akteurskonstellationen und Ressourcen. Darüber hinaus gerät die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen angesichts der Bewältigung der Covid-19-Pandemie auf kommunaler Ebene zunehmend unter Druck. Es stellt sich daher die Frage: Unter welchen Bedingungen gelingt regionaler Klimaschutz trotz dieser aktuellen Herausforderungen?

Auf der Basis des Regional Governance-Konzeptes und einer vergleichenden Analyse von 12 Landkreisen in vier Bundesländern (Schleswig-Holstein, Thüringen, Rheinland-Pfalz und Brandenburg) möchten wir Unterschiede in der subnationalen Klimagovernance identifizieren und erklären. Die Bundesländer repräsentieren dabei eine große Vielfalt struktureller Faktoren, die Landkreise ländlich geprägte Regionen, da die Bedeutung ländlicher Räume in der Untersuchung lokaler Klimapolitik häufig vernachlässigt wird (Kern, 2020). Basierend auf einer qualitativen Dokumentenanalyse und Interviews mit Klimaschutzmanager*innen als zentrale regionale Akteure zeigen wir auf, dass die verschiedenen Regionen nicht nur durch unterschiedliche intra-regionale Ansätze, sondern auch durch unterschiedliche inter-regionale Ansätze zum Klimaschutz gekennzeichnet sind. Dies geht nicht nur mit einem unterschiedlichen Verständnis von Regionalentwicklung einher, sondern spiegelt sich auch im Umgang mit Klimaschutzzielen in der Covid-19-Pandemie wider. Anhand der vorliegenden empirischen Analyse untersuchen wir somit die dynamischen Klimapolitikprozesse in Deutschland. Wir identifizieren Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den verschiedenen Bundesländern und entwickeln Hypothesen über Faktoren, welche Klimaschutzpolitik insbesondere in ländlichen Räumen beeinflusst.

MiD27 | Religion als Triebkraft autokratischer Vorstellungswelten im digitalen Zeitalter? Session 1

Organisiert von / Organized by: Prof. Dr. Gert Pickel (Universität Leipzig), Dr. Isabelle Borucki (Universität Duisburg-Essen)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Arbeitskreis „Politik und Religion“, Arbeitskreis „Politik und Kommunikation“

Chair: Prof. Dr. Gert Pickel (U Leipzig), Dr. Isabelle Borucki (U Duisburg-Essen/U Siegen)

Abstract:

Im Kontext der Anti-Corona-Maßnahmen Demonstrationen stehen Verschwörungsmythen und Verschwörungserzählungen gegenwärtig stark im Blickpunkt politischer und öffentlicher Debatten, gerade in sozialen Medien und angetrieben über Messenger-Dienste. Sehen die einen in den Demonstrationen eine weitere Ausdrucksform – teilweise berechtigten – politischen Protestes, erkennen andere in ihnen die Brückenkonstruktionen zu antidemokratischen Haltungen und Mobilisierungen. Immer häufiger werden dabei Religion und die religiöse Motivation von Demonstrationsbeteiligten wie auch Anhänger:innen von Verschwörungserzählungen sichtbar. Bereits Theodor Adorno (1954) hatte Esoterik als eine Kernkomponente solcher Verschwörungserzählungen, mit Bezügen zum Antisemitismus, ausgemacht. Die Nähe fundamentalistischer Evangelikaler zu Verschwörungserzählungen ist spätestens seit der Präsidentschaft Donald Trumps in den USA und den Nachbeben der letzten Präsidentschaftswahl dort kein Geheimnis mehr. Insbesondere Trumps Twitter-Regierungsstil führte zu einer zunehmenden Polarisierung der Gesellschaft hinsichtlich Religiosität und Esoterik-Glauben. Befeuert über verschiedene Social Media-Kanäle wurden antidemokratische Haltungen sichtbarer.

Doch welche Rolle spielen Religiosität und religiöse Positionen wirklich für Verschwörungserzählungen und eine Verschwörungsmentalität? Sind es nur religiöse Fundamentalist:innen und Esoteriker:innen, welche sich ihnen öffnen und sich antidemokratisch mobilisieren lassen? Oder sind es gar hochreligiöse Menschen, welche offen sind für solche Formen der Kontingenzbewältigung? Wie stehen die Kirchen diesen Erscheinungen gegenüber? Welche Rolle spielen Digitalisierung und neue Medien?

In dem offenen Panel sind theoretische wie auch empirische Beiträge willkommen. Eine internationale Perspektive und vergleichende Forschungszugänge sind erwünscht. Eine geschlechtergerechte Beteiligung auch von Nachwuchswissenschafter:innen wird gesichert. Einreichungen auf den offenen Call for Papers, die nicht zum Vortrag berücksichtigt werden können, werden digital zur Diskussion gestellt.

Beiträge / Contributions:

Aberglauben, Esoterik, religiöser Fundamentalismus, Verschwörungsglauben, Covid-19-Pandemie - Gefahren für die Demokratie?

Prof. Dr. Gert Pickel (Universität Leipzig), Dr. Oliver Decker (Universität Leipzig), Clara Schließler (Universität Leipzig), nele Hellweg (Universität Leipzig)

Abstract:

Mit der Covid-19-Pandemie formierte sich eine vielfältige und vielstimmige Gruppe an Kritiker:innen aktueller Corona-Politik - und dann der Politik allgemein. Entsprechende Demonstrationen führten Rechtsextrem:istinnen, Verschwörungsgläubige, aber eben auch Esoteriker:innen, abegläubige Menschen und Gläubige mit dogmatischen Religionsverständnis zusammen.. Da stellt sich die Frage, inweiweit bestimmte religiöse Vorstellungen zu einer Gefahr für die Demokratie werden können. Im vorgeschlagenen Beitrag untersuchen die Autor:innen auf Basis der repräsentativen Befragungsdaten der Leipziger Autoritarismus Studie 2020 die Bezüge zwischen entsprechenden religiösen Ausprägungen und autoritären wie prodemokratischen Positionen. Die theoretischen Überlegungen von Adorno zum Thema aufnehmend, gehen wir davon aus, dass sich bestimmte religiöse Positionen mit

Verschwörungsnarrativen verbinden und antidemokratische, wie autoritäre Einstellungen stärken oder gar hervorbringen. Erste Ergebnisse deuten auf einer verbindende Wirkung von Verschwärungsmentalität, Esoterik und Aberglaube unter dem Aspekt der von Adorno eingebrachten Projektivität hin.

Das Zusammenspiel von Verschwörungsmentalität, Religiosität und anti-demokratischen Einstellungen im digitalen Zeitalter

Carolin Hillenbrand (Exzellencluster "Religion und Politik", Westfälische Wilhelms-Universität Münster), Dr. Alexander Yendell (Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt, Standort Universität Leipzig)

Abstract:

In dem Vortrag diskutieren wir vor dem Hintergrund der Theorie des autoritären Charakters (Reich 1933, Fromm 1936, Adorno 1950) und neueren Überlegungen zur Verschwörungsmentalität (Imhoff & Decker 2013; Yendell 2021) die Rolle verschiedener Formen von Religiosität in Bezug auf anti-demokratische Einstellungen. Wir gehen davon aus, dass bestimmte Formen von Religiosität wie Paraglaube, religiös dogmatische Einstellungen und Esoterik eine Nähe zu Autoritarismus und Verschwörungsmythen haben. Diese Formen von Religiosität bringt Adorno mit einer „Ich-Schwäche“ in Verbindung, die in Zusammenhang mit anti-demokratischen, ethnozentrischen und antisemitischen Einstellungen stehen. Davon abzugrenzen sind eher intrinsische Formen von Religiosität (Allport & Ross 1967), die tendenziell mit universalistischen, toleranten und demokratischen Einstellungen einhergehen (Huber & Yendell 2019). Zur Überprüfung unserer Thesen werten wir mittels statistischer multivariater Analysen Primärdaten aus einer eigenen Online-Studie („Unser Leben in Zeiten der Corona-Pandemie“, 2020/2021) aus. Konkret untersuchen wir Zusammenhänge zwischen verschiedenen religionsbezogenen Indikatoren („believing“, „belonging“, „behaving“), aktuellen Corona-Verschwörungsmythen („geheime Mächte“, „Bill Gates“, u. ä..) sowie politischen Einstellungen. Zudem diskutieren wir anhand der Daten einer weiteren quantitativen Studie („Jule 2018“) vor dem Hintergrund der „Media Effect Theory“ (Gerbner et al. 2002) und des „Selective Media Approach“ (Bryant/Zillman 1985) die Rolle von Social Media, Fake News und Hate Speech. Dabei stellen wir fest, dass eine Kombination aus bereits festgefahrenen autoritären Einstellungsmustern und einer Neigung zu Verschwörungsmythen die Auswahl von Medien und das Social Media-Verhalten maßgeblich beeinflussen. Opfer der autoritären Aggression im Netz sind vor allem Juden und Muslime, was wiederum die Bedeutung von Religion als „Identitätsmarker“ und Objekt autoritärer Projektion (Decker et al. 2020) unterstreicht.

Katholischer Fundamentalismus? Zur politischen Soziologie des deutschen Katholizismus in der Gegenwart

Prof. Dr. Antonius Liedhegener (Universität Luzern)

Abstract:

Der Katholizismus und die Mitglieder der katholischen Kirche gehören zeitgeschichtlich betrachtet zu den tragenden Säulen der zweiten deutschen Demokratie. Nicht zu Unrecht sind die Katholik*innen als die "eigentlichen Entdecker der Bundesrepublik" (G. Schmidtchen) bezeichnet worden. Parteipolitisch waren sie über Jahrzehnte überwiegend den beiden christdemokratischen Parteien verbunden. Stimmt dieses Bild so noch? In jüngster Zeit ist die römisch-katholische Kirche in Deutschland wie in anderen Ländern krisengeschüttelt. Verschiedene Skandale, allen voran der wiederholt wiederkehrende Missbrauchsskandal, haben zu einem massiven Vertrauensverlust und zu einer Austrittswelle historischen Ausmaßes geführt. Die soziale Reichweite von Kirche und Katholizismus schrumpft zusehends. Vor allem jüngere, städtische Katholik*innen distanzieren sich. Daher stellt sich die Frage, welche Effekte von diesem grundlegenden Vorgang für die Kirche wie für die Zivilgesellschaft und Politik ausgehen. Vorstellbar ist, dass dieser Schrumpfungsprozess in mehrerlei Hinsicht ungleichförmig verläuft, so dass sich etwa die Altersstruktur, die regionale Zusammensetzung und vor allem die

Komposition nach der Art der religiösen Orientierung verändert. Im Effekt könnte aus dem Niedergang eine katholische Kirche hervorgehen, deren Mitglieder an der Basis religiöse zunehmend konservativer, dogmatischer und ggfs. fundamentalistischer sind. Letzteres, so hat die jüngere religionssoziologische und politikwissenschaftliche Forschung zum Wandel religiöser Identitäten in Deutschland und der Schweiz gezeigt, befördert politisch dysfunktionale oder gar anti-demokratische Einstellungen wie Diskriminierungsbereitschaft und gruppenbezogene negative Vorurteile. Der Beitrag überprüft die These, dass der Schrumpfungsprozesse der Kirche in Richtung eines erstarkenden katholischen Fundamentalismus geführt hat, der sich im Kontext der allgemeinen Krisenlage rund um die Pandemiebekämpfung zu den übrigen populistischen und verschwörungstheoretischen Kritiker*innen der Berliner Demokratie öffnen und sich ggfs. antidemokratisch mobilisieren lassen könnte. Der quantitative Beitrag basiert auf den neuen Daten des KONID Surveys 2019, in dem religiöse und soziale Identitäten und deren Effekte auf Zivilgesellschaft und Politik in einem binationalen Untersuchungsdesign für Deutschland und die Schweiz erhoben wurden. (vgl. https://resic.info)

Religionen und Verschwörungstheorien als das ‚Andere' der Demokratie? Theoretische Überlegungen zur ‚autoritären' Gemeinschaftsbildung in sozialen Krisenzeiten

Prof. Dr. Oliver Hidalgo (WWU Münster)

Abstract:

Moderne Verschwörungstheorien sind nach einer These Poppers v.a. das Ergebnis säkularer Prozesse, deren intellektuell-emotionales Vakuum sie füllen. Folgerichtig besitzen Verschwörungsmythen strukturelle Analogien zum religiösen Glauben, bleiben hiervon jedoch unterscheidbar. Verschwörungstheorien können daher als Ersatzreligionen, die sich mit denselben Herausforderungen wie Kontingenzbewältigung, Ambiguitäts(in)toleranz oder sozialer Unsicherheit auseinandersetzen, aber auch als Antagonismus zu differenzsensiblen religiösen Haltungen gelten. Jene Art der Ambivalenz suggeriert, dass sich religiöser Glaube und Verschwörungstheorien einerseits ausschließen und andererseits verstärken können, insbesondere in Krisenzeiten, wenn das Vertrauen in Repräsentanten und Eliten erschüttert ist.

Potenziale und politische Wirkungsmacht von Verschwörungstheorien lassen sich im Vergleich mit religiösen Glaubensüberzeugungen somit zweifellos erhellen. Dieser heuristische Zugriff kommt der Theoretisierung von Verschwörungsnarrativen zugute, die – ihrer Hochkonjunktur in der digitalen Welt zum Trotz – bislang eher ein Schattendasein fristet. Der Vortrag zieht überdies eine noch grundsätzlichere theoretische Linie, welche Religio-nen, Ideologien und Verschwörungstheorien gemeinsam als identitätsstiftende Ressourcen moderner Demokratien auffasst, die die Gefühlsebene ansprechen und auf Inhalten aufbauen, die empirisch nicht nachweisbar sind, subjektiv aber auf authentischen Überzeugungen beruhen. Dies unterscheidet die genannten Phänomene nicht nur von Fake News und gezielter Desinformation, sondern legt zugleich eine positive Gestaltungskraft offen, die nicht einfach mit manipulativen Energien zu verwechseln ist. Die Besonderheit von Verschwörungstheorien lässt sich hingegen dahingehend ausmachen, dass sie bevorzugt für autoritäre und narzisstische Persönlichkeiten Attraktivität entfalten. Zum Spektrum der Religionen/religiös motivierten Überzeugungen existieren zwar auch diesbezüglich auffällige Parallelen, jedoch ist die Schnittmenge überschaubar und beschränkt sich primär auf autoritär-fundamentalistische Vorstellungen. Überschneidungen und Grenzen zwischen Religionen und Verschwörungstheorien werden durch diese theoretische Modellierung insgesamt greifbar.

MiD28 | Wer hat die Wahl? - Soziale Ein- und Ausschlüsse in der Ideengeschichte der modernen Demokratie

Organisiert von / Organized by: Prof. Dr. Dirk Jörke (TU Darmstadt), Dr. Oliver Eberl (Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover)

Chair: Prof. Dr. Dirk Jörke (TU Darmstadt)

Abstract:

Im Kontext derzeitiger Debatten um den Aufstieg des Populismus und um Erosionstendenzen liberaler Demokratie kehren Argumentationsmuster wieder, die bereits im 19. und teilweise auch im 20. Jahrhundert für den Umgang mit politischen und sozialen Forderungen „von unten" charakteristisch waren. Stets oszillierte die Diskussion um die Etablierung oder Verhinderung demokratischer Verfahren zwischen Massenintegration und -exklusion. Der klassische historische Fall war hierbei der Kampf um das allgemeine und freie Männer- und schließlich auch das Frauenwahlrecht. Die Arena der Demokratisierung war somit stets auch ein Konfliktfeld, auf dem soziale Forderungen von unten auf die Positionen etablierter politischer und sozialer Eliten trafen. Die Grundprämisse des vorgeschlagenen Panels ist, dass der Rückbezug auf die damaligen Debatten wichtige Impulse für die aktuelle demokratietheoretische Diskussion liefert.

Die zentralen Fragen, die im Panel diskutiert werden sollen, sind folgende: Was wurde als soziale Voraussetzung von Demokratie gesehen? In welchen Zusammenhang wurden soziale und demokratische Frage gestellt? Wie wurde die Rolle der Menge, Masse oder des „Pöbels" interpretiert, wie im Gegensatz hierzu die Aufgabe gesellschaftlicher (Funktions)Eliten bestimmt? Lassen sich Demokratisierungsprozesse im 19. und 20. Jahrhundert eher als Erfolge sozialer Kämpfe von unten oder als Lernprozess von Seiten politischer Eliten interpretieren? Welche politischen Dynamiken setzt die Abwehr von Ansprüchen frei, die „von unten" formuliert werden und den Interessen etablierter Eliten widersprechen? Wodurch und zu welchen Zielen ließ und lässt sich soziale Unzufriedenheit mobilisieren?

Beiträge / Contributions:

Inklusion (von Personen) und Exklusion (von Entscheidungen). Paradoxien der Demokratisierung der Demokratie

Prof. Dr. Philip Manow (Universität Bremen)

Abstract:

Die Demokratie ist mit der Universalisierung des Wahlrechts und dem Bedeutungsverlust traditioneller non-majoritärer Institutionen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhundert zu einer inklusiven Veranstaltung geworden. Sie hat zugleich mit dem Bedeutungsverlust von Nationalstaaten und dem Bedeutungszuwachs neuer non-majoritärer Institutionen wie Gerichten (national, supra-national oder international) oder Zentralbanken diesen vorherigen Inklusionsprozess bedeutend modifiziert. Genau an dieser Schnittstelle sind die Konflikte um die Demokratie heute verortet. Der Vortrag beleuchtet die Rolle jener gesellschaftlichen Gruppe, deren Ängste um einerseits Macht- und andererseits Besitzverlust wie in einer Wiederholung der Konfliktkonstellation des 19. Jahrhunderts, diese Entwicklung geprägt haben.

Demokratie als Elitenprojekt? Zum historischen Lernprozess der Demokratisierung

Prof. Dr. Hedwig Richter (Bundeswehr Universität München)

Abstract:

Die moderne Demokratie ist das Ergebnis langwieriger Entwicklung und Lernprozesse, die mindestens bis ins 18. Jahrhundert zurückreichen. Ein Blick auf die Demokratiegeschichte lohnt sich, um demokratische Institutionen wie Wahlen oder das Parlament, aber auch aktuelle Phänomene wie

Populismus oder Politikverdrossenheit besser einordnen zu können. Immer wieder wird dabei deutlich, dass Demokratiegeschichte nicht nur eine Geschichte der Revolutionen und des Kampfes von unten gegen oben ist, sondern auch ein disziplinierendes oder aufklärerisches Projekt von Eliten.

„Barbaren" und „Pöbel" – Abwertungsbegriffe in Konflikten um Demokratie

Dr. Oliver Eberl (Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover)

Abstract:

Zwei Diskurse treten in der Abwertung sozialer Forderungen in der Geschichte der Demokratie besonders prominent auf: der dem sozialen Feld entstammende Begriff des „Pöbels" und der dem kolonialen Feld entstammende Begriff der „Barbarei". Spielt der „Pöbel" seit der Französischen Revolution eine zentrale Rolle in der Abwehr sozialer und demokratischer Forderung, so ist der Begriff der „Barbarisierung" der verarmten Bevölkerungsteile in der Debatte um den Pauperismus der Leitbegriff. Die Beziehung zwischen beiden Diskursen und ihren Kernbegriffen ist unklar. Der Beitrag behandelt die unterschiedlichen Quellen der Abwertung sowie ihren jeweiligen Stellenwert. Es wird die These geprüft, ob „Barbarei" der Nachfolgebegriff des „Pöbels" darstellt und untersucht, inwiefern sich die Form der Abwertung durch diesen Begriff ändert. Dies ist vor allem in zwei Hinsichten interessant: Erstens handelt es sich damit um einen Re-Import kolonialer Abwertungsbegriffe nach Europa und zweitens wird die Abwertung dadurch verschärft und in einen Gegensatz zu dem Selbstverständnis als zivilisiert gebracht. Gefragt wird, auf welcher begrifflichen Grundlage der Ausschluss aus der Demokratie revidierbar ist oder ob die Abwertung so fundamental ist, dass der Einschluss kategorisch ausgeschlossen wird.

Zwischen Abwehr und Umarmung. Zur Bedeutung „defensiver Demokratisierung" für die Ideengeschichte der liberalen Demokratie

Dr. David Salomon (TU Darmstadt)

Abstract:

Das Verhältnis traditioneller Eliten zu Demokratisierungsfordungen „von unten" war zumeist ambivalent. Die Grenzen, an die eine bloße Unterdrückung sozialer und politischer Teilhabeforderungen stoßen konnte, wurde im 19. Jahrhundert insbesondere in den zahlreichen Revolten greifbar, die sich beinahe zyklisch zu revolutionären Situationen auswuchsen (1889, 1830, 1848, 1871). Neben die Verfolgung und Bekämpfung aufrührerischer Umtriebe und der Abwertung ihrer sozialen Träger als Pöbel oder Canaille traten zunehmend Versuche der ideologischen, aber auch sozialpolitischen Integration. Zugeständnisse hatten dabei stets auch die Aufgabe, radikalere Forderungen abzuwehren. Oft waren sie mit scharfer Repressionspolitik flankiert (siehe etwa die auf Bismarck zurückgehenden Sozialgesetze und die Wahlrechtskonzessionen im Kaiserreich bei gleichzeitiger Politik der Sozialistengesetze).

MiD29 | World Café "Whither norms research in times of uncertainty?"

Organisiert von / Organized by: Dr. Jan Wilkens (Universität Hamburg), Dr. Carmen Wunderlich (Universität Duisburg-Essen), Johanna Speyer (Johannes Gutenberg-Universität Mainz), Dr. Sassan Gholiagha (TU Braunschweig und WZB Berlin)

Chair: Dr. Carmen Wunderlich (Universität Duisburg-Essen), Dr. Jan Wilkens (Universität Hamburg), Johanna Speyer (Johannes Gutenberg-Universität Mainz), Dr. Sassan Gholiagha (TU Braunschweig und WZB Berlin)

Abstract:

Global normative order(s) are currently facing manifold challenges: Complexity increases as the liberal-Western narrative is confronted with a multiplicity of alternative perspectives. A diverse set of actors contest established regulations and multilateral arrangements. The pluralization of actors is mirrored in the differentiation of issues that require regulation, thereby exacerbating the lingering sense of uncertainty and unpredictability. Rapid technological developments also bring to the fore normative voids. Issues such as climate change and the Covid-19 pandemic further present daunting challenges. They highlight normative tensions with regard to governance, as democratic procedures are contested.

We hold that norms research offers important analytical tools to address some of these issues and a more public discursive space, such as a world café, allows to connect established insights and develop new ideas by creating links between senior and early career researchers. These issues, further, constitute new challenges and interesting research avenues for IR norms research. The increase of contestation requires IR researchers to critically reflect on colonial assumptions of the discipline and to create conceptual avenues that account for the multiplicity of actors on the global scale.

The method of world café is particularly well suited for fostering deep engagement with complex and challenging issues. Against the backdrop of the overall conference theme, participants are asked to provide ideas by answering the question “Whither norms research in times of uncertainty?” In preparation for the world café, we invite IR norm scholars to submit questions or issues for discussion, which will be clustered into several discussion “tables” for the world café session.

Our proposed world café consists of six individual tables, three of which focusing on conceptual/theoretical issues, the others targeting specific empirical topics, e.g. climate change, cyber or Covid-19. We will select the specific themes for the tables based on the submissions in the call for contributions. Each table will be hosted by one selected expert on the respective topic. The discussion will take place in two rounds of 30 minutes each with the participants (except for the hosts) rotating after each round. In a concluding plenary, the hosts will summarize the discussion and the key takeaways will be discussed.

Beiträge / Contributions:

Prof. Dr. Jo-Ansie van Wyk (University of South Africa)

Dr. Berenike Prem (Universität Bremen, Institut für Interkulturelle und Internationale Studien (InIIS))

Dr. Lucrecia García Iommi (Fairfield University)

Christian Pogies (Max Planck Institute for Legal History and Legal Theory)

Nils Stockmann (Westfälische Wilhelms-Universität Münster)

Dr. Ruji Auethavornpipat (Australian National University)

MiD30 | Energiewende, Gerechtigkeit und soziale Ungleichheit

Organisiert von / Organized by: Dr. Jörg Radtke (Universität Siegen), Prof. Dr. Miranda Schreurs (Hochschule für Politik München / Technical University of Munich)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Themengruppe "Energietransformation"

Chair: Dr. Jörg Radtke (Universität Siegen), Prof. Dr. Miranda Schreurs (Hochschule für Politik München / Technical University of Munich)

Abstract:

In den ersten Jahren kaum diskutiert, wurden soziale Auswirkungen der Energiewende in jüngster Zeit zu einem zentralen Dreh- und Angelpunkt gesellschaftlicher Debatten um den Ausbau der erneuerbaren Energien und Klimaschutzmaßnahmen. Sowohl für politische Parteien, als auch für Bürgerinitiativen und Verbände thematisieren nicht zuletzt das fundamentale Für und Wider der Energiewende am Beispiel von Energiearmut, Kostenexplosion und vermuteten negativen Implikationen eines veränderten Energiesystems. Bisweilen werden soziale Verteilungseffekte der Energiewende ihrerseits interessengeleitet skandalisiert.

Aus sozialwissenschaftlicher Perspektive können individuelle und kollektive Betroffenheit unterschieden werden: Die Energiewende als unmittelbare Belastung vor Ort in direktem Kontakt und als gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die auf Konsens und Legitimation angewiesen ist. In der wissenschaftlichen Auseinandersetzung wird häufig ein Schwerpunkt auf Energiearmut gelegt, auf Energiekostenbelastung und Energiekonsum sowie Lösungen für Städte, Gemeinden und Quartiere. Damit wird insbesondere die distributionale Gerechtigkeit betont, wobei auch die prozessuale Dimension nicht unbeachtet bleiben sollte: Zahlreiche Studienergebnisse zur partizipativen Energiewende zeigen, dass nicht alle Bevölkerungsteile gleichermaßen in diskursiven Beteiligungsverfahren und monetären Angeboten repräsentiert sind.

Von politikwissenschaftlichem Interesse sind daher insbesondere folgende Aspekte:

- Soziale Ungleichheit und Sozialstruktur: W elche Einflüsse bestimmter sozialer Gruppen einerseits und Auswirkungen auf soziale Milieus andererseits können im Kontext der Energiewende identifiziert werden?
- Soziale Ungleichheit und politische Maßnahmenprogramme: Welche politischen Strategien haben welche Auswirkungen? Welche Effekte einer „post-EEG-Energiewende“ sind zu erwarten?
- Soziale Ungleichheit und Partizipation: Wie tritt Ungleichheit bei der Teilnahme an Beteiligungsverfahren in Erscheinung? Wie können asymetrische Beteiligungseffekte und eine ungleiche Nutzen- und Kostenverteilung vermieden werden?
- Soziale Ungleichheit und Parteien und Wahlen: Inwieweit spielt der Aspekt in Wahlkämpfen, bei Koalitionsverhandlungen und Wahlentscheidungen eine Rolle? Wer bestimmt mit welchen Strategien den öffentlichen Diskurs?
- Soziale Ungleichheit und lokale Aushandlungsprozesse: Wie wird die Energiewende vor Ort verhandelt? Wer beteiligt sich in Aushandlungs- und Entscheidungsprozessen, wie wirken bestimmte Akteurs- und Bevölkerungsgruppen zusammen?

Beiträge / Contributions:

CO2-Steuer - und nun? Präferenzen von Bürgerinnen und Bürgern für die Verwendung der Einnahmen

Dr. Elisabeth Dütschke (Fraunhofer ISI), Dr. Sabine Preuß (Fraunhofer ISI)

Abstract:

Deutschland hat zum Jahr 2021 eine CO2-Bepreisung für Kraftstoffe eingeführt, um Bürgerinnen und Bürgern Anreize zu geben, klimafreundlicher zu reisen und zu heizen. Wie schätzen die Betroffenen selbst die Verhaltenswirksamkeit dieser Maßnahme ein und wie ist die Akzeptanz für verschiedene

Varianten der Mittelverwendung der Einnahmen aus der CO2-Bepreisung? Diesen Fragen geht der Beitrag auf Basis der Auswertung von zwölf Fokusgruppendiskussionen mit insgesamt über 80 Teilnehmenden nach, die durch die CO2-Bepreisung besonders betroffen sein werden: (1) Rentner:innen mit großen Wohnungen (2) Familien mit großen Pendelwegen zur Arbeit sowie als zwei Gruppen mit eher geringem Einkommen (3) Alleinerziehende und (4) Leistungsempfänger:innen.

Die Gruppen wurden aufgezeichnet, vollständig transkribiert und inhaltsanalytisch ausgewertet. Auswertungsdimensionen umfassen neben der Akzeptanz die subjektive Betroffenheit, die wahrgenommene Effektivität sowie die wahrgenommene Gerechtigkeit.

Die Ergebnisse weisen darauf hin, dass eine Großzahl der Teilnehmenden das Instrument der CO2-Bepreisung akzeptabel findet. Klimawirkungen werden weniger durch Verhaltensänderungen erwartet als durch eine Verwendung der eingenommenen Gelder für den Klimaschutz. Hierbei werden öffentliche Investitionen insbesondere in den öffentlichen Verkehr oder den Naturschutz favorisiert, da deren Vorteile allen in der Gesellschaft zugänglich wären. Die Unterstützung privater Investitionen wird dagegen teilweise als ungerecht empfunden. Eher abgelehnt werden zwei Instrumente, die in der politischen Diskussion hohe Aufmerksamkeit erfahren: Die vorgesehene Senkung des Strompreises wird als zu gering und widersinnig zur Energiewende empfunden; das Konzept der Klimadividende, bei der die Bürger:innen die Mittel aus der CO2-Bepreisung zurückerhalten würden, gilt als ungerecht und ebenfalls wenig effektiv.

Frauen in der Bürgerenergie – Vielfalt oder Einfalt?

Timo Karl (World Wind Energy Association/Universität Bonn), Dr. Shota Furuya (Institute for Sustainable Energy Policies (ISEP))

Abstract:

Die Bürgerenergie ist in vielen Ländern der tragende Pfeiler der Energiewende. Bei der Fortsetzung der Energiewende ist der Erhalt von Akzeptanz ein wichtiger Faktor. Die Einbindung von Bürgerenergie und aller Gesellschaftsschichten ist hierfür ein Schlüsselelement. Frauen sind jedoch in der Energiewirtschaft allgemein und in der Bürgerenergie unterrepräsentiert, obwohl sie sich häufiger für Umwelt- und Klimafragen engagieren.

In einer neuen Erhebung der World Wind Energy Association und des LEE NRW liegt der durchschnittliche Anteil von Frauen unter den Anteilseigner*innen in der deutschen Bürgerenergie bei 29%. Es zeigen sich jedoch Unterschiede, beispielsweise zwischen den Gesellschaftsformen und auch in der Frage, ob in der Gesellschaft Frauen in der Führungsetage vertreten sind oder nicht. Neben gesellschaftlichen Hürden für Frauen, scheint sich auch die Mitgliederwerbung negativ auf weibliche Teilhabe auszuwirken.

In einer parallellaufenden Erhebung des Japan Community Power Networks zeigt sich für Japan ebenfalls, dass Frauen in der Bürgerenergie unterrepräsentiert sind und auch dann selten Leitungspositionen einnehmen, wenn der Anteil von Frauen unter den Anteilseigner*innen hoch ist.

Es lohnt sich auf der Basis dieser Daten zu diskutieren, wie sich die Zugänge von Frauen in Deutschland und Japan unterscheiden, da beide Länder über einen großen, jedoch sehr unterschiedlich strukturierten Bürgerenergiesektor verfügen. In Deutschland sind mehr als 40% der Erneuerbaren-Energie-Anlagen in Bürgerhand, inklusive vielen mittelgroßen Anlagen zwischen 50 und 1 000 kW. In Japan stellen Photovoltaikanlagen, kleiner als 50 kW, fast 99% der installierten Erneuerbaren-Energie-Anlagen dar. Ein Großteil dieser Anlagen befindet sich auf den Dächern von Privathäusern.

Prozessuale Gerechtigkeit beim Ausbau Erneuerbarer Energien auf kommunaler Ebene

Friederike Schlenker (Universität Augsburg), Dr. Stephan Bosch (Universität Augsburg)

Abstract:

Die mit der Energiewende einhergehende Dezentralisierung der Energiegewinnung führt dazu, dass erneuerbare Technologien stärker in die alltäglichen Aktionsräume der lokalen Bevölkerung eindringen.

Diese Konfrontation führt zu erheblichen lokalen Konflikte um die Angemessenheit und Ausgewogenheit von Standortentscheidungen im Energiesektor. Dabei hat sich gezeigt, dass der Widerstand gegen die Standortentscheidungen zu erneuerbaren Energien keineswegs einem einheitlichen, leicht nachvollziehbaren räumlichen Muster folgt, sondern stets von den sozialen Kontexten vor Ort abhängt. Die Unzufriedenheit mit Standortentscheidungen ist vor allem deshalb so schwer zu antizipieren, da sie von den räumlichen Werten, Identitäten, Emotionen und Symboliken abhängt, die in einem spezifischen kommunalen Mikrokosmos das gesellschaftliche Zusammenleben bestimmen.

Mit dem Ziel, die Voraussetzungen für einen sozial ausgewogenen Ausbau der Erneuerbaren Energien auf kommunaler Ebene zu erforschen, sollen daher GIS-gestützte Planungsansätze mit dem raumtheoretischen Ansatz von Lefebvre „Die Produktion des Raumes“ verknüpft werden. Als übergeordnetes Ziel gilt es dabei, einen Beitrag zu einer Optimierung von kommunalen Planungsprozessen zu leisten, indem die Standortentscheidungen in Gemeinden nicht allein nach den übergeordneten territorial-institutionellen Rahmenbedingungen ausgerichtet werden, sondern die lokalspezifischen sozialen Kontexte aufgegriffen und in die Planungskonzepte integriert werden. Hierzu werden die zentralen Akteure der Energiewende in ein Beteiligungsverfahren eingebunden, bei dem die Restriktionsflächen und restriktionsfreien Flächen erneuerbarer Energien von den Menschen einer Kommune selbst kartiert und ausgehandelt werden. Bei dieser Form der prozessualen Partizipation (participatory mapping) stellt sich die Frage, inwieweit Kommunen ihren Energiebedarf durch die Energiepotentiale auf den eigenen kommunalen Flächen decken können, wenn nicht nur die offiziellen planungsrechtlichen Vorgaben, sondern auch die lokalspezifischen Interessen der Anwohner miteinbezogen werden.

Ungleichheiten im Transformationsprozess: Interessen und Betroffenheiten sozialer Milieus im Rheinischen Braunkohlerevier

Cathérine Momberger (Lehrstuhl für Allgemeine Soziologie, Arbeit und Wirtschaft, Ruhr-Universität Bochum)

Abstract:

Der Braunkohleausstieg ist einer der jüngsten Schritte auf dem Weg der Energiewende. Im Zuge dessen steht das Rheinische Revier, als größtes Braunkohlerevier und einer Geschichte von Umsiedlungen, vor neuen sozialen Herausforderungen. Hier sollen als erstes Tagebauen geschlossen und Kraftwerke abgeschaltet werden – mit allen Konsequenzen für die dort lebenden und arbeitenden Bürger:innen. Dabei wünschen sich einige Bürger:innen einen Stopp der Braunkohle und der eigenen Umsiedlungen. Andere hingegen wollen ihre Arbeitsplätze und die Identität ihrer Region als Energieregion erhalten. Während sich einige Bürger:innen aktiv in den politischen Entscheidungsprozess und in Beteiligungsformate im Revier miteinbringen, konzentrieren sich andere auf die individuelle Bewältigung der Veränderungen.

Doch die Bürger:innen im Revier haben nicht nur unterschiedliche Interessen, sie haben auch unterschiedliche Werte und Ressourcen, um ihre Interessen durchzusetzen und um auf ihre Betroffenheiten zu reagieren. In einer quantitativen Befragung von Bürger:innen im Rheinischen Revier soll herausgefunden werden, ob sich unterschiedliche soziale Milieus ausmachen lassen, die mit dem Transformationsprozess jeweils anders umgehen (können) und ob diese Zugehörigkeit zu einem Milieu auch die Einstellungen zum Braunkohleausstieg beeinflusst. Dabei wird neben sozioökonomischen und soziokulturellen Merkmalen auch berücksichtigt, wen die Bürger:innen in der (politischen) Verantwortung für den Wandel sehen, inwiefern sie am Transformationsprozess ihres Reviers partizipieren (wollen) und ob sie den Prozess als legitim wahrnehmen. In dem Vortrag sollen erste Ergebnisse aus dieser Studie vorgestellt werden. So soll die Lage von Bürger:innen in diesem Transformationsprozess der Energiewende differenziert betrachtet und es sollen Hinweise darauf geben werden, welche Milieus welche Rolle im Transformationsprozess des Reviers einnehmen (können).

16.30 – 18.00 Uhr MiE | Panelveranstaltungen

MiE01 | Jenseits von Wahlen: Die Rolle sozialer Medien für internationale Politik

Organisiert von / Organized by: Prof. Dr. Andrea Schneiker (Zeppelin Universität), Dr. Matthias Ecker-Ehrhardt (Universität Dusiburg-Essen / Centre for Global Cooperation Research)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Sektion „Internationale Beziehungen"

Chair: Prof. Dr. Andrea Schneiker (Zeppelin Universität),

Discussant: Prof. Dr. Jutta Joachim (Nijmegen School of Management)

Abstract:

Soziale Medien spielen inzwischen eine zentrale Rolle in Wahlkämpfen und der politischen Kommunikation von Staats- und Regierungschefs, wie nicht zuletzt die Beispiele des US- Wahlkampfes und Donald Trump zeigen. Doch auch jenseits von Wahlen spielen soziale Medien eine wichtige Rolle in politischen Entscheidungs- und Legitimationsverfahren. Verschiedene Akteure – Staaten, internationale Regierungsorganisationen, NGOs, nichtstaatliche Gewaltakteure – versuchen einerseits, ihr Handeln über soziale Medien zu legitimieren, Zustimmung und Unterstützung zu generieren. Andererseits findet über soziale Medien aber auch ein inhaltlicher Austausch auf transnationaler Ebene statt. Wie dies geschieht und welche (Aus-)Wirkung dies auf politische Prozesse hat, ist jedoch bislang nur ansatzweise erforscht. Dieser Blindstelle widmet sich das vorliegende Panel aus der Perspektive der Internationalen Beziehungen und analysiert dabei unterschiedliche Akteure und deren Nutzung sozialer Medien.

Beiträge / Contributions:

May we have your likes, please? Internationale Organisationen, soziale Medien und das Dilemma (anti-)kosmopolitischer Polarisierung

Dr. Matthias Ecker-Ehrhardt (Universität Duisburg-Essen / Centre for Global Cooperation Research)

Abstract:

Die Öffentlichkeitsreferate internationaler Organisationen (IOs) haben Präsenz und Nutzung sozialer Medien über die letzten Jahre massiv verstärkt. Dies geschieht im Wesentlichen als Verlängerung klassischer Verlautbarungskommunikation, die die dialogischen Möglichkeiten entsprechender Plattformen nur selten nutzt. Dies heißt jedoch nicht, dass IOs den Eigenheiten sozialer Netze entkämen – Ihr Content wird durch selektive Weiterleitung, Zitierung und Kommentierung vehement und machtvoll durch andere Nutzer kuratiert und rekonstruiert. Zentrale Aporien der (Selbst)Legitimation internationaler Autorität treten dabei gerade angesichts selbstbezüglicher Echokammern und (anti-)kosmopolitischer Polarisierung mit besonderer Schärfe zutage, es lohnt also ein vertiefter Blick in die Mechanismen sozial- medial vermittelter Kommunikation durch und über IOs. Vor dem Hintergrund dieser Diagnose reflektiert der Beitrag zunächst normative Erwartungen an den angemessenen Umgang von IOs mit sozialen Medien. Im Anschluss daran werden forschungsleitende Hypothesen entwickelt, um eine systematische Auseinandersetzung mit den kausalen Bedingungen einer Demokratisierung internationaler Autorität in der bzw. durch die Nutzung sozialer Medien zu motivieren.

Internationale Verhandlungen via Twitter? Möglichkeiten und Herausforderungen der Analyse von Twitter-Daten in den Internationalen Beziehungen

Alexandra Goritz (Freie Universität Berlin), Dr. Helge Jörgens (ISCTE - Instituto Universitário de Lisboa Avenida das Forças Armadas), Prof. Dr. NinaKolleck (Universität Leipzig)

Abstract:

Die Bedeutung von Kommunikationsplattformen, wie Twitter, wurde für nationale und lokale

Wahlen bereits umfangreich erforscht. Welche Rolle die Kommunikationsplattform Twitter hingegen auf der internationalen Ebene z.B. während internationaler Verhandlungen spielt, fand bisher jedoch

wenig Beachtung in empirischen Studien. Zugleich erscheint gerade Twitter für internationale Verhandlungen zunehmend relevant. Nahezu alle Staats- und Regierungschefs sowie zahlreiche trans- und internationale Organisationen und nichtstaatliche Akteure sind mittlerweile auf der Plattform vertreten. Der schnelle und relativ einfache Datenzugang sowie die zunehmende Popularität von Twitter stärken zudem die Attraktivität von Twitter-Daten. Doch welche für die internationalen Beziehungen relevanten Erkenntnisse können durch die Analyse von Twitter-Daten gewonnen werden? Dieser Beitrag möchte Antworten auf diese Frage geben und dabei die Möglichkeiten und Herausforderungen, die Twitter-Daten für die Analyse von internationalen Verhandlungen bieten, mit einem methodischen Fokus auf die soziale Netzwerkanalyse herausarbeiten. Die Beantwortung der Frage wird anhand einer empirischen Fallstudie verdeutlicht: Der Analyse von Einflussprozessen anhand von Twitter-Daten im Zuge der internationalen Klimaverhandlungen. Nicht zuletzt haben sich internationale Klimaverhandlungen zu einer zentralen Bühne für Aushandlungsprozesse entwickelt, an der sich eine Vielzahl an Akteuren beteiligen. Twitter wird dabei von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren als Kommunikations- und Informationsplattform genutzt – mit wachsender Relevanz im Zuge der Verhandlungen. Zum einen dient Twitter als Informationsplattform für aktuelle Verhandlungsereignisse. Zum anderen können Akteure auf der Plattform direkt miteinander in Verbindung treten, öffentlich diskutieren aber auch gemeinsame Kampagnen führen, um bestimmte Positionen zu stärken. Analysen von Twitter-Daten können uns folglich nicht nur dabei helfen, Verhandlungsereignisse besser nachzuvollziehen. Vielmehr dienen sie zudem dazu, ein besseres Verständnis latenter Einflussnahmen durch verschiedene Akteure zu gewinnen und die in Kommunikationsnetzwerken tatsächlich einflussreichen Akteure zu identifizieren. Die empirischen Ergebnisse unserer Analysen rücken dabei die Rollen und latenten Einflussnahmen der inter- und transnationalen Akteure in den Mittelpunkt.

Soziale Medien, Militarisierung des Alltags und die Legitimierung deutscher Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Dr. Frank Stengel (Universität Kiel)

Abstract:

Soziale Medien genießen in der Forschung zur Bundeswehr und zur deutschen Sicherheitspolitik bislang nur begrenzt Aufmerksamkeit. Und auch wenn sich die Forschung zur Mediatisierung des Krieges schon längere Zeit mit der medialen Repräsentation von Streitkräften und ihren Aktivitäten beispielsweise in Filmen, TV-Serien oder Computerspielen auseinandersetzt, sind die Auftritte von Streitkräften auf Facebook, YouTube und Twitter auch

international erst in jüngster Zeit als Analyseobjekt in den Vordergrund gerückt. Dies ist überfällig, denn soziale Medien sind mittlerweile zu einer zentralen Arena für Deutungskämpfe avanciert, in denen die Realität konstruiert und Politik legitimiert und politisiert wird. Ebenso wie Streitkräfte anderer Nationen betreibt auch die Bundeswehr seit einigen Jahren Auftritte in diversen sozialen Medien, die mitbestimmen, wie deutsche Streitkräfte und Auslandseinsätze in der deutschen Bevölkerung gesehen werden. Vor diesem Hintergrund plädiert der Beitrag für eine stärkere Berücksichtigung sozialer Medien in der Forschung zur deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Hierzu (1) liefert er zunächst einen Überblick über die aktuelle Diskussion zu sozialen Medien in Studien zur Mediatisierung des Krieges, military public relations, Rekrutierung und Militarisierung und (2) illustriert anhand ausgewählter Beispiele, wie die Selbstdarstellung der Bundeswehr in den sozialen Medien zur diskursiven Legitimation der Streitkräfte und ihrer (teilweise gewaltsamen) Aktivitäten beiträgt.

Soziale Medien und Terrorismus – Was wir aus der Analyse sozialer Medien über terroristische Akteure lernen können

Manjana Sold (Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)), Hande Abay Gaspar (Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK))

Abstract:

Der digitale Raum im Allgemeinen sowie soziale Medien im Besonderen sind längst fester Bestandteil unseres Lebens geworden. Vernetzung, Informationsbeschaffung und - verbreitung, Inszenierung und Austausch sind nur einige Gründe für die intensive Nutzung durch verschiedenste Akteure, darunter auch durch nichtstaatliche Gewaltakteure. Für Extremist*innen und Terrorist*innen jeglicher Couleur fungiert das Internet nicht nur als primäre operationelle Umgebung, sondern dient ihnen zudem zur Realisierung ihrer Ziele. Längst sind soziale Medien nicht lediglich mehr ein Nebenschauplatz. Vielmehr haben sie sich zum zentralen Milieu nichtstaatlicher Gewaltakteure und damit auch zu einem relevanten Untersuchungsfeld der IB entwickelt. Um das Denken, Handeln und Agitation sowie die Mobilisierungsstrategien extremistischer und/oder terroristischer Akteure zu verstehen, ist die Betrachtung sozialer Medien unausweichlich. Der digitale Raum unterscheidet sich von der analogen Welt in vielerlei Hinsicht. Nicht zuletzt durch eine vermeintliche Anonymität ist er für nichtstaatliche Gewaltakteure von besonderem Interesse. Auch werden die Interaktionen zwischen teilnehmenden Akteuren vollständig dokumentiert, wodurch die Analyse von Entwicklungen über Zeit möglich ist. Der bloße Fokus auf die Offlinewelt reicht somit nicht mehr aus, zumal der digitale Raum zum Bestandteil der „Realwelt“ geworden ist. Posts, audiovisuelle Beiträge sowie Kommunikationsstränge und -verläufe vermitteln und ermöglichen Forschenden Einblicke, die nicht nur dringend notwendig sind, sondern die so nicht in vergleichbarer Weise anderweitig gewonnen werden können. Nur, wenn Inhalte terroristischer und extremistischer Akteure in sozialen Medien analysiert werden, können möglichst passende Präventions- und/oder Deradikalisierungs- sowie Antiterrormaßnahmen ergriffen bzw. entwickelt werden. In diesem Beitrag wird gezeigt, wie sich Extremist*innen und Terrorist*innen soziale Medien auf diverse Weise, wie zur Realisierung ihrer Ideologien, zur Rekrutierung, zur Propaganda, zur Planung von Angriffen oder gar zu deren Zurschaustellung zu eigen machen. Anhand dieser Beispiele aus der empirischen Forschung wird darüber hinaus aufgezeigt, weshalb die Analyse sozialer Medien zur Erforschung extremistischer und/oder terroristischer Akteure zusätzlich zu jener in der realen Welt dringend notwendig ist. Zudem wird Einblick in mögliche Herausforderungen und Chancen für Wissenschaftler*innen bei der Forschung mit Daten aus sozialen Medien gegeben.

MiE02 | Antipopulismus. Konzeptuelle, normative & empirische Aspekte einer polit. Reaktionsstrategie

Organisiert von / Organized by: Dr. Seongcheol Kim (Universität Kassel), Dr. Veith Selk (Technische Universität Darmstadt)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Themengruppe „Populismus“

Chair: Dr. Seongcheol Kim (Universität Kassel), Dr. Veith Selk (Technische Universität Darmstadt)

Discussant: Prof. Dr. Oliver Marchart (Universität Wien)

Abstract:

In den letzten Jahren ist Populismus ins Zentrum der Forschung gerückt. Unterbelichtet blieben jedoch Diskurse und Praktiken, die sich präventiv gegen Populismus richten beziehungsweise diesen reaktiv eindämmen. Dieses Phänomen wird seit einiger Zeit mit dem Begriff des Antipopulismus bezeichnet. So haben Stavrakakis et al. im Kontext der Eurokrise einen neoliberal-postdemokratischen Antipopulismus diagnostiziert, der sich als Verteidiger wirtschaftlicher und politischer Stabilität gegen die Gefahr des ‚Populismus‘ stilisiert. Seitdem sind weitere solcher Strategien und Diskurse identifiziert worden. Sie reichen von der moralisierten Ablehnung des Populismus (Jörke/Selk) und der „postpolitischen“ Einhegung des Politischen (Marchart) bis hin zur propagandistischen Abwehr (Frank). Das Panel fragt nach Kontinuität und Wandel dieser politics of anti-populism im Kontext von Autokratisierung, Destabilisierung und Protest. Erbeten werden Einreichungen, die sich an folgenden Frageperspektiven orientieren:

Konzeptuell: Welchen diagnostischen und analytischen Nutzen hat der Begriff und was sind seine politik- und demokratietheoretischen Implikationen? Welche theoretischen Erklärungs- und Interpretationsgewinne verspricht er und was sieht man mit ihm (nicht)?

Normativ: Handelt es sich beim Antipopulismus um eine verkappte Kritik an Volkssouveränität und common sense, wie einige Ansätze der Populismusforschung argumentieren? Ist er eine angemessene Antwort auf Autokratisierung und Verunsicherung? Oder stellt er vielmehr ein normativ ambivalentes Phänomen dar, das kontextsensibel beurteilt werden muss?

Empirisch: Sind neue antipopulistische Diskurse entstanden, etwa in Reaktion auf die Corona-Proteste, Verschwörungsdenken und die Querdenken-Bewegung? Welche antipopulistischen Diskursmuster finden sich in Medien, Wirtschaft, Politik und Wissenschaft? Wie antipopulistisch sind Politikwissenschaft und Populismusforschung?

Beiträge / Contributions:

Antipopulismus als Politisierung der Lebenswelt?

Dr. Astrid Séville (LMU München)

Abstract:

Die Debatte um Rechtspopulismus führt in der Öffentlichkeit zu Forderungen nach couragierten Gegenreaktionen. Politische und zivilgesellschaftliche Akteure thematisieren, in welchem Maße liberale Demokratie auf ihr zuträgliche Einstellungen angewiesen ist, ohne diese institutionell sicherstellen zu können. Diese Diskussion verdichtete Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier 2020 zur Mahnung, die wehrhaften Institutionen der liberalen Demokratie bedürften ihrerseits einer wehrhaften Zivilgesellschaft. Rechtspopulistische Tabubrüche und Grenzverletzungen seien Fälle für konsequente Strafverfolgung, aber auch „die Gesellschaft“ müsse ihre Stimme erheben – der Einzelne dürfe angesichts Verrohung und Respektlosigkeit nicht schweigen, so Steinmeiers Tenor, in den zahlreiche Akteure einstimmen.

Mein Beitrag untersucht nun einschlägige Reden, Publikationen und Handreichungen mit Blick auf Motive antipopulistischer Mobilisierung. Veröffentlichungen von Initiativen, Vereinen und Journalisten evozieren hierbei auffällig oft soziale Situationen: Immer wieder wird auf Situationen in der Lebenswelt

verwiesen; es sind Familienfeiern, Situationen im Bus, in der U-Bahn, im Büro oder Sportverein, die den Einzelnen plötzlich politisch herausfordern, weil jemand rechtspopulistische Ansichten und Provokationen kundtut. Es wird an den Einzelnen appelliert, und dieser wird angelernt, in solchen Momenten dagegenzuhalten. Da die Grenzen rationaler Diskussion dabei offen reflektiert werden, argumentieren wiederum zahlreiche Autoren, dass nur Empathie der Schlüssel zur Überwindung von ideologischer sowie affektiver Polarisierung in Zeiten des Populismus sei. Konsequenterweise möchte ich nach der Bedeutung und Funktion dieser öffentlichen Auslotungen von Rationalität und Empathie fragen und diskutieren, ob wir es heute mit einer Politisierung der Lebenswelt zu tun haben, die komplementär zur Idee rationaler Kommunikation politische Versöhnlichkeit im Modus empathischer Sozialität formuliert.

Don't Call me a Populist! The Meaning of Populism for Western European Parties and Politicians

Dr. Jakob Schwörer (Leuphana Universität Lüneburg)

Abstract:

In recent years a common understanding of the core elements of populist communication has been achieved in academia. Yet, we know less about how the term populism is used by political parties themselves, despite widespread assumptions about the use of populism as a battle term to disqualify competitors. Based on a quantitative and qualitative content analysis of Twitter content from mainstream and populist actors in six western European countries, this study finds that populism is indeed used by mainstream parties in a pejorative way in order to label political competitors. Yet, not only populist but also mainstream competitors are labeled populist by the center parties linking a variety of different negative meanings to the term, which are often of a less demonizing nature not questioning the legitimacy of others. Populists in Italy and France refer to the term in a positive way, while Spanish and German populists rather reject the label.

Jenseits des fatalen Antagonismus von Populismus und Antipopulismus: Ein Vergleich zwischen Ernesto Laclau und Pierre Rosanvallon

Dr. Marius Hildebrand (FAU Erlangen-Nürnberg)

Abstract:

Ernesto Laclau und Pierre Rosanvallon liefern keineswegs diametrale, aber doch sehr unterschiedliche politische Theorien. Diese Differenz manifestiert sich insbesondere in den jeweiligen Konzeptionen des Populismus. Während Laclau anhand des Populismus eine Theorie des Politischen als Theorie der Vereinfachung reformuliert und der populistischen Konstruktion des Volkes prinzipiell ein demokratisierendes Moment attestiert, streitet Rosanvallon „[w]ider alle Vereinfachung" und für eine „Verkomplizierung" demokratischer Repräsentationsbeziehungen. Bei Laclau erscheint der Populismus als Mittel der Wahl gegen Postdemokratisierungstendenzen; bei Rosanvallon als Krisensymptom und Krisenkatalysator, dessen phantasmatische Freund-Feind-Projektionen die (Selbst-)Regierbarkeit von Gesellschaft unterminieren. So lässt sich Laclaus Populismustheorie nicht nur als Theorie des Politischen, sondern (auch) als Lehrbuch für populistische Politiker:innen lesen, wohingegen Rosanvallons Modell der „reflexiven Demokratie" antipopulistische Strategien liefert. Der geplante Vortrag führt diese Differenz zwischen Laclau und Rosanvallon auf die jeweiligen Lektüren der Politik- und Demokratietheorie Claude Leforts zurück. Leforts konfliktaffines Denken bildet für beide einen wichtigen Referenzpunkt. So konzipieren Laclau und Rosanvallon den „Ort der Macht", den das Volk in der Demokratie formal einnimmt, mit Lefort als „leer", ziehen aus der Unauffindbarkeit des Volkes (Rosanvallon) bzw. des theorieimmanenten Ausschlusses finaler Schließungen der Identität des Demos (Laclau) aber entgegengesetzte Rückschlüsse. Vor diesem Hintergrund zielt der geplante Vortrag auf einen synthetisierenden Theorievergleich, der aus der jeweils anderen Position auf die blinden Flecken der diametralen Populismuskonzeption schließt und einen Ausweg aus dem demokratietheoretisch fatalen Antagonismus zwischen Populismus und Antipopulismus weist.

Populismus vs. Anti-Populismus: die Dialektik unseres Zeitgeists?

Giovanni de Ghantuz Cubbe (Tu-Dresden)

Abstract:

Der Begriff „Anti-Populismus“, der Diskurse, Praktiken und Strategien zur Eindämmung des Populismus bezeichnet, ist üblicherweise durch einen normativen Charakter kennzeichnet, während sein analytischer Wert bis dato in der Literatur weniger Interesse weckt. Allerdings gibt der Begriff nicht nur vor, wie Dinge sein sollten, sondern er beschreibt auch, wie sie sind. So haben ihn beispielsweise Richard Parker (1994) und später Larry D. Kramer (2004) verwendet, um eine grundsätzliche gesellschaftliche und politische Spaltung zwischen einer „populistischen“ und einer „anti-populistischen“ Mentalität zu beschreiben. In jüngerer Zeit haben auch Autoren wie Yannis Stavrakakis die Entstehung einer zentralen cleavage zwischen Populismus und Anti-Populismus betont, die die zeitgenössischen diskursiven Praktiken prägt. Im Einklang mit diesen Interpretationen zielt dieser Beitrag darauf, eine theoretische Abgrenzung zwischen der normativen und der analytischen Bedeutung des Begriffes „Anti-Populismus“ zu formulieren und thematisiert die Spaltung Populismus/Anti-Populismus als zentrale dialektische Dichotomie unseres Zeitgeists.

MiE03 | Chinese Practices in Africa: Empowering African Elites/Populations or Transferring Dependency?

Organisiert von / Organized by: Dr. Maria Ketzmerick (Universität Bayreuth), Dr. Raoul Bunskoek (Universität Bayreuth)

Chair: Dr. Jana Hönke (University of Bayreuth),

Discussant: Prof. Dr. Dr. Nele Noesselt (Universität Duisburg-Essen)

Abstract:

Although the presence of Chinese actors in African countries is not new, the topic has only recently entered the spotlight. Arguably, the main reason is that due to the exponential increase in investments in African countries by Chinese actors since the beginning of the 21st century, China is more and more perceived as the key competitor to the US-led global order, and Africa the arena in which this competition plays out. Related to this is the dominant view in Western mainstream media that autocratic countries such as China (and Russia) constitute 'threats' for democracies worldwide and employ 'sharp power' not to 'win hearts and minds' but to 'distort information' and 'amplify existing divisions' in societies (Walker and Ludwig 2017), hence, contributing to the disintegration and illiberalization of democracies. China, conversely, vehemently opposes such narratives and explicitly advocates 'non-intervention' in the internal affairs of countries worldwide and urges developing countries to 'follow their own developmental paths'.

In light of the above, this panel seeks to find out the effects practices by Chinese actors in Africa have on either the democratization or autocratization of African countries. Do Chinese actors truly adhere to a policy of non-intervention and, if so, under what conditions? And what is the role of African agency here? Do African elites and/or populations gain more choice in developing their own developmental paths or is there dependency transferred from 'Western' institutions to Chinese ones? And does this spur democratization or autocratization (or something in between)?

This panel seeks to critically engage with a multitude of narratives on Chinese and African encounters in Africa by looking at agency, controversies, empirical evidence, and (comparative) case studies. Possible issue areas include, but are not limited to, business, development, South-South cooperation, peace and intervention, and global security.

Beiträge / Contributions:

A Challenge to the Liberal Economic Order? Analyzing Chinese Development/Security Practices in Kenya and Cameroon

Dr. Maria Ketzmerick (University of Bayreuth), Dr. Raoul Bunskoek (University of Bayreuth)

Abstract:

Although the presence of Chinese development actors in African countries is not new, the topic has recently received intensified academic attention. Arguably, the main reason is that due to the exponential increase in investments by both Chinese private and governmental actors in African countries, China is more and more perceived as the key competitor to the liberal order, and Africa one of the main arenas in which this competition plays out. Yet, how concretely does the (economic) order as practiced and discursively represented by these Chinese actors diverge from and/or compete with the liberal economic order and its adherent development approaches? And how does the increase in and diversification of potential donors shape the policy space for development of less developed economies? To answer these questions the paper delves into the cases of Kenya and Cameroon to identify the extent to which Chinese actors reshape transnational governance practices and standards in comparison to two dominant actors representative of the liberal order, namely Britain and France. By using this comparative approach, it is this paper's aim to set these most different cases into relation in order to understand Chinese practices better: Kenya on the one hand represents a case of British colonial rule whereas Cameroon was French trusteeship territory. In contrast to Kenya, which went

through democratic transition already in 2002, Cameroon is still at the verge of democratic transition. Both countries receive almost the same percentage of Chinese investments, notably in huge infrastructure projects, such as ports. Besides colonial history, the US is perceived as a relevant actor and controlling variable, because of its huge influences in economy and development, and its dominance in representing the liberal order. Against this empirical background the analytic focus lies on new assemblages of actors to contribute to debates on the competing external influences in highly securitized contexts and how this shape the future paths of localities. Methodology wise, we use discourse analyses of development policies and CSR reports of Chinese, British, French, Cameroonian, and Kenyan actors and combine these with semi-structured interviews, desk research and survey data. The paper contributes to the burgeoning research on Chinese development practices and how they are perceived and engaged with on the ground, critical development and security studies in Global South economies, and Global IR.

China's discourse power and its global (cyber) vision: the case of the Digital Silk Road in Africa

Dr. Yung-Yung Chang

Abstract:

The paper aims to address China's growing power of norm diffusion through discourses, placing it in a broader context of China's increasing assertiveness in the global arena as the Digital Silk Road (DSR) demonstrates. It argues that the concept of exporting China model is the key for China to exert its discursive power. Among others, it is the norm of developmental peace that China strives to promote.

The developmental peace acts as the Zeitgeist for China to rise as a great power: building shared understandings among stakeholders to prioritize economic development; using the frameworks of DSR to frame the narrative focus on promoting infrastructure connectivity and facilitating economic development to ensure stability and security.

The article will center on the following questions: how China has developed and exercised its discourse power? What kind of mechanism is developed to foster its discourse power and diffuse Chinese norms? How China could utilize its discourse leverage to normalize an authoritarian approach to global governance? What are the impacts on future world order?

In order to examine Chinese discursive power, the paper will focus on Chinese private sectors (e.g. corporate) as an increasingly important component of state strategy in the domain of diffusing Chinese norms and narratives effectively and creating a better image of China abroad. Briefly, the paper takes private sectors as the 'proxy' actors that activate the mechanism developed by central government to tell a good China story, in which Chinese values, norms and concepts are embedded in the discourse. Namely, private sectors align with explicit state policy objectives to deploy China's model. To understand China's discourse power, its influences and the decisive role played by private sectors, the article will investigate the case of Trassion, a Chinese giant smart device makers in Africa, in the context of China's proposed DSR.

Structurally, the first section will review literature on China and the changing world order; then focus on the theoretical grounding to discuss discourse power (in terms of diffusing norms) and the idea of public diplomacy, in which private sectors are essential. Secondly, it begins with the empirical part: addressing the development of DSR (its strategical concept, its expansion in Global South…) and China's awareness of advancing its narrative strength. China's strategic concerns and its characteristics under Xi's administration will be examined. Third part zooms in on the Transsion case, taking the DSR-branded China tech company as the major actor to study. On one hand, it looks at how Transsion has projected the narratives advocated by the DSR that contain diverse, demand-driven, practical and developmental concerns (e.g. digital connectivity, development cooperation, etc.) by examining its profile, products, corporate culture, social responsibility, activities and so on. On the other, the reception aspect will be reviewed to understand how the promoted norms are acknowledged and interpreted by the recipient African countries, e.g. Zambia and Nigeria. (Namely, whether the efforts done by the private sector have triggered positive acknowledgement, interpretation or even imagination from African countries.) The article concludes with reflections and implications upon China's possible influences on world order.

Chinese ICT infrastructure and digital development: Africa's call at last?

Stephanie Arnold (University of Bologna)

Abstract:

The latest concerns over Chinese practices in Africa relate to telecommunication infrastructure investments. Information and communication technologies (ICTs) are prone to path dependency due to the strong lock-in effects of their technological features and intrinsic normative nature. In the wake of a "tech cold war" between China and the West, the choice of one infrastructure provider over another implies lasting geopolitical alignment. In addition, the looming bifurcation of Chinese and Western technologies could turn into an unsurmountable economic obstacle to shift direction once a system has been adopted.

Against this background, a comparative case study examines the involvement of Huawei and ZTE, two Chinese tech giants, in the ICT infrastructure development of both democratic and autocratic states which aim at becoming leading knowledge economies in Sub-Saharan Africa. The analysis will shed light on whether Chinese providers act as enablers of autonomous digital development or nurture geopolitical and economic dependency. In contrast, African agents are caught between growing security concerns over Chinese technology and China's increased economic and normative assertiveness in the international plane. Moreover, a preference for low-cost Chinese suppliers would ensure the rapid ICT adoption needed to spur socio-economic development in the short-run but could hamper service trade with security-minded economies in the long-run. Finally, technology-inherent norms may tilt African regimes towards democratization or autocratization. The ultimate purpose of this paper is to assess whether the progress of the African ICT sector reflects the pursuit of independent developmental paths or the beginning of a new era of dependency.

Development First! The Normative Commonality in Sino-African Cooperation

Dr. Georg Lammich (University Duisburg-Essen)

Abstract:

Following recent debates about the multiplicity and inconsistency in the internal and external conceptualization of a replicable "China model" and the various interpretation and strategic localization of such a model in the African context, this paper focuses on the Chinese development-security nexus and the agency of African states and elites in strategically readjusting this concept to align with their domestic priorities.

Xi Jinping has noted on several occasions that 'development is the foundation of security and security is the condition for development (发展是安全的基础, **安全是**发展的条件). This guiding principle has not just been relevant to China's domestic policymaking for several decades but is increasingly used in the context of China's engagement in Africa. The interrelationship between security and development is a well-established though still debated concept in global policymaking and often associated with an interventionist approach. While the Chinese variation of this concept shares the fundamental idea that development and peace are interrelated it emphasizes national sovereignty, political stability, and state-led economic planning as core to a prosperous and harmonious society. The Chinese development-security paradigm provides an alternative narrative for African leaders that reject the interventionist role of Western powers. The notion that state-led development and the provision of economic opportunities should take precedence over political reforms and stability is more relevant than inclusiveness has thus become a widely shared understanding in Sino-African cooperation.

MiE04 | Conceptualizing and Explaining Compliance with International Decisions in Environmental Disputes

Organisiert von / Organized by: Dr. Andreas Corcaci (Goethe University Frankfurt), Prof. Dr. Andreas von Staden (University of Hamburg)

Chair: Dr. Andreas Corcaci (Goethe University Frankfurt), Prof. Dr. Andreas von Staden (Universität Hamburg)

Discussant: Dr. Andreas Corcaci (Goethe University Frankfurt)

Abstract:

Compliance with judicial and quasi-judicial decisions takes place against the background of various structural, procedural, and contextual conditions at different levels of governance. Internationally, the enduring pre-eminence of state sovereignty and the difficulty of effectively sanctioning infringements of applicable international law make compliance with the latter an often-challenging undertaking. This situation is particularly pronounced in the area of international environmental law. Strengthening the role of courts and tribunals in resolving environmental disputes peacefully regarding issues that range from climate change and air pollution to the protection of marine habitats and wildlife diversity thus constitutes a major societal challenge, one that is made more difficult by repeated attacks on multilateral forms of cooperation from autocratic and populist governments around the world. Rather than discussing purely technical-scientific issues, dealing with environmental challenges has become a subject of high politics in recent years, and a matter of increasing controversy. While environmental courts and tribunals (ECTs) have proliferated at the national and regional levels, no global specialized ECTs exist. Instead, environmental issues are being litigated in courts of general jurisdiction such as the ICJ, in trade and human rights fora, or by arbitral tribunals set up for specific disputes. The panel will examine the efficacy of judicial and quasi-judicial dispute resolution of environmental disputes beyond the state by investigating the record of compliance with related decisions and exploring the causal factors responsible for success and failure. The panel is open to papers that address the topic from conceptual, empirical, and normative vantage points.

Beiträge / Contributions:

Conditions for Implementation Effectiveness - Analyzing EU-Member State Compliance with the Renewable Energy Directive

Nils Bruch (Institute for Political Science - Technical University Darmstadt)

Abstract:

The Renewable Energy Directive (RED) of the European Union had the goal to increase the share of renewable energy in the EU-wide energy mix to 20% by 2020. To achieve the overall goal, all 28 Member States were given national binding targets, considering their specific economic and geographic circumstances to guarantee a fair sharing of efforts between the Member States. Yet, some Member States will not comply with the RED, despite the threat of financial sanctions imposed after infringement proceedings by the ECJ. If the RED was designed to make up for country-specific circumstances, thus ensuring equal efforts for every Member State, how can we explain the existing differences in implementation effectiveness of the RED?

Concepts from EU implementation research are used to identify four conditions that may influence implementation effectiveness: ideological orientation of the governing parties, compliance-culture regarding EU legislation, implementation structure and energy policy misfit. The influence on implementation effectiveness will be analyzed using fuzzy-set Qualitative-Comparative Analysis (fsQCA) including all 28 Member States. Preliminary results show that a combination of strong compliance-culture, low energy policy misfit and simple implementation structure are conditions associated with high implementation effectiveness. Low implementation effectiveness is solely associated with a complex implementation structure. Based on this analysis the paper will use an enhanced research

design generating more nuanced results. The paper contributes to our understanding by examining conditions for compliance beyond sanction ability in a multi-level governance system with an empirical analysis of a highly salient policy area covering all 28 Member States.

Court and tribunal rulings on environmental disputes. Exploring a concept structural approach to dispute settlement beyond the nation state

Dr. Andreas Corcaci (Goethe University Frankfurt)

Abstract:

Compliance with legal requirements takes place against the background of various structural, procedural, and context conditions regarding different levels of governance. While legal frameworks at the national level are usually dense, European Union directives imply their own unique compliance setting. Internationally, the sovereignty of contractual partners and the difficulty of effectively sanctioning infringements add further complexity to the adherence to arrangements and legal obligations. These ambivalences are highly relevant in the area of environmental disputes. For one, certain environmental issues are tied to the high politics of climate change at all levels of governance. For another, while environmental courts and tribunals (ECTs) have proliferated worldwide at the regional and national levels, this does not translate to supra- or international contexts, where no comprehensive-jurisdiction ECTs exist.

To approach this challenge, I develop a concept structural approach to environmental compliance in this paper, which aims to set out conceptual requirements for international ECTs. First, existing research regarding environmental compliance will be discussed. Second, concept structures will be introduced to conceptualize compliance with international rulings on environmental issues in the absence of comprehensive-jurisdiction ECTs. Finally, implications for further empirical research and the development of potential conditions for the effective adherence to said rulings with a focus on the European Union will be outlined. The paper makes an essential contribution to the fields of environmental compliance and international dispute settlement by conceptualizing dispute settlement on environmental issues beyond the nation state and by outlining conceptual requirements for the establishment of international (quasi-)ECTs.

Limitations of Environmental Litigation before the ICC. Reflections through the case of oil spills in Colombia

Juliette Vargas (Göttingen University / Instituto CAPAZ), Juliana Galindo(Guernica Centre for International Justice)

Abstract:

The possibilities to address environmental damage through international criminal law mechanisms seems to be very reduced. At the International Criminal Court (ICC), for example, despite that the 2016 ICC Prosecutor Office's Policy Paper recognized the importance of considering the environmental damages for prosecuting Rome Statute crimes, no case has been open until today.

Given the lack of empirical evidence related to the current possibilities and limits of environmental litigation before the ICC, this paper aims to analyze through the case of oil spills in Colombia if the ICC and the International Criminal Law framework offer any path for effective and real prosecution of environmental harm.

This case study is paradigmatic because it examines a non-international armed conflict context where a non-state actor has systematically attacked the oil infrastructure as warfare, with proven impacts on the environment and nearby communities, as well as on the oil industry infrastructure. The examination will focus on the two most affected pipelines in the country (Caño Limón-Coveñas and Trasandino).

The empirical analysis seeks to verify the assumptions around the limited scope of International Criminal Law and weighing up whether a flexibilization of the international crimes interpretative criteria is needed, or even if new crimes in the Rome Statute should be added to address environmental damage.

Beyond Urgenda: the impact of the ECHR and judgments of the ECtHR in Dutch environmental and climate litigation

Prof. Dr. Jasper Krommendijk (Radboud University Nijmegen)

Abstract:

Human rights have been championed as the new frontier in environmental and climate change litigation, especially since the Dutch Urgenda case. Little is, however, known whether this alleged turn to rights is really happening beyond a few high profile judgments. This paper examines how and when courts have relied on the ECHR and case law of the ECtHR in environmental cases in the Netherlands since 2016. In doing so, it will show the broad potential and wide range of environmental cases in which rights are used. Rights talk is at the same time frequently overlooked or avoided by the parties and the courts, partly because the added value is limited in the light of specific national (EU inspired) statutory provisions. To date, the actual impact of the EC(t)HR has been rather minimal beyond Urgenda partly because of the limitations in the ECHR, such as the victim requirement and the high threshold with respect to the severity of damage. This paper thus casts doubts upon the effectiveness of the ECtHR in the field of environmental law and climate change. It sketches avenues for further (empirical) research: how can divergences between and within courts within one country can be explained, let alone differences between states be explained? To what extent does the (perceived) legitimacy of human rights based litigation affect the willingness of courts to rely on the EC(t)HR? This paper will sketch present some tentative ideas.

MiE05 | Coping with Insecurity in Societies Under Pressure: Crime and Welfare during Covid-19 and beyond

Organisiert von / Organized by: Prof. Dr. Peter Starke (University of Southern Denmark), Prof. Dr. Georg Wenzelburger (TU Kaiserslautern)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Sektion „Politische Ökonomie“

Chair: Prof. Dr. Peter Starke (University of Southern Denmark), Prof. Dr. Georg Wenzelburger (TU Kaiserslautern)

Discussant: Prof. Dr. Peter Starke (University of Southern Denmark), Prof. Dr. Georg Wenzelburger (TU Kaiserslautern)

Abstract:

Covid-19 has acted like a magnifying glass for many latent political conflicts, longstanding structural inequalities and institutional fragilities. Insecurities, fear and anger have fueled social movements, partisan responses and international politics. This panel discusses how domestic policymaking responds to insecurity shocks such as – but not limited to – the Covid-19 pandemic (e.g. also immigration, crime spikes in Latin America or the Opioid crisis in the US). Welfare state policies and law and order – the ‘left and right hand of the state’ – are key in addressing insecurity. First, insecurity shocks are deeply linked to inequalities between low and high-incomes, good and bad jobs etc. Have welfare states been adjusted to adequately address this? What are the comparative drivers of policy responses of the welfare and the law and order state? Second, such pressure can itself unleash violence and crime, as seen in some US cities during 2020. Law and order responses to the current health crisis have increasingly come to the fore, with calls for more surveillance and harsher penalties for e. g. lockdown breakers as well as widespread protest against such measures. What psychological mechanisms explain the tendency to punish outgroups (e. g. migrants or the poor) during times of insecurity and heightened ‘mortality salience’? Finally, the intersection of welfare and crime control matters. Do current policy trends reflect the historical trade-off between the two ‘hands of the state’? We invite theory-oriented empirical (qualitative and quantitative) papers addressing responses to insecurity in the fields of social welfare, criminal justice or both.

Beiträge / Contributions:

Crime, Bribery and Migrant Remittances

Dr. Ana Isabel López García (Universität Konstanz), Dr. Barry Maydom

Abstract:

Crime experiences increase the demand for public services. In many developing countries, however, bribes are commonly paid to access state-provided goods and services. Bribes, for instance, can be paid as a condition for filing a report to the police or having access to courts. In this paper, we argue that migrants’ families often spend remittances on investment and durable goods, which makes them more vulnerable to crime and therefore more likely to pay bribes than non-recipients. Using individual data from the Latin America and sub-Saharan Africa, we corroborate that the receipt of remittances is a significant predictor of paying bribes to all types of public officials but find that the effect is the strongest for the police and the courts. Our analysis also reveals that compared to non-recipients, remittance recipients are more likely to fear ad experience crime, and that the effect of remittances on bribery operates through crime experiences. These findings contribute to our knowledge of the consequences of financial remittances for crime and the rule of law in migrants’ countries of origin.

Dynamics of armed conflicts under extreme insecurity: empirical evidence from natural disasters and the COVID-19 pandemic

Dr. Tobias Ide (TU Braunschweig / Murdoch University)

Abstract:

Countries experiencing civil wars are frequently characterised by dualistic – and strongly polarised – governance systems. One the one hand, the government seeks to defend or regain its control over the state's territory, often by the selective provision of incentives (e.g., welfare, services, representations) and repression (including intelligence and military action). On the other hand, rebel groups try to establish territorial control – or at the very least prevent the cooperation of local inhabitants with the government – by similar means. Extreme events like "natural" disasters or disease outbreaks challenge all civil war parties and their respective governance systems.

This contribution asks how extreme events affect the capabilities and motivations of governments and rebel groups, and how civil war dynamics change as a result. It draws on evidence from two mixed-methods projects on disasters and armed conflicts and COVID-19 in civil war contexts. Core findings include: 1) Governments usually suffer from a loss of resources and reputation, even in cases with strong international assistance and competent responses to the extreme situation. 2) Rebel groups are usually held less accountable for disaster responses, but can suffer heavy resource losses if dependent on the affected populations for food, income and recruits. 3) In the short- to medium-term, the chances for armed conflict escalation and de-escalation after extreme events are similar.

Limited Impartiality: The Effect of Quality of Government on Economic Insecurity

Dr. Diana Burlacu (Newcastle University)

Abstract:

Economic insecurity is a strong predictor of social policy preferences and political behavior, including participation in demonstrations and protests. But what drives economic insecurity and why individuals with similar characteristics experience different levels of economic security in different countries? Previous research has found that economic and labour market conditions explain (perceived) economic insecurity better than the welfare state. I take instead an institutional approach and argue that the quality of government(QoG), i.e. corruption, rule of law, bureaucratic efficiency, affects (perceived) economic insecurity and the heterogeneity of risk pools. Using hierarchical models with regional data from ESS modules 4 & 8, I find that good governance is associated with lower economic insecurity and its effect is substantially stronger among the rich than the poor. In regions/countries with bad governance, the rich and the poor experience similarly high levels of economic security; but the poor feel substantially less secure than the rich in countries with high quality of government. The institutional stability and predictability associated with good governance provide a stronger safety net for higher-income than low-income groups. These findings hold when economic inequality or welfare state provision in the region/country are controlled for. This paper will contribute to the panel by highlighting that countries with high quality of government, such as the US, are not adequately prepared to deal with insecurity shocks and that the low-income groups are more likely to experience/perceive these shocks. Countries with low quality of government, e.g. Romania, have more homogenous risk pools which could lead to higher social cohesion in times of generalised uncertainty.

Von Helden, Opfern und Schurken: Zielgruppenkonstruktionen und Politikfelder

Dr. Sonja Blum (FernUniversität in Hagen), Dr. Johanna Kuhlmann (Universität Bremen)

Abstract:

Nur im Ausnahmefall gelten politische Maßnahmen universal und für die gesamte Bevölkerung gleichermaßen. Ein zentraler Bestandteil des Policy-Designs ist daher, welche Zielgruppen wie mit politischen Maßnahmen adressiert werden (und welche nicht). Dabei hat sich – neben der Machtposition von Gruppen – ihre „positive" oder „negative" Konstruktion als besonders bedeutsam herausgestellt (Schneider/Ingram, 1993). Für redistributive Politiken und mit Fokus auf (Nicht-

)Gewährung (sozialer) Rechte hat sich hierfür v.a. die Charakterisierung von Gruppen als „verdient“ vs. „unverdient“ etabliert, wobei sich in der Sozialpolitikforschung ein eigenständiger Forschungsstrang zu „Verdientheitskriterien“ und Solidarvorstellungen entwickelt hat (Van Oorschot, 2000; Busemeyer/Goerres, 2020). Erweitert man jedoch den Blick über verschiedene Politikfelder hinweg, so können dort andere Gruppenkonstruktionen virulent werden, die Gruppen z.B. als „ehrlich“, „kriminell“, „sozial“ oder „egoistisch“ konstruieren. Vor diesem Hintergrund setzen wir an dem Argument an, dass für unterschiedliche Typen von Policies unterschiedliche positive oder negative Konstruktionen (il)legitimer Zielgruppen – als „Helden“, „Opfer“ oder „Schurken“ – bedeutsam und diese Gruppen entsprechend durch „Leistungen“ oder „Belastungen“ adressiert werden (Schneider/Ingram, 2017). Ziel des Beitrags ist, diese Begründungsmuster entlang regulativer, redistributiver und distributiver Maßnahmen zu identifizieren und zu systematisieren. Als empirischer Untersuchungsgegenstand werden politische Maßnahmen im Zuge der COVID-19-Pandemie in Deutschland untersucht, die neben Containment-Strategien (und damit strikten regulativen Eingriffen) auch umfassende sozial- und wirtschaftspolitische Maßnahmen umfassen. Der politischen Gruppenansprache und Sinnvermittlung kommt in Krisenzeiten besondere Bedeutung zu (Boin et al., 2016): So traten hier Gruppenattribute besonders stark hervor (z.B. „Regelbrecher“), teils wurden sie auch neu definiert oder wechselten (z.B. „systemrelevante Gruppen“).

Boin, Arjen, 't Hart, Paul, Stern, Eric & Sundelius, Bengt (2016). The Politics of Crisis Management. Public Leadership under Pressure (2. Aufl.). Cambridge: Cambridge University Press.

Busemeyer, Marius R. & Goerres, Achim (2020). Policy Feedback in the Local Context: Analysing Fairness Perceptions of Public Childcare Fees in a German Town. Journal of Public Policy, 40(3), 513–533.

Schneider, Anne & Ingram, Helen (1993). Social Construction of Target Populations: Implications for Politics and Policy. American Political Science Review, 87(2), 334–347.

Schneider, Anne & Ingram, Helen (2017). Framing the Target in Policy Formulation: The Importance of Social Constructions. In: Michael Howlett & Ishani Mukherjee (Hrsg.): Handbook of Policy Formulation (S. 320–336). Cheltenham; Northampton: Edward Elgar Publishing.

Van Oorschot, Wim (2000). Who Should Get What, and Why? On Deservingness Criteria and the Conditionality of Solidarity among the Public. Policy & Politics, 28(1), 33–48.

MiE06 | Demokratie revisited: Wahlen als normativer Kern der Demokratie?

Organisiert von / Organized by: Dr. Norma Osterberg-Kaufmann (Humboldt-Universität zu Berlin), Dr. Alexander Weiß (Helmut Schmidt Universität Hamburg)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Arbeitskreis „Demokratieforschung“;

Chair: Dr. Norma Osterberg-Kaufmann (Humboldt Universität zu Berlin), Dr. Alexander Weiß (Helmut Schmidt Universität Hamburg)

Discussant: Dr. Manon Westphal (Universität Münster)

Abstract:

Klassische und bislang weit geteilte Weisen, Demokratie definitorisch abzugrenzen, verlieren in Wissenschaft und Öffentlichkeit zunehmend an Überzeugungskraft. In der empirischen und theoretischen wissenschaftlichen Beschäftigung mit Demokratie wurden institutionen- und normenbezogene Definitionen von Demokratie versucht, die heute sowohl durch demokratische Innovationen, die das überkommene Verständnis einer Minimalausstattung von Demokratie mit Institutionen verändern oder erweitern können, als auch durch nicht-westliche Demokratievorstellungen, die zum Teil andere Institutionen und Werte zu einem Verständnis von Demokratie kombinieren, herausgefordert werden. Im öffentlichen Diskurs ist eine zunehmende Polarisierung zu verzeichnen, in der sich Akteure gegenseitig absprechen, Demokratie zu unterstützen und sogar, sie überhaupt ‚richtig‘ zu verstehen. Zugleich wächst die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit politischen Parteien, Korruption und wirtschaftlicher Ungleichheit, und die Frage, ob Demokratie eigentlich versprechen müsse und könne, diese und andere negativen Faktoren zu bekämpfen, ist offen. Proteste, neue soziale Bewegungen und neue, als ‚populistisch‘ kritisierte Akteure einerseits und verschiedene Forderungen nach mehr Partizipation und deliberativen Formen andererseits begleiten diesen durch konzeptionelle Unsicherheit geprägten Diskurs. Zugleich ist im wissenschaftlichen Diskurs der Versuch zu bemerken, die Existenz freier und fairer Wahlen als das definitorische Minimalkriterium von Demokratie gegen die genannten Tendenzen zu behaupten.

Im Panel wird die Diagnose zunehmender begrifflicher Unklarheit über Demokratie zum Ausgangspunkt für Versuche genommen, neue Demokratieverständnisse auf der Basis eines gesellschaftstheoretischen Pluralismus und eines empirisch gesättigten Realismus auszuarbeiten. Wir laden theoretische oder (vergleichend) empirische Beiträge ein, die den Kern von Demokratie neu diskutieren und nach demokratischen Prinzipien fragen, die den normativen Kern von Demokratie ausmachen, ohne an bestimmte Institutionalisierungen gebunden zu sein.

Beiträge / Contributions:

Conceptualizing Difference: The Normative Core of Democracy.

Dr. Norma Osterberg-Kaufmann (Humboldt-Universität zu Berlin), Dr. Toralf Stark (Universität Duisburg-Essen), Dr. Christoph Mohamad-Klotzbach (Universität Würzburg)

Abstract:

This paper proposes a new approach by formulating the concept of democracy as a configuration. The aim is to overcome the rigid universalistic conception of democracy by defining unalterable core elements and combining them with culturally individualistic characteristics. We address the problem of conceptual stretching by opening up the meaning of the concept of democracy while avoiding a fall back into a presumptuous and unjustified conceptual universalism. Our starting point is Lincoln's definition of democracy as "government by, of, and for the people". This often-criticized broad definition offers the opportunity for an open, transglobal comparative theory of democracy with the premise of the political self-efficacy of all citizens at its core. By focusing on abstract democratic principles that can be institutionalized in different ways, we end up using specific understandings of democracy (e.g. liberal democracy) as basic concepts. We employ a selection of examples from Singapore, Ireland and Ghana to illustrate our approach.

Das Ende der Demokratie – mit oder ohne Wahl?

Dr. Alexander Weiß (Helmut Schmidt Universität Hamburg)

Abstract:

Nach der Phase der Diagnose von Postdemokratie und der oder den Krise(n) der Demokratie hat in jüngster Zeit eine theoretische wie empirische Befassung mit dem Scheitern von Demokratie stattgefunden. De Choral (2017), Levitsky und Ziblatt (2018), Runciman (2019) oder Przeworski (2019) haben Analysen vom Ende angeboten. Dieser – in sich plurale und disparate – Diskurs wird im Beitrag zum Anlass genommen, nach neuen Demokratiebegriffen zu suchen, die – so die Ausgangsthese – eher in realismusgesättigten und skeptischen Analysen zu finden sind als in den demokratiebegründenden und -rechtfertigenden Versuchen der normativen Demokratietheorie. Besonders wird nach Optionen gesucht, in Differenz zu Schumpeter minimale Demokratieverständnisse zu entwickeln, die den Wahlmechanismus nicht als zentrales Element von Demokratie verstehen.

Literatur:

Buffin de Choral (2017): The End of Democracy. Tumblar House

Steven Levitsky und Daniel Ziblatt (2018): How Democracies Die. Crown.

Adam Przeworski (2019): Crises of Democracy. Cambridge University Press.

David Runciman (2019): How Democracy Ends. Profile Books

Der materielle Rechtsstaat als normativer Kern der Demokratie

Theresa Stawski (Julius-Maximilians Universität Würzburg)

Abstract:

Die formale Institution der Wahl ist sind nicht demokratiespezifisch – wie die Verbreitung des elektoralen Autoritarismus weltweit belegt. Auch wenn sich Divergenzen hinsichtlich des kompetitiven und freien Charakters der Wahlen in autokratischen und demokratischen Regime feststellen lassen, stellt der demokratische Elektoralismus nicht den normativen Kern der Demokratie dar.

Basierend auf der Sequenzierung - Staat, formale rechtsstaatliche Rechtsordnung, Demokratie mit materieller rechtsstaatlicher Rechtsordnung – lässt sich schlussfolgern, dass die Demokratie als Herrschaftsform die Konsequenz der spezifischen Rechtsordnung ist. Kernelement der Demokratie ist folglich der materielle Rechtsstaat, der die unveräußerlichen Freiheits- und Gleichheitsrechte inkludiert, ergänzt um die Gewaltenteilung, Vorrang und Vorbehalt der Gesetze, Rechtsschutz und Justizgrundrechte, Rechtssicherheit, die Einhegung und Rationalisierung politischer Herrschaft und deren Ausübung nach Recht und Gerechtigkeit, sowie die Begrenztheit allen staatlichen Handelns. Politische Herrschaft wird nur auf Grund und im Rahmen des Rechts ausgeübt - die Herrschaftsausübung unterliegt dem Primat der auf dem materiellen Grundprinzip basierenden Rechtsordnung, die unbegrenzt materiell und formal gebunden und verbindlich wirksam ist.

Dieser Beitrag hat zum Ziel, zunächst entstehungsgeschichtlich auf die Bedeutung des Rechtsstaates für die Demokratie einzugehen. Es folgt die theoretische Unterscheidung zwischen Ausprägungen des Rechtsstaats (formal vs. materiell) und des Legalstaats (rule by law) autokratischer Herrschaft mit abschließendem Bezug auf den Doppelstaat (Fraenkel). Hierauf folgt die kritische Auseinandersetzung mit der normativen Überhöhung der Wahlen anhand der Differenzierung des Merkmals der Beteiligung der Normunterworfenen an der Gesetzgebung mit der Konsequenz politischer Partizipationsrechten, und dem Elektoralismus.

Theorisations of Practices of Post-colonial Democracy in South Asia

Jamal Ali Bashir (Martin Luther University Halle-Wittenberg)

Abstract:

Partha Chatterjee claims, that given the emergence of a particular kind of state with a distinct historical evolution, the idea of democracy gains new meaning in the post-colonial context, where legal equality, as proclaimed in the constitution, is preceded by economic and social inequality. He argues, “democracy today, I will insist, is not government of, by and for the people. Rather, it should be seen as the politics of the governed” (Chatterjee 2004, p. 4). The analytical move that Chatterjee makes is of showing how the politics of the governed, which manifests itself in mechanisms of governmentality unfold in a sphere of inequality, illegality, and sometimes violence, which he calls “political society” in opposition to “civil society”, where equality, legality, and civility are the norms of operation (Ibid, p.74). I argue that the problem with Chatterjee’s argument is that his theorisation on the workings of democracy in India needs to be qualified as it is incapable to explain diverse and uneven evolutions of democracy within the post-colonial context. I argue that his theoretical framework struggles at three fronts. Firstly, the democratic history of India, though immensely helpful for post-colonial experiments with democracy, is not generalisable. And if that is true, then the question emerges: what explains the difference of such democratic experiments, for example in the case of Pakistan, an erstwhile part of India, that show how different kinds of democratic systems emerge. Secondly, by relegating the subaltern groups to the sphere of inequality and informality (political society), and the elites to the civil society, he undermines the movements of subaltern groups for the ideals of equality. Thirdly, the difference between rural and urban politics is pertinent to evaluate the ability of the people to force the state to act through democratic processes in their interest. I will illustrate these limits by providing a case study of electoral politics in a rural area in Pakistan and argue that such theorisation will enrich itself by being more cognisant to the sequence of state formation, institutional development, and universal suffrage, which can explain the diverse forms and meanings of democratic practices in post-colonial contexts.

MiE07 | Demokratische Konfliktfähigkeit - Aufgaben politischer Bildung in unsicheren Zeiten (II)

Organisiert von / Organized by: Dr. Christian Zimmermann (Universität Siegen), Prof. Dr. Alexander Wohnig (Universität Siegen)

Chair: Dr. Christian Zimmermann (Universität Siegen), Prof. Dr. Alexander Wohnig (Universität Siegen), Prof. Dr. Andrea Szukala (Universität Münster)

Abstract:

In den vergangenen Jahren ist die Legitimität der liberalen parlamentarischen Demokratie in der wissenschaftlichen Diskussion fragwürdig geworden. Diagnosen imperialer Lebensweisen (Brand/Wissen 2017), von Entwicklungen der Entparla-mentarisierung und einer komplementären Machtverschiebung zugunsten der Exekutive (Dreier 2018) und „finanzkapitalistischer Landnahme“ (Dörre 2019) zeigen erhebliche legitimatorische Probleme an. Zusätzlich tendieren Gesellschaften in kultureller und sozio-ökonomischer Hinsicht zu Fragmentierung und Polarisierung (Butterwegge 2018). Andererseits verweisen analytisch anders gelagerte Arbeiten auf einen Formwandel der Demokratie, der neue Partizipationsformen, innovativ organisierte politische Akteure und möglicherweise sogar neuen demokratischen Freiraum hervorbringt (Blühdorn 2013, Manow 2020).

Diese Konstellation wirft Fragen nach Aufgaben, Inhalten und Zielen politischer Bildung auf, die nicht lediglich durch eine fachdidaktisch bzw. pädagogisch begründe-te Reflexion beantwortet werden können. Die grundlegende Hypothese des Panels soll aber darin bestehen, dass unter den Bedingungen von Unsicherheit und Autokratisierung die Stärkung demokratischer Konfliktfähigkeit eine wesentliche Leitlinie der Reflexion über politische Bildung sein muss. Deshalb wendet sich das Panel mit den folgenden Fragestellungen nicht nur an die politische Bildung, sondern auch und besonders an die Politische Theorie, die Politische Soziologie und die Politische Kulturforschung:

1. Welche einschlägigen (zeitdiagnostischen) politischen und soziologischen Theorien eignen sich für die Reflexion politikdidaktischer Ziele, Aufgaben und Inhalte? Warum weist insbesondere die zeitgenössische Demokratietheorie im Hinblick auf politische bzw. sozialwissenschaftliche Bildungs-fragen eine bemerkenswerte Leerstelle auf?
2. Wie kann politische bzw. sozialwissenschaftliche Bildung auf die Befähigung informierter politischer Urteilskraft hinarbeiten, obwohl immer weniger Zeit bei gleichzeitig immer mehr unsicherer Information zur Verfügung steht?
3. Wie kann politische bzw. sozialwissenschaftliche Bildung ihre Zielgruppen innerhalb und außerhalb der Schule adressieren, wenn die Gesellschaft immer heterogener wird? Welche Form politischer Bildung kann als adäquat für prekäre und deklassierte gesellschaftliche Milieus angesehen werden?
4. Welche Inhalte sind für politische bzw. sozialwissenschaftliche Bildung geeignet, um in Zeiten fragwürdiger demokratischen Legitimation orientierungsstiftend auftreten zu können? Wie sind Forderungen nach Neutralität in diesem Kontext zu beurteilen? Welche Rolle spielt Kritik bei der Auswahl, didaktischen Rekonstruktion, Vermittlung und Aneignung der Inhalte?
5. Welche Aufgabe kommt politischer bzw. sozialwissenschaftlicher Bildung bei der Ausbildung personaler Identität unter den Bedingungen von Unsicherheit, Autokratisierung sowie erodierender demokratischer Strukturen und neoliberaler Menschen- und Bürgerleitbilder zu?
6. Was bedeutet politische Handlungsfähigkeit in Zeiten von Unsicherheit und Autokratisierung, aber auch vor dem Hintergrund neuer Formen politischer Organisation und politischer Partizipation?

Beiträge / Contributions:

Demokratie braucht Alternativen – zur extremismuspräventiven Beschneidung von Kontroversität in der politischen Bildung

Dominik Feldmann

Abstract:

Nicht erst seit der Coronapandemie erleben die westlichen, liberalen Demokratien Krisenmomente, die Sorgen berechtigt erscheinen lassen, dass sich diese Gesellschaften schrittweise autokratisieren (bspw. Crouchs „Postdemokratie"-Diagnose). Auch die Bundesrepublik ist davon nicht ausgenommen. Begleitet wird dies durch Prozesse von Versicherheitlichung, also z.B. personeller Aufstockungen und Kompetenzerweiterungen der Sicherheitsbehörden.

Diese Versicherheitlichung zeigt sich derzeit auch in der schulischen sowie außerschulischen politischen Bildung. Vielfach wird die politische Bildung schlicht als Teil in einer extremismuspräventiven Gesamtstrategie verortet. Politische Bildung wäre dann lediglich dafür verantwortlich, die Bildungssubjekte vor einem Überlaufen zu den verschiedenen „Extremismen" zu bewahren. Darüber hinaus findet die extremismuspräventive Denkschablone Anwendung, um die Grenzen dessen zu bestimmen, was in der politischen Bildungsarbeit kontrovers besprochen werden sollte. Vermeintlich „extremistische" Ideologien und Positionen seien dann nicht mehr legitimer Teil dieser Kontroversen.

Auch wer Position dafür ergreift, dass der plurale Streit in einer Demokratie in demokratiegefährdenden Konstellationen durch eine „antiextremistische", wehrhafte Demokratie beschnitten werden müsse, kommt nicht umhin, dies als autoritären Akt zu werten. Schließlich werden Positionen teils willkürlich als „extremistisch" kategorisiert und dadurch diskreditiert. Ist dieser autoritäre Akt geeignet, um Prozesse von Entdemokratisierug abzuwenden? Er ist wohl eher Teil einer Autokratisierung.

Gerade in Zeiten zunehmend sichtbar werdender autoritärer Bedrohungen gilt es, Fragen nach der Reichweite von Kontroversität neu zu stellen, um den demokratischen Streit mit Alternativen zur Politik des Status Quo zu bereichern – auch in der politischen Bildung.

Eine versicherheitlichte politische Bildung sollte einem nach Alternativen fragenden Verständnis weichen, das Grenzen der Kontroversität danach ausrichtet, wie der plurale Diskurs in einer Demokratie gestärkt wird.

Politische Urteilskraft als Konfliktfähigkeit. Zum politikdidaktischen Potential der erweiterten Denkungsart

Johannes Schmoldt (Universität Erfurt, Staatswissenschaftliche Fakultät)

Abstract:

Demokratie ohne Konflikte ist weder denkbar noch wünschenswert. Umso bedeutender ist die Aufgabe der Politischen Bildung, Menschen zu befähigen, sich mit anderen kontroversen Positionen auseinanderzusetzen. Um die zentrale Rolle der Ausbildung demokratischer Konfliktfähigkeit im Rahmen der Politischen Bildung stärker theoretisch-philosophisch anzubinden, eignet sich insbesondere die Konzeption der erweiterten Denkungsart, die Immanuel Kant in seiner dritten Kritik als Maxime der Urteilskraft einführte. Die erweiterte Denkungsart als Fähigkeit des Menschen, das eigene Denken zu erweitern und vom Standpunkt eines jeden anderen denken zu können, soll in diesem Beitrag auf ihren politikdidaktischen Gehalt untersucht werden. Dabei wird die Grundthese vertreten, dass auf Basis der erweiterten Denkungsart demokratische Konfliktfähigkeit eingeübt werden kann, da die erweiterte Denkungsart so etwas wie ein „Minimal-Modell" fundierter politischer Urteilsbildung darstellt.

Diese These wird in drei argumentativen Schritten näher ausdifferenziert: Erstens wird die Bedeutung der Konfrontation mit anderen Meinungen und Positionen in der politischen Bildungsprozesses betont, was die erweiterte Denkungsart zu einer Art „Standort-Wechsel-Kompetenz" macht. Zweitens wird gezeigt, wie die Konfrontation mit anderen Meinungen dazu beitragen kann, eigene, bereits bestehende Positionen mit all ihren Vorerfahrungen und bestehenden Meinungen zu hinterfragen und somit zu einem verallgemeinerbaren Standpunkt und einer abgewogeneren Urteilsbildung zu gelangen. Drittens wird die rhetorische Dimension der erweiterten Denkungsart herausgearbeitet, welche impliziert, dass jeder Urteilsbildungsprozess in der verständlichen Präsentation und Artikulation des gefundenen Urteils

in einer demokratischen (Teil)Öffentlichkeit gipfelt, wie z.B. einem Klassen- oder Schulverband. Insofern steckt in der erweiterten Denkungsart Potential, welches zur Förderung demokratischer Konfliktfähigkeit im Rahmen einer auf Urteilskraft abzielenden Politischen Bildung fruchtbar gemacht werden kann.

Schulische Demokratieerziehung und die Krise der repräsentativen Demokratie Democratic School Education and the Crisis of Representative Democracy

Prof. Dr. Julian Culp (The American University of Paris)

Abstract:

In Reaktion auf die autoritär-populistische Politik Donald Trumps argumentieren viele politische Philosoph*innen sowie Bildungs- und Erziehungsphilosoph*innen, dass national orientierten Formen schulischer Demokratieerziehung eine zentrale Rolle bei der Bewältigung der gegenwärtigen Krise der repräsentativen Demokratie in den USA zukommt. Dieser Beitrag argumentiert jedoch, dass eine national orientierte schulische Demokratieerziehung nicht hinreichend die auf den inter-, supra- und transnationalen Ebenen angesiedelten Ursachen der Krise der repräsentativen Demokratie berücksichtigt. Diese Ursachen betreffen insbesondere technokratische und elitäre Formen der politischen Meinungs- und Willensbildung. Vielversprechender, so die These dieses Aufsatzes, ist eine Kombination aus national und transnational orientierter Demokratieerziehung. Letztere würde einen Beitrag zur Demokratisierung der inter-, supra- und transnationalen politischen Verhältnisse leisten und somit auch die jenseits des Nationalstaats liegenden Ursachen der Krise der repräsentativen Demokratie adressieren.

MiE08 | Demokratie in der Pandemie II. Krisenreaktionen im Demokratie Autokratie-Vergleich

Organisiert von / Organized by: Prof. Dr. Stefan Wurster (Technische Universität München), Prof. Dr. Marianne Kneuer (Universität Hildesheim)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Arbeitskreis „Vergleichende Diktatur- und Extremismusforschung“

Chair: Prof. Dr. Stefan Wurster (Technische Universität München), Prof. Dr. Marianne Kneuer (Universität Hildesheim)

Discussant: Prof. Dr. Marianne Kneuer (Universität Hildesheim)

Abstract:

Dieses Panel fokussiert auf die Krisenreaktionen und Anpassungsmaßnahmen, die im Zuge der Corona-Pandemie in Staaten unternommen wurden und zu unterschiedlichen Ergebnisse und Erfolgen bei der Bekämpfung der Pandemie geführt haben. Dabei soll insbesondere ein Vergleich zwischen demokratisch und autokratisch regierten Ländern in den Blick genommen werden. Entgegen des von Francis Fukuyama mit dem Untergang des Sowjetimperiums erwarteten „Endes der Geschichte“ und eines endgültigen Sieges demokratischer Ordnungssysteme fand sich die Welt schon vor dem COVID-19-Pandemieausbruch in einem verschärften Wettbewerb zwischen den westlich-geprägten, liberal-rechtsstaatlichen Demokratien auf der einen Seite und aufstrebenden autokratisch regierten Ländern (China, Russland, Singapur etc.) auf der anderen Seite wieder. Dieser Wettlauf um Vorherrschaft und Deutungshoheit findet nun auch im Rahmen der Pandemie seine Fortsetzung, wenn etwa China seine (vermeintlichen) Erfolge bei der Pandemieeindämmung öffentlichkeitswirksam hervorhebt. Im Rahmen des Panels sollen die unmittelbaren Krisenreaktionen und die längerfristigen Anpassungsmaßnahmen sowohl in Demokratien als auch in Autokratien kritisch unter die Lupe genommen und Ursachen für das unterschiedlich erfolgreiche Abschneiden von Staaten analysiert werden. Auf dieser Basis können dann auch Handlungsempfehlungen abgeleitet werden, was in Demokratien getan werden könnte, um langfristig gestärkt aus der Krise hervorzugehen. Das Panel ist als offenes Panel konzipiert. Wir sind an Beträgen interessiert, die einen cross-regional-Blick und einen Blick quer zu den Regimetypen ermöglichen. Wir zielen darauf ab, Kolleg*innen zusammenzubringen, die sich entweder mit Area-Expertise oder auf dem Hintergrund des Regimetypen-Vergleichs mit der Thematik beschäftigen. Das Panel soll so eine breite Spanne an Einblicken bieten.

Beiträge / Contributions:

Patterns of European Crisis Governance and democracy: from financial crisis to COVID

Prof. Dr. Claudia Wiesner (Hochschule Fulda)

Abstract:

The paper presents an approach for analysis and preliminary results of a comparison of crisis governance in Europe and its effects on democracy, focusing on the financial crisis and the current COVID-19 pandemic and drawing on previous research on modes of governance in the financial crisis: Democratic processes and political decisions in the EU’s multilevel system since the unfolding of the financial crisis have faced massive new challenges, including a populist backlash, a new wave of Euroscepticism and shrinking support of EU institutions. This poses a severe problem for European integration and is also a challenge to contemporary representative democracy. Criticism of both the EU and representative democracy has often been related to criticism of expert-based decision-making. Especially right-wing populists criticise experts and instead propose simple solutions to complex problems. However, such criticism resonates with existing democratic deficits and the detrimental effects of expert-driven crisis governance. Declining citizen support of the EU during the financial crisis is related to austerity measures that led to an increase in relative poverty, unemployment, and stagnating economic growth (Matthijs 2017). Crisis governance also created new democratic and legitimacy deficits (Macchiarelli et

al. 2020; Wiesner 2019, 2020). As justification, EU and national politicians emphasised the crisis constraints, strongly referencing economic experts (Tooze 2018; Mody 2018). The COVID-19 pandemic is layered upon this already difficult situation of an EU recovering from the financial crisis and its repercussions. During the COVID pandemic, experts as well have a decisive role. In both cases governments and EU representants argued with an unexpected emergency. But the financial crisis at first saw only soft interventions into democratic principles, which were then, with increasing austerity and financial supervision, followed by severe interventions particularly into democratic structures in debtor states, but also in creditor states of financial aid. The early stages of governing the COVID pandemic, on the other hand, followed a pattern of drastic (often temporary) measures and collided both with principles of the EU (such as free movement) and democratic freedoms.

References

Macchiarelli, C., M. Monti, C. Wiesner, and S. Diessner (eds.). 2020. The European Central Bank between the Financial Crisis and Populisms. Palgrave Macmillan.

Matthijs, M. 2017. Integration at What Price?: The Erosion of National Democracy in the Euro Periphery. Government and Opposition 52 (02): 266–294. doi: 10.1017/gov.2016.50.

Mody, A. 2018. Eurotragedy: A drama in nine acts. New York, NY: Oxford University Press.

Wiesner, C. 2019. Inventing the EU as a Democratic Polity: Concepts, Actors and Controversies. Cham: Springer International Publishing.

Wiesner, C. 2020. Representative democracy in financial crisis governance: new challenges in the EU multilevel system. In Recalibrating Legislative-executive Relations in the European Union, ed. Diane Fromage, Anna Herranz-Sualles and Thomas Christiansen. Oxford: Hart Publishing Ltd.

Tooze, J.A. 2018. Crashed: How a decade of financial crises changed the world. London: Allen Lane.

Urbinati, N. 2014. Democracy Disfigured: Opinion, Truth, and the People. Cambridge, Massachusetts, London: Harvard University Press.

Does Iron Rule Prevail? Autorität, Kultur und Pandemie-Bewältigung in unterschiedlichen Regimen

Dr. Miao-ling Hasenkamp (Leibniz Institute für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien (IAMO))

Abstract:

Dezember 2020 und Januar 2021: Während Europa täglich mit steigenden Totenzahlen konfrontiert ist und über die Lockdown-Maßnahmen debattiert, führen viele Länder in Ostasien ihr öffentliches Leben längst wieder weitgehend normal. Spielt der Regimetyp eine Rolle bei der Pandemie-Bewältigung? Oder liegt eine wirksame Ressource gegen das Virus vielmehr in der Kultur der Gesellschaften, in der Disziplin, Kollektivdenken und soziale Kontrolle inklusive Scham und Beschämen mehr gelten als die Freiheit des Einzelnen? Inwieweit spielt die Rechtstradition eine Rolle bei der Entwicklung einer Strategie?

Die Studie geht diesen Fragen nach und identifiziert Faktoren, die die Durchführung politischer Strategien sowie ihr Ergebnis beeinflussen. Als Untersuchungsländer stehen fünf Länder im Fokus, deren Regimetypen variieren zwischen Autokratie, illiberale, junge und alte Demokratien: China, Brasilien, Taiwan, Schweden und Deutschland. Die Studie entwickelt eine integrative Perspektive, die die Methoden der vergleichenden politischen Systeme mit den kultur- und rechtssoziologischen Ansätzen kombiniert für die Bildung einer Typologie. Diese Typologie soll anhand empirischer Daten Aufschluss geben über den Zusammenhang und die Wechselwirkung verschiedener Faktoren bei (Miss)Erfolgen der Pandemie-Bewältigung.

Es wird argumentiert, dass das Ergebnis der Pandemie-Bewältigung oft vom unterschiedlichen Verhältnis zum Politischen bestimmt wird, das sich durch das Zusammenwirken des Grads der Bindung an Autorität, Kultur mit einer kollektiven oder individualistischen Prägung, Erfahrung mit der Epidemie sowie unterschiedlichen Rechtsauffassungen/Rechtsphilosophien in einer Gesellschaft ergibt.

Large-Scale and Sustainable? The German COVID-19 Stimulus Package in International Comparison

Prof. Dr. Felix Hörisch (HTW Saar), Dr.Markus Siewert (HfP TUM München), Prof. Dr. Stefan Wurster (HfP TUM München)

Abstract:

The COVID-19 pandemic is a fundamental global crisis generating an external shock event that is likely to exceed the upheavals caused by the last financial and economic crisis of 2008/2009. While Germany managed the immediate challenges for its health system after the coronavirus outbreak quite effectively (Siewert et. al. 2020; Wurster 2020), like other countries it faces tremendous economic and social threats in the aftermath of the pandemic such as collapse of global supply chains, slumps of exports, lockdown of economic sectors, impending job losses, among others.

As a reaction, the German government adopted in June 2020, like in the financial crisis 2008/2009 (Hörisch 2013), a fiscal stimulus package pursuing two main objectives: As a Keynesian style public spending program, the stimulus package intends to stabilize the demand for investment and consumption that has slumped during the crisis (Elmendorf and Furman 2008). Yet in addition, the German government explicitly conceptualizes it as a future package (Zukunftspaket) to achieve long-term goals. Adapting to the new situation after the pandemic crisis (e.g. changing consumption, mobility, work and lifestyles) investments in new mobility concepts (e.g. e-mobility), energy solutions (e.g. Hydrogen strategy) and digital innovations should help to make German economy and society more resilient and sustainable in the coming decades (Fischedick et. al. 2020).

In our paper, we evaluate the German stimulus package on both these goals by comparing it with stimulus packages passed in other OECD countries – for which we can already observe variation regarding their economic and fiscal policy reactions with regard to short and long-term measures. Combining Qualitative Comparative Analysis and an in-depth case study of the German case, we will identify the driving determinants behind the fiscal policy reactions of OECD countries with regard to the size of the stimulus package as well as its contribution to adapt long-term economic, social and environmental transformations (Schreurs and Wurster 2019).

MiE09 | Die internationale Energiewende: Vergleichende Perspektiven und Lerneffekte

Organisiert von / Organized by: Prof. Dr. Miranda Schreurs (Hochschule für Politik München / Technical University of Munich), Dr. Weert Canzler (Wissenschaftszentrum Berlin WZB)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Themengruppe "Energietransformation"

Chair: Prof. Dr. Miranda Schreurs (TUM), Dr. Weert Canzler (WZB)

Abstract:

Die Energiewende ist nicht nur ein deutsches Phänomen: Auch in vielen anderen Ländern in Europa und auf der ganzen Welt finden sich zahlreiche Bemühungen für Klimaschutz und ein alternatives Energiesystem. Dabei fallen allerdings zahlreiche Unterschiede auf: hinsichtlich der strukturellen Art und Implementation von Energiewende-Maßnahmen, aber auch in Diskursen, sozialen und politischen Aushandlungs- und Entscheidungsprozessen sowie bei den Effekten.

Aus politikwissenschaftlicher Perspektive sind sowohl einzelne Länderstudien als auch vergleichende Länderanalysen von Interesse: Dies kann einerseits klassischerweise darin begründet liegen, verschiedene politische Systembedingungen und Policy-Instrumente der Länder als Ausgangspunkt zu wählen, andererseits können spezifische „neue“ Energiewende- Regime herausgearbeitet werden. Bislang ist der Forschungsstand hier noch weit unterentwickelt.

Neben zahlreichen Besonderheiten des Politikfeldes der Energiewende sollte im internationalen Vergleich übergreifend bedacht werden, ob und inwieweit die Energiewende ein Phänomen von ökonomisch-materiell besser gestellten Gesellschaften ist. In dieser Hinsicht existieren vermutlich verschiedene Typen – etwa der typischen Wohlfahrtsnationen (Teile der EU) und stärker autokratisch geprägter Länder (z.B. China) oder auch angloamerikanisch ausgerichteter Länder (z.B. Australien) – ebenso wie in anderen Teilen der Welt, wo Energiewende-Maßnahmen regional stark divergierend sein können (z.B. in Südamerika, Asien, Afrika).

Im Rahmen des geplanten Panels sind daher zahlreichen Aspekte von Interesse, an dieser Stelle seien nur einige zentrale Bezugspunkte genannt:

- Länderanalysen: Die Energiewende als eigenständige Policy in internationaler Perspektive
- Regionale Analysen: Regionen-, Städte- und Kommunenvergleiche
- Vergleichende Policy-, Polity- und Politics-Analysen: Die Energiewende im Vergleich bezogen auf spezifische Energiewende-Regime und auf Typen von Policies, Regierungshandeln, Politik- implementation, Verhandlungssysteme, Diffusionsprozesse etc.
- Akteure: Akteursanalysen von der Energiewirtschaft bis zur Rolle der Zivilgesellschaft: Strong vs. Weak Regimes, Advocacy-Koalitionen, Vetoplayer, Netzwerke etc.
- Vergleichende Multilevel-Studien: Die Energiewende als Teil des Zusammenwirkens politischer Strukturen auf lokaler, regionaler, nationaler und supranationaler Ebene

Beiträge / Contributions:

Bioenergiewende global revisited: Die aktuelle Rolle und Regulierung von Bioenergie im internationalen Vergleich

Dr. Thomas Vogelpohl (Fernuniversität in Hagen), Dr. Maria Backhouse (Friedrich-Schiller-Universität Jena)

Abstract:

Im Rahmen des Fortschreitens der deutschen Energiewende scheint die Bioenergie zusehends an Bedeutung zu verlieren. Sonne und Wind sollen den zunehmenden Bedarf an erneuerbarer Energie decken, während der Beitrag der Bioenergie – begleitet von kritischen Debatten um die „Vermaisung“ der Landschaft oder den Konflikt zwischen Tank und Teller – in den letzten Jahren minimiert wurde. Ist

Bioenergie also nicht mehr relevant für die Energiewende? Eine solche Perspektive würde verkennen, dass die Energiewende nicht nur auf den Stromsektor beschränkt ist (bzw. sein sollte) und Bioenergie die drei Energiesektoren (Strom, Wärme, Verkehr) zusammengenommen noch immer mehr als die Hälfte der in Deutschland bereitgestellten erneuerbaren Energie ausgemacht. Hinzu kommt, dass die Bioenergie international alles andere als auf dem Abstellgleis ist, sondern global gesehen nicht nur der derzeit wichtigste erneuerbare Energieträger ist, sondern im Zuge der weltweiten Entwicklung und politischen Förderung der Bioökonomie auch in Zukunft nicht an Bedeutung verlieren wird.

Vor diesem Hintergrund präsentiert dieser Beitrag eine international vergleichende Bestandsaufnahme der Bioenergiepolitiken Deutschlands, der EU, Indonesiens, Brasiliens und Argentiniens. Dabei soll nicht nur die vergangene Entwicklung nachvollzogen werden, sondern vor allem auf die aktuellen Gemeinsamkeiten und Unterschiede hinsichtlich der politischen Förderung und Regulierung von Bioenergie, der dazu eingesetzten Instrumente, der jeweiligen sozio-ökonomischen und politisch-instititionellen Rahmenbedingungen, der beteiligten Interessen- und Akteurskonstellationen sowie der entsprechenden Diskurse und Aushandlungsprozesse eingegangen werden. Ziel des Beitrags ist dabei einerseits ein systematischer Überblick über diese Aspekte, andererseits aber insbesondere auch die Diskussion der Zusammenhänge zwischen ihnen mit Blick auf verschiedene Muster der internationalen Bioenergiewende sowie der transnationalen Verflechtungen zwischen den Ländern.

Greening the European energy supply – Harmonization or path-dependent trajectories? A comparison of Germany and the Netherlands

Prof. Dr. Simon Fink (Georg-August-Universität Göttingen), Prof. Dr. Eva Ruffing(Universität Osnabrück), LuisaMaschlankaUniversität Osnabrück), Hermann Anton Lueken genannt Klaßen (Georg-August-Universität Göttingen)

Abstract:

The Clean Energy Package (CEP) is a major policy initiative to accelerate and harmonize the energy transition in the European Union (EU). However, being already the fourth European energy market package, the CEP is only the most recent effort in a decade-long process to re-structure and harmonize the energy sector. Our paper takes a long-term perspective and asks whether the CEP is likely to be a further step towards a unified European energy transition, or whether we witness different national energy transitions. Comparing Germany and the Netherlands – both countries in continental Europe with a strong tradition in fossil energy production and similar administrative traditions - our analysis uses the concept of path dependency to trace how both countries have implemented the electricity market provisions of the first, second and third energy market package. Our argument is that even though both countries fall under the same European regime and share important characteristics, they have implemented the energy market packages differently according to different energy policy trajectories hampering harmonization. In a final step, we use the fit-misfit theory of Europeanization to argue that given their different trajectories of energy transition, implementation in Germany and the Netherlands will most likely not lead to a harmonized energy transition, but differentiated implementation preserves “their” trajectory of energy transition.

Mix and Match? Assessing the effect of renewable energy policies on finance in countries of the Global South

Laima Eicke (Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung (IASS))

Abstract:

The decarbonisation of the energy sector requires massive investments. The investment needs for infrastructure alone are estimated to range at around 37 trillion US Dollar until 2035 in reaction to a globally rising energy demand (IEA 2019). Shifting investments from fossil fuels to renewables is not the only challenge, as current investments in low carbon technology seems strongly biased towards the OECD and the emerging economies of China, India and Brazil. Redirecting finance streams towards developing countries, where most finance would be required is a key challenge. Therefore this paper

asks which policies and combinations thereof are successfully attracting renewable energy finance in countries of the Global South? Polzin et al. (2019) provided a first structured overview about relevant policy types. This paper goes a step further by geographically mappings policies within countries of the Global South and combining these with an analysis of investment streams in order to identify successful policy mixes, based on data provided by IRENA and Bloomberg New Energy Finance. Using qualitative comparative analysis (QCA) the paper then identifies sufficient or necessary conditions for successful policy mixes. It assesses renewable policy combinations as well as stuctural prerequisites at the domestic and the international level for successfully attracting renewable energy finance.

Parteienwettbewerb um umweltpolitische Streitfragen im deutschen Mehrebenensystem

Dr. Daniela Braun (LMU München), Dr. Martin Gross (LMU München)

Abstract:

Klima- und Energiefragen sowie umweltpolitische Themen prägen die wesentlichen politischen Streitfragen unserer Gesellschaft. Parteien haben somit einen wesentlichen Anreiz, die öffentliche Debatte darüber mitzugestalten. Während jedoch über die Verkehrswende hauptsächlich auf der subnationalen Ebene diskutiert wird, sind Umweltschutzthemen sowohl auf der nationalen als auch auf EU-Ebene verankert. Das Ziel unseres Beitrags ist es, zu erforschen, wie sich Parteien auf den unterschiedlichen Ebenen des europäischen Mehrebenensystems – der EU-Ebene, der nationalen und der subnationalen Ebene – mit dem Themenkomplex Umweltschutz befassen. Mithilfe einer quantitativen Inhaltsanalyse von Parteiprogrammen unter Verwendung eines dictionary-Ansatzes untersuchen wir, wie viel Aufmerksamkeit Parteien über die verschiedenen politischen Ebenen hinweg auf Umweltthemen legen. Um die Mehrebenenlogik angemessen abzubilden, liegt unser Fokus auf dem deutschen Fall, der exemplarisch für die Einbindung von Parteien auf mehreren politischen Ebenen steht. Wir beginnen unsere Untersuchung in den frühen 1990er Jahren und analysieren, ob die Bedeutung der Umweltthematik 1) über die Zeit steigt (u.a. mit einem wach-senden Bewusstsein in der Bevölkerung), 2) von externen Ereignissen abhängig ist (wie Fukushima oder der Fridays-for-Future-Bewegung) und sich über die verschiedenen Regierungsebenen un-terscheidet. Unsere Ergebnisse zeigen, dass die Aufmerksamkeit der Parteien für Umweltfragen signifikant mit den legislativen und administrativen Kompetenzen der jeweiligen Ebenen in Bezug auf Umweltthemen zusammenhängt. Außerdem sind Unterschiede in Hinblick auf Parteienfamilien festzustellen. Interessanterweise nimmt dieser Effekt über die Zeit ab, wohingegen externe Ereignisse keinen eindeutigen Effekt auf die Aufmerksamkeit von Parteien für Umweltthemen haben.

MiE10 | Legitimationskrise militärischer Interventionen in der fragmentierten liberalen Weltordnung

Organisiert von / Organized by: Dr. Anja Seiffert (Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr), Henning de Vries (Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr)

Chair: Dr. Anja Seiffert (Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr)

Discussant: Klaus Ebeling

Abstract:

Seit der Zeitenwende von 1989/90 haben multilaterale militärische Interventionen – oftmals mit humanitärer Begründung – stark zugenommen. Allein die Bundeswehr hat seit 1990 in wechselnden Koalitionen an über 50 bewaffneten Interventionen teilgenommen. Diese Einsätze produzierten immer wieder erhebliche Unsicherheiten und unabsehbare Folgen für Beteiligte und für Betroffene, die an diesen Entscheidungen oft gar nicht beteiligt wurden.

Im politischen Diskurs stehen nicht zwingend humanitäre Überlegungen, sondern verschiedene und nicht selten konkurrierende Interessenlagen im Vordergrund. Mit fortschreitender Fragmentierung der Weltgesellschaft droht darüber hinaus die liberale Welt- und Wertordnung zu erodieren. Dies erschwert auch das Zustandekommen legitimer Entscheidungen über den Einsatz militärischer Gewalt.

Im Panel, moderiert von Anja Seiffert und Henning de Vries, wollen wir die Frage behandeln, ob bzw. wie Entscheidungen über den Einsatz militärischer Gewalt in einer fragmentierten Weltgesellschaft noch legitimiert werden können. In drei Vorträgen (je 30min. inkl. 10min. Diskussion) wollen wir die Problemstellung und mögliche Antworten herausarbeiten.

Im ersten Vortrag stellt Henning de Vries die Möglichkeit selbstreferentieller Legitimation in der Weltgesellschaft vor. Daraufhin reflektiert Klaus Ebeling diesen Beitrag aus friedensethischer Perspektive. Schließlich zeigt Anja Seiffert, wie diese Legitimationswege in der Einsatzrealität von Soldat*innen als Ausübende militärischer Gewalt aufeinander treffen. Sie müssen mit den Ambivalenzen und Dynamiken dieser Entscheidungen in konkreten Krisen- und Konfliktkonstellationen umgehen, die in den vorherigen Vorträgen konzeptualisiert wurden.

Beiträge / Contributions:

Selbstreferentielle Legitimation militärischer Einsätze in der Weltgesellschaft

Henning de Vries (Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr)

Abstract:

Militärische Interventionen finden unter völkerrechtlichen Erwartungen statt. Diese Rechtfertigung militärischer Gewalt wird jedoch in der zunehmend fragmentierten Weltgesellschaft herausgefordert. In diesem Beitrag wird daher der Frage nachgegangen, wie internationale Organisationen und Staaten Legitimation für militärische Interventionen noch sichern können. Dabei geht der Autor davon aus, dass Legitimation durch institutionalisierte Verfahren entsteht, in denen sich die Beteiligten kommunikativ selbst binden, ohne jedoch alle Umweltanforderungen einbeziehen zu können.

Re-Legitimierung militärischer Gewalt? Eine friedens- und prozessethische Kritik

Klaus Ebeling

Abstract:

Ausgehend von einem verantwortungskritischen Rückblick auf den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr sowie einer interventionskritischen Reflexion des R2P-Konzeptes entwickelt der Autor in seinem Beitrag den Gedanken einer friedensethischen Pragmatik inter- und transnationaler Solidarität und zwar im Kontext aktueller Debatten über die gegenläufige Grammatik von „Frieden“ und „Sicherheit“.

„Schutzverantwortung“ in der Einsatzrealität von Soldat*innen

Dr. Anja Seiffert (Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr)

Abstract:

In diesem Beitrag wird den Fragen nachgegangen, wie Soldat*innen in humanitär begründeten Interventionen mit der ihnen übertragenen Verantwortung in der konkreten Realität eines Einsatzes umgehen, welche Erfahrungen sie dabei mit militärischer Gewalt (als Ausübende und Betroffene) machen und mit welchen Ambivalenzen und Spannungen sie in rasch wechselnden Konfliktszenarien konfrontiert werden. Im Wesentlichen soll in diesem Beitrag also die politisch-militärische "Gretchenfrage" diskutiert werden, wie "Politik" in "operatives Handeln" zu transferieren wäre. Die Erkenntnisse, auf die sich die Autorin bezieht, basieren dabei überwiegend auf Feldforschungen in Auslandseinsätzen der Bundeswehr in Afghanistan und auf dem Balkan.

MiE11 | Die neue Rückbesinnung. Symbolpolitik der Anti-Globalisierung

Organisiert von / Organized by: Dr. Katja Freistein (Centre for Global Cooperation Research, Universität Duisburg-Essen), Dr. Frank Gadinger (Centre for Global Cooperation Research, Universität Duisburg-Essen)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Arbeitskreis „Soziologie der internationalen Beziehungen“

Chair: Dr. Christine Unrau (Centre for Global Cooperation Research / Universität Duisburg-Essen)

Discussant: Prof. Dr. Christian Volk (Humboldt-Universität zu Berlin)

Abstract:

Eine der großen weltgesellschaftlichen Entwicklungen der letzten Jahre lässt sich als enttäuschte Hoffnung in die fortschreitende Globalisierung beschreiben, beispielsweise in der geringen Kooperationsbereitschaft der EU-Mitgliedsstaaten bei der sogenannten „Flüchtlingskrise“, im Klimaregime oder aktuell in der mangelnden Koordination von Maßnahmen gegen die Bekämpfung der Covid-19 Pandemie und der öffentlichen Delegitimierung etablierter internationaler Organisationen wie der Weltgesundheitsorganisation. Diese aktuellen Entwicklungen zeigen sich als „Ende der Illusionen“, da die scheinbare Gewissheit eines gesellschaftlichen Fortschritts aus Liberalisierung, Emanzipation, Wissensgesellschaft und Pluralisierung der Lebensstile zunehmend von einem Unbehagen abgelöst wird und neue Paradoxien und Polarisierungen sichtbar werden.

Das Panel nähert sich diesem Phänomen unter dem Leitbegriff der Rückbesinnung. Er bringt zum Ausdruck, dass das Vergangene, häufig auf den nationalen Kontext reduziert, rückwirkend mit Sinn versehen wird. Dazu gehören vage Fantasien und Imaginationen ebenso wie die in dem Wort Besinnung anklingende spirituell-religiöse Aufladung von Orten, Politiken und Personen, die oftmals mythischen Charakter besitzen. Dabei ist Rückbesinnung keine bloße Vergegenwärtigung von Vergangenem, sondern vielmehr eine kulturelle Aktivität, die als Schauplatz einer Umstellung der politischen Ordnung stets auch nach vorne gerichtet ist. Das Augenmerk liegt dabei auf der Symbolpolitik, also darauf, welche Rolle Metaphern, Erzählungen, Mythen und Bilder in der politischen Sprache einnehmen und in der Legitimation strittiger politischer Entscheidungen und Maßnahmen wirksam werden. Die Vorträge im Panel beleuchten unterschiedliche Erscheinungsformen dieser Rückbesinnungstendenzen und ihre politische Konsequenzen.

Beiträge / Contributions:

„Das Volk“ als Erzählgegenstand in demokratischen und populistischen Narrativen

Prof. Dr. Wolfgang Bergem (PH Karlsruhe)

Abstract:

Das Fundamentalereignis zu Beginn der 2020er Jahre, die aktuelle Krise aufgrund der direkten und vor allem indirekten Auswirkungen der durch das Virus SARS-CoV-2 ausgelösten Covid-19-Pandemie, zeitigt massive Auswirkungen auch jenseits leiblicher bzw. existenzieller Konsequenzen. Zu den Bereichen des öffentlichen Lebens, in denen sich Ausbreitung und Bekämpfung der Corona-Pandemie spürbar auswirken, zählt auch die Kommunikation über Identifikation und Wesen, Rolle und Funktion des demokratischen Souveräns. Die politischen Narrative über den Erzählgegenstand „dasVolk“ haben sich in relativ kurzer Zeit verändert, wobei dieser Wandel mit der Verlagerung von Erzählungen über die repräsentative und die parlamentarische Demokratie hin zu Erzählungen über die direkte und die identitäre Demokratie nur in der Tendenz, aber noch nicht vollständig beschrieben ist. Der geplante Beitrag zielt zum einen auf eine Untersuchung dieses Wandels in den Narrativen über das Volk und zum anderen auf eine Überprüfung, welche Bedeutung der politischen Kommunikation in der Corona-Krise für diese Veränderung zukommt. Damit sind auch die Beziehungen zwischen dem seit mehreren Jahren bereits feststellbaren Erfolg populistischer Narrative und Führungsfiguren sowie populistischer Bewegungen und Parteien einerseits und den neuen Protestbewegungen wie „Querdenken 711“ und

einem politisch nur diffus abgrenzbaren Spektrum aus Corona-Leugnern, Impfgegnern und Anhängern von rückwärtsgewandten Verschwörungserzählungen andererseits zu analysieren. Dabei haben die neuen Narrative aus dem Zusammenhang der Corona-Pandemie die etablierten populistischen Argumentations- und Erzählmuster aktualisiert und befeuert; sie wurden allerdings auch erst durch diese ermöglicht. In diesem narrativen Kontext erscheint „das Volk" als Risiko der Demokratie.

Ermächtigungsfantasien im Rechtspopulismus: Visuelle Narrative in umkämpften Feldern der Kulturpolitik

Dr. Katja Freistein (Centre for Global Cooperation Research / Universität Duisburg-Essen), Dr. Frank Gadinger (Centre for Global Cooperation Research, Universität Duisburg-Essen), Dr. ChristineUnrau (Centre for Global Cooperation Research)

Abstract:

In unserem Beitrag argumentieren wir, dass rechtspopulistische Bewegungen und Akteure mit einer extremen Form der Symbolpolitik operieren, die sich vom politischen Austausch durch Argumente abwendet. Stattdessen zielt sie auf die Mobilisierung kollektiver Emotionen durch aggressiv verbreitete Fantasien einer glorreichen, aber vagen Vergangenheit im Sinne eines projizierten „Heartland" (Paul Taggart). Im Anschluss an Zygmunt Baumans Gesellschaftsdiagnose einer gegenwärtigen „Retropia", wonach Menschen den utopischen Glauben an eine vorwärtsgewandte, bessere Welt aufgegeben haben, sich aber auch von kritischen dystopischen Entwürfen abwenden, lassen sich bei Rechtspopulist*innen gegenwärtig visuelle Narrative beobachten, die in unterschiedlicher Form mit dieser wirkungsmächtigen Projektion arbeiten. Zentral ist bei dieser rechtspopulistischen Epidemie der Nostalgie nicht nur die Imagination einer verklärten, „guten, alten Zeit", beispielsweise im Verweis auf vergangene Imperien oder nationale Mythen, sondern dass diese auch mit konkreten Machtansprüchen verbunden wird, exemplarisch in Donald Trumps Narrativ „Make America Great Again". Das erzählerische Spiel mit Fantasien ist demnach keineswegs harmlos, sondern zielt auf die Verkörperung von Machtansprüchen, die wiederum Unterdrückung und Ausgrenzung bestimmter politischer Gruppen impliziert. Wir veranschaulichen diese These anhand zweier empirischer Beispiele, in denen verschiedene Formen rechtspopulistischer Symbolpolitik sichtbar werden: Erstens in rechtspopulistischen Kampagnen, in denen traditionelle Vorstellungen von Geschlechterverhältnissen und eigentlich überwundene Stereotype (dominante Männlichkeit vs. untergeordnete Weiblichkeit) wieder in neuen Erzählungen aktualisiert werden, die Sicherheit und Ordnung in einer komplexer werdenden Welt versprechen (Männer als Beschützer vs. schützenswerte Frauen); zweitens in der Kultur- und Bildpolitik bei Ausstellungen und künstlerischen Performances, in denen es um Erinnerungspolitik geht und die von Rechtspopulist*innen als Störung des eigenen Geschichtsbilds aufgefasst werden.

Globalisierungskritik und nationale Rückbesinnung: Zum neurechten Neo-Nationalismus

Dr. Friederike Kuntz (Freie Universität Berlin)

Abstract:

Dieser Beitrag befasst sich mit der Re-Aktivierung der Nation gegen die Globalisierung durch die rechtsintellektuelle Bewegung der Neuen Rechten seit ihren Anfängen in den 1960ern. Dabei stellt er die von der Neuen Rechten geforderte und betriebene Rückbesinnung auf die Nation als einen historischen Prozess der Re-Artikulation und Neubestimmung des Nationalen scharf. Ziel ist es, die neurechte Ideologiearbeit und ihre Figur der Nation in ihrer historischen Entwicklung und ihren gesellschaftlichen Implikationen besser zu begreifen. Die Analyse konzentriert sich auf die französische und deutsche Neue Rechte.

Die Neue Rechte und ihr politisches Projekt sind Gegenstand der politikwissenschaftlichen Forschung und Diskussion. Neurechte Ideologiearbeit ist zwischen den Polen Globalisierung und Nation aufgespannt. Sie fasst die Globalisierung als eine Krise der menschlichen Existenz, da diese den Menschen kulturell entwurzele. Ein Leben in kulturellen Gemeinschaften bzw. Völkern ist für die Neue

Rechte Tatsache und Bedürfnis der menschlichen Natur. Die Globalisierung und mit ihr verbundene Prozesse gelten ihr allerdings selbst nur als Ausdruck einer liberalen Ideologie und Lebensweise. Die Neue Rechte bekämpft demnach die Globalisierung und letztlich den Liberalismus. Zu den zentralen Aufgaben ihrer Ideologiearbeit zählt sie dabei die Bewusstmachung der Notwendigkeit einer Rückbesinnung auf die Nation und die Formulierung eines neuen Nationalismus.

Ayasofya. Schauplatz transformativer Erinnerungspolitiken

Dr. Taylan Yildiz (Universität Duisburg-Essen)

Abstract:

Erinnerungspolitik wird meist auf der Seite der Statik politischer Ordnungen verbucht. In ihr und durch sie werden die kollektiven Gedächtnisse der politischen Gemeinschaften organisiert und so können geteilte Vorstellungen von historischer Zeit und Identität entstehen. Allerdings ist Erinnerungspolitik auch eine wesentliche Triebkraft transformativer Phasen. Sie ist auch dort wirksam, wo nicht die Statik, sondern die Elastizität politischer Ordnungen auf dem Prüfstand steht. Sie ist wohl das wichtigste Medium, durch das sich politische Kommunikationen erhitzen und zum Dreh- und Angelpunkt struktureller Umbrüche werden. Der Beitrag will diesen Zusammenhang am Beispiel der jüngsten Umwidmung der Ayasofya (Hagia Sophia) in eine Moschee untersuchen. War ihre Musealisierung durch die Republikgründer noch das nach innen gerichtete Symbol einer neuen säkularen Erinnerungskultur, ist ihre Rückabwicklung in eine Moschee das an die Welt gewandte Symbol einer neuen „Auferstehung". Rückabwicklung ist dabei nichts Geringeres als Rückbesinnung; der vergewissernde Zugriff auf eine glorreiche aber verschütte oder in Ungnade gefallene Vergangenheit, die als semantische Quelle die transformativen Vorhaben konstituiert und ihnen einen legitimitätsbeschaffenden Sinn verleiht.

MiE12 | Digitale Sicherheit jenseits von Cyberwar

Organisiert von / Organized by: Dr. Linda Monsees (Ecole Normale Supérieure), Dr. Daniel Lambach (Goethe Universität Frankfurt)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Arbeitskreis „Digitalisierung und Politik", Themengruppe „Kritische Sicherheitsstudien"

Chair: Prof. Dr. Ursula Schröder (IFSH Hamburg)

Discussant: Dr. Myriam Dunn Cavelty (ETH Zürich)

Abstract:

Digitale und vernetzte Technik wird als einer der Hauptgründe für steigende Unsicherheit diskutiert. In den Politikwissenschaften und vor allem im Bereich der Sicherheitspolitik lag bisher der Fokus häufig auf der Frage wie wahrscheinlich ein ‚Cyberwar' ist. In diesem Panel hingegen werden derzeitige Forschungsprojekte vorgestellt, die sich mit vielfältigen Formen von digitaler Sicherheit im 21. Jahrhundert beschäftigen. Der Schutz von kritischer Infrastruktur, gezielte Desinformation, Missachtung der Privatsphäre oder digitale Spionage sind einiger dieser Formen von digitaler (Un-)Sicherheit. Digitale Bedrohungen sind essenziell dezentral; Staaten, Individuen als auch technisches Versagen können Ursachen sein. Mögliche Gegenmaßnahmen sind ebenso dezentral und reichen von staatlicher Kontrolle über Infrastrukturen bis zum individuellen Anti-Virenschutz. Das Panel wird dabei nicht nur innovative empirische Forschung zu Themen wie kritische Infrastruktur oder covid19 vorstellen, sondern auch konzeptionelle Vorschläge für zukünftige Forschung zum Thema Cybersicherheit machen. Veränderte Temporalitäten, die dezentrale Natur der Bedrohungen als auch das Aufkommen neuer Akteure (von Hackern bis zu Public-Private Partnerships) erfordern ein konzeptionelles Vokabular, dass diese Veränderungen einfangen kann. Durch den konzeptionellen Fokus bleibt das Panel anschlussfähig an breitere Debatten zu sowohl Sicherheitspolitik als auch zu Fragen zum gesellschaftlichen Umgang mit digitaler Technologie.

Beiträge / Contributions:

Managing Cyberspace and the Rise of the Regulatory Security State

Dr. Andreas Kruck (LMU München), Dr. Moritz Weiss (LMU Müchen)

Abstract:

Political science has for long stressed the gradual commercialization of security as the production of military goods and services, once considered 'core state powers', were outsourced to private actors. Yet, the very same states are applying an intrusive security logic to a number of domestic activities, once considered economic sectors to be governed by markets. The exchange of information through privately operated communication infrastructures has emerged as one of these new priorities in the digital age, by which economic activities are increasingly securitized. This contradictory dynamic of the retreat and the expansion of the state gives rise to the question of how commercialized security and securitized commerce relate to each other in today's digital age? We argue that both trends are part of one single trajectory, namely the rise of the regulatory security state (RSS) to manage cyberspace and beyond. Whereas states have largely stepped back from the direct provision of security, they seek to achieve their policy preferences by regulating actors' behaviour in their traditional home turf of national security. In a similar vein, states have expanded their scope of security activities towards economic sectors by means of indirect governance. They neither build capacities nor act as entrepreneurs in cyberspace, but increasingly set and enforce rules in these formerly non-security domains. Our paper will empirically demonstrate the rise of the regulatory security state, embed it in mainstream political science rather than war studies and contribute a typology that will enable avenues of new research on digital security and beyond.

Securing the Nation in Critical Infrastructure: A Franco-German Comparison

Dr. Daniel Lambach (Goethe Universität Frankfurt), Dr. Wolf Schünemann (Universität Hildesheim)

Abstract:

Critical Infrastructures (CI) are assets that are considered to be of vital importance to the functioning of a society. CI comprises networks such as public health, electricity, finance or telecommunication and is regularly invoked in cybersecurity discourses as key vulnerabilities of a nation and as something to be secured from outside threats. This demonstrates how the notion of CI rests on imaginaries of territoriality, i.e. as an extension or amplification of state territory, and community, with its functional reference to a specific society. These imaginaries are applied to socio-technical networks. The designation of CI thus rests on shared knowledge about what needs to be secured, from what and by which means. The respective assumptions and frames are processed in discourses and become manifest in decisions made and institutions built at different levels. However, the relevant discourses are not confined to the national level. Consequently, one can find great degrees of transnational learning and diffusion as well as important attempts to establish a supranational approach to CI governance as part of cybersecurity frameworks like the Network and Information Security (NIS) Directive. While CI governance attempts are therefore cross-scalar, discourses and dispositives, thus regulations, institutions and practices, are nevertheless bound to the territorial state. This paper compares cybersecurity discourses and dispositives in France and Germany with a focus on CI in order to assess the degrees of national structuration and the chances for supranational harmonization.

Cybersecurity for all of us?! - Notes towards a more comprehensive cybersecurity research agenda

Dr. Linda Monsees (Ecole Normale Supérieure)

Abstract:

The study of digital technologies – infrastructures as well as values such as privacy or security – constitutes a vibrant field in IR. The study of cybersecurity as such however has received less attention. This is, so I argue, because Critical Security Studies has focused much more on a bottom-up perspective and specific technologies such as border control, drones or surveillance technologies. However, the field of cybersecurity proper as such has been left untouched. With cybersecurity I refer to the securing of networked infrastructure (the internet) against external perpetrators. Related questions about cyber deterrence, attributing hacking attacks and the possibility of cyber war have been intensely discussed in the field of International Security but are missing in the field of Critical Security Studies. By leaving the field to mainstream IR, Critical IR leaves out a chance of meaningful debate and intervention into one of the most vibrant societal discussions. The concept of cyber security and its focus on military and economic destruction remains thereby unchallenged. This means that the notion of security does not remain unchallenged but that I ask about whose security we actually speak of. In order to develop a more reflective notion of cyber security I argue to focus on the vulnerabilities people encounter in cyber space. Methodologically, I draw mainly on feminist security studies and postcolonial data studies in order to advance my argument. I introduce three axes which will help to develop this research agenda: a focus on mundane practices and individual threat scenarios, attention towards dispersed form of resistance rather and the value of developing utopian narratives rather than conceding to fatalism.

From Fragmentation Towards Convergence? How States Negotiated a Cyber Norm Prohibiting Cyber Operations Targeting the Health Sector During the Covid-19 Pandemic

Alexanda Paulus (Stiftung Neue Verantwortung/TU Chemnitz), Bruna Toso (Stiftung Neue Verantwortung/Federal University of Rio Grande do Sul)

Abstract:

Following the outbreak of the Covid-19 pandemic, several countries witnessed cyber operations targeting the health sector. In response, state entities published statements referencing a norm prohibiting such operations. Cyber norms, or rules aiming to regulate state conduct in cyberspace, are one policy instrument for increasing international security. To date, scholars have focused on venues

that explicitly aim at drafting such norms, paying less attention to how states negotiate these norms beyond that. To shed light on this blind spot, we analyze how states, through public statements, negotiate a cyber norm prohibiting cyber operations on public health infrastructures during the Covid-19 pandemic, which catalyzed attention around this issue. We examine both the sub-stance of the normative statements – the proposed content of a norm –, and the normative reference – which cyber norms initiative or international law provision the proposal refers to. We find that, in a first phase, states diverged in their arguments on the substance of such a norm into three different argumentative strands In the second phase, we observe convergence on the substance but divergence on the normative reference. This exemplifies current challenges of the global cyber norms discourse: Even among the relatively few states taking part in the negotiation of a norm prohibiting cyber operations targeting the health sector, convergence on the substance of such a norm takes time while dissent on the normative references prevails. Furthermore, large parts of the globe remain silent in the debate.

MiE13 | Donor-funded activism: Dependency, agency and possibilities for change

Organisiert von / Organized by: Dr. Anne Menzel (SCRIPTS, FU Berlin), Dr. Álvaro Morcillo Laiz (SCRIPTS, FU Berlin)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Sektion „Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik“

Chair: Dr. Álvaro Morcillo Laiz (SCRIPTS, FU Berlin), Dr. Anne Menzel (SCRIPTS, FU Berlin)

Discussant: Prof. Dr. Franziska Müller (Universität Hamburg)

Abstract:

This panel sets out to explore how donors and donor-funding shape and de-radicalize activism. At the same time, we consider that they may also set incentives and (unintentionally) create pathways for activists to remain focused or recommit to meaningful or even radical change. Our starting points are critiques that highlight processes of de-radicalization and professionalization that tend go along with donor interest in social movements and activists. Examples are Robert Allen’s (1969) seminal study on the Black Power movement in the US as well as more recent research on ‘partnership’ with local NGOs in donor-funded peacebuilding and development co-operation, and on the kind of professionalized activism practiced by INGOs such as Human Rights Watch and Oxfam. It appears as if donor-funded activisms across time and space had in common that they no longer prioritize struggles for change and, instead, tend to become preoccupied with donor-dictated agendas, evaluations, and writing applications for further funding. We are interested in contributions that illustrate how activists come to terms with such processes, re-sist, adopt or break. Do activists fully adapt to the expectations of donors? Or do they find ways of still bringing about meaningful change? In this way, our panel seeks to explore and clarify choice and agency in struggles for change, thus contributing to the theme of "It's our Choice! Politics in Times of Uncertainty and Autocratisation". The panel brings together contributions that cover different historical periods and examples from the Global North and South.

Beiträge / Contributions:

Bureaucracy and Emancipation. An Ethnography of Form

Dr. Felix Anderl (Hessische Stiftung Friedens-und Konfliktforschung)

Abstract:

There is an Excel sheet in my movement. My movement fights for people’s solidarity, progres-sive internationalism and against the hegemony of the capitalist-authoritarian alliance. Our aim is emancipation. The Excel sheet collects data, checks indicators, and matches results with ex-pectations. Its aim is regulation. We have the sheet because a big organization famous for its bureaucracy gave us a lot of money for our causes (some of them anyway). Since then, we do more (of the same, as we like to say). But it must be reported and administered. Consequently, we hired Freddy. Freddy is not happy because Amir and especially Lina fail to report. Therefore, we included Freddy into our policy meetings, so that he can tell us how to report, and to con-nect better the way we do things and the way we report things (for the benefit of both activi-ties, as we like to say). All theories predict that bureaucracy will enclose us into a system we wanted to emancipate us from. But Freddy is very good. He knows how to frame things. That’s why the Excel file tells two stories. One for the funders, and one for us. But in order to read the second, more complicated story, you need to dive into the context and understand what terms mean and why they were chosen, and how they politicize what is deemed bureaucratic. And that’s what I do in this paper. The Excel file is the vehicle, and Freddy is the Captain. I’m a pas-senger with a distaste for bureaucracy. But I go with the flow (as we also like to say).

On the (im-)possibility of biting the hand that feeds you: Anti-racism in the field of preventing so-called Islamist extremism in Germany

Sindyan Qasem (FU Berlin)

Abstract:

The set up on an infrastructure of different institutions and measures involved in the prevention of so-called Islamist extremism has been a great endeavor by the German state during the last years. In particular, different federal and federal state ministries and institutions engaged in the funding of non-governmental organizations and initiatives to bring forward numerous, often ed-ucational prevention projects targeting youngsters deemed as being at risk of radicalization. Based on field work and interviews with practitioners who have either formerly worked or are currently working in such projects I set out to inquire in how far the influx of state funding shapes the work on the ground. I will focus on the peculiar conjunction between the practi-tioners' strive for a differentiated, anti-racist approach to targeting (Muslim) youths on the one hand and underlying securitized logics of prevention work seemingly hindering such differenti-ated approaches on the other hand. Notably, practitioners find ways to justify basing their work on state funding designated for preventive projects while simultaneously criticizing the massive expansion of prevention of so-called Islamist extremism or distancing themselves from the secu-ritized logics of prevention altogether. I aim to delineate the limitations of such justifications by showing in how far educational work in the realm of prevention against so-called Islamist ex-tremism contradicts radical anti-racist stances and actions, specifically considering on-going de-bates in which radical anti-racism and post-colonial thinking themselves are deemed to be legit-imating discourses of so-called Islamism or 'political Islam'.

Delivering output and struggling for change: Tacit activism in professional transitional justice work in Sierra Leone and Kenya

Dr. Anne Menzel (SCRIPTS, FU Berlin)

Abstract:

The professionalization of transitional justice has received extensive academic attention in tran-sitional justice and related international relations and peacebuilding scholarship. This article adds an element that has received hardly any attention: namely the presence of activism even among professional and usually donor-funded transitional justice work. I argue that noticing ac-tivism in professional contexts requires attention to the 'everyday', meaning to life in between, aside and be-yond high politics and officially important actors, actions, processes and events. Based on field research in Sierra Leone and Kenya, I describe and discuss everyday examples of a specific form of activism, namely tacit activism that I encountered with three key interlocutors, one Sierra Leonean and two Kenyan nationals involved in professional donor-funded transitional justice work. Their activism was 'tacit' in the sense that it was not part of their official project activities and my interlocutors did not advertise their extra plans and efforts to (prospective) donors. And yet, it was precisely through these tacit plans and efforts that they hoped to meet at least some of the expectations that had been raised in the context of professional transitional justice projects.

Varieties of Donor-Recipient Relations. A Matter of Number or of Intent?

Dr. Álvaro Morcillo Laiz (SCRIPTS, FU Berlin)

Abstract:

In world politics, donor-recipient relations are ubiquitous. They lie at the core of policies like development aid, global health, democracy promotion, education support, and human rights. In these relations a wild variety of actors may be involved: more or less liberal philanthropic foundations, churches, state aid agencies, international organizations, and private associations. Donors' intent in supporting a recipient vary accordingly, from almost disinterested support to fellow Christians in dire straits to promotion of a liberal, anti-Marxist political science to turning a recipient into the heteronomous executor of a hemispheric human rights campaign. In brief, beyond the giving – money, goods, prestige, knowledge – there is nothing common to donors. On the recipient side, variety is also overwhelming: activists, construction companies, universities, professional associations, and governments. Moreover, every donor-recipient relation is fundamentally affected by the abundance or

the scarcity of donors – and of suitable recipients. In view of these relations' centrality, ubiquity, variety, and ecology, it is surprising that IR schol-ars have not undertaken more attempts to conceptualize them. Depending on the policy field, donor-recipient relations have been conceptualized as partnerships in a network (principled causes; Sikkink; Risse), market relations (development; Cooley & Ron; Krause), hegemony (culture; Parmar), and domination (development; Morcillo & Schlichte). Building upon these conceptualizations, I attempt to classify donor-recipient relations – and their effects on activism – by focusing on intent of the donor and the multiplicity of donors. Evidence relevant to different policy fields will be used; they stem from archive sources and offer insights into the intent of some philanthropic foundations' relations with recipients.

MiE14 | Drivers of authoritarian regime (in)stability: Insights from Belarus

Organisiert von / Organized by: Dr. Félix Krawatzek (Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS)), Dr. Julia Langbein (Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS))

Chair: Dr. Félix Krawatzek (Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS)), Dr. Julia Langbein (Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS))

Discussant: Prof. Dr. Alexander Libman (Freie Universität Berlin)

Abstract:

After more than two decades of comparatively strong political and economic closure, Belarusians took to the streets contesting the official results of the 2020 presidential elections. Similar to previous protests, President Alexander Lukashenko resorted to violent repression by his security apparatus. This time, however, the protests have attracted more and more people across the country with different backgrounds and ages. Based on new survey, interview and social media data the panel examines the roots of solidarity, determination and the widespread will for change. Papers address the widening gap between Belarusian state institutions and the people, the role and the origins of a new politicised generation and how Lukashenka's handling of the Covid-19 crisis served as a catalyst. Contributions also discuss how Russia's policies affect current developments in Belarus. The panel will provide important insights into dynamics driving authoritarian regime (in)stability but we will also discuss the limits of generalizing from the case of Belarus.

Beiträge / Contributions:

Regional employment patterns and subnational protest variation in Ukraine and Belarus

Emma Mateo (University of Oxford)

Abstract:

During nationwide mass mobilisations, is subnational variation in protest influenced by regional employment patterns? Are protests events more or less likely, or frequent, in regions with more middle-class employees? Or industrial workers? While industrial workers have led mass mobilisations which have helped to bring down authoritarian regimes, other research finds that most protest participants are middle-class. But does who employs the workers also matter? Certain governments may seek to prevent industrial workforces mobilising by offering both "carrots" and "sticks" to workers in state-owned enterprises. And, middle-class employees of the state may not protest, fearful of losing their job or the benefits gained from their position. Two recent cases of protest highlight this puzzle: During the Ukrainian Euromaidan, a mainly middle-class protest movement lead to the fall of the Yanukovych regime. However, several years later in neighbouring Belarus, as citizens mobilized against falsified elections in August 2020, workers in dozens of industrial enterprises protested. In this article I examine whether and how local patterns of industrial and middle-class employment, and state ownership in these two sectors, relate to sub-national variation during the first week of protest in a) whether a region mobilises; and b) how many protest events take place in a region. My findings suggest that the relationship between regional employment patterns and protest mobilisation are nuanced, and shaped by contextual factors. In Ukraine, protest events are more frequent where more of the workforce is employed in middle-class enterprises, particularly outside the state-sector. In contrast, in Belarus, more frequent protest events are associated with higher levels of local industrial employment – regardless of whether workers are employed in state enterprises. My findings call into question the repressive potential of state enterprise, at least in the initial stages of mobilisation.

Attitudes towards democracy and the market in Belarus: What has changed and why it matters

Dr. Félix Krawatzek (Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien), Dr. Julia Langbein (Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien)

Abstract:

For more than two decades, legitimation through economic stability and security was one of the key pillars of regime stability in autocratic Belarus, letting Belarusian experts, in particular, speak of a 'social contract' between the state and its citizens. The protests around the 2020 presidential elections however convey a great deal of dissatisfaction with the Lukashenka regime across a broad social and generational base. By comparing new survey data generated in late 2020 among 2,000 Belarusians aged 18 to 64 with insights from earlier data from 2011 and 2018, the paper examines whether attitudes towards democracy and state involvement in economic and social affairs have changed. We find evidence for a departure from paternalist values, which shows that the value base for the previous social contract with the state has been eroding over the past decade. Belarusian society has become more supportive of liberal political and economic values. This trend is particularly driven by the older generation and does not seem to spare Lukashenka's support base. Meanwhile, attitudes towards democracy and the market have real implications for people's political behaviour and attitudes as we demonstrate looking at social and institutional trust, preference for democracy, and electoral and non-electoral political participation.

Catch 2020: Russia's policy towards Belarus after the presidential election

Dr. Ryhor Nizhnikau (Finnish Institute of International Affairs)

Abstract:

This paper discusses Russia's policy towards Belarus, its dilemmas and possible implications. Russia played a crucial role for the Belarusian regime's survival when it backed the regime, it had consistently attempted to weaken since 2000s. Its diplomatic, media and financial support prevented the elite defections and boosted regime's capacities. However, this paper shows that despite Russia's heavy involvement and pro-regime rhetoric, Russia's position is ambivalent and it largely continues its pre-election policy towards Minsk. It does not commit economically and sends mixed political signals to Minsk. Kremlin supports Lukashenko as legitimate president but insists on a political transformation from a personalist to a more power-sharing regime. Its loan suffices to repay Minsk's debts, while negotiations on new oil and gas contracts do not offer any concessions. The paradox is that a continuity of the pre-crisis policy stabilized the regime, but will likely facilitate its change. Russia's approach will gradually harden to force Lukashenko to fulfil his obligations and to prevent the return to the status quo ante when Russia's support to the regime was used to undermine Russia's own agenda. As a result, excessive pressure and/or insufficient domestic change may trigger a new wave of protests, whereas potential formal or informal re-arrangements will establish multiple channels of Russia's political influence necessary for organizing a predictable departure of Lukashenko. In any scenario, inability of neither the regime nor the opposition to break a domestic impasse means the choice of how post-Lukashenko Belarus may look will be made for them.

MiE15 | Europe's Norms and Crises: Approaches & Challenges of normtheoretical Perspectives on the EU

Organisiert von / Organized by: Nils Stockmann (Westfälische Wilhelms-Universität Münster), Johanna Speyer (Johannes-Gutenberg-Universität Mainz)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Themengruppe „IB-Normenforschung“

Chair: Johanna Speyer (JGU Mainz), Nils Stockmann (WWU Münster)

Discussant: Prof. Dr. Sabine Saurugger (Sciences Po Grenoble/ College of Europe)

Abstract:

Die Europäische Union (EU) galt lange als Musterbeispiel erfolgreicher Normsozialisation und Normdurchsetzung. Damit schien sie über Fragen der Normkontestation, wie sie in den vergangenen Jahren verstärkt gestellt wurden, erhaben zu sein. Dies äußert sich auch in der nach wie vor stark von rationalistischen und institutionalistischen Ansätzen geprägten EU-Forschung.

Die fortwährende multiple Krise der EU legt jedoch Normkonflikte und Machtdynamiken offen, deren Analyse insbesondere mithilfe neuerer normtheoretischer Ansätze großes Potential, sowohl für die EU-Forschung als auch für die Normentheorie bietet. Im Lichte der institutionellen Herausforderungen und der wachsenden Politisierung europäischer Integration ist zu diskutieren, wie in jüngster Zeit entwickelte institutionelle Konzepte wie das einer ‘differentiated integration’ oder einer ‘active subsidarity’ Normgehalte und –dynamiken wie auch Machtverhältnisse innerhalb der EU herausfordern und verändern. Gleichzeitig wirft die zunehmende Umstrittenheit von Fundamentalnormen wie Rechtsstaatlichkeit, Solidarität oder auch Nachhaltigkeit Fragen nach der Interpretation, Robustheit und Durchsetzung dieser Normen jenseits des Nationalstaats auf. Damit verspricht die kritische Normenforschung mit ihrer Machtsensibilität und ihrem emanzipatorischen Potential etablierte EU-Forschung herauszufordern und neue Perspektiven über die nachhallende Wahrnehmung der EU als Phänomen sui generis hinaus anzubieten.

Wir laden zu unserem Panel Beiträge ein, die sich aus einer normentheoretischen Perspektive politischen und institutionellen Dynamiken im Raum der EU widmen. Mögliche Fragestellungen können unter anderem sein:

- Wie verbessern normentheoretische Ansätze das Verständnis der institutionellen Krisen der EU?
- Inwiefern bedingt die unterschiedliche Verfasstheit und Fragmentierung von Politikfeldern in der EU die Kontestation und Robustheit von Fundamentalnormen?
- Welchen konzeptionellen Beitrag leistet eine Beschäftigung mit der EU für Debatten innerhalb der kritischen Normenforschung?

Beiträge / Contributions:

Europe's norms, Europe's crises: Fundamental norms and legal culture in the Economic and Monetary Union

Dr. Domenica Dreyer-Plum (Universität Bonn, Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie)

Abstract:

European integration relies on law and its application. While the law is underestimated in most theoretic approaches as technical instrument, it is actually the cornerstone of European integration. However, constitutionally written law is often ill-prepared for crisis situations. Such was the case with the treaty provisions on the Economic and Monetary Union with the start of the eurozone crisis in 2010.

While scholarly literature has extensively addressed the manifold forms of eurozone crisis instruments conflicting with EU treaty provisions, this paper will address their effect on fundamental norms and the legal culture of the Economic and Monetary Union. To understand the specific nature of legal culture in

this policy field, the interaction of treaty provisions and crisis lawmaking is located between theoretic approaches of integration through law, constitutionalism and comparative legal culture.

I argue that the chosen crisis instruments address (1) normative compliance issues, (2) a misguided disconnection between monetary and economic policies rooted in differentiated integration and (3) the neglection of solidarity. This will be demonstrated at the example of the use of instruments further enhancing differentiated integration within and beyond EU treaty provisions (EFSF, ESM, Fiscal Compact, SMP).

This leads to the argument that the crisis instruments used to address the eurozone crisis significantly changed fundamental assumptions about the Economic and Monetary Union regarding compliance and liabilities with implications for fundamental norms such as democracy, rule of law and solidarity. Hence, the paper contributes particularly to the panel issue on differentiated integration and effects on fundamental norms.

Translating norms in Europe: Theoretical and methodological considerations for studying norm dynamics in EU sectoral policymaking

Nils Stockmann (Westfälische Wilhelms-Universität Münster)

Abstract:

Research on the European Union (EU) has evolved into a distinct field of inquiry that has sustained its own conceptual and methodological vocabulary, such as “European integration” or the conception of an EU “multilevel governance” architecture. With this, EU studies have become a field on its own that is perceived as existing relatively independently from broader debates in International Relations. However, internal and external crises have more recently incited a debate on the “politicization” of EU governance and opened up space for a critical reflection of EU studies and its core assumptions. Among others, the “climate crisis” has uncovered the structural and discursive incapacity of the EU to translate normative ambitions and aspirations to coherent sectoral policymaking. In this light, the EU can no longer be conceived of as a ‘safe haven’ for successful norm diffusion but as a site of norm contestation. This observation re-invites an IR engagement with EU politics.

Following this observation, this contribution makes the case of transferring the instruments of critical IR norm theory, namely that of norm translation, to dynamics of EU sectoral policymaking. In particular, I argue that norm translation provides analytical leeway to reconsider entrenched conceptions of EU policymaking and to theorize interactive and transnational norm translation as an emerging scale of EU governance. At the same time, I will demonstrate that this confrontation also entails opportunities for further developing the norm translation approach. I particularly show that ‘translation communities’ that have emerged in the EU mobility and transport policy sector enable new interactions with the global norm cluster of sustainability and provide more synchronized translations into narratives as “sustainable urban mobility”.

The contestation of EU foreign policy norms towards Africa: outside-in and inside-out perspectives

Dr. Friedrich Plank (Johannes Gutenberg Universität Mainz)

Abstract:

With its increased role in international politics, the European Union (EU) has stepped up its engagement in many world regions. In particular, the Africa-EU partnership has developed into one of the main priorities of EU foreign policy, and intense relationships with several African actors, such as the African Union (AU), have evolved. The EU has linked these partnerships specifically to notions of “African solutions for African problems”. This paper puts forward the argument that these notions have developed to norms of the Africa-EU relations through rhetorical action by EU decision-makers and official documents. However, with the increased prominence of Africa in the context of security and migration policies, and a regionalisation and bilateralisation of approaches, actors within and outside the EU have increasingly contested these norms. Drawing on norm-theoretical approaches, this paper explores the empirical and theoretical relevance of researching norm contestation processes of the EU´s

Africa policy from the outside-in and the inside out. It argues that in order to really understand contestation of EU norms, there is a need to further theorise on and assess when and how external and internal actors engage in these processes. Specifically focusing on the Africa-EU Partnership on Peace and Security as major hub of the relations and drawing on data gained through official documents, systematically collected press reports and interviews conducted in both Africa and Europe, this paper seeks to probe the plausibility and utility of analysing outside-in and inside-out contestation processes of EU foreign policy norms.

The normative core of democracy in multi-level systems

Andrea Zeller (Universität Koblenz-Landau)

Abstract:

In recent years, Regional and International Organisations (RO/IO) with their predominantly expanding political authority and the resulting multilevel governance have become increas ingly politicised. At the same time, it could be observed that after years of emphasising effec tive problem solving, neutrality and expertise, many RO/IO are more and more concerned about democratic legitimacy. In this context, democratic principles are gaining new relevance in multi-level governance. Now the focus is placed on emphasising democracy or concepts associated with democracy such as participation, representation, transparency, accountabil ity, equality or popular sovereignty. RO/IO thereby have a double impact on the definition of the meaning of democracy: on the one hand, governing in multi-level systems creates new framework conditions for existing democracies and, on the other hand, their democratic legit imation narratives shape the understanding of democracy. By discussing the theory, it will be explored what is meant by the normative core of democra cy today and which principles correspond to this normative core in multi-level systems. Fur thermore, it will be examined which of these democratic principles have been emphasised in multi-level governance so far and which of them have been neglected.

MiE16 | Independence, sovereignty, self-determination: Contested concepts, uncertain futures

Organisiert von / Organized by: Prof. Dr. Peter A. Kraus (Universität Augsburg), Dr. Anna Meine (Universität Siegen)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Sektion „Politische Theorie und Ideengeschichte“

Chair: Prof. Dr. Peter A. Kraus (Universität Augsburg)

Discussant: Prof. Dr. Peter A. Kraus (Universität Augsburg)

Abstract:

While, in the North American context, Québec sovereigntism seems to have lost much of its once disruptive potential, secession has become a key issue in West European democracies, where Catalonia and Scotland stand at the forefront of a new politics of self-determination. Scottish and Catalan demands for independence entail major challenges for established notions of state sover-eignty and political integration in the European Union. In both cases, after a legal (Scotland) and a non-legal (Catalonia) independence referendum, key issues remain unresolved. While Spain is facing an at present frozen, but still intense conflict with Catalan independentism, post-Brexit UK has to come to terms with the Scottish government’s plans to hold a second referendum in the near future.

The panel aims to shed light on the deeper conceptual controversies connected with these devel-opments and to focus on their implications for contemporary democratic constitutionalism. It will assess the specific meanings of concepts such as independence, self-determination, and sover-eignty from different perspectives of political and legal theory, as well as their use in the arena of partisan politics. Vis-à-vis the uncertain horizon of European integration, this debate bears not only significant theoretical, but also great practical relevance. The panel brings together scholars from politics and law with the purpose exchanging innovative positions in a field that remains highly dis-puted, thereby taking the debate on the political future of Western type democracies in a direction that may offer a perspective beyond the current institutional gridlock.

Beiträge / Contributions:

Can We Forfeit Our Territorial Rights?

Prof. Dr. Margaret Moore (Queen’s University, Kingston)

Abstract:

A number of prominent theorists of territory argue that territorial rights – by which is meant rights of jurisdiction, rights of control over borders, rights over resources and rights of territorial self-defense – are held, ultimately, by the people. On this view, the state is justified as an instrument of the people’s collective self-determination. This formulation of the relationship between people, governing regime and sovereign authority over land is attractive in a number of respects, to be discussed, but has the counter-intuitive consequence that the people seem to have territorial rights even when the state is unjust. This paper addresses this concern by articulating an account of rights-forfeiture that is consistent with a self-determination defense of territory.

Referendums in Federal States: territorial pluralism and the challenge of direct democracy

Prof. Dr. Stephen Tierney (University of Edinburgh)

Abstract:

A particular focus today for constitutional scholars is the issue of constitutional amendment in a world of ever more elaborate constitutions. A key question in contemporary debates is how best to reach the appropriate balance between open democratic decision-making on the one hand and constitutional entrenchment on the other.

Into this mix the referendum has emerged as a potentially explosive element, raising the question of the extent to which ordinary citizens should be involved in processes of constitutional change. In Constitutional Referendums: The Theory and Practice of Republican Deliberation (Oxford Universi-ty Press, 2012) I addressed the challenges the referendum poses to modern democratic thought. In this paper I seek to adapt my findings in that book to a study of constitutional change in the con-text of federal constitutions. How does the existence of multiple governments and a foundational constitutional commitment to territorial and societal pluralism complicate further the issue of the demos, in particular when it is called upon to produce constitutional change through the mobilisa-tion of 'the people'? I will focus upon situations where federalism reflects strong societal or de-motic differences; here the use of the referendum has been particularly challenging.

Secession from the Union, secession in the Union: towards a holistic theory of secession

Dr. Pau Bossacoma Busquets (Universitat Pompeu Fabra, Barcelona)

Abstract:

After arguing that withdrawal from the Union can be considered a type of secession, some key elements of a holistic theory of secession will be presented. This approach implies treating secession from the Union and secession from a member state as similar phenomena. Accordingly, a defense will be made of a qualified right to secede from both the Union and from its member states. Normative analysis will be combined with more empirical case studies of secession from the Union and attempts at secession in the Union.

Independence under Conditions of Interdependence

Dr. Anna Meine (Universität Siegen)

Abstract:

The meaning of independence has changed. But while this is a popular conclusion within current research on European independence movements, it is still quite uncertain what exact-ly independence has come to mean. This paper distinguishes national, liberal and republican con-ceptions of independence that underlie contemporary debates. While each perspec-tive interrelates notions of self-determination, freedom and sovereignty, they entail different conceptual hinges between individual, collective / institutional and inter-polity levels of analysis as well as different consequences for future institution-building. Nationalist conceptions short-circuit the link between individual and collective freedom and self-determination. Liberal conceptions are based upon a misleading opposition of independence and interdependence. In con-trast, republican conceptions of independence, open up new avenues for negotiating the interde-pendencies of in-dependent polities and more particularly, provide a sound theoretical foundation for negotiating and institutionalising complex constellations of plural polities, not least within Eu-rope.

MiE17 | Innen- und Außenpolitik, Wirtschaft- und Sicherheitspolitik zusammen denken (II)

Organisiert von / Organized by: Dr. Sophia Hoffmann (Leibniz-Zentrum Moderner Orient), Dr. Kai Koddenbrock (Universität Bayreuth)

Chair: Dr. Kai Koddenbrock (Universität Bayreuth)

Discussant: Dr. Sophia Hoffmann (Leibniz-Zentrum Moderner Orient)

Abstract:

In seinem 1984 erschienenen Buch Weltwirtschaft und Weltpolitik 1922/24–1931 ruft der deutsche Politikwissenschaftler Gilbert Ziebura (1924-2013) dazu auf, „innergesellschaftliche, außenwirtschaftliche und außenpolitische Entwicklungen als Einheit" zu begreifen, um die Stabilität des internationalen Staatensystems in seiner Gesamtheit und gleichzeitig die Verteilungswirkungen von Außen(wirtschaftpolitik) innerhalb von Gesellschaften analysieren zu können. Dass dies empirisch aber auch theoretisch eine Mammutaufgabe ist, wird aus der Lektüre von Zieburas Werk deutlich. Dennoch war diese Ambition in den IB bis in die 1980er eine Selbstverständlichkeit, wie zum Beispiel Peter Katzenstein's Small States in World Markets (1985) oder Peter Gourevitch's viel zitierter Artikel The second image reversed: the international sources of domestic politics (1978) unterstreichen. Aber auch neuere Arbeiten, z.B. Henry Farrell und Abraham Newman's Of Privacy and Power 2019, das 2017 von Heide Gerstenberger veröffentlichte Buch Markt und Gewalt, oder Adam Tooze's regelmäßige Interventionen zeigen, wie produktiv eine Überwindung der konzeptuellen Trennung von 1) Innen- und Außenpolitik und 2) von Wirtschafts- und Sicherheitspolitik ist. Diese Herangehensweise ist nicht gleichzusetzen mit Global Governance-, oder Weltsystem-Ansätzen, denn in diesen spielt der wesentliche Faktor der innerstaatlichen Politik keine bedeutende Rolle.

Mit diesem Panel wollen wir den methodologischen Ansatz, Innen- und Außenpolitik, sowie Wirtschafts- und Sicherheitspolitik zusammen zu denken, stärken. Hierfür laden wir Paper ein, die die z. B. folgenden Forschungsfragen beantworten, bzw. methodologischen Ansätze verfolgen:

- Mit welchen Konzepten und Methodologien lässt sich Politik jenseits der Aufteilung in Innen/Außen, Sicherheit/Wirtschaft verstehen?
- Praxistheoretische Ansätze, die Praktiken untersuchen, die sich nicht innerhalb der Dichotomien Innen- /Außen, Wirtschafts/Sicherheitspolitik verstehen lassen;
- Empirische Fallstudien zu Akteuren, Sektoren, Internationalen Organisationen, deren Existenz und Handeln die Grenzen von Innen- und Außen, Wirtschafts- und Sicherheitspolitik in Frage stellen;
- Geopolitische Studien, deren Argumente sowohl die militärische Stärke von Staaten als auch ihre Position auf dem Weltmarkt fassen.

Beiträge / Contributions:

Hosting State Capital? Ideational change and the increasing political contestation of foreign state-led investment in Europe

Dr. Milan Babic (Maastricht University), Prof. Dr. Adam Dixon (Maastricht University)

Abstract:

Der langjährige Aufstieg von Staaten als globale Eigentümer stellt die herkömmliche Trennung von Markt und Staat sowie Wirtschafts-und Sicherheitspolitik in Frage. Staatseigentümer wie China sorgen seit Jahren durch großangelegte Firmenübernahmen für globalen politischen Sprengstoff. Die vergleichende Kapitalismusforschung (vK) begriff Staatskapital lange als Quelle von "geduldigem Kapital", das von koordinierten Marktökonomien als Alternative zu "ungeduldigem" Kapital begrüßt wurde. Gleichzeitig konnten wir in den letzten Jahren einen zunehmenden Protektionismus gegen diese Art von Investitionen in fast allen europäischen Ländern beobachten. Dieser neue flächdeckende Protektionismus gegen Staatsinvestitionen stellt die vK vor Erklärungsprobleme.

Wir bieten in diesem Paper eine alternative Erklärung des neuen Protektionismus an, die sich an neuer Forschung zu der globalisierten Natur von Staatsinvestitionen orientiert. Wir begreifen den Aufstieg von Staaten als globale Eigentümer als einen Trend, der zu einer nachhaltigen Veränderung in der Wahrnehmung politischer Entscheidunsträger führt: Globalisierung wird nicht länger nur als kommerzieller Segen, sondern zunehmend auch als Quelle potentieller (und diffuser) Gefahr für die nationale Sicherheit gesehen. Wir argumentieren, dass sich dieser Trend flächendeckend manifestiert und sowohl koordinierte als auch liberale Marktökonomien erfasst.

Wir testen unser Argument durch eine Vergleichsstudie einer koordinierten (Deutschland) und liberalen (Großbritannien) Marktökonomie seit dem Ende der globalen Wirtschaftskrise 2008. Wir zeigen, dass in beiden Fällen eine inkrementelle Veränderung der Wahrnehmung von Entscheidungsträgern zu einem Anstieg protektionistischer Maßnahmen führt. Unser Beitrag zeigt, wie die strikte Trennung von Wirtschsafts-und Sicherheitspolitik durch neue Trends in der globalen Ökonomie immer unhaltbarer wird, und dass die vK dieser neuen Realität durch neue Konzepte und bessere empirische Instrumente nachkommen sollte.

Infrastructural Geopolitics - Sedimentation, Reactivation and Dislocation of Global Financial Hegemony

Dr. Carola Westermeier (Justus-Liebig-Universität Giessen), Prof. Dr. Marieke de Goede (University of Amsterdam)

Abstract:

This paper examines the global battle over financial payment infrastructures. As established hegemonies are currently transforming while political alliances break and new ones arise, financial payment infrastructures have emerged as battlefield for dominance and control. As part of US security politics, recent years have seen increasingly aggressive US sanctions policies that reach into all dollar-denominated transactions. Lately, these sanctions increasingly interfere with Europe's economic interests. As a result, the European Union is seeking ways to build payment channels that are not routed through US territory or currency. In 2019, the EU launched the Instrument in Support of Trade Exchanges (Instex) as a special purpose vehicle that enables trade with Iran.

Our paper uses Instex as a lens onto the politics of current payment wars, connecting the study of security and economic (geo)politics via the concept of infrastructures. We draw on central concepts of Laclau and Mouffe’s theory of hegemony to help gain analytical purchase on how hegemonic struggles take place over and through global payment channels and technologies. We analyse infrastructures as concrete manifestations of hegemonic politics, that have become materially sedimented, entailing power relations that reflect past hegemonies, frozen in time. These hegemonic relations become subject to moments of reactivation when the US security politics increasingly compromise Europe's economic autonomy. Finally, full dislocation of past power relations leads to open contestation of the ‘common sense’ of hegemonic orders. It is the moment in which alternative infrastructures take root, using new technologies and political alliances.

Nischen anti-(neo-)imperialer Weltgestaltung in Aufarbeitungsprozessen

Dr. Mariam Salehi (Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung)

Abstract:

Um Konflikte und Gewaltherrschaft aufzuarbeiten, stoßen Länder häufig sogenannte Transitional Justice-Projekte an, die zwar international professionell begleitet, aber doch eigentlich innenpolitische Angelegenheiten sind, da national eingerichtete Institutionen die eigene Vergangenheit aufarbeiten sollen. Ein häufiger Kritikpunkt gegenüber diesen Projekten ist, dass sie standardisierte Maßnahmen technokratischer Weltgestaltung darstellen und dementsprechend weder politische und sozio-ökonomische Sensibilität noch das Streben nach strukturellem Wandel zulassen. Jedoch könnte eine stärkere ‚Lokalisierung‘ der Projekte – also mehr innenpolitischer und weniger internationaler Einfluss – so die weitere Kritik, das Problem mit sich bringen, dass dadurch auch Konflikte und Gewaltherrschaft als rein innenpolitische Angelegenheit betrachtet würden und somit deren transnationale, häufig (neo-

)koloniale Dimensionen nicht gefasst werden können. Das Papier zeigt Bestrebungen auf, in Transitional Justice-Projekten innen- und außen- sowie wirtschafts- und sicherheitspolitische Fragen zu verknüpfen.

Anhand der Fallstudie Tunesien untersucht dieses Papier, wie tunesische und internationale Akteure versuchen, das innenpolitische Transitional Justice-Projekt für anti-(neo-)imperiale Weltgestaltung zu nutzen und mit außen(wirtschafts-)politischen Forderungen zu verknüpfen. Es zoomt dafür auf folgende Beispiele heran: 1. Die Familie Ben Youssef, die die Aufarbeitung der Regime-sanktionierten Ermordung des Unabhängigkeitskämpfers Salah Ben Youssefs mit Forderungen nach kollektiven Reparationen für Unterdrückte im anti-(neo-)kolonialen Kampf verbindet. 2. Die Kommission für Wahrheit und Würde, die Verknüpfungen zieht zwischen kolonialer und diktatorischer (struktureller) Gewalt und Reparationsforderungen sowohl an Frankreich als auch an die Weltbank stellt. Und 3. der UN-Sachverständige für die Auswirkungen der Auslandsverschuldung, der Verknüpfungen zwischen Verschuldung/Kreditvergabe, Menschenrechtsverletzungen und Transitional Justice zieht. Empirisch stützt sich das Papier auf Interviewdaten, erhoben in Tunesien, den USA und per Video und Telefon, sowie Dokumentenanalyse.

Taking feminism seriously: Theorising foreign policymaking relationally

Karoline Färber (King's College London)

Abstract:

Domestic, foreign, economic, and security policy have traditionally been researched separately, reflected in the compartmentalisation and camp politics of political science and international relations with their various sub-fields. Feminist theorising in all of its plurality has long since disrupted those boundaries by centring three distinct ontological and epistemological commitments: conceptualising women—and people—as knowable and knowing, researching the everyday as a site of knowing, and understanding practices as actualising power relations. Coupled with a fourth, political, commitment to producing knowledge that can be taken up for social justice purposes, feminists have developed questions from a political concern with oppressions in the real world rather than academic frameworks. As such, feminist theory provides the ideal starting point for thinking about the social world relationally without bracketing instances of ‘domestic’, ‘foreign’, ‘economic’ or ‘security policy’. Against this background, this paper makes the case for taking the long-standing feminist contributions to international relations seriously. Using the example of German foreign policymaking, it then demonstrates the utility of such feminist analysis. Troubling previous analyses of German foreign policy that often focus on political decision-makers, it proposes a two-fold shift towards the doing and doers of foreign policy, namely civil servants in their everyday work. This allows to theorise how foreign policy is not made in a vacuum but is very much entangled with logics of (in)security, economics, and domestic politics that structure the everyday work of civil servants.

MiE18 | Knowledge Production and the Theorization of Praxis: Pragmatism and Practice Theory in Dialogue

Organisiert von / Organized by: Prof. Dr. Gunther Hellmann (Goethe Universität Frankfurt am Main), Prof. Antje Wiener, PhD (Universität Hamburg)

Chair: Prof. Dr. Gunther Hellmann (Goethe Universität Frankfurt am Main), Prof. Antje Wiener, PhD (Universität Hamburg)

Abstract:

Im „Positivismusstreit" hat Adorno Popper zumindest dahingehend nicht widersprochen, dass „die Erkenntnis nicht mit Wahrnehmungen oder Beobachtungen oder der Sammlung von Daten oder von Tatsachen" beginne, sondern mit „Problemen": „Kein Wissen ohne Probleme – aber auch kein Problem ohne Wissen." Eines der Probleme der aktuellen Corona-Krise ist, dass wir in mancherlei Hinsicht noch nicht einmal wissen, wie genau wir die zu erforschenden Probleme formulieren sollen – eben weil auch wir als Wissenschaftler*innen noch zu wenig wissen. „Tatsachen" sind vor diesem Hintergrund genauso rar wie handlungsleitende „Alternativen". Alternativlosigkeit ist nur die Kehrseite derselben Medaille. Es sind Begrifflichkeiten im Vokabular eines Ausnahmezustandsdiskurses, in dem Handeln überaus dringlich erscheint, die Voraussetzungen rationaler Entscheidung aber prekärer denn je sind, weil wir viel zu wenig wissen und daher die Fehlerwahrscheinlichkeit im Handeln steigt. Recht eigentlich sind aber Tatsachen und Alternativen nicht rarer als in anderen Zeiten. Der Unterschied ist, dass Corona uns im alltäglichen medialen Diskurs – der mehr denn je geprägt ist von „der Wissenschaft" – eine existenzielle Form von Ungewissheit vor Augen führt wie wir sie zu anderen Zeiten deshalb hintanstellen können, weil wir der Überzeugung sind, Gewissheit zu haben.

Ludwig Wittgenstein („Über Gewissheit") und John Dewey („The Quest for Certainty") waren nicht die ersten, die die szientistischen Illusionen des Strebens nach Gewissheit geißelten und – wie Wittgenstein – daran erinnerten, dass „das Wissen (…) sich am Schluß auf der Anerkennung" gründet (Über Gewissheit, § 378). In der englischen Übersetzung („Knowledge is in the end based on acknowledgement") klingt das sogar noch eingängiger, weil es die interne Verbindung zwischen Wissen und Anerkennung auf dieselbe sprachliche Wurzel zurückführt. Dieselbe Koppelung gilt auch für Tatsachen und Alternativen bzw. Alternativlosigkeit – sie alle müssen zunächst behauptet und dann anerkannt bzw. zurückgewiesen werden. Donald Trump's Negierung der Tatsache einer verlorenen Wiederwahl und die Bereitschaft zahlloser Anhänger, seinen „Wahrheitsanspruch" anzuerkennen, führen diese interne Verbindung zwischen der Wirklichkeit eines Geltungsanspruchs und seiner Anerkennung lebhaft vor Augen.

Wittgenstein und Dewey haben nicht zuletzt vor dem Hintergrund solcher Wirklichkeiten (wenn auch aus unterschiedlichen Gründen) eine „Priorität der Praxis" betont. Wie die „Herstellung" von Wissen im Zuge der unvermeidlichen wissenschaftlichen Theoretisierung politischer Praxis zu bewerkstelligen ist, soll im Zentrum dieser Querschnittsthemenveranstaltung stehen. Kolleg*innen aus Deutschland wie auch der internationalen scientific community, die durch ihre Arbeiten im Feld pragmatistischer bzw. praxistheoretischer Forschung in den Internationalen Beziehungen ausgewiesen sind, werden im Rahmen eines „Roundtable"-ähnlichen Austauschs Gemeinsamkeiten und Unterschiede hinsichtlich pragmatistischer und praxis-theoretischer Verständnisse des Umgangs mit Unsicherheit/ Ungewissheit und der daraus folgenden Theoretisierung politischer Praxis in der internationalen Politik diskutieren. Angesichts der Anzahl der beteiligten Kolleg*innen wird nicht die klassische Präsentation und Diskussion von wissenschaftlichen Vorträgen im Zentrum stehen, sondern ein themen- und problemzentrierter Austausch über noch zu konkretisierende Aspekte, die sich im Lichte vorab vorgelegter und über einen DVPW-Paper Room auch zugänglich gemachter Papers ergeben.

Beiträge / Contributions:

Prof. Christian Büger, PhD (University of Copenhagen)

Dr. Molly Cochran, PhD (Oxford Brookes University)

Prof. Dr. Gunther Hellmann (Goethe Universität Frankfurt am Main)

Prof. Dr. Benjamin Herborth (University of Groningen)

Dr. Maren Hofius (Universität Hamburg)

Prof. Patrick Th. Jackson, PhD (American University, Washington, D.C.)

Dr. Xymena Kurowska, PhD (Central European University)

Dr. Hannes Peltonen, PhD (Tampere University)

Prof. Antje Wiener, PhD (Universität Hamburg)

MiE19 | Nachwuchspanel: Demokratische Entscheidungen – Kontinuität(en) und Wandel

Organisiert von / Organized by: Lukas Wöll (Die Deutsche Nachwuchsgesellschaft für Politik- und Sozialwissenschaft), Morten Harmening (Die Deutsche Nachwuchsgesellschaft für Politik- und Sozialwissenschaft)

Chair: Morten Harmening (DNGPS), Lukas Woell (DNGPS)

Abstract:

Das Terrain politischer – nein, demokratischer – Entscheidungen ist umkämpft. Im Februar 2020 wurde der FDP-Politiker Thomas Kemmerich mit Stimmen von AFD, FDP und CDU zum Ministerpräsidenten von Thüringen gewählt. Die Wahl wurde zum Skandal. Während vor allem AfD-Mitglieder auf die demokratische Legitimität der Entscheidung pochten, forderte Bundeskanzlerin Angela Merkel, dass „das Ergebnis wieder rückgängig gemacht werden“ müsse. Diese Kontroverse lässt sich im politikwissenschaftlichen Feld von Input- und Output-Legitimation in Entscheidungsprozessen verorten. Das Panel möchte allerdings auch Raum bieten, Aspekte jenseits politischer Wahlentscheidungen zu beleuchten.

Die Corona-Pandemie hat eindrücklich gezeigt, dass politische Entscheidungen trotz verschiedenster Unverfügbarkeiten, Unsicherheiten und trotz eines hohen Maßes an Nichtwissen getroffen werden müssen. Die Rolle wissenschaftlichen Expertenwissens, die Transparenz hochgradig zeitsensitiver Entscheidungen sowie deren Vermittlung in der (medialen) Öffentlichkeit rückten schlagartig in den Mittelpunkt der politischen und gesellschaftlichen Diskussion. Nicht nur in diesem Zusammenhang wurden (rechts-)populistische Stimmen und der Vorwurf, dass politische Entscheidungsträger*innen nicht mehr den „Willen des Volkes” vertreten würden, laut und formierten sich gegen politische und wissenschaftliche Eliten.

Der Einbruch des Virus in die politische Entscheidungsfindung hat die Bedeutung nicht-menschlicher Akteure abermals unterstrichen. Die von der Pandemie aufgeworfenen Probleme schließen damit auch an Diskussionen um die Herausforderungen des Anthropozäns an. Es gilt zu diskutieren vor welchen Zeithorizonten demokratische Entscheidungen, z.B. mit Blick auf den Klimawandel, getroffen werden können und sollen.

Das Nachwuchspanel soll Studierenden die Möglichkeit bieten, demokratische Entscheidungsfindungsprozesse aus verschiedenen Blickwinkeln zu diskutieren. Neben empirischen und theoretischen Bestandsaufnahmen sollen Debatten eröffnet werden, die sich mit Kontinuität(en) und dem Wandel demokratischer Entscheidungen auseinandersetzen.

Beiträge / Contributions:

Eine Frage des Angebots oder der sozio-demografischen Hindernisse? Makrodeterminanten ungültiger Stimmen bei deutschen Kommunalwahlen

Jule Kegel (Leibniz Universität Hannover)

Abstract:

Ungültige Stimmen stellen ein komplexes, aber immer noch relativ unerforschtes Phänomen im Rahmen demokratischer Wahlen dar. Insbesondere fokussiert sich der Großteil bisheriger Studien auf die nationale Ebene, während Wahlen auf subnationaler Ebene meist außer Acht gelassen werden. Dabei eignen sich Kommunalwahlen in besonderer Weise für weitere Forschung. So gibt es nicht nur signifikante Variation im Anteil ungültiger Stimmen zwischen den Kommunen innerhalb eines Bundeslands; es können auch eine Vielzahl an institutionellen Faktoren ebenso wie die nationale politische Stimmungslage konstant gehalten und die Ergebnisse gleichzeitig stattfindender Wahlen verglichen werden.

Dieses Papier nähert sich der Frage nach den Makrodeterminanten ungültiger Stimmen durch die Analyse eines neuen Datensatzes zu den Wahlergebnissen der Kommunalwahlen in Nordrhein-

Westfalen im Jahr 2020. Vorwiegend überprüft die Analyse, inwiefern das jeweilige „parteipolitische Angebot“, lokale Machtverhältnisse, Unterschiede zwischen den zur Wahl stehenden Ämtern (Stadtrats- und Kreistagsmitglieder, Bürgermeister*innen, und Landrät*innen) und sozio-demografische Variablen, wie z. B. die Altersstruktur der Wahlbevölkerung, die Variation im Anteil ungültiger Stimmen erklären können.

Die Ergebnisse tragen zur vergleichenden Forschung zu Kommunalwahlen bei und können gleichzeitig den wachsenden Forschungsstand zu ungültigen Stimmen auf allen politischen Ebenen erweitern. Da bei einem zu hohen Anteil ungültiger Stimmen das gesellschaftliche Vertrauen in das Wahlergebnis vermindert werden kann, liefert diese Forschung zudem wichtige Anhaltspunkte für Debatten zur Legitimität und Qualität demokratischer Entscheidungen.

Scientific evidence in policy narratives: The case of the pandemic shutdown of New York City’s public-school system

Nikolina Klatt (FernUniversität Hagen)

Abstract:

Stories and narratives played an essential role in the fast-paced policymaking that occurred due to the COVID-19 pandemic, which brought numerous disruptions of normality, including drastic ones like school closures. In March 2020, New York City became the epicenter of the pandemic and witnessed its public-school system’s shutdown affecting over 1.1 million students. With great efforts regarding safety regulations, schools were re-opened in September, only to be shut down again shortly after in November. All these changes came along with narratives by policy actors against and in favor of school closures. These narratives were based on (competing) scientific evidence on both sides, likewise arguing with the safety of students, teachers, parents, and the overall population.

In this paper, based on my BA thesis, the Narrative Policy Framework (Shanahan et al. 2017) will be applied to analyze how scientific evidence was used in these (competing) narratives and how they influenced the policy process. Social media and media coverage, including press conferences and briefings like those by Governor Andrew Cuomo, which even received an Emmy Award, played a crucial role in amplifying the stories and standpoints. Data are generated through content analysis of press briefings and conferences, media interviews, opinion pieces, and tweets from March to November 2020, including statements of important policy actors such as the governor, the mayor, the education department, teachers’ unions, and parents’ organizations. The findings demonstrate how policies, even those touching the fundaments of democracies, such as the right to education, are influenced by narratives.

MiE20 | Parlamente in der Krise

Organisiert von / Organized by: Prof. Dr. Vera Tröger (Universität Hamburg), Prof. Dr. Philip Manow (Universität Bremen)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Themengruppe „Vergleichende Parlamentarismusforschung“

Chair: Prof. Dr. Vera Tröger (Universität Hamburg),

Discussant: Prof. Dr. Philip Manow (Universität Bremen)

Abstract:

Wie funktionieren Parlamente, von denen es auch schon vorher hieß, sie befänden sich in der Krise, während der Pandemie? Wirkt die Corona-Krise, wie oft diagnostiziert, als Verstärker bereits vorhandener krisenhafte Entwicklungen? Beobachten wir eine weitere Verlagerung von Entscheidungen an die Exekutive oder an zwischenexekutive Gremien? Ausgehend von diesen und ähnlichen Fragestellungen diskutiert das Panel, wie der Diskurs über die ‚Krise des Parlamentarismus‘ überhaupt konzeptionell zu fassen und empirisch zu untersuchen wäre. Das Panel ist offen für Papiere, die sich mit Krisensymptomen des Parlamentarismus aus konzeptioneller und empirischer Perspektive beschäftigen. Willkommen sind quantitative und qualitative empirische Beiträge sowie international vergleichende oder theoriegeleitete Fallstudien.

Beiträge / Contributions:

The electoral consequences of policy-making in coalition governments

Prof. Dr. Heike Klüver (Humboldt-Universität zu Berlin), Anthea Alberto (Humboldt-Universität zu Berlin), Fabio Ellger (Humboldt-Universität zu Berlin)

Abstract:

Does policy-making in coalition governments affect subsequent electoral performance? Before coalition governments take over executive offices, they typically engage in intensive coalition negotiations and publish a comprehensive coalition agreement in which they provide a detailed account of the policy reforms they plan to enact in government. However, previous research shows that only about two thirds of all the policy reforms promised in coalition agreements were actually enacted. How does non-compliance with the pledges made in coalition contracts affect subsequent electoral support? Drawing on the literature on performance voting, we argue that non-compliance is punished by voters, but that the effect is conditioned by the importance of the issue for voters and by the role of the party within the coalition (senior vs. junior coalition partner). To test our argument, we have compiled a new comparative dataset on the enactment of more than 12’000 policy pledges by 102 coalition governments in 24 Western and Eastern European countries from 2000 to 2015 and match this data with public opinion polls and election results. Our results have major implications for our understanding of political representation, coalition governance and electoral competition in multiparty democracies.

How crises shape the way the legislative-executive relations are gendered

Corinna Kröber (Universität Greifswald), Sarah C. Dingler (Universität Innsbruck)

Abstract:

This contribution provides a theoretical framework that allows to study how different types of crises shape the role of gender in legislative-executive relations. The interplay between parliament and government stands at the heart of democracies. Legislatures expect executives to provide directions for policy-making in a responsive manner, while governments count on parliaments to support their legislative initiatives and ensure broad legitimacy of political outputs. In ordinary times, women are often perceived to be less capable and competent political actors in both institutions because preferences for leadership styles that align with stereotypically masculine traits. Crises, however,

profoundly alter legislative-executive interactions. During external shocks like financial breakdowns or pandemics, MPs call for fast solutions to the challenges. To fulfil this demand, heads of government and ministers need to display an agentic way of solving problems, which corresponds to stereotypically masculine leadership styles. Hence, this type of crisis reinforces MPs believes about male leaders' possession of necessary governing skills and their stronger capability to lead compared to female ministers or heads of government. In case of internal shocks, like political scandals or sudden decreases in the political system's legitimacy, MPs request more transparency, inclusiveness and compromise-orientation from governments. As these requirements align with a stereotypically feminine leadership style, women are perceived as qualified to handle the situation. In a similar vein, crises also lead to different expectations from governments concerning the behaviour of MPs. The nature of the crisis determines whether it reaffirms or transforms the gendered demands in the interaction between parliaments and governments. Our framework provides new insights concerning the role of gender in the field of legislative-executive studies, but also for the literature engaging with representation and women's chances to be selected to top executive positions.

Parliaments in pandemics: The range of responses to coronavirus across the world

Dr. Elena Semenova (Friedrich-Schiller-Universität Jena)

Abstract:

In the paper, I analyze the range of responses implemented by the parliaments to the COVID-19 pandemics across the world. Specifically, I study whether the parliaments had changed the way of their work under the pandemic's conditions, including holding virtual meetings and sessions, implementing the emergency health measures recommended by the World Health Organization, and adopting emergency legislation related to the pandemics. The quantitative analysis employs the overview of parliamentary actions during the first wave of coronavirus (February-July 2020) collected by the Inter-Parliamentary Union. In conclusion, I will discuss the implications of the pandemics for the "crisis of parliaments" and the limitations and benefits of such cross-national comparative studies for legislative research.

MiE21 | Political Conflicts in Times of Uncertainty and Change (II)

Organisiert von / Organized by: Dr. Kathrin Ackermann (Universität Heidelberg), Prof. Dr. Sigrid Roßteutscher (Goethe-Universität Frankfurt am Main)

Chair: Dr. Kathrin Ackermann (Universität Heidelberg)

Discussant: Prof. Dr. Sigrid Roßteutscher (Goethe-Universität Frankfurt am Main)

Abstract:

The social structure of European societies is undergone profound changes in recent years. Educational expansion, mass immigration, decline of the industrial sector, internal migration to cities, changing gender roles, and overageing are just some of the major dynamics. These transformations are not without consequence: they lead to new inequalities and uncertainty for particular societal groups. The COVID-19 pandemic uncovers these developments very clearly. And not surprisingly, this social change leads to political change. Political conflicts experience a transformation and restructuring. New ideological conflicts arise; existing and new parties situate themselves along these new lines of political conflict. Overall, we can expect that the outlined social transformations change patterns of participation, voting behavior, representation and party competition. Hence, this panel seeks to investigate the changing political conflicts in European societies from different angles. Papers might address for instance the following questions: What kind of reactions do social transformations induce among the political behavior of both, citizens or elites? How does the changing social structure affect political representation? How do different social groups perceive representation in politics and responsiveness? Do processes of societal transformation relate to democratic attitudes? How does social change relate to different forms of political engagement? Under what circumstances do disadvantaged groups in society opt for “voice” and when do they chose to “exit” the political arena? How do political parties react to recent social changes? Beyond these questions, we welcome contributions that explore the changing political conflicts in European societies.

Beiträge / Contributions:

Cleavage Theory Meets Bourdieu: Studying Social Identities along the Open/Closed-Divide

Delia Zollinger (Universität Zürich), Linus Westheuser (Scuola Normale Superiore)

Abstract:

In the wake of 2016’s ‘Trump/Brexit moment’, political scientists and sociologists have (re)converged on questions related to the social logic of politics. One core question of current political sociology asks whether and how social identities are aligning along an emerging open/closed divide. In other words: to what extent are political divides along educational, geographical, or class lines reflected in everyday schemes of identification and categorization? Research in the tradition of cleavage theory has long diagnosed transformations of political conflict structures as an electoral realignment along a ‘second dimension’ of politics, but has only recently started to study in depth the identities potentially emerging as part of this process. Meanwhile the Bourdieusian sociology of class, culture, and identity always studied boundary making and group formation, but has lately paid more attention to these processes’ political implications. Inspired by this overdue rapprochement, we present a synthetic theoretical framework for researching social identities along the open/closed divide. We suggest that cleavage identity formation can be broken down into three processes: social closure, through which the sociability of groups is delimited; classification struggles in elite and lay discourses, in which actors seek to impose as legitimate certain schemes of belonging and exclusion; and the potential ‘freezing’ of identities stabilized by consistently antagonistic patterns of political mobilization. We show that, to the study of each of these three processes, cleavage research and Bourdieusian sociology bring different theoretical and empirical tools, facilitating a well-founded debate about whether the open/closed divide is (becoming) consolidated by collective identities.

Female Political Empowerment and Unconventional Political Participation: a Time-Series Cross-Sectional Analysis

Cyrill Otteni (TU Dresden)

Abstract:

Research on political participation has recently strongly focused on gender differences. Although most research argues that the gender gap closes over time, a systematic longitudinal analysis to explain this convergence is lacking. This study seeks to fill this gap by investigating the gender gap across time. Drawing on vast empirical evidence, it argues that differences in unconventional political participation between men and women diminish with increasing female political empowerment, which is conceptualized as a process of increasing equality in human rights (freedom of choice), female participation in civil society (agency), as well as descriptive representation (engagement).

To investigate the extent to which (changes in) female political empowerment mitigate the gender gap in political participation, this study uses an innovative methodological approach. The Integrated Value Studies dataset, which combines World Value Survey (WVS) and European Values Study (EVS) data, is merged with data on female political empowerment from Varieties of Democracy (V-Dem). This allows for the analysis of a period of nearly forty years (1981 to 2020) across more than 100 countries. By applying multilevel modelling and time-series cross-sectional models (TSCS), empirical results show that female political empowerment indeed moderates inequalities in political participation.

Overall, the study contributes to research on the gender gap of political participation in three ways: Empirically, it provides a large-N and longitudinal perspective. Theoretically, it highlights the importance of female political empowerment. Methodologically, it allows to compare the strength of several individual and contextual factors.

Same Same But Differen - Gender Norms and Political Participation

Melanie Dietz (Goethe Universität Frankfurt am main)

Abstract:

For a long time the predominant research on political participation assumed that gender gaps would level out in the course of ongoing modernisation processes. Despite significant progress in economic, social and political areas, the distribution of resources and political power between women and men in Western societies remains uneven (Celis and Lovenduski 2018; Schwab et al. 2018). Studies continuously confirm the persistence of gender gaps in civic political participation with women being less interested in politics and less engaged in conventional political activities (e.g. Coffé & Bolzendahl 2010; Fraile & Gomez 2017). A cultural approach stresses, that traditional gender norms and values inhibit gender equality in general and therefore contribute to the stagnation of gender differences in the political sphere. At the country level, a corresponding negative correlation between traditional gender role attitudes and the proportion of women as members of national parliaments has already been demonstrated (Arceneaux 2001; Norris & Inglehart 2001). So far there has been no systematic study of the relationship at the individual level. This paper therefore analyses how individual attitudes towards gender norms regarding female and male employment and gender specific division of work in households developed over the last two decades and what explanatory share they take on to explain the gender differences in political participation. Using data from the German General Social Survey (ALLBUS) from 1991 to 2016, Germany serves as a kind of natural experiment since during the country's division two different political systems were established and different gender cultures were promoted.

The issue basis of citizens' left-right orientations: Differences across cohorts in European countries

Dr. Nils Steiner (Johannes Gutenberg-Universität Mainz)

Abstract:

What do citizens make of 'left' and 'right' when new issues emerge, rendering the issue space increasingly complex? Previous research shows that the issue basis of citizens' left-right identification

can shift over time in response to the politicization of new issues (de Vries et al. 2013, Knutsen 1995, Rekker 2016). I extend this line of research to a comparative setting, studying how associations between citizens' issue positions and their left-right self-identification vary across cohorts in contemporary Europe.

I argue that the issue basis of citizens' left-right positions varies with the salience and politicization of issues during their periods of political socialization. Attitudes on new contested issues, especially immigration but also protection of the environment, should, thus, be more closely associated with left-right positions within younger generations.

The empirical analysis draws on cumulative data from the ESS (round 1-8, 2002-2016) from 30 European countries. Preliminary findings show that caring for the environment and especially immigration attitudes are stronger predictors of left-right positions among (post-)millennials than among older cohorts. In contrast, attitudes towards redistribution are somewhat less relevant within younger cohorts. These general patterns are nuanced by differences across country groups, in line with historical cleavage constellations.

These findings help to understand political rifts within the 'left' and the 'right', particularly between different generations. Moreover, cohort differences in the issue basis of left-right illuminate how issue competition has evolved, and may give indications on what to expect for the future.

MiE22 | Politik und soziale Ungleichheit: Die Covid19-Pandemie als demokratiepolitische Herausforderung

Organisiert von / Organized by: Dr. Gundula Ludwig (Universität Innsbruck), Inga Nüthen (Philipps-Universität Marburg)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Sektion „Politik und Geschlecht“

Chair: Dr. Gundula Ludwig (Universität Innsbruck), Inga Nüthen (Philipps-Universität Marburg)

Abstract:

Politische Entscheidungen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie werden oftmals im Eiltempo getroffen. Viele Entscheidungen werden als alternativlos kommuniziert, indem der biopolitische Charakter der Krise hinter rational-technischem Gewand der Maßnahmen zum Verschwinden gebracht wird. Für die Politikwissenschaft stellen sich vor diesem Hintergrund drei zentrale Aufgaben: Erstens müssen die gesellschaftlichen Strukturen untersucht werden, die politischen Entscheidungen zugrunde liegen und die dafür verantwortlich sind, dass aus einer Pandemie eine umfassende gesellschaftliche Krise mit einer Zunahme an gesellschaftlichen Ungleichheiten, Gewalt und Ausschlüssen werden konnte. Zweitens gilt es zu analysieren, wie sich in der ‚Corona-Krise‘ nicht nur gesellschaftliche Ungleichheiten verstärken, sondern wie politische Entscheidungen geschlechtliche, heteronormative, kapitalistische, rassistische, neokoloniale Ungleichheits- und Machtverhältnisse aktiv als Element staatlicher Krisenbewältigungsstrategien einsetzen. Drittens braucht es politikwissenschaftliche Antworten auf die Frage, wie Politik gestaltet sein muss, damit sie auf Verunsicherung nicht mit autokratischen Versprechen reagiert, sondern demokratische Bearbeitungsmodi findet, indem Unsicherheit, Verletzbarkeit und Prekarität zum Ausgang von Politik genommen werden.

U.a. folgende Fragen werden in dem Panel diskutiert: Wie verbinden sich in Corona-Zeiten soziale Ungleichheiten mit politischen Entscheidungen? Welche Normvorstellungen liegen politischen Entscheidungen zugrunde und wie werden diese durch Geschlecht, Heteronormativität, Eurozentrismus und ability-Zentriertheit strukturiert? Wie prägen Rassismus und Nationalismus Gesundheit und Sicherheit und wie zeigen sich hier postkoloniale Kontinuitäten? Welches Wissen gilt dem biopolitischen Staat in Corona-Zeiten als Expert*innen-Wissen? Wie wird auch vermeintlich rational-technokratische Politik auf affektiver Basis gemacht? Wie verknüpfen sich rational-technokratische Politiken in der Corona-Krise mit der Krise der Demokratie und dem Aufstieg des Autokratismus? Inwiefern verweist die gegenwärtige Sorge-Krise auf die Aporien des maskulinistischen, eurozentrischen Souveränitätsphantasma, das liberalen Staaten zugrunde liegt?

Beiträge / Contributions:

Corona, postkolonialer Feminismus und Kämpfe gegen Necropolitics in Indien. Bewegungen für Ernährungssouveränität als Herausforderung der Hierarchisierung von "Leben"

Dr. Christine Löw (Goethe Universität Frankfurt/Main)

Abstract:

Mangelernährung, Hunger und Einkommensausfälle durch die Pandemie-Maßnahmen der indischen Regierung betreffen vor allem arme Frauen*, die durch intersektionale Geschlechter-, Klassen- und Kastenverhältnisse benachteiligt sind (Rao 2020). Kleinbäuer*innen bleibt oftmals nur Arbeiten im Rahmen des staatlichen Beschäftigungsprogramms MNREGA, jedoch ohne social distancing. Ausgehend von diesen Entwicklungen zeige ich aus einer postkolonial-feministischen Betrachtung, dass sich die necropolitische Orientierung (Mbembe 2003, 2019) des indischen Staates in der Coronapandemie verschärft hat: dem Leben ländlicher Frauen* wird trotz formal gleicher Staatsbürger*innenrechte weniger Wert beigemessen. Aktuell ist ihr Sterberisiko erhöht, weil sie sich entscheiden müssen zwischen körperlichen Tätigkeiten ohne Distanz und Verhungern. Zugleich untersuche ich, wie sich indigene und Dalit-Frauen in sozial-ökologischen Netzwerken gegen diese Hierarchisierungen von ‚Leben‘ zur Wehr zu setzen (Food Sovereignty Alliance 2020). Abschließend wird mein Beitrag die bereits

vor der COVID 19-Pandemie sich verschärfenden sozialen Ungleichheiten in der „Republik des Hungers“ (Pratnaik 2004) nachzeichnen und analysieren, wie jüngst neue landwirtschaftliche Verordnungen v.a. weibliche Nahrungsproduzentinnen noch stärker einem frühen Tod und dem Verdikt eines verzichtbaren Körpers unterstellen.

Corona und Care: Geschlechterkritische Perspektiven auf die öffentliche Bearbeitung der COVID-19-Krise in Österreich

Dr. Ayse Dursun (Universität Wien), Verena Kettner (Universität Wien), Prof. Dr. BirgitSauer (Universität Wien)

Abstract:

Das Paper beschäftigt sich mit der Ausblendung der lebenserhaltenden Sorgetätigkeiten aus dem öffentlichen Diskurs als Schlüsselstrategie der österreichischen Bundesregierung zur Bewältigung der gegenwärtigen 'Corona-Krise'. Wir argumentieren, dass diese durch einen hybriden Modus rational-affektiver Männlichkeit erreicht wird und analysieren in ausgewählten Pressekonferenzen der Bundesregierung, wie diese zusammen mit wichtigen Sozialpartnern durch das Betonen von Risiken, Herausforderungen und der Notwendigkeit der Wirtschaftsrettung eine rationale Maskulinität performt. Diese rationale Männlichkeit wird allerdings begleitet und ergänzt durch eine affektive, emotionale Männlichkeit, die "Solidarität" und Fürsorge im Sinne von (Selbst-)Verantwortung unterstreicht ("Schau auf dich, schau auf mich"). Mimik, Gesten und häufige Ausdrücke wie "Team Austria", das empathische Erwähnen von "gefährdeten Gruppen und älteren Menschen" und eine übertrieben zur Schau gestellte Dankbarkeit gegenüber den "lieben Österreichern" für ihre Zusammenarbeit und ihren Beitrag lassen die rationale, auf die Wirtschaft fokussierte Bearbeitung der Krise nahbarer wirken und fördern die Akzeptanz der individualisierenden Corona-Maßnahmen in der Bevölkerung. Die tatsächlich lebenserhaltenden Care- und Reproduktionstätigkeiten sowie die Menschen, die sie ausführen - vornehmlich Frauen* und Migrant*innen - bleiben dabei im Unsichtbaren, während die Regierung sich als "carer of the nation" inszeniert.

BLM und die Krise der Solidarität

Matti Traussneck (Philipps-Universität Marburg)

Abstract:

Aktuelle Konstellationen von Krise und Solidarität entfalten sich beispielhaft in Diskursen um die Corona-Pandemie einerseits und um die BLM-Bewegungen andererseits. Als Reaktion auf die Pandemie zeichnete sich früh ein neoliberales Verinnerlichungsregime ab, was den umfassenden Rückzug ins Private unter dem Schlagwort ‚Solidarität’ als Hauptlösungsstrategie der Krise einforderte. Während für die einen das Zuhause aber nicht sicher ist aufgrund von Partner(*innen)gewalt, haben andere gar kein Zuhause, sondern leben in der verstetigten Krise schlechthin: dem Flüchtlingslager. Die BLM-Proteste im Sommer 2020 intervenierten radikal in Corona-Solidaritäts- und Krisendiskurse. Dennoch bleibt das Lager ein Nicht-Ort, dessen Ausschluss sich mit den Konzepten der Kolonialität (Quijano/Lugones) und der Subalternität (Spivak) genähert werden soll.

Brasilien und die Corona-Krise: Einblicke in Autoritarismus und soziale Ungleichheiten

Dr. Nicolas Wasser (Pagu Nucleus for Gender Studies, State University of Campinas (Unicamp), Brazil)

Abstract:

In Brasilien sind Autoritarismus und Gewalt historisch eng mit der Konstitution des modernen Staats verbunden. Als neuere, einschneidende demokratiepolitische Herausforderungen müßen aber sowohl die Regierung des ultrarechten Jair Bolsonaro seit 2019 und seine Verwicklung mit (para)militärischen Organisationen als auch der Umgang dieser Regierung mit der Corona-Krise 2020 bewertet werden. In dem vorliegenden Beitrag soll es darum gehen, anhand von Beispielen politischer Handlungen 2020 auf ein gezieltes Eskalationsszenario hinzuweisen, das nicht nur eine schwere Gesundheitskrise zur Folge

hat, sondern auch eine Verschärfung autoritären und gewaltsamen Umgangs mit den strukturell verwundbarsten Gesellschaftsgruppen.

MiE23 | Populism and Democracy

Organisiert von / Organized by: Dr. Anna-Sophie Heinze (Universität Trier), Prof. Dr. Uwe Jun (Universität Trier)

Chair: Dr. Anna-Sophie Heinze (Universität Trier)

Discussant: Prof. Dr. Uwe Jun (Universität Trier)

Abstract:

Over the past decades, established parties in western democracies have lost trust, members and voters. Since the turn of the twenty-first century, the electoral success of populist parties has further challenged their position of power. Populist parties present themselves as the "true democrats" who represent the interests of "the people". As a result, they appear – at least on paper – not only with specific policy demands, but with new forms of political organisation and mobilisation, such as a strong movement character, increased grassroots involvement, and new forms of online mobilisation. In order to understand how established parties are organisationally adapting to changing party competition, this panel focuses on:

1) Populist Parties: How are populist parties organised in practice and how do they make decisions? To what extent is power broadly distributed within these parties or centralised in the hands of a small circle of party elites? What instruments do populist actors use to mobilise in the electoral arena – online and offline?
2) Established Parties: To what extent have established parties adapted their political organisation and mobilisation in the light of rising challenger parties? Can similar patterns be observed across different party families? How successful are new, especially digital, instruments for attracting members and voters?
3) Party Democracy: How does the organisational change of individual parties influence party democracies? Is the movement character of some parties an integral part of changing participation behaviour?

Beiträge / Contributions:

Latent radical right demand and the electoral success of the populist radical right AfD in Germany

Dr. Julia Schulte-Cloos (LMU Munich)

Abstract:

The belated success of the populist right in Germany has sparked great scholarly interest in the electoral appeal of the new party actor and the nature, profile, distinctiveness and diversity of its electoral constituency. I argue that the success of the populist radical right in Germany, at its core, reflects the mobilization of deep-seated racist and nativist sentiments, which had been prevalent among parts of the German electorate even prior to the different economic, political and cultural crises that the country has experienced over the last decade. Drawing on a novel and rich panel dataset of German municipalities (N=11000), it documents 1) that local communities with a history of voting for former extreme right actors display significantly greater levels of support for the populist radical right newcomer, 2) that this assosciation has become stronger in the course of the radicalization of the AfD, and 3) that it accounts for ongoing growing electoral appeal in Eastern parts of Germany, but not in Western regions. The findings of this study have important implications for understanding political space and the future of the radical right in Germany.

Online-platforms as an enabler for radical-right populist electoral success: The German Republikaner and the German Alternative for Germany in comparison.

Franziska Brandmann (University of Oxford)

Abstract:

Ever since the 1980s had shown a striking rise of radical-right populist electoral successes, scholars have analysed various of these success-stories in order to find common denominators and present them as explanatory variables. This paper aspires to approach the topic of radical-right populist electoral success by taking a different route: It compares two German radical-right populist parties which can be regarded strikingly alike with regards to numerous important variables, but could not have faced electoral trajectories standing in starker contrast; while the Republikaner failed to enter the German Bundestag in 1994 and quickly vanished into political irrelevance, the Alternative for Germany entered all German state-parliaments and currently presents the biggest parliamentary group in the German Bundestag's opposition.

Comparing both parties and tracing their respective electoral failure or success allows for the realization that the emergence of online-platforms has played a crucial role for the success of the Alternative for Germany. Its online-presence enabled the party to undermine political ostracism by changing the Alternative for Germany's party-frontstage whenever a change in political context made it necessary. While the Republikaner had to realize that Germany still presented a hostile environment for radical-right populist parties in the 1990s, online-platforms allowed the Alternative for Germany to shield itself from the reputational damage normally experienced by far-right parties in Germany as a result of political ostracism. This finding should be taken into account by established parties on their quest to challenge radical-right populist parties in the present and future.

The Populist Zeitgeist and Parliamentary Discourse

Marius Sältzer (Universität Mannheim), Prof. Dr. Jochen Müller(HU Berlin), Dr. ChristianSteckerTU Darmstadt), Prof. Dr. Andreas Blätte (Universität Duisbug)

Abstract:

The recent emergence of right-wing populists proved to be a tremendous challenge for political systems across Western Europe. This should also apply to legislative institutions. Growing polarization between parliamentary party groups and ignorance towards representative democracy are likely to be accompanied by a more aggressive tone, also among established parties. Furthermore, challenger parties should moderate once they enter parliament, as they are included not only in public speech, but also legislative processes and parliamentary committees.

There is little systematic research on how right-wing populists have affected debates, processes, and norms within legislatures. This contribution presents a new corpus of more than 900,000 speeches held in 16 German state parliaments over 30 years that allows comparative analysis inside the same political system. We measure the incivility of political discourse using dictionary-based sentiment analysis, measuring the changes in tone over time. To capture populism, we develop and validate a dictionary for populist speech using word embeddings.

We find that right-wing populists approach parliamentary discourse as expected. They communicate more populist and negative – which, however, does not affect other parties' behaviour significantly. Instead, we observe a generally positive trend in sentiment. Interestingly, tone seems to be mainly determined by the opposition-government cleavage.

The youth organisations of populist radical right parties: Shedding light on the "Junge Alternative" in Germany

Luise Anter (Technische Universität Dresden), Dr.Anna-Sophie Heinze (Universität Trier)

Abstract:

Youth organisations have an important recruitment function for political parties (Hooghe et al. 2004). This is also true for the populist radical right (PRR): Many of them have built well-developed youth sections, often creating future party leaders and establishing the bases for transnational co-operation (Caiani/Kröll 2014). Despite their importance, youth wings are largely unexplored – as is the entire PRR party organisation (Heinisch/Mazzoleni 2016). To tackle this research gap, this article explores the

crucial case of the Junge Alternative (JA; Young Alternative) – a youth organisation that many MPs of the Alternative für Deutschland (AfD; Alternative for Germany) went through. We aim to gain an in-depth understanding of the JA organisation. Which formal and informal rules has it adopted? What are the (financial) relationships between JA and AfD? What ideas of democracy do JA leaders hold? Methodologically, we apply a multi-method-design, consisting of (1) semi-structured interviews with leading JA members and (2) a quantitative online survey among JA members (all collected within the "Making Tomorrow's Leaders" project). We supplement this data with official organisational statutes, the JA's online communication and media articles about it. The contribution of the study will be twofold: Theoretically, it will link the literature on party organisation, youth organisation and PRR parties. Empirically, it will be the first to open the black box of the German case. It will show how power is distributed within JA and how its members are involved in intra-organisational decision-making. Overall, it will add to a better understanding of the PRR's democracy conception.

MiE24 | Redistributive Politics and the question of Social Europe in the EU in years of turmoil

Organisiert von / Organized by: Ann-Kathrin Reinl (Ludwig-Maximilians-Universität München), Dr. Stefan Wallaschek (Europa-Universität Flensburg)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Sektion „Politische Soziologie“

Chair: Dr. Stefan Wallaschek (Europa-Universität Flensburg), Ann-Kathrin Reinl (Ludwig-Maximilians-Universität München)

Discussant: Ann-Kathrin Reinl (Ludwig-Maximilians-Universität München), Dr. Stefan Wallaschek (Europa-Universität Flensburg)

Abstract:

While the impact of the Euro crisis is still observable – in particular in the former crisis countries – the COVID-19 pandemic has created even more social upheaval about the question how the European Union (EU) and its member states should ‘do politics’ in the (post-)crisis era. While many EU member states (still) face massive social inequalities, economic recession and financial turbulences with regard to the banking sector, a stronger support for redistributive politics from the people, an increasing political interest in the Europeanisation of social policies and better supranational coordination in the EU still seem to be missing. How can this ‘political stagnation’ be explained? Brought the austerity paradigm and the Euro crisis the death to the idea of ‘Social Europe’ as scholars recently coined or do we rather see a revival of this crucial idea promoting European solidarity as a ‘social pillar’ in the EU? Moreover, we are interested in revealing factors that might explain the rise and fall of ‘Social Europe’. Who are important actors when it comes to the Europeanisation of social policies and how does the institutional multi-level system of the EU enable or constrain common policies? Is the idea of a ‘Social Europe’ yet another elitist project or do citizens in Europe back the idea of a more solidary union?

The panel will shed fresh light on redistributive politics in the EU after and in times of crises and aims at identifying current challenges in the Europeanisation of social policies, investigating national and European actor constellations that hinder or promote redistributive politics in the EU and reflecting about the theoretical and normative implications of the ‘Social Europe’ paradigm. Four main questions shall guide the panel and potential presentations in the panel:

- How do individuals perceive and evaluate redistributive policies in the EU?
- How do political and societal actors, like parties, civil organizations or the media, frame a Europeanization of social policies?
- What are the institutional and ideational foundations of social policies in the EU and in particular of the idea of ‘Social Europe’?
- Did the recent economic turbulences as well as the COVID-19 pandemic substantially affect the idea of ‘Social Europe’ or did the EU return back to normal after the flattening of the Euro crisis?

Beiträge / Contributions:

Public Opinion and Long-Term Investment – Under What Conditions Do Citizens Support Future-oriented (Welfare) Reforms?

Prof. Dr. Julian Garritzmann (Goethe Universität Frankfurt), Prof. Dr. Silja Häusermann (Universität Zürich), Michael Pinggera (Universität Zürich)

Abstract:

Welfare states in Europe and around the globe are challenged by the transition for industrial to post-industrial knowledge economies. Important reforms are thus necessary to readjust today’s welfare states. Yet, these reforms are usually costly and their outcomes often remain uncertain and likely to materialize only in the distant future. Consequently, policy-makers have struggled to enact such reforms, especially because public opinion often is a latent veto point for transformative policy change

(Pierson 1996). Thus, observers are questioning the reform capacity of mature welfare states particularly regarding long-term investments.

This paper aims at better understanding the conditions under which welfare states (and public policy more generally) can be reformed and long-term investments are possible. Focusing on public opinion, we analyze under what conditions citizens are willing to accept future-oriented reforms. We identify a range of potential conditions: on the one hand, these refer to the reform proposal itself (its policy field, distributive reform effect, time horizon, and costs). On the other hand, we focus on a range of individual-level factors (self-interest, ideological predispositions).

We argue that a crucial, and overlooked, factor is respondents' positions on the second ideological dimension (social value dimension). We argue that citizens leaning towards an universalist-pole are much more in favor of future-oriented reforms than citizens with opposite values.

Empirically, we introduce genuine public opinion data from two representative surveys in nine countries. We designed several survey experiments to explore under what conditions citizens accept long-term investments and future-oriented welfare reforms.

Reassessing the "Democratic Constraint" of the Eurozone - Strategic Interdependence and Preferences for Integration and Disintegration

Prof. Dr. Lucio Baccaro (Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung), Dr. Björn Bremer (Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung), Dr. ErikNeimanns (Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung)

Abstract:

The COVID-19 pandemic presents both an opportunity for deepening fiscal integration in the eurozone and a threat of disintegration. Previous research suggests that a "democratic constraint" blocks progress towards fiscal risk sharing in Europe: voters in creditor countries fiercely oppose debt sharing, while voters in debtor countries strongly support remaining in the euro, which limits their governments' bargaining power. Based on a novel survey experiment in Germany and Italy, conducted at a crucial moment during the pandemic, we argue that the democratic constraint is less binding than previously assumed. Italian voters become more favorable to exiting from the euro if they are informed that the price of remaining is austerity. Faced with the possibility of Italexit, German voters, in turn, become more willing to accept debt mutualization. Our results suggest that voters' preferences for fiscal integration depend on elite framing of the strategic interdependence of countries and the associated trade-offs.

Responding to shifting boundaries – Actor positions and constellations in the contestation of EU redistributive policies

Prof. Dr. Arndt Wonka (Universität Bremen), Dr. Stefan Thierse(Universität Bremen)

Abstract:

European integration entails a redrawing and redefinition of functional and territorial boundaries. The transgression of boundaries amounts to a weakening of Member States' capacity to restrict the allocation of authoritative values and resources that define the 20th century welfare state. It has been argued that the most competitive firms and well-educated citizens benefit disproportionately from this double-asymmetry of market integration, generating increasing dissatisfaction and conflict among less competitive, well-endowed and mobile actors. This paper complements research on this aspect of European integration by analyzing how political parties and interest groups representing different constituencies react to the consequences of 'boundary shifting' resulting from European integration. We first set out to conceptualize and theorize factors that are likely to affect how different types of political organizations assess the potentially redistributive effects of EU policies and the political positions and demands they are expected to voice. Theoretically the paper builds on institutionalist theories from political science and political economy as well as actor-centered theories on party and interest group politics. Empirically we employ case studies of EU policies with potentially redistributive effects to probe the plausibility of our conceptual and theoretical framework in the German political

system. We devote particular attention to the strategies that political organizations adopt to challenge EU policy. We aim at an actor- and policy-centered contribution to research on political conflict resulting from European integration that, instead of assuming structurally determined policy positions, puts the development, articulation and contestation of these positions center-stage.

Welfare intermediaries as game changers? Deconstructing power asymmetries between intra-EU migrant claimants and local social administrators in Germany and Austria

Dr. Anita Heindlmaier (Universität Salzburg), Dr.Nora Ratzmann (Deutsches Zentrum für Migrations- und Integrationsforschung)

Abstract:

Under EU law, EU citizens constitute a particular group of migrants compared to third-country nationals, as they can move to, and reside mostly without restrictions in another EU country, work there without a work permit or visa, and enjoy equal treatment with nationals in accessing employment and associated social advantages. However, settlement of EU citizens in another member state does not happen without hurdles.

Through a careful in-depth study of access to transnational welfare rights in practice, we analyse the local experience of EU "social citizenship" and its stumbling blocks, in particular the power asymmetries impacting interactions between intra-EU migrant claimants and street-level bureaucrats in Austrian and German social administrations. Based on an extensive data set of approx. 150 qualitative interviews, this contribution first unpacks the different types of asymmetries relating to knowledge of the German language, tacit cultural cues, procedures and formal social entitlements. We then analyse how such knowledge gaps may open space for brokerage, to bridge lacking language skills and to clarify misunderstandings about legal entitlements and obligations embedded into the claiming system, as not all intra-EU migrant claimants are equipped to meet these demands. After a discussion of the role of brokers, our contribution finally offers a typology of intermediaries and their characteristics, as not all types can be regarded to be equally effective in reshaping power asymmetries. Overall, this contribution offers insights into how welfare intermediaries, as more or less institutionalised opportunity structures, can shift policy outcomes in unexpected ways, enabling access to social assistance-type benefits and services for otherwise excluded intra-EU migrant citizens.

MiE25 | Regime Complexity in Global Governance

Organisiert von / Organized by: Prof. Dr. Tobias Lenz (Leuphana Universität Lüneburg), Dr. Benjamin Faude (London School of Economics and Political Science)

Chair: Prof. Dr. Tobias Lenz (Leuphana Universität Lüneburg), Dr. Benjamin Faude (London School of Economics and Political Science)

Discussant: Prof. Dr. Fariborz Zelli (Lund University)

Abstract:

In the post-World War Two era, the number of international institutions (IIs) as well as their functional scope has grown tremendously. As a result, the claims to authority among different IIs increasingly overlap. For example, the World Bank and regional development banks all claim to promote development, while the United Nations and the African Union both aim to secure peace and security in Africa. This panel assesses the causes and consequences of the increasingly dense institutional spaces in which international cooperation nowadays unfolds. Addressing a wide variety of empirical realms, the papers assembled in this panel present fresh research on the phenomenon of "regime complexity" as it is currently being conducted in the German IR community and beyond. In so doing, they further develop existing concepts and theoretical arguments and present new data and empirical findings. Eilstrup-Sangiovanni examines the different trajectories of regime complexes in the chemical weapons and nuclear non-proliferation realms to highlight the endogeneity of evolutionary processes in the development of regime complexity. Van De Graaf and Faude develop a new typology of IO institutional lineages to show that the broader institutional ecosystem and historical lineages condition the nature and design of IOs. Lenz and Haftel analyze the consequences of organizational overlap for regional organization's authority drawing on novel data on the organizational complex in Africa. Viola studies the trade-offs between IO legitimacy and effectiveness to propose that as IOs specialize and governance becomes more complex, we are likely to see a division of labour between institutions that effectively coordinate policy and those that provide collective legitimacy.

Beiträge / Contributions:

The Path-dependent Evolution of the Chemical Weapons and Nuclear Non-Proliferation Regime Complexes

Dr. Mette Eilstrup-Sangiovanni (Cambridge University)

Abstract:

A large literature identifies growing proliferation and overlap among international institutions as a defining feature of contemporary global governance. Yet scholars have found significant variation in the basic structure and evolutionary trajectories of different "institutional complexes" – including in the extent to which new institutions are either "nested" within, "layered" on top of, or established in parallel to existing ones. This paper explores how the "institutional architectures" of global governance complexes evolve over time, and how past institutional design choices influence present outcomes through various temporal processes—such as positive reinforcement, institutional layering, and other path-dependent mechanisms—which lead to different emergent properties at the ("system") level of institutional complexes as a whole. Empirically, I examine how international cooperation on nuclear non-proliferation has evolved from being initially centred in a few "focal" institutions that were tightly integrated and hierarchically ordered, to become a sprawling complex of overlapping and competing rule sets. To illustrate this dynamic, I examine how existing institutional frameworks have channeled growing dissatisfaction (partly exogenous to the complex) into specific patterns of contestation, and how a lack of clear authority relations has meant that new institutions have often been allowed to overlap and conflict with existing ones, leading to growing fragmentation. I contrast this evolutionary trajectory with the institutional complex for cooperation on chemical weapons proliferation in which the separate institutions comprising the complex have remained more tightly integrated and hierarchically ordered.

Institutional Lineages and the 'Adaptive DNA' of International Organizations

Dr. Thijs Van de Graaf (Ghent University), Dr. Benjamin Faude (London School of Economics and Political Science)

Abstract:

The dominant approach in the study of international organizations (IOs) assumes that they are rationally designed to achieve common goals, that IOs are easier to maintain than to create, and that the creation of IOs signals a punctuation from a pre-existing institutional status quo. This paper suggests an alternative view of IOs, as living organisms that sit in broader institutional ecosystems, have historical lineages, and evolve in a gradual manner. It is suggested that the morphology of an IO is conditioned by the history and structure of the institutional ecosystem in which an IO is embedded. The paper develops a typology of institutional lineages, consisting of replacement, nesting, merger, separation, emanation, and diffusion. This typology might be useful in thinking about the relationship between the design and density of organizations (does rising density result in converging design, i.e. isomorphism?) and the relationship between internal change in IOs and change in the broader organizational ecology (do regime complexes evince punctuated changes because of gradualism at the level of IOs?).

The African Organizational Complexity and Regional Authority

Dr. Yoram Haftel (Hebrew University of Jerusalem), Prof. Dr. Tobias Lenz (Leuphana Universität Lüneburg

Abstract:

International organizations (IOs) have become key players in international politics, facilitating cooperation in every corner of the world and with respect to almost any issue area. This ubiquity of IOs is reflected in the enormous growth of both their institutional authority and the institutional overlap between them. Even though these two developments have evolved concurrently and there are good reasons to believe that they are related, extant research examines them largely in isolation. This paper examines the relationships between these two phenomena, with a focus on the African regional organizational complex (ROC). It begins with the conceptualization of ROCs, which serve as an important setting for the interaction of many IOs, and regional ones in particular. Relying on the theoretical framework of organizational ecology, we then develop three conjectures with respect to the effect of IO overlap on IO authority, labeled the legitimation, dampening, and polarization effects. Building on novel measures of these two concepts, we assess their variation within and across the African ROC. The empirical analysis provides preliminary support to the legitimization and the polarization effects, but not to the dampening effect.

Legitimacy-Efficiency Trade-Offs in Global Governance: IOs, Institutional Fragmentation, and a New Division of Labor

Prof. Dr. Lora Viola (Freie Universität Berlin)

Abstract:

Studies concerned with institutional legitimacy tend to expect legitimacy and effectiveness to be achieved within one institution; some argue that effectiveness can be a source of legitimacy. Yet, there are known trade-offs to pursuing both together. This paper builds on these insights to argue that as IOs specialize and governance becomes fragmented, we are likely to see a division of labor between institutions that effectively coordinate policy and those that provide collective legitimacy. Given the growth of regime complexes and overlapping institutions of global governance, legitimacy has become more diffuse—not just a property of one IO in isolation. One of the consequences of institutional fragmentation has been the proliferation of specialized IOs nested within multilateral frameworks. This has led to a division of labor between institutions used to effectively coordinate policy and those used to collectively legitimate policy. The paper: 1) outlines the tension between designs that promote effectiveness and those that promote legitimacy; 2) argues that both normative pressures (i.e. to

democratize IOs) and functional pressures (i.e. to address complex governance issues) create incentives for IO designs that are exclusive and rivalrous (i.e. clubs), decreasing returns to using inclusive multilateral fora for policy coordination. Exclusive designs, however, face legitimacy deficits that can be overcome by seeking ratification within more inclusive/democratic IOs. The result is a bifurcation between IOs used to coordinate policy and those used to coordinate collective legitimation; 3) empirically provides a comparative case study in the area of trade.

MiE26 | Rohstoffe und Rente: Die dunkle Seite der Nachhaltigkeit?

Organisiert von / Organized by: Prof. Dr. Hans-Jürgen Burchardt (Universität Kassel), Prof. Dr. Rachid Ouaissa (Philipps-Universität Marburg)

Chair: Prof. Dr. Hans-Jürgen Burchardt (Universität Kassel)

Discussant: Prof. Dr. Rachid Ouaissa (Universität Marburg)

Abstract:

Rohstoffe sind eines der wichtigsten Schmiermittel der Weltwirtschaft und viele Länder des Globalen Südens haben sich auf deren Abbau und Export spezialisiert. Jedoch ist dieser Rohstoffextraktivismus krisenanfällig und führt zu wirtschaftlichen, politischen und sozialen Verwerfungen. Die angestrebte ökologische Transformation sowie nachhaltigkeitssensible Politik im Globalen Norden verschärfen solche Krisen. Diese Transformation hin zu mehr Nachhaltigkeit birgt zwei Herausforderungen: Erstens wird die Nachfrage für „alte“ Rohstoffe aus dem Globalen Norden durch verstärkte Nachhaltigkeit, circular economies oder auch den angestrebten New Green Deal in Zukunft wegbrechen. Dies hat nicht nur auf Weltmarktpreise, sondern ebenso auf Spezialisierungsmuster und auf den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt in rohstoffexportierenden Ländern einen enormen Einfluss. Zweitens machen eben diese Nachhaltigkeitspolitiken das Erschließen „neuer“ Rohstoffe erforderlich, was am Beispiel der Elektromobilität und der gesteigerten Nachfrage nach Lithium deutlich wird. Beide Herausforderungen erzeugen Unsicherheitsbedingungen in Rohstoffländern und die jüngsten Ereignisse beispielsweise in Algerien oder Venezuela zeigen, dass daraus resultierende Krisen Autokratisierungstendenzen provozieren können.

Das Panel will diskutieren, unter welchen Bedingungen globale Nachhaltigkeits- und Rohstoffpolitik Krisenszenarien in Rohstoffländern verschärfen oder aber einen Beitrag zur Überwindung dieser Krisen liefern können. Im Anschluss an verschiedene politikwissenschaftliche Ansätze (z.B. resource curse, Extraktivismus, Neopatrimonialismus, Rente und rent-seeking, Rentierstaat) will das Panel Dynamiken und Interaktionen zwischen Staat, Ökonomie und Gesellschaft in Rohstoffländern offenlegen und Hintergründe, Mechanismen und Auswirkungen der Krisenszenarien in den Fokus nehmen. Es soll analysiert werden, wie Nachhaltigkeit im Globalen Norden mit Krisen und Autokratisierung im Globalen Süden in Verbindung stehen. Das Panel ist sowohl interessiert an theoretisch-konzeptionellen Beiträgen als auch an empirischen Analysen konkreter Fälle.

Beiträge / Contributions:

Just energy transition aus globaler Perspektive

Dr. Kristina Dietz (Universität Kassel), Dr. Louisa Prause (Humboldt Universität)

Abstract:

Der Beitrag diskutiert, inwiefern Maßnahmen zu einer nachhaltigen Verkehrswende in Europa zu neuen sozial-ökologischen Verwerfungen und Konflikten in rohstoffexportierenden Ländern beitragen. Gegenstand der Analyse sind Transformationen zur e-Mobilität auf der einen und Konflikte um die Exktraktion von Rohstoffen für diese Transformation in Afrika und Lateinamerika auf der anderen Seite. Der Fokus liegt auf Konflikten um Kupfer, Lithium und Kobalt in der Andenregion und dem Kongo. Theoretisch erweitert der Beitrag meist im nationalen Rahmen verfasste Konzepte von just transition um eine globale, bzw. transnationale und mehrdimensionale Perspektive.

Ungleiche Spezialisierung durch globale Nachhaltigkeit? Rente und vertiefter Rohstoffextraktivismus im Globalen Süden

Dr. Hannes Warnecke-Berger (Universität Kassel)

Abstract:

Viele Länder des Globalen Südens haben sich schon seit geraumer Zeit auf Rohstoffextraktivismus spezialisiert. Die technologische Entwicklung im Westen brachte ihnen komparative Kostenvorteile beim Export von Rohstoffen, erschwerte jedoch auch von Beginn an die Überwindung dieser ungleichen Spezialisierung und verhinderte in den meisten Fällen die Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur. Die Verlockungen der Rente waren und sind nach wie vor zu groß, als dass sich Entscheidungsträger erfolgreich von ihr abwenden konnten. Diese globale Asymmetrie haben sich trotz sozioökologischer Transformation im Globalen Norden weiter verschärft.

Der Beitrag entwickelt einen heterodoxen neo-ricardianischen Erklärungsansatz und argumentiert, dass vor dem Hintergrund des Klimawandels dieses Muster durch den eingeschlagenen Weg hin zu globaler Nachhaltigkeit weiter verfestigt wird. Green Economy im Globalen Norden perpetuiert ungleiche Spezialisierung im Globalen Süden.

Nachhaltigkeitspolitiken lassen sich grob in zwei Richtungen einteilen: Einerseits soll Nachhaltigkeit durch zukünftigen (freiwilligen) Verzicht – etwa Konsumverzicht im Norden und Verzicht von Abbau von Rohstoffen im Süden – erreicht werden. Zum anderen wird Nachhaltigkeit als Herausforderung gesehen, die durch effizientere technologische Lösungen bewältigt werden kann.

Der Beitrag zeigt, dass beide Lösungen die Dominanz der Rente im Globalen Süden verstärken. Die Verzicht-Lösung beruht auf einer Rationalitätsfalle, da die Ausgleichzahlungen für den Verzicht zukünftigen Abbaus von umweltschädlichen Rohstoffen politisch mobilisiert und deren Verwendung frei von ökonomischen Zwängen ist. Diese Zahlungen ergänzen die Differentialrenten aus Rohstoffexporten. Die Technologie-Lösung dagegen schreibt bisherige ungleiche Spezialisierungsmuster direkt fort, da sie einerseits selbst auf der Zufuhr (neuer) Rohstoffe beruht, wie die Suche nach Lithium eindrücklich zeigt und andererseits Industrieländer weiter auf wissensintensive Technologie spezialisieren lässt.

Why the future sustainable, egalitarian Development in Ethiopia depends on its Agrarian Rents

Ludwig Hehl (ICDD Kassel)

Abstract:

The Ethiopian political elite has it in their own hand. Will the agricultural rent (which is the main source of rent in Ethiopia) increase the incomes of smallholders or does the political elite enrich themselves by selling of the land in `landgrab' like sales to foreign companies? Ethiopia has a very unusual history in the African context, the only African country besides Liberia never to been fully colonized it never had entrenched colonial landlordism. Additionally, the 1995 constitution considers the land property of the state and the people. Ethiopian political elites are now at the crossroads, do they continue a path of selling of the land to foreign agribusiness to acquire rents or do they bet on local market development by strengthening smallholders? A relatively egalitarian distribution of land has been in the center of domestic resource mobilization in the east Asian developmental states. Empowering the peasants by supporting their land rights and subsidizing them against the structural violence and power of big agribusiness will be of fundamental importance for the future political development of Ethiopia. Supporting small peasants increases the rural `reservation wage` and this pushes the overall wage level, hence, also the urban wages as the basis of a strong independent working class pushing for democracy. Using agrar-rents for smallholder incomes has been a central concern of classical development economics. The centrality of smallholder knowledge for more productive and sustainable agriculture vs. land degrading monocrop production of agribusiness makes this struggle even more important in times of global climate crisis.

MiE27 | Staatliche Gewährleistung öffentlicher Güter in Zeiten der Krise

Organisiert von / Organized by: Dr. Melanie Nagel (Eberhard Karls Universität Tübingen), Johanna Hornung (Technische Universität Braunschweig)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Sektion „Policy-Analyse und Verwaltungswissenschaft“, Sektion „Regierungssystem und Regieren in der Bundesrepublik Deutschland“, Sektion „Vergleichende Politikwissenschaft“, Arbeitskreis „Lokale Politikforschung“, Arbeitskreis „Wohlfahrtsstaatsforschung“

Chair: Dr. Melanie Nagel (Universität Tübingen), Johanna Hornung (TU Braunschweig)

Discussant: Johanna Hornung (TU Braunschweig), Dr. Melanie Nagel (Eberhard Karls Universität Tübingen)

Abstract:

Die Corona-Pandemie zeigt wesentliche Herausforderungen in der staatlichen Gewährleistung fundamentaler Infrastruktur auf. Im Zuge der kontaktbeschränkenden Maßnahmen kam es nicht nur in Zeiten des Lockdowns und nicht nur in Deutschland zu tiefgreifenden Veränderungen in der Verfügbarkeit von fundamentalen Gütern und Dienstleistungen, wie beispielsweise Krankenversorgung, Mobilitätsmöglichkeiten, Betreuung und Pflege, Verwaltung und anderen öffentlichen Gütern. Dabei verstehen wir öffentliche Güter als solche, die öffentlich organisiert und bereitgestellt werden und somit Teil der öffentlichen Infrastruktur sind. Vor allem in Krisenzeiten stellt sich hier die Frage nach deren optimaler Bereitstellung im Spannungsfeld zwischen staatlicher und privater Versorgung. Dieses Panel adressiert vor dem Hintergrund der Corona-Krise die Herausforderungen und Chancen der staatlichen Gewährleistung dieser öffentlichen Güter unter Berücksichtigung der jeweils vorherrschenden (intendierten oder sich ändernden) ordnungspolitischen Ausrichtung.

Das Panel begrüßt in gleichem Maße theoretische und empirische Beiträge, idealerweise im nationalen und internationalen Ländervergleich, die sich unter anderem den folgenden Fragen widmen: Welche staatlichen oder privaten Strukturen der Bereitstellung öffentlicher Güter haben sich als resilient erwiesen? Was sind Erklärungen für das Funktionieren öffentlicher Dienste auch in Pandemien? Welche ordnungspolitischen Konsequenzen ergeben sich aus den Erfahrungen mit der Corona-Pandemie? Wie können verschiedenen Formen der Bereitstellung öffentlicher Güter erklärt werden und welche Veränderungspotenziale ergeben sich daraus für verschiedene Prozesse, bspw. Pfadabhängigkeit und Lernen? Inwiefern sind die Strukturen Ausdruck oder Prädisposition für bestimmte Entwicklungen und Ergebnisse, auch ökonomischer Art, im Zuge der COVID-19-Maßnahmen?

Beiträge / Contributions:

Privatisierung im Gesundheitssektor und staatliche Politik in der Corona-Pandemie. Ein internationaler Vergleich

Prof. Dr. Detlef Sack (Fakultät für Soziologie, Universität Bielefeld)

Abstract:

Eine grundlegende Annahme der Privatisierungsforschung ist, dass mit der Kommodifizierung von Gesundheitsleistungen im Sinne der Ökonomisierung der Dienstleistungen und der Privatisierung der Trägerstrukturen negative Effekte bei der Patientenversorgung einhergehen (Rosenbrock/Gerlinger 2014; Sack 2019: 255-276 m.w.N.). Das Ziel der Analyse, die im Paper vorgestellt wird, ist die Klärung, ob der Privatisierungsgrad eines nationalstaatlichen Gesundheitssystems (im internationalen Vergleich der OECD-Staaten) systematisch zu einem negativen Outcome (vergleichsweise hohe Mortalitätsrate während der Corona-Pandemie) führte. Möglich ist aber auch, dass die staatliche Politik während der Corona-Pandemie (Büthe et al. 2020; Capano et al. 2020) den genannten Privatisierungseffekt relativiert. Es ist zu klären, ob und welche (distributiven bzw. regulativen) Policy-Maßnahmen entsprechend wirken konnten.

Es wird eine fsQCA zwischen den Gesundheitssystemen der OECD-Staaten (Blank et a. 2018; Triein 2019) durchgeführt. Neben dem jeweiligen Privatisierungsgrad werden zwei Gruppen von Bedingungen berücksichtigt. Erstens die sozio-ökonomischen Bedingungen, zu denen etwa Demographie, soziale Ungleichheit, Wirtschaftsstärke und Digitalisierungsaffinität zählen. Eine weitere Gruppe der Bedingungen beinhaltet die hier interessierenden Policies der „staatlichen Gewährleistung öffentlicher Güter in Zeiten der Krise", d.h. distributive und regulative Maßnahmen während der Corona-Pandemie, etwa Beschaffungen, Kontingentierungen oder Impfschutzrechte. Mit der fsQCA wird ermittelt, ob diese Policies zu den notwendigen oder hinreichenden Bedingungen einer geringeren Mortalitätsrate gehören.

Der Beitrag ordnet sich in die international vergleichende Privatisierungsforschung wie auch in die aktuelle Debatte zur staatlichen Gewährleistung öffentlicher Güter ein. Der Mehrwert liegt im komparativen Charakter der Forschung, die (leider!) aufgrund des „natürlichen Experiments" neue Einsichten dazu verspricht, welche Policies öffentliche Güter (Gesundheit) auch in Gesundheitssystemen mit hohem Privatisierungsgrad befördern können.

The Role of Evidence and Commissions in the Dynamics of German and Swedish Pension Markets

Dr. Stephan Köppe (University College Dublin / School of Social Policy, Social Work and Social Justice)

Abstract:

This paper investigates the policy dynamics of pension markets in Germany and Sweden from 2002-2018. Pension markets were introduced in both countries in the early 2000s and include the period of Angela Merkel's reign. While the origins and politics of these markets are well-studied, less is known about their re-regulation. A policy conversion occurred in Sweden, where lifecycle funds increased the social protection function of the premium pension. In Germany, layering led to new private pension schemes to cover self-employed and saving for home ownership largely prior to Merkel's chancellorship, while her governments mainly led to policy drift as shortcomings were neglected. The politics behind re-regulation reveal stronger continuities in Sweden due to more technocratic and evidence-based policy-making, while in Germany problems were largely ignored. Comparative differences are traced to variations in the availability of data, government commissions and partisan interests.

https://link.springer.com/chapter/10.1007%2F978-3-030-56623-4_6

Das öffentliche Gut saubere Luft in Zeiten der Pandemie. Eine Chance, bestehende Denkmuster und Blockaden zu überwinden?

Dr. Melanie Nagel (Universität Tübingen)

Abstract:

Das öffentliche Gut saubere Luft ist diskursiv umkämpft, dabei findet eine Abwägung zwischen verschiedenen öffentlichen Gütern (saubere Luft, Verkehr) statt. Verhaltensänderungen und Maßnahmen zur Emissionsreduzierung konnten bisher nur schwierig durchgesetzt werden, jetzt scheint sich in Zeiten der Pandemie ein Möglichkeitsfenster zu öffnen und es gibt Anzeichen, dass eine Bewusstseinsänderung stattfindet.

Debatten im Bereich der Luftreinhaltung in Zeiten von Corona drehen sich u.a. um Fahrverbote, neue Mobilitätsformen, kreative Maßnahmen (wie temporär beruhigte Straßenzüge, sog. „Kiez-Blocks" oder Pop-up-Radwege), die Sorge um den ÖPNV und ein erhöhtes Bewusstsein für Nachhaltigkeit und Gesundheit. Dieser Bewusstseinswandel könnte dazu führen, dass alte Denkmuster aufgebrochen werden und neue Ideen entstehen. Ist die Pandemie Auslöser für einen diskursiven Wandel in den Städten? Welche neuen Storylines bilden sich heraus und welche staatlichen und nichtstaatlichen Akteure gewinnen an Bedeutung? Es besteht die Vermutung, dass sich ein diskursiver Wandel abzeichnet und Themen wie lebenswerte Stadt, saubere Luft, Nachhaltigkeit, Fahrradfahren und Elektromobilität an Bedeutung gewinnen. Dieser diskursive Wandel könnte sich zukünftig in einer Stärkung des öffentlichen Guts saubere Luft in Form von politischen Maßnahmen und Verhaltensänderungen zur Emissionsreduzierung manifestieren.

Theoretisch basiert dieser Beitrag auf der Diskurstheorie von Hajer (1993) und ermöglicht die Betrachtung der verschiedenen Storylines und Narrative und die sich jeweils darum formierenden Diskurskoalitionen. Es wird eine Diskursnetzwerkanalyse (DNA) anhand von Zeitungsartikeln im Zeitraum vom Beginn der Pandemie in verschiedenen deutschen Ballungsräumen (u.a. Berlin, Stuttgart und München) und ExpertInnen-Interviews durchgeführt, um die diskursiven Auseinandersetzungen zur Luftverschmutzung vergleichend zu analysieren. Wie verlaufen die Debatten und welche staatlichen und nichtstaatlichen Akteure bringen sich ein? In welcher Stadt gibt es neue Impulse und wo verharrt man in bestehenden Denkmustern?

Die Corona-Pandemie als „öffentliches Schlecht“: Koordination und politische Spiele in Frankreich und Deutschland

Johanna Hornung (TU Braunschweig), Prof. Dr.Nils C. Bandelow (TU Braunschweig), Prof. Patrick Hassenteufel (University of Versailles-Paris-Saclay)

Abstract:

Politökonomisch ist die Corona-Pandemie ein „öffentliches Schlecht“. Damit liegt seit ihrem Beginn die Pandemiebekämpfung als öffentliches Gut in der Hand des Staates. Diese wurde in den meisten Ländern durch Maßnahmen, die auf Kontaktbeschränkungen und die Eindämmung von Infektionsketten zielten, versucht sicherzustellen. Dabei stellt sich die Frage, inwieweit unterschiedliche Demokratietypen Auswirkungen auf die Gewährleistung dieses öffentlichen Gutes der Pandemiebekämpfung haben. Dieser Beitrag untersucht diese Frage anhand der ordnungspolitisch unterschiedlichen Staaten Deutschland und Frankreich. Zwei Ebenen stehen besonders im Fokus: Die erste ist die der Koordination und des Wissenstransfers. So ist zu erwarten, dass zentralisierte Demokratien lokale Besonderheiten weniger berücksichtigen können als föderale Demokratien, dass letztere aber der Herausforderung der verständlichen Einheitlichkeit in der Sicherstellung des öffentlichen Gutes entgegenstehen. Entsprechend wirken sich die Demokratietypen auch auf die Einbindung wissenschaftlicher Expertise aus. Die zweite betrachtete Ebene ist die der individuellen und politischen Rationalitätenfallen. Während das Individuum sich etwa beim Maskentragen als Trittbrettfahrer verhalten kann, ist es politisch das Machtinteresse von Politikern und Parteien bei der Bereitstellung von öffentlichen Gütern, das rationale Lösungen verhindert. Im Ergebnis zeigt die Analyse, dass die Herausforderungen bei der Sicherstellung des öffentlichen Gutes der Pandemiebekämpfung in Deutschland durch die Dominanz machtpolitischer Konfliktlinien entstanden sind, während in Frankreich die mangelnde Koordination das größte Problem darstellte.

MiE28 | Transformation in Braunkohleregionen: Multiperspektivische Annäherungen

Organisiert von / Organized by: Emily Drewing (Universität Siegen), Julia Zilles (Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen)

Chair: Emily Drewing (Universität Siegen), Julia Zilles (Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen)

Discussant: Eva Eichenauer (IRS Erkner)

Abstract:

Seit der Braunkohleausstieg beschlossen und gesetzlich verankert wurde, haben sich die Schwerpunkte einschlägiger Debatten verschoben. Die Braunkohlereviere entwickeln sich zusehends von der Bühne gesamtgesellschaftlicher Debatten über Energiewende, Klimaschutz und Strukturwandel zum Gegenstand und Austragungsort konkreter Aushandlungsprozesse im Zuge der Regionalentwicklung. Statt grundsätzlicher Infragestellungen wird nunmehr verstärkt über passende Zukunftsvisionen für Braunkohleregionen diskutiert und gestritten. Außerdem Gegenstand von Kontroversen ist die Frage, wie sich diese Ziele erreichen lassen und wer über all das (mit)entscheidet.

In diesem Panel stehen demnach Ziele und Modi der Transformation aus Sicht und im Interesse verschiedener Akteure im Mittelpunkt. Wer befindet sich in den Braunkohleregionen traditionell in zentralen Entscheidungspositionen, wie sieht das designierte Ergebnis der Wandlungsprozesse aus Sicht dieser Akteure aus, wie soll es erreicht werden – und wie stehen andere Interessengruppen vor Ort dazu? Wie werden Pfade des Ausstiegs und Übergangs zwischen organisierter und (scheinbar) unbeteiligter Zivilgesellschaft, Gewerkschaften und Industrie verhandelt? Neben existierenden Allianzen und Netzwerken kommt auch historisch verhärteten Gegnerschaften eine wichtige Bedeutung zu. Insbesondere lässt sich mit Blick auf bestehende Machtgefüge fragen, welche Arenen zur Thematisierung von Kontroversen von den Akteuren angeboten, gewählt oder auch neu erschlossen werden und wie sich dies auf Modus und Ergebnis der Aushandlungsprozesse auswirkt.

Die im Panel erwarteten Beiträge und Diskussionen bewegen sich demnach im Wesentlichen entlang der folgenden Fragen:

- Wie gestalten sich Konflikte und Aushandlungsprozesse zu Kohleausstieg und Strukturwandel in Braunkohleregionen bisher?
- Welche Machtgefüge, welche Allianzen und Netzwerke bestehen in den Braunkohleregionen – und wie wirken sie sich auf Kohleausstieg und Strukturwandel aus?
- Welche Gelegenheiten und Plattformen bieten sich den Akteuren zur Artikulation und Behauptung ihrer Positionen und Interessen? Wie beeinflussen etwa auch die Medien Konflikte und Aushandlungsprozesse in den Kohleregionen?
- Wie können konstruktive Aushandlungsmodi gefunden werden? Welche Verfahren eignen sich dazu (nicht)?

Beiträge / Contributions:

New spaces for transformation? Civil society actors in the Rhinelands' sustainability transformation

Maren Krätzschmar (WWU Münster / TH Köln)

Abstract:

With the political decision of a coal-phase-out until the year 2038, Germany's conflict around the energetic use of fossil fuels has calmed down. As a result, public attention towards the lignite mining districts has declined. At the same time, however, debates on the affected regions' futures have gained momentum. These go beyond the exchange of energy systems but include social, ecological, and economic change. New conflicts have evolved with these discussions: on the development of the regions but also on transformation procedures and civil society's role.

Against this background, this paper presents a theoretical framework for conflict analysis in regional sustainability transformations by drawing on space and civil society concepts. Its empirical application to the regional transformation of western Germany's Rhenish coal-mining district points to two main conflict lines. First, actors' visions of the regions' future show a spectrum from maintaining the status quo to green growth to radical ecological transformations. Second, ideas on the steering of change, participation, and civil society's role widely differ. Some understand civil society actors as co-creators, while others see them in the role to legitimate processes and to implement the 'Energiewende'. The work shows civil society actors' positions in the conflict. It explains their opportunities and limitations to involve and co-shape the region actively. It shows how they constructively aim to overcome barriers by challenging existing power structures and top-down initiated processes. Civil society actors claim self-organized negotiation spaces and develop new cooperation and ideas.

Soziale Medien als Katalysator für Konflikte zur Energiewende im Rheinischen Braunkohlerevier

Rabea Bieckmann (Ruhr-Universität Bochum)

Abstract:

Das Rheinische Braunkohlerevier ist Austragungsort und Symbol diverser Konflikte rund um den Kohleausstieg, die Energiewende und den Strukturwandel der Region. Insbesondere durch die Besetzung des Hambacher Forsts, Protestaktionen von Bürgerinitiativen und letztlich durch politische Entscheidungen, wie den Kohleausstieg im Jahr 2038, rückte die Region immer wieder in den medialen Fokus. Soziale Medien spielten und spielen bei diesen Auseinandersetzungen eine entscheidende Rolle, da sie eine Plattform zur Verbreitung von Informationen und zur Planung von Aktionen und Protesten bieten und der Zivilbevölkerung niedrigschwellig und ortsungebunden eine Teilnahme daran ermöglichen. Es wird der Eindruck vermittelt, dass durch das Teilen und Kommentieren von Beiträgen in den Sozialen Medien etwas bewegt und die eigene Meinung wahrgenommen wird. Bisher bleibt offen – und diese Frage wird im Vortrag aufgegriffen – inwiefern online geführte Auseinandersetzungen und Diskussionen rund um die Auswirkungen der Energiewende für das Rheinische Braunkohlerevier konstruktiv sind und z. B. auch abseits des Online-Diskurses in den Lokalzeitungen aufgegriffen werden. Die empirische Basis zur Beantwortung dieser Fragen bildet eine Vielzahl von erhobenen Facebook-Beiträgen aus einschlägigen Gruppen und den dazugehörigen Kommentarspalten sowie parallel erhobenen Artikeln aus Lokalzeitungen des Rheinischen Reviers. Das Material wird gemeinsam hinsichtlich des Inhalts, möglichen Überschneidungen und Unterschieden ausgewertet. Dazu wird zunächst dargelegt, welche Akteur:innen eine Rolle spielen, ob Aspekte, die online vorgebracht werden, auch in den Printmedien aufgenommen werden oder online verbleiben und inwiefern soziale Medien als Katalysator von Konflikten zur Energiewende im Rheinischen Braunkohlerevier relevant werden.

Verhärtete Fronten an der Abbruchkante – Konflikte im und um den Braunkohleausstieg im Rheinischen Revier

Dr. Sonja Knobbe (Ruhr-Universität Bochum, Centrum für Umweltmanagement, Ressourcen und Energie (CURE))

Abstract:

Das Rheinische Revier ist spätestens seit den Protesten um den Erhalt des Hambacher Forstes ein Kulminationspunkt von öffentlichen Konflikten um den Kohleausstieg und den Klimawandel geworden. Doch nicht nur Klimaproteste im Rahmen eines weltweiten Kohleausstiegs prägen die ländlich-suburbane Region zwischen Aachen und Köln – der Braunkohleabbau hat seine Spuren auch in der Gesellschaft vor Ort hinterlassen. Neben den Tagebaulöchern wurden durch zunehmende Polarisierung auch tiefe mentale Gräben gegraben, die auch die regionalen Folgeschäden des Tagebaus zur Ursache haben, von Umsiedlungen, Grundwasserabsenkungen, Feinstaubbelastungen bis hin zu Autobahnen. Den Kritiker*innen gegenüber stehen zumeist Vertreter*innen aus Industrie und Gewerkschaft, die sich für den Erhalt des materiellen Wohlstandes in der Region einsetzen.

Ausgehend von empirischen Beobachtungen im Feld werden exemplarisch einige der sich gegenüberstehenden Akteur*innen und die von Ihnen vorgebrachte Argumentation genauer analysiert. Dabei fällt auf, dass die Ziele gar nicht so unähnlich sind – schließlich setzen sich alle letztlich für ein lebenswertes Rheinisches Revier in der Zukunft ein. Die Unterschiede in den Argumenten sind häufig nuanciert. Dennoch führen Unterschiede in den Prämissen trotz ähnlicher Ziele häufig zu diametral verschiedenen Schlussfolgerungen. Zusätzlich sind die Fronten seit Jahren verhärtet, was auch heute, wo es darum geht, die Zukunft des Reviers gemeinsam zu gestalten, immer wieder zu Misstrauen und weiteren Konflikten führt, die letztlich die gemeinsame Zielerreichung für alle behindern. Dies wird zusätzlich durch ungleiche Machtverhältnisse im Feld gefördert. Wie können partizipative Formate als Mittel einer deliberativen Demokratie hier ansetzen? Welche Fallstricke tun sich auf, die die Situation letztlich noch verschlimmern können? Dies soll anhand einer Fallstudie der regionalen Strukturwandel-Governance herausgearbeitet werden.

Input

Emily Drewing (Universität Siegen), Julia Zilles (Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen)

MiE29 | Umgehen mit der Klimakrise: Welche Rolle spielt die lokale Politik? (II)

Organisiert von / Organized by: Prof. Dr. Kai Schulze (Technische Universität Darmstadt), Dr. Jonas Schönefeld (Institut Wohnen und Umwelt (IWU))

Chair: Dr. Jonas Schönefeld (Institut Wohnen und Umwelt)

Discussant: Prof. Dr. Kai Schulze (Technische Universität Darmstadt)

Abstract:

Die fortschreitende Klimakrise verlangt schon heute erhebliche gesellschaftliche Anpassungs-leistungen, da zum Beispiel Hitzewellen und Starkniederschläge immer häufiger und intensi-ver werden. Gleichzeitig besteht viel Unsicherheit darüber, welchen konkreten Herausforde-rungen begegnet werden muss und welche Politiken und Maßnahmen dazu geeignet sind. Den Städten, Gemeinden und Landkreisen kommt in diesem Prozess eine besondere Rolle zu, da hier geeignete Anpassungspolitiken und –maßnahmen identifiziert und umgesetzt werden müssen. In Zeiten knapper Ressourcen besteht zudem die Hoffnung, dass sich innovative Poli-tiken und Maßnahmen innerhalb und über verschiedene Governance-Ebenen hinweg verbrei-ten und sich so nachhaltige Effekte einstellen. Für die lokale Politikforschung wirft die Kli-makrise daher vielfältige Fragen auf: Was für Klimaanpassungspolitiken werden auf lokaler Ebene entwickelt? Welche Art von Anpassungspolitiken verbreiten sich? Wie wirken sich EU-, Bundes- und Landespolitiken auf die lokale Ebene aus? Wie lassen sich die Entwicklung und Diffusion lokaler Anpassungspolitiken bzw. ihr Fehlen erklären? Welche Effekte zeigen lokale Maßnahmen in der Klimakrise? Wie lassen sich innovative Politiken und Maßnahmen fördern? Dieses Panel richtet sich an Beiträge, die sich den aktuellen Herausforderungen und Antwor-ten der lokalen Politik auf die Klimakrise im Sinne von Klimawandelanpassung widmen. Ge-fragt sind sowohl konzeptionelle als auch empirisch-analytische und vergleichende Arbeiten. Das Panel ist somit offen für alle theoretischen und methodischen Ausrichtungen.

Beiträge / Contributions:

Climate action from below – taking a closer look at city networks in Germany

Dr. Jan Pollex (Universität Osnabrück), Prof. Dr. Lena Partzsch (TU Berlin)

Abstract:

Local approaches to mitigate global warming on a day-to-day basis are crucial for an overall turn towards sustainability. This paper aims for a better understanding of local action by focusing on environmental city networks in Germany. We investigate what motivates local communities to become members of networks such as the Climate Alliance and Organic Cities Network. Building on a partisan politics perspective, we might assume member cities to be either governed by Green mayors or at least be characterized by a strong green faction in local parliaments. However, research pointing to the valence nature of environmental protection assumes broad cross-party coalitions to be necessary for local climate action.

Our sample consists of all German cities with more than 100,000 inhabitants (total: 78), of which half are members of environmental city networks. First, we use quantitative data on party sizes in local parliaments and city mayor party affiliations to investigate the relevance of partisan dynamics for decisions on memberships. Furthermore, we conduct qualitative content analysis based on policy documents and interviews with city officials to study the valence nature of local transitions towards sustainability.

Ranking local climate policy: assessing the mitigation and adaptation activities of 104 German cities

Dr. Peter Eckersley (Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung und Nottingham Trent University), Antje Otto (Universität Potsdam), Kristine Kern (Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung und Åbo Akademi University), Wolfgang Haupt (Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung), Annegret Thieken (Universität Potsdam)

Abstract:

Climate mitigation and climate adaptation are crucial tasks for urban areas, and can involve synergies as well as trade-offs. However, few studies have examined how mitigation and adaptation efforts relate to each other in a large number of differently-sized cities, and therefore we know little about whether forerunners in mitigation are also leading in adaptation, or if cities tend to focus on just one policy field. This paper develops an internationally applicable approach to rank cities on climate policy that incorporates multiple indicators related to (1) local commitments on mitigation and adaptation, (2) urban mitigation and adaptation plans, and (3) climate adaptation and mitigation ambitions. We apply this method to rank 104 differently-sized German cities and identify six clusters: climate policy leaders, climate adaptation leaders, climate mitigation leaders, climate policy followers, climate policy latecomers and climate policy laggards. The paper seeks explanations for particular cities' positions and shows that coping with climate change in a balanced way on a high level depends on structural factors, in particular city size, the pathways of local climate policies since the 1990s, and funding programs for both climate mitigation and adaptation.

Resilient und nachhaltig? Klimaanpassungsstrategien in der 100-Resilient-Cities-Initiative über Zeit und Raum.

Dr. Elisa Kochskämper (Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung), Lisa-Maria Glass (Leuphana Universität Lüneburg)

Abstract:

Städte gelten als zentrale Akteure in der Definition von Klima-Zukünften und den damit verbundenen Politiken. Gegenwärtig versucht die wissenschaftliche Literatur durch den Begriff der transformativen Adaptation die Konzepte von Resilienz und Nachhaltigkeit für derartige Politiken zu verschmelzen: Experimentelle, partizipative und integrative Planungsmodi berücksichtigen potentielle Schocks und systemische Belastungen gleichermaßen. Demnach soll transformative Adaptation einen tiefgreifenden systemischen Wandel vorantreiben, statt bei inkrementellen Anpassungspolitiken zu verbleiben. Die Städtestrategien des transnationalen Netzwerks der 100 Resilient Cities (RS) schienen in dieser Hinsicht vielversprechend. Teilnehmende Städte waren aufgefordert, Maßnahmen der Klimaanpassung mit ihren dringendsten Schocks und systemischen Belastungen zu verbinden. Die 2013 von der Rockefeller-Stiftung ins Leben gerufene Initiative repräsentierte in drei Runden der Städteaufnahme auf ihrem Höhepunkt mehr als 20% der weltweiten Stadtbevölkerung, bevor sie Ende 2019 abrupt endete.

Vor diesem Hintergrund fragen wir: Inwiefern reflektieren die RS-Strategien das Konzept der transformativen Adaptation? Welche Vorstellungen von Anpassung prägen die Strategien über Zeit und geografischen Raum? Dieser Artikel untersucht empirisch ein geografisch ausgewogenes Sub-Set aus dem globalen Süden und Norden der 74 RS-Städtestrategien der ersten, zweiten und dritten Generation. Wir entwickeln ein qualitatives Kodierschema, um Städtestrategien auf einem Kontinuum von weniger bis hin zu mehr transformativer Adaptation einzuordnen. Zweitens analysieren wir durch ein weiteres Kodierschema die Abdeckung von sozialen, ökonomischen und ökologischen UN-Nachhaltigkeitszielen. Letztlich führen wir eine Clusteranalyse durch, um nachzuvollziehen, ob die Vorstellungen von Anpassung über Zeit und/oder geografische Lage variieren. Diese Studie trägt damit zum Verständnis bei, welche Anpassungskonzepte die politische Praxis von Städten bei der Entwicklung von Klimaanpassungsleistungen beeinflussen.

Strategische Verankerung von Klimaschutz und -anpassung in deutschen Kommunen: Ergebnisse einer Städtebefragung

Sven Alsheimer (Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung ISI), Dr.Elisabeth Dütschke (Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung ISI), Prof. Dr. Joachim Schleich (Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung ISI)

Abstract:

Der Klimaschutz sowie die Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels stellen große Herausforderungen für Kommunen in ihrem Bestreben nach mehr Nachhaltigkeit dar. Das 21. Jahrhundert wurde als das "Jahrhundert der Städte" bezeichnet, was die Rolle der lokalen Ebene in der Transformation zu mehr Nachhaltigkeit hervorhebt. Durch eine strukturelle Implementierung der Bereiche Klimaschutz und -anpassung in der Kommune können diese Themen auf lokaler Ebene vorangetrieben werden. In dieser Studie wollen wir untersuchen, auf welche Weise deutsche Städte und Gemeinden die strategische Verankerung von Klimaschutz und -anpassung vornehmen und wie die Umsetzung dieser Maßnahmen durch strukturelle Gegebenheiten in den Kommunen beeinflusst wird.

In unserer Untersuchung werden Daten aus einer Befragung von 554 deutschen Kommunen ausgewertet, um zu erfassen wie die Kommunen den Klimaschutz, z.B. durch Erstellung eines Klimaschutzkonzepts oder Festlegung eines Budgets für Klimaschutzmaßnahmen strategisch umsetzen und ob eine Verankerung der Klimaanpassung in einer entsprechenden Anpassungsstrategie besteht. Die Ergebnisse aus der Befragung werden mit externen Strukturdaten verknüpft, um anhand multivariater Verfahren Einflussfaktoren auf die strategische Verankerung in der Kommune identifizieren zu können.

Wir stellen fest, dass Klimaschutz im Gegensatz zur Klimaanpassung bereits in einem großen Teil der deutschen Kommunen strategisch umgesetzt wird: In der Befragung gaben 73% der Städte und Gemeinden an, eine Klimaschutzstrategie erstellt zu haben oder diese zu erstellen. In Bezug auf die Klimaanpassungsstrategie hingegen waren es lediglich 30%. In beiden Bereichen zeigt sich, dass strukturelle Rahmenbedingungen wie die Kommunengröße oder der Verdichtungsgrad der Kommunen Einfluss auf die Implementierung von Verankerungsmaßnahmen haben.

MiE30 | Religion als Triebkraft autokratischer Vorstellungswelten im digitalen Zeitalter? Session 2

Organisiert von / Organized by: Prof. Dr. Gert Pickel (Universität Leipzig), Dr. Isabelle Borucki (Universität Duisburg-Essen)

Chair: Prof. Dr. Gert Pickel (U Leipzig), Dr. Isabelle Borucki (U Duisburg-Essen/U Siegen)

Abstract:

Im Kontext der Anti-Corona-Maßnahmen Demonstrationen stehen Verschwörungsmythen und Verschwörungserzählungen gegenwärtig stark im Blickpunkt politischer und öffentlicher Debatten, gerade in sozialen Medien und angetrieben über Messenger-Dienste. Sehen die einen in den Demonstrationen eine weitere Ausdrucksform – teilweise berechtigten – politischen Protestes, erkennen andere in ihnen die Brückenkonstruktionen zu antidemokratischen Haltungen und Mobilisierungen. Immer häufiger werden dabei Religion und die religiöse Motivation von Demonstrationsbeteiligten wie auch Anhänger:innen von Verschwörungserzählungen sichtbar. Bereits Theodor Adorno (1954) hatte Esoterik als eine Kernkomponente solcher Verschwörungserzählungen, mit Bezügen zum Antisemitismus, ausgemacht. Die Nähe fundamentalistischer Evangelikaler zu Verschwörungserzählungen ist spätestens seit der Präsidentschaft Donald Trumps in den USA und den Nachbeben der letzten Präsidentschaftswahl dort kein Geheimnis mehr. Insbesondere Trumps Twitter-Regierungsstil führte zu einer zunehmenden Polarisierung der Gesellschaft hinsichtlich Religiosität und Esoterik-Glauben. Befeuert über verschiedene Social Media-Kanäle wurden antidemokratische Haltungen sichtbarer.

Doch welche Rolle spielen Religiosität und religiöse Positionen wirklich für Verschwörungserzählungen und eine Verschwörungsmentalität? Sind es nur religiöse Fundamentalist:innen und Esoteriker:innen, welche sich ihnen öffnen und sich antidemokratisch mobilisieren lassen? Oder sind es gar hochreligiöse Menschen, welche offen sind für solche Formen der Kontingenzbewältigung? Wie stehen die Kirchen diesen Erscheinungen gegenüber? Welche Rolle spielen Digitalisierung und neue Medien?

In dem offenen Panel sind theoretische wie auch empirische Beiträge willkommen. Eine internationale Perspektive und vergleichende Forschungszugänge sind erwünscht. Eine geschlechtergerechte Beteiligung auch von Nachwuchswissenschafter:innen wird gesichert. Einreichungen auf den offenen Call for Papers, die nicht zum Vortrag berücksichtigt werden können, werden digital zur Diskussion gestellt.

Beiträge / Contributions:

"Trust the plan!" - QAnon als politischer Messianismus

Adrian Paukstat (Universität Augsburg)

Abstract:

Unter der Präsidentschaft Donald Trumps wurde die sogenannte „QAnon“-Verschwörungsideologie zu einer Massenbewegung, die zunehmend die republikanische Partei in den USA politisch vor sich hertreibt. Die QAnon-Anhänger gehen davon aus, dass ein, unter dem Kürzel „Q“ firmierender, hochrangiger Regierungsmitarbeiter in regelmäßigen Abständen kryptische Botschaften auf dem Internet-Messageboard 8kun hinterlässt, die Vorhersagen über den im Untergrund tobenden Kampf der Trump-Administration gegen den von satanistischen Kinderschändern durchsetzten „Deep-State“ betreffen. Auch in Deutschland hat sich im Zuge der „Querdenker“-Demonstrationen das QAnon-Gedankengut mehr und mehr verbreitet. Ziel des Vortrags wird es sein, die QAnon-Ideologie in Anlehnung an Eric Voegelin als Spielart eines politisch säkularisierten Messianismus zu analysieren.

Dargestellt werden sollen hierbei die diversen Strukturanalogien zwischen den politischen Heilserwartungen der QAnon-Jünger und genuin theologischen Formen eschatologischer Erwartung, auch und vor allem, um hierbei zu allgemeineren begrifflichen Erkenntnissen zum Zusammenhang von weltlichen und metaphysischen Sinngehalten in Bezug auf das Politische zu kommen.

Besonderes Augenmerk liegt in diesem Kontext auf dem Phänomen "messianischer Enttäuschung" um hierbei verschiedene Formen der Rationalisierung des Ausbleibens des messianischen Ereignisses zu analysieren. Als solches galt den QAnon-Gläubigen die Amtseinführung Joe Bidens am 20.01.2021, im Zuge dessen man die Ausrufung des Ausnahmezustands durch Trump, das erstmalige öffentliche Auftretens „Q"s und die Festnahme Bidens, Hillary Clintons und aller anderen Vertreter des „deep-state" im Kontext bürgerkriegsartiger Auseinandersetzungen erwartete.

Die „Christian Right" in den USA als Unterstützer und/oder Triebfeder für autokratische Vorstellungswelten? Ein Rückblick auf die Trump-Präsidentschaft

Dr. Sascha Arnautović (Kölner Forum für Internationale Beziehungen und Sicherheitspolitik e. V. (KFIBS), Brühl (Rheinland))

Abstract:

Die sogenannte Christliche Rechte (auch: „Religiöse Rechte") in den USA ist in den späten 1970er- und frühen 1980er-Jahren politisch aktiv geworden und verfolgt seither eine eigene Agenda, insbesondere im Hinblick auf (sexual-)moralische, kulturelle und soziale Fragen. Ihr Einfluss auf die US-Politik ist bis heute nicht unerheblich – dies gilt sowohl für die Innen- als auch für die Außenpolitik Amerikas.

Im Vorfeld der US-Wahl 2016, aus der Donald J. Trump als Sieger und 45. Präsident der USA hervorgegangen ist, wurde bereits deutlich, dass gerade die weißen Evangelikalen zu den glühendsten Trump-Unterstützern gehörten. Sie waren letztlich ausschlaggebend für den seinerzeit überraschenden Wahlsieg Trumps und erwiesen sich als eine ihm bis zu seiner Abwahl im November 2020 treu ergebene Wählergruppe.

Vor diesem Hintergrund versucht der Vortrag in einem „Bottom-up"-Ansatz zu ergründen, ob – empirisch nachweisbar – tatsächlich eine Nähe evangelikaler Christen zu Verschwörungserzählungen diagnostiziert werden kann und, falls dies zutreffen sollte, welche Auswirkungen damit verbunden sind. Durch den (rechts-)populistischen Regierungsstil von US-Präsident Trump ist die gesellschaftliche und politische Polarisierung Amerikas weiter vorangeschritten, wobei ihm Twitter als Mikroblogging-Dienst das geeignete Instrument an die Hand gab, um seine Themen zu lancieren und Agenda-Setting zu betreiben. Mithilfe von sozialen Medien traten antidemokratische Tendenzen stärker zutage und konnten sich Bahn brechen. Donald Trump schaffte es in seiner Amtszeit (2017-2021) sogar, die USA zusehends in Richtung einer Autokratie zu rücken. Inwiefern die Christliche Rechte als sozialer und wirkmächtiger politischer Akteur an autokratische Vorstellungswelten anschlussfähig ist, gilt es außerdem zu untersuchen. Dabei soll die Frage erörtert werden, welche Funktion sie in diesem Kontext wahrgenommen hat.

Wer's glaubt, der klagt: Religionsfreiheit in der Corona-Rechtsprechung

Prof. Dr. Sebastian Wolf (MSB Medical School Berlin)

Abstract:

Das totale Verbot von Gottesdiensten in Kirchen, Moscheen und Synagogen im Frühjahr 2020 war der größte Eingriff in die Religionsfreiheit in Deutschland seit dem Zweiten Weltkrieg. Dagegen gerichtete Rechtsmittel wurden von verschiedenen Verwaltungsgerichten bis hin zum Bundesverfassungsgericht in den ersten Wochen des Lockdowns mit zurückhaltenden Begründungen abgewiesen. Ende April 2020 setzte das Bundesverfassungsgericht jedoch Teile eine Corona-Landesverordnung vorläufig außer Vollzug, weil sie keine Regelung enthielt, um auf Antrag begründete Ausnahmen von dem Verbot religiöser Zusammenkünfte zuzulasssen. Seit Mai 2020 gestatten die Länder wieder durchgängig Gottesdienste unter bestimmten Auflagen. Verschiedene Oberverwaltungsgerichte hielten allerdings im weiteren Verlauf Beschränkungen bei religiösen Zeremonien wie die Maskenpflicht auch bei niedrigen Inzidenzen aufrecht. Im Winter 2020/21 wurden trotz deutlich höherer Inzidenzen und Mortalitätsraten als in der Frühphase der Pandemie keine flächendeckenden Verbote von Gottesdiensten mehr verhängt.

Der Vortrag formuliert und diskutiert vor diesem Hintergrund drei Thesen: (1) Das wochenlange vollständige Verbot von Gottesdiensten während des ersten Lockdowns war unverhältnismäßig und daher verfassungswidrig; (2) Die mit Auflagen versehene allgemeine Wiederzulassung von Zusammenkünften in Gotteshäusern wurde nicht primär durch die einschlägige Rechtsprechung ausgelöst; (3) Bei Beschränkungen der Religionsfreiheit aus Pandemiegründen billigen die Gerichte der Exekutive einen weiten Ermessenspielraum zu.

Verschwörungsideologien als moderner Coping-Mechanismus in einer unsicheren Welt

Stefan Christoph (Universität Regensburg)

Abstract:

Verschwörungsdenken war in der Menschheitsgeschichte immer wieder ein beliebter Coping-Mechanismus um mit Unsicherheit in Krisensituationen umzugehen. Verschwörungsdenken ist ein altbekanntes Phänomen. Erscheinungen, die sich als Verschwörungsideologie bezeichnen lassen, treten hingegen vermehrt seit der Zeit der Aufklärung und der Französischen Revolution auf.

Das ist kein reiner historischer Zufall, sondern hängt sowohl mit den geistesgeschichtlichen als auch den politisch-geschichtlichen Umbrüchen dieser Zeit zusammen, die hin zur Moderne führen. Obwohl Rationalismus und wissenschaftlicher Fortschritt mythische Welterklärungen obsolet werden lassen, existieren weiterhin Phänomene, die für den jeweiligen Stand der Wissenschaft unerklärlich oder die zumindest nur schwer greifbar sind. Die Entzauberung der Welt (Max Weber) hat so auch den Charakter vormoderner Verschwörungsideologien dahingehend gewandelt, dass sich daraus heutige Verschwörungsideologien mit ganz eigenen Charakteristika entwickeln konnten. Statt den mythischen Anklängen vormoderner Verschwörungserzählungen erhalten sie nun einen weltlicheren, wenngleich nicht weniger sinistren, Anstrich und pseudo-wissenschaftliche Erklärungsmuster. Moderne Verschwörungsideologien sind damit gleichzeitig Resultat eines aufklärerischen Weltbildes, übernehmen aber auch Funktionen von Mythen und Glaubensdogmen vormoderner Zeit.

Wie andere Welterklärungsmuster auch limitieren sie die Handlungsmöglichkeiten ihrer Anhänger*innen. Besonders ist jedoch ihr Geschichtsverständnis, das gängigen Weltdeutungen diametral widerspricht, und ihr antimoderner, autoritärer Impetus. Sie bieten damit eine Alternative zu den geistesgeschichtlichen Fundamenten eines modernen Gemeinwesens.

Verschwörungserzählungen zeigen dabei wie in einem Brennglas auf, was Adorno und Horkheimer als Dialektik der Aufklärung beschrieben: Wie die Überwindung mythischer Welterklärungsmuster zu neuen, autoritären und pseudo-wissenschaftlichen Formen der Welterklärung führt, die selbst mit ihrer Entfernung von einer rationalistischen Welterklärung die postulierte Selbstzerstörung der Aufklärung weiter vorantreiben.

Donnerstag, 16.09.2021

14.30 – 16.00 Uhr DoD | Panelveranstaltungen

DoD01 | (Post-)Growth in the Global Political Economy: Taking Stock

Organisiert von / Organized by: Dr. Matthias Kranke (Universität Kassel), Svenja Quitsch (Universität Kassel)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Arbeitskreis „Internationale Politische Ökonomie“

Chair: Svenja Quitsch (Universität Kassel)

Discussant: Prof. Dr. Markus Lederer (Technische Universität Darmstadt)

Abstract:

The post-World War II world economic order has been built on the norm of growth. This norm has been both tacitly accepted and institutionalised in core international organisations, such as the International Monetary Fund, the World Bank or the European Union. The underlying narrative has long stated that economic growth is necessary to achieve social progress; recently it has been extended to mean that growth, if it is ‘green’, is also compatible with environmental protection. However, as the world economy has continued to expand, social disparities have exacerbated while multiple planetary boundaries have been breached. There is thus growing uncertainty about growth, with many actors seeking to qualify growth as ‘green’, ‘inclusive’ or ‘sustainable’ and others even questioning the rationale of growth as such. Put differently, many old certainties hinge on the once-taken-for-granted pursuit of growth. Against this backdrop, the panel aims to take stock of recent trends and debates about fundamental socioecological questions, especially surrounding the following three focal points: (1) the norm of economic growth, its objectives and instruments; (2) alternative measurements of well-being (beyond GDP and beyond growth); and (3) the role of international institutions in defining global socioecological problems and crafting policy solutions. Empirical and conceptual contributions on these topics are equally welcome.

Beiträge / Contributions:

Economic growth as a structural defect of democracy? On the challenges of restructuring growth dependent societal institutions within planetary boundaries

Prof. Dr. Doris Fuchs (WWU Münster), Tobias Gumbert (WWU Münster), Pia Mamut (WWU Münster)

Abstract:

Große Teile der Nachhaltigkeitsforschung postulieren die Notwendigkeit eines Hinterfragens bzw. der Abkehr vom Wachstumsparadigma als politische Zielsetzung. Wurden die „Grenzen des Wachstums“ (Meadows et al. 1972) selbst von einem signifikanten Teil der Umweltforscher*innen noch wenig beachtet, so sind mit Rockström et al. (2009) die „planetarischen Grenzen“ zu einer zentralen Grundlage in den Nachhaltigkeitswissenschaften geworden. Damit rückt auch die Hinterfragung des Wachstumsparadigmas deutlicher denn je in den Blick. Dies ist umso mehr der Fall, als empirische Studien aufzeigen, dass sich ein Decoupling, d.h. eine Entkopplung von Ressourcenverbrauch und Wachstum, wie es etwa Vertreter*innen der Green Growth-These für möglich halten, nach wie vor nicht abbilden lässt (Wiedmann et al. 2020). Gleichzeitig scheint es dieser These zu gelingen sich im vorherrschenden Diskurs zu behaupten und etwa Kritiken, auch radikaler Art, in sich aufzunehmen und dadurch zu entschärfen. Welche politischen und gesellschaftlichen Konsequenzen aber hat eine Abkehr vom grenzenlosen Wachstum, wenn einige zentrale Institutionen der Demokratie und des Wohlfahrtsstaats auf eben diesen beruhen? Und wie kann ein Umbau unserer Institutionen, angefangen bei Umlageverfahren, „Generationenverträgen“, Beschäftigung usw., die auf der beharrlichen Annahme einer Dauerhaftigkeit grenzenlosen Wachstums beruhen, erfolgen? Welche Möglichkeiten gibt es hier,

die über ein Verschieben von Leistungen und Verantwortungen vom Öffentlichen ins Private, vom Norden in den Süden, d.h. über das „Kaufen von Zeit“ (Streeck 2013) hinausgehen? Das vorliegende Papier geht diesen Fragen auf Basis einer systematischen Auswertung heterodoxer polit-ökonomischer Literatur sowie 25 Interviews mit internationalen Expert*innen der politischen Ökonomie nach.

Post-growth and deep transitions towards sustainability

Dr. Florian Kern (IÖW Berlin)

Abstract:

The post-World War II world economic order has been successful in terms of wealth creation, but has also led to economic disparities and environmental destruction. Over the last 20 years an interdisciplinary literature emerged which suggests that to stay within the planetary boundaries, a structural change in the way societal needs are met is needed. The literature on sustainability transitions is significantly influenced by their theoretical origins in innovation studies, which sees innovation as a source of competitiveness and economic growth. For this reason, the literature on sustainability transition so far has dealt with the question of growth and the potential tension between growth and staying within the planetary boundaries only to a limited extent. The questions whether growth is possible in the long term and whether transitions fuelled by green growth are compatible with planetary boundaries remain unanswered. This is a significant omission in the transitions research field since it is not a purely theoretical question, but also has implications for the policy advice given by transition researchers. The paper explores a precautionary post-growth position and connects it to conceptual thinking about deep transitions, which conceptualises transitions as processes through which shared values and rules are adopted by people and organisations. These shared rules provide the fabric of modern industrial societies. The paper explores how international organisations contribute to the development and international diffusion of new meta-rules inspired by post-growth ideas. These conceptual ideas are illustrated with the example of circular economy norms promoted by the EU internationally.

To Grow or Not to Grow? International Political Economy and the Perennial Welfare Question

Dr. Matthias Kranke (Universität Kassel)

Abstract:

This paper gauges the place of the idea of economic growth within the field of International Political Economy (IPE). Given a track record for questioning things that are taken for granted, critical IPE can be especially expected to lead the charge in the deconstruction of the norm of economic growth. Critical researchers in many other fields, notably ecological economics and political ecology, as well as certain currents in human geography and economic sociology, have already widely called for sustainable degrowth. The IPE community, however, seems to have been rather timid in this respect. To assess the extent and direction of its engagement with the growth imperative, I undertake a comprehensive literature survey of two leading journals that represent a wide range of IPE scholarship: New Political Economy and Review of International Political Economy. I code the relevant articles using four categories, which represent a continuum from ‘pro-growth‘ to ‘non-growth’ approaches: (1) plain growth, (2) green growth, (3) a-growth and (4) degrowth. For the articles thus coded, I also record the stated theoretical perspective, as well as the disciplinary background of authors based on area of PhD and/or current affiliation. The analysis contributes to debates about the attentiveness of IPE to some of the most pressing issues of our time, many of which are intertwined with the prevailing growth model.

Tracing Degrowth in the European Union – Ideas, Actors and the quest for sustainable development

Dr. Jan Pollex (Universität Osnabrück), Prof. Dr.Andrea Lenschow (Universität Osnabrück), Lars Berker (Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg)

Abstract:

Discussions on how to ensure development without focussing solely on economic growth have gained traction over the last decade. Especially, the recurring focus on growth, i.e. GDP growth, to overcome crises has sparked criticism since sustainability concerns are too often pushed to the side-lines. While there is a growing body of literature on degrowth, a political science perspective is still underdeveloped. Very rarely degrowth is linked to classic policy research focusing actor constellations in policy processes or agenda-setting debates. This contribution aims to fil this gap. In this regard, the European Union poses an interesting case. While being a global frontrunner in environmental, climate and sustainability policy, however, the European Union has focused on unimpeded economic growth since its inception. Against that backdrop, the contribution seeks to track down calls for degrowth within the EU-institutional infrastructure. Empirically, the contribution considers major EU policy agendas, e.g. Circular Economy and the Green New Deal, to investigate, first, whether ideas linked to degrowth are proposed, second, which actors try to incorporate these concepts, and, third, whether a growth-critical advocacy coalition has gained ground in light of recent developments like the increased attention on both climate and corona crisis.

DoD02 | Autocratization Processes in Comparative Perspective (I)

Organisiert von / Organized by: Dr. Sebastian Hellmeier (Wissenschaftszentrum Berlin (WZB)), Dr. Seraphine Maerz (V-Dem Institut, Universität Göteborg)

Chair: Dr. Seraphine Maerz (V-Dem Institute / University of Gothenburg), Dr. Sebastian Hellmeier (Wissenschaftszentrum Berlin (WZB))

Discussant: Dr. Seraphine Maerz (V-Dem Institute / University of Gothenburg), Dr. Sebastian Hellmeier (Wissenschaftszentrum Berlin (WZB))

Abstract:

Democratic backsliding and autocratization more generally are on the rise globally. In 2019, almost 2.6 billion people lived in autocratizing countries (Maerz et al., 2019). According to some scholars, we are currently witnessing the "third wave of autocratization" (Lührmann/Lindberg, 2019). Democratic institutions are under pressure even in well-established democracies like the U.S., India, or Brazil. Whereas military coups were the most common way of democratic breakdown during most of the 20th century, autocratization today is characterized by a gradual erosion of democratic institutions, often led by incumbent leaders. However, there is considerable variation regarding the onset, trajectory, and outcome of autocratization. Not all countries are affected by autocratization, and it does not necessarily lead to a democratic breakdown or regime change. For instance, South Korea has managed to avert regime breakdown despite a decline in democracy between 2008 and 2015.

This panel seeks to bring together scholars who study autocratization from a comparative perspective to better understand why autocratization starts, how it unfolds, and how it ends. We are interested in papers that address the following (or related) questions:

- Which economic, institutional, and cultural factors explain why some countries experience autocratization while others exhibit democratic resilience?
- What can we learn from comparing trajectories/sequences of autocratization between or within countries?
- Why do some autocratization episodes end with democratic breakdown while democracy prevails in others?

Beiträge / Contributions:

Contrasting presidential term limits manipulation in sub-Saharan Africa

Dr. Andrea Cassani (Università degli Studi di Milano (University of Milan)), Dr. Luca Tomini (Université Libre de Bruxelles)

Abstract:

Since the introduction in a majority of sub-Saharan states of limits to the number of terms that a president can serve during the 1990s, the regional record of compliance and violation has remained mixed. The enforcement of presidential term limits is key to advance democracy in a continent with a legacy of personal rule and to contrast autocratization. Scholars' attention has mostly focused on their manipulation and the risk of (re-)autocratization, thus far, in a literature that mainly consists of in-depth small-N analyses. Accordingly, this paper offers one of the first systematic regional-level studies on the determinants of presidential term limits enforcement south of the Sahara. We use qualitative comparative analysis (QCA) and rest on a new Africa Executive Term Limits dataset. Preliminary analyses identify four main causal configurations of term limits enforcement, which highlight the role of accountability agents such as the constitutional court, the parliament, the ruling party and the civil society, but also some leader characteristics and path dependence.

Types of Democratic Breakdown: Developments and Determinants, 1789-2018

Prof. Dr. Svend-Erik Skaaning (Aarhus University)

Abstract:

In recent years, it has become fashionable again to conduct research on democratic breakdowns and autocratization processes more generally. However, there is a lack of systematic studies with a broad and historical focus. This is surprising because a genuine comparative approach is a fruitful way to utilize relevant information to explore general patterns and to reveal whether trends are common or specific to particular periods and regions. Against this backdrop, I first use data from V-Dem and the Lexical Index of Electoral Democracy to identify the diachronical and geographical distribution of different types of democratic breakdown since 1789. Subsequently, I employ the different breakdown types as dependent variable in a statistical analysis with the purpose of identifying whether they have different correlates (such as economic development, economic crisis, and institutional configurations). In a final step, I investigate to degree to which the general relationships hold up in different contexts defined by historical periods and world regions.

Unpacking democratic backsliding: a dynamic analysis of democratisation and its reversal

Dr. Natasha Wunsch (ETH Zurich), Prof. Dr. Philippe Blanchard(University of Warwick)

Abstract:

Initial enthusiasm in the wake of the ‘third wave of democratisation’ has given way to growing concern over an apparent reverse trend of ‘autocratisation’ or ‘democratic backsliding.’ Despite a growing body of theoretical literature dealing with the phenomenon however, the precise empirical nature of democratic backsliding remains blurry. Bridging conceptual approaches and empirical research, this paper investigates patterns of democratisation and its reversal in the Post-Communist region. It builds on recent advances in sequence analysis to provide a dynamic perspective on the order and extent to which different substantive dimensions of democracy come under attack by a dominant executive. Drawing on the Varieties of Democracy dataset, we examine the evolution of democratic quality across three dimensions – participation, contestation and executive constraints – for 30 East European countries from 1989 to 2019. We apply multichannel optimal matching and clustering to explore divergent (de-)democratisation trajectories as well as between-case diffusion of typical backsliding patterns across the post-Communist region. Our findings point to the hollowing of participation via a decline in turnout as a necessary, if not sufficient condition for more deliberate attacks on mechanisms of contestation and executive constraints. Moreover, we highlight the gradual nature of contemporary democratic backsliding, which typically unfolds over multiple years until the powers of a dominant executive become fully entrenched. Our insights feed into broader debates on the erosion of democratic quality and the dynamics through which such developments spread across different countries.

Why Democratic Backsliding? Citizen-Party Dynamics and Decaying Liberal Democracy

Marc S. Jacob (ETH Zurich)

Abstract:

A growing number of countries has experienced democratic backsliding across the globe in recent years. Previous research has mostly focused on the role of either citizens or political actors in that process, waiving the potential dynamics between citizens, parties, and institutional change. In this paper, I propose a theoretical model of democratic backsliding in which citizens' growing support for illiberal parties trigger a dynamic of democratic backsliding, a process in which liberal democratic institutions come under attack. I probe this model by combining data on citizens, parties, and political systems. I develop an index of illiberal party systems based on the V-Party dataset to measure the extent to which citizens support parties holding anti-liberal democratic orientations in electoral contests. A panel analysis in 98 countries provides evidence for the proposed model. The results suggest that dynamics between citizens and illiberal parties, and not declining citizen support for democracy, drive democratic backsliding in the current third wave of autocratization.

DoD03 | Autocratisation and politicisation as a challenge for international organisations

Organisiert von / Organized by: Prof. Dr. Lisbeth Zimmermann (Zeppelin Universität Friedrichshafen), Max Lesch (Zeppelin Universität Friedrichshafen)

Chair: Prof. Dr. Lisbeth Zimmermann (Zeppelin Universität Friedrichshafen),

Discussant: Prof. Dr. Tobias Lenz (Leuphana Universität Lüneburg)

Abstract:

International organisations are under pressure. Not only the Covid-19 crisis, but also climate change, migration movements, human rights violations or crisis in the rule of law show the current challenges for international organisations. Their legitimacy and decision-making processes are increasingly questioned by member states; at the same time, transnational populist-nationalist networks are trying to gain more influence. How should international organisations react to current trends of autocratisation in many member states and politicisation of several negotiations in multilateral forums? Contestation is directed not least against international treaty monitoring procedures, be it through courts, expert committees, or peer review mechanism. The UN Human Rights Council, for example, has been considered increasingly politicised not only since the withdrawal of the USA, and the recent rule of law review of the European Union has been criticised by Poland and Hungary in particular. The shrinking spaces for civil society actors supporting the work of international organisations also puts their effectiveness at risk. On this panel, we explore the effects of current trends of autocratisation and politicisation on international organisations as well as the strategies international organisations are adopting in different policy fields to deal with them. The panel takes a comparative perspective at current challenges and the coping strategies adopted by international organisations, including the United Nations, regional human rights courts, and the European Union.

Beiträge / Contributions:

Autocrats gone Global – Transnational Authoritarian Networks and Human Rights Protection

Dr. Maria Debre (Universität Potsdam)

Abstract:

Populist and autocratic leaders increasingly coordinate across national borders to exchange knowledge and gain support for their illiberal political goals. While there is increasing research on regional cooperation of authoritarian regimes and a broad debate around challenges to liberal norms, consequences of transnational authoritarian networking for international cooperation, particularly within International Organizations, have not been broadly addressed yet. This paper therefore explores if and how transnational authoritarian networks influence international liberal rights regimes. The paper argues that authoritarian and populist regimes are using material and ideational incentives to buy votes of like-minded regimes, thereby influencing resolutions on liberal and human rights in their favor. Based on statistical network analysis, the paper explores if voting outcomes of resolutions within the United Nations Human Rights Council are affected by the strengths of authoritarian networks. The paper thereby contributes to current debates on transnational challenges to human rights and on the state of the liberal international order.

Crisis in the rule of law: How the European Union reacts to autocratization in its member states

Dr. Max Lesch (Zeppelin Universität Friedrichshafen), Prof. Dr. Lisbeth Zimmermann (Zeppelin Universität Friedrichshafen)

Abstract:

Monitoring international treaties is one of the key tasks of international and regional organizations. Through peer review, self-reporting, judicial proceedings, or fact-finding missions these organisations establish oversight and react to noncompliance. At the same time, the procedures and outcomes of these mechanisms are facing growing contestation, for example when fairness or the singling out of individual states are criticised. Whereas International Relations have studied the politicisation and recognition of human rights mechanisms at the United Nations, or peer-review procedures in several global governance fields, this article sheds light on the novel review mechanism established by the European Union to ascertain the state of the rule of law in its member states. This broad mechanism can be seen as a reaction to tendencies of autocratization in East European states and an attempt to move beyond bilateral naming and shaming games. However, even this prima facie egalitarian approach incited fierce challenges on behalf of the most strongly criticised countries, Poland and Hungary, which also closed off spaces for civil society actors whose reports have informed the review process. In this paper, we review existing approaches to monitoring mechanisms in International Relations and Comparative Politics, identify conditions for success (in terms of recognition) and apply the resulting heuristic to the case of the European Unions 2020 rule of law report. We show that central conditions of successful monitoring, particularly from the UN human rights mechanisms, do not seem to work in the current EU case. We therefore explore the links between the design of the report and the reactions by EU member states. We also discuss if a review mechanism is a suitable approach for the EU to react to tendencies of infringements of the rule of law.

The Accommodation Dilemma. Responding to popular challenges to international institutions

Prof. Dr. Stefanie Walter (Universität Zürich)

Abstract:

Popular challenges to international institutions present a growing problem for international cooperation. This paper presents a framework for analyzing the systemic consequences of such challenges. It focuses on the problems that unilateral, voter-endorsed attempts to withdraw from or renegotiate the terms of existing international institutions create for this institution's other member states. These states face an "accommodation dilemma": accommodating the challenging state`s demands creates political contagion risks and implies a redistribution of cooperation gains in the challenging country's favor, but not accommodating these demands can be very costly. Drawing on comparative case studies of seven referendum-endorsed challenges to international institutions and original survey evidence from approximately 60.000 EU-27 Europeans surveyed in the context of the Brexit withdrawal negotiations, the paper shows that this framework can help us better understand the negotiation dynamics and systemic outcomes that voter-endorsed challenges to international institutions produce.

With or Without You: Suspension, Expulsion, and the Limits of Membership Sanctions in Regional Human Rights Regimes

Silvia Steininger (Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht)

Abstract:

In the course of the so-called backlash against human rights courts, the regional regimes in Europe, the Americas, and Africa are hard-pressed to respond to states which attempt to undermine or abolish them. This raises the question of whether they should impose membership sanctions, i.e. sanctions which regulate the participation of state parties in international institutions. All three regimes contain the legal possibility for membership sanctions such as expulsion or suspension, however, concerned for their effect upon the population and civil society, the institutions have been reluctant to apply membership sanctions. This contribution investigates whether membership sanctions are an effective and legitimate instrument to respond to state backlash in the current crisis. It adopts a comparative regional approach for analyzing the law and practice of expulsion and suspension in the European, Inter-

American, and African human rights regime, before highlighting the debate on irregular sanctioning procedures against Russia at the Council of Europe.

DoD04 | Democratic Regression? The Political Causes of Authoritarian Populism

Organisiert von / Organized by: Prof. Dr. Armin Schäfer (Westfälische Wilhelms-Universität), Prof. Dr. Michael Zürn (Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin)

Chair: Prof. Dr. Armin Schäfer (Westfälische Wilhelms-Universität),

Abstract:

Seit einigen Jahren lassen sich auch in vermeintlich konsolidierten Demokratien Autokratisierungstendenzen beobachten. Doch weniger Putsche, Kriege oder Staatszerfall sind die Triebkräfte dieser demokratischen Regression, sondern vielmehr das Handeln von gewählten Regierungen, die sich selbst als Vorkämpferinnen einer neuen, anderen Art von Demokratie präsentieren. Sie beanspruchen für sich, für jene zu sprechen, deren Stimme sonst überhört wird und die sich schlecht repräsentiert fühlen. Auf der Grundlage dieses Narrativs untergraben sie die Normen und Institutionen, die die liberale Demokratie schützen sollen. Doch warum stößt die Behauptung, für das wahre Volk zu sprechen, auf so viel Widerhall und verfängt bei Teilen der Bevölkerung? Antworten auf diese Frage zu finden, ist das Anliegen in diesem Panel. In einem „Authors meet critics"-Format diskutieren Claudia Ritzi, Manon Westphal und Daniel Ziblatt das von Armin Schäfer und Michael Zürn verfasste Buch „Die demokratische Regression. Die politischen Ursachen des autoritären Populismus" (Erscheinungjahr 2021). Dabei erläutern die Panelisten aus ihrer Forschungsperspektive, wie sie die Diagnose der Autokratisierung einschätzen und ob und falls ja, wie ihre Erklärung dafür lautet. Würde die repräsentative Demokratie einwandfrei funktionieren, so die Ausgangsthese für dieses Panel, wären autoritär-populistische Parteien nicht so erfolgreich.

Beiträge / Contributions:

Dr. Manon Westphal (Westfälische Wilhelms-Universität),

Prof. Dr. Claudia Ritzi (Universität Trier),

Prof. Dr. Daniel Ziblatt (Harvard University / WZB)

DoD05 | Digitalisierung in der Integrationsarbeit

Organisiert von / Organized by: Dr. Danielle Gluns (Universität Hildesheim), Prof. Dr. Jörg Bogumil (Ruhr-Universität Bochum), Prof. Dr. Sabine Kuhlmann (Universität Potsdam)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Arbeitskreis „Migrationspolitik"

Chair: Dr. Danielle Gluns (Universität Hildesheim)

Discussant: Prof. Dr. Jörg Bogumil (Ruhr-Universität Bochum), Prof. Dr. Sabine Kuhlmann (Universität Potsdam)

Abstract:

Nicht erst die Corona-Pandemie hat das Thema Digitalisierung auf die politische Agenda gehoben. Auch in der „Flüchtlingskrise" haben sich Akteure aus Politik, Verwaltung und (Zivil-)Gesellschaft mit der Frage beschäftigt, wie die vorhandenen digitalen Möglichkeiten genutzt werden können, um die Kommunikation mit Migrant*innen und die Verwaltungsprozesse zu optimieren. Wie können angesichts komplexer Zuständigkeiten und Schnittstellen Abläufe verbessert werden? Welches Potenzial hat die Digitalisierung für die Teilhabe von Migrant*innen vor Ort? Oft geht zudem die Digitalisierung mit der Erhebung und Weitergabe personenbezogener Daten einher und wirft damit Fragen des Datenschutzes auf.

Auf Bundesebene verfolgt die aktuelle Koalition das Ziel, das Ausländerzentralregister zu einem „zentralen Ausländerdateisystem" als zentrale Datendrehscheibe in der Migrations- und Integrationspolitik weiterzuentwickeln. Zudem streben beispielsweise einige Kommunen die Einführung eines kommunalen Datenmanagements an, um Integrationsverläufe besser unterstützen zu können. Auch eine Sammlung aggregierter Daten („Integrationsmonitoring") wird von vielen Kommunen verfolgt, um eine bessere Steuerung von Integrationspolitik zu ermöglichen. Zudem haben kommunale Mitarbeiter*innen im Rahmen der Kontaktbeschränkungen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie digitale Kommunikationsmedien als neue Möglichkeit entdeckt, um mit Migrant*innen in Kontakt zu kommen oder zu bleiben.

Das vorgeschlagene Panel möchte diese Entwicklungen und die damit verbundenen politikwissenschaftlichen Fragestellungen in den Blick nehmen. Wir freuen uns über Einreichungen zu folgenden Fragen (nicht abschließende Liste):

- Wie ist der Stand der Digitalisierung in der Integrationsarbeit auf verschiedenen politischen Ebenen?
- Welche Besonderheiten bedingt die „Integration als Querschnittsaufgabe" in der Verwaltung für die Digitalisierung?
- Welchen Einfluss hat die Digitalisierung auf die Steuerungsfähigkeit von Akteuren im Bereich der Integration?
- Welchen Einfluss hat die Digitalisierung auf individuelle Integrationsverläufe, politische und gesellschaftliche Partizipation und gesamtgesellschaftliche Integrationsprozesse?
- Welche Besonderheiten des Datenschutzes bestehen im Bereich der Integration und wie werden diese umgesetzt?

Beiträge / Contributions:

Chancen und Hürden der Digitalisierung in der kommunalen Arbeitsmarktintegration? Drei Vorgehensweisen des Datenaustauschs und deren kontextabhängige Erfolgsaussichten

Dr. Christiane Heimann (Stiftung Universität Hildesheim), Boris Kühn (Stiftung Universität Hildesheim)

Abstract:

Arbeitsmarktintegration von Zugewanderten ist aktuell laut einer von uns durchgeführten Onlinebefragung die vordringlich relevante Aufgabe in der kommunalen Integrationsarbeit, gefolgt vom Themenbereich Bildung, der stark mit der Arbeitsmarktintegration zusammenhängt. Damit diese funktionieren kann, müssen die beteiligten Akteure, wie Zugewanderte, Integrationskoordinatoren,

Bildungsträger, Jobcenter und Arbeitgeber vor Ort zusammenarbeiten. Um diese Zusammenarbeit möglichst individuell passgenau und effizient zu gestalten, benötigt es eines Daten- und Informationsaustauschs zwischen den Beteiligten. In unserer Studie zum Datenmanagement in der kommunalen Integrationsarbeit mit 50 Kommunen, konnten wir mit Hilfe von Qualitativer Inhaltsanalyse nach Mayring drei typische Vorgehensweisen unterschiedlichen Digitalisierungsgrads identifizieren. Erstens, eine integrierte Datenbank mit Schnittstellen, die es den beteiligten Einrichtungen ermöglicht auf die für sie relevanten Informationen zuzugreifen. Zweitens, ein analoger Ordner geführt von den Zugewanderten, der Bildungszertifikate, Informationen über Arbeitserfahrung und Referenzen enthält und zu Terminen mit kommunalen Einrichtungen mitgeführt werden soll. Drittens, eine vertrauensbasierte Beratung und informelle Vernetzung kommunaler Akteure basierend auf Einverständniserklärungen zur Datenweitergabe der Zugewanderten. Unsere Studie zeigt, dass keine dieser Vorgehensweisen ein Patentrezept für alle Kommunen darstellt. Stattdessen gibt uns die Analyse von erfolgreichen und gescheiterten Projekten innerhalb der spezifischen Vorgehensweisen Aufschluss darüber, unter welchen Rahmenbedingungen welcher Grad der Digitalisierung erfolgsversprechend erscheint. Somit können wir strukturelle Gegebenheiten und Schlüsselakteure identifizieren, bei denen je nach Vorgehensweise in unterschiedlicher Art Überzeugungsarbeit geleistet werden muss.

Digitale Medien und Unterrichtsformate in Integrationskursen – Erfahrungen und Einschätzungen von Lehrkräften aus der Praxis

Ramona Kay (Forschungszentrum Migration, Integration und Asyl des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge), Dr. Anna Tissot (Forschungszentrum Migration, Integration und Asyl des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge)

Abstract:

Im März 2020 führten die ersten Corona-bedingten Einschränkungen zu einem Lockdown, der viele Kursträger zwang ihre Integrationskurse online weiterzuführen und entsprechende digitale Strukturen aufzubauen, um Migrant*innen weiter beim Erlernen der deutschen Sprache zu unterstützen und so auch in Zeiten der Corona-Pandemie soziale Teilhabe zu ermöglichen.

Im Rahmen eines Forschungsprojekts zur Evaluation der Integrationskurse (EvIk) des Forschungszentrums des BAMF untersucht eine qualitative Studie anhand von Leitfadeninterviews mit Lehrkräften aus allgemeinen Integrationskursen und Alphabetisierungskursen, welche Erfahrungen diese mit digitalen Medien und Unterrichtsformaten seit den pandemie-bedingten Einschränkungen gemacht haben und welche Auswirkungen dies auf ihre Teilnehmenden vor allem in Bezug auf ihren Lernerfolg und ihre Gruppendynamik hatte. Lehrkräfte, die weiterhin im Präsenzunterricht lehren und zumindest gelegentlich digitale Medien nutzen, wurden ebenso befragt wie Lehrkräfte, die mit ihren Kursteilnehmenden ins virtuelle Klassenzimmer gewechselt sind. Der Fokus liegt hierbei auf einer sozialwissenschaftlichen Fragestellung und nicht auf technischen oder didaktischen Aspekten im Umgang mit digitalen Medien. Die Interviews geben einen tieferen Einblick in handlungsleitende Einstellungen und Entscheidungen im Umgang mit digitalen Medien und zeigen, welche Einschränkungen (u. a. Probleme mit Onlineangeboten für Alphabetisierungskursteilnehmende) vorliegen, welche Vor- und Nachteile das virtuelle Klassenzimmer im Bereich der Integrationskurse bietet, welche Erfahrungen mit den jeweiligen digitalen Medien und Unterrichtsformaten gemacht wurden (z. B. mehr Möglichkeiten durch vielfältige Onlineangebote) sowie Bedarfe hinsichtlich der Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften im Bereich der digitalen Kompetenzen.

Annie™ MOORE: theory and practice of improving refugee resettlement

Dr. Alexander Teytelboym (University of Oxford)

Abstract:

We developed Annie™ MOORE, the world's first analytical tool for optimizing the initial placement of resettled refugees. Annie™ used a combination of machine learning and stochastic optimisation

techniques to maximise the employment of refugees while ensuring that they have access to relevant services in their hosting communities. Our dynamic placement algorithms are able to achieve approximately 98% of hindsight-optimal employment. We also discuss the potential for using refugee preferences in the matching system.

DoD07 | Fake News, Truth und Academic Freedom

Organisiert von / Organized by: Dr. Kriszta Kovács (WZB Berlin Social Science Center), Prof. Dr. Katrin Kinzelbach (Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg)

Chair: Prof. Dr. Tanja A. Börzel (Freie Universität Berlin),

Discussant: Prof. Dr. Katrin Kinzelbach (Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg), Dr. Kriszta Kovács (WZB Berlin Social Science Center)

Abstract:

Academic freedom is constitutive of the liberal script in so far as it is inherent to individual self-determination and social progress. International and European Law protect academic freedom as a core value, yet freedom of science and the academic profession are increasingly under pressure in many countries all over the world. Where academic freedom is contested, we often also observe rejection of scientific evidence and Expertise, alongside open attacks on (scientific) facts and findings. Why and how is academic freedom contested? Who contests it and how do different contestants and contestations relate to each other? Which arguments are employed? The panel invites contributions from various disciplines.

Beiträge / Contributions:

Regulating health communication in the post-truth era

Dr. Gábor Polyák (Eötvös Loránd University (Budapest); Centre for Social Sciences Hungarian Academy of Sciences Centre of Excellence), Dr. Krisztina Nagy (BUDAPEST UNIVERSITY OF TECHNOLOGY AND ECONOMICS)

Abstract:

As a global epidemic of the social media age, COVID-19 has also resulted in an “infodemic”, that means the uncontrolled spreading of false information about the health situation. Spreading of health information is a special intersection point of the freedom of speech, academic freedom and the fundamental right to life and health. The multiple human rights collisions require complex legislative achievement. The life and the health must be defended without suppressing the public debate and without censoring the academic research activities by maintaining a monopolistic centre of judging the truthfulness of scientific statements. Additionally, all these fundamental rights have an objective side: the freedom of speech provides as the guarantee of the accurate, comprehensive, and unbiased information of the audience, the academic freedom covers the state obligation to guarantee the institutional and financial conditions of the autonomous research activity, and the right to health means mainly the maintaining the healthcare institutions. The regulatory challenges and solutions are different concerning the professional health communication, the commercial communication and the health communication by laypersons.

As a result of the analysis, the paper provides a detailed regulatory map that also covers private regulation solutions and explores the factors that need to be considered when designing a comprehensive future regulation.

Between Neo-Liberal Management and the Christian Identity of the Nation: Academic Freedom in Poland Since 2015.

Prof. Dr. Marta Bucholc (University of Warsaw)

Abstract:

In 2015, the national-conservative majority came to power in Poland whose agenda included a revision of the country’s liberal course taken after 1989 transformation. While the subsequent history of the democratic backsliding in Poland has been subject to a range of scholarly analyses covering the fields of constitutional law, the organization of the judiciary, the legal treatment of minorities and, recently and

famously, abortion law, the domain of science and higher education has been left out almost entirely. This is partly due to the fact that no political takeover of the universities comparable to the developments in Hungary under Viktor Orbán has taken place in Poland after 2015. Instead of the expected ideological pressure related to the promotion of a national-conservative variant of Polish national identity with strong Catholic hueing, the long-awaited reform of higher education enacted in 2018 brought a new wave of neo-liberal management, with more ministerial micro-management of science, but with relatively little deviation from the previous liberal agendas. The reform went virtually uncontested. However, since 2020 a number of moves made by the ministry of science has made it clear that neo-liberal management can co-exist perfectly with the promotion of the politically sponsored Christian identity of the nation, and that the instruments created by the 2018 reform can be used to reduce academic freedom in research and teaching. In my talk, I will offer a brief overview of the vicissitudes of academic freedom in Poland since 2015, and present a diagnosis of the main challenges to freedom of research and teaching.

To what extent academic freedom is curtailed in Mozambique?

Prof. Dr. Nelson Casimiro Zavale (Eduardo Mondlane University (Mozambique) INCHER-University of Kassel (Germany)), Prof. Dr. Nelson Casimiro Zavale(Eduardo Mondlane University (Mozambique) INCHER- University of Kassel (Germany))

Abstract:

Like other sub-Saharan African countries, Mozambique faces two main challenges as regards to the possibility of academic freedom. First, despite recognition of academic freedom in main national and institutional law and regulations, the central government controls and takes the most important decisions on academic institutions, particularly on public higher education institutions, in matters regarding for example to appointment of senior leaders and managers, approval of the main universities statutes and allocation of funding. Second, as a result of neoliberal reforms – and more recently to the COVID-19 pandemic – public funding has been decreasing, and higher education institutions have been forced to turn to the market and donors for their financial survival and sustainability. Drawing from documentary analysis and key actors' opinions, this paper addresses how the different dimensions of academic freedom – namely freedom to research and teach, freedom of academic exchange and dissemination, institutional autonomy, campus integrity and freedom of cultural expression – are affected by the two and other contextual challenges in Mozambique

Crocodiles are there to get you: Exploring the intrinsic link between fear, self-censorship, and vigilantes in Bangladeshi Universities

Dr. Mubashar Hasan (Western Sydney University), Nazmul Ahasan

Abstract:

This paper investigates the state of academic freedom in Bangladeshi universities. In recent times, news of university professors being kidnapped , physically assaulted, arrested, remanded and thrown into jail have surfaced. In some cases, promotions have been halted and research grants not disbursed to academics who were deemed dissenters.Some were sent on forced leave or suspended for voicing their criticism or penning articles that went against regulated history and political narrative. Academics have faced violent physical attacks and have been investigated and suspended before being reinstated. Though the number of the academics persecuted are still very low, our research finds that a widespread fear is prevailing in the university campuses. We intend to identify the sources of fear and found through our in-depth interviews with the university faculties that: heavy political control over the universities by the ruling party, digital security act, campus vigilantes, fear of being publicly harassed and bullied have contributed in self censorship and created few no go zones for research such as state regulated political history of Bangladesh.

DoD08 | Humour as a form of critique and resistance in politics

Organisiert von / Organized by: Prof. Dr. Alexander Spencer (Otto-von-Guericke Universität Magdeburg), Daniel Beck (Otto-von-Guericke Universität Magdeburg)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Themengruppe „Diskursforschung“

Chair: Prof. Dr. Alexander Spencer (Otto-von-Guericke Universität)

Discussant: - Daniel Beck (Otto-von-Guericke Universität Magdeburg)

Abstract:

Politics is not a laughing matter as increasing uncertainty and autocratization in the world are not very funny. Similarly, political science tends to focus on either rather serious issues such as violent conflict, repression, and authoritarian regimes or seemingly rather dry topics such as voting procedures, regulation and bureaucratic politics. More recently however political science has discovered the funny side of politics as topic worthy of scientific attention. This panel wishes to contribute to this increased interest by bringing together papers which examine the role and function of humour in politics and might consider the following questions:

- Does political humour decrease or increase uncertainty? How does humour work in times of crisis?
- What does humour do in times of uncertainty and autocratization and how does it function in debates on political choice?
- How is humour a danger to autocratic regimes?
- How can humour be used as a form of critique or resistance against powerful and autocratic actors in politics?
- How is humour used by the powerful as a form of defence/insulation against criticism?
- How does humour contribute to uncertainty and the (de-)legitimation of politics?
- How can humour be applied as a style of politics or as a form of institutional communication?
- How can political humour be investigated from an aesthetic perspective?

Beiträge / Contributions:

Humour in an age of political insincerity

Dr. Alister Wedderburn (University of Glasgow)

Abstract:

Since at least Mikhail Bakhtin’s Rabelais and His World, literature on political humour has tended to focus on its use as part of emancipatory, anti-authoritarian political programmes. Humour has often been framed in this literature as a critical force: as something that fractures totalities, undermines power and the powerful, and facilitates the creative articulation of resistant subjectivities. In recent years, however, humour has been prominently mobilised by a number of populist, quasi-authoritarian political leaders, in ways that have undermined accountability, foreclosed debate, and legitimised violence. These grotesque, clownish manifestations of leadership (cf. Foucault, 2003) have combined appeals to humour with a fundamental political insincerity: rather than seeking to naturalise or universalise values, these projects instead thrive upon social fragmentation, provocation, and conflict as ends in themselves.

In response to these developments, a number of scholars have followed Bruno Latour (2004) in suggesting that critique itself has ‘run out of steam’. If the critical project now appears to be stumbling and/or unsure of itself, what are the implications for scholars of humour, who have so often yoked their object of study to this project? What power does humour have in relation to political programmes that gleefully and often jokingly repudiate any sincere claim to naturalness, honesty, truth or virtue? This paper explores the possibilities and limits of humour in an age of political insincerity, asking what challenges the present moment poses to scholars of humour and politics, and to our emancipatory hopes.

Laughing Seriously About Our Struggles: Culture Jammers in the (Former) Eastern Bloc

Lucie Janotová (Scuola Normale Superiore, Florence, Italy)

Abstract:

There are times when reality is so absurd that the only means of resistance left seems to be absurdity itself. With "traditional protest – the march, the rally, the chants – [being] just bad theatre," (David Solnit quoted in Duncombe 2007, 24) activists have been experimenting with alternative creative interventions in order to break through apathy and fear, and spark participation. This is especially true for oppressive regimes, where direct participation in protests is often too risky or virtually impossible.

In this paper, I focus on Central European humorous grassroots movements, which used absurdity and humour as a tool of civil disobedience in oppressive and backsliding environments. After introducing a theoretical background for the study of humorous performances as an alternative protest tool, I proceed to a comparative case study of two movements that heavily relied on humor in their activities: The Polish Orange Alternative movement active predominantly in the 1980s, and the Hungarian Two-Tailed Dog Party. The aim of their humorous performances was simple: through subversion, appropriation, and adaptation of dominant discourses they managed to "mine" mainstream culture and revealed its inherent inequalities, hypocrisies, and incongruities; exposed social, political, and economic problems; attracted bystanders; recruited new members; and mobilized the public to act.

This shows that despite being often overlooked in mainstream social sciences, humorous contentious performances played and still play an important role in nonviolent protests. I believe that focusing on their historical use might be of great importance for understanding possible forms of creative dissent in contemporary backsliding democracies.

The affirmation of new parties through political humor – the emergence of the Liberal Initiative in Portuguese Politics

Prof. Dr. Bruno Ferreira Costa (University of Beira Interior)

Abstract:

The analysis of the emergence of new parties and new forms of political communication represent one of the most recent ways to address electoral campaigns, political systems and the way of transmitting political content. The paradigm shift in the format and procedures for transmitting political content during an electoral campaign leads to the need to address the professionalization of communication, the use of alternative communication models, as well as the caricature of politics through humor.

The Portuguese legislative elections (2019) were marked by the entry into parliament of three new political parties, with one of the parties, the Liberal Initiative, betting on a strategy associated with the creation of differentiated content, mixing a thematic approach with irony and humor in defense of certain political measures.

The current approach corresponds to the challenge of facing politics as a media stage, a space for simplifying the message, adding, or involving new target audiences, traditionally more distant from politics. Does humor can create a significative popular support for a particular party or candidate? Is it possible to effectively convey the intended message through humor? In the present investigation we analyze the format and message adopted in the electoral outdoors through the campaign period in Portugal (2019), seeking to highlight the importance of humor in the context of electoral competition.

The present study, with a qualitative approach, relies on content analysis and semiotics in the study of messages and the format adopted by the Liberal Initiative in 2019 electoral outdoors.

When Pooh meets Xi---the cost or gain of the humor?

Dr. Yung-Yung Chang

Abstract:

While personal and partisan ridicule has been a tradition in Anglo-American democratic countries, political humor or joke does not appeal to one-man or one-party regimes, eg. China. That is, while some politicians in Europe 'collect' jokes about themselves, politicians in authoritarian regimes collects "people who collect jokes" about them (Rose, 2001). This paper aims to explore the influence of the political humor in China, a country with authoritarian regime. The paper would like to focus on three major parts:1. examine the essence of the political humor in Chinese sense. How political humor is perceived by the authorities and public in China? (An indicator of freedom of speech or merely an instrument to alleviate political pressure? A boost or an obstacle for the CCP to legitimate its authoritarian regime?) In what occasions or when could the political humor be observed? How to define political humor in China? (what kinds of political humor are acceptable or even encouraged and what are absolutely considered as taboo?) That is, what kinds of political humor will be the target of Chinese government's censorship? 2.How the Chinese central government deals with the 'unacceptable' political humor? How China 'switch on' its censorship tools to fight against those not acceptable political humor? 3. What are the consequences led by fighting against the political humor? Namely, this part would like to analyze the 'side effects' triggered by the political humor, mainly in economic and political aspects. In brief, the paper takes political humor in China not as a single action conducted by one agent but a chain reaction that can lead to various economic and political effects.

To tackle the questions above, the paper would study the empirical case of the political humor that originated from the image of the cartoon figure, Winnie the Pooh, which seems to resemble Chinese president Xi Jinping; and the following chain reactions from the CCP to respond to this 'political humor' (e.g. ban the Disney film in 2018, censor the appearance of the figure in social media). The analytic framework in this paper will be based on three main elements: agent (who makes the political joke: internal officials, public, external actors, etc.), contents (make a joke about what: sensitive issues, issues that touch upon national core interests, etc.), narrative object (make a joke about whom: government officials, political activists, etc.). Finally, the article will conclude with the general assessment of the relations between political humor and political freedom.

DoD09 | Ignored Authors, Marginalized Documents – (Dis)continuities in the History of Political Thought

Organisiert von / Organized by: Dr. Dennis Bastian Rudolf (Universität Rostock), Valerian Thielicke (Universität Rostock), Dr. Clara Ruvituso (Ibero-Amerikanisches Institut)

Chair: Dr. Clara Ruvituso (Ibero-Amerikanisches Institut), Dr. Dennis Rudolf (Universität Rostock), Valerian Thielicke (Universität Rostock)

Discussant: Dr. Clara Ruvituso (Ibero-Amerikanisches Institut), Dr. Dennis Rudolf (Universität Rostock), Valerian Thielicke (Universität Rostock)

Abstract:

Times of uncertainty have always been catalysts for political thinking, because they provoke reflection and open up alternatives. However, while societal challenges today usually unfold globally, the horizons of debate often remain limited. Thus, most university curricula and textbooks on the history of political thought in Germany focus on a particular group of authors: White men from Western Europe and the United States – women are rarely featured, authors from other contexts almost never (see Brocker 2006; Llanque 2012; Ottmann 2001). Only a few exceptions look beyond this horizon (see Babb 2018; Salzborn 2018), which leads to a problematic self-restraint in dealing with superordinate questions or common sources.

Internationally, with the emergence of Comparative Political Thought (CPT), a corrective has formed in recent years, which is already broadly differentiated in its approaches and epistemological interests (Ackerly/Bajpai 2017; Little 2018), but has received little attention in Germany to date. With the goal of demystifying the difference between the idealized thinking of the "Western" center and the marginalized thinking of the "non-Western" periphery (March 2009), it tries to deconstruct or complement a problematic Western universalism.

Since it is precisely the non-Western perspective on the West that is characterized by a distinct power of observation, the panel invites contributions from all areas and perspectives of CPT to discuss

- detailed analyses of ignored non-Western authors and marginalized documents
- as well as comparisons of authors between non-Western or with Western contexts.

In this way, the panel aims to point out simultaneities and similarities as well as discontinuities and differences in the history of political thought, to provide inspiration for supplementing university teaching, to develop new research debates and to explore alternative paths for common problems.

Beiträge / Contributions:

Against equality? Current positions in Chinese criticism on Western democracy

Dr. Alexander Weiß (Helmut Schmidt Universität Hamburg)

Abstract:

Among those theoretical positions in China criticizing Western democracy, obvious ideological support of the Chinese regime (as in the Qiushi-Journal of Political Theory) stands next to contributions with great theoretical relevance on global range.

Wang Hui's (2019) critique on liberal depolitization, Daniel A Bell's (2015) suggestion of a meritocratic 'China Model' which would be superior to Western democratic mediocracy, or Bai Tongdong's recent claim against political equality in the West take standpoints with a distance to Western and Chinese realities, at the same time, and are, thus, unsuspicious of merely criticizing Western democracy for the sake of indirectly affirming the Chinese regime. The variety within the contemporary theoretical discourse on democracy in China has been mapped by He Li (2014).

The contribution intends to take the Chinese critique theoretically seriously, in order to enrich democratic theory with them, without falling into the trap of supporting Chinese political positions. It systematizes topoi and arguments on Western democracy from the 'marginalized discourse' of

contemporary Chinese democratic thought and, thereby, follows Leigh Jenco's (2015) dictum of Chinese experiences – as expressed in theoretical texts – being as relevant for global political theory as Western ones. It also supports Melissa William's (2020) claim for 'Deparochializing Political Theory', however, in a seemingly refractory context.

References:

Tongdong Bai (2019): Against Political Equality: The Confucian Case. Princeton University Press.

Daniel A. Bell (2015): The China Model: Political Meritocracy and the Limits of Democracy. Princeton University Press.

Wang Hui (2010): The End of Revolution: China and the Limits of Modernity. Verso.

Leigh K. Jenco (2015): Changing Referents: Learning Across Space and Time in China and the West. Oxford University Press.

He Li (2014): Chinese Intellectual Discourse on Democracy. Journal of Chinese Political Science, 19(3), 289-314.

Melissa S. Williams (ed.) (2020): Deparochializing Political Theory. Cambridge University Press.

Shared Anxieties in Late Modernity: Between 'Weak Thought' and Salafi Islamism

Prof. Dr. Massimo Ramaioli (Habib University)

Abstract:

This paper seeks to juxtapose and contrast two systems of thought: on the one hand, a philosophical movement born in Italy in the early 1980s, which has gained famed in the academia as 'Weak Thought' (Pensiero Debole); on the other, a socio-religious trend within Sunni Islam, known as Salafism (Salafiyyah), whose origins are more nebulous, but that has earned prominence roughly from around the same time in various loci of the Muslim world. In establishing this pairing, I wish not to presuppose Weak Thought philosophy as a representative of 'western' way of thinking staked against a Salafi ideational system performing as the token 'eastern' counterpart. Rather, I intend to frame both of them as instances of reflection on (late) modernity, a time they both inhabit. I submit that this unlikely juxtaposition may in fact reveal parallels and similarities when it comes to common anxieties that (late) modernity aroused in both movements. First, both movements recognize and appraise the progressive erosion, in modernity, of metaphysical grounding. Second, they both veer away from the tools provided by modern epistemology to provide answers to such an issue: Weak Thought by turning to a purely rhetorical and discursive truth, and Salafism by reverting to a revealed truth. And last, they address the past as a repository of potential remedies: Weak Thought by proposing a different attitude towards the past (the idea of 'pietas' or 'compassion') capable of allaying modernity induced anxieties; Salafism by framing a past golden age to serve as template of virtue for the current times.

The Neo-conservative Political Thought in the Semi-periphery: the Case of Brazil

Dr. Claudia Zilla (Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin)

Abstract:

In times of uncertainty, the intensification of political thinking and reflection does not only lead to new ideas and views. Nor does the problematization of Western universal-ism necessarily imply the revaluation of subaltern cultures. Criticism of the biased and restrictive character of the academic canon does not automatically foster a more inclu-sive approach in terms authors' gender and origin. The neo-conservative political though in today's Brazil shows that the opposite may be the case. Representatives of this intel-lectual current idealize the past, advocate for the appreciation of the Western civiliza-tion and call for Brazil's identification with it. They promote the vindication of national-ism and religion against "globalism" and secularism, of Christian traditions and particu-larism against common abstract values. In my paper, I analyze this line of thinking, its connections with political romantic and cultural pessimism of the European pre-war era as well the adaptions to a semi-peripheral context in the present day.

Édouard Glissant's Archipelagic Thought as a Model for Democratic Politics

Dr. Javier Burdman (University of Strasbourg)

Abstract:

The paper reads Martinican writer Édouard Glissant's idea of "archipelagic thought" as a model for democratic politics in a context of multiplication of intercultural relations. Democratic theorists have repeatedly turned to European philosophers such as Arendt, Wittgenstein, Derrida, Deleuze, and Rancière, in order to affirm democratic contestation without subordinating it to fixed, pre-political standards. By contrast, the views of non-Western authors influenced by the experience of colonialism have received scarce attention. I believe that turning to non-Western authors can help us understand some of the practices of exclusion and domination performed by Western democracies upon non-Western or non-European populations, as well as possible practices of democratic resistance beyond the Western model. Glissant's "archipelagic thought," inspired in the Caribbean archipelago, constitutes a model of intercultural relation that can orient democratic practices in a context of growing multiculturalism.

The paper has three parts. The first part introduces Glissant's thought to debates in democratic theory. I show that a central concern in Glissant is the possibility that the Martinicans develop an identity that transcends the position of colonized population, which intersects with debates around the democratic contestation of assigned social positions. The second part reconstructs Glissant's conception of "archipelagic thought." I argue that archipelagic thought stems from Glissant's critique of "transparency" and his corresponding defense of "opacity." Transparency refers to the ideal of mutual understanding that underlies Western political philosophy. According to Glissant, this ideal leads to the imposition of the language of Western societies upon colonized peoples. As a response, Glissant defends a conception of intercultural communication based on opacity, that is, on the acceptance that the perspective of other cultures remains to some extent beyond our understanding. The third part situates Glissant's position within debates in democratic theory. I contrast Glissant's "archipelagic thought" with Habermas's theory of communicative rationality, as well as with Zerilli's theory of judgment based on the imagination and common sense. I claim that while archipelagic thought is closer to agonistic theories of democracy, such as those of Rancère, Laclau, and Mouffe, it contains an ethical dimension that such theories often lack. While Glissant shares the view that no universal principle can overcome disagreement, he believes that the affirmation of opacity between perspectives can orient a new kind of ethical relationship among different groups.

DoD10 | Krise Politischer Repräsentation? Einstellungen zu Parlamentarischer Repräsentation (I)

Organisiert von / Organized by: Prof. Dr. Stefanie Bailer (Universität Basel), Prof. Dr. Thomas Zittel (Goethe-Universität Frankfurt)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Themengruppe „Vergleichende Parlamentarismusforschung“

Chair: Prof. Dr. Thomas Zittel (Goethe-Universität Frankfurt)

Discussant: Prof. Dr. Stefanie Bailer (Universität Basel)

Abstract:

Die Einstellungen der Bürger hinsichtlich der politischen Ordnung, in der sie leben, ist zentral für deren Funktionsfähigkeit. Die aktuelle öffentliche Debatte zeichnet an diesem Punkt ein dystopisches Bild zum Zustand der Repräsentativen Demokratie, das durch enttäuschte Erwartungen, Mißtrauen, und zunehmende affektive Distanz gekennzeichnet ist. Dieses Panel zielt auf eine differenzierte Bestandaufnahme der subjektiven Wahrnehmungen der Bürgerinnen und Bürger zur Repräsentativerfassung. Es ist offen für Papiere, die sich aus empirischer Sicht mit der Frage beschäftigen, welche Elemente der Repräsentativen Demokratie wie von den Wählerinnen und Wählern bewertet werden, und durch welche Faktoren und Motivationen diese Einstellungen zu Parlamentarischer Repräsentation erklärt sind. Willkommen sind entsprechende Analyse zu den strukturellen, den personellen, und den handlungsbezogenen Grundlagen Parlamentarischer Repräsentation. Dies kann z.B. Analysen zur Beurteilung von Karrierepolitikern umfassen, zur Wahrnehmung von Parteigeschlossenheit bzw. parlamentarischen Parteien, oder zu Koalitionsbildungsprozessen oder Wahlsystemen. Von Interesse sind sowohl international vergleichende Analysen wie auch Analysen im Längsschnitt oder theoriegeleitete Fallstudien.

Beiträge / Contributions:

Does Politicians’ Quality matter? On the effects of Legislative Effectiveness and Voter orientation

Prof. Dr. Stefanie Bailer (Universität Basel), Prof. Dr. Nathlie Giger (Universität Genf)

Abstract:

Politicians – and in particular career politicians - have a reputation for being distant from voters and not acting in their interests, meaning that voters mistrust them Mistrust in politicians is problematic since politicians, and in particular parliamentarians, play a crucial role in legitimising representative democracy. However, we do not know whether rather unchangeable traits of politicians (such as age, career path and profession) or changeable factors such as the behavior of politicians (their legislative effectiveness and their voter orientation) impact their evaluations. Based on a survey experiments conducted in Switzerland, Germany, and the UK, we will study how voters perceive career politicians, to which extent this depends on unchangeable traits (particularly career path, but also age and profession) and changeable factors such as performance in parliament and the constituency.

How citizens feel about participatory electoral rules. Evidence from a Vote Advice Application offered in 33 Hesse communities in der 2021 local elections

Prof. Dr. Thomas Zittel (Goethe-University Frankfurt), Dr. Christian Stecker (TU Darmstadt), Dr. MichaelJankowski (Universität Oldenburg)

Abstract:

Representative democracy is under increasing pressure to provide new opportunities for participation. This also has stimulated debates about next steps in electoral reform, especially about lowering the voting age and providing opportunities to take choices on candidates rather than parties. This paper asks about the extent to which citizens subscribe to this agenda and about their motivation of doing so.

While electoral reform is acknowledged to be affected by self-interested parties, we know less about the concerns and motivations of voters in this regard and how it might affect electoral reform. This paper explores this issue in view of novel voter level data that result from a Vote Advice Application (VAA) and that explore support for lowering the voting age in local elections and for personalized electoral rules. This VAA was offered in 33 Hesse communities in the 2021 local elections and thus taps into broad universe of voters. These data particularly allow to explore the extent to which voters differ from parties in their support for lowering the voting age and personalized electoral rules and to what extend their preferences for participatory electoral rules are driven by socio-structural factors such as education, party political affiliations and preferences, or electoral context, i.e. whether citizens live in rural or urban communities and face centralized or rather fragmented party systems.

Kompromiss mit dem Koalitionspartner auf Kosten von Wahlversprechen? Was Bürger:innen (nicht) von ihren Parteien wollen

Dr. Theres Matthieß (MZES, Universität Mannheim)

Abstract:

Haben Bürger:innen Verständnis für Parteien, die ihre Versprechen brechen? Das Ideal der Promissory Representation und das Responsible Party Model erwarten, dass Parteien vor einer Wahl Versprechen formulieren und diese einhalten, wenn sie Teil der Regierung werden. Auch in öffentlichen und medialen Debatten spielen Wahlversprechen und deren (Nicht-)Umsetzung eine große Rolle. Empirisch gesehen setzen Parteien im Schnitt zwar eine Mehrheit ihrer Wahlversprechen um, wie eine wachsende Zahl vergleichender Studien zeigt, aber nicht immer und überall werden sie dem normativen Ideal der Promissory Representation gerecht. Der Bruch von Versprechen ist nicht nur eine Folge von Unwillen und Unehrlichkeit der Parteien, sondern auch von Kompromissen mit anderen politischen Akteuren, wie dem Koalitionspartner. Bislang wissen wir jedoch nicht, was die Bürger:innen von Parteien in solchen Konfliktsituationen erwarten und wie (in)tolerant sie sind, wenn Parteien von ihren ursprünglichen Versprechen abweichen, um Kompromisse zu schließen. Diese Studie analysiert die Erwartung von Wähler:innen auf Basis einer repräsentativen Online-Befragung, die in Deutschland mit mehr als 10.000 Befragten durchgeführt wurde. Durch das Verhältniswahl- und Mehrparteiensystem sind Koalitionen – und damit auch die Notwendigkeit zu Kompromissen und Abweichung von Wahlversprechen einzelner Parteien – in Deutschland politische Realität. Es zeigt sich, dass die Bürger:innen hohe Ansprüche an die Parteien haben und eine Mehrheit die Umsetzung von Wahlversprechen auf Kosten von Koalitionskompromissen präferiert. Darüber hinaus verringern geringes politisches Vertrauen, geringes politisches Wissen und die Unterstützung einer permanenten Oppositionspartei die Toleranz der Bürger:innen für die Abweichung von Wahlversprechen. Diese Ergebnisse haben wichtige Implikationen für unser Verständnis von politischer Repräsentation und demokratischer Legitimität.

Voters' Preferences on Compromise and Logrolling During Coalition Talks

Alejandro Ecker (Universität Heidelberg), Thomas M. Meyer (Humboldt-Universität zu Berlin), Carolina Plescia (University of Vienna)

Abstract:

In election campaigns, parties fight for voters based on policy proposals which they aim to implement after the election. Yet, in multi-party systems where no single party wins the majority of seats in the legislature, government policy is eventually the result of (post-election) bargaining processes between potential coalition partners. In this paper, we study which policy concessions voters are willing to accept during coalition talks. We argue that voters prefer logrolling in coalition negotiations to policy compromises. Rather than seeking compromises on individual issues, parties should therefore try to find mutually beneficial deals where each party gets to keep its position on the issues most important to its respective party supporters. We test these expectations based on a survey experiment (N=2,000) in the context of the 2021 Dutch general election where we ask voters to evaluate potential outcomes of potential coalition negotiations. Our results shed light on the mass-elite linkage during the

government formation process and have wider implications for political representation, government formation, and public policy.

DoD11 | Krisenbewältigung durch Politik, Verwaltung und Gesellschaft in Deutschland (I)

Organisiert von / Organized by: Prof. Dr. Steffen Eckhard (Universität Konstanz), Prof. Dr. Nathalie Behnke (Universität Darmstadt)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Sektion „Policy-Analyse und Verwaltungswissenschaft"

Chair: Prof. Dr. Steffen Eckhard (Universität Konstanz), Prof. Dr. Nathalie Behnke (Universität Darmstadt)

Discussant: Prof. Dr. Steffen Eckhard (Universität Konstanz), Prof. Dr. Nathalie Behnke (Universität Darmstadt)

Abstract:

Das frühe 21. Jahrhundert brachte eine Häufung an Krisen mit sich – Migrationsbewegungen, Umweltkatastrophen und Pandemien –, die staatliche Entscheider vor neue Herausforderungen der Krisenbewältigung stellen. Diese Krisen sind von einer erhöhten Interdependenz und Komplexität geprägt, da sie Grenzen zwischen Politikfeldern, administrativen Zuständigkeiten und Zeiträumen überschreiten (Ansell, Boin, & Keller, 2010). Dadurch wird auch die Krisenbewältigung zu einer umfassenden Herausforderung für die Funktionalität politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Systeme (Kuipers & Welsh, 2017; Rosenthal, Charles, & 't Hart, 1989). Papiere im Panel analysieren insbesondere mit Blick auf die deutsche Situation das Zusammenspiel von Verwaltungshandeln und Politik einerseits, und deren gesellschaftliche Konsequenzen andererseits. Dabei wird als Krisenkontext nicht ausschließlich die Covid-19 Pandemie betrachtet, sondern auch andere Krisen, wie Migrations- und Umweltkrisen einbezogen, um allgemeine Trends und Effekte besser erfassen zu können.

Beiträge / Contributions:

Grenzregionale Räume der Krisenbewältigung. Politik, Verwaltung und Gesellschaft an der Grenze zu Polen

Dr. Peter Ulrich (Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung/ Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg), Dr. Norbert Cyrus (Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder))

Abstract:

Internationale Krisen werden häufig an nationalen Grenzen bewältigt. Die Migrationskrise führte zur Neubegrenzung zwischen den Staaten innerhalb und außerhalb der EU. Die gegenwärtige Corona-Pandemie setzt auf Grenzkontrollen zur Zerschlagung transnationaler Mobilitäts- und Infektionsketten. Diese meist national umgesetzten Krisenbewältigungsmaßnahmen werden im föderalen System Deutschlands durch die Bundesregierung in Abstimmung mit den Landesregierungen verordnet und im Mehrebenensystem der Verwaltungen umgesetzt. In grenzbezogenen Krisenbewältigungsmaßnahmen werden auch Absprachen und Entscheidungen mit Politik und Verwaltung der Nachbarstaaten vollzogen. Gesellschaft(en) in Grenzregionen können ablehnend gegenüber politischen Maßnahmen sein, wenn die Lebenswirklichkeiten durch nationale und Verwaltungsgrenzen durchschnitten werden.

Der Beitrag diskutiert Handeln von Politik und Verwaltung im deutschen Mehrebenensystem (national, regional, lokal) und die Umsetzung von Krisenbewältigung am Beispiel der Migrations- und Corona-Krise und die gesellschaftlichen Effekte an der Grenze zu Polen. Somit liegt der Fokus auf das Krisenmanagement der Bundesregierung und die politischen Interaktionen mit der subnationalen Ebene in Sachsen, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern, sowie der Regierung in Polen. Anhand der Corona-Krisenbewältigung wird verdeutlicht, wie nationale Krisenbewältigung teilweise ohne Rücksicht auf gesellschaftliche Verflechtungen vollzogen wird. Die Diskussion um die Grenzschließungen, den kleinen Grenzverkehr und Ausnahmen für Pendler zeigt auf, dass Grenzschließungen auch einem Aushandlungsprozess unterliegen, dessen Ausgang Effekte auf die (grenzübergreifende) Gesellschaft(en) tätigen. Zivilgesellschaftliche Proteste und weitere sozioökonomische Effekte zeigen die gesellschaftlichen Auswirkungen im deutsch-polnischen

Grenzraum. Abschließend wird diskutiert, wie grenzüberschreitende Maßnahmenräume der Pandemiebewältigung zwischen Politik, Verwaltung und Gesellschaft konzipiert und zukünftig etabliert werden können.

Dr. Peter Ulrich ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung (IRS) Erkner und an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg. Er wurde 2019 an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) am Lehrstuhl für Europäische und Internationale Politik promoviert. Seine Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der Governance- und Partizipationsforschung und Public Policy mit Fokus auf grenzüberschreitende Verwaltungszusammenarbeit in den deutschen Grenzregionen. Peter Ulrich hat zahlreiche Beiträge zu politischen und administrativen Maßnahmen sowie den Effekten der Grenzschließungen an der deutsch-polnischen Grenze im Zuge der Corona-Pandemie verfasst.

Der Beitrag basiert auf einem Artikel, der zusammen mit Dr. Norbert Cyrus für das BBSR verfasst wurde und angenommen worden ist. Dr. Norbert Cyrus wird nicht an dem Kongress vortragen.

Regierungspolitik in Krisenzeiten. Der Einfluss von gesellschaftlichem Problembewusstsein und innerstaatlicher Präferenzbildung

Dr. Michael Franke (Bergische Universität Wuppertal)

Abstract:

Seit über einer Dekade sind die europäischen Staaten immer wieder mit unterschiedlichen Krisenphänomenen konfrontiert. Der vorliegende Beitrag zielt darauf ab, Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Regierungspolitiken Deutschlands und weiterer ausgewählter europäischer Länder in Krisenzeiten zu erklären. Unter welchen Bedingungen unterscheidet oder ähnelt sich daher das politische Krisenmanagement der Staaten? Zeichnen sich bei den Reaktionen auf die unterschiedlichen Krisenphänomene Muster ab? Und falls ja: Wie lässt sich dieser Umstand erklären? Der Beitrag liefert Antworten, indem er auf Ansätze der innerstaatlichen Präferenzbildung zurückgreift. Es wird argumentiert, dass das in der Wählerschaft dominierende Problembewusstsein sowie gesellschaftliche Wertvorstellungen und Partikularinteressen als unabhängige Variablen die Regierungspolitiken in Krisenzeiten strukturieren und erklären. Der politische Entscheidungsprozess wird dabei in drei Schritten gemessen. Er umfasst erstens das politische Gewicht, das einem Thema beigemessen wird, bestimmt durch das in der Gesellschaft vorhandene Problembewusstsein. Zweitens wird der politische Diskurs erörtert, der durch gesellschaftliche Vorstellungen bestimmt wird. Drittens erfolgt eine Analyse der konkreten politischen Maßnahmen, die durch Partikularinteressen bestimmt werden. Diese theoretischen Annahmen bieten einen analytischen Rahmen, der empirisch getestet werden kann, indem die Reaktionen der betrachteten Regierungen auf drei große Krisen innerhalb der letzten Dekade Jahre verglichen werden: die globale Finanzkrise von 2008 bis 2009, die Migrationskrise von 2015 bis 2016 und die Covid-19-Pandemie von 2020 bis heute. Diese drei Krisen haben ihren Ursprung in sehr unterschiedlichen Politikbereichen und stellen Fallstudien mit einem hohen Maß an Varianz dar. Daher können Schlussfolgerungen bezüglich Ähnlichkeiten zwischen Regierungspolitiken zu verschiedenen Zeiten und verschiedenen Arten von Krisen als besonders signifikant erwartet werden.

Vertrauen in Krisenzeiten: Fallstricke der Zusammenarbeit zwischen Freiwilligen und Kommunalverwaltung

Alexa Lenz (Universität Konstanz)

Abstract:

Die sogenannte "Flüchtlingskrise" 2015/16 löste eine erhebliche Welle der Solidarität und des freiwilligen Engagements aus. Im Verlauf der Krise engagierten sich schätzungsweise fünfzig Prozent der deutschen Bevölkerung freiwillig für Flüchtlinge, fünfundzwanzig Prozent davon aktiv. Für viele Beobachter bedeutete dies eine Renaissance der Zivilgesellschaft und den Beginn einer neuen Aufgabenteilung zwischen staatlichen, wirtschaftlichen und privaten Akteuren. Trotz der positiven Konnotation des freiwilligen Engagements für Resilienz und sozialen Zusammenhalt, wird in diesem

Papier argumentiert, dass freiwilliges Engagement nicht automatisch positive Effekte für die beteiligten Bürger mit sich bringt und eine genauere Untersuchung des demokratiefördernder Kontext für freiwilliges Engagement nötig ist. Dafür wird die Bewertung der Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren und kommunaler Verwaltungen in Deutschland genauer untersucht. Die Ergebnisse zeigen, dass vor allem Flexibilisierung und Einbindung durch die Verwaltung die Zusammenarbeit positiv beeinflussen. Zugleich kann die enge Interaktion mit der überlasteten lokalen Verwaltung auch negative Auswirkungen auf das Maß an Vertrauen und Legitimität haben, das Freiwillige ihrer lokalen Verwaltung zuschreiben und somit die allgemein positiven Effekte zivilgesellschaftlichen Engagements etwas relativieren. Methodisch stützt sich das Papier auf Umfragedaten von 1.050 Freiwilligen, die während der Krise 2015/16 engagiert waren.

DoD12 | Mehr denn je: Wir haben die Briefwahl!

Organisiert von / Organized by: Prof. Dr. Thorsten Faas (Freie Universität Berlin), Dr. Aiko Wagner (Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB))

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Arbeitskreis „Wahlen und politische Einstellungen“

Chair: Prof. Dr. Thorsten Faas (FU Berlin), Dr. Aiko Wagner (WZB)

Discussant: Prof. Dr. Sigrid Rossteutscher (Goethe-Universität Frankfurt)

Abstract:

Die Möglichkeiten des early oder convenience voting wird vielerorts in zunehmendem Maße von den Bürger*innen genutzt. Durch die Corona-Pandemie erhält das Thema zusätzliche Relevanz: In Deutschland gab es Überlegungen, die Bundestagswahl 2021 als reine Briefwahl stattfinden lassen zu können. Vermehrte oder ausschließliche Briefwahl wurde auch in den französischen und bayrischen Regional- und Lokalwahlen sowie den Präsidentschaftsvorwahlen in Polen und den USA diskutiert.

Aber auch jenseits dessen ist Briefwahl in Deutschland von großer Bedeutung, wie die steigende Nutzungshäufigkeit der Briefwahloption zeigt. Seit 1990 nimmt der Briefwähler*innenanteil deutlich zu und erreichte 2017 einen Rekordwert von fast 30% der Wähler*innen. Zugleich gibt es bemerkenswerte Unterschiede zwischen Regionen, aber auch den Stimmenanteilen einzelner Parteien.

So drängend die Fragen aus öffentlicher Sicht offenkundig gerade sind, so spärlich sind bisher die Antworten, die die akademische Wahlforschung zum Thema anzubieten hat. Diese Lücke wollen wir ein Stück weit mit dem vorliegenden Panel schließen. Vor dem Hintergrund der vermehrten Nutzung, der Unterschiede im Abstimmungsverhalten und dass die Bundestagswahl 2021 im Pandemiefall potenziell als reine Briefwahl stattfinden könnte, suchen wir nach Vorträgen, die sich den Themen des early, postalischen oder elektronischen Wählens nähern, etwa mit Blick auf die Nutzung auf verschiedenen Ebenen des politischen Systems (Bund, Land, Gemeinde, Europa), normative und rechtliche Fragen der Briefwahl, parteipolitische Perspektiven oder Fragen der electoral integrity. Dabei sind vergleichende Perspektiven – über Zeit, aber auch im internationalen Vergleich – sehr willkommen.

Beiträge / Contributions:

COVID-19 und Briefwahlnutzung in Deutschland

Dr. Aiko Wagner (Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB))

Abstract:

Seit Beginn der COVID-19-Pandemie ist die Briefwahl stärker in den Fokus der politischen wie auch der wissenschaftlichen Debatte gerückt. Aufgrund des höheren Infektionsrisikos wären Wähler*innen gegebenenfalls eher geneigt, am Wahltag zu Hause zu bleiben und stattdessen die Möglichkeit der Briefwahl zu nutzen. In diesem Zusammenhang wird viel über die demokratische Qualität und die Integrität der verschiedenen Formen der verschiedenen Varianten des Vorabwählens sowie über parteipolitische Vor- und Nachteile diskutiert. Es gibt jedoch nur wenige Studien, die den Einfluss der Ausbreitung von COVID-19-Fällen auf den Anteil der Vorabwähler*innen klären - (Wie sehr) erhöht die COVID-19-Pandemie die Briefwahlnutzung? Machen die Bürger*innen häufiger von der Briefwahl Gebrauch, wenn das Corona-Virus stärker verbreitet ist? In diesem Beitrag untersuchen wir den Effekt der COVID-19-Pandemie auf den Anteil der Briefwähler*innen bei deutschen Kommunalwahlen. Durch den Vergleich von Daten der Kommunalwahlen 2020 und 2014 in Bayern analysieren wir den Effekt der (Varianz in der) Ausbreitung von COVID-19-Fällen auf die (Varianz in den Anteilen der) Briefwahl bei einer Kommunalwahl. Unsere Ergebnisse deuten jedoch weniger auf einen lokalen, sondern auf einen globalen Effekt bei der Erhöhung der Wahlbeteiligung hin.

Der hessische Briefwähler bei der Gemeinderatswahl

Malte Cordes (Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg)

Abstract:

Die bisherigen Untersuchungen in Deutschland zu den Briefwählern nahmen die Bundestagswahlen als Hauptwahlen in Fokus. Dieser Beitrag möchte hingegen den Blick auf Nebenwahlen lenken und mit einer Untersuchung der Gemeinderatswahlen im Bundesland Hessen eine Forschungslücke verkleinern. Erhobene Individualdaten nach der am 14. März 2021 stattfindenden Gemeinderatswahl dieses Landes ermöglichen eine nähere analytische Betrachtung der dortigen Briefwähler. Wer nutzt die Option der Briefwahl bei einer Nebenwahl auf Kommunalebene? Finden sich Unterschiede in den einzelnen Bevölkerungsgruppen zwischen Briefwählern und Urnengängern bezüglich des Alters, des Geschlechts und der Bildung? Existieren darüber hinaus bei regional bedingte Unterschiede zwischen den urbanen und ländlichen Räumen bei Entscheidung für eine der beiden Optionen der Stimmabgabe?

Die Reform des hessischen Kommunalwahlrechts erlaubt den Wählern seit der im Jahre 2001 stattgefundenen Gemeinderatswahl, bei der Stimmabgabe vom Kumulieren und Panaschieren Gebrauch zu machen. Eine gewisse Herausforderung für den Wähler stellt die mögliche Anzahl der zu vergebenden Stimmen dar. Sie variiert je nach Größe der Gemeinde, zu vergeben sind je nach Anzahl der Sitze im Gemeinderat maximal 93 Stimmen. So wird dieses Wahlsystem wegen seiner Kompliziertheit zum einen für eine sinkende Wahlbeteiligung verantwortlich gemacht. Es kann zum anderen aber auch zu einer größeren Nutzung der der Briefwahloption unter denjenigen Wählern führen, welche bei der Stimmabgabe kumulieren und panaschieren. Dieser These soll ebenfalls nachgegangen werden.

Mehr Briefwahl = Mehr Probleme? Wählen per Brief als Thema in Wahleinsprüchen

Daniel Hellmann (Institut für Parlamentarismusforschung)

Abstract:

Wenn mehr Personen per Brief wählen, dann gibt es auch mehr Probleme – So lässt sich die Kritik an der zu erwartenden Ausweitung der Briefwahl in diesem Jahr knapp zusammenfassen. So intuitiv diese Aussage auch ist, so stellt sich doch die Frage, ob tatsächlich ein Zusammenhang zwischen einer Ausweitung der Briefwahl und einer Häufung an Fällen von Manipulation und Fehlern besteht. Ist die Briefwahl wirklich so unsicher, wie ihr oft unterstellt wird?

Wahlfehler und Wahlbetrug sind Vorkommnisse die sich naturgemäß nur schwer quantifizieren lassen, da die beteiligten Akteure wenig Interesse an ihrer Aufdeckung haben. Wahleinsprüche erlauben einen Einblick in diese, insbesondere in Deutschland wenig beleuchtete, Materie. Seit der Wiedervereinigung sind 3,007 Wahleinsprüche gegen die Bundestagswahl beim Wahlprüfungsausschuss des Deutschen Bundestages eingegangen. Während den meisten Einsprüchen unbelegte Fälle zugrunde liegen, machen einige auch auf tatsächliche Wahlfehler aufmerksam. Auf der Grundlage dieser Daten lassen sich zwei Aspekte der Frage, wie unsicher die Briefwahl tatsächlich ist, untersuchen. Zum einen kann so im Zeitvergleich untersucht werden, ob mit der Ausweitung der Briefwahl mehr Wahlfehler einhergegangen sind. Zum anderen lassen sich auch aus den unbestätigten Behauptungen Schlüsse über die allgemeine Akzeptanz der Briefwahl ziehen. So zeigt sich, dass eine negative Bewertung der Briefwahl nur lose an die tatsächlich auftretenden Fehler gekoppelt ist.

The difficulty of voting by mail and how to make postal ballots less error-prone

Dr. Dominic Nyhuis (University of North Carolina at Chapel Hill), Morten Harmening (Otto-Friedrich-Universität Bamberg), Felix Münchow (Universität Mannheim)

Abstract:

Voting by mail is becoming increasingly popular. The decision to eliminate in-person voting for various elections during the Covid-19 pandemic is just the dramatic culmination of a steady increase in the number of postal voters that have characterized elections in recent decades. While voters enjoy the

convenience of voting by mail, academic observers have been less enthusiastic about this development. Whereas a number of conceptual problems of voting by mail have been raised in scholarly work, such as how to guarantee the secrecy and security of postal ballots, the practical challenges of voting by mail have largely been ignored. One of these challenges is the difficulty of voting by mail. Because voters are often confronted with multiple envelopes, an affidavit and the actual ballot paper, the likelihood of accidentally casting an invalid ballot is far greater than when casting an in-person ballot. In the context of German elections, recent research has shown that the share of invalid mail ballots is about twice as high as invalid in-person ballots. What is more, this effect is particularly pronounced in districts which are characterized by high levels of social deprivation, such that mail voting has an outsized effect on voting errors among lower social strata. Building on these finding, the present paper aims to make a threefold contribution. First, we discuss the practical challenges of voting by mail and which specific features of the voting materials are prone to cause involuntary voter errors. Second, we present the results from an analysis of German voting records to show why mail ballots are rejected. We find that an overwhelming share of mail ballots is rejected because of problems with the affidavit. Third, we classify the systems for mail balloting in a set of European countries to identify best practices for organizing postal ballots in a way that precludes the possibility of involuntarily invalid ballots.

DoD13 | More than a fad? – Ethnografische Methoden in der Politikwissenschaft

Organisiert von / Organized by: Dr. Eva Johais (Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht (IFHV), Ruhr-Universität Bochum), Dr. Micha Fiedlschuster (Department of Politics, York University, Toronto)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Themengruppe „Ethnografische Methoden in der Politikwissenschaft“

Chair: Dr. Micha Fiedlschuster (Department of Politics, York University, Toronto)

Discussant: Dr. Eva Johais (Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht (IFHV), Ruhr-Universität Bochum)

Abstract:

Seit einiger Zeit erfreuen sich ethnografische Methoden bei PolitikwissenschaftlerInnen zunehmender Beliebtheit. Das ist verblüffend: Traditionell konzentriert sich die Politikwissenschaft auf die Erklärung von Makro-Strukturen und Prozessen, insbesondere von Staaten und ihren Beziehungen untereinander. Hingegen liegt die Stärke von Ethnografie in dem Verständnis von spezifischen sozialen Situationen und Phänomenen und stellt ihre Dynamik und Kontextgebundenheit heraus. Angesichts dieses offenbaren Widerspruchs verfolgt das Panel die Frage: Was steckt hinter diesem Trend?

Unter dieser Überschrift wollen wir in diesem Panel ergründen, welchen Beitrag ethnografische Methoden zur Politikwissenschaft leisten können. Dies zielt weder darauf ab, eine neue Sub-Disziplin zu etablieren noch in Konkurrenz zu anderen Disziplinen zu treten. Stattdessen wollen wir über die Beschäftigung mit ethnografischen Methoden zu einem transdisziplinären Dialog, insbesondere mit politischer Anthropologie und politischer Soziologie, ermutigen. Dabei zeigt die Bandbreite der einzelnen Beiträge, dass ethnografische Methoden in den unterschiedlichen Teilgebieten der Politikwissenschaft genutzt werden können: Die Beiträge beschäftigen sich mit dem Milieu einer politischen Partei, transnationalen Migrationsprozessen und selbst den Möglichkeiten für eine Erforschung des Staates als zentralem Objekt politikwissenschaftlicher Forschung. Darauf aufbauend möchten wir Stärken und Grenzen ethnografischer Ansätze diskutieren.

Beiträge / Contributions:

Die affektive Dimension neurechter Politik erforschen – ethnografische Anregungen

Florian Spissinger (Institut für Politikwissenschaft, Universität Leipzig)

Abstract:

Research on the far right is often carried out from a distance, e.g. by analyzing far-right discourse or quantitative data from polls and elections. Nonetheless, there are several seminal studies on the far right that are characterized by the researcher´s immersion in the field of racist, radical right and right-wing populist actors (e.g. Blee 2018, Shoshan 2016, Pilkington 2016, Hochschild 2016,). But in what ways does such an ethnographic approach contribute to the study of the far right? One noticeable similarity of these ethnographies lies in their emphasis on affects and emotions. Inspired by those studies and the interdisciplinary strand of affect theory (e.g. Ahmed 2014, Bargetz 2019), I argue for an ethnographic approach to examine the far-right´s affective identity work and to further understand their appeal on voters.

The contribution reflects on the affective methodology of my ethnographic research with supporters of the Alternative für Deutschland (AfD) in 2019. It emphasizes the affective dimension of fieldwork (Stodulka et al. 2019) as a way to explore the construction of appealing identities for AfD supporters and voters. I present preliminary findings of my PhD project and shed light on the affective dimension of the “normalization of the far right [...] in the twenty-first century” (Mudde 2019: 1-2).

Staatsethnografie – Potentiale, Herausforderungen und neue Forschungsfelder

Dr. Julia Leser (Centre for Anthropological Research on Museums and Heritage (CARMAH), Humboldt-Universität zu Berlin)

Abstract:

If we understand 'the state' and 'the bureaucracy' not as monolithic entities, but rather as performed assemblages (Passoth & Rowland 2010, 823) or as 'effects' of practices (Mitchell 1991, 95), new avenues of inquiry are opening up. To understand how 'a state' is being practised, we must explore the manifold parts and particles that the state is made out of. Following the tradition of state ethnographies (e.g. Dubois 1999; Weller 1999), this perspective enables us to research the practices and relations through which the act of governing is realised (Lipsky 1980). According to Lipsky, it is not national legislations and public policies but rather 'the decisions of street-level bureaucrats, the routines they establish, and the devices they invent to cope with uncertainties and work pressures [that] effectively become the public policies they carry out' (1980, xii). A state ethnographic approach thus focuses on the interactions of different agents, the dynamics of their decision-making, and their engagement with different strategies, technologies, and artifacts they use and produce in order to interpret and translate, for example, legal categories into local practices. The focus on practices also enables the researcher to understand the state not exclusively as a composition of rules and rationally acting bureaucratic agents, but to grasp the irrationalities and contradictory activities that state agents are involved in. Taking my ethnographic research on a German vice squad police department as an example, this paper will discuss the idiosyncrasies of state ethnography as a method, the method's potential for the discipline of political science in Germany, the potential challenges in the field and new avenues for inquiry.

Aushandlungen um Respekt(abilität) – eine transnationale, affektive Ethnographie indonesischer Arbeitsmigration"

Samia Dinkelaker (Universität Osnabrück)

Abstract:

In my presentation, I will discuss epistemological and methodological approaches of my PhD thesis. I studied the state promoted migration of Indonesian domestic workers to private households in Hong Kong and the processes of subject constitution during the migration process. The thesis builds on 12 months of fieldwork in Indonesia and Hongkong, which I conducted in 2014, following the procedures that Indonesian domestic workers have to undergo during the migration process. In my presentation, I will focus on the transnational design of the study and the approach of documenting, reflecting, and writing about my own affective experiences in the field. I draw on ethnographic border and migration regime analysis (e.g. Tsianos & Hess 2010) and on reflexive approaches to studying the affective dynamics unfolding beteween researchers and research protagonists (e.g. Davies & Stodulka 2019; Stodulka 2015). Both approaches provided an entry point to understanding and theorizing the subtleties, complexities, and ambivalences that characterize Indonesian domestic workers' subjectivities as well as relations of power that structure the migration process.

DoD14 | Nachrichtendienstforschung als wissenschaftliches Neuland in der deutschen Politikwissenschaft

Organisiert von / Organized by: Dr. Sophia Hoffmann (Leibniz-Zentrum Moderner Orient), Prof. Dr. Susanne Fischer (Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung (HSB))

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Sektion „Internationale Beziehungen"

Chair: Dr. Sophia Hoffmann (Zentrum Moderner Orient (ZMO)), Prof. Dr. Susanne Fischer (Hochschule des Bundes für Öffentliche Verwaltung (HSB))

Discussant: Prof. Dr. Mathias Albert (Universität Bielefeld)

Abstract:

Die politikwissenschaftliche Nachrichtendienstforschung in Deutschland steckt – im Gegensatz zu den „Intelligence Studies" im angelsächsischen Raum – noch in den Kinderschuhen; allerdings zeichnet sich dieses Feld durch erhebliche Dynamik aus: neu etablierte Forschungsgruppen, Professuren und Studiengänge entwickeln das Feld in hohem Tempo. Gleichzeitig zeichnet sich bei den bestehenden Projekten bereits jetzt eine breite Mischung an theoretischen, empirischen und methodologischen Zugängen ab. Deutlich wird einerseits, wieviel Potential in dieser Breite für die Nachrichtendienstforschung steckt, und andererseits, wie bedeutsam ein besseres Verständnis von Nachrichtendiensten für ein gutes Verständnis von (inter)nationaler (Sicherheits-)Politik ist.

Die Veröffentlichung von großen nachrichtendienstlichen Datenbeständen über Enthüllungsplattformen wie Wikileaks in den letzten Jahren hat verdeutlicht, wie stark Nachrichtendienste in politische Prozesse eingebunden sind. Die sicherheitspolitischen Strategien westlicher Staaten setzen stark auf eine transnationale Kooperation und Vernetzung ihrer Aktivitäten, gleichzeitig wachsen die zivilgesellschaftlichen Forderungen nach einer besseren Kontrolle nachrichtendienstlicher Tätigkeit. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Fernmeldeaufklärung des BND im Mai 2020 und der nun vorliegende Gesetzentwurf für ein neues BND Gesetz unterstreichen die Aktualität dieser Diskussionen sowie die damit verbundene Notwendigkeit systematischer interdisziplinärer Forschung zu Nachrichtendiensten.

Mit diesem Panel möchten wir die Vernetzung und den Dialog zwischen existierenden (politikwissenschaftlichen) Forschungssträngen zu Nachrichtendiensten ermöglichen, eine erste Bestandaufnahme der rapiden Entwicklungen in diesem Feld in den letzten Jahren vornehmen und auf diese Weise die Nachrichtendienstforschung in der deutschsprachigen Politikwissenschaft verankern. Eingeladen sind daher Beiträge, die sich aus politikwissenschaftlicher Sicht mit Nachrichtendiensten beschäftigen.

Beiträge / Contributions:

„Doing Extremism" – Der Verfassungsschutz, die Grenzen politischer Normalität und die Sprache der Akten

Tobias Neef-Methfessel (Institut für Demokratieforschung, Universität Göttingen)

Abstract:

Als sicherheitspolitische Akteure und Wissensproduzenten kommt Verfassungsschutzbehörden eine zentrale Rolle in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um den demokratischen Normalbereich zu, während sie gleichsam selbst von politisch-gesellschaftlichem Wandel unmittelbar betroffen sind. Die Klassifizierung bestimmter Gruppen, Positionen oder Verhaltensweisen als überwachungswürdig oder als gefährlich für Verfassung, Gesellschaft und Demokratie spaltet einen politischen „Normalbereich" von seinem „Außen" ab und definiert damit politisch-soziale Problembereiche und Gefahrenlagen, wirkt gleichsam auf die Konstitution des politischen Feldes ein. Die Produktion dieser Grenze zwischen (konformem) Innen und (deviantem, problematisiertem) Außen wird jedoch weniger innerhalb von öffentlichen Auseinandersetzungen oder den an die Öffentlichkeit gerichteten Kommunikationen der Institutionen sichtbar als im Rahmen der Alltagspraktiken selbst, in denen

Nachrichtendienste ihr Wissen generieren und Verhalten interpretieren, Aufmerksamkeit und Ressourcen fokussieren, mit anderen staatlichen und privaten Stellen kommunizieren und damit Problemwahrnehmungen produzieren.

In einem Forschungsprojekt am Institut für Demokratieforschung (Uni Göttingen) das die Arbeit und Entwicklung des niedersächsischen Landesverfassungsschutzes ab seiner Entstehung 1950 bis zum Ende der 1990er Jahre untersucht, wird sowohl die Entwicklung der Organisation als auch der Alltagspraxis und Handlungsweisen, die sich in den Auswertungsakten der Behörde niederschreibt, untersucht. In einer Kombination von praxeologischen und organisationssoziologischen Ansätzen soll der Verfassungsschutz als Akteur im politischen Feld analysiert werden. Der Beitrag wird nach einer kurzen Vorstellung des Projekts und einer Darstellung der Herausforderungen und Problematiken im forschenden Umgang mit Verschlusssachen die Methodik der Auswertung der Fallakten des niedersächsischen Verfassungsschutzes diskutieren. Dabei ist die Frage zentral, ob und wie die politikwissenschaftliche Forschung zu Nachrichtendiensten von praxistheoretischen Impulsen aus Geschichtswissenschaft und Soziologie profitieren kann.

Measuring the elusive: a mixed-methods approach for the comparative Intelligence Oversight Index (IOI)

Ronja Kniep (WZB), Sarah Naima Roller (WZB)

Abstract:

The paper at hand presents the conceptual and methodological approach of the Intelligence Oversight Index (IOI) that measures how democratic societies oversee transnationally connected and digital surveillance by intelligence agencies. The IOI conceptualizes intelligence oversight as a set of democratic practice that relate to limitation of power, freedom and representation. In conceptualizing this relation of oversight with democracy, it challenges the view that intelligence oversight is a prerogative of the executive. Instead, the concept includes both civic forms of oversight by citizens, NGOs or media and delegated forms of oversight by state institutions (e.g. parliamentary or expert bodies).Defining oversight as a democratic practice, the IOI aims to conduct a statistical cross-country comparison which renders visible the variety of ways in which intelligence oversight is both legally framed and performed in practice. The paper presents two key methodological points. First, and on a descriptive note, the IOI applies a mixed-methods approach where standardized surveys with practitioners of oversight (a), semi-structured interviews with legal experts (b) and desk research (c) form a combined methodological frame for data gathering. Second, this triangulation of measurements aims to deepen the conceptual insight the IOI provides, this is to say, the methodological perspectives follow requirements of the subject matter of democratic intelligence oversight and its critical conceptualization. Legal frames and practices are approximated by the IOI to operationalize an array of indicators and combine respective variables into a comparative coding scheme and ranking. In effect, this choice of methods seeks to enable critical breadth in the conceptual comparison of intelligence oversight and cautious yet systematic quantifiability.

Nachrichtendienste in Untersuchungsausschüssen

Dr. Claudia Hillebrand (Cardiff University)

Abstract:

Nachrichtendienste und ihre Aktivitäten sind tief in die demokratischen Systeme Europas eingebettet. Obwohl sie dem Prinzip der Geheimhaltung unterlegen, werden sie mehrheitlich als essentielle Institutionen des Sicherheitsapparates verstanden. Ihre Existenz fordert jedoch immer wieder demokratische Werte und Prinzipien heraus, was nicht zuletzt seit dem Globalen Krieg gegen Terrorismus auch in Deutschland besonders evident ist. In Untersuchungsausschüssen (UAs), regulären Ausschüssen und Debatten haben deutsche Parlamente in den letzten Jahren tiefe Einblicke in die Machenschaften der deutschen Nachrichtendienste gegeben. In diesem Paper werde ich zeigen, was für eine wertvolle Quelle insbesondere Untersuchungsausschüsse für das Verständnis von

intelligence/Nachrichtendiensten darstellen. Politikwissenschaftliche Ansätze helfen, die Verbindung zwischen Diensten und Politikmachen schärfer zu beleuchten und die Rolle der Öffentlichkeit als accountability holders zu analysieren. Im Zentrum des empirischen Teils dieses Papers stehen die UAs bezüglich des extraordinary rendition programme der amerikanischen Central Intelligence Agency (CIA), des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) sowie der Abhöraktivitäten der amerikanischen National Security Agency (NSA) und des Bundesnachrichtendienstes (BND). Dieses Paper wird die wichtigsten Spannungen und Dynamiken zwischen Geheimhaltung und Offenheit in den UAs analysieren. Die Arbeit dieser Ausschüsse spiegelt wider, wie schwierig es ist, einen Grad an Transparenz in diesem Bereich parlamentarischer Arbeit zu erreichen, der Kontrolle und accountability möglich und bedeutungsvoll macht.

Von der Defensive zur Cyberoffensive? Zur Rolle des Bundesnachrichtendienstes in der Cybersicherheitspolitik. Eine interdisziplinäre Skizze

Janine Schmoldt (Universität Erfurt)

Abstract:

Die Rolle des Bundesnachrichtendienstes (BND) hat sich in den vergangenen Jahren stark gewandelt. Hatte der BND bisher vornehmlich die Aufgabe, sicherheitsrelevante Informationen zur Gewinnung von Erkenntnissen über das Ausland zu sammeln, so wird darüber diskutiert, diese Befugnisse zu erweitern. So wurde beispielsweise gefordert, dem BND im Falle einer Bedrohung der Bundesnetze oder bei einem Cyberangriff gegen die Bundesrepublik die rechtliche Möglichkeit zum Gegenschlag/Hackback und damit erstmals Exekutivbefugnisse zuzugestehen. Hintergrund dieser Überlegungen sind nicht nur die Hackerangriffe auf den Deutschen Bundestag, sondern auch die Ransomware-Angriffe WannaCry und NotPetya aus dem Jahr 2017 sowie die Cyberoperationen im Zuge der US-Präsidentschaftswahlen 2016 und 2020.

Dieser Beitrag untersucht aus politik- und rechtswissenschaftlicher Perspektive die Debatte um die Transformation der nachrichtendienstlichen Rolle des BND von einer eher defensiven, informationsbeschaffenden Rolle hin zu einer offensiven Rolle in der deutschen Cyberabwehr. Zunächst wird aus Sicht der politischen Systemforschung gezeigt, welche Rolle dem BND seit seiner Gründung in der deutschen Sicherheitsarchitektur zukam, bevor die mögliche Erweiterung dieser auf dem Feld der Cybersicherheitspolitik analysiert wird. BND-Präsident Bruno Kahl wies im Jahr 2019 darauf hin, dass sein Nachrichtendienst nicht nur die (technischen) Fähigkeiten besitze, sondern auch für Hackback-Operationen bereitstehe. Seither wird u.a. geprüft, wie das BND-Gesetz daraufhin geändert werden könnte und im Zuge des gegenwärtigen Gesetzgebungsverfahrens zum IT-Sicherheitsgesetz 2.0 wird immer wieder die Änderung des Grundgesetzes gefordert, um nachrichtendienstliche oder behördliche Befugnisse zu erweitern. Diese Forderungen werden in einem zweiten Teil aufgegriffen und vor dem Hintergrund der bestehenden völkerrechtlichen und verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen analysiert.

DoD15 | Open Objects: The Politics of Epistemic Uncertainty in the Making of Problems

Organisiert von / Organized by: Ann-Kathrin Benner (Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Hamburg), Dr. Alejandro Esguerra (Universität Bielefeld)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Arbeitskreis „Politik, Wissenschaft und Technik“

Chair: Dr. Alejandro Esguerra (Universität Bielefeld),

Discussant: Prof. Dr. Aletta Mondré (Universität Kiel)

Abstract:

This panel echoes recent calls in IR theory to examine how governance objects are constructed. While IR has been occupied with the study of subjects and their interaction (states IOs, NGOs, epistemic communities), the turn to objects suggests to examine the ways in which various subjects co-constitute governance objects (climate, refugee crisis, health pandemic). Drawing on science studies, this panel proposes the notion of open objects to investigate object constitution. Open objects are in a state of indeterminacy; they are objects-in-formation. Enigmatic and elusive on first encounter, they develop their status gradually over time, by prompting decisions and demanding positionings. The corona pandemic can serve as useful reference. On 11 February 2020, the WHO announced a name for the new coronavirus disease: COVID-19. Since then, virologists but also social psychologists and legal experts continue to characterize COVID 19 and its effects. An open object is in the making. The politics of epistemic uncertainty play a major part in the specification of open objects because epistemic uncertainty can be actively disclosed or enclosed. Vague terms with a high degree of interpretative flexibility can allow for cooperation or even foster innovation in global governance. At the same time, the indeterminacy of objects creates situations in which diverging interests may not match, or rather create a proliferation of objects. For this reason, the panel investigates the politics of epistemic uncertainty in the making of problems.

Beiträge / Contributions:

Framing Intelligent Machines: Artificial Intelligence and the Contested Constitution of Future Objects

Hendrik Schopmans (WZB Berlin Social Science Center)

Abstract:

The recent object-centered turn in International Relations has highlighted the role of epistemic objects, such as the climate or piracy, in structuring global politics. From this perspective, the eventual content of global governance is contingent on the processes of knowledge production in which these objects are constituted. In this paper, I aim to expand object-centered theories by proposing that the dynamics of object constitution vary substantially for different types of objects. While some epistemic objects (e.g. the climate) derive from observable phenomena, others are conceived as open objects, sometimes amounting to little more than future imaginaries. I argue that the interpretative flexibility of future-oriented, speculative objects in particular not only opens up larger spaces for epistemic contestation, but also presents a lasting obstacle to their authoritative constitution. The absence of a coherent scientific representation and problematization furthermore affects debates over the object’s governance: Different understandings of the object will engender highly variegated, even mutually exclusive, policy frames. I thus challenge the notion that objects are authoritatively constituted by experts before they become targets of political interventions. To illustrate this argument, the paper discusses the case of artificial intelligence (AI). After illustrating how the decade-long competition among scientists over determining the “true” nature of AI has prevented the emergence of consensual knowledge, the paper turns to the European Commission’s efforts to develop a regulatory framework for AI. Here, I explore how the presence of competing forms of expertise and policy frames shapes transnational governance responses to objects that are continually in-the-making

Unknowns and the making of galactic governance objects

Prof. Dr. Katharina Glaab (Oslo, Norwegian University of Life Sciences)

Abstract:

Novel technologies, security threats and environmental changes require new political answers that pose challenges to traditional global governance. Policymakers face a governance paradox: while political decisions demand undisputed knowledge and facts, knowledge on future challenges and risks is often incomplete – in fact, many future challenges of technology and implications of today's governance remain yet unknown. International relations (IR) scholars have shown that processes of knowledge production matter in international institutions, and that epistemic conflicts unfold when it comes to the question what knowledge becomes an object of governance. However, scholarship in the rising field of ignorance studies and agnotology has pointed out that this depicts a methodological limitation as it focuses on what we know but not on what we do not know. Consequently, to date, little work has examined the effect of non-knowledge on expertise and the construction of open global governance objects. This paper will discuss how global governance institutions and its experts manage this epistemic uncertainty. Engaging with the notion of 'non-knowledge', it will theoretically explore the epistemic practices of experts that involve scientific, political, normative and cultural knowledge to understand how an unknown becomes known and ultimately an object of governance in international relations. The paper will illustrate the aspects and controversies that such an approach entails with the emerging governance frameworks around the materializing reality of what was formerly sciences fiction - resource extraction and asteroid mining in outer space.

Articulating the Anthropocene for Human Rights? An Open Object-in-formation

Dr. Alejandro Esguerra (Bielefeld Universität)

Abstract:

The term Anthropocene describes a relatively new epoch in which human disturbance outranks other geological forces. Originated in natural science, the term has triggered controversies across human and social sciences as well as moved to global policy circles. The contestation of the term ranges from its ontological status to its colonial implications. This paper makes two interrelated arguments. First, in a postconstructivist move, it establishes the Anthropocene and its effects as an "existential problem" that requires positioning as it keeps knocking on the door of politics (e.g. through burning forests, flooding, micro-plastic etc.). Second, the paper argues that the Anthropocene's potential for the discourse on human rights is to stress that humans already live in a more-than-human world; it is impossible to discuss human rights issues without attending to the environment because to a large extend human rights and the environmental crisis of the Anthropocene are inextricably tied. Building on existing work on the importance of nonstate-actors for the transformation of human rights discourses, I attend to indigenous and environmental justice activists and scholars in transnational fora and their articulation of the Anthropocene. In doing so, this paper conceptualizes the Anthropocene as an open object-in-formation; it serves as centering and integrating device through which global expertise on the state of the world materializes.

The Politics of Uncertainty in the Making of Climate Interventions

Ann-Kathrin Benner (IFSH)

Abstract:

In the face of increased public awareness of a looming climate collapse, climate engineering, though highly controversial, becomes an increasingly attractive policy option to prevent the worst possible impacts of climate change. This paper seeks to contribute to the growing body of literature on the role of expert communities in shaping climate engineering as an object and practice. Following Buck (2020), it holds that climate engineering in itself is not a technology, but forms part of a sociotechnical modality of relating to a world in the making. Within this context, the notion of "climate interventions" has gained

traction in academia and policy circles. But since neither the meaning of climate engineering nor the epistemic status of the Earth system are fixed, these interventions are necessarily unstable and open to interpretation.

I argue that this relative uncertainty is an asset when it comes to climate engineering expertise. Instead of focusing on how experts and expertise makes climate engineering known and knowable, the question would be then, what role performances and strategic acts of non-knowledge play for the (ongoing) construction of climate interventions. To this end, I analyze documents and videos, conduct narrative interviews and observe events as a participant, where experts gather with the implicit or explicit goal of designing climate interventions.

DoD16 | Parteien in Zeiten von Social Media

Organisiert von / Organized by: Dr. Isabelle Borucki (Universität Duisburg-Essen), Dr. Marcel Lewandowsky (University of Florida)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Arbeitskreis „Politik und Kommunikation“

Chair: Dr. Isabelle Borucki (Universität Duisburg-Essen),

Discussant: Dr. Marcel Lewandowsky (University of Florida)

Abstract:

Soziale Medien strukturieren politische Kommunikation, indem sie die klassische Medienlogik des one-to-many durch das Prinzip des many-to-one ersetzen. Für die politischen Parteien hat dies zweierlei miteinander verknüpfte Konsequenzen. Als externer Kommunikationsraum ermöglicht Social Media Parteien zum einen, potentielle Wählerïnnen direkt anzusprechen. Zugleich zeitigt die prompte Reaktionsmöglichkeit auch höhere Unsicherheit (bspw. durch „Shitstorms“) und verlangt dem strategischen Zentrum der Partei erhöhte technische und strategische Flexibilität ab. Zum anderen wirkt sich die Logik sozialer Medien auch auf die interne Organisation aus. Erstens wird die Hierarchie von Parteien durch die Unmittelbarkeit der Kommunikation in sozialen Medien transzendiert. Akteure der Party in Central Office bzw. Public Office, die auf Social Media auftreten, werden für Mitglieder und Sympathisierende unmittelbar erreichbar. Auch bieten Twitter, Facebook und Instagram die Möglichkeit zu unmittelbarer Artikulation von Forderungen sowie zur Selbstorganisation der Aktivistïnnen und Funktionäre. Zweitens widerspricht die Geschwindigkeit und Dynamik sozialer Medien zum Teil der behäbigen und komplizierten Willensbildung in den innerparteilichen Strukturen. Während die tradierten Strukturen benachteiligend wirken (etwa für Frauen und Jüngere), bieten soziale Medien die Möglichkeit, die Willensbildungsprozesse in Parteien inklusiver zu organisieren. Auf der anderen Seite werden soziale Medien von Älteren und geringer Gebildeten deutlich weniger intensiv genutzt, was interne Verwerfungen nach sich ziehen kann. Kurzum: Parteien müssen Kommunikation in sozialen Medien organisieren—nach innen wie nach außen.

Das Panel richtet sich an alle Forschenden zu Parteien und ihrer Organisation in und unter den Bedingungen sozialer Medien. Erbeten werden theoretische, empirische und/oder methodische Beiträge in deutscher oder englischer Sprache. Die Bewerbung von Forscherinnen ist ausdrücklich erwünscht.

Beiträge / Contributions:

Die Facebooknutzung von Parteien auf der lokalen Ebene in Deutschland

Dr. Mario Datts (Universität Hildesheim)

Abstract:

Es gibt noch immer vergleichsweise wenige empirische Analysen zur Nutzung von Social Media durch politische Parteien in Deutschland, und die Studien, die zu diesem Thema veröffentlicht wurden, befassen sich fast ausnahmslos mit der Bundes- und Landesebene der Parteien. Doch wie steht es um die Social-Media-Nutzung der lokalen Parteiverbände?

Um eine Antwort auf diese Frage zu geben, wurden alle Parteiorganisationen auf der Kreisebene der derzeit wichtigsten deutschen Parteien untersucht. Der Fokus lag auf der Nutzung von Facebook, da dieses soziale Medium nach wie vor am reichweitenstärksten, aber auch, im Vergleich zu Twitter, weit weniger gut untersucht ist. Um die Social-Media-Nutzung der Parteien auf lokaler Ebene zu beschreiben und zu erklären, wurde im Jahr 2017 eine große Menge an Daten gesammelt und analysiert - darunter automatisch erhobene Facebook-Daten (über die GraphAPI) und Umfragedaten.

Die empirischen Ergebnisse zeigen, dass Facebook auf der lokalen Ebene vor allem für die Parteien an den ideologischen Rändern (Linkspartei und AfD) wichtig ist. Dieser Befund stellt den demokratischen Mehrwert von Social Media in Frage, da diese Parteien grundlegende Kernprinzipien liberaler

Demokratie kritisch betrachten - was insbesondere für die AfD gilt. Darüber hinaus zeigen multivariate Analyse, dass diejenigen Kreisverbände Facebook besonders intensiv nutzen, die davon überzeugt sind, dass die Nutzung grundlegenden strategischen Zielen, wie der Stimmenmaximierung und der Befriedigung von Mitgliedererwartungen, zugutekommt. Zudem erklären organisationsstrukturelle und sozialräumliche Faktoren einen Teil der Nutzungsvarianz zwischen den Kreisverbänden – unter Kontrolle der Parteizugehörigkeit. Somit werden neben der Parteizugehörigkeit weitere empirisch validierte Erklärungsfaktoren für die Nutzung sozialer Medien durch Parteien in Deutschland präsentiert.

Gender and Political Campaigning via Social Media: How do female political actors make usage of social media?

Dr. Daniela Braun (LMU München), Dr. Sanja Hajdinjak (LMU München), Dr. Eva-MariaEuchner (LMU München)

Abstract:

Social media restructures political communication by replacing the classic media logic of one-to-many with the principle of many-to-one. Initially, social media has been considered as the great equalizer for social inequalities such as gender and social class. Nonetheless, the cursory overview shows that gender inequalities seem to be quite persistent: the usage of social media in political communication produces similar gender inequalities compared to pre-digital times. A systematic comparative approach for a larger set of (European) countries, however, is still lacking. Accordingly, our paper seeks to study how female politicians use Twitter in the 2019 election campaigns in the run-up of the elections to the European Parliament (EP). In view of the fact that the EP is considered to be more equal than national parliaments, elections to the EP offer a conservative testing strategy of gender inequalities in political campaigning. Empirically, we compare the number, length, and retweets of female party actors in comparison to their male counterparts and seek to understand whether the differences are due to structural factors such as party affiliation, party position, the share of women in a country/party, or gender policies. To do this, we rely on the novel 'Twitter in the 2019 EP election campaigns dataset' (Stier et al. 2020) in combination with contextual data. Our findings show no statistical difference between male and female candidates in terms of mere Twitter usage but offer interesting insights on gender issues related to length and retweets.

Personalisierung als erfolgreiche Strategie politischer Kommunikation? Die Selbstdarstellung deutscher Bundestagsabgeordneter auf Instagram

Irina Lemberger, Moritz Bürger(Universität Passau)

Abstract:

Soziale Medien ermöglichen es Politiker:innen, sich unabhängig von ihrer Partei zu profilieren und unabhängig von Wahlkampfzeiten fortlaufend um die Unterstützung ihrer Wählerschaft zu werben (Metz/Kruikemeier/Lecheler 2020). Die vorliegende Studie untersucht die Nutzung von Instagram als Kanal politischer Kommunikation unter Abgeordneten des 19. Deutschen Bundestages. Eine Erhebung der aktiven Accounts aller Bundestagsabgeordneten zeigte zunächst, dass analog zu den steigenden Nutzungszahlen von Instagram auch dessen Relevanz als Kanal für die politische Öffentlichkeitsarbeit gestiegen ist. In einer ergänzenden quantitativen Inhaltsanalyse wurde die personalisierte Selbstdarstellung sowie deren Erfolg (gemessen an Likes) untersucht. Personalisierung wurde dabei als Subjekt- oder Objektpersonalisierung verstanden (Eisenegger, 2010), ergänzt um Individualisierung und Privatisierung als Personalisierungsstrategien (Van Aelst/Sheafer/Stanyer, 2012). Die Stichprobe umfasste 420 Instagrambeiträge von Abgeordneten aller Fraktionen, wobei neben den reichweitenstärksten Accounts auch die Gruppe der reichweitenschwächsten aktiven Accounts Berücksichtigung fand. Die Codierung erfolgte rückwirkend vom 08.07.2019 für die bis dato aktuellsten Beiträge (Intracoderreliabilität: $r\alpha \geq .82$, n=42).

Insgesamt waren 88% aller untersuchten Beiträge personalisiert. Dabei bezogen sich die Abgeordneten vor allem auf ihre politische Arbeit (=Individualisierung; 82,7% der personalisierten Beiträge) und

seltener auf ihr Privatleben (=Privatisierung; 17,3% der personalisierten Beiträge). Sowohl in der Gruppe der reichweitenschwachen als auch in der Gruppe der reichweitenstarken Abgeordneten erhielten personalisierte Beiträge signifikant mehr Likes (Mdn=33; Mdn=2.565,5), als nicht personalisierte Beiträge (Mdn=29; Mdn=625,5); exakter Mann-Whitney-U-Test: U=2.088,5, p=.028; U=751, p < .001; Pearsons Korrelationskoeffizient: -.15; -.27. Zwischen individualisierten und privatisierten Inhalten zeigten sich für beide Gruppen keine signifikanten Unterschiede hinsichtlich des Erfolgs. Ausnahmen bildeten diesbezüglich einzelne Abgeordnete, etwa Christian Lindner.

Literaturverzeichnis zur Beschreibung unter: https://kurzelinks.de/6bjg

Wer treibt hier wen an? - Temporale Diskursverschiebungen zwischen News-Agenda und Parteikommunikation auf Twitter

Tim König (Universität Hildesheim), Alexander Brand (Universität Hildesheim), John Ziegler (Universität Heidelberg), Prof. Dr. Wolf Schünemann (Universität Hildesheim), Prof. Dr. Michael Gertz (Universität Heidelberg)

Abstract:

Soziale Medien bieten für Parteien neue Kommunikationsräume und haben die zentrale Gatekeeper-Rolle traditioneller Medien auch für die politische Kommunikation relativiert. Doch was bedeutet dieser Strukturwandel für die Möglichkeiten von Parteipolitiker*innen, Einfluss auf Themenagenden zu nehmen und öffentliche Diskurse zu prägen? Dient das soziale Medium vornehmlich als ein weiterer Kanal zur themenbezogenen Kommentierung des Nachrichtenstroms? Können parteipolitische Sprecher*innen eine neue Diskursmacht effektiv ausspielen? Oder vermitteln sie lediglich zwischen den Anforderungen parteipolitischer Kommunikationsstrategien und den Erwartungen potentieller Wähler*innen auf einer durch das many-to-one Prinzip strukturierten Plattform? Zur Bewantwortung dieser Fragen untersuchen wir temporale Diskursverschiebungen zwischen News-Agenda, Parteikommunikation und Nutzerkommentaren auf Twitter.

Als empirische Grundlage der Analyse dient ein beständig erweiterter Datensatz, welcher die Kommunikation deutscher Abgeordneter von Bund und Ländern auf Twitter seit 2019 (aktuell ca. 24 Mio. Tweets) mit den online veröffentlichten Artikeln überregionaler deutscher Zeitungen (ca. 4 Mio. Zeitungsartikel) verbindet. Um sichtbar zu machen, inwieweit Abgeordnetenkommunikation auf Twitter die Newsagenden klassischer Medien beeinflusst oder selber von ihnen beeinflusst wird, sollen für einzelne Politikfelder (z.B. Migrations- oder Gesundheitspolitik) Diskursverschiebungen über Zeit identifiziert werden. Mit Methoden der quantitativen Textanalyse, unter anderem Wordshifts und Synchronisierungsanalysen, soll so nachgewiesen werden, inwiefern Themensetzungen und Deutungsangebote, welche auf sozialen Medien artikuliert werden, einen nachweisbaren Effekt auf den allgemein-öffentlichen Diskurs haben oder, umgekehrt, aus diesem hervorgehen. Insbesondere ein Vergleich der Abgeordnetenkommunikation auf Twitter und der dazugehörigen Nutzer*innenkommentare lässt Rückschlüsse darauf zu, inwieweit neue Kommunikationsstrategien parteipolitischer Akteure zwischen allgemein-öffentlichem Diskurs und spezifischeren, auf sozialen Medien angestoßenen Anliegen zu vermitteln suchen. Unsere Analyse verspricht so neue empirische Befunde für die veränderte Diskursmacht parteipolitischer Akteure in hybriden Medienumgebungen.

DoD17 | Party-movement relations from the left to the right: Between cooperation and conflict

Organisiert von / Organized by: Dr. Manès Weisskircher (Universität Oslo), Dr. Jasmin Fitzpatrick (Johannes Gutenberg-Universität Mainz)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Arbeitskreis „Soziale Bewegungen"

Chair: Dr. Manès Weisskircher (Universität Oslo), Dr. Jasmin Fitzpatrick (Johannes Gutenberg-Universität Mainz)

Abstract:

This panel links the study of the two main players of modern mass politics, social movements and political parties. For a long time, left-wing party-movement relations have attracted strong academic interest, starting in the 1980s, when the environmental movement gave birth to the Greens. More recently, critical junctures such as the Great Recession and the so-called 'refugee crisis' contributed to the recalibration of political competition, with important implications for party-movement relations. In Europe, two developments have stood out: First, the spread of anti-austerity protests underlined the renewed salience of socioeconomic conflicts, even bringing some radical left parties into national government. Second, some of the increasingly electoral successful 'populist' radical right parties have tried to connect to anti-immigration activists and even 'Corona deniers'. Apart from these political fringes, however, party-movement dynamics have also mattered for more established parties: Fridays for Future demanded a political response from the increasingly established Green parties, while some struggling Volksparteien also try to connect or even rebrand themselves as 'movements'.

Scholarship has studied several crucial aspects of party-movement relations, such as conceptual questions (e.g. which players are movement-parties?), cooperation and conflict in single-case studies (e.g. dynamics between left-wing government parties and left-wing activists), and systematic large-N patterns (e.g. general relations between the protest and the electoral arena). The panel welcomes a broad range of perspectives, a variety of geographical and political contexts, and aims for a plurality of theoretical and methodological approaches.

Beiträge / Contributions:

"Movement parties for democracy": The Rise of Hungary's Momentum and Romania's USR/Plus Political Parties

Dr. Dana S. Trif (Babes-Bolyai University), Dr. Diana Margarit (Alexandru Ioan Cuza University, Babeș-Bolyai University), Dr. Kinga Sata (Babes-Bolyai University), Dr. Toma Burean (Babes-Bolyai University)

Abstract:

The complex sociopolitical dynamic between social movements and movement parties are linked to the electoral success of populist Western or Central European organizations. This paper focuses on the birth of two movement parties in Hungary and Romania that have a different ideological outlook. The 2017 #Rezist pro-democracy, pro-justice protests in Romania challenged the illiberal-leaning leftist government and ultimately gave birth to USR/PLUS, a political alliance that in 2020 became Romania's third largest political party. In Hungary, the anti-governmental protests of 2018 led to Momentum, a movement party whose political platform echoes that of USR/Plus. Momentum has so far proved less successful electorally, but remains relevant in Hungarian politics. Our paper retraces the formation of the two parties by analyzing the process through which the aggregation of protesters' disparate political demands resulted in coherent party platforms. How did "democracy" and "justice" become slogans embraced by electorates in countries leaning more or less strongly towards illiberalism? What kind of political platforms emerged from these slogans? By answering these questions we shed light on the interplay between citizens/social movements and movement parties, while at the same time bringing forward fresh evidence on the political dynamics of party creation in two Eastern European countries.

Gender in a Pillarized Society: A relational approach to contemporary illiberal politics in Poland

Carolin Heilig (School of Slavonic and East European Studies (SSEES), University College London)

Abstract:

Since 2015, Poland underwent considerable political change that has also changed relations between the political and civic sphere. This paper focuses on the gendered dimension of this shift that has led to serious challenges for many women and the LGTBQ community. Over the last years, we have seen increased and evolving mobilisation of civil society in Poland responding to PiS's populist politics (Korolczuk, 2016). Feminist mobilisation such as the Black Protest and the 2020 protests against the Constitutional Tribunal's ruling to restrict legal abortion constitute "a struggle for a democratic Poland" (Graff, 2019).

This paper wants to contribute to our understanding of how relations between political and civil society shape democratic trajectories, drawing on the example of mobilisation around gender issues in Poland. Through original social network data collected in the city of Krakow in 2020/2021, it examines the phenomenon of polarization and pillarization of Polish society (Ekiert, 2019). This phenomenon can become dangerous for a liberal democracy when it leads to polarisation and the formation of a strong illiberal pillar between political and civil society actors (ibid.). This paper maps out the social network between civic actors and political parties and traces strategies and hurdles of civic actors (CSOs and protest movements) in the field of gender. It contrasts the proximity of values and actual cooperation on the ground within civil society and assesses the potential of movements to effectively push back illiberalism in Poland in a pillarised society where cards are increasingly stacked against liberal forces.

How Political Parties Interact with Social Movements

Dr. Endre Borbáth (Freie Universität Berlin & WZB Berlin Social Science Center), Prof. Dr. Swen Hutter (Freie Universität Berlin & WZB Berlin Social Science Center)

Abstract:

The study provides an overview of the results of a broader project aimed at examining how political parties interact with social movements and protest dynamics. We develop and empirically observe three classes of interactions: repertoire, branding, and programmatic interactions. Theoretically, we link research on social movements and contentious politics with recent advances in party and party system studies. Thus, by opening-up the 'black box' of political parties- movement interaction, the study contributes to both the emerging social movement literature on 'movement parties' and to the literature on broader changes in the dynamic of electoral politics. We take a party-centered perspective and conduct a large-scale comparative analysis that maps and explains the varying extent of party-movement interactions. A key reason for the absence of such large-N work in the existing literature is the lack of comparable cross-national data. Another is the lack of established standardized measures to examine the phenomenon at hand. To fill this gap, we (a) propose standardized indicators for each class of party-movement interactions and (b) report novel comparative findings for a broad set of European societies. We build on a variety of data sources, including data on protest events, party organizations, and manifestos. Our preliminary findings indicate (a) the pervasiveness of party-movement interaction in contemporary European democracies and (b) how the blurring of boundaries between protest and electoral politics depends on long-term trends (such as democratization and the formation of a strong civil society) as well as on more short-term ruptures (such as economic and political crises).

Regimes of unrest? Institutional dynamics in Portugal and Croatia after the anti-austerity movement cycle

Dr. Carolina A. Vestena (Institute for Development and Peace), Norma Tiedemann (Universität Kassel, Fachgebiet Politische Theorie)

Abstract:

Less discussed than their Spanish counterparts, but with similar implications for the relationship of struggles and institutional dynamics, in Portugal and Croatia, movements sprung up at the same time

as the anti-austerity protests in Spain in 2011/12. They shared similar perspectives on the antagonisms, which characterized the multiple crisis: a captured state, devastating austerity, a weakness of counter-hegemonic actors, including the existing left-wing or social-democratic parties. In Portugal, repertoires of the Spanish indignados travelled places and developed local versions of criticizing democratic erosion and precarization. The contentious energy swept to state institutions on different fields (government, constitutional court) and levels (municipal, national, transnational), where party-actors referred to, and opened their political projects to integrate demands and practices of movement actors. In Croatia, after more than a decade of protest events against austerity and authoritarian tendencies, the 15M-legacy of municipalism, i.e. hybrid movement-party-platforms on the local level, commuted from Barcelona to Zagreb, where an initiative of former activists entered the local institutions in 2017. Once in the political institutions, they started to challenge liberal-democratic forms of decision-making as well as the neoliberal consensus.

Our contribution traces the shockwaves of this movement cycle on the terrain of neoliberalized state institutions and the new dynamics they created in the party-political-spectrum. The movements in Portugal and Croatia invented new participatory elements of a critical democracy and brought these into the cracks of the institutions. We focus on the form-shifting of the democratic energy from the streets to the institutions and parties.

DoD18 | Planspiele in der Hochschullehre

Organisiert von / Organized by: Dr. Julia Schwanholz (Universität Duisburg-Essen), Anne Goldmann (Universität Duisburg-Essen)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Arbeitskreis „Hochschullehre“

Chair: - Anne Goldmann (Universität Duisburg-Essen)

Discussant: Dr. Julia Schwanholz (Universität Duisburg-Essen)

Abstract:

Planspiele können helfen, theoretische und empirische Lehrinhalte so miteinander zu verzahnen, dass unter der Bedingung reduzierter Komplexität aktiv und problemorientiert gelernt wird. Als eine interaktive Form der Wissensvermittlung erfreuen sich Planspiele zunehmender Beliebtheit. Dies betrifft ihren Einsatz sowohl außerhalb als auch innerhalb des akademischen Kontextes. Letztere jüngere Entwicklung betrifft den Planspiele-Einsatz an Universitäten und Fachhochschulen, für den es mittlerweile eine Reihe bereits etablierter, aber auch neuerer Beispiele gibt (bspw. MUN, EU, Parlamentsplanspiele u.a.m.).

In der Politikwissenschaft fehlt es aktuell noch an umfassenden Erkenntnissen darüber, welche Art von Spielen von wem, wie und wo durchgeführt werden. Auch ist noch wenig darüber bekannt, ob und wie genau sie zum politikwissenschaftlichen Kompetenzerwerb tatsächlich beitragen.

Im Panel bringen wir Kolleginnen und Kollegen zusammen, die entweder die didaktische Methode erforschen oder diese selbst anwenden. Wir erbitten entsprechend Papiere, in denen theoretisches, empirisches und/oder (Handlungs-)Wissen generiert wird.

Folgende Fragen können dafür leitend sein:

- Wann und warum kommt die Planspielmethode an deutschen Hochschulen (nicht) zum Einsatz?
- Welche Zielgruppen können mit der Planspielmethode gut bzw. weniger gut bedient werden?
- Welche politikwissenschaftlichen Arbeitsgebiete und Themen eignen sich (nicht) für den Einsatz von Planspielen?
- Welche Möglichkeiten oder Hürden ergeben sich aus Curricula für den Einsatz von Planspielen?
- Schaffen Planspiele einen Mehrwert für die politikwissenschaftliche Ausbildung und wie zeigt sich dieser bzw. worin besteht er?
- Schränkt digitale bzw. hybride Lehre den Möglichkeitsraum für den Einsatz von Planspielen ein oder erweitert sie diesen? Wie stellt sich dies ggf. praktisch dar?

Auch an komparativen Analysen sind wir interessiert und freuen uns über Arbeiten, die den Einsatz ausgewählter Planspiele vergleichen, eine Betrachtung über verschiedene Arbeitsgebiete hinweg vornehmen oder den Einsatz von Planspielen an diversen Standorten bzw. in unterschiedlichen Hochschulformen analysieren.

Beiträge / Contributions:

Digitale Planspiele in der Politikwissenschaft – ein Weg zur international vernetzten Hochschullehre?

Sven Ivens (Georg-August-Universität Göttingen, Institut für Politikwissenschaft), Dr. Kristina Kurze (Andrássy Universität Budapest), Dr. Ivana Radic Milosavljevic (Universität Belgrad)

Abstract:

Der Einsatz von analogen Planspielen ist eine etablierte Methode in der politikwissenschaftlichen Hochschullehre (Muno 2020). Einige erste Studien über den Einsatz von Planspielen zeigen deren positive Effekte auf (Fink 2015, Lohmann 2019, Duchatelet 2019, Leib & Ruppel 2020). Anders verhält es sich mit digitalen Planspielen, hier gibt es bisher kaum Studien im Bereich der Politikwissenschaft (Vlachopoulos and Makri 2017). Die Entwickler*innen von Planspielen benennen die Unabhängigkeit von Zeit und Ort für den Einsatz digitaler Planspiele als deren größter Vorteil (Kaiser et al 2017).

Hierdurch ergeben sich auch gerade für die politikwissenschaftliche Hochschullehre interessante neue Möglichkeiten zur länderübergreifenden Kooperation.

In unserem Beitrag stellen wir die Durchführung des Planspiels Fokus Balkan Online vor, welches derzeit im Rahmen eines DAAD-Projektes für die digitale politikwissenschaftliche Hochschullehre angepasst wird. Es wird innerhalb von drei Wochen am Anfang des Sommersemesters 2021 durchgeführt und enthält sowohl asynchrone Phasen, welche auf einer Online-Plattform durchgeführt werden, als auch synchrone Debattenphasen via Zoom. Circa 75 Studierenden der Universitäten Belgrad und Göttingen sowie der Andrássy Universität Budapest übernehmen in gemischten Teams die Rollen der im Beitrittsprozess zur Europäischen Union involvierten Akteure, wie VertreterInnen der EU-Institutionen, der Delegierten beitrittswilliger Länder des Westbalkans und MedienvertreterInnen. Neben dem Erfahrungsbericht der beteiligten Dozierenden werden erste Ergebnisse der Begleitforschung, welche mit Prä- und Postfragebögen, Selbstreflexionen und Interviews der Teilnehmenden durchgeführt wird, vorgestellt. Der Beitrag kann so zu einem besseren Verständnis der Vor- und Nachteile digitaler Planspiele und deren Potential zur Internationalisierung der politikwissenschaftlichen Hochschullehre beitragen.

Planspiele in der politikwissenschaftlichen Lehrerbildung

Prof. Dr. Monika Oberle (Georg-August-Universität Göttingen), Sven Ivens (Georg-August-Universität Göttingen)

Abstract:

Planspiele gelten als vielversprechende Methode, um politisches Lernen auf spielerische Weise, problem-, teilnehmenden- und handlungsorientiert zu fördern (Massing 1997; Petrik/Rappenglück 2017). Dabei lässt sich auch die Polity-Dimension fokussieren, jenseits einer verstaubten „Institutionenkunde“. Für ihren erfolgreichen Einsatz bedürfen Planspiele allerdings einer kompetenten Leitung. Lehrkräfte schrecken oftmals vor dem Einsatz der Methode zurück, da sie die lernförderliche Wirkung unterschätzen und es ihnen an Selbstwirksamkeitsüberzeugung mangelt. Damit Lehrkräfte die Chancen von Planspielen im Politikunterricht nutzen können, bedarf es ihrer Einbettung in die politikwissenschaftliche Hochschullehre. An der Universität Göttingen wird dies seit 2015 systematisch umgesetzt, wobei sowohl in den Forschungsstand zu Planspielen in der politischen Bildung eingeführt wird als auch (analoge und digitale) Planspiele selbst erprobt werden.

Der Vortrag stellt zunächst zentrale Befunde empirischer Studien zur Wirkung von Planspielen auf politische Dispositionen (Wissen, Einstellungen, Motivationen) von Schüler*innen vor (Oberle et al. 2020). Daran anknüpfend werden Ergebnisse der Begleitforschung zum Einsatz eines digitalen Planspiels zum Thema Lobbyismus in der EU in einem Göttinger Mastermodul präsentiert. Untersucht wurden zwei Durchführungen im Sommersemester 2020 und Wintersemester 2020/21, wobei schriftliche Selbstreflexionen der Lehramtsstudierenden im Anschluss an die Planspieldurchführung mittels qualitativer Inhaltsanalyse ausgewertet wurden. Dabei zeigt sich, dass die Studierenden ähnlich wie die Schüler*innen berichten, politisches Prozesswissen (Schöne 2017) und ein vertieftes Verständnis der mikropolitischen Abläufe europäischer Politik erworben zu haben. Auch hat die Planspielerfahrung die Motivation der Teilnehmenden erhöht, die Methode künftig selbst im Politikunterricht einzusetzen. Die Ergebnisse beleuchten aber auch Limitationen digitaler Planspiele, wobei die Bedeutung des mündlichen Austauschs jenseits rein schriftlicher, insbesondere asynchroner, Kommunikation unterstrichen wird.

Planspiele wirken – aber wie?

Dr. Robert Lohmann (Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.), Prof. Dr. Uwe Kranenpohl(Evangelische Hochschule Nürnberg)

Abstract:

Planspiele erfreuen sich in der universitären Aus- und Fortbildung zunehmender Beliebtheit. Sie versprechen als aktive Methode einen höheren Lernerfolg. Durch das Simulieren von Situationen, so die Hoffnung, werden komplexe Gegenstände leichter verinnerlicht.

Darstellungen des potenziellen Nutzens von Planspielen gibt es basierend auf Erfahrungsberichten in hoher Zahl. Daneben gibt es Show-and-Tell-Beiträge, welche die Anwendungsmöglichkeiten von Planspielen aufzeigen. Es mangelt aber an einer systematischen Erforschung des Mehrwerts von Planspielen beim Kompetenzerwerb der Teilnehmenden.

In unserem Beitrag präsentieren wir die Ergebnisse einer inzwischen fünf Kohorten umfassenden Langzeitstudie unter Studierenden. Das Papier wird zunächst das genutzte Planspiel und die damit verbundenen didaktischen Besonderheiten – insbesondere eine hohe Realitätsnähe im Planspiel – darstellen. Anschließend wird das Studiendesign vorgestellt, dessen Besonderheit drei Erhebungszeitpunkte sind, da die Follow-Up-Befragung ein Jahr nach dem Planspiel stattfindet. In einem quasi-experimentellen Design vergleichen wir dabei auch den Erwerb von Fachkompetenzen im Planspiel (in diesem Fall Wissen über die Europäische Union) mit dem Kompetenzerwerb in einer Vorlesung.

Erste Ergebnisse zeigen, dass Teilnehmende im aktiven Teil eines Planspiels den höchsten Kompetenzerwerb haben – teilweise mit einer sehr hohen Effektstärke (Cohen’s d über 2,0). In den passiven Teilen wie der Vorbereitung auf das Planspiel und eingebauten Fachvorträgen oder gar der Vorlesung findet dabei kaum ein langfristiger Kompetenzerwerb statt. Diese ersten Ergebnisse, welche bereits veröffentlicht wurden, konnten nun durch zusätzliche Probanden konsolidiert werden und stellen den Hauptteil des Beitrags.

Referenzliteratur: Lohmann, Jan Robert: Effects of Simulation-Based Learning and One Way to Analyze Them. In: Journal of Political Science Education. April 2019, DOI: 10.1080/15512169.2019.1599291

Übungen in Komplexität und Kontingenz: das Ordentliche Gesetzgebungsverfahren der EU als digitales Planspiel

Dr. Amelie Kutter (Europa-Universität Viadrina)

Abstract:

EU-Gesetzgebung ist schon häufig zum Gegenstand von Planspielen gemacht worden. Das zeigen Materialien, die von EU-Institutionen, von politik- und europa-didaktischen Einrichtungen oder auch kommerziellen Anbietern wie Planpolitik bereitgestellt werden. Zumeist wird darin jedoch nur der Part des Europäischen Parlaments oder der Rats der EU abgebildet, die Verfahren werden außerdem stark stilisiert und Auseinandersetzungen auf ideologische oder interstaatliche Konflikte reduziert. Dies mag den Spielerfolg sicherstellen, verfestigt jedoch auch die vereinfachte mediale Darstellung von EU Politik.

Dieser Beitrag präsentiert und reflektiert Erfahrungen mit einem Planspiel zur ersten Lesung des von der EU Kommission 2019 eingebrachten 'Neuen Pakts für Asyl und Migration'. Es wurde in zwei aufeinander folgenden Semestern in der Einführungsvorlesung zur EU Politik im interdisziplinären und internationaliserten Masterstudiengang Europa-Studien and der Europa-Universität Viadrina über Zoom durchgeführt. Ziel war weniger, politikwissenschaftliches Spezialwissen zu vermitteln, sondern die Studierenden zu befähigen, die Komplexität und Kontingenz von laufenden EU-Verhandlungen zu durchdringen. Die Studierenden spielten politische Gruppierungen im Parlament, Regierungsdelegationen im Rat, Rapporteure, Kommissionsmitglieder oder die Ratspräsidentschaft. Sie durchliefen alle Phasen der ersten Lesung und diskutierten nicht nur Änderungsvorschläge, sondern redigierten auch Kompromisstexte und koordinierten das Abstimmungsverhalten.

Der Beitrag kontrastiert Konzeption, Durchführung und Studierenden-Feedback, um den Gewinn von solchen Übungen in komplexer Politikentscheidung abzuschätzen.

DoD19 | Political Methodology in Insecure Times of Crisis

Organisiert von / Organized by: Dr. Sabrina Mayer (Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung), Dr. Lisa Lechner (Universität Innsbruck)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Sektion „Methoden der Politikwissenschaft“

Chair: Dr. Sabrina Mayer (DeZIM Institut)

Discussant: Prof. Dr. Lisa Lechner (Universität Innsbruck)

Abstract:

In the past decades, crises such as the terrorist attacks of 9/11 or the fast influx of refugees in 2015 have shaped political science research. On the one hand, these crises and the resulting insecurities challenged our discipline to better understand the world around and fueled new research. On the other hand, answering these research questions has triggered methodological developments leading to substantial innovations.

The on-going COVID19 pandemic has been mostly discussed with regard to its negative impact on scientific research. Amongst others, restrictions on social contact have severely disrupted academic research, especially data collection. In search for alternatives, researchers often had to change their methodological approaches to new modes. Even though the negative sides of the COVID19 crisis are large and evident, the crisis might also provide positive aspects with regard to methodological innovations not only in data collection but also in research design and data analysis. In addition, survey and experimental research may also see two sides of effects from the pandemic. Societal lockdown or sudden crises events could decrease the comparability of measures from before and after the event, but it could also be integrated as a kind of natural field experiment into the analysis of data, helping us overcome ever pressing issues such as pre-treatment effects or external validity.

This panel welcomes contributions that deal with methodological advances in times of past or current crises, that amongst others focus on novel methods of data collections and/or experimental or multi-method research designs.

Beiträge / Contributions:

Assessing the extent of populist attitudes among voters using Machine Learning

Carsten Wegscheider (University of Salzburg), Marco Fölsch (University of Salzburg), Fabian Habersack (University of Salzburg)

Abstract:

Although research into populist attitudes among voters is still in its infancy, there is evidence suggesting that views exist among voters which reflect the core concerns of ideational populism, and validly tap into a single concept even across countries. Yet, it is precisely because of the novelty of this research strand that we still lack comparative evidence regarding the extent of populist attitudes and scope of their effects on political behavior especially in terms of their temporal dimension. Have voters always been populist and did political actors merely politicize and activate such (latent) attitudes? Or does the level of populism hinge mostly on the presence of populist parties within a political system? In this paper, we first seek to predict populist attitudes of respondents of the German General Social Survey (ALLBUS/GGSS), before assessing the validity of our prediction and the effect of our predicted attitudes on vote choice in a second analytical step. To this end, we draw on the 2018 round of GGSS for which populist attitudes are available. We single out predictors that are theoretically related to populism yet distinguishable from host ideologies, to separate the two. Drawing on Machine Learning, we then assess the explanatory power of these (socio-economic and political) indicators to estimate populism within the 2018 round, before using these models to calculate a populism score for individuals going back in time. Finally, we assess the validity of our prediction and the effect of predicted populism scores on political behavior and voting decisions as well as turnout.

Combinational Regularity Analysis (CORA): A New Method for Uncovering Complex Causation

Prof. Dr. Alrik Thiem (Universität Luzern), Dr. Lusine Mkrtchyan (Universität Luzern), ZuzanaSebechlebska (Universität Luzern)

Abstract:

Configurational comparative methods (CCMs) such as Qualitative Comparative Analysis (QCA) have gained in popularity over the last three decades in many scientific disciplines. However, all existing CCMs still face major theoretical limitations, analytical constraints or unresolved algorithmic problems. The present article introduces a new CCM called Combinational Regularity Analysis (CORA). CORA integrates a generalized regularity view of causation with the developed mathematical and visual machinery of combinational logic design. After having introduced CORA's epistemological and algebraic foundations, we present example applications to showcase its inferential powers and compare results to those generated by existing CCMs.

Party Ambiguity and Voter Uncertainty. A Re-Assessment

Guido Tiemann (Institut für Höhere Studien (Wien), Universität Klagenfurt)

Abstract:

The spatial theory of voting presumes that both voters and parties may be represented by dots in an n-dimensional political space and that the relation of voter ideal points and party positions impacts on party evaluation and vote choice. Likewise, theoretical and empirical models usually assume that voters risk-averse, i.e. they are repelled by ambigous party positions and uncertainty about the ideological or programmatic locations of parties and voters. The proposed paper adopts a more realistic perspective and deals with party ambiguity and voter uncertainty in spatial models of voting. To guard against confounders and endogeneity issues, we have designed a large scale (N=1,500) survey experiment to probe the political consequences of party ambiguity and voter uncertainty. We find that voters are, on average, risk-neutral. The mere adoption of ambiguous party platform does not destroy the political fortunes of any party; but it is not an unambiguous "winning formula", either. However, voters are systematically driven away by overall and unpredictable uncertainty that arises from non-positions, inconsistent positions, or intra-party conflicts. Eventually, so as to unify experimental and observational perspectives, we have attached a real-world survey segment to this experiment which focuses on spatial voting in German Bundestag elections.

Social capital, right-wing populist vote and compliance with Covid-19 restrictions: Local evidence on mobility restriction in Germany

Dr. Marlene Jugl (Bocconi University), Dr.Bogdan Popescu (Bocconi University)

Abstract:

Recent public debates in Germany suggest that areas with higher vote shares for the right-wing populist AfD party faced higher infection and death rates during the second wave of the pandemic. The question whether there is any causal relation between these aspects remains controversial. Since infection and death rates are caused by a large variety of factors hardly measurable or controllable for researchers, we focus instead on the conscious behavior of citizens in response to policies against Covid-19. To measure citizens' compliance with government-imposed restrictions on mobility, we employ novel fine-grained, county-level data on mobility reduction, which are based on mobile phone data. We explore the relation between (a) this measure of actual citizen compliance, (b) social capital measures of contemporary and historical density of clubs and associations, and (c) the vote share for AfD. Based on recent advancements in the literature on social capital, we hypothesize that social capital and social networks do not only have virtuous effects but can also spread undesirable behavior. Employing interactions and a difference-in-difference design, we show that there are two worlds of "clubs and compliance" in contemporary Germany: On the one hand, counties (Kreise) with a high density of sports clubs, which reflect historically grown social network capital, have higher AfD vote shares and less

compliance with mobility restrictions. On the other hand, counties and cities with high density of social and political associations, which are not linked to “historic” social capital and networks, show lower AfD vote shares and higher compliance.

DoD20 | Political Polarization

Organisiert von / Organized by: Dr. Lukas Stoetzer (Humboldt Universität zu Berlin), Prof. Dr. Heike Klüver (Humboldt Universität zu Berlin)

Chair: Dr. Lukas Stoetzer (Humboldt Universität zu Berlin)

Discussant: Prof. Dr. Heike Klüver (Humboldt Universität zu Berlin)

Abstract:

Political polarization has been a much-debated topic in recent years. Strong polarization has the potential to impair society's ability to reach consensus, making it more likely that social groups with irreconcilable interest form and put burdens on pluralistic foundations of liberal democracies. To better understand and describe political polarization in Germany, this panel brings together four papers with different perspectives on political polarization. The first two contributions evaluate the extent of two types of polarization conceptualizations. On the one hand, Traber et al. focus on public opinion polarization, the degree to which issue preferences diverge between different social groups. Their analysis reveals that the polarization of issue preferences has been surprisingly stable in Germany. Wagner and Harteveld, on the other hand, study affective polarization, as the dislike between citizens with opposing political identities in multiparty-systems. Using 30 years of data from Germany reveals the extend of out-party animus and proposes explanations for variation between parties. The other two contributions focus on the effect of events on polarization. Ellger studies the effect that politically motivated crimes against politicians can have on polarization in Germany. The results suggest that violent acts can generate political divides in societies. Similarly, Hunger and Hutter study the polarization in German society that emerges as a consequence of protest against the corona measures. Taking together, the four contributions of the panel describe the extend of polarization and investigate the effects of violent and protest events on polarization in Germany.

Beiträge / Contributions:

Group-based Public Opinion Polarization in Multi-Party Systems

Prof. Dr. Denise Traber (Universität Basel), Tanja Burri (Universität Zürich)

Abstract:

Public opinion polarisation can impair society's ability to reach a democratic consensus in different political issue areas. This appears particularly true when the polarisation of opinions coincides with clear identifiable social groups. In this article, we, therefore, propose a conceptualization of polarisation as the opinion divergence between different groups in a society. We propose a new approach based on hierarchical item response models to empirically evaluate the extent of polarisation between social groups over time and describe an application to public opinion data in Switzerland from 1993 to 2016. The results indicate that polarization between the populist radical right partisans and partisans of other parties has peaked in 2005 both in terms of economic and cultural issues. We also emphasize how our new measure contributes to a better understanding of polarisation in Europe at large.

Affective polarization across parties: why do people dislike some parties more than others?

Prof. Dr. Markus Wagner (Universität Wien), Prof. Dr. Eelco Harteveld (Universität Amsterdam)

Abstract:

Affective polarization, or dislike between citizens with opposing political identities, has received increasing attention as a driver of political attitudes and behavior. However, as this research has mainly examined the case of the US, little attention has been paid to how such dislike varies based on the out-group party, as Republicans and Democrats each only have one out-group party. In multiparty systems, the patterns of dislike become more complex, as do the causes underlying them. To study this question, we use almost thirty years of monthly data from the German Politbarometer surveys. We expect that dislike of particular parties will be driven by three factors: the make-up of partisan groups; the issue

content of intergroup conflict; and information signaling. Our results help us to understand when citizens dislike other parties and thus provide insights into how affective polarization varies over time, across parties and between citizens.

The Consequences of Crimes against Politicians: How Politically Motivated Crime shapes Polarization

Fabio Ellger (Humboldt Universität zu Berlin)

Abstract:

Do verbal and physical attacks against politicians contribute to a polarizing electorate or do they encourage the mobilization of moderate forces? This paper investigates the consequences of politically motivated crimes (PMCs) for voting behavior in affected constituencies. PMCs have for long been neglected in the context of established democracies. But increasing hostility in politics has made them more common over recent years. Yet, surprisingly little is known on the consequences of such incidents for electoral politics. While most parties tend to condemn violence, I argue that some still benefit from shifting voter preferences after attacks. I develop and test a new argument on the effect of crimes for subsequent election results. Overall, PMCs should mobilize voters with strong ideological or affective attachments to parties and at the same time suppress turnout among moderate, risk-averse constituents. For the analysis, I combine novel event-level data on PMCs with official voting records. The panel structure allows for the implementation of a difference-in-differences design, which assesses the causal effect of crimes on electoral polarization within the community. The findings speak to a growing societal debate on PMCs and their consequences for democratic governance beyond the local level.

Corona protests and the polarization-participation nexus

Dr. Sophia Hunger (WZB Berlin), Prof. Dr.Hutter Swen (Freie Universität Berlin)

Abstract:

Like in previous crises and catastrophes, civil society plays a central role in the current Corona crisis: It connects citizens, promotes solidarity, and assists those unable to cope on their own. It also acts as a critical voice and calls attention to unheard grievances and emerging polarisations. At the same time, limited freedom of movement and assembly have rendered traditional forms of civic and political engagement difficult if at times not impossible. The article assesses the current dilemma of civil society by zooming-in on the street protests against the public Corona measures in Germany. Emerging as early as April 2020, these protests have mobilised aggrieved citizens from different social and (extreme) ideological backgrounds over the last months and steered public discourse around the state measures to cope with the pandemic. Based on a 10-wave rolling cross-sectional survey, we investigate public opinion towards the people who participate in such events. By doing so, we examine how these protests resonate and link with pre-existing and emerging divides in German society. Moreover, by comparing understanding and participation, we can also trace the support-participation nexus to better understand who would be willing to take it to the streets under the dynamically evolving conditions. Most importantly, we investigate the (non-)partisan nature of the mobilization potentials of the anti-corona protests.

Is COVID-19 Exacerbating Political Polarization in Germany?

Prof. Dr. Tim Büthe (Hochschule für Politik an der Technischen Universität München), Prof. Dr. Janina Steinert (Hochschule für Politik an der Technischen Universität München), Henrike Sternberg (Hochschule für Politik an der Technischen Universität München), Prof. Dr. Katrin Paula (Hochschule für Politik an der Technischen Universität München)

Abstract:

In Germany - as in many other advanced industrialized democracies - the severe threat that COVID-19 has posed to public health, the economy, and public life has led to a broad range of often sweeping

measures imposed upon citizens. Virtually all the "reasonable" (overwhelmingly centrist) political parties, in government and opposition alike, have lent their support to most of the various restrictions on economic and public life. Sustained, vocal opposition has almost exclusively come from parties at the extremes of the political spectrum. Drawing on public opinion surveys, including a panel of repeat participants, fielded among representative samples of the German population in the early months of 2021, and using a range of analytical approaches from political science and behavioral economics, we examine to what extent and under what conditions the broad political consensus in support of COVID-19 restrictions is driving citizens who do not support the extent or duration of the restrictions to shift their support from the centrist political parties to more extreme and even fringe parties.

DoD21 | Praktische Theorie: Theoretisches Denken in Zeiten verhärteter gesellschaftlicher Konflikte

Organisiert von / Organized by: Dr. Holger Niemann (Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH)), Dr. Sebastian Schindler (Ludwig-Maximilians-Universität München)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Arbeitskreis „Soziologie der internationalen Beziehungen"

Chair: Dr. Antonia Witt (Leibniz Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK))

Discussant: Prof. Dr. Stefano Guzzini (Uppsala Universitet & Danish Institute for International Studies (DIIS))

Abstract:

Die zunehmende gesellschaftliche Polarisierung und komplexere politische Problemstellungen haben Rufe nach einer größeren Praxisnähe der Politikwissenschaft, einer Orientierung an problemlösungsorientierten Fragestellungen und einer Formulierung möglichst konkreter Handlungsempfehlungen ausgelöst. Theoretisches Denken gilt dafür oft als zu abstrakt, zu komplex und zu wirklichkeitsfern. Mit diesem Panel möchten wir diese weitverbreitete Sichtweise hinterfragen und die praktische Relevanz von Theorie aufzeigen. Theoretisches Denken kann Zugang zu tiefen Einsichten schaffen, die das Handeln zwar nicht unmittelbar anleiten, aber doch beim sicheren Urteilen helfen können. Es kann praktische Weisheiten aufzeigen und Gemeinsinn schulen. Gleichzeitig kann Theorie aber auch verwirren, polarisieren oder gar in die Irre leiten. Ihre Relevanz für gesellschaftliche Konflikte ist also ambivalent. Das Panel möchte herausfinden, was diese Einsicht über unterschiedliche Teildisziplinen der Politikwissenschaft hinweg bedeutet und so die Möglichkeiten, aber auch die Herausforderungen theoretischen Denkens in Zeiten verhärteter gesellschaftlicher Konflikte diskutieren. Wir folgen dabei ganz frei dem Motto Kurt Lewins: „Es gibt nichts Praktischeres als eine gute (politikwissenschaftliche) Theorie!"

Beiträge / Contributions:

Democratic Theory as Policy Advice? The Popularization of Populism Research

Dr. Astrid Séville (Ludwig-Maximilians-Universität München)

Abstract:

Faced with the electoral successes of right-wing populist parties, politicians, intellectuals, media professionals, and scholars alike are discussing the phenomenon of populism. What does it mean, what is behind the communication and mobilization strategy of populist politicians? Who votes for these parties – and do their relative successes pose a threat to liberal democracy?

In view of these pressing questions, it is not surprising that research on populism is flourishing and that more and more academic publications cover the topic. Certainly, one of today's most cited approaches is that of Cas Mudde and Cristobal Rovira Kaltwasser (2017) who conceive of populism as a "thin-centred ideology." In Germany, Jan-Werner Müller's interpretation in particular has been widely received. According to these authors, populism entails a juxtaposition of the people versus the establishment and an anti-pluralist assertion that only populist actors represent the true will of the people.

In my contribution, I will analyse the broad reception of this understanding of populism as a popularization of populism studies. This popularization, I will argue, comes with opportunities and risks. Democratic theory becomes eminently relevant – it acquires practical, indeed political significance because policy-makers and societal actors refer to it as guiding knowledge for an anti-populist strategy. Yet, this prevailing understanding of populism reflects an image of liberal democracy, which in turn tries to shield itself from critique and thereby dismisses constructive self-criticism.

Die Rolle von Normativität für die Praxistheorie

Dr. Frank Gadinger (Centre for Global Cooperation Research/Universität Duisburg-Essen), Dr. Holger Niemann (Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH))

Abstract:

Praxistheoretische Ansätze werden in der Politikwissenschaft seit einigen Jahren intensiv diskutiert. Fragen macj der Rolle von Normativität sind in diesen Diskussionen bislang aber weitgehend unberücksichtigt geblieben. Dabei werden Praktiken erst durch ihre Normativität intersubjektiv verständlich, basieren sie doch auf normativen bzw. moralischen Standards, die als Grundlage für die Bewertung ihrer Angemessenheit durch Andere herangezogen werden können. In der Praxis erweisen sich diese Standards aber häufig als ambivalent und vielfältig interpretierbar, wie etwa Untersuchungen zur Umstrittenheit und Mehrdeutigkeit von Normen oder zur Legitimation und Delegitimation politischer Ordnungen zeigen. In solchen „kritischen Momenten" (Boltanski) gesellschaftlicher Konflikte zeigt sich also sowohl die Prekarität als auch die Wirkungsmächtigkeit der Normativität von Praktiken.

In unserem Beitrag argumentieren wir, dass die Normativität von Praktiken dabei aber eine weitere, ganz praktische, Funktion hat. Denn die Untersuchung „kritischer Momente" ermöglicht nicht nur die Identifizierung von Repertoires moralischer Standards, die in diesen Situationen ausgehandelt werden. Sondern die Analyse „kritischer Momente" verlangt immer auch eine Reflektion der normativen Prämissen des eigenen praxistheoretischen Vorgehens. Eine stärkere Fokussierung auf Fragen der Normativität ist daher nicht nur ein vielversprechendes Programm zur theoretischen Weiterentwicklung der Praxistheorie, sondern Ausdruck des intrinsischen Zusammenhangs zwischen der Formulierung von Werturteilen und gelebter (Forschungs)Praxis.

Zur Relevanz theorieorientierter kritischer Policy-Analyse

Prof. Dr. Sybille Münch (Leuphana Universität Lüneburg)

Abstract:

Die Policy- oder Politikfeldanalyse steht gemeinhin nicht unter Verdacht, „zu theoretisch" zu sein. Als Problemlösungswissenschaft augenzwinkernd als „BWL der Politikwissenschaft" (Blum/Schubert) bezeichnet, mit traditionell starkem Fokus auf die Implementation staatlicher Wohlfahrtsprogramme, sah sich die Politikfeldanalyse zunächst sogar mit dem Vorwurf konfrontiert, sich „zu sehr die Gedanken der Regierenden" (Greven) zu machen und normative Fragen aus den Augen zu verlieren. Seit diesen Kontroversen der 1980er Jahre hat sich die Policy-Analyse längst als Teildisziplin etabliert. Parallel hat sich im Zuge der „argumentativen" oder „interpretativen Wende" in den vergangenen 20 Jahren eine neue Spielart herausgebildet, die mit ihrer erkenntnistheoretischen Selbstreflexion und der Weiterentwicklung post-positivistischer Methodologie nicht nur die Grenzen zu den geistes-, sozial- und kulturwissenschaftlichen Nachbardisziplinen, sondern auch zum Teilbereich der Politischen Theorie aufweicht. Trotz der Heterogenität der verschiedenen Ansätze und des Fehlens einer Meta-Theorie hat sich in jüngerer Zeit ein Verständnis als „Critical Policy Studies" herausgebildet, wonach das interpretativ-hermeneutische Verstehen durch kritische Reflexion ergänzt werden müsse, wenn es Perspektiven für eine emanzipatorische Praxis eröffnen solle. Mit ihrer dezidierten Kritik an engen technischen Fragen zur effizienten Erreichung vorgegebener Ziele mögen die CPS die Frage auf sich ziehen, ob sie nicht in Zeiten komplexer Herausforderungen und geforderter Problemlösungskompetenz Antworten auf die Frage, „What works?", verweigern. Das Paper argumentiert dagegen, dass gerade in polarisierten Kontexten diskurs- und demokratietheoretischen Erwägungen, wie sie für die CPS prägend sind, eine entscheidende Relevanz zukommt.

The Need for a New Political Science

Dr. Sebastian Schindler (Ludwig-Maximilians-Universität München)

Abstract:

Present societal division has doubtless numerous origins and causes. Yet when it comes to addressing the problem practically, one key task stands out: the task of creating meaningful exchange between

people, groups and parties that hold radically different views of certain issues or questions. In my contribution to our workshop, I will reflect on how political science could become a tool that helps address this task. I will suggest that political science should begin to reflect more systematically on the kind of practical knowledge that is needed to deal productively with friction and difference. What kind of theoretical knowledge is this? How is it related to the quest for explanatory theories that dominates contemporary research in the discipline? How can a place for this practical knowledge be established within the discipline? My hunch is that this task requires nothing less than the establishment of a new political science – which will not abolish the "old" science, but give pride of place to a kind of theoretical knowledge that is more often than not lost rather than preserved.

DoD22 | Räume globaler Politik (II): Die Politics of Scale als politikwiss. Forschungsprogramm

Organisiert von / Organized by: Dr. Regina Heller (Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH)), Dr. Jan Wilkens (Universität Hamburg)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Themengruppe „IB-Normenforschung"

Chair: Dr. Regina Heller (Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH))

Discussant: Dr. Riccarda Flemmer (Universität Hamburg)

Abstract:

Räumliche Ontologien halten Einzug in die Politikwissenschaft. Diesen Ansätzen gemein ist eine kritische Perspektive auf verschiedene Konzepte von Räumlichkeit, die deren Dynamik und politische Umkämpftheit in den Vordergrund stellen. Dieses Panel ist Teil eines Doppelpanels zu „Räumen globaler Politik" und ist verknüpft mit dem Panel „Die Konstruktion politischer Räume" (Teil I). Hier, in Teil II, fragen wir nach der Möglichkeit eines gemeinsamen, kritischen und integrierenden Herangehens an Räumlichkeit in der Politikwissenschaft. Unterschiedliche Vorstellungen und Konstruktionen von Raum und Räumlichkeit bestimmen nicht nur unseren Blick auf unsere Forschungsgegenstände, sondern produzieren auch epistemische Trennlinien in der Politikwissenschaft. Um diese zu überwinden, brauchen wir Konzepte, die die artifiziellen raumbezogenen Trennungen auflösen und Erklärungen für das Entstehen unterschiedlicher Raumordnungen und Raumontologien anbieten können. Das aus der kritischen Geografie stammende Konzept der Politics of Scale könnte diese Funktion übernehmen. Es betont die Konstruiertheit von Raum/Raumordnung und die Produktion unterschiedlicher – z.B. geografischer, zeitlicher, kultureller – Maßstabsebenen als Ergebnis sozialer Konflikte. Forscher*innen aus unterschiedlichen politikwissenschaftlichen Teil- und Subdisziplinen setzen sich in diesem Panel theoretisch und empirisch mit der Politics of Scale auseinander: Welche Akteur*innen sind an der Konstruktion welcher Art von Maßstabsebenen in welcher Weise beteiligt? Welche Machtdynamiken wirken auf skalare Konstruktionsprozesse und wie strukturieren Scales die Praktiken von Akteur*innen? Welche Formen der Ungleichheit entstehen? Welche normativen Probleme legt das Konzept offen? Welche Fragestellungen ergeben sich aus der Politics of Scale für die eigene Forschung? Wie kann die Politics of Scale das kritische Potenzial anderer Konzepte, wie z.B. Normen und Normenforschung, erhöhen und in deren Forschungspraxis einbezogen werden?

Beiträge / Contributions:

Politics of Scale: Zur Bedeutung kritischer Raumforschung für die politikwissenschaftliche Analyse von Mehrebenenprozessen

Dr. Kristina Dietz (Universität Kassel)

Abstract:

Mit der politics of scale hat sich in der kritischen Geographie seit den 1990er Jahren ein analytischer Ansatz zur machtkritischen Erklärung ebenenübergreifender Reorganisierungen von Politik herausgebildet. Welche Lehren lassen sich aus diesem Ansatz für die politikwissenschafltiche Analyse von Mehrebenenprozessen ziehen? Wo liegen die Grenzen des Ansatzes und wie lassen sich der politics of scale Ansatz mit theoretischen Überlegungen in der Politikwissenschaft zur Transformation von Staat, Politik und dem Handeln sozialer Akteure verbinden?

Dezentralisierung und die gendered politics of scale in Post-Konflikt-Sierra Leone

Patricia Rinck (Käte Hamburger Kolleg / Centre for Global Cooperation Research, Universität Duisburg-Essen)

Abstract:

Das Paper setzt sich mit dem Nutzen des Politics of Scale-Konzepts aus Perspektive einer kritisch-feministischen Friedensforschung zu Statebuilding-Interventionen auseinander. Das Konzept ist insofern höchst relevant, als extern geförderte Statebuilding-Interventionen grundsätzlich eine Umverteilung von Macht, Hierarchien und Ressourcen involvieren – etwa durch Dezentralisierung. So auch in Sierra Leone, wo der Prozess direkt nach dem Krieg als Antwort auf die problematische Zentralisierung von Macht und Ressourcen in der Hauptstadt angestoßen wurde. Im Zuge des gebergeförderten Prozesses wurde ein hybrides System geschaffen, in dem neben gewählten lokalen Councils eine parallele und damit verwobene andere Scale, die der traditionellen lokalen Autoritäten, weiter existiert. Eine Politics of Scale-Perspektive schärft den Blick für die Auseinandersetzung zwischen verschiedensten Kräften in solchen sozialen Transformationsprozessen, die je nach Interessen und Agenden alternative Scales und Governance-Modi fördern bzw. behindern. Ein feministischer Ansatz zeigt zudem, wie gegenderte Machtdynamiken sich auf skalare Konstruktionsprozesse auswirken; zum Beispiel wie solche Prozesse, die immerhin als Teil des liberalen Statebuilding-Projekts durchgeführt werden, Frauen benachteiligen, etwa indem sie die ‚traditionelle' Governance-Ebene stärken. Darüber hinaus kann eine Politics of Scale-Perspektive Einblicke geben in die Scaling-Praktiken, die Akteur*innen nutzen, um bestimmte Entscheidungen und Praktiken zu (de)legitimieren: Während die einen mit Verweis auf Gewohnheitsrecht und Tradition erklären, wieso Frauen nicht mehr Verantwortung in der traditionellen Governance-Struktur übernehmen könnten und globale Prozesse zur Förderung von Gleichberechtigung nicht mit lokalen Traditionen vereinbar seien, kritisieren die anderen dies als reinen Vorwand, appellieren an die Verantwortung internationaler Akteur*innen und verweisen auf eben jene globalen Prozesse, um eigenen Forderungen Nachdruck zu verleihen und soziale Transformationsprozesse anzustoßen.

Regional Powers and the Politics of Scale

Dr. Miriam Prys-Hansen (German Institute for Global and Area Studies (GIGA)), Dr. Alexandr Burilkov(German Institute of Global and Area Studies (GIGA))

Abstract:

In this paper, we illustrate the usefulness of thinking about regional power behavior in terms of scalar politics. Scalar politics describes whether and how actors navigate the complex landscape of "scales". Scales represent a gradient at which specific policies or sets of policies are applied, including mostly spatial, but also other frames of reference, such as cultural, institutional, and ideational. So rather than studying regional power behavior at either the regional or the global level for example, the politics of scale approach, borrowed from political geography, helps to study the means by which regional powers navigate and thereby co-create various scales to maximize the effectiveness of their foreign policy program; something that is hard to grasp with the conventional tools of regional power analysis. We illustrate the content of the concept as well as its empirical applicability with the help of two case studies. One is Russia, a constant regional power in the greater Eurasian region, and a rapidly re-emerging great power with an intensifying interventionist foreign policy and an ideational project of authoritarian cooperation aimed at ensuring both domestic stability as well as dealing with the enduring problems of transnational terrorism. The other is India, which much like Russia has long been the premier regional power in South Asia, albeit without a meaningful regional project that might bring about greater regionalization in South Asia. It has further emerged to become a substantial global power as well, yet struggles with rising expectations linked to this new role.

Räumliche Skalen im internationalen humanitären Staat: Projekte gegen sexualisierte Gewalt in der Demokratischen Republik Kongo

Dr. Alexander Veit (Universität Bremen)

Abstract:

Im zurückliegenden Jahrzehnt bildete das Engagement gegen sexualisierte Gewalt in den östlichen Provinzen der Demokratischen Republik Kongo einen wesentlichen Bestandteil des internationalen Peace- und Statebuilding in diesem Land. In diesem Beitrag wird, basierend auf intensiver Feldforschung, die räumliche Struktur dieser Projekte und Programme untersucht. Ich argumentiere das diese Projekte und Programme der räumlichen Strukturierung postkolonialer Staatlichkeit folgen. Internationale humanitäre Projekte und Programme gegen sexualisierte Gewalt investieren insbesondere in den urbanen Zentren und relativ gut zugänglichen peri-urbanen Regionen in die juristische, polizeiliche, medizinische und humanitäre Infrastruktur. Rurale Gebiete und Bergbaukonzessionen, in denen der Großteil sexualisierter Gewalt vermutet wird, können durch das internationale Engagement hingegen kaum erreicht werden. Internationale Projekte und Programme folgen damit dem Vorbild des postkolonialen Staats, dessen institutionelle Präsenz in ruralen Gebieten vor großen Herausforderungen steht. Diese räumliche Ordnung humanitären Engagements schließt an andere Formen selektiver Intervention im internationalen humanitären Staat an.

DoD23 | Repräsentation und Ungleichheit im deutschen Mehrebenensystem

Organisiert von / Organized by: Dr. Martin Gross (Ludwig-Maximilians-Universität München), Jan A. Velimsky (Universität Stuttgart & Ludwig-Maximilians-Universität München)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Arbeitskreis „Lokale Politikforschung"

Chair: Dr. Martin Gross (Ludwig-Maximilians-Universität München, Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft)

Discussant: Jan A. Velimsky (Ludwig-Maximilians-Universität München, Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft)

Abstract:

Die repräsentative Demokratie erlebt in vielen Demokratien in den letzten Jahren ein anwachsendes Legitimationsdefizit. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger fühlen sich von den politischen Eliten vernachlässigt, im politischen Prozess unterrepräsentiert oder sogar überhaupt nicht vertreten (Kronenberg & Horneber 2019). Zusätzlich beteiligen sich verschiedene soziale Schichten bei der Wahl ihrer Repräsentanten unterschiedlich stark. Gruppen mit hoher sozial-struktureller Ressourcenausstattung partizipieren stärker an Wahlen und anderen Formen politischer Beteiligung als Gruppen mit einer geringen sozial-strukturellen Ressourcenausstattung. Diese ungleiche Beteiligung unterschiedlicher sozialer Schichten geht mit einer geringeren Repräsentation bestimmter gesellschaftlicher Gruppen im politischen Entscheidungsprozess einher, wodurch sich jene Gruppen wiederum weniger an politischen Entscheidungsfindungsprozessen beteiligen. Somit droht „[…] ein sich verstärkender Teufelskreis aus ungleicher Beteiligung und ungleicher Responsivität, bei dem sozial benachteiligte Gruppen merken, dass ihre Anliegen kein Gehör finden und sich deshalb von der Politik abwenden – die sich in der Folge noch stärker an den Interessen der Bessergestellten orientiert" (Elsässer et al. 2016: 42). Diese Befunde für die nationale Ebene wurden bisher nicht durch Arbeiten zu Repräsentation und Ungleichheit auf Landes- und Kommunalebene ergänzt. Ziel des Panels ist es, theoretische und empirisch-analytische Arbeiten zu ungleicher Repräsentation im deutschen Mehrebenensystem zusammenzutragen, um ein umfassenderes Bild zur Qualität der Repräsentation im politischen System der BRD zu gewinnen.

Wir freuen uns sowohl über Einzelfallstudien als auch über vergleichende Analysen u.a. zu den folgenden Themenbereichen:

- Determinanten der deskriptiven und substanziellen Repräsentation
- Interessenvertretung im politischen Entscheidungsfindungsprozess
- Ungleichgewichte in den Mustern der Repräsentation
- Kontextbedingungen für unterschiedliche Repräsentationsmuster

Beiträge / Contributions:

Let's talk about sex! Male MPs claiming to represent women's interests in plenary debates

Corinna Kröber (Universität Greifswald)

Abstract:

How do male representatives change the way they represent as more women enter parliaments? Extensive scholarly work engages with the growing number of women in legislatures around the world and highlights their distinct policy priorities and communication style. Comparably little is known about the reactions of male MPs to the changing gender composition of parliaments. In this paper, I therefore explore how this development impacts claims to represent by male legislators. Building on the literature proposing that women's presence in parliament transforms the policy-making process, the proposition that men increasingly claim to represent the well-being of female citizens is put under empirical scrutiny. For that purpose, I rely on original data from all German state legislatures between 1990 and 2020. The analyses focus on minutes of plenary debates that engage with four topics: Violence against women, childcare, housing, and the budget of the ministry of interior. The evidence presented in this paper

uncovers to what extent women's increasing presence in parliaments has the potential to raise the awareness for women's distinct interests in the policy-making process.

Der Einfluss populistischer Einstellungen auf die Wahl von unabhängigen Wählergemeinschaften

Dr. Christina-Marie Juen (University of Oldenburg)

Abstract:

Unabhängige Wählergemeinschaften (UWG) sind bei Kommunalwahlen zunehmend erfolgreich. Jüngste Forschungsergebnisse deuten darauf hin, dass der Wahlerfolg von UWG nicht nur mit ihrem Fokus auf lokale Themen zu erklären ist, sondern vielmehr durch ihre Anti-Eliten Einstellungen. Diese Annahme wurde bisher jedoch nur indirekt anhand von aggregierten Daten überprüft. Wir legen eine umfassende Studie vor, die empirische Evidenz für die Beziehung zwischen populistischen Einstellungen von Wähler:innen und der Stimmabgabe für UWG liefert. Zum einen zeigen wir anhand von Daten aus einem Projekt zu Voting Advice Applications, dass die Wahl zugunsten populistischer Parteien bei nationalen Wahlen ein starker Prädiktor für die Unterstützung von UWG bei Kommunalwahlen ist. Zum anderen zeigen wir anhand eines groß angelegten Umfrageexperiments im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen in Niedersachsen, dass es einen kausalen Zusammenhang zwischen populistischen Einstellungen und Präferenzen für UWG gibt. Diese Ergebnisse haben wichtige Implikationen für das Verständnis der Auswirkungen von politischer Unzufriedenheit und Anti-Establishment-Einstellungen im deutschen Mehrebenensystem

Ungleiche Repräsentation. Eine vergleichende Analyse divergierender Repräsentationserfahrungen auf kommunaler Ebene

Julia Dupont (Goethe-Universität Frankfurt am Main)

Abstract:

Seit Dekaden diagnostiziert die Repräsentationsforschung eine „Partizipations-Repräsentations-Lücke" (Merkel 2015). Die Diagnose rekurriert auf dem Befund, dass sich sozio-ökonomisch schlechter gestellte Bevölkerungsgruppen immer weniger am demokratischen Prozess beteiligen. Deren fortschreitende Exklusion äußert sich durch abstinentes Wahlverhalten, wodurch das demokratische Gleichheitsversprechen verletzt wird (vgl. Elsässer et al. 2017; Schäfer et al. 2013).

Aufwind hat die Deklaration einer Krise der politischen Repräsentation durch die anhaltenden Krisendiagnosen erfahren, insbesondere den postdemokratischen Diskurs, der die Problematik rückläufiger politischer Teilhabe, um die Frage erweitert hat, inwiefern die repräsentative Demokratie den Anforderungen und Veränderungen derzeitiger Transformationsprozesse überhaupt gewachsen ist (vgl. u.a. Sintomer 2016; Schäfer 2015, Dörre 2014; Lessenich 2014; Ritzi 2013; Crouch 2008).

Einer partizipatorisch orientierten Politikwissenschaft obliegt die Aufgabe, genauer zu bestimmen „welche Repräsentationsformen welche Handlungs- und Einflussmöglichkeiten für welche Gruppe bieten" (Linden/Thaa 2009: 13), um die politische Responsivität infolge politisch-repräsentativer Maßnahmen zu stärken.

Ein Anhaltspunkt für diese Analyse ist der Befund, dass sich die Bindungskraft zwischen politischen Parteien und klar umrissenen sozialen Gruppen sowie Milieus gelockert hat (vgl. Linden/Thaa 2009; Lösche 2009). Wie die Pluralisierung von Repräsentationsverhältnissen zu bewerten ist bleibt jedoch umstritten: Hat sich das Verhalten von Wählern entpolitisiert oder ist eine veränderte Beziehung zwischen Repräsentierten und Repräsentanten ursächlich für diese Entwicklung?

Diese Fragen sind Gegenstand des Promotionsvorhabens, das Kommunalpolitiker und Bürger zu ihren konkreten Repräsentationserfahrungen erforscht. Es vergleicht das Selbstverständnis und die Auffassung des Repräsentationsauftrages der Repräsentanten mit den Erwartungshaltungen und Repräsentationserfahrungen der Bürger. Erste Erkenntnisse der explorativ-qualitativen Feldforschung werden im Panel präsentiert und diskutiert.

Zu wenig bedacht? Eine empirische Analyse zum Verhältnis von Responsivitätswahrnehmung und Schichtzugehörigkeit von Bürger*innen

Simone Tosson (Universität Duisburg-Essen)

Abstract:

Immer wieder wird der sogenannten politischen Elite vorgeworfen sie sei zu abgehoben, habe den Kontakt zu den Bürger*innen verloren und würde die Interessen der Bevölkerung zu wenig berücksichtigen. Diese Vorwürfe werfen die Frage auf, ob aus der Perspektive der Bürger*innen ein Responsivitätsdefizit besteht. Bisherige Untersuchungen zur Responsivität betrachten vermehrt die Makroebene. Sie zeigen, dass, sofern sich politische Interessen hinsichtlich verschiedener Einkommensgruppen deutlich unterscheiden, politische Entscheidungen mit höherer Wahrscheinlichkeit zugunsten reicherer Einkommensgruppen und somit besser gestellter sozialer Schichten ausfallen. Erkenntnisse über die Responsivitätswahrnehmung der Bürger*innen können sie allerdings nicht liefern. Diese individuelle Wahrnehmung ist jedoch von wesentlicher Bedeutung und lässt Aufschlüsse zu, ob und inwieweit die Umsetzung der Idee der repräsentativen Demokratie aus der Perspektive der Bürger*innen funktioniert. Subjektive Wahrnehmungen der politischen Ordnung sind zentral für deren Funktionsfähigkeit und sind nicht zu unterschätzen, da sie einen wichtigen Faktor für die Persistenz politischer Systeme darstellen. Vor diesen Hintergrund betrachtet der Beitrag die Responsivitätswahrnehmung von Bürger*innen und setzt diese mit der Schichtzugehörigkeit in Verbindung. Hierbei wird angenommen, dass die eigene Schichtzugehörigkeit einen Einfluss auf die Responsivitätswahrnehmung der Bürger*innen hat. Abgeleitet aus diesen Überlegungen soll der Beitrag auf der Individualebene testen, ob sich hieraus bedingt unterschiedliche Responsivitätswahrnehmungen bei den Bürger*innen der Bundesrepublik Deutschland ergeben. Hierfür werden aktuelle Daten verwendet, welche im Rahmen einer Bevölkerungsbefragung des DeZIM-Projekts „Gesellschaftliche Konflikte und Dynamiken des Parteienwettbewerbs in der Migrations- und Integrationspolitik“ im März/April 2021 erhoben wurden. Das Ziel des ist es, einen innovativen Beitrag zur Diskussion um die Qualität der politischen Repräsentation in Deutschland zu leisten.

DoD24 | The (un)making of new developmentalisms in the Global South. State, economy, local society (I)

Organisiert von / Organized by: Sebastian Hoppe (Freie Universität Berlin), Jan Ickler (Universität Kassel)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Sektion „Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik“

Chair: Jan Ickler (Universität Kassel), Sebastian Hoppe (Freie Universität Berlin)

Discussant: Dr. Ewa Dąbrowska (Freie Universität Berlin)

Abstract:

Reacting to multiple crises, rising inequality, and long-term global economic shifts, recent development strategies have seen a reinvigorated role of active state planning, often embedded in a revival of authoritarianism. The Global South is no exception to this trend yet shows stark variances in the ambitions, capacities, and outcomes of the initiated strategies. While some countries – often fueled by increased revenues from natural resource exports – have induced a range of large-scale political, economic, and infrastructural programs designed to achieve ‘developmental breakthroughs’, others have opted for more modest approaches, e.g. linking up with value-chains and institutional arrangements in the Global North. Some aspects of these “new developmental statisms” resemble past experiences. However, changed geopolitical and global economic dynamics and new social fault lines in developing countries require a stocktaking of the scholarly perspectives on concepts, methodologies, and empirical angles in development studies.

Against this background, the panel seeks to engage with the factors behind the (un-)making of developmental statisms in the Global South and focus on the interplay between geopolitical and global economic dynamics, political struggles, and new social cleavages. We want to raise a set of interrelated questions: How do macro and micro dynamics modify the conditions for national development policies? What are the prospects for sustainable and inclusive development policies? Moreover: How do social and political actors articulate the struggle over political and economic resources on different scales? We invite contributions to these and adjacent topics from various disciplinary backgrounds and theoretical and methodological perspectives, working comparatively or through in-depth case studies.

Beiträge / Contributions:

African Agency and the Shifting Developmental Policy Space

Dr. Georg Lammich (University Duisburg-Essen)

Abstract:

The study of African development policy has traditionally been occupied by “how the continent has been governed, shaped and marginalized by external actors”. The academic literature has tended to overlook the role of Africa and Africans in carving out their own policy space and shaping their own development trajectories, choosing instead to focus on relationships with and perspectives of the global North.

The engagement of emerging development partners in Africa is broadening possibilities for exercising agency, as these partnerships increase the bargaining power of African states and offer new strategic options for negotiating terms. The increasing presence of China, Russia, and other new actors in Africa – as well as wider shifts in the global geopolitical architecture that have shaken the foundation of the Western world – have, together, sharpened the discussion of this issue. Despite this the African agency debate remains one of the emancipation of weak actors in a system dominated by Western countries, and the discussion thus has a tendency to focus more on patterns of unequal participation and the act of challenging the global power structure than on evaluating the impact of such agency.

This research projects aims to fill this gap and examine how African state and non-state actors use their increasing leverage to shape their own developmental agenda. Moving beyond current discussions of

African agency, this research project focus on the impact of a changing geopolitical landscape on the continent's development agenda and the effects of new donor constellations on the direction of African policymaking.

Migration, Remittances and the Fiscal Contract in Africa and Latin America

Prof. Dr. Ana Lopez Garcia (University of Konstanz)

Abstract:

How does the receipt of remittances shape the fiscal contract in developing countries? We argue that receiving remittances increases individual exposure to taxation, because remittances are usually spent in tax-generating activities and assets. At the same time, remittances weaken individual incentives to support a fiscal contract of taxation in return for public services. Individuals (agree to) pay taxes according to the quantity and quality of goods and services they receive from the state. Those who receive remittances can use the money sent by friends or family overseas to obtain public services like health and education on the private market instead of through tax-funded government schemes. Using survey data from Africa and Latin America, we find that those who receive money from abroad are more exposed to tax authorities but are less supportive of taxation and more likely to approve of (and practice) tax evasion and avoidance. This finding is robust across regions, and to controlling for a range of variables, including emigration intentions, trust in authorities, and employment status, and to matching individuals on observable characteristics.

The Unraveling of New Developmentalism in Brazil: Growth Models, Social Bloc, and the Politics of Anti-Corruption

Michael Schedelik (Goethe University Frankfurt)

Abstract:

The recent 2014/16 economic and political crisis in Brazil, leading to the impeachment of then-president Dilma Rousseff and later to the election of Jair Bolsonaro, has spawned a lively debate among Brazilian scholars and country specialists. Aiming to explain the crisis from a political perspective, most accounts point to the flawed coalition management of Dilma Rousseff and her political feud with PMDB heavyweight and then-speaker of the Chamber of Deputies Eduardo Cunha, laying bare the weaknesses of Brazil's political system of multiparty presidentalism (Melo 2016; Limongi and Figueiredo 2017; Mello and Spektor 2018; Katz 2020). From an economic perspective, scholars highlight declining commodity prices, a worsening fiscal situation, and the Petróbras corruption scandal as causes of the worst recession in Brazil's recent history (Cuevas et al. 2018; Boschi and Pinho 2019). More recently, the debate has shifted to the structural determinants underlying the crisis dynamics of the mid-2010s (Boito 2018; Braga and Barbosa dos Santos 2019; Loureiro and Saad-Filho 2019; Rossi et al. 2019; Singer 2019). This article aims to contribute to this debate by analyzing the unraveling of New Developmentalism in Brazil from a Growth Model perspective.

The Growth Model framework (Baccaro and Pontusson 2016) is the most recent variety of theoretical models in International and Comparative Political Economy on the preference formation of sectoral economic interests. This literature generally starts from Ricardo-Viner-inspired "specific-factor" models of industry-cleavages over trade and economic policy (Frieden 1991; Frieden and Rogowski 1996; Hiscox 2001). Whereas earlier contributions proposed the notion of "producer-group politics" (Gourevitch 1986; Swenson 1991; Thelen 2012), more recent accounts, seeking to align electoral politics with producer-group politics, put forward the concept of a "dominant social bloc" (Amable 2017; Amable et al. 2019; Baccaro and Pontusson 2019) which is defined as "a particular, structured configuration of relations (or interactions) among social groups and more or less organized actors that represents these groups" (Baccaro and Pontusson 2019, 12). Within the social bloc large corporations of key economic sectors occupy a privileged position and coalitional politics is essentially about the inclusion of other groups into the bloc or their exclusion (ibid., 11). The Gramscian notion of hegemony alludes to the idea that a solidified social bloc can be able to frame its specific interests as national interests which might

lead to policy convergence across parties (Amable et al. 2019, 451). From such a perspective, the crisis of specific growth models (being it export-led or demand-led, for instance) can be explained by a faltering or divided social bloc. The main cleavage in this framework appears between domestic-oriented or sheltered sectors such as construction, finance, and other services on the one hand and export-oriented or exposed sectors such as manufacturing and agriculture on the other (Frieden 1991; Baccaro and Pontusson 2019).

Drawing on the Growth Model framework, this article analyzes the recent trajectory of the Brazilian political economy in the period of the Workers' Party governments from 2002 to 2016. Empirically, it combines analyses of political coalition dynamics, electoral and survey data, and campaign finance data in order to pin down the rather elusive concept of a dominant social bloc. Thereby, the article advances the argument that a Growth Model perspective is better able to explain the failure of New Developmentalism in Brazil than alternative frameworks. By showing this, the findings have implications for the wider literature in Comparative Political Economy of Development highlighting the role of socio-economic coalitions as essential elements of sustainable growth trajectories (Khan 2010; 2018; Doner and Schneider 2016; Pritchett et al. 2017).

Are Chinese and Western mining companies differently contested?

Dr. Jan Sändig (University of Bayreuth), Prof. Dr.Jana Hönke (Universität Bayreuth)

Abstract:

While Western companies have operated in the African mining sector for decades, Chinese companies are newcomers. Allegedly, they have worse social and environmental standards than their Western counterparts, which could lead to more intense contestations at Chinese mining sites. Yet, within the literature on China in Africa, it has remained largely open whether affected communities and civil society networks contest Chinese and Western mining projects differently. Scholars of mining conflict have also neglected the role of investor origin. To address these gaps, I examine a medium-sized sample of investments from two African mining hotspots: Guinea's bauxite sector and the copper and cobalt mining in the Democratic Republic of the Congo (DRC). Conducting a comparative analysis, this study applies contentious politics theories and content analysis based on MAXQDA. Tentatively, I will argue that Chinese and Western mining projects do not become much differently contested. The protest incidence, tactics, and political opportunities for contention are similar in most regards. While the analysis also highlights some differences of political opportunities and framing processes at Chinese and Western companies, these seem to hardly affect the occurrence of protest. Rather than investor origin, I argue that the country-level political context, place-based circumstances at the mine site, and political opportunities related to the mined resources shape these contestations.

DoD25 | Verantwortung und keine Wahl? Erwartungen an junge Menschen und deren (reale) Artikulationschancen

Organisiert von / Organized by: Dr. Luisa Girnus (Universität Potsdam), Prof. Dr. Rico Behrens (Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Sektion „Politikwissenschaft und Politische Bildung“

Chair: Prof. Dr. Rico Behrens (Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt)

Discussant: Dr. Constanza Sanhueza (Wissenschaftszentrum Berlin), Dr. Luisa Girnus (Universität Potsdam)

Abstract:

Junge Menschen sind im politischen Diskurs unterrepräsentiert. Gleichzeitig sind sie als nachwachsende Generation im besonderen Ausmaß von den langfristigen Folgen heutiger politischer Entwicklungen betroffen (Rose 2019). Mit Blick auf den demographischen Wandel scheint junge Menschen eine Verantwortung zu treffen, die für sie kaum abzuschätzen ist. Sie müssen bspw. die politischen und sozialen Folgen des Klimawandels tragen, ohne maßgebenden Einfluss auf die politischen Entscheidungen der vergangenen und gegenwärtigen Zeit zu haben (Berndt/Vogt 2020). Auch in der derzeitigen Pandemie sind gerade sie zur Solidarität aufgerufen, während ihre Situation und ihre Bedarfe zunächst einmal gar nicht gehört worden sind und noch immer weitgehend hintenangestellt werden (Andresen et al. 2020). Was zukünftig bezüglich des Verhältnisses von politischen Erwartungen an junge Menschen einerseits und ihren politischen Artikulationschancen sowie ihrer Repräsentation im politischen Prozess andererseits zu erwarten ist und welchen Handlungsbedarf zur verbesserten Wahrnehmung oder auch Vertretung der Interessen junger Menschen es gibt, soll im Panel bearbeitet werden. Erwartet werden empirische sowie theoretisch-konzeptionelle Beiträge aus dem Bereich der politischen Kulturforschung, politischen Soziologie und der Politikdidak-tik, die u.a. folgende Fragen diskutieren:

- Welche Gefahren bestehen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, wenn wenige junge Menschen in Zukunft für eine große Zahl alter Menschen aufkommen müssen?
- Inwieweit verschärft sich ein Generationenkonflikt durch Klimawandel und Coronapan-demie?
- Welche politischen Modelle entschärfen einen potentiellen Generationenkonflikt?
- Wie können politische Interesse junger Menschen besser repräsentiert werden?
- Kommt der politischen Bildung eine besondere Rolle als „Agentin“ politischer Interessen junger Menschen zu?

Andresen, S. et al. (2020) Erfahrungen und Perspektiven von jungen Menschen während der Corona Maßnah-men, in: file:///Users/lu/Downloads/Rusack_JuCo.pdf (29.11.2020).

Berndt, C. & Vogt, M. (2020) Jugend und weltgesellschaftliche Verantwortung am Beispiel von „Fridays for Fu-ture“, in: Puchert, L. & Schwerdtfeger, A. (Hrsg.) Jugend im Blick erziehungswissenchaftlicher Forschung. Opla-den.

Rose, M. (2019) All-affected, Non-identity and the Political Representation of Future Generations: Linking Inter-generational Justice with Democracy, in: Cottier, T., Lalani, S. & Siziba, C. (Hrsg) Intergenerational Equity: Envi-ronmental and Cultural Concerns, S. 32-51. Leiden, Boston.

Beiträge / Contributions:

Das Interesse von Jugendlichen an politischen Themen. Erste Ergebnisse einer Studie zu politischen Sozialisationsprozessen anhand der Befragung von 12- bis 13-Jährigen

Dr. Maren Zschach (Deutsches Jugendinstitut, Außenstelle Halle (Saale)), Ina Weigelt (Deutsches Jugendinstitut, Außenstelle Halle (Saale)), Pia Sauermann (Deutsches Jugendinstitut, Außenstelle alle (Saale))

Abstract:

Stellt man die Frage, wie politische Interessen und Bedürfnisse junger Menschen besser re-präsentiert werden können, so bietet die Analyse von qualitativen (Video)Interviews, wie wir sie momentan mit Schülerinnen und Schülern der Klassenstufe 7 durchführen, eine interessante Datenbasis. In unserer, in drei Erhebungswellen angelegten Panelstudie (2020-2024), fragen wir danach, wie politische Sozialisationsprozesse junger Menschen verlaufen und welche Fak-toren ein politisches Engagement im Jugendalter begünstigen oder hemmen.

Um diese Frage zu beantworten führen wir derzeit Einzelinterviews mit Jugendlichen durch, die aus einer Verknüpfung eines biographischen und eines leitfadengestützten Interviews be-stehen (erste Welle). Während durch die Analyse der offenen Erzählung individuelle, lebens-weltbezogene Sozialisationsfelder wie Schule, Familie und Peers näher beleuchtet werden, gehen wir im weiteren Verlauf der Interviews stärker auf das politische Interesse und die politi-sche Beteiligung junger Menschen ein. Hier fragen wir danach, was Politik für die Jugendlichen bedeutet und wie eine gute Gesellschaft beschaffen sein soll, wie die Interviewten mit Politik in Berührung kommen, sich informieren und eine Meinung bilden. Darüber hinaus interessiert uns das politische und soziale Engagement der Jugendlichen sowie Erzählungen über politische Diskussionen in der Schule, mit der Familie und unter den Peers.

Die besondere Relevanz der Studie besteht darin, dass bislang qualitative Panels, die sich mit der politischen Sozialisation jüngerer Jugendlicher beschäftigen, weitgehend fehlen. Unser Vortrag verfolgt das Ziel, über politische Interessen und Positionen junger Jugendlicher zu be-richten, um Ideen zu diskutieren und Strategien anzudenken, die dazu dienen könnten, Partizi-pationsmöglichkeiten junger Menschen und die Sichtbarkeit ihrer politischen Positionen zu stärken. Die aktuelle Corona-Situation spielt dabei eine wichtige Rolle, da erzählgenerierende Interviews, die nicht nach dem Erleben der Pandemie fragen würden, allein aus forschungs-ethischen und zeitdiagnostischen Überlegungen heraus nicht vorstellbar sind. Hier zeigt sich anhand unseres Materials, dass gesellschaftliche Konfliktlinien auch im Nahfeld der Jugendli-chen sichtbar werden, indem z.B. unterschiedliche Positionen zu den Maßnahmen gegen die Pandemie sowohl Peerbeziehungen als auch jene zwischen Lehrenden und Schülerschaft beeinflussen. Bezogen auf die Herausbildung und Artikulation politischer Positionen lässt un-ser Vortrag auch in dieser Hinsicht spannende Ergebnisse erwarten.

Politische Bildung als Agentin für junge Menschen? - Inklusive politische Bildung als Möglichkeitsraum zur Förderung von Partizipation

Tina Hölzel (JoDDiD, TU Dresden), David Jugel (JoDDiD, TU Dresden)

Abstract:

Obwohl politische Bildung seit jeher den Anspruch formuliert allen Menschen politische Partizipation und Mündigkeit zu ermöglichen (Fischer 1973, S. 100), zeigt sich immer wieder, dass sie nur einen exklusiven Teil junger Menschen erreicht und folglich eine mögliche Agentinnenrolle auch nur für eben diesen exklusiven Kreis einnehmen kann. In Anbetracht zunehmender demographischer Verschiebungen, stellt sich die Frage, inwiefern politischer Bildung eine besondere Rolle zukommt, um junge Menschen dabei zu begleiten, ihre gesellschaftlich-politischen Interessen als Ausgangspunkt politischer Handlungskompetenz zu reflektieren und zu beurteilen. Konkret kann das zum Beispiel heißen: Aufgabe politischer Bildung kann es sein, dass die für junge Menschen immer eingeschränkteren Möglichkeiten der politischen Einflussnahme und Veränderung durch Wahlen kritisch thematisiert werden und Handlungsalternativen aufgezeigt werden, die es den Jugendlichen ermöglichen von ihren subjektiven Interessen auf objektive Unterdrückungsmechanismen handelnd einzuwirken. Zur

Diskussion dieser Frage sollen sowohl theoretische Ansätze als auch erste empirische Befunde politischer Bildung im Kontext inklusiver Überlegungen vorgestellt werden. Für das zugrunde liegende Menschenbild sowie Lernverständnis im Kontext inklusiver politischer Bildung werden phänomenologische, sozialkonstruktivistische, kulturhistorische sowie neurologische Befunde und Theorien synthetisiert und mithilfe von Erkenntnissen der Studie „Inklusives politisches Lernen im Stadion – Politische Bildung mit unbekanntem Team und offenem Spielverlauf" (Besand/Hölzel/Jugel 2018) zu Thesen verbunden, wie politische Bildung junge Menschen bei ihren Ansprüchen an politische Teilhabe als Agentin unterstützen kann.

Fischer, Kurt Gerhard (Hg.) (1973): Politische Bildung. Ein Lehr- und Arbeitsbuch für den sozialkundlich-politischen Unterricht in der Sekundarstufe II. 3., völlig neubearb. und erw. Aufl. Stuttgart: Metzler.

Besand, Anja; Hölzel, Tina; Jugel, David (2018): Inklusives politisches Lernen im Stadion. Politische Bildung mit unbekanntem Team und offenem Spielverlauf. Dresden: C. Adelmann GmbH.

Politische Bildung in Aktion. Schulen als politische Sozialisations- und Artikulationsräume verstehen

Steve Kenner (Institut für Didaktik der Demokratie / Center for Inclusive Citizenship)

Abstract:

Politische Willensbildungsprozesse werden nicht mehr überwiegend von Parteien und Politiker*innen, sondern immer häufiger auch von Akteur*innen der demokratischen Zivilgesellschaft geprägt. Diese gesellschaftspolitischen Phänomene werden in formalen politischen Bildungssettings, aber auch im fachdidaktischen Diskurs zu wenig abgebildet.

Informelle, nicht-verfasste, unkonventionelle Formate politischer Partizipation bis hin zu Aktionen des zivilen Ungehorsams prägen politische Erfahrungen vor allem bei jungen Menschen. Das Interesse von Jugendlichen an politischen Themen ist in den vergangenen Jahren gestiegen, die Bereitschaft, sich mit unkonventionellen Formaten politischer Partizipation zu engagieren, ebenfalls. Das Vertrauen in Parteien und gegenüber Politiker*innen dagegen ist gesunken (Shell Jugendstudien 2002- 2019).

In den Rahmenlehrplänen wird allerdings bis heute der Schwerpunkt auf verfasste Strukturen der Meinungs- und Entscheidungsbildung innerhalb des Herrschaftssystems Demokratie gelegt. Und auch den fachdidaktischen Diskurs prägt noch immer ein vermeintlicher Kanon – zumeist institutionellen – politischen Wissens (Kontroverse: Weißeno et al. 2010 / Autorengruppe Fachdidaktik 2011).

In einer von mir in den Jahren 2017-2020 durchgeführten qualitativen Studie (Kenner 2021 i.V.) zu politischen Bildungserfahrungen in der politischen Aktion konnte nachgewiesen werden, dass im Zusammenhang mit selbstbestimmten Partizipationserfahrungen u.a. analytische Kompetenzen, Perspektivenwahrnehmung und Urteilskompetenz gestärkt werden. Vor allem aber ist der Wert authentischer Bildungserfahrungen in Bezug auf das politische Selbstkonzept, Selbstwirksamkeitserfahrungen und politische Handlungskompetenzen – auch im Sinne von Organisationswissen - hervorzuheben. Diese Fähigkeiten zu stärken scheint durch reale Aushandlungsprozesse zu gelingen. In der Schule wird dies bis heute vor allem über simulierte und somit fremdbestimmte Handlungserfahrungen versucht.

Wenn die realen Artikulationschancen von Kindern und Jugendlichen gestärkt werden sollen, muss die politische Bildung Verantwortung übernehmen, Freiraum schaffen für reale – auch unkonventionelle politische Partizipationserfahrungen und die damit verbundenen Bildungsprozesse begleiten. Schule muss sich als Sozialisationsraum für mündige Bürger*innen verstehen und damit auch als Übungsfeld für politische Artikulation. Wie dies gelingen kann, würde ich gerne auf Grundlage der empirischen Erkenntnisse meiner Studie mit Implikationen für eine emanzipatorische und partizipative Schule als „Lernort der Demokratie" (Kenner/Lange 2019) in Ihrem Panel zur Diskussion stellen.

DoD26 | Von der Bewegung zur Partei. Zusammenspiel von Parteien und soz. Bewegungen im int. Vergleich

Organisiert von / Organized by: Dr. Kristina Weissenbach (Universität Duisburg-Essen / University of Washington), Prof. Dr. Nicole Bolleyer (Ludwigs-Maximilians-Universität München)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Sektion „Vergleichende Politikwissenschaft", Arbeitskreis „Parteienforschung"

Chair: Dr. Kristina Weissenbach (Universität Duisburg-Essen / University of Washington)

Discussant: Prof. Dr. Nicole Bolleyer (Ludwig-Maximilians-Universität München)

Abstract:

Zeiten von Unsicherheit und Autokratisierung in unterschiedlichen nationalen Kontexten ist häufig gemein, dass sich die Bürgerinnen und Bürger eines Staates nicht mehr ausreichend von etablierten Parteien vertreten fühlen und sich deswegen in sozialen Bewegungen engagieren und organisieren. Insbesondere seit der Wirtschafts- und Finanzkrise konnten wir ein gesteigertes Interesse an hybriden Organisationsformen und den Durchbruch neuer Parteien beobachten, die entweder organisatorisch aus Bewegungen (Movements) entstanden sind oder sich mit diesen zusammengeschlossen haben. Auch konnte die Institutionalisierung neuer Parteien beobachtet werden, die vor allem rhetorisch auf dem ‚Movement-Image' aufbauen, wie man es am Beispiel der spanischen Partei Podemos beobachten kann (Barberà/Bario/Rodríguez-Teruel 2019; Weissenbach 2020). Vor allem im südeuropäischen Raum zeigen sich mit der Etablierung neuer Parteien wie Syriza, Movimento 5 Stelle oder Podemos Beispiele die auf sehr unterschiedlichen Interaktionsmustern zwischen Bewegung(en) und Parteiorganisation aufbauen (della Porta 2017; Barberà/Bario 2019; Gerbaudo 2019). Auch La République en Marche in Frankreich oder das parallele Erstarken der Alternative für Deutschland und der Protestbewegung Pegida zeigen weitere Spielarten dieses Gesamtphänomens.

Hutter, Kriesi und Lorenzini (2019) bezeichnen Zeiten der Unsicherheit und Krisen der Repräsentation als ideale Voraussetzung für die Gründung von Organisationen, die Facetten von Netzwerken und Bewegungen einerseits und Parteien andererseits verbinden. Kitschelts (2006) Definition von „Bewegungsparteien" als Koalitionen von Aktivistinnen und Aktivisten bildet dabei häufig die Grundlage. Almeida (2010) spricht in diesem Kontext vom „social movement partyism", Bennett und Segerberg (2013) von „connective action networks" und vor dem Hintergrund der zunehmenden Digitalisierung von (Partei-)Organisation von „connective parties" (Bennett, Segerberg und Knüpfer 2017). Hier zeigt sich, dass internet-basierte Technologien und das Verständnis horizontaler und netzwerkartiger Aushandlungsprozesse die Art und Weise wie sich soziale Bewegungen und daraus entstandene Parteien organisieren und mobilisieren verändert (e.g., Bolleyer et al. 2015; Castells 2015; Bennett 2005; Weissenbach/Beyer 2020).

Nachdem die Sozialwissenschaften lange zwischen Bewegungsforschung, Forschung zu Zivilgesellschaft und Parteienforschung getrennt haben, wurden zuletzt stärker Versuche unternommen diverse Stränge (wieder) zusammenzubringen (McAdam/Tarrow, 2010, 2013; Schwartz 2010; Hutter/Kriesi 2013; della Porta et al. 2017; Jun 2019; Bolleyer/Correa 2020; i.E.), eine Entwicklung auf der das geplante Panel aufbaut. Das Panel ist an theoretisch-konzeptionellen, sowie empirischen (sowohl international vergleichenden als auch fallstudien-orientierten) Beiträgen interessiert. Folgende Schwerpunkte sollen diskutiert werden:

1. Erklärungen des Zusammenspiels von sozialen Bewegungen und politischen Parteien

Welche Erklärungsfaktoren beeinflussen die Art der Interaktion zwischen sozialen Bewegungen und (alten und neuen) Parteien?

2. Prozess der Formierung von „Bewegungsparteien" und deren Institutionalisierung

Unter welchen Bedingungen entstehen neue Parteien aus Bewegungen?

Wie verlaufen Formierungsphasen neuer Parteien aus Bewegungen? Welche Interaktionsmuster sind zu beobachten?

Welche Faktoren erklären den Erfolg/Misserfolg solcher Formierungsprozesse?

Welche Bedeutung hat der Ursprung einer neuen Bewegungspartei für ihre Institutionalisierung?

3. Konsequenzen von „Bewegungsparteien“

Welche Konsequenzen ergeben sich aus dem Aufkommen neuer „Bewegungsparteien“ für ‚traditionelle‘ Parteien (Organisation, Programmatik) und die Entwicklung von Parteiensystemen?

Welchen Effekt haben „Bewegungsparteien“ auf Demokratie?

Beiträge / Contributions:

Die AfD: Von der Partei zur Bewegung(spartei)

Alexander Hensel (Universität Göttingen, Institut für Demokratieforschung)

Abstract:

Der Begriff der Bewegungspartei ist ebenso schillernd wie zählebig. In der Bundesrepublik ist er eng mit der Frühgeschichte der Grünen verbunden. Deren organisatorische Charakteristik als Bewegungspartei spiegelte sowohl ihre historische Genese als auch einen grundlegenden Wandel von Partizipationserwartungen. Mit Abstrichen gilt dies auch für Die Linke oder die Piratenpartei, die ebenfalls als Bewegungsparteien beschrieben wurden. In den letzten Jahren hat auch die Alternative für Deutschland ihren Bewegungscharakter entdeckt. Dies erscheint aus ihrer Gründungsgeschichte heraus erstaunlich, formierte sich die AfD doch vor allem als Projekt elitärer Entrepreneure mit dezidiert parteipolitischen Erfahrungshintergründen und Orientierungen. Dennoch agiert die AfD seit ihrer innerparteilichen Spaltung im Sommer 2015 immer stärker protest- und bewegungsorientiert. Und tatsächlich: Anhand von Akteursnetzwerken, Handlungslogiken und Aktionsfeldern lassen sich fraglos Charakteristiken einer Bewegungspartei bzw. Parteienbewegung identifizieren. Zugleich sind Parteikultur und -organisation weiterhin klassisch strukturiert. Die späte Selbstentdeckung der AfD als Bewegungspartei wird indes von ihrer rasanten Parlamentarisierung und damit verbundenen Effekten der Institutionalisierung flankiert und herausgefordert. Typische Widersprüche zwischen Logik und Funktionszuschnitt von Parteien und Bewegungen werden entsprechend grundlegend und heftig debattiert. Eine besondere Zuspitzung erfuhren entsprechende Konflikte durch die sich manifestierende Gefahr einer Beobachtung durch den Verfassungsschutz. Der geplante Beitrag soll die grundlegende Transformation der AfD zur Bewegungspartei bzw. Parteienbewegung analysieren. Innerparteiliche Herausforderungen und Konfliktlinien werden dabei anhand der AfD-Landesverbände in Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt exemplarisch skizziert und diskutiert.

Entwicklungsmuster von Bewegungsparteien anhand der GRÜNEN in Deutschland und der Arbeiterpartei in Brasilien

Dr. Thomas Kestler (Universität Würzburg)

Abstract:

Das Verhältnis zwischen Bewegungen und Parteien ist widersprüchlich und spannungsvoll. Bewegungen liefern die Mythen und kollektiven Handlungsressourcen, die nötig sind, um eine kritische Mobilisierungsschwelle zu überwinden und eine neue Partei im Parteiensystem zu etablieren. Allerdings bildet der Bewegungshintergrund auch eine Hypothek für eine Partei, und zwar einerseits, weil die Bewegungsakteure in der Regel unterschiedliche, schwer zu integrierenden ideologische Element in eine Partei hineintragen, und zum anderen, weil die Anreize, die von Wahlen und parlamentarischer Vertretung ausgehen, der Bewegungslogik fundamental widersprechen. In der Entwicklung von Bewegungsparteien zeigen sich deshalb konfliktive Verlaufsmustern, die als symbolische Integration, als ideelle Selektion und als Substituierung ursprünglicher Bewegungselemente durch neue Parteimythen zu beschreiben sind. Diese Prozesse sollen anhand einer Gegenüberstellung der deutschen GRÜNEN und der brasilianischen Arbeiterpartei, in deren Entwicklung sich eine ganze Reihe auffälliger Ähnlichkeiten und Parallelen zeigt, herausgearbeitet werden. Anders als bisherige Studien, in denen vorwiegend einzelne Fälle untersucht wurden, gestattet der Vergleich dieser beiden Untersuchungsfälle

aufgrund der sehr unterschiedlichen Kontexte (im Sinne eines most different case designs) eine (begrenzte) Generalisierung der beobachteten Muster und Mechanismen.

Politische Parteien, Interessengruppen und soziale Bewegungen: Handlungskapazitäten und politische Repräsentation in politischen Entscheidungsprozessen

Prof. Dr. Arndt Wonka (Universität Bremen)

Abstract:

Politische Parteien, Interessengruppen und soziale Bewegungen sind zentrale politische Akteure in demokratischen politischen Systemen. Sowohl in der Artikulation von Interessen als auch in der Beeinflussung politischer Entscheidungen wird ihnen eine zentrale Rolle zugeschrieben. Dieser Aufsatz konzeptualisiert in einem ersten Schritt diese drei Akteurstypen entlang von zwei Merkmalen, die, so wird argumentiert, maßgebliche Effekte auf die Handlungsfähigkeit und das politische Handeln von Parteien, Interessengruppen und sozialen Bewegungen haben und in denen sich diese drei Akteure erheblich unterscheiden: Institutionalisierung (Ressourcen, Hierarchie & Entscheiden) und Handeln (Legitimation & Repräsentation). Ziel dieser Konzeptionalisierung ist, die Handlungskapazitäten und -mittel der drei Akteurstypen herauszuarbeiten und Erwartungen zu formulieren, unter welchen politischen Gegebenheiten und auf welche Weise sie diese Kapazitäten und Mittel wirksam einsetzen können, um politische Entscheidungen in ihrem jeweiligen Interesse zu beeinflussen. Aufbauend darauf wird in einem zweiten Schritt diskutiert, welche Ressourcen und Anreize Parteien, Interessengruppen und soziale Bewegungen haben, um durch öffentliches Handeln Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen und untereinander - kooperativ und/oder konfrontativ – zu interagieren. Das Handeln dieser Akteure zum Zwecke der politischen Einflussnahme wird als Repräsentation konzeptualisiert und analytisch mit Hilfe zweier Arten von Frames gefasst: Policy-Frames und Constituency-Frames. Der Aufsatz verortet sich in der Parteien- und Interessengruppenforschung und in der Forschung zu politischer Repräsentation. Er strebt an, zu diesen beiden Gebieten einen vor allem theoretischen und konzeptuellen Beitrag zu leisten. Die empirische Plausibilität der hier dargelegten theoretischen Perspektive wird anhand eines Fallbeispiels illustriert.

VOLTisize Europe? Entwicklungspotenziale und Erfolgsaussichten supranationaler Bewegungsparteien

Enrico Liedtke (Universität Bonn)

Abstract:

Im März 2017 gründete sich aus einer pro-europäischen Bürgerbewegung heraus mit Volt Europe eine Organisation, die den dezidierten Anspruch vertritt, eine paneuropäische Partei zu sein. Sie steht damit in der Tradition früherer Projekte transnational angelegter Parteibildung wie der Europäischen Föderalistischen Partei oder Libertas. Entgegen dieser gescheiterten Versuche zeigt sich Volt indes bislang beharrlich. Obwohl selbst (noch?) nicht offiziell als Europäische Partei registriert, verfügt die Partei mittlerweile in einer Reihe von EU-Mitgliedstaaten über nationale Sektionen, die zwar rechtlich gesehen eigene Parteiorganisationen sind, sich aber zu einer einheitlichen europaweiten Organisationseinheit bekennen. Damit unterscheiden sie sich von der Kooperationsform, wie sie sich bei anderen europäischen Parteienverbünden wie der EVP, SPE, ALDE oder anderen herausgebildet hat.

Während man in der EU noch auf der Suche nach Lösungen zur Behebung des eigenen Demokratiedefizit ist, könnte mit dem Konzept supranationaler, aktivistisch orientierter Parteien eine Antwort gefunden sein, Partizipation und Legitimation auf europäischer Ebene zu stärken. Angesichts unbefriedigender Europäisierungsbestrebungen der etablierten Parteienfamilien stellt sich die Frage, ob das Modell Volt Pate stehen kann für eine funktional erfolgversprechende Herausbildung und Entwicklung politischer Parteien auf europäischer Ebene? Es gilt zu untersuchen, inwieweit das auf individueller Mitgliedschaft basierende Organisations- und Handlungskonzept von Volt geeignet ist, die Unzufriedenheit mit etablierten Entscheidungsfindungsmechanismen der EU aufzubrechen und die europäische Demokratie zu vitalisieren. Davon hängt auch die Adaptionsbereitschaft der etablierten

Europäischen Parteien ab, ihren Organisationscharakter auf politisierte, partizipationsbasierte Rahmenbedingungen europäischer Politikgestaltung auszurichten.

DoD27 | Wir haben keine Wahl!? Sozialökologische Herausforderungen der Demokratietheorie

Organisiert von / Organized by: Dr. Ulf Bohmann (Technische Universität Chemnitz), Dr. Martin Oppelt (Technische Universität München)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Sektion „Politische Theorie und Ideengeschichte“, Arbeitskreis „Konstruktivistische Theorien der Politik“

Chair: Dr. Paul Sörensen (Universität Augsburg),

Abstract:

Die ökologische Krise ist eine zentrale Herausforderung der Gegenwartsgesellschaften. Obwohl die aktuelle Konstellation neue Legitimationskrisen mit sich bringt und Thema der Politischen Theorie sein müsste, wird selbige von naturwissenschaftlichen Diskursen marginalisiert. Trotz einer sich vor allem im US-amerikanischen Kontext herausbildenden environmental political theory bleibt die Disziplin insgesamt – als kritische Demokratiewissenschaft eigentlich zur Ratgeberin in diesen Fragen geradezu prädestiniert – jedoch weitgehend stumm.

Das Panel adressiert mit demokratietheoretischem Fokus die gesellschaftlichen Naturverhältnisse im Allgemeinen und den Klimawandel im Besonderen. Dabei wollen wir drei einschlägige Spannungsfelder herausgreifen:

(a) Autoritarismus vs. Demokratie. Die aufgerufene Dringlichkeit politischen Handelns impliziert schnelles und entschlossenes Entscheiden. Umfassende gesellschaftliche Deliberation und demokratische Aushandlungsprozesse benötigen aber hinreichend Zeit. Zugespitzt: Wie lässt sich eine Position jenseits von Ökodiktatur und Handlungsunfähigkeit finden?

(b) Dogmatismus vs. Kontingenz. Wissenschaftliches Wissen scheint zunehmend zur politischen Glaubensfrage zu werden. So werden entweder die menschengemachte Erderwärmung als unbeweisbar geleugnet oder planetare Grenzwerte verabsolutiert. Zugespitzt: Wie lässt sich zwischen essenzialisierender Expertokratie und epistemologischem Relativismus navigieren?

(c) Verweigerung vs. Mitgestaltung. Ökologisch motivierte Soziale Bewegungen richten entweder drängende Appelle an die demokratisch legitimierte Politik, um staatliches Handeln in eine bestimmte Richtung zu lenken, oder suchen die für die Krise mitverantwortlich gemachten Herrschaftsverhältnisse zu unterbrechen. Zugespitzt: (Wie) Lässt sich zwischen Radikalismus und Konformismus vermitteln?

Mit Barbara Muraca (Oregon), Alex Demirovic (Frankfurt/Berlin) und Sara Gebh (Greifswald) adressieren drei einschlägige Expert*innen die Spannungsfelder aus Sicht von Sozialen Bewegungen im ökosozialen Spektrum, kritischen Theorien der Ökologie und einer ideengeschichtlichen und politiktheoretischen Institutionenforschung.

Beiträge / Contributions:

Radikal statt Moral? Demokratietheoretische Überlegungen zur politischen Krise der Klimakatastrophe

Sara Gebh (Universität Greifswald)

Abstract:

Luisa Neubauer wird nicht müde zu betonen: Die Klimakrise ist keine Krise des Klimas,

sondern eine politische Krise. Eine Krise, hervorgerufen und verstärkt durch fehlenden Handlungswillen politischer Entscheider. Konsequenz dieser Einsicht ist häufig genug die Forderung nach einem gesamtgesellschaftlichen Konsens, der Klimakatastrophe endlich die ihr gebührende Priorität zu geben und in ihrer Bekämpfung uneingeschränkt wissenschaftlicher Expertise zu folgen. Inhaltlich mag man dieser Stoßrichtung gegenüber wohlgesinnt sein. Aus einer radikaldemokratischen Perspektive hingegen ist dieser Ruf nach Konsens hochproblematisch. In ihm drückt sich der Wunsch nach einer Depolitisierung des Themas aus, also aus der politischen Krise des Umgangs mit der Klimakatastrophe

eine technische Abwägung der geeigneten Problemlösungsstrategien oder eine moralische Frage des Individualverhaltens zu machen. Demokratie radikal zu denken, bedeutet hingegen, die konflikthafte Natur des Politischen anzuerkennen und Politisierung als Ausdruck sowie Legitimationsgrundlage von Selbstregierung zu begrüßen. Dieser Panelbeitrag will spezifisch radikaldemokratische Perspektiven auf den politischen Umgang mit der größten Herausforderung der heutigen Zeit herausarbeiten. Das heißt, 1. die Klimabewegung auf depolitisierende Argumentationsfiguren (Konsens, Technik, Moral) und somit auf ihr Verhältnis zur Demokratie zu befragen; 2. die Krise als eine genuin politische zu verstehen, was die Kritik an einer zunächst progressiv erscheinenden, doch aus radikaldemokratischer Sicht problematischen Konsensorientierung impliziert; und 3. in der Politisierung des Umgangs mit der Klimakatastrophe nicht nur Gefahren (Verleugnung, Post-Truth, Wissenschaftsfeindlichkeit), sondern auch die Potenziale einer Einsicht in die Kontingenz der Organisation politischer Gemeinschaften zu sehen.

Die Dringlichkeit einer ökologischen Demokratisierung der Demokratie

Prof. Dr. Alex Demirovic (Goethe-Universität Frankfurt am Main)

Abstract:

Angesichts der ökologische Krisendynamik erweisen sich die demokratischen Institutionen mit ihrem zeitlich und räumlich begrenzten Handlungshorizonten und dem inkrementellen Entscheidungsprozess als begrenzt. Autoritäre Entscheidungsmuster stellen keine Alternative dar. Einzig eine auf ökologische Krisendynamiken eingestellte Demokratisierung der Demokratie verspricht angemessene Muster des Entscheidens, die auch dazu beitragen, die Institutionen weiter zu entwickeln und die Lebensweise tiefgreifend zu ändern. Das war mit Blick auf die neuen sozialen Bewegungen das Versprechen der radikalen Demokratietheorie seit den 1980er Jahren. Diese Versprechen wurden weder von den sozialen Bewegungen noch von der radikalen Demokratietheorie eingelöst. Sie blieb eigentümlich abstrakt und nahm die Krise im Naturverhältnis nicht ernst genug. Ergänzt wird dieses Defizit durch das der Klimabewegung, die hinsichtlich des Zuschnitts der Institutionen zwar den Systemwechsel anstrebt, sich aber auf politische Appelle beschränkt.

Postwachstum als Demokratisierungsmotor?

Prof. Dr. Barbara Muraca (University of Oregon (USA))

Abstract:

In vielerlei Hinsicht ist die Postwachstumsbewegung der unmittelbare Wegbereiter für ökologische Protestprojekte wie „Fridays for Future“ oder „Extinction Rebellion“. Sie betont insbesondere die wirtschaftlich-sozialen und demokratischen Voraussetzungen für eine umfassende Kritik an den verheerenden Folgen ungebremsten Wachstums für Natur und Gesellschaft. Einer scheinbar alternativlosen Sachzwanglogik des Wachstumsdogmas steht demnach eine Anrufung der Demokratie gegenüber. Innerhalb des Postwachstumsspektrums lassen sich dabei im Wesentlichen drei politische Typen identifizieren: Ein liberalkonservatives, ein neurechtes und ein emanzipatorisches Lager. In selbigen fallen die Antworten nach Autoritarismus vs. Demokratie, Dogmatismus vs. Kontingenz und Verweigerung vs. Mitgestaltung auf charakteristische Weise je unterschiedlich aus. Darauf aufbauend wird folgende Grundthese entwickelt: Eine Postwachstumsgesellschaft wird demokratisch sein, oder sie wird nicht sein. Dabei wird zu klären sein, welche Vorstellungen, Formen und Praktiken der Demokratie eigentlich gemeint sind.

DoD28 | Wirtschaftspolitische Konflikte im 21. Jahrhundert (I)

Organisiert von / Organized by: Dr. Björn Bremer (Max-Planck Institut für Gesellschaftsforschung), Dr. Erik Neimanns (Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung)

Chair: Dr. Björn Bremer (Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung)

Discussant: Dr. Erik Neimanns (Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung)

Abstract:

Der kumulative Einfluss der Finanzkrise 2007-2008, der Krise in der Eurozone und der COVID-19-Pandemie, sowie der säkularen Stagnation, haben zu einer außergewöhnlichen Politisierung von Wirtschaftspolitik geführt und Zweifel an technokratischen Steuerungsansätzen aufkommen lassen. Dennoch hat die Politikwissenschaft die politischen Konflikte im Zusammenhang mit Wirtschaftspolitik im einundzwanzigsten Jahrhundert bislang nicht adäquat untersucht. Es fehlt ein klares Verständnis darüber, wie sich die distributiven Konsequenzen verschiedener wirtschaftspolitischer Maßnahmen politisch niederschlagen, sowie über die Ausgestaltung der gesellschaftlichen Unterstützung für verschiedene Maßnahmen und Ansätze. Welche Präferenzen haben Wähler*innen gegenüber wirtschaftspolitischen Maßnahmen wie fiskalischer Austerität, quantitative easing oder Zentralbankunabhängigkeit? Wie schaffen es politische oder wirtschaftliche Eliten Unterstützung für ihre gewünschte Politik zu generieren? Was sind die wahlpolitischen Auswirkungen unterschiedlicher wirtschaftspolitischer Ansätze? Dieses Panel beschäftigt sich mit diesen und ähnlichen Fragen. Ziel ist es, zu verstehen, warum und wie sich die Wirtschaftspolitik in den letzten Jahren von einem technokratischen Verständnis mit lediglich geringer Salienz in der öffentlichen Wahrnehmung in den Bereich einer hohen Salienz verlagert hat und welche Auswirkungen dieser Wandel hat. Das Panel ist offen für Beiträge, die sich mit verschiedenen Bereichen von Wirtschaftspolitik befassen (z.B. Fiskalpolitik, Geldpolitik, internationale Wirtschaftspolitik) und begrüßt sowohl quantitative als auch qualitative empirische Forschung. Es zielt darauf ab, neue theoretische Ansätze und empirische Einsichten über das Verhältnis von Politik und Wirtschaft zu generieren, um zu verstehen, warum politische Akteure mitunter ökonomisch suboptimale Lösungen umsetzen und was die politischen Konsequenzen solcher wirtschaftspolitischer Maßnahmen sind.

Beiträge / Contributions:

The Role of Parties in the Politics of Inequality: A critical discussion based on a meta-analysis of all TSCS-studies since 2000

Dr. Alexander Horn (Universität Konstanz), Dr. Martin Haselmayer (Universität Konstanz)

Abstract:

Starting from a critical review of the roles assigned to political parties in the prevailing (meta-)explanations for economic inequalities and an analysis of what we (don't) know about the links between parties, inequalities, and supposedly equality-enhancing policies (which can be subsumed, i.a., under the headers pre-distribution, redistribution, social investment), this article discusses conceptual and empirical blind spots in light of a comprehensive new meta-analysis that considers all peer-reviewed time series cross sectional studies on the impact of political parties on economic equality that came out since the year 2000. In doing so, we decipher the impact that different time periods, methods, and types of economic inequality have on findings. Moreover, and most importantly, we argue that the most consequential blind spot concerns partisanship itself. In particular, we point to a problematic absence of relevant data on parties' preferences: While our cumulated knowledge about inequality trends and individual inequality preferences grows rapidly, we don't have data on what parties have to say on inequality or how they conceive of it. We conclude by suggesting an alternative approach to address this shortcoming.

Globalization, Ideology, and the Divergence of Tax Policy Preferences

Dr. André Walter (University of St. Gallen)

Abstract:

Do voters adjust their policy preferences in response to globalization pressures? While a large body of research has highlighted that increasing tax competition forces policy makers to engage in large-scale reforms to reduce public spending, there is considerable disagreement on whether voters support policies that aim at keeping countries internationally competitive. In this paper, I contend that the ideological leaning of voters is crucial for the support of such policies. More specifically, I argue that in response to tax competition, left-leaning voters prefer higher progressive taxation and policy measures to limit competition while right-leaning voters do not. Using geo-coded panel data and local-level tax rates, I provide evidence for the argument. The results suggest that globalization creates a dilemma for left parties.

Who pays for the crisis? Wealth taxation in Europe in the aftermath of the Great Financial Crisis

Dr. Lea Elsässer (WWU Münster und Universität Duisburg-Essen), Dr. Florian Fastenrath(Universität Duisburg-Essen), Prof. Dr. MiriamRehmUniversität Duisburg-Essen)

Abstract:

Major crises can serve as windows of opportunity for transformative policy change. Crises are capable of evoking unprecedented breaks with the past, such as the initiation of direct political action to reverse decades of perpetuated economic inequality. This notion of crisis as a force of transformation, long echoed in comparative political economy, is also prominently featured in the recent literature on the evolution of tax policy in Western democracies. Massive economic shocks – induced by wars or crises of the financial system – have facilitated fiscal policy innovations throughout the 20th century, in particular the introduction of new progressive taxes. The underlying argument is that major crises increase the need for public revenue at the same time as they alter citizens' perceptions of inequality and fairness, thus raising the demand for a "fair" contribution of the rich to pay for the crisis-induced damages. While current studies suggest that crises still have a positive effect on the progressivity of national tax codes today, we know relatively little about the concrete mechanisms that translate crises into fundamental policy transformation. Moreover, it is largely unexplored why crises fail to produce political change, although they have triggered salient calls for the rich and wealthy to shoulder more of the crisis costs.

This paper aims to address these open questions by examining the political processes around net wealth taxation in Europe following the years after the financial crisis 2008ff. In a first step, we show that legislative activities in favor of an expansion and/or re-introduction of wealth taxes increased after 2008, with policy initiatives for higher wealth taxation coming mainly from center-left parties. These initiatives, however, were only in part successful. In order to account for positive as well as negative cases, we conduct process-tracing case studies of Spain, Germany, Austria and Sweden, all of which experienced a systemic banking crisis in 2008. Combining these within-case analyses with cross-case comparisons allows us to identify the causal and contextual conditions facilitating or hampering the exploitation of the window of opportunity that opened during the crisis. Through the systematic analysis of primary documents (released by governments, parliaments etc.) as well as newspaper articles (via Nexis Lexis), combined with in-depth elite interviews with key political actors in these processes, this paper contributes to the burgeoning literature on the politics of economic inequality by opening the black box of progressive tax policy-making processes in four most likely cases.

From the Fiscal Compact to the Recovery Fund: Changing Notions of Fiscal Responsibility in the Eurozone (2009-2021)

Dr. Johannes Karremans (University of Salzburg)

Abstract:

The long-term sustainability of public finances - also referred to as fiscal responsibility - is a major common accepted principle of budgetary policy-making, especially in the Eurozone. Yet, throughout history and during the last decade, governments have promoted different logics of action for keeping their budgets sustainable. On the one hand, there is the idea that fiscal responsibility equals fiscal consolidation, and that it is essentially about keeping debt and deficit levels as low as possible. On the other, there is the idea that smart public investments will generate future returns. Fiscal responsibility can thus entail either austerity policies or growth-oriented expenditures. Between the Euro- and the current Corona-crisis, the Eurozone has witnessed both logics, with austerity being dominant for most part of the decade, and a more expansive-oriented approach coming to the foreground in more recent years. What are the drivers of these changing notions of fiscal responsibility? Is it partisan alternation in government, or are these cross-country policy-paradigms that originate from outside the world of party-politics? This paper explores these questions based on original data collected from the speeches by which finance ministers in the Eurozone justified their budgetary policies between 2009 and 2021 in six Eurozone countries (Austria, France, Germany, Italy, the Netherlands and Spain). The paper zooms into the arguments by which budgetary policies are justified in the name of long-term fiscal sustainability and traces the variation in contents. The analysis focuses on whether time is the only factor explaining this change, or whether instead the contents change with party-alternation in government.

DoD29 | Wissenschaft und Wissenschaftskritik in Zeiten des Populismus

Organisiert von / Organized by: Dr. Heike Mauer (Universität Duisburg-Essen), Dr. Michel Dormal (RWTH Aachen)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Sektion „Politik und Geschlecht“

Chair: Dr. Heike Mauer (KoFo Netzwerk FGF NRW, Universität Duisburg-Essen), Dr. Michel Dormal (IPW Aachen)

Abstract:

Die Rolle von Wissenschaft in modernen Demokratien ist von zwei gegenläufigen Tendenzen geprägt. Einerseits gewinnt eine professionalisierte und spezialisierte Wissenschaft angesichts komplexer globaler Probleme an Sichtbarkeit und Gewicht. Zugleich existieren vielfältige Prozesse der gesellschaftlichen Aneignung und Kontestation von Wissen. So zeigte etwa der öffentliche Umgang mit Wissenschaftler*innen in der Corona-Pandemie, dass die Wissensproduktion mit einem Transparenz- und Kontrollgebot konfrontiert wird, das bislang auf politische Amtsinhaber*innen begrenzt war.

Erstere Tendenz entspricht grob der Idee einer „Kompetenzdemokratie“ (Willke), die auf kognitive Problemlösungsmechanismen als Legitimationsressource umstellt, zweitere einer „Aneignungsdemokratie“ (Rosanvallon), die eine breite Verfügung über und Partizipation an Wissen als genuine demokratische Praxis begreift. Erstere hat jedoch eine offene Flanke für expertokratische Rationalisierungen von Politik, die zweite für populistische Elitenkritik.

Bisweilen verschränkt sich beides auch unmittelbar: So kritisieren rechtspopulistische Milieus einerseits unliebsame Wissenschaften wie etwa die Gender Studies als ideologisierte „Pseudowissenschaft“ und berufen sich formal auf das Ideal einer harten, objektiven Wissenschaftlichkeit. Oft nimmt diese Kritik die Form einer Polemik an, bezieht sich auf ‚gefühlte‘ Fakten und bringt den ‚gesunden Menschenverstand‘ gegen wissenschaftliche Expertise in Stellung. Auch in anderen Kontexten wie der Klima- oder Sicherheitspolitik und jüngst der Corona-Krise kultivieren rechtspopulistische Milieus das Feindbild einer elitären, vom Volk entfremdeten Wissenschaft.

Wie sind solche Ambivalenzen vor dem Hintergrund der skizzierten gegenläufigen Tendenzen demokratischer Wissensgesellschaften einzuordnen? Existieren andere, nicht-populistische Formen der Vermittlung? Welche Wahl haben wir, um das Verhältnis von Wissenschaft, Politik und Demokratie zu gestalten? Zu diesen Themenkomplexen suchen wir konzeptionelle Überlegungen sowie exemplarische Fallstudien aus allen politikwissenschaftlichen Teilbereichen, gerne mit geschlechtertheoretischem Fokus.

Beiträge / Contributions:

(Un-)wissenschaftliches Geschlechterwissen. Zur Ambivalenz von Diskursstrategien ‚gender‘-kritischer Wissenschaftler:innen

Dr. Marion Näser-Lather (Philipps-Universität Marburg)

Abstract:

Der Beitrag zeigt anhand einer Diskursanalyse (Jäger 2009, Schwab-Trapp 2010), wie Wissen der Gender Studies durch Mitglieder unterschiedlicher Fachdisziplinen in Frage gestellt wird und wie diese ihr symbolisches Kapital nutzen, um gesellschaftspolitisch zu agitieren, wodurch Deutungsmacht über ‚Gender‘ in spezifischen, vorwiegend fundamentalchristlichen und rechtskonservativen/rechten Teilöffentlichkeiten ermöglicht wird und ‚antigenderistische‘ Argumentationen nobilitiert werden. Eine Kontestation von Wissen geschieht hier allerdings nicht mit dem Ziel der Beförderung demokratischer Diskurse und von Partizipation, sondern als wissenschaftspopulistischer Versuch, Deutungsmacht über Geschlecht(errollen) (wieder-)zugewinnen, als Teil eines autoritär-regressiven Hegemonieprojektes.

Die Texte der Wissenschaftler:innen, die sich gegen Gender Studies positionieren, und die sich als Verteidiger:innen von Wissenschaftlichkeit verstehen, folgen dabei widersprüchlichen Logiken. Einerseits fordern sie, von einem teils positivistisch-rationalistischem Wissenschaftsverständnis

ausgehend, wissenschaftliche Redlichkeit und ‚Objektivität' ein; ihre Argumentation erweist sich aber andererseits als in Teilen unwissenschaftlich und entspricht den Mustern 'alternativer' populistischer Wissensproduktion, indem sie mit Hilfe von verzerrenden oder falschen Aussagen über Gender Studies, Gender Mainstreaming und ‚den Feminismus', sowie mit Hilfe von Umdeutungen, Verschwörungserzählungen, Fehlschlüssen, Strohmann-Argumentationen und diffamierenden Äußerungen die Gender Studies diskreditieren und aus dem Kreis der legitimen Wissenschaften ausschließen.

Der Beitrag diskutiert gesellschaftspolitische Dynamiken, die dazu beitragen, dass die Gender Studies als eine bevorzugte Projektionsfläche dieser aktuellen Kämpfe um Deutungsmacht fungieren, und versucht anhand einer wissenschaftstheoretischen und wissenssoziologischen Einordnung mögliche Hintergründe der momentan beobachtbaren Segregation von Diskursgemeinschaften entlang der Aushandlungsprozesse über die Gültigkeit wissenschaftlicher Aussagen aufzuzeigen.

Wahrheitsskepsis und Wissenschaftskritik in der Pandemie

Prof. Dr. Oliver Flügel-Martinsen (Universität Bielefeld)

Abstract:

Das schon vor der Corona-Krise dominante, naturwissenschaftlich geprägte Wissen-schaftsverständnis ist in der Corona-Pandemie geradezu selbstverständlich geworden. Daran ändert wenig, dass im Unterschied zu den Anfängen der Pandemie zunehmend auch Sozial- und Geisteswissenschaften in die öffentliche Diskussion einbezogen wur-den. Denn die Rolle, die diesen Disziplinen zugewiesen wird, ist wiederum klar am na-turwissenschaftlichen Modell konturiert: Erwartet werden Erkenntnisse, die sich auf verallgemeinernde Tatsachenbeobachtungen stützen und in daraus abgeleitete, wiede-rum verallgemeinerungsfähige Handlungsanweisungen münden. Andere Disziplinen – wie etwa die Sozialwissenschaften – haben diesem Anforderungsprofil zufolge keine anderen Denk- und Reflexionsformen, sie haben gleichsam nur andere Gegenstände.

Eine entscheidende Frage ist, ob durch ein solch einseitiges Wissenschaftsverständnis nicht wesentliche Dimensionen kritischer Erkenntnis und Reflexion konstitutiv ver-drängt werden. Vor allem stehen sich damit aber in der öffentlichen Diskussion in übervereinfachter Form im Wesentlichen zwei Positionen gegenüber: Auf der einen Seite Wissenschaften, an die politisch artikulierte Bedarfe an zu erbringende wissen-schaftliche Erkenntnisleistungen gerichtet werden, und auf der anderen Seite Wissen-schaftsgegner*innen, die vielfach eine obskure Mischung aus rechtspopulistischen, verschwörungstheoretischen und, sich leider oft bedenkenlos hinzugesellenden, esote-riknahen, naturheilkundeaffinen Personenkreisen darstellen.

Der Vortrag entwickelt die These, dass eine wahrheitsskeptische kritische politische Theorie eine wichtige Perspektivenerweiterung anbieten kann. Wie der Blick auf zahl-reiche Problemfelder zeigt, verändert Corona eben nicht alles, sondern verstärkt in vie-lerlei Hinsicht Spannungen und Ungerechtigkeitsstrukturen, die einer kritischen Refle-xion bedürfen. Ein solche kritische Reflexion stellt eine Kernaufgabe einer kritischen politischen Theorie der Pandemie dar, die gleichzeitig eine kritische Befragung gelten-der Maßstäbe hegemonialer wissenschaftlicher und politischer Wahrheitsordnungen und eine eingehende Kritik an obskuren populistischen Wissenschaftskritiken ermög-licht.

Widerkehr des Mythos? Opium des Volkes? Verblendung, Paranoia, Lügen? Sozialphilosophische Konzepte epistemischer Kritik im Vergleich

Edgar Hirschmann (RWTH-Aachen)

Abstract:

Die aktuelle sozialtheoretische Forschung sucht nach den richtigen Vokabeln, um den Drift zu beschreiben, auf dessen Bahn Teile der westlichen Gesellschaften eine fakten- und evidenzbasierten politische Debatte zugunsten von mythologischer Verklärung, Verschwörungsglaube und ideologischen Grabenkämpfen bereitwillig zu verlassen scheinen.

Mit welchen Konzepten macht die Sozialtheorie Irrglauben, falsche Behauptungen und ideologischen Glauben greifbar und wie unterzieht sie den falschen Wahrheiten eine normativ wohl begründete Kritik? Lassen sich solche Konzepte auf ihre Reichweite, analytische und normative Trennschärfe und ihre immanenten Implikationen hin vergleichen?

Der Beitrag versucht in einem ersten Schritt einen Überblick über heuristische Angebote einer epistemischen Kritik zu skizzieren, die sich an den Begriffen der Verschwörungstheorie (Butter), des Mythos (Cassirer, Adorno, Barthes), des paranoiden Politikstils (Hofstadter), der Ideologie (Marx) und der Lüge (Arendt) festmachen.

Dabei soll in einem zweiten Schritt auch die Frage nach dem methodologischen Funktionieren der jeweiligen epistemischen Aufklärungsversuche machen. Wie verfährt der wissenschaftliche Blick im Kontrast zu Lügen und Mythen in seiner Wahrheitsfindung? Lassen sich aus den verschiedenen Angeboten der Sozialtheorie spezifische Methoden der Wissenschaftlichkeit vergleichend gewinnen?

DoD30 | Women and Leadership in the European Union

Organisiert von / Organized by: Prof. Dr. Henriette Müller (New York University Abu Dhabi), Prof. Dr. Ingeborg Tömmel (Universität Osnabrück)

Chair: Prof. Dr. Henriette Müller (New York University Abu Dhabi), Prof. Dr. Ingeborg Tömmel (Universität Osnabrück)

Discussant: Prof. Dr. Henriette Müller (New York University Abu Dhabi)

Abstract:

In 2019, for the first time two women accessed the most prestigious positions in the EU: Ursula von der Leyen became president of the European Commission, and Christine Lagarde took office as president of the ECB. Though still rarely, also at national level, women increasingly ascend to top executive offices and thus also to leadership positions at European level. However, scholarship on these women leaders is largely lacking; their performance and impact on intra- and inter-institutional dynamics of the EU have hardly attracted academic attention.

Against this background, this panel focuses on women's leadership and agency in the European Union. Individual contributions will study women's access into leadership positions as well as their behaviour in such positions: their agenda-setting, mediational performances, leadership styles, and finally their impact on EU politics and policies. The panel focuses on four central research questions: (1) How and under what circumstances have women accessed leadership positions in the EU and its member states? (2) How did they perform the functions of their offices? (3) To what extent did they achieve significant successes and lasting impacts? (4) What hampers women's success in leadership offices?

Integrating theoretical and empirical insights from the disciplines of EU studies, leadership studies and gender studies, this panel will provide a deep understanding of the significant role that women play in European Union governance and politics, as well as in European integration more broadly.

Beiträge / Contributions:

Female Leadership across the EU institutions: The Case of Viviane Reding

Prof. Dr. Michelle Cini (University of Bristol)

Abstract:

Viviane Reding is one of Europe's most recognizable female leaders, having served as a member of the European Parliament (1989–99, 2014–present) and the European Commission (1999–2014). From a positional leadership perspective, Reding has thus been extremely successful in holding high political offices within the EU institutions. She has also been an effective advocate for women's leadership, "paying it forward" by actively opening doors to a new generation of women leaders. That said, this paper primarily focuses on the behavioural leadership of Viviane Reding. Her career is particularly interesting as it involves two very different institutions: the European Parliament and European Commission. What might be learnt about women's leadership from Reding's experience in these two institutional arenas? How does her leadership performance differ in each? Does a leadership style, appropriate for one institution, carry over into the other, or are different skills needed in these different roles? To address these questions, this paper will review Reding's career background and her achievements (and performance) in both the Commission and the Parliament, before drawing conclusions more explicitly about her leadership style (or styles). In sum, the paper will identify where and how Reding's leadership was most effective and why.

Theresa May's Leadership in Brexit Negotiations: Self-Representation and Media Evaluations

Prof. Dr. Sandra Eckert (Goethe Universität Frankfurt am Main), Prof. Dr. Charlotte Galpin (University of Birmingham)

Abstract:

Theresa May entered the scene as Prime Minister in a moment of multiple crises. Her task was to implement the Brexit agenda after the outcome of the Brexit vote, while at the same time facing deep divisions in her party and a political crisis in her country. While one could easily jump to the conclusion that Theresa May's leadership in the Brexit process is a story of outright failure, this contribution combines insights from gender and leadership studies to offer a more nuanced view. It seeks to shed light on the type of leadership that can be attributed to Theresa May in Brexit negotiations both, with regards to how she positioned herself as a leader, and how she was perceived. In order to address these two dimensions, we conduct computer-assisted analysis of a corpus composed of Theresa May's speeches on Brexit and media coverage in the UK and Germany. We find that the glass cliff metaphor is helpful to understand the type of leadership position Theresa May has to cope with. We argue that gender provides a crucial lens for understanding the ways in which Theresa May constructs her leadership and how her leadership performance was evaluated in the media.

The Grybauskaite Effect? Women's Representation in Lithuania under Grybauskaite's Presidency

Prof. Dr. Ausra Park (Siena College, NY)

Abstract:

Election of the first female head of state is a transformative event in the history of any country. Arguably, the advent of the first woman president signals that the public views of "who belongs in politics" are noticeably changing. Therefore, when a woman becomes a head of state for the first time, her presence and identity create powerful symbolic effects not only about women's presence and representation in politics, but also about women's role in, and impact on, national and foreign affairs. My study seeks to determine gender representation effects that the first Lithuanian female head of state, Dalia Grybauskaite, may have had with a particular focus being on EU's advocated feminist foreign politics. In this context, I will draw attention to Grybauskaite's pre-career steps (i.e., she served as the European Commissioner for Financial Programming and the Budget, 2004-2009) and her decade-long Lithuanian presidency while evaluating her "feminist advocacy" both on a national, EU, and global levels.

The Leadership of Ursula von der Leyen as President of the European Commission

Prof. Henriette Müller (New York University Abu Dhabi), Prof. Dr.Ingeborg Tömmel (Universität Osnabrück)

Abstract:

Ursula von der Leyen is the first woman in the office of president of the European Commission. Her nomination was marked by a series of hurdles, as she was neither a spitzenkandidat of any party group in the European Parliament (EP), nor an explicit favourite of the European Council (EUCO). Yet as soon as she was nominated by EUCO, she presented an extremely ambitious and focused agenda and passed the EP election, though only with a tight majority. With a theoretical perspective distinguishing between the institutional setting, the situational context and the personal qualities of a leader, the paper offers a preliminary assessment of Von der Leyen's leadership. Regarding positional leadership, it questions to what extent her earlier career path and the nomination and election process to the Commission presidency shape her incumbency. As for behavioural leadership, the paper analyses Von der Leyen's agenda-setting, her activities toward implementing this agenda, as well as her achievements so far. Particularly, the paper highlights how Von der Leyen, in face of the COVID-19 crisis, strategically tackled the crisis, pushed her agenda and strengthened the position of the Commission.

DoD31 | Neue Policy Probleme, neue Interdependenzen in der Lösung komplexer Umweltprobleme?

Organisiert von / Organized by: Dr. Colette S. Vogeler (Institute of Comparative Politics and Public Policy, TU Braunschweig), Dr. Florence A. Metz (Department of Governance & Technology for Sustainability, University of Twente), Simon Schaub (Universität Heidelberg)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Sektion „Policy-Analyse und Verwaltungswissenschaft“

Chair: Dr. Colette Vogeler (TU Braunschweig), Dr. Florence Metz (University of Twente), Simon Schaub (Universität Heidelberg)

Discussant: Dr. Colette Vogeler (TU Braunschweig), Dr. Florence Metz (University of Twente), Simon Schaub (Universität Heidelberg)

Abstract:

Klimawandel und die damit eng verbundene Übernutzung und Verschmutzung natürlicher Ressourcen zählen zu den großen Herausforderungen der Zukunft. Die vielfältigen Auswirkungen, insbesondere des Klimawandels, gehen inzwischen weit über das originäre Politikfeld Umwelt hinaus und beeinflussen unterschiedliche gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Teilbereiche. Politische Entscheidungsträger sind durch die wachsenden Interdependenzen zwischen Sektoren und Politikfeldern mit immer weiter steigender Komplexität und Unsicherheit konfrontiert. Um den Herausforderungen zu begegnen, werden umfassende Transitionen, wie zum Beispiel die Energiewende, gefordert. Innovative Lösungen, um Klima- und Umweltproblemen zu begegnen, basieren häufig auf neuen Technologien. Besonders evident ist dies im Bereich der erneuerbaren Energien aber auch in der zunehmenden Technologisierung der Landwirtschaft. Während innovative Technologien einerseits das Potential haben spezifische Umweltprobleme zu bekämpfen, erzeugen sie gleichzeitig neue Interdependenzen zwischen Politikfeldern, politische Konfliktlinien und können zu neuen Umweltproblemen führen. Beispiele finden sich in der Konkurrenz von erneuerbarer Energieproduktion und Landnutzungskonflikten sowie dem teilweise negativen Einfluss auf Biodiversität und Wasserqualität und -quantität. Häufig sind diese negativen Effekte nicht a priori bekannt oder werden nicht in die Entscheidungsfindung einbezogen. Ziel des Panels ist es, die Umwelteinflüsse neuer Technologien zu beleuchten sowie die daraus resultierenden neuen Interdependenzen zwischen Politikfeldern und die damit verbundenen neuen politischen Konfliktlinien. Besonders willkommen sind Beiträge, die sich mit den Zielkonflikten zukünftiger Transitionen auseinandersetzen und Positionen von Akteuren aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft beleuchten.

Beiträge / Contributions:

Can SDGs Change the Rules of the Game? Opportunities and Risks of Sustainable Transformation for the First WorldRMATION IN THE FIRST WORLD

Henriette J. M. Schubert-Zunker (Universität Erfurt (Lehrstuhl für Institutionenökonomie und Wirtschaftspolitik, Staatswissenschaftliche Fakultät))

Abstract:

Since knowing that institutions matter, that they matter for development or innovation – we should know that they matter for sustainable transformation. Although sustainable transformation is urgent but complex, we finally know that it needs institutional change.

Facing environmental challenges of today, the UN-members adopted in 2015 the Sustainable Development Goals (SDGs) within the agenda 2030. These 17 far-reaching goals are new rules that will hopefully paving the way for sustainable development – not only for developing countries. In Germany the Länder have to implement the agenda 2030. With the exception of Mecklenburg-Western Pomerania, all countries have already submitted their sustainability strategy, so that there are 15 strategies – only in Germany. The paper analyses the policy of the agenda 2030 in particular the

sustainability strategies of the Länder with focus on SDG 8 (Decent Work and Economic Growth), SDG 12 (Sustainable Consumption and Production), SDG 13 (Climate Action) und SDG 16 (Peace, Justice and Institutions). With the help of document analysis and expert interviews, the research offers an in-depth look into the opportunities and risk on the playing field of sustainable transformation – a "game" that cannot be refused.

Can SDGs change the rules of the game? The paper shows that the German implementation strategies are not coordinated and consistent. Relevant players are not ready to change.

Digitale Landwirtschaft – (Ziel)Konflikte als Policy-Herausforderung

Dr. Sarah Hackfort (Humboldt-Universität zu Berlin)

Abstract:

Die zunehmende Digitalisierung in der Landwirtschaft gilt als ‚neue' Revolution und hat inzwischen auch Eingang gefunden in nationale Landwirtschaftspolitik (z.B. „Digitale Experimentierfelder" des BMEL in Deutschland) sowie in internationale Politikagenden (z.B. der Digitalrat der FAO). Der Einsatz digitaler Technologien entlang der gesamten Wertschöpfungskette im Agrarsystem (von Genome Editing über Präzisionslandwirtschaft bis hin zu Agrar-Plattformen) verspricht einerseits die Produktivität und die Nachhaltigkeit in der Produktion zu steigern. Andererseits werden Machtkonzentration von Agrar- und Technologieunternehmen und die Fortschreibung der agrarindustriellen Produktionsweise mit negativen Effekten auf Böden, die Biodiversität und das Klima kritisiert. Dieses Spannungsfeld aufgreifend, geht der Beitrag der Frage nach, inwieweit der Einsatz digital basierter Technologien in der Landwirtschaft existierende Konflikte entschärft oder auch verstärkt bzw. sogar neue (Ziel)Konflikte hervorruft. Dabei werden unterschiedliche Konfliktypen identifiziert - wie z.B. politische Konflikte zwischen Akteuren über Regulierungsfragen genetischer Ressourcen, Daten oder Technologiepatenten, grundsätzliche Wertekonflikte über die Gestaltung von Agrarsystemen oder sozialökologische Zielkonflikte zwischen landwirtschaftlichen Produktionsformen wie Agrarökologie und Agrarindustrie. Datengrundlage ist eine umfassende Literaturauswertung von a) insgesamt 240 Studien von Wirtschaft, Industrie und Zivilgesellschaft sowie b) ein systematischer literature review nach dem standardisierten PRISMA-Verfahren mit einer Auswertung von 58 wissenschaftlichen Artikeln. Ausgehend von den Ergebnissen werden anschließend Policy-Anforderungen an übergreifende Politikfelder wie z.B. die Ausgestaltung eines Datenagrarrecht skizziert.

The governance of interdependent problems: collaborative networks for the integrative management of agri-food systems

Dr. Nicolas Jager (Carl von Ossietzky Universität Oldenburg), Dr. Arvid Bergsten(Leuphana Universität Lüneburg)

Abstract:

The governance of agri-environmental systems poses highly complex policy challenges. Problems related to agricultural policies span multiple policy domains (e.g. environment, health, education), forming a complex network of issue interdependencies. Such complex problems require integrative governance responses, that constitute a good fit between the issues' interdependency structures and the network governance structures set out to address these.

We aim to empirically assess this question as to which governance structures facilitate an integrative management of compound, interdependent issues in agri-environmental systems. We examine the implications of three distinct governance patterns advocated in the literature, i.e. central coordination, collaborative governance, and the role of bridging and bonding relations between actors.

We examine this question for the case of the agri-environmental governance system in southwest Ethiopia. This system features multiple pressures characteristic for many of today's agri-food systems, such as the tension between subsistence farming and cash cropping, and between food security and biodiversity conservation.

We mapped the local social-ecological networks through stakeholder workshops and systems analysis, as well as 60 stakeholder interviews. For the analysis, we combined in a novel way a minimal building block analysis for two-mode (two-level) networks with Qualitative Comparative Analysis (QCA), suggesting multiple, context-dependent causal pathways that support the integrative management of compound issues.

Our results suggest four different solution pathways with different collaborative patterns comprising both central coordination and collaboration, depending on the issues and governance structures at hand. With these, we provide nuanced insights for the governance of complex sustainability challenges that go beyond general recommendations.

Public contestation over agricultural pollution. A discourse network analysis on narrative strategies in the policy process

Simon Schaub (Universität Heidelberg)

Abstract:

The intensification of agriculture is causing increasing problems for the environment and water protection. Overuse of fertilizers and their entry into surface water and groundwater leads to eutrophication, with negative impacts on biodiversity, and increasing levels of nitrate, resulting in potential problems for drinking water resources. The trade-off between environment/water protection and food security has led to an intense conflict over regulation in Germany in the past decade. This study uses the narrative policy framework (NPF) to study public mobilization in this policy subsystem with special focus on actor coalition formation and actors' use of narrative strategies to expand or contain the scope of conflict.

The narrative policy framework (NPF) has been increasingly applied to study the policy process and the impact of policy narratives on policy change and outcomes. At the meso level, the NPF is able to explain how narratives shape the composition of actor coalitions within policy subsystems and what strategies these coalitions use in order to influence policy outcomes. The framework shares the idea of the advocacy coalition framework (ACF) that actors with congruent policy beliefs form actor coalitions. Its main contribution is the idea that other policy elements, such as characters or frames, represent strategically constructed stories used by these coalitions to influence the scope of conflict and attain certain preferred policy outcomes.

This study shows that discourse network analysis is a fruitful method for the study of policy narratives. First, the analysis reveals two opposing actor coalitions with congruent policy beliefs in the struggle over regulation on fertilizer use in Germany. Second, it shows how these two coalitions adapt their narrative strategies dependent on crucial policy events and increasing pressure exerted by the European Commission to tighten regulation. Finally, it uncovers how the two coalitions differ their combination of narrative elements in their policy narratives.

Keywords: agenda setting, narrative policy framework, discourse network analysis, public policy, agriculture, pollution, nitrate, water.

16.30 – 18.00 Uhr DoE | Panelveranstaltungen

DoE01 | 'The Dawn of Eurasia

' – Human Rights Values and Norm Transformation between China and Europe

Organisiert von / Organized by: Dr. Anja Mihr (OSCE Academy Bishkek & Center on Governance through Human Rights, HVGP, Berlin), Dr. Cindy Wittke (Leibniz Institute for East and Southeast European Studies (IOS), Uni Regensburg)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Arbeitskreis „Menschenrechte";

Chair: Dr. Cindy Wittke (IOS - Regensburg)

Discussant: Prof. Dr. Anja Mihr (OSCE Academy Bishkek)

Abstract:

The 2018 bestseller 'The Dawn of Eurasia' by Bruno Maçães outlines the scenario of a new world order that, for political analysts, has become a reality already. It is a world in which modi of governance of emerging powers migrate back and forth between autocratic and traditional leadership, liberal values and human rights norm compliance. It is a mix of global and regional norm adherence with a taste of traditional autocracies and religious leadership, often shaped by kleptocratic elites, corruption, and transnational networks of organized crime.

Central Asian and South Caucasian countries play crucial roles in this puzzling voyage into the 21st century of Eurasia. Bearing a Soviet legacy, all countries face individual and common struggles with democratic norms. At the same time, they formally adhere to human rights standards by the CoE, OSCE, and UN. What role do the EU, Russia, Turkey, and China play in these struggles? How do new and old elites in these states respond to them? How do education, migration and the usage of social media affect changes of values and norms and political mobilization amongst the youth in these regions? How do these processes and actors relate to the rise of ethnonationalism and religious radicalization that has led to re-autocratization and violent conflict in Central Asia and South Caucasus?

The panel is open for research from all fields of social science, economics and humanities, on how human rights and value compliance merge with autocratic and dysfunctional democratic practices in Central Asia and South Caucasus.

Two introductory speakers will be set for kicking off the panel and the debates:

- Prof. Nino Lapiashvili, Tbilisi State University, Tbilisi, Georgia,

Beiträge / Contributions:

Adding Fuel to the Flames? The Influence of Democratic Sanctions on Autocratic State Repression

Boris Ginzburg (Freie Universität berlin)

Abstract:

This dissertation project, which is still in progress, will deal with the impact of democratic sanctions by the European Union (EU) on authoritarian states' repression degree within the post-Soviet region. While several social scientists within this academic field blame these measures for being partially responsible for the human rights violations within the targeted autocratic states, a closer look at democratization and repression indices displays that the EU sanctions against the region's autocracies did not intensify the repression degree within the targets. Therefore, it is worth investigating the "puzzle" of why the cases of the EU's economic sanctions against the autocracies of the post-Soviet region and their effects on the level of repression in these states cannot be fully explained by a large part of the research literature on the causal relationship between sanctions and repression? With the help of the deductive process tracing method and the case study of the EU sanctions regime against authoritarian Belarus, answers to this puzzle should be found. Solving this riddle can contribute to this research field dealing

with the alleged causality between sanctions and repression by providing new insights for this research area and a potential explanation for why economic sanctions by democratic states against authoritarian states do not always lead to increased repressions in the targeted authoritarian states.

Development Aid in Central Asia: A 'Chessboard' for Great Powers?

Nargiza Kilichova (Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung (IOS))

Abstract:

Since the end of the Cold War and the collapse of the USSR, and once part of the southern belt of the Soviet Union, Central Asia rapidly became a focus of competing interests and donors' influence. The players in this arena include so-called western actors like the European Union (EU) and regional great powers like Russia and China. The main goal of the paper is to explore how the EU attempts to achieve its policy objectives and how it avoids marginalization in the context of such competitions for influence in the still-near-by and yet so-far-away region. This question will be examined within the externally-assisted rule of law reform realm, using Kazakhstan and Uzbekistan as case study countries. How and in which ways do the donors' domestic rule of law institutions and development policy affect their rule of law promotion strategies abroad? To answer this question, the paper will compare the rule of law promotion policies of the EU, Russia, and China by disaggregating their development policies according to goals, organization, instruments, targets, and mechanisms of implementation. Drawing on these comparative analyses, the paper will then answer how the EU places itself in the middle of a fierce battle between surrounding regional great powers elbowing each other to assert their influence in the region.

Human rights transformations and the role of Eurasian international organizations

Dr. Regina Heller (Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH))

Abstract:

With an increasingly fluid international system and attacks from all sides on the rules-based international order as we know it, this paper aims to explore the particular role of the Eurasian international organizations (EIOs) in international human rights governance and its transformation. Critical theories on norm contestation suggest either a 'backlash' logic or a postcolonial perspective of 'localization. I argue that neither approach quite meets the normative dynamics that involve the post-Soviet space. I rather assume that the outcomes of the ongoing normative struggles, voyages and transformations are all but clear and that the entanglements with and influences of global and local/regional norms might lead to completely different human rights commitments in different policy areas. Taking on a more practice-related and micro-level approach, I analyze concrete patterns of interaction between the regional/local and the international. Empirically, this translates a) into an analysis of the human rights discourses the three EIOs CIS, CSTO and EAEU engage in towards international and interregional human rights institutions such as the UN, the OSCE and the CoE, and b) into an analysis of the cooperation practices between the EIOs and the international/-regional institutions on human rights relevant issues. This way, I hope to get a clearer picture about the normative substance, which fills the mediating space between the regional and the international, and to make more specific statements about the directions the international human rights system takes.

Winning hearts and minds of Kyrgyz people? German and Russian public diplomacy in action

Dr. Chiara Pierobon (Bielefeld University), Dr.Aijan Sharshenova (OSCE Academy)

Abstract:

The paper explores Russian and German public diplomacy efforts in Central Asia using the example of the Kyrgyz Republic. In particular, it focuses on German and Russian state-sponsored programs targeted to Kyrgyz public and analyses their content – in terms of values and norms spread – as well as their main delivery methods. Unlike its regional neighbors, the Kyrgyz Republic welcomes a variety of international

actors and allows them to operate openly on its ground, offering a unique environment for public diplomacy efforts in the region.

The article operationalizes these efforts by looking at major transnational public diplomacy actors such as German politische Stiftugen and the Russia-sponsored organizations Russkiy Mir Foundation, Public Diplomacy Gorchakov Foundation and Eurasians – New Wave Foundation active in the country. Empirically, the study is based on an analysis of the internet presence of main public diplomacy actors in Kyrgyzstan complemented by semi-structured interviews with selected stakeholders on the ground. Overall, the article offers interesting insights into the nature and substance of the soft power policies pursued by Germany and Russia that is relevant for Kyrgyzstan and beyond. In addition, it sheds new light on the increasingly important role played by transnational public diplomacy actors as norm entrepreneurs engaged in processes of social learning in Eurasia.

DoE02 | Actors without arena? Analysing the political behaviour of youths and immigrants

Organisiert von / Organized by: Dr. Sabrina Mayer (Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung), Jun.-Prof. Arndt Leininger, PhD (Technische Universität Chemnitz)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Arbeitskreis „Wahlen und politische Einstellungen“

Chair: Jun.-Prof. Arndt Leininger, PhD (Technische Universität Chemnitz), Dr. Sabrina Mayer (DeZIM Institut Berlin)

Abstract:

Youths and immigrants, notwithstanding many differences, share one important feature: Because these groups make up only a relatively small part of the population, and because many of them lack electoral eligibility, they do not represent a relevant clientele for political actors. Consequently, they are also often not considered a relevant topic for political science research. This is problematic, since the political participation of youths and immigrants will become even more important in the future against the background of increasing migration and demographic change. Both groups include members that are eligible to participate in the political system fully or partly and those who are not. Eligible young adults and naturalised immigrants form a small part of the electorate. However, those who lack the full rights to participate in formalised political representation latter group members will, over time, integrate into the political system. To better assess the possible consequences of voting right expansions, we thus need to know more about the political behaviour and attitudes of newly enfranchised as well as not yet enfranchised citizens.

The proposed panel shall bring together research on the political participation of youths' and immigrants. Papers should address questions such as:

- What are the main factors that drive political participation among these groups?
- How do patterns differ between enfranchised and disenfranchised members of these groups?
- How do patterns differ between youths and immigrants?
- What specific hurdles do youths with migration background face concerning their political integration?

Beiträge / Contributions:

Coming of Voting Age. Quasi-Experimental Evidence on the Effects of Electoral Eligibility on Young Citizens’ Political Attitudes and Behavior

Jun.-Prof. Arndt Leininger, PhD (Technische Universität Chemnitz), Prof. Dr. Thorsten Faas (Freie Universität Berlin), Prof. Dr. Sigrid Roßteutscher (Goethe-Universität Frankfurt), Prof. Dr. Armin Schäfer (Westfälische Wilhelms-Universität Münster)

Abstract:

In recent years, several jurisdictions have lowered the voting age to 16, with many more actively discussing it. Skeptics doubt whether adolescents possess sufficient political competence and interest to be made eligible, whereas proponents argue that eligibility will increase their political engagement. We use two register-based surveys of over 10000 German adolescents covering a first-ever state election with voting age 16, a second-ever state election with a lowered voting age of 16, and a state election with voting age 18 to test these competing expectations. Knowing our respondents’ exact birth date, we estimate the causal effect of eligibility in a regression discontinuity design. We find no effect on political interest, political efficacy, and other measures of political engagement. However, we see a positive effect of eligibility on political conversations and the usage of a voting advice application. Hence, while attaining eligibility by itself is not sufficient to interest young citizens in politics, it seems to act as

a trigger to act on previously acquired attitudes towards politics as eligibility causes information-seeking behavior and subjective knowledge. We discuss implications for electoral reform.

Education Systems and Political Inequality - How Educational Institutions Shape Gaps in Adolescents' Turnout Intentions

Dr. Susanne Garritzmann (Universität Konstanz & Goethe-Universität Frankfurt)

Abstract:

One of the most established findings in political science is that the better educated vote more frequently than the lower educated (e.g., Campbell 1960; Verba, Schlozman & Brady 1995) – with crucial implications for political representation and policy choice. However, research on turnout inequality neglects institutional differences in education systems, which have been found to affect inequalities in both educational and labour market outcomes. This paper thus asks whether education systems also shape political inequality. Theoretically, I argue that educational institutions that increase stratification – tracking, parental school choice, and school autonomy in student selection – increase inequality in (adolescents' intentions for) political participation. I empirically investigate this argument with data on adolescents' turnout intentions in over 30 countries for up to three points in time provided by the Civic Education Study (CivEd) and its successors, the International Civics and Citizenship Education Studies (ICCS) using multilevel models. The findings support my argument, showing that turnout gaps are larger in countries with more stratifying educational institutions.

Political working areas of Foreigner Councils

Anke Freuwört (Universität Kassel)

Abstract:

Non-EU Citizens are legally excluded from the German voting system. A claim to expand voting rights has been made by the foreign population already before the voting right expansions to EU-Citizens in local elections in 2004. Lacking full rights to participate in formalized political representation, foreigners are able to organize themselves in Foreigner Councils. The elected bodies aim to represent political interests of the foreign population and create therefore a political arena themselves. People of all age, color, sexuality and national backgrounds articulate their political demands for changes in society and ask for social cohesion. The bodies fulfill democratic training for not enfranchised citizens and foreigners from non-democratic countries. At the same time, the councils are integrated in political structures to provide information and expertise to local, regional, and national governments on migration, anti-discrimination, and tolerance.

By presenting a local case study I would like to outline the political attitudes of foreign citizens towards current social developments in society and focus on a hurdle that the councils face: foreigner councils are opened up to nationals in an ongoing political shift. A dilemma arises: does the opening of specific bodies for foreigners fulfill the aim of representation or does it limit political spaces? Consequences for the development on voting right expansions will be discussed.

The role of citizenship for the political activation of descendants of immigrants

Stephanie Müssig (Friedrich-Alexander-Universität)

Abstract:

This contribution investigates the micro-level obstacles that prevent foreign citizens to get politically active in Germany, with a focus on the descendants of immigrants.

Research has made much progress in the past five to ten years when it comes to the investigation on foreigners' political involvement. Regarding macro level factors, research suggests that extensive voting and participation rights can compensate for missing citizenship. Regarding micro level factors, we know that foreigners have fewer resources and are less mentally involved in politics, both regarded as politically activating, compared to naturalised immigrants. However, in the first generation, differences

in levels of political participation are small to non-existent between these two groups, suggesting that becoming politically active in a new environment takes time, citizen status notwithstanding. Thus, the role of citizenship for political participation of immigrants is not clear.

Drawing on data of the European Social Survey for descendants of immigrants and immigrants that arrived in Germany before school age, I compare the politically activating micro-level factors of citizens and foreigners among the politically quiet ones to assess their potential of getting active. For this, I use a zero-inflated regression model, trying to take into account that foreigners are less likely to be asked to get politically active than citizen immigrants.

Young voters, older candidates, and policy preferences: evidence from two experiments.
Prof. Dr. Charles Lees (Flinders University), Prof. Dr. Rodrigo Praino (Flinders University)

Abstract:

Recent elections all over the world have seen young voters come out in large numbers to support young leaders running for office, such as New Zealand's Jacinda Ardern in October 2020. At the same time, however, young voters have shown strong support for relatively old candidates such as Jeremy Corbyn in the United Kingdom and Bernie Sanders in the United States. While the former is consistent with the descriptive representation literature, the latter is not. This article deploys an experimental research design involving 1,000 young participants to analyse young voter support towards older candidates. We find that young voters are significantly more likely to support older candidates if they are aware that these candidates champion left-wing policies, but the same effect does not apply to younger candidates. We also find that younger voters do not present any significant a priori preference towards younger candidates compared to their attitude towards older candidates.

DoE03 | Autocratization Processes in Comparative Perspective (II)

Organisiert von / Organized by: Dr. Sebastian Hellmeier (Wissenschaftszentrum Berlin (WZB)), Dr. Seraphine Maerz (V-Dem Institut, Universität Göteborg)

Chair: Dr. Seraphine Maerz (V-Dem Institute / University of Gothenburg), Dr. Sebastian Hellmeier (Wissenschaftszentrum Berlin (WZB))

Discussant: Dr. Seraphine Maerz (V-Dem Institute / University of Gothenburg), Dr. Sebastian Hellmeier (Wissenschaftszentrum Berlin (WZB))

Abstract:

Democratic backsliding and autocratization more generally are on the rise globally. In 2019, almost 2.6 billion people lived in autocratizing countries (Maerz et al., 2019). According to some scholars, we are currently witnessing the "third wave of autocratization" (Lührmann/Lindberg, 2019). Democratic institutions are under pressure even in well-established democracies like the U.S., India, or Brazil. Whereas military coups were the most common way of democratic breakdown during most of the 20th century, autocratization today is characterized by a gradual erosion of democratic institutions, often led by incumbent leaders. However, there is considerable variation regarding the onset, trajectory, and outcome of autocratization. Not all countries are affected by autocratization, and it does not necessarily lead to a democratic breakdown or regime change. For instance, South Korea has managed to avert regime breakdown despite a decline in democracy between 2008 and 2015.

This panel seeks to bring together scholars who study autocratization from a comparative perspective to better understand why autocratization starts, how it unfolds, and how it ends. We are interested in papers that address the following (or related) questions:

- Which economic, institutional, and cultural factors explain why some countries experience autocratization while others exhibit democratic resilience?
- What can we learn from comparing trajectories/sequences of autocratization between or within countries?
- Why do some autocratization episodes end with democratic breakdown while democracy prevails in others?

Beiträge / Contributions:

Autocratic Leadership and Constitutional Change

Dr. Anna Fruhstorfer (Universität Potsdam)

Abstract:

Why do some autocrats or leadership groups pursue constitutional amendments in the course of their tenure while others do not and what effect has that on the stability of this regime? This article tests the relation of autocratic stability and constitutional politics and tries to understand the motivations to amend the constitution in a non-democratic setting. Amendments in these settings are a frequent yet rarely studied phenomenon. It is thus unclear what factors are responsible for constitutional change and to what extent this change is relevant to autocratic stability or democratic change. To test the theoretical expectations, this article draws on a dataset of all constitutional amendments in all sovereign states since 1918 and provides a systematic analysis of the strategic use of amendments to counter threats from within the elite. We point to the strong effect of leadership succession for any change in constitutions in a non-democratic context. We assume that the amendments following a change in leadership help in suppressing substantive regime change and rather result in a regime reproduction by coordinating the elite and/or making the prevalent rule more cohesive. The findings also suggest that constitutional amendments do not influence the level of autocracy or even lead to democratic change.

Country size and regime stability: Are small states more democratic or just more stable?

Dr. Marlene Jugl (Bocconi University)

Abstract:

Among the determinants of regime stability and survival, country size has been overlooked. This article argues that small states are systematically more stable and that democratic as well as authoritarian regimes survive longer in small states. This article makes two important contributions. Firstly, it provides an original theoretical framework that links country size with stability and survival of democratic and non-democratic regimes. Size is a structural factor that shapes psychological, societal and institutional realities; in small states a collective feeling of vulnerability, societal homogeneity and proximity as well as institutional centralization foster political stability and stabilize regimes of various types. Secondly, the article shows empirically that countries' population size is negatively related with political stability and with regime survival. To this aim, it applies regression techniques and survival analysis to state-of-the-art comparative data. The findings are conditional on a large sample that includes small and micro-states which are too often excluded from comparative studies. The use of several measures of stability and regime duration and various specifications ensure the robustness of the findings.

State and Regimetransformation

Theresa Stawski (Julius-Maximilians-Universität Würzburg)

Abstract:

One trajectory of autocratization of countries that experience a democratic regression is located on the state level. These forms of autocratic transformations – and in its consequence, the state - are largely neglected in existing literature on regimetransformation.

The state is the basis for all political regimes, it is the single most important instrument that provides the means for exertion of authority and stabilizes any political regime, both democratic and autocratic. The state facilitates the exercise of authority through the monopolization of power and the means necessary to uphold its monopolies. In contrast, the concept of the political regime is centred on the question "who has access to political power and how those who are in power deal with those who are not" (Fishman 1990). Although state and regime are analytically distinct and located on different conceptual levels, they still form a unit; state and regime are conceptually distinct but causally and inextricably intertwined (Andersen/Moller/Skaaning 2014: 1204).

This contribution aims to bring the state (back) into the research of regime transformation. In order to understand any regime type including trajectories of regimetransformation, the analysis has to take inventory of the state. I begin by defining state, stateness and regime, including regimetransformation. I proceed by using selected examples to exemplify the importance to distinguish between transformations on the state vs. the regime level. I conclude with the insight, that the analysis of the relation between state and regime can be a starting point to better understand and differentiate between divergent trajectories of regimetransformation.

The Necessity of Sidelining Constitutional Courts in Authoritarian Transition

Campbell MacGillivray (Georg-August-Universität Göttingen)

Abstract:

In recent years, there has been a renewed focus on the co-optation of constitutional or supreme courts by up-and-coming authoritarians (Bugaric and Ginsbug 2016; Sadurski 2018). This revival of interest simply confirms what has long been a given for centuries: law as a formal system grants legitimacy through the expectation that it is fair and reasoned. Thus, just as it was important in Nazi Germany that Carl Schmitt and others dressed up the horror of the NS-Regime in academic and legal justification, Viktor Orbán and his cronies make sure to point out how their alterations to constitutional and electoral law only mirror features of other systems, despite the sum being a perversion of democratic ideals (Scheppele 2018). The constitutional court, as the authority with final say over matters of legal and constitutional interpretation, is thus the supreme body for providing the legitimation that can mask an autocratic transition. In such situations, the ability of the court to survive and prevent democratic backsliding can play a vital role, but they must achieve this from a position of relatively weaker power.

In various global polities, constitutional courts must develop strategies that can assist them in moments of institutional uncertainty, such as judicial deferral (Issacharoff and Dixon 2016), while shoring up support for their legitimacy both within the political system and the broader populace. Thus, understanding the strategies available to a constitutional court hoping to intervene and protect fundamental democratic rights is vital in predicting whether a country might fall prey to autocratisation.

DoE04 | Corruption and Elections: The People's Choice?

Organisiert von / Organized by: Dr. Natascha Neudorfer (University of Birmingham), Dr. Tim Haughton (University of Birmingham)

Chair: Dr. Natascha Neudorfer (University of Birmingham), Dr. Tim Haughton (University of Birmingham)

Discussant: Dr. Natascha Neudorfer (University of Birmingham), Dr. Tim Haughton (University of Birmingham)

Abstract:

Over the past few decades, we have frequently seen corrupt politicians being (re-)elected into political office in democracies all around the world. Corruption, it seems, is no bar to electoral success and a common appeal in uncertain times. Yet we know that citizens greatly dislike corruption and protest on the streets against corrupt politicians and parties. From Brazil to Bulgaria, and from Slovenia to South Korea, not only have we witnessed anti-corruption appeals provoking demonstrations, but they have also fuelled the fires for new and nascent parties and the electoral success of leaders with autocratic tendencies in democracies. Indeed, in some cases it is seen as a stepping stone towards autocracy.

Policymakers and researchers often claim that corruption plays a central role in people's electoral choices. Research around corruption and elections has increased substantially. However, the causal mechanism of how exactly corruption affects elections remains unclear. The literature not only lacks theoretical clarity but also robust empirical findings both on broader and more in-depth scales. This panel will consider submissions addressing the following overall questions: When and how does corruption matter in electoral politics and voter choice? When do voters choose to elect corrupt politicians into office or to vote against them?

We welcome submissions that explore new theoretical explanations and rigorous empirical testing of the relationship between corruption and elections. Both quantitative and qualitative approaches and proposals that focus on any country or region of the world are encouraged.

Beiträge / Contributions:

Idiosyncratic Definitions of Corruption in a Rural Tribal Context of Pakistan

Jamal Ali Bashir (Martin Luther University Halle-Wittenberg)

Abstract:

In this paper, I will attempt to show how the voters in a tribal village in canal-irrigated Baluchistan, Pakistan moralise and problematise corruption while making their electoral choice both at local and national level elections. I argue, that the definition of corruption as provided by the people themselves, to problematise resource distribution and access to the state, is informed by the larger social and cultural values in conjunction with economic structure. At the local level, the definition of corruption is informed by ethics of sharing based on kinship values. At the national level, it is connected with the ability of the politicians to get things done and appears more instrumental in its formulation. However, there is no singular definition of what is corruption that everyone agrees on. I argue that it is rather strategically applied by the political actors. In my fieldwork, I encountered multiple definitions and formulations of what is corruption and who is a corrupt politician. Such multiplicity emerged from the social and economic location of respective political actors. Definitions and perceptions of corruption influence both the workings of democratic processes and policy implementation at the ground level. As a result, it becomes pertinent to ask how do politicians attempt to navigate the multiplicity of definitions of corruption in constituencies with diverse actors. In the final analysis, it becomes a task to problematise definitions of corruption by identifying their embeddedness in larger contexts through which they emerge rather than providing a universal definition that identifies a cultural pathology that hinders democratisation processes.

Types of Corruption and Voting Behavior: Evidence from a Survey Experiment

Dr. Michael Jankowski (University of Oldenburg), Dr. Christina-Marie Juen (University of Oldenburg)

Abstract:

The electoral consequences for politicians in the aftermath of a political scandal have been studied extensively (e.g. Funk 1996, Maier 2011, Bhatti et al. 2013, Fernández-Vázquez et al. 2016, Pereira and Waterbury 2019). The empirical findings, however, are mixed and suggest that scandal-ridden politicians are not always punished severely at the ballot box. These findings are somewhat surprising, as voters should have the incentive to remove scandalous politicians from office. Drawing on recent contributions in the field of retrospective voting, we argue that it is a necessary condition that the misbehaviour of politicians is also recognized as such by voters in order to have an effect on voting behaviour (Healy and Malhotra 2013; de Vries and Solaz 2017). So far, most studies simply assume that a certain type of misbehaviour is scandalous and therefore should have an impact on vote choice. But the lack of information on which behaviour voters actually consider as scandalous might provide an explanation for the observed heterogeneity in findings regarding the effect of political scandals on vote choice. To shed light on the question of what voters actually perceive as scandalous behaviour, we conduct a factorial survey experiment (vignette experiment). We present respondents with the description of a (hypothetical) politician who is involved in a political scandal and the respondents have to rate how scandalous they perceive such misconduct. Besides the type of misconduct, we also expect certain candidate traits, e.g. gender (Barnes and Beaulieu 2019) and the time of misconduct (Pereira and Waterbury 2019), has an impact. Finally, the experiment varies whether the misbehaviour was conducted by a candidate of a party that the voter likes or dislikes. The experiment is currently developed and in the process of pre-registration. At time of presentation, the experiment will be already conducted and results will be presented.

When Corruption Matters for Ordinary People: Anti-Corruption Appeals in Elections

Dr. Natascha Neudorfer (University of Birmingham), Dr. Tim Haughton(University of Birmingham)

Abstract:

Corruption is often claimed to play a central role in elections. Previous studies have tended to assume the experience and perception of corruption affects all voters equally. We highlight both key variations (in terms of how much voters care about corruption and parties' corrupt behaviour) and the benefits of seeing the impact of corruption less in binary terms and more as a sliding scale. Drawing on specially commissioned polling data, we find the more voters care about corruption the more they vote for clean parties, that parties are tainted by their corrupt coalition partners, and that anti-corruption stances trump ideological appeals. The findings indicate the merits of using large-scale polling data to examine the motivations of voters in cases where corruption is assumed to play an important role in elections.

The effect of social influencers on electoral outcomes: Evidence from a natural experiment

Prof. Dr. Heike Klüver (Humboldt-Universität zu Berlin)

Abstract:

Do social influencers affect election outcomes? Through social media platforms such as Facebook, YouTube and Instagram, social influencers can reach millions of people turning them into important opinion leaders in their respective societies. However, research on social influencers is scarce and so far largely limited to marketing research. In this paper, I will therefore address this shortcoming in the literature by analyzing the effect of social media influencers on electoral outcomes. Empirically, I will exploit a natural experiment that occurred during the 2019 European election campaign. 6 days before the 2019 EP election, the German social influencer and YouTube comedian Rezo published a video in which he severely attacks the Christian Democratic Union (CDU) that was watched by over 15 million users. I will identify the causal effect of the Rezo video on the election outcome by relying on a differences-in-differences analysis. More specifically, I will compare the vote share for the CDU among postal votes that are typically cast a number of days before the election (control group) and in-person votes (treatment group) since only the latter have been exposed to the video. The results of this study

have major implications for our understanding of the relationship between social media, electoral competition and political representation.

DoE05 | Technopolitischer Einfluss auf Digitalisierung - Auswirkungen für liberale Verfassungsstaaten

Organisiert von / Organized by: Dr. Astrid Bötticher (Friedrich-Schiller-Universität Jena), Lennard Lehmann (Friedrich-Schiller-Universität Jena)

Chair: Dr. Astrid Bötticher (Friedrich-Schiller-Universität Jena), Prof. Dr. Miroslav Mares (Masaryk University Brno)

Discussant: Lidiia Melnyk (Friedrich-Schiller-Universität Jena)

Abstract:

Die Digitalisierung ist ein Megatrend, dessen Auswirkungen politisch auf allen Ebenen bedeutsam sind. Die technologische Überlegenheit ist heute eine Grundvoraussetzung nicht nur für militärische und wirtschaftliche Stärke, sondern hat auch Einfluss auf die Stabilität von Demokratien, die im Wettbewerb mit autokratischen Staaten stehen. Neben der digitalen Dimension von Freiheitsräumen und sozialer Begegnung, die durch die Errichtung des Internets entstanden ist und die in der Corona-Pandemie deutlich Zutage getreten sind wie nie, sind digitale Infrastrukturen zum potenziellen Instrument der politischen Einflussnahme durch Autokratien geworden.

Der politisch forcierte Vertrieb „digitaler Kerntechnologien“ , seien es Anwendungen im Social Media Bereich, Software oder Hardware, aber auch „handfeste Strukturen“ der digitalen Daseinsvorsorge wie die gezielte Bereitstellung von Satellitenkommunikation, sind aus technopolitischer Perspektive wichtige, zu analysierende Aspekte des Erhalts liberal-demokratischer Werte im Wettbewerb der Systeme. Die digitale Souveränität von Individuen und Institutionen ist zu einer Schlüsselkompetenz geworden, die mittels verschiedener Strategien erlangt werden kann. Gleichzeitig sind im Verlaufe der Zeit Privatunternehmen entstanden, die ein historisches Maß an finanzieller Stärke und politischer Macht entwickelt haben. Diese Gigaunternehmungen sind im Inneren dazu geeignet, die demokratische Staatsmacht zu unterlaufen. Ihre Regulierung ist an politische Wertvorstellungen gekoppelt. Die Bändigung der Gigaunternehmen nach Innen und ihre strategische Bedeutung nach Außen könnten paradigmatische Aspekte der Transformationskraft sein, die der Megatrend ausgelöst hat.

Die Digitalisierung vollzieht sich aber nicht nur unter dem Einfluss des politischen Wettbewerbs der Systeme, sondern lässt auch rechtliche Rahmenbedingungen miteinander kollidieren, so dass neue Problemlagen mit ihren Aushandlungsprozessen entstanden sind, die archetypisch für den digitalen Transformationsprozess sein können. Die auf „technopolitische Aktivitäten“ zurückführbaren entstandenen Pfadabhängigkeiten bedeuten potenziell den Verlust von politischen Handlungsspielräumen. Die Bereitstellung von digitalen Kerntechnologien ist deshalb eine Möglichkeit politischer Einflussnahme geworden, die neben der gezielten strategischen Nutzung digitaler Vergesellschaftungsräume (z.B. Nudging) zu betrachten ist.

Die Beiträge des geschlossenen Panels arbeiten im Rahmen qualitativer Analyse. Insgesamt ist das Panel durch einen interdisziplinären Blick geprägt: Die Teilnehmer stammen aus der Rechtswissenschaft, der Politikwissenschaft und der angewandten Linguistik.

Beiträge / Contributions:

Linguistic persuasion techniques of social media bots in crises

Lidiia Melnyk (Friedrich-Schiller-Universität Jena)

Abstract:

Social media bots are growing their impact on political processes and public opinion. After the big scandal of social media bots being involved in the U.S. elections of 2016, the need to track the bots and distinguish them from the real users has further strengthened its importance. The identification of social media bots will be carried out based on the user account activity as well as stylometry of tweet minimal structure.

Defining persuasion as "constructs and variables intended to shape, reinforce or change the response of the other" (Cameron, 2009), the research seeks to identify the specific linguistic patterns of persuasion in user interaction. The research will apply an elaboration likelihood framework to identify the Chialdini's main persuasion techniques. The research aspires to demonstrate the impact that social media bots can have on shaping public opinion in a crisis like the Covid19 pandemics, supporting the certain political course of actions and convincing Internet users of its righteousness.

Cameron, K. A. (2009). A practitioner's guide to persuasion: An overview of 15 selected persuasion theories, models and frameworks. Patient education and counseling, 74(3), 309-317.

Cialdini, R. B. (2001). Harnessing the science of persuasion. Harvard business review, 79(9), 72-81.

Howard, P. N., Kollanyi, B., & Woolley, S. (2016). Bots and Automation over Twitter during the US Election. Computational Propaganda Project: Working Paper Series.

Kosmajac, D., & Keselj, V. (2020, September). Twitter user profiling: bot and gender identification. In International Conference of the Cross-Language Evaluation Forum for European Languages (pp. 141-153). Springer, Cham.

Valencia, A., Adorno, H. G., Rhodes, C., Pineda, G. F., Cappellato, L., Ferro, N., ... & Müller, H. (2019, September). Bots and gender identification based on stylometry of tweet minimal structure and n-grams model. In CLEF.

Private und staatliche Verantwortlichkeit in der Bekämpfung des digitalen Vigilantismus im Cyberspace

Prof. Dr. Miroslav Mares (Masaryk University Brno)

Abstract:

Die gegenwärtige Entwicklung der Digitalisierung stellt neue Herausforderungen auch für das Phänomen des Vigilantismus und seiner Bekämpfung dar. Im einfachsten Sinne bezeichnet Vigilantismus, dass eine subjektiv wahrgenommene „Gerechtigkeit" in die eigene Hand genommen wird – und zwar von gesellschaftlichen Akteuren, die dazu keine staatliche Autorisierung haben. In der "physischen Welt" kann man verschiede Heimatschutzverbände, Patrouillen bis hin zu terroristischen Todesschwadronen identifizieren. Die Vielfalt des Vigilantismus im Cyberspace ist noch größer. Wir können die strategische Nutzung von Fotografien aus der physischen Welt sehen – online Propaganda im Bereich des „Outing" (auch „Internetpranger" genannt). Zur Schau gestellt werden Kriminelle, politische Gegner (oft aus dem radikalen bis extremistischen Spektrum) oder diejenigen, die aus der Sicht der Vigilanten als „Anomalie" gesehen werden – etwa Menschen aus dem LGBTQ, die insbesondere in Ostmitteleuropa Verfolgung ausgesetzt sind (wie z. B. die russischen Gruppen Pila oder Occupy Pedophíia). Die homophob motivierte Verfolgung von LBTQ Personen im Netz via Internetpranger geschieht z.B. in Polen oft mit dem Hinweis auf „antichristliche Werte". Doch man kann auch andere Arten des digitalen Vigilantismus finden. Zum Beispiel Eingriffe in digitale dschihadistische Infrastrukturen bis hin zur Zerstörung oder direkte Cyber-Angriffe auf islamistischen Webseiten, wobei auch islamische digitale Infrastruktur gestört/zerstört wird. Die Vigilantisten glauben, ihre Handlungen dienen dem „guten Zweck" und sie würden zur Bekämpfung „realer Gefahren" beitragen, doch durch die ausgeübte Selbstjustiz sind sie selbst eine Gefahr für die Gesellschaft, den Staat und die Werte der internationalen Gemeinschaft. Deshalb ist die Bekämpfung des destruktiven digitalen Vigilantismus wichtig. Für das Phänomen des Vigilantismus gilt, ähnlich wie in den anderen Bereichen abweichenden Verhaltens im Internet (wie Hate-Speech, Kinderpornographie, Gamecrime, Sextorting, illegale Geschäfte usw.), dass die neu aufgekommene Plattformwirtschaft die Frage nach der Verantwortlichkeit neu stellt. Die Grenzen zwischen der Verantwortung privater Unternehmer (die die „digitale Umwelt" stellen) einerseits und staatlichen Akteuren (die selbst nur Anwender sind und nicht Anbieter digitaler Umwelt) ist bisher unklar gewesen und es beginnt gerade ein politischer Aushandlungsprozess. Die Kriterien für die Abgrenzung dieser Verantwortlichkeit, die gerade verhandelt werden, sind wertgebunden. Daneben braucht es einen politikwissenschaftlichen Merkmalskatalog, der ein Instrument zur wissenschaftlichen Begleitung und Bewertung der Aushandlungsprozesse werden kann.

Rechtliche Rahmenbedingungen des digitalen Raums

Lennard Lehmann (Freidrich-Schiller-Universität Jena)

Abstract:

Durch die Digitalisierung haben sich neue Möglichkeiten der Kommunikation, Vernetzung und Politisierung eröffnet, denen das Rechtssystem begegnen muss. Es haben sich nicht nur neue Freiheitsräume entwickelt, sondern gleichzeitig Mechanismen der Kontrolle, Beeinflussung und Überwachung, die die Politik und Gesellschaft berühren (grundlegend Schliesky, NVwZ 2019, 693 (694 ff.)). Die Aufgabe des Staates ist es, diese digitalen Räume zu formen und in einen Rechtsrahmen einzubinden, der es dem Einzelnen ermöglicht, größtmögliche Freiheiten zu genießen und andererseits vor Übergriffen von anderen staatlichen wie privaten Akteuren geschützt ist (so auch Papier, NJW 2017, 3025 (3026)). Gefordert ist nicht nur parlamentarische Gesetzgeber, der diesen Rechtsrahmen zu setzen hat, sondern auch die Wissenschaft bei der Erforschung vorgenannter Problemfelder.

Aus diesem Spannungsfeld soll insbesondere erörtert werden, welche rechtlichen Rahmenbedingungen schon jetzt nach geltendem Recht für den digitalen Raum bestehen und welche Bedrohungen für Freiheitsräume mit der zunehmenden Digitalisierung und Übertragung von (Hoheits-)Rechten einhergehen. Hierbei werden grundsätzliche Fragen der Überwachung Einzelner, dem Recht auf Anonymität (hierzu die BVerfGE „Recht auf Vergessenwerden I, II“, NJW 2020, 300 und 314) sowie der Einsatz von Künstlicher Intelligenz und von Algorithmen zur Auswertung von Datenbanken (zum Einsatz im Rahmen von Wahlkämpfen Klaas, MMR 2019, 84 (89 ff.) in den Blick genommen. Fraglich ist, ob diese zu einem Ausverkauf an staatlichen Garantien oder gar zu einem erstarken von staatlicher Hoheitsgewalt führen.

Aus der Identifikation vorhandener Rechtsunsicherheiten lassen sich daraufhin Handlungsoptionen für die Politik und für einen Rechtsrahmen de lege ferenda ableiten, der angemessen und flexibel auf zukünftige Herausforderungen angewendet werden kann, ohne staatliche Strukturen zu untergraben oder überhand nehmen zu lassen.

Technopolitik – drei Strategien im Umgang mit der Digitalisierung

Dr. Astrid Bötticher (Friedrich-Schiller-Universität Jena)

Abstract:

Die technopolitische Konkurrenz zwischen den USA und China ist eine wichtige Tendenz innerhalb der strategischen Rivalität der beiden Länder, die zum Leitparadigma internationaler Beziehungen avanciert ist. Technopolitik als strategisches Mittel des Machterwerbs und Machterhalts zwischen den Systemkonkurrenten beinhaltet in seiner Dynamik auch einen Verweis auf den Begriff der Macht, der sich insbesondere gut herausarbeiten lässt, wenn man einen dritten Akteur, die EU und ihre technopolitische Ausrichtung, betrachtet. Der Begriff der Macht, ist durch eine netzwerkartige Struktur gekennzeichnet, die sich einerseits an Entterritorialisierung und andererseits an der Umweltbedingung der Vernetzung neu festmachen lässt. Insbesondere die Plattform-Ökonomie (vom e-Commerce über bspw. Social Networks) ist ein Beispiel für die durch die Digitalisierung ausgelöste Dynamik, denn mit dem Aufkommen der Plattformanbieter haben sich neue Formen der Vernetzung ergeben, die Auswirkungen auf Handel und Politik haben, die sich kaum territorial eingrenzen lassen. Die Plattformanbieter wurden auf Seiten der Länder mit freiem Wettbewerb binnenwirtschaftlich politisch zögerlich regulierend begleitet und ihre marktbeherrschende Stellung und politische Bedeutung erst spät erfasst, während im binnenwirtschaftlich regulierten chinesischen Markt eine politisch umfassende Cyber-Strategie entwickelt wurde, die die marktbeherrschende Stellung als Teil politischer Regulierung begreift. Die inwärtige Regulierung der Plattformen und die zeitgleiche technopolisch-rivalisierende Strategieausrichtung im Bereich des internationalen Handels wird mit Verweis auf die EU und ihrer Strategie der Diversifikation von Digitalanbietern im Binnenmarkt deutlich. Die Formen der Regulierung des plattformbasierten Digitalmarktes sind nur ein vergleichender Aspekt im wertegeleiteten Umgang der technopolitischen Konkurrenten mit der Digitalisierung. Dieser Aspekt aber ist ein zentraler

Gesichtspunkt für die Analyse der Auswirkungen der Digitalisierung und den politischen Strategien, die sich hier finden.

DoE06 | Ethische Herausforderungen der ethnographischen Forschung

Organisiert von / Organized by: Samantha Ruppel (HSFK), Dr. Julia Leser (HU Berlin)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Themengruppe „Ethnografische Methoden in der Politikwissenschaft“

Chair: Samantha Ruppel (Goethe Universität Frankfurt und Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung)

Discussant: Dr. Julia Leser (HU Berlin)

Abstract:

In der politikwissenschaftlichen Forschung erfordern Forschungsvorhaben eine gründliche ethische Reflexion, insbesondere bei Themen, die sich mit politischen Unsicherheiten befassen, oder bei Forschungen, die in autokratischen oder konfliktreichen Kontexten stattfinden. Bei forschungsethischen Fragen sind Forschende oftmals auf sich allein gestellt, da die wenigsten Universitäten oder Forschungseinrichtungen Ethik-Kodizes oder Ethikkommissionen institutionalisiert haben – im Gegensatz zu anglophonen Forschungsinstitutionen. Gleichzeitig stellt sich die Frage, wie hilfreich diese beiden Instrumente in der praktischen Anwendung tatsächlich wären oder sind, welche Bedeutung bestehenden Ethikkommissionen oder Kodizes zukommt, beispielsweise der Ethik-Kodex der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW), und ob Kritik an bestehenden Ethikkommissionen gerechtfertigt ist – zum Beispiel, dass diese zu stark in Forschungsvorhaben eingreifen. Diese Fragen wird das Panel in den Blick nehmen und mit Fokus auf ethnographische Forschung diskutieren, denn gerade bei ethnographischen Forschungen werden ethische Fragen nochmals relevanter, da hier eng mit Menschen zusammengearbeitet wird.

Die einzelnen Beiträge des Panels können dabei auf eigene Herausforderungen in der Forschung eingehen und durch empirische Beispiele aufzeigen, wo Probleme liegen und wie diese in der Praxis gelöst wurden. Daraus können Implikationen für Ethik-Kodizes und Ethikkommissionen abgeleitet werden. Zudem können Fragen der Anpassung, Flexibilisierung und Lokalisierung von Ethik-Kodizes und Ethikkommissionen diskutiert werden. Darüber hinaus spielt die Frage eine Rolle, ob der Ethik-Kodex der DVWP auch in ethnographischen Forschungsvorhaben Anwendung finden kann oder ob dieser in bestimmten Bereichen einer Anpassung bedarf.

Beiträge / Contributions:

Feldforschung in der Konflikt- und Fluchtforschung ethisch verantwortlicher begleiten. Flexible Ethikgremien als mögliche Institutionalisierung

Prof. Dr. Timothy Williams (Universität der Bundeswehr München), Prof. Dr. Ulrike Krause (Universität Osnabrück)

Abstract:

Wie kann ethisch verantwortliche Forschung in sozialwissenschaftlichen Bereichen wie der Konflikt- und der Fluchtforschung, die meist in schwierigen Kontexten stattfindet, durchgeführt werden? Mit dieser Ausgangsfrage setzen wir uns in dem Beitrag mit standardisierten Ethikkommissionen und -prüfungen auseinander und kontrastieren Argumente für und gegen die Institutionalisierung. Da sich Kritiken häufig auf zu starke Kontrolle solcher Kommissionen richten, Forschende aber den Austausch als relevant betrachten, schlagen wir die Einrichtung und Nutzung von flexiblen interdisziplinären Ethikgremien vor. Diese Gremien würden nicht die Prüfungen, sondern vielmehr den Austausch über forschungsethische Fragen in den Mittelpunkt rücken. Den Wert solcher flexiblen Ethikgremien eruieren wir mithilfe empirischer Beispiele zum Thema Sicherheit, konkret zu genderbasierter Gewalt und sexueller Orientierung von Forschenden und Teilnehmenden.

Negotiations in a transnational field and ethical dilemmas of ethnographic research

Sezer Idil Gogus (Peace Research Institute Frankfurt)

Abstract:

Ethnographic research especially puts emphasis on ethical considerations due to its nature of data collection processes, i.e. the close relationship between the researcher and the people; and participating in people's daily lives. Such interactions necessitate on-going attention and the researcher's reflexivity rather than perceiving ethical considerations as a procedural task (Roberts 2015). However, each ethnographic field is different; and the practice might vary based on the research topic, the researcher's identity, and/or belonging. Therefore, it might be challenging to follow ethical guidelines as a checklist fitting to each research project. Some researchers might confront various risks, security issues and crises in their research (e.g. Brett et al. 2020) and might have to negotiate their identity and positionality in the field (e.g. Verdery 2018). Such negotiations also consist of an assessment of the risks, and at the same time carrying out an ethical practice (e.g. Gallien 2020).

In my research, in a politically laden field among the Turkish community in Germany, I also experienced several negotiations based on my nationality, political belonging, and/or background. With the help of vignettes, I aim to highlight various puzzling moments and ethical dilemmas of ethnographic research, which can exemplify such negotiations in a (transnational) field. I will also show how a continuously ethical assessment throughout the research and self-reflexivity practice enables me to show where knowledge claims are coming from (Lichterman 2017); and how some limitations due to ethical concerns are also valuable parts of the research and in-depth analysis.

Ethikschablonen in der Forschungspraxis und kreative Lösungswege abseits von Ethikkomitees - Der Fall einer Feldforschung mit jordanischen Frauenorganisationen

Alena Sander (UCLouvain (Universität Louvain))

Abstract:

In den Sozialwissenschaften spielen Ethikkomitees eine zentrale Rolle, wenn es um das analysieren und evaluieren der ethisch-methodischen Vorgehensweise von Forschungsvorhaben geht. Eine solche Evaluation geschieht oft anhand von vorgefertigten Kriterien, welche zum Beispiel das Wahren der Anonymität von Forschungsteilnehmenden, das Recht auf Informationsfreiheit für die Beteiligten oder das Speichern persönlicher Daten beinhaltet.

Für Forschende stellen diese Komitees oft die letzte Hürde zur Verwirklichung einer Studie dar. Obwohl es gerade bei Feldforschungen mit Blick auf sensible Themen schwierig ist, ethische Ansätze zu verallgemeinern, ist das Ziel der Forschenden zunächst die Bewilligung des Projekts durch das Komitee. Ist das Projekt genehmigt, und die Feldforschung hat begonnen, sehen Forschende sich jedoch oft mit einer Realität konfrontiert, die nicht mehr länger in die Schablonen der Ethikkomitees passt.

Das vorliegende Paper wirft einen Blick auf die besonderen ethischen Herausforderungen, auf welche die Autorin im Rahmen ihrer Feldforschung zum Thema ‚Widerstand gegen internationale Entwicklungsdiskurse' mit Frauenorganisationen in Jordanien zwischen 2017 und 2021 gestoßen ist. Diese Herausforderungen haben jenseits der Schablonen des Ethikkomitees ihres Forschungsinstituts zu ungewöhnlichen Lösungen und zur Re-Interpretation allgemein gültiger Ethikstandards geführt, welche auch über die Forderungen der Verfechtenden von „lokalisierter" Ethik hinausgehen. Sie werden hier dargestellt und mit dem ursprünglichen Bericht für das Ethikkomitee verglichen. Dabei weist das Paper auf zwei Unzulänglichkeiten von Ethikkomitees hin: Erstens, dass Forschungsethik allgemein gültig und kontext-unabhängig definiert werden kann. Und zweitens, dass ethische Herausforderungen von allen Forschenden ähnlich empfunden werden, unabhängig von ihrer Positionierung im Feld und ihren persönlichen Erfahrungen.

DoE07 | Expert Governors under Pressure: International Organisations in Uncertain Times

Organisiert von / Organized by: Dr. Matthias Kranke (Universität Kassel), Prof. Dr. Andrea Schneiker (Zeppelin Universität)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Arbeitskreis „Soziologie der internationalen Beziehungen“

Chair: Prof. Dr. Lisbeth Zimmermann (Zeppelin Universität)

Discussant: Dr. Katja Freistein (Käte Hamburger Kolleg / Centre for Global Cooperation Research)

Abstract:

Given the limited capacity of states to respond to pressing transboundary challenges such as climate change, migration or pandemics, non-state actors are often considered complementary or even the leading global problem solvers of our age. The secretariats of many contemporary intergovernmental organisations (IGOs), as well as some highly specialized non-governmental organizations (NGOs) with access to decision-makers in states and IGOs, have gained a reputation for governing by expert knowledge. IR scholars commonly assume that the capacity to identify global problems and to solve them by formulating and implementing solutions is essential to the influence that both IGO secretariats and NGOs wield. Yet what happens when their expertise on transnational issues is challenged, as has increasingly been the case? With contestation of institutional pillars of the multilateral order coming from various corners, IGOs and NGOs have faced increasing pressure to prove their worth, as well as to secure the funding necessary for sustaining their activities. This panel therefore takes a closer look at the responses of IGOs and NGOs to uncertain times marked by dire prospects of run-away ecological catastrophes and increasing socioeconomic disparities. Seeking to explore the links between the organisational design, decision-making, and their perceived authority and legitimacy, contributions address the following and related questions: How do these organisations perceive uncertainty? What counter-strategies do they develop? What policies emerge from them? Who gets to decide about whose perceptions count, which strategies are feasible and which policies are suitable?

Beiträge / Contributions:

Amending or Suspending a Flawed Metric? ‘Beyond GDP’ in the EU and the OECD

Dr. Matthias Kranke (Universität Kassel), Svenja Quitsch (Universität Kassel)

Abstract:

Gross domestic product (GDP) has been equally criticised for what it measures and for what it does not measure. Yet its standing among transnational policy elites looked fairly unshakable until the 2000s, when the European Union (EU) and the Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) officially began to think ‘beyond GDP’. This initiative has spawned a plethora of EU- and especially OECD-led events to develop new welfare metrics that could amend or suspend GDP. In this paper, we ask what the legacy of the organisations’ ‘beyond GDP’ initiative has been: Have critics who want to displace GDP prevailed over those who prefer reforming it or integrating it into a ‘dashboard’ of welfare indicators? We seek to address this question by drawing on a combination of empirical data. An extensive network analysis of participants in over thirty global events (policy conferences and workshop) helps us to identify thematic patterns and relationships among a large number of actors. We follow up on the network analysis by interviewing central players on key ‘beyond GDP’ issues and complementing our insights with documentary evidence. Reporting first findings from the project, we contribute to debates about how international organisations redefine prevalent understandings of welfare, including the underlying measurement regimes that they have long proactively promoted.

Caught in the crossfire: WHO's challenged expert authority in global health crises

Prof. Dr. Christian Kreuder-Sonnen (Friedrich-Schiller-Universität Jena)

Abstract:

Never has WHO been more politicized than during the coronavirus crisis. Caught in a super-power struggle between China and the US, the organization became subject to fierce political controversy that hampered its ability to wield authority during the crisis. This paper argues that it is the increasing confluence of epistemic and political dimensions of authority in the framework for governing global health emergencies that drives WHO's increasing politicization. With the 2005 reform of the International Health Regulations (IHR), the WHO Secretariat was granted the authority to decide on the existence of Public Health Emergencies of International Concern (PHEIC) and to advise member states on how to respond. While devised as an impartial, expert-led process that focuses on scientific evidence, WHO's decisions both involve a certain amount of political discretion and create significant distributional consequences. In effect, WHO becomes a focal point for political demands, private interests, and responsibility attributions that are bound to taint the organization's independence. The paper traces these developments across the last major global health crises (H1N1, Ebola, Covid-19). To address the growing challenges, it concludes with a proposal to institutionally separate scientific assessment (Secretariat) and political decision-making (Executive Council) in the governance of global health emergencies.

Bringing Rules to Life

Dr. Nina Reiners (Universität Potsdam)

Abstract:

This project recognizes that International Organizations (IOs) and non-state actors are increasingly important for the development of international law. It focuses on the function of IOs to interpret treaties, a process through which rules are brought to life by its participants. Longtime neglected by Political Science in favor of treaty-making and monitoring, scholarship has recently begun to explore the strategic use of treaty interpretations by states that seek to influence how others interpret international legal obligations. A focus on the interpretative practices has also highlighted the agency of international legal institutions to generate change in international law. Treaty interpretation is often delegated to non-intergovernmental bodies, e.g. the UN human rights treaty bodies or the WTO appellate bodies, which are widely regarded as less politicized than intergovernmental governors. Yet, we know surprisingly little about the extent to which and how they consult with other actors. In this paper, I compare sites of legal practice in four different IOs and issue areas (e.g. human rights/UN TBs; trade/WTO dispute settlement and appellate bodies; health/WHO FCTC; labor/ILO OLA).

Deterrence, Protection or Acceptance? Competing forms of security expertise in the humanitarian sector

Prof. Dr. Andrea Schneiker (Zeppelin Universität)

Abstract:

Since almost two decades humanitarian actors are increasingly attacked when delivering aid to populations in need. These attacks not only threaten the humanitarians' operations, staff and assets, but also their identity, because during the Cold War humanitarians considered themselves sufficiently protected under international humanitarian law without actively dealing with their security. In response to the increased insecurity in the field, humanitarians have responded by developing a distinct body of security expertise, codified in security handbooks, transmitted through trainings and promoted by a new caste of security experts. Yet, given that security is not only a matter of money for humanitarian organizations, but also a matter of identity, at least two different sets of expertise compete with each other, incorporated by two different types of security experts: one approach to security that is based on a military understanding of security and one approach to security that is based on social engineering. The present paper discusses how these two bodies of expertise emerged, how the two different types

of security experts seek to promote their particular understanding of security respectively and the structuring effects thereof on humanitarian organizations.

DoE08 | Geld- und Fiskalpolitik im Wandel: Verliert Austeritätspolitik ihre gesellschaftliche Basis?

Organisiert von / Organized by: Prof. Dr. Christoph Scherrer (Universität Kassel), Prof. Dr. Joscha Wullweber (Universität Witten/Herdecke)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Sektion „Politische Ökonomie“

Chair: Prof. Dr. Christoph Scherrer (Universität Kassel), Prof. Dr. Joscha Wullweber (Universität Witten/Herdecke)

Abstract:

Seit der Finanzkrise ist geldpolitische Lockerung zur Norm geworden. Die wichtigsten Zentralbanken der Welt haben in signifikanter Weise die Kriterien für den Aufkauf von Schuldpapieren aufgeweicht. Entsprechend haben sich ihre Bilanzen stark erhöht. Die bereits in der globalen Finanzkrise 2007-2009 gezeigte Bereitschaft, die Staatsverschuldung drastisch zu steigern, ist seit der COVID-19 Pandemie noch ausgeprägter. Bereits zuvor hat die drastische Steuersenkung in den USA die dortige Staatsverschuldung massiv in die Höhe getrieben. Gerade in den USA und in Großbritannien wurde dieser Kurswechsel von Parteien betrieben, die sich zuvor für geldpolitische Zurückhaltung und fiskalische Austeritätspolitik eingesetzt haben. Dieser Wandel wirft Fragen auf, die das Panel diskutieren möchte:

- Welche gesellschaftlichen Gruppierungen und welche Expert*innengemeinden haben ihre geld- und fiskalpolitische Vorstellungen im letzten Jahrzehnt geändert?
- Welche Diskursfiguren unterstützen den Einstellungswandel?
- Inwiefern haben die konkreten Erfahrungen ausbleibender inflationäre Tendenzen trotz expansiver Geld- und Fiskalpolitik zum Sinneswandel beigetragen?
- In welchem Zusammenhang steht dieser geld- und fiskalpolitische Wandel zum Phänomen der Finanzialisierung?
- Inwiefern werden Geldtheorien aus dem heterodoxen, progressiven Lager von den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, die sich zuvor für Austeritätspolitik eingesetzt haben, aufgegriffen?
- Inwiefern ist dieser Wandel im Kontext des aufstrebenden nationalistischen, autoritären Populismus zu verstehen?

Beiträge / Contributions:

The austerity project and its crises. The Eurogroup’s role in restructuring the EMU during the euro crisis and covid-19.

Joscha Abels (Eberhard Karls Universität Tübingen)

Abstract:

For more than a decade the Eurogroup has been the centre of economic governance in the EMU. Despite its informality and sui generis character, the group’s competences have been extended enormously during the crisis, especially in the fields of fiscal surveillance, loan programmes, and institutional reform. This study uses data from expert interviews, leaked recordings and official documents to outline the Eurogroup’s role in the euro crisis and its institutional trajectory against the background of the pandemic. From a regulation theory perspective, it is argued that the EMU produces economic dependencies and imbalances between its members along the lines of a core-periphery dynamic. During the euro crisis, the Eurogroup was able to guarantee the EMU’s operability despite its contradiction by bringing about an adjustment of the southern members states, aiming at an imitation of the northern mercantilist model. For that purpose, it has initiated a project of austerity political restructuring for the eurozone, which was intensified and more interventionistic in the programme countries. In the covid-19 crisis, the Eurogroup has taken a back seat so far. Economic repercussions of the pandemic are just unfolding, however there are indications that crisis management may shift again once the immediate pandemic is over. This paper discusses two basic scenarios: One consists of a

continuation of fiscal integration, as exemplified by the 2020 Recovery Fund; the other, given high public debt levels, of a return to a strict consolidation agenda, which could entail a comeback of the Eurogroup.

A Class-Based Analysis of Fiscal and Monetary Policy

Prof. Dr. Christoph Scherrer (Universität Kassel), Nora Horn(Universität Kassel)

Abstract:

Since the financial crisis, monetary easing has become the norm. The world's major central banks have significantly softened the criteria for debt purchases. Accordingly, their balance sheets have inflated. The willingness to drastically increase government debt, already shown during the financial crisis, is now even more pronounced in the pandemic. Even before that, the drastic tax cuts in the USA had massively increased government debt there. In the U.S. and the U.K. in particular, this change of course was driven by parties that had previously advocated monetary restraint and fiscal austerity. How can this reversal of positions be explained?

My answer will be based on the distributional effects of fiscal spending, government debt and loose monetary policy. Fiscal spending has direct and indirect distributional effects. The direct effect is who is the recipient of government spending and the indirect effect is the impact of spending on inflation. If government spending lowers taxes for the rich or increases subsidies for businesses, then it will be supported by business and its political representatives. If it leads to higher inflation, it depends on the type of inflation. There are two different types of inflation, consumer inflation and asset price inflation. Their effects on money holders are different. While consumer price inflation reduces the value of money relative to goods, asset price inflation benefits those who already own assets and/or have access to cheap financing that allows them to buy assets on credit. Loose monetary policy is also judged by what kind of inflation it drives. Therefore, I hypothesize that the business community will generally support government spending, government debt, and accommodative monetary policy if its members are the main beneficiaries and inflation is mainly confined to assets. If one or both conditions are not met, resistance is to be expected from at least large parts of the business community.

This interpretation does not exclude other factors, in particular deeply rooted systems of meaning-making on issues of fiscal and monetary policy. Therefore, the paper will examine the plausibility of this hypothesis using the example of U.S. and German macroeconomic policy since the presidency of Ronald Reagan. Given the postwar tradition of widespread fear of inflation and the recent political mobilization against the European Central Bank's low interest rate policy, the German case may contradict the hypothesis and support a cultural political economy perspective that emphasizes a deep-seated concern about inflation independent of its likelihood.

A Paradigm Shift from Monetary to Fiscal Policy: The Short Honeymoon of Modern Monetary Theory

Prof. Dr. Brigitte Young (WWU-Münster)

Abstract:

The Corona-crisis has come to symbolize the hour of Modern Monetary Theory. In her book, The Deficit Myth, Stephanie Kelton, argues that the concerns about public debt overhang will not curtail public spending and increase taxes as conventional economists have warned against high debt-to-GDP ratios. MMT main message is that in principle there are no financing restrictions for large countries with their own currencies.

Even prior to the Corona-crisis, a German paradigm shift was jointly announced by the Keynesian IMK and the more neo-classical IW Cologne for a €450 billion public Investment Agenda for the next 10 years. In response to the Covid-crisis, the EU Commission acted swiftly on a fiscal European Recovery Fund (The Next Generation EU) to raise €750 billion of debt on capital markets, and the ECB announced a €750 billion asset purchasing program. Finally, with the election of Joe Biden as president of the United States in 2021, the US Congress passed a $1.9 trillion Covid stimulus bill.

The intent of the paper is to analyze whether the negative experience of fiscal consolidation in the last decade relying on monetary policy of central banks has been replaced, due to the fiscal shortcomings

apparent during the Corona crisis, by a paradigm shift to fiscal policy? This shift would mean that the fixation on the deficit and the ratio of public debt should be replaced with a focus on long-term balance sheets, maturity of debt, focusing on costs of borrowing, and on costs versus returns on investment.

DoE09 | Humour as a strategy of political legitimation

Organisiert von / Organized by: Prof. Dr. Alexander Spencer (Otto-von-Guericke Universität Magdeburg), Daniel Beck (Otto-von-Guericke Universität Magdeburg)

Chair: Daniel Beck (Otto-von-Guericke Universität Magdeburg),

Discussant: Prof. Dr. Alexander Spencer (Otto-von-Guericke Universität)

Abstract:

Politics is not a laughing matter as increasing uncertainty and autocratization in the world are not very funny. Similarly, political science tends to focus on either rather serious issues such as violent conflict, repression, and authoritarian regimes or seemingly rather dry topics such as voting procedures, regulation and bureaucratic politics. More recently however political science has discovered the funny side of politics as topic worthy of scientific attention. This panel wishes to contribute to this increased interest by bringing together papers which examine the role and function of humour in politics and might consider the following questions:

- Does political humour decrease or increase uncertainty? How does humour work in times of crisis?
- What does humour do in times of uncertainty and autocratization and how does it function in debates on political choice?
- How is humour a danger to autocratic regimes?
- How can humour be used as a form of critique or resistance against powerful and autocratic actors in politics?
- How is humour used by the powerful as a form of defence/insulation against criticism?
- How does humour contribute to uncertainty and the (de-)legitimation of politics?
- How can humour be applied as a style of politics or as a form of institutional communication?
- How can political humour be investigated from an aesthetic perspective?

Beiträge / Contributions:

"The madder Hulk gets, the stronger Hulk gets" - Humour and Popular Culture in Populist Communication

Daniel Beck (Otto-von-Guericke Universität Magdeburg)

Abstract:

Despite the increasing research on populism, humorous political messages are not yet part of populism research. However, populist parties and politicians increasingly work with funny connections to films, memes and entertainment in general. This is an untraditional way of political communication, which to understand enables us to comprehend populists´ appeal and strategy. Therefore, this paper examines humorous intertextual elements from Popular Culture in political communication.

Overall, the potential of political humour for the persuasiveness of populist communication as well as the risks involved will be focused upon. Therefore, the Discourse Historical Approach (DHA) is applied to humorous messages of populist actors and to its recontextualizations in different media genres in order to uncover discursive strategies.

One example is the British PM Boris Johnson comparing himself in the Brexit negotiations with Marvel´s Hulk, a joke that echoed through the news media. These fictionalization of politics by populists goes hand in hand with their use of social media where humorous content is particularly successful. Humour can further interrupt the critical processing of arguments by the audience and presents oneself close to the people. It can be a tool to take away the harshness of bad news, to hide the serious content and to bring media attention to specific details while distracting attention from others. Finally, humour might insulate against criticism by calling it "just a bit of fun". At the same time humour´s ambiguity brings with it the danger of misinterpretation by those who take jokes too seriously.

Democratic humour – autocratic humour: the political effects of satire and comedy

Dr. Hans-Ludwig Buchholz

Abstract:

Humorous literature supports democracy (Dürrenmatt, Elton) and attacks it (Lewis, Johst). In my paper, I ask what exactly distinguishes cases in which humour functions as a democratic tool from cases in which it works against democracy. To answer this question, I utilise theories of literary criticism for political theory. This provides a systematic account of humorous language's positive and negative effects on democracy.

The fundamental distinction between the two humorous narrative archetypes, comedy and satire (Frye), describes two ways of using humour. Comedy portrays a hero's potentially tragic fight against the enemy, which the hero wins in a plot twist. It creates moments of identification with the hero and idealises the movement towards his/her preferred social system. Satire (or irony) parodies other archetypes, usually romance. It uses humour to attack whatever it parodies.

Comedy and satire reveal two ways in which humour affects readers and influences the political discourse: In comedy, humour supports one position and ridicules another. It can serve as democratic argument or anti-democratic propaganda, depending on whether the author supports or fights democratic values. Satire, in contrast, forces the reader to step back and laugh at whatever is portrayed. With this, it provides a tool for independent critical thinking, which can always be used democratically (questioning democracy is still democratic if it does not actively argue against democracy). So, satire can always be used as a democratic tool, while comedy's effects are much more ambiguous. I plan to apply this conclusion to humour in political speeches etc.

Humour, political support and the (de-)legitimation in political regimes

Prof. Dr. Detlef Sack (Fakultät für Soziologie, Universität Bielefeld)

Abstract:

The paper examines the role of humour for the (de-)legitimation of politics. It starts from the premise that humour is not per se critical. Instead it needs to be taken into account that cynical and derogatory kinds of humour are on the agenda. Examples are the US-American Ku Klux Klan's website with racist jokes, the sarcastically mocking on a disabled journalist by the former US-president, or the ongoing debate on the Mohammed caricatures. Humour is not per se an innocent and emancipative critique of domination.

Against this backdrop, the paper aims to develop a conceptual framework for understanding the role of humour for the (de-)legitimation of politics. The concept, first, elaborate on different kinds of humour (e.g. irony to dirty jokes), which are prone to different attitudes on a continuum between emancipative political values and cultural dominance. In order to come to grips with the role of humour and the (de-)legitimation of politics, the concept of diffuse and political support by D. Easton (1965; 1975) will be used. Its added value is twofold. Different kinds of humour can be discussed on a continuum between the poles of diffuse feelings on politics and its rational evaluation. In addition, Eastons distinction of political community, regime and authorities is good starting point for elaborating on the objects of (de-)legitimation.

In a next step the conceptual framework will be assessed against the different conditions of humour in democratic and autocratic political regimes.

The aim of the paper is to disaggregate and differentiate the concept of political humor and thus contribute to the debate under which conditions humor has a (de)legitimating character. The examples for plausibility are taken from the Anglo-Saxon, German and French context. Sexist and racist jokes are not cited.

DoE10 | International perspectives on expert knowledge in (times of) crisis

Organisiert von / Organized by: Dr. Vera Axyonova (Freie Universität Berlin), Prof. Dr. Sophie Lecheler (University of Vienna)

Chair: Dr. Vera Axyonova (Freie Universität Berlin), Prof. Dr. Sophie Lecheler (University of Vienna)

Discussant: Prof. Dr. Sophie Lecheler (University of Vienna)

Abstract:

Much of what we learn through the media and other sources about politics, economics, environmental and health issues originates in specialized expert knowledge. This becomes most apparent in times of crises, which – regardless of their nature – serve as catalyzers of the power of expertise in shaping public opinion and public policies. The ongoing pandemic has demonstrated it most vividly. Yet, it has also shown that expert knowledge may be questioned, challenged and distrusted, resulting in a 'crisis of expertise'. Public receptiveness of expert knowledge largely depends on the contents, sources and communication channels of the expertise as well as political and institutional contexts in which the knowledge is produced and spread. This panel brings together an international group of scholars, exploring various aspects of expert knowledge production and communication in (times of) crisis across a range of political and institutional settings. The panelists conceptualize the relationship of knowledge and power in policymaking processes, test effects of politicians' disinformation accusations on public perceptions of authoritative sources, examine impacts of the crisis of liberal democracy on the work of think tanks as producers of expert knowledge, and analyze the interplay between think tank expertise, media discourses and policymaking in times of the pandemic in authoritarian and hybrid political regimes. The panel thus aims to advance our understanding of the interaction effects between expert knowledge and politics as well as public trust in expertise in the context of crises. It further seeks to explore possibilities for continuing the discussion and future collaboration among scholars interested in the issue.

Beiträge / Contributions:

The normativity of knowledge and the role of expertise in times of crisis

Dr. Eva Krick (University of Oslo)

Abstract:

The paper deals with the genuine normativity of knowledge, understood as a concept that signifies validity and allows orientation in the world, and it zooms in on the knowledge claims of experts. It discusses a range of epistemic proxies for truth that (expert) knowledge in the policy context can build on (reliability, usability, closure etc.), as well as genuinely political concerns in the relationship of knowledge and politics (legitimacy, power, collective decision-making etc.). Against this background, the special role of reliable (expert) knowledge in times of crisis is looked at, linking up to current debates about 'post-truth' and populist elite skepticism as well as executive policy-making and the role of experts during the Corona pandemic.

A Crisis of Trust for Authoritative Information Sources: The Effects of Politicians' Disinformation Accusations on Perceptions of Science and Media

Dr. Jana Laura Egelhofer (University of Vienna)

Abstract:

The current political communication environment is characterized by a post-factual relativism, which manifests itself in an increase of disinformation and conspiracy theories, on the one hand, and a development in which knowledge is increasingly discredited as mere opinion, on the other hand. In this climate, elected politicians recurrently discredit authoritative sources of information – mainly science and news media. More specifically, politicians frequently accuse media and science of deliberately spreading disinformation, often labeling these sources as "fake". Especially populist politicians use these

disinformation attributions against authoritative information sources, which – in their view – are part of the "evil elite". While this type of discourse is concerning, thus far, there is only limited empirical evidence of the consequences of such accusations. To fill these gaps, this online survey experiment tests how the use of two distinct disinformation attributions, i.e., "fake news" and "fake science", by a politician affects citizens' perceptions of media, science and the information provided by these. Furthermore, it is analyzed to what extent these effects are moderated by populist attitudes and a conspiracist mentality. Lastly, this study investigates whether there are spillover effects of disinformation attributions. That is, whether discrediting one authoritative information source (e.g., the media) has also consequences for perceptions of the other authoritative information source (e.g., science). By setting this study in Austria, we expand our knowledge of politicians' attacks on sources of established information beyond the U.S. context.

Coming out of the liberal closet. Reflexivity among think tanks as an unexpected effect of de-democratization

Dr. Katarzyna Jezierska (University West, Sweden)

Abstract:

Previous research has shown that think tanks, i.e., organizations producing social analysis in order to influence decision-making and public opinion, carefully manufacture an apolitical image (Jezierska & Sörbom 2020). In liberal democracies, especially think tanks positioned in the middle of the political spectrum take on the political invisibility cloak. This no longer is the case when liberal democracy breaks down. The article focuses on the case of Polish think tanks after 2015. How did the coming to power of a radical right-wing party questioning the liberal doxa, and openly pushing the country in an illiberal direction, impact on think tanks? The analysis of original interview material with think tank leaders reveals that many policy institutes felt obliged to come out of their comfort zone and openly declare their ideological standing. They also redesigned their tasks and, to some extent, their missions. Aside traditional expert knowledge production and advocacy, roles typical for these types of institutions, think tanks are engaging in activism such as signing of petitions against the government, protesting in the streets for the rule of law and protection of minority rights. While the previous apolitical image of think tanks was problematic, in the sense that it contributed to reinforcement and further concealment of the liberal consensus (Jezierska 2018), the crisis of liberal democracy has led to enhanced reflexivity among think tanks who have to reinvent themselves.

Expert knowledge beyond democracies: Think tanks, media and politics in times of the Covid-19 pandemic

Dr. Vera Axyonova (Freie Universität Berlin)

Abstract:

It is widely acknowledged that experts may have a powerful impact on public opinion and policymaking. Hence, there have been numerous scholarly attempts to analyze the policy influence of expert groups in different institutional environments. However, these analyses have mainly focused on Western democratic societies. In the context of authoritarian and hybrid political regimes, expert knowledge production and its impact on policymaking remains largely unexplored. This paper sets out to narrow this gap by conceptualizing the interplay between expert knowledge, media and politics beyond consolidated democracies. More specifically, it provides and tests an analytical framework for examining how institutionalized expert groups, such as think tanks, shape political agendas in illiberal political contexts. The examination is conducted against the background of the current global crisis related to the spread of the Coronavirus. Drawing on examples from Russia, Ukraine and Kazakhstan, three post-Soviet countries with varying types of hybrid/non-democratic political regimes, the paper thus seeks to advance a new research agenda on the expert-media-policy nexus in times of crisis and conceptualizes the impact of expert knowledge on politics and society in non-democracies.

DoE11 | Internationale Organisationen im Vergleich

Organisiert von / Organized by: Prof. Dr. Thomas Sommerer (Universität Potsdam), Prof. Dr. Diana Panke (Universität Freiburg)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Sektion „Internationale Beziehungen“, Sektion „Vergleichende Politikwissenschaft“

Chair: Prof. Dr. Thomas Sommerer (Uni Potsdam), Prof. Dr. Diana Panke (Uni Freiburg)

Discussant: Prof. Dr. Thomas Sommerer (Uni Potsdam), Prof. Dr. Diana Panke (Universität Freiburg)

Abstract:

Während sich die Typologisierung und der Vergleich politischer Systeme im Hinblick auf Staaten schon früh fester Bestandteil der Politikwissenschaft etabliert hatte, wurden international Organisationen (IOs) lange primär in Einzelfallstudien analysiert. Angesichts der mehr als 400 IOs, die Staaten seit dem Ende des zweiten Weltkrieges geschaffen haben, ist erstaunlich, dass der systematische Vergleich von IOs erst unlängst Gegenstand politikwissenschaftlicher Beschäftigung wurde. Unterscheidungen zwischen regionalen und globalen IOs, zwischen Program- und operativen IOs, sowie zwischen aufgabenspezifischen und zweckübergreifenden IOs, wurden durch neuere Arbeiten zum institutionellen Design von IOs ergänzt. Dieses zeigen nicht nur, dass IOs unterschiedlich stark verrechtlicht sind, sich im Hinblick auf die Ausstattung mit eigener Autorität unterscheiden, transnationale Akteure unterschiedlich stark einbinden oder Deliberation zwischen staatlichen Akteuren unterschiedlich stark zu fördern suchen. Auch suchen diese neueren Arbeiten die beobachtete Varianz zu erklären und/oder diskutieren mögliche Implikationen etwa für die Effektivität und Legitimität von Regieren jenseits des Nationalstaats. Anknüpfend an diese und ähnliche Forschung möchte das Panel „Internationale Organisationen im Vergleich“ folgende Forschungsfragen untersuchen und lädt zur Einreichung entsprechender Papiere ein:

1) Wie unterscheiden sich IOs im Hinblick auf ihre Effektivität und wie lassen sich beobachtete Performanzunterschiede erklären?
2) Wie gehen IOs mit steigendem Reformdruck um und welche Strategien sind besonders aussichtsreich, um diesem zu begegnen?
3) Welche Formen der Abwicklung von defizitären IOs gibt es und warum unterscheiden sich IOs in dieser Hinsicht und welche Implikationen bringt dies für globales Regieren mit sich?

Beiträge / Contributions:

Discovering Cooperation: A Theory of Endogenous Institutional Change in International Organizations

Prof. Dr. Tobias Lenz (Leuphana University Lüneburg), Dr. Besir Ceka (Davidson College), Prof. Dr. Liesbet Hooghe (University of North Carolina at Chapel Hill), Prof. Dr. Gary Marks (University of North Carolina at Chapel Hill)

Abstract:

This paper develops an endogenous theory of institutional change in regional international organizations drawing on recent advances in the economic theory of contracting. Contractual incompleteness enhances organizational flexibility, but only at the cost of perceptual ambiguity. We hypothesize that the willingness to engage in highly incomplete contracting depends on shared understandings which reduce the cost of perceptual ambiguity, while enabling a discovery process that evolves over time. This endogenous dynamic driving institutional change operates as long as cooperation is isolated from domestic politicization. These claims are evaluated, and largely confirmed, using a new dataset on delegation of state authority to non-state actors in 43 regional international organizations from 1950 to 2019.

International Authority and Institutionalized Inequalities

Prof. Dr. Michael Zürn (WZB Berlin), Dr. Alexandros Tokhi (WZB Berlin)

Abstract:

In Hans Morgenthau's seminal definition sovereignty denotes "the supreme legal authority of the nation to give and enforce the law within a certain territory and, in consequence, independence from the authority of any other nation and equality with it under international law" (Morgenthau 1967, 305). Sovereignty thus consists of two constitutive elements: absence of authority above the state and equality between states. We aim to show in this paper that Morgenthau's notion of sovereignty is challenged on both counts: the rise of international authority and the undermining of formal equality of states. The emerging result may be described as "institutionalized inequality". We want to show this by establishing two claims. First, we argue that IOs with significant international authority have both delegated and pooled authority at the same time.

Second, international authority on important matters and involving policies with significant costs can be expected to lead to the undermining of formal equality among states, especially when the involved states vary strongly in terms of resources. In order to attract the participation of powerful states that hold the institutional purse-strings, states typically adopt IO decision-making rules with the "go-it-alone" potential of these states in mind. We should, thus, expect in these cases that the unequal nature of pooled authority will be institutionalized through weighted voting or other privileges for the most powerful states in the decision-making process (e.g. nomination of officials to the delegated authority). To the extent that these hypotheses obtain support, we argue that state inequality and institutionalized world order are not opposite poles.

Using a self-administered comprehensive database on the authority of IOs, we employ a variety of advanced statistical techniques to assess our hypotheses – and hence, the existence of "institutionalized inequality" – by isolating the effects of our key variables and avoiding endogeneity problems. Both the conceptual and methodological contributions have significant implications for our understanding of international institutions, including most importantly their (de)legitimation.

International Organizations as Blame Avoiders: WHO is Made Responsible in Global Health Crises?

Prof. Dr. Bernhard Zangl (LMU München), Tim Heinkelmann-Wild(LMU München)

Abstract:

How do international organizations (IOs) respond to their member states' blame attributions? Research often depicts IOs as ideal scapegoats for their member states as they lack the opportunities, willingness, and ability to react. We argue, by contrast, that IO representatives try to prevent 'their' IOs from taking the blame for failed policies in public. IOs are thus not passive blame takers, but active blame avoiders. In some cases, they are willing to ignore the attribution of blame by their member states, but in other cases they try to defend their criticised policies or even attack the member states. To explain this, we develop a theory of blame avoidance by IOs according to which the authority of an IO shapes the blame avoidance strategy its representatives adopt. Depending on whether the authority an IO exercises is intergovernmental, supranational, or hybrid, it will react to blame attributions from its member states through strategies of ignoring, blurring or attacking. We demonstrate the plausibility of our theory by assessing the World Health Organization's¬ public responsibility attributions for three criticized policies addressing SARS, H1N1, and COVID-19.

Shifting centers of gravity in global health - International organizations' positioning and its effects on IO identities, issues and the field of global health

Prof. Dr. Anna Holzscheiter (Technische Universität Dresden), Thurid Bahr (Freie Universität Berlin), Dr. Laura Pantzerhielm (Technische Universität Dresden), Dr. Martin Grandjean (Université de Lausanne)

Abstract:

This paper argues that IO-IO relations are constitutive of IOs' identities and positions in their surrounding organizational field and introduces the notion of 'IO positioning' as a conceptual lens for studying how IOs negotiate their position vis-à-vis their peers. We suggest that IO positioning is a form of boundary work and argue that it has constitutive effects in three areas. 1) Identities: IO positioning affects IO identities within the field, which organizations negotiate via their collaborative practice. 2) Relevant issues: IO positioning impacts what issues or problems are considered to belong to a field 3) Field contours: IO positioning shapes the contours of the field at large. Examining eight IOs in global health governance (GAVI, Global Fund, UNAIDS, UNDP, UNFPA, UNICEF, WHO, World Bank), we provide network analytical longitudinal data of in- and out-reporting by IOs derived from their annual reporting practices. These changing patterns of demonstrating cooperation with peers (by reporting on shared practices) illustrate IOs' changing and possibly diverging perceptions of their own and others' centrality and position in the field. Furthermore, using data derived from semi-structured interviews with IO professionals working for said IOs, we show how they enact positioning in their everyday practices through their cross-organizational negotiations over what is a "health" problem, who gets to "own" what problem, and what type of organization is considered competent to solve the problem. Health IOs therefore negotiate their positions in the field through a specific mix of demonstrating cooperation and demarcating their turf vis-à-vis peer organizations.

DoE12 | Krise Politischer Repräsentation? Einstellungen zu Parlamentarischer Repräsentation (II)

Organisiert von / Organized by: Prof. Dr. Stefanie Bailer (Universität Basel), Prof. Dr. Thomas Zittel (Goethe-Universität Frankfurt)

Chair: Prof. Dr. Stefanie Bailer (Universität Basel),

Discussant: Dr. Christian Stecker (TU Darmstadt)

Abstract:

Die Einstellungen der Bürger hinsichtlich der politischen Ordnung, in der sie leben, ist zentral für deren Funktionsfähigkeit. Die aktuelle öffentliche Debatte zeichnet an diesem Punkt ein dystopisches Bild zum Zustand der Repräsentativen Demokratie, das durch enttäuschte Erwartungen, Mißtrauen, und zunehmende affektive Distanz gekennzeichnet ist. Dieses Panel zielt auf eine differenzierte Bestandaufnahme der subjektiven Wahrnehmungen der Bürgerinnen und Bürger zur Repräsentativerfassung. Es ist offen für Papiere, die sich aus empirischer Sicht mit der Frage beschäftigen, welche Elemente der Repräsentativen Demokratie wie von den Wählerinnen und Wählern bewertet werden, und durch welche Faktoren und Motivationen diese Einstellungen zu Parlamentarischer Repräsentation erklärt sind. Willkommen sind entsprechende Analyse zu den strukturellen, den personellen, und den handlungsbezogenen Grundlagen Parlamentarischer Repräsentation. Dies kann z.B. Analysen zur Beurteilung von Karrierepolitikern umfassen, zur Wahrnehmung von Parteigeschlossenheit bzw. parlamentarischen Parteien, oder zu Koalitionsbildungsprozessen oder Wahlsystemen. Von Interesse sind sowohl international vergleichende Analysen wie auch Analysen im Längsschnitt oder theoriegeleitete Fallstudien.

Beiträge / Contributions:

Increasing establishment of radical right parties and its implications for political support

Sven Hillen (Johannes Gutenberg-Universität Mainz), Holger Reinermann (Johannes Gutenberg-Universität Mainz)

Abstract:

A notable amount of research on satisfaction with democracy agrees that citizens are less supportive of the political system, its institutions, and authorities if no political party takes positions that are congruent with their own. This research focus may give rise to the assumption that, where a political party were to form that accommodates these preferences, this disapproval would dissipate. However, this is only true if citizens value representation in itself, i.e., if they judge political supply by its expressive value. While this debate is not yet settled, recent studies suggest that it might not be enough to just have your policy preferences represented in the party system. The argument made here is that citizens primarily regard the instrumental value of choice: only if their preferred parties have a realistic chance of entering government will they be satisfied with politics. Government participation, however, may still leave them discontented if they perceive their party of choice to have changed its position and/or communication style in the process.

In this paper, we add to the knowledge about the effect of preference accommodation on satisfaction with politics by focusing on citizens with authoritarian policy preferences and radical right parties. We examine how these citizens' political support is affected by radical right parties' parliamentary representation on the one hand and their participation in government on the other. With this design, we contribute to three current debates in research on political representation: first and foremost, we revisit the debate on expressive and instrumental motives in citizens' evaluation of political choice; second, and more generally, we engage in the debate on political disenchantment and what chances there are to rein it in. Lastly, since many radical right parties can be regarded as populist parties as well, we shed some light on the implications of parties that base their strategy on anti-system appeals starting to partake in conventional political processes such as government formation.

Inklusive Demokratie: Repräsentationswünsche von Langzeitarbeitslosen

Jan Velimsky (LMU München (GSI), Lehrstuhl für Politische Systeme und Europäische Integration), Manuel Walter (Universität Stuttgart, Institut für Sozialwissenschaften, Politische Theorie und Empirische Demokratieforschung), Prof. Dr. AndréBächtiger (Universität Stuttgart, Institut für Sozialwissenschaften, Politische Theorie und Empirische Demokratieforschung)

Abstract:

Viele Bürgerinnen und Bürger sind unzufrieden mit dem Funktionieren der repräsentativen Demokratie in Deutschland. Normative Unterstützung für die Demokratie als Regierungsform ist weiterhin vorhanden, jedoch nimmt das Vertrauen in ihre zentralen (repräsentativen) Institutionen ab. Gerade diejenigen, die sich in prekären Lebenslagen befinden, fühlen sich immer weniger von Politik verstanden und vertreten. Doch gerade diese werden selten nach Ihrer Meinung gefragt. Mit dieser Gruppe befasst sich unser Paper. Neben einer umfangreichen Bewertung zum repräsentativen System testen wir auch Determinanten, die diese Bewertung beeinflussen. Anhand einer Online-Umfrage und Diskussionverstanstaltungen mit Langzeitarbeitslosen untersuchen wir deren Einstellungen zum demokratischen System und überprüfen die Stabilität dieser Einstellungen anhand von Conjoints sowie einer Vor- und Nachbefragung. Unsere Analysen zeigen, dass die Bewertung zu repräsentativer Demokratie vom Responsivitätsgefühl, Ausgrenzungserfahrungen sowie der „Outcome Fairness und Favourability" politischer Entscheidungsprozesse abhängt. Darüber hinaus lassen die Ergebnisse den Schluss zu, dass diese Bewertungen nach intensiver Deliberation stabil bleiben und sich teilweise sogar verbessern.

Repräsentation und subjektive Responsivität in der Migrations- und Integrationspolitik: Macht der Migrationsstatus einen Unterschied?

Prof. Dr. Andreas Blätte (Universität Duisburg-Essen), Prof. Dr. Susanne Pickel(Universität Duisburg-Essen)

Abstract:

Das Gelingen der repräsentativen Demokratie erfordert, dass politische Repräsentant*innen die Präferenzen der Bürger*innen hinreichend vertreten (Stecker/Tausendpfund 2016) und dass die Bürger*innen diese Vertretung auch als zufriedenstellend wahrnehmen (subjektive Responsivität; Pitkin 1967, Esaiasson et al. 2017, Pickel 2017, 2018). Die Politisierung der Zuwanderung im Zuge der sogenannten „Flüchtlingskrise" hat diesen Zusammenhang nicht nur kurzfristig auf die Probe gestellt (Blätte 2015, Blätte/Wüst 2017).

Die Annahme systematischer Diskrepanzen zwischen proklamierter Politik, vorherrschender Meinung in der Bevölkerung und tatsächlichen Ergebnissen der Migrationspolitik war schon vor „2015" als These von opinion-policy gaps (Freeman 1995) ein Klassiker der Forschung zur Migrationspolitik. Während diese These mittlerweile in international vergleichenden Studien gut ausgeleuchtet wurde, ist der Vergleich zwischen gesellschaftlichen Gruppen weit weniger entwickelt – insbesondere, wenn nach dem Migrationshintergrund von Bürger*innen differenziert Variationen der Kongruenz von Policy-Präferenzen sowie von Responsivitätswahrnehmungen untersucht werden. Doch wie gestalten sich eigentlich in der Migrations- und Integrationspolitik Repräsentation und Responsivität je nach Migrationshintergrund?

Das Gefühl subjektiver Responsivität, d.h. der Leitgedanke, dass eine Responsivität der Parteien und Politiker*innen vom Bürger wahrgenommen wird, lässt sich über die politischen Kulturforschung stringent entwickeln. Das Selbstbewusstsein der Bürger*innen bei der Involvierung in politische Prozesse generiert Vertrauen in politische Autoritäten und letztendlich politische Unterstützung (Easton 1975, Fuchs 1989, Pickel/Pickel 2016). Dies geht über eine bloße Art von Zufriedenheit mit der Arbeit der Amtsträger hinaus und macht Responsivität zur politisch folgenreichen Schlüsselkategorie. In diesem Sinne führen negative Bilanzen der (Selbst-)Wirksamkeit zu Involvierungs- und Parteien- bzw.

Politikerverdrossenheit der Bürger*innen (Brettschneider 2002; Pickel 2002). Das Vertrauen in die entsprechende Institution sinkt mit dem Responsivitätsempfinden.

Unser Papier untersucht dementsprechend, inwiefern die Positionen und Themenaufmerksamkeit der Parteien mit Blick auf Integration und Migration die vielfältigen Präferenzen der Bevölkerung abbilden und welche Konsequenzen aus möglichen Repräsentationslücken und subjektiv wahrgenommener mangelhafter Responsivität der Politiker:innen und Parteien für die Unterstützung der Demokratie resultieren. Der Migrationsstatus von Befragten ist ein zentraler Fokus dieser Untersuchung.

Zur Beantwortung unserer Forschungsfrage können wir uns auf aktuelle Umfragedaten (MigRep-Bevölkerungsbefragung, Erhebung im März/April 2021) zu Policy-Präferenzen, subjektiver Responsivität sowie deskriptiver und substanzieller Repräsentation der Bürger*innen stützen. Die Hälfte der Befragten dieser Umfrage hat einen Migrationshintergrund (Türkei/Italien/Post-sowjetischer Raum). Die Befragungsdaten kombinieren mit Textdaten, aus denen wir Policy-Präferenzen politische Akteure mit Verfahren der quantitativen Textanalyse gewinnen können (GermaParl-Plenarprotokollkorpus der Debatten im Deutschen Bundestag).

Wir erwarten, dass deskriptive und substanzielle Repräsentation auf dem Gebiet der Migrations- und Integrationspolitik das subjektive Responsivitätsgefühl und in der Folge die politische Unterstützung zentraler politischer Objekte der Demokratie – die faktische Anerkennung (Legitimität), die zentralen politischen Institutionen (Vertrauen in Parteien und Politiker, Parlament, Bundesverfassungsgericht, Bundesregierung und Medien) und die Leistungsfähigkeit (Zufriedenheit mit der Demokratie, der Bundesregierung und der wirtschaftlichen Lage) – signifikant beeinflussen: Je weniger die politische Repräsentation mit den Erwartungen der Bürger*innen übereinstimmt, je größer die opinion-policy-gap ausfällt und je negativer die Respo

Wandel für, mit oder durch uns? Die Bewertung der Repräsentation von Bürger:innen im Strukturwandelprozess des Rheinischen Braunkohlereviers

Cathérine Momberger (Lehrstuhl für Allgemeine Soziologie, Arbeit und Wirtschaft (Ruhr-Universität Bochum))

Abstract:

Bürger:innen im Rheinischen Revier erleben in den nächsten Jahren, wie sich der politisch beschlossene Braunkohleausstieg in ihrer Region auswirken wird. Sie mussten mit den Konsequenzen des Braunkohleabbaus und müssen nun mit den Folgen des Strukturwandels im Zuge des Braunkohleausstieges leben. Beides wurde und wird jeweils mit dem Interesse des Gemeinwohls begründet: einerseits mit einer sicheren Energieversorgung, andererseits mit einer nachhaltigen und klimafreundlichen Zukunft. Doch wie bewerten betroffene Bürger:innen diesen Transformationsprozess? Fühlen sie sich dabei politisch repräsentiert und werden ihre Belange gehört? Empfinden sie den Braunkohleausstieg als legitim und akzeptieren sie die Konsequenzen?

Gerade im Zuge der Energiewende wird zur Lösung des Repräsentationsdilemmas zwischen Entscheidenden und Betroffenen immer wieder mehr Beteiligung als Königsweg vorgeschlagen. Dies soll nicht nur die Legitimation der Projekte stärken, sondern auch für eine Demokratisierung des Transformationsprozesses sorgen. Doch die Forschung zeigt auch, dass mehr Bürger:innenbeteiligung nicht immer eine bessere Repräsentativität aller Interessen und aller Bürger:innen bedeutet.

Mithilfe einer quantitativen Befragung von Bewohner:innen im Rheinischen Revier sollen diese Themen untersucht und unter Berücksichtigung der sozialstrukturellen Merkmale, der soziokulturellen Werte und des Demokratieverständnisses der Bürger:innen betrachtet werden. Dabei wird auch in den Blick genommen, wen die Bürger:innen in der Verantwortung für einen gelungenen Strukturwandel sehen und ob sie die politischen Akteur:innen als geeignete Vertreter:innen ihrer Interessen wahrnehmen. In dem Vortrag sollen erste Ergebnisse aus dieser Untersuchung vorgestellt werden. Damit soll ein Beitrag dazu geleistet werden, zu verstehen, wie Bürger:innen einen sie betreffenden, politisch gewollten Transformationsprozessen wahrnehmen, ob sie sich dabei repräsentiert fühlen und ob sie sich mehr Beteiligung wünschen.

DoE13 | Krisenbewältigung durch Politik, Verwaltung und Gesellschaft in Deutschland (II)

Organisiert von / Organized by: Prof. Dr. Steffen Eckhard (Universität Konstanz), Prof. Dr. Nathalie Behnke (Universität Darmstadt)

Chair: Prof. Dr. Nathalie Behnke (Universität Darmstadt), Prof. Dr. Steffen Eckhard (Universität Konstanz)

Discussant: Prof. Dr. Nathalie Behnke (Universität Darmstadt), Prof. Dr. Steffen Eckhard (Universität Konstanz)

Abstract:

Das frühe 21. Jahrhundert brachte eine Häufung an Krisen mit sich – Migrationsbewegungen, Umweltkatastrophen und Pandemien –, die staatliche Entscheider vor neue Herausforderungen der Krisenbewältigung stellen. Diese Krisen sind von einer erhöhten Interdependenz und Komplexität geprägt, da sie Grenzen zwischen Politikfeldern, administrativen Zuständigkeiten und Zeiträumen überschreiten (Ansell, Boin, & Keller, 2010). Dadurch wird auch die Krisenbewältigung zu einer umfassenden Herausforderung für die Funktionalität politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Systeme (Kuipers & Welsh, 2017; Rosenthal, Charles, & 't Hart, 1989). Papiere im Panel analysieren insbesondere mit Blick auf die deutsche Situation das Zusammenspiel von Verwaltungshandeln und Politik einerseits, und deren gesellschaftliche Konsequenzen andererseits. Dabei wird als Krisenkontext nicht ausschließlich die Covid-19 Pandemie betrachtet, sondern auch andere Krisen, wie Migrations- und Umweltkrisen einbezogen, um allgemeine Trends und Effekte besser erfassen zu können.

Beiträge / Contributions:

Herausforderungen durch die „Flüchtlingskrise" für das Verwaltungshandeln im deutschen Mehrebenensystem

Prof. Dr. Jörg Bogumil (Ruhr Universität Bochum), Prof. Dr. Sabine Kuhlmann (Universität Potsdam)

Abstract:

Der Beitrag beschäftigt sich mit der Krisenbewältigung von Bund, Ländern und Kommunen in der Folge der sogenannten „Flüchtlingskrise" im Herbst 2015. Trotz erheblicher Flexibilität und großer Improvisationskunst der Verwaltungen sind zahlreiche Vollzugs- und Koordinationsprobleme im Bereich der Migrations- und Integrationspolitik zu Tage getreten (vgl. Bogumil/Hafner/Kuhlmann 2016a, b; Bogumil/Hafner/Kastilan 2017). Es kam zu einer partiellen Überforderung des politisch-administrativen Systems u.a. im Hinblick auf Asylantragsverfahren, Verteilung und Unterbringung sowie nachfolgende Integrationsaufgaben. Eine wesentliche Ursache für die beobachteten Defizite liegt in zersplitterten, undurchsichtigen und teils dysfunktionalen Zuständigkeiten im Mehrebenensystem. Die gegebenen Kompetenzzuordnungen im Bundesstaat (Bund zuständig für Aufenthalts- und Niederlassungsrecht, Flüchtlings- und Vertriebenenangelegenheiten, Fürsorge und Sozialversicherung; Länder für Bildung, Wohnen, Kultur, Sicherheit und Ordnung) und das Prinzip des Verwaltungsföderalismus (Ausführung des Bundesrechts durch Länder und Kommunen) führten zu Schnittstellenproblemen, die die sektoren- und Ebenen übergreifende Koordination erschwerten und Defizite im Verwaltungsvollzug nach sich zogen. Hinzu kamen „hausgemachte" Organisationsengpässe, insbesondere im BAMF, Verfahrensprobleme etwa beim AZR sowie formale Regelungen, die die Besonderheit der spezifischen Zielgruppe und die Vollzugstauglichkeit nicht hinreichend berücksichtigten. Weitere Belastungen des Verwaltungshandelns ergaben sich durch eine Vielzahl unbestimmter Rechtsbegriffe und häufige Rechtsänderungen.

In dem Beitrag sollen die Reaktionen der unterschiedlichen Verwaltungsebenen (Bund, Länder, Kommunen) auf die Krise, ihre Versuche, die Schnittstellen- und Koordinationsprobleme zu bearbeiten, und mögliche Lernerfahrungen (Digitalisierung des AZR, kommunale Integrationsprogramme der Länder, Personalaustausch zwischen Behörden) aus der Krise näher untersucht werden (zu Optimierungsvorschlägen vgl. Bogumil/Burgi/Kuhlmann/Hafner/Heuberger/Krönke 2019). Angelehnt

an die Krisen- und Risikoforschung wird dem Zusammenhang zwischen akuter Krise (z.B. BAMF, Unterbringung in Turnhallen) und möglichen Langzeitfolgen nachgegangen. Gefragt wird danach, wie es um die Anpassungsfähigkeit der verschiedenen Verwaltungsebenen/-organisationen in Krisenzeiten bestellt ist, welche Verwaltungsverfahren dazu mehr oder weniger tauglich sind und wie grundlegende Steuerungs- und Koordinationsdilemmata verwaltungsföderaler Aufgabenorganisation in diesem Bereich bearbeitet werden können.

Krisenmanagement in der föderalen Arbeitsteilung – Variation und Dynamik der Corona-Verordnungen der Länder

Prof. Dr. Nathalie Behnke (TU Darmstadt), Dr. Christian Person (TU Darmstadt)

Abstract:

„Zentralchina meldet mysteriöse Lungenkrankheit“: Mit dieser unscheinbaren Meldung berichtete der Spiegel erstmals am 31.12.2019 über das Auftreten einer bis dato unbekannten Infektionskrankheit, Covid-19, in Asien. Diese durch ein neuartiges Corona-Virus (SARS-CoV-2) hervorgerufene Krankheit breitete sich innerhalb kürzester Zeit rund um den Globus aus und entwickelte sich zu einer globalen Pandemie. Im Zuge der Pandemiebekämpfung implementierten Regierungen weltweit umfangreiche Infektionsschutzmaßnahmen, die mit massiven, flächendeckenden Grundrechtseinschränkungen einhergingen wie sie bis dato in Friedenszeiten kaum vorstellbar waren.

Auch in Deutschland wurden im Namen des Gesundheitsschutzes zahlreiche und umfassende Maßnahmen erlassen, die sich erheblich auf das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben auswirkten. Insgesamt wurde jedoch deutlich weniger in Grundrechte eingegriffen als in anderen westeuropäischen Staaten (etwa Frankreich, Spanien, Italien). Zugleich variierten die Schutzmaßnahmen zwischen den deutschen Bundesländern in ihrer Intensität. Da der Infektionsschutz dem Kompetenzbereich der Bundesländer obliegt, lässt sich an diesem konkreten Beispiel untersuchen, ob der Föderalismus für den Verwaltungsvollzug im Pandemiemanagement vorteilhaft oder hinderlich war.

Angesichts der hohen Komplexität und Unsicherheit, die von dem unbekannten Virus ausgeht, stellt die Variation der möglichen Maßnahmen im föderalen Vollzug zunächst einen Vorteil dar, da der föderale Staat als lernendes System flexibel reagieren kann. Unter zunehmendem Problemdruck (steigende Infektions- und Todeszahlen) und bei im Zeitverlauf zunehmendem Wissen über das Verhalten des Virus wäre zu erwarten, dass die Maßnahmen zwischen den Ländern sich im Wege der freiwilligen Koordination angleichen. Wo dies nicht der Fall ist, überlagen vermutlich politische Mechanismen die Krisenreaktionen.

Die Corona-Verordnungen der Länder bilden das empirische Material für die Analyse. Über manuelle Codierung der Maßnahmeninhalte wurde ein Restriktivitätsindex für jedes Land im Zeitverlauf erstellt. Die Restriktivität der Infektionsschutzmaßnahmen kann so im Quer- und im Längsschnitt verglichen werden. Zur Überprüfung der Annahmen werden die Indexwerte außerdem mit epidemiologischen und sozio-ökonomischen Kennzahlen sowie politischen Charakteristika der Bundesländer in Beziehung gesetzt.

Divergierende und konvergierende institutionelle Logiken im Krisenmanagement am Beispiel der lokalen Aufnahme Asylsuchender 2015/16 in Deutschland

Prof. Dr. Wolfgang Seibel (Universität Konstanz), Dr.Lorenz Wiese (Universität Konstanz)

Abstract:

Insbesondere in Krisenzeiten zeigen sich Unterschiede zwischen Konvergenzen und Divergenzen institutioneller Logiken, denen Regierung und Verwaltungen in demokratisch-rechtsstaatlichen Systemen gerecht werden müssen: In solchen angespannten Situationen wird von der öffentlichen Verwaltung erwartet, dass sie dynamisch und spontan auf die nicht planbaren Ereignisse reagiert. In ihrem gängigen Handlungsmodus ist sie dazu allerdings kaum in der Lage. Verwaltungsorganisationen müssen daher kurzfristig vom „Routinemodus“ zum „Krisenmodus“ wechseln, um ein effektives Management gewährleisten zu können. Beim Übergang zwischen diesen unterschiedlichen Modi zeigt

sich dabei ein oft nur teilweise oder gar gänzlich ungelöster Konflikt zwischen den Logiken von Responsivität einerseits und Verantwortung andererseits, sowie zwischen zwei weiteren institutionellen Logiken, nämlich Zielerreichung und Systemerhalt: Regierungen und Verwaltungen sind verantwortlich dafür, das zu tun, was ihr Auftrag und gegebenenfalls auch ihr Versprechen an die Bevölkerung ist. Verantwortlich sein bedeutet nicht nur, Zuständigkeiten und Kompetenzen zu besitzen, sondern auch, rechenschaftspflichtig zu sein und dies nicht nur für die Art und Weise von Problemlösungen, sondern auch für die Einhaltung von Grundregeln der verfassungsmäßigen Ordnung und der demokratischen Kontrolle. Zugleich müssen Regierungen und Verwaltungen responsiv sein in dem Sinne, dass sie auf artikulierte Interessen und Meinungen der Bevölkerung im allgemeinen und relevanter Gruppen in einzelnen Politikfeldern „antworten". Die von Regierungen und Verwaltungen in Angriff genommen Problemlösungen müssen Akzeptanz finden. Außerdem müssen nicht nur Regierungen und die sie tragenden Parteien, sondern auch Verwaltungen, insbesondere auf der lokalen Ebene, ein „offenes Ohr für die Sorgen und Nöte der Menschen" haben. Davon hängt sowohl die Akzeptanz konkreter Maßnahmen auch als die „diffuse Unterstützung" von Staat und Verwaltung, also deren Legitimität, ab. Verantwortlichkeit und Responsivität kongruent zu halten, ist eine der zentralen Herausforderungen für Regierungen und Verwaltungen, denn beide Logiken können in Konflikt geraten. Bürgerinnen und Bürger, Interessengruppen und Medien können Erwartungen und Forderungen an die staatlichen Instanzen adressieren, die mit den Anforderungen an verantwortliches Regierungs- und Verwaltungshandeln nicht zu vereinbaren sind.

Der empirische Teil dieses Beitrags basiert primär auf den qualitativen Interviews, die im Rahmen des BMBF-geförderten Forschungsprojekts „Entstehung und gesellschaftliche Wirkung hybrider Organisationen im lokalen Krisenmanagement (HybOrg)" im Nachgang des sogenannten „langen Sommers der Migration" mit einer Vielzahl verantwortlicher Akteure deutscher Kommunal- und Landkreisverwaltungen, aber auch mit dem Personal von Wohlfahrtsverbänden und in diesem Bereich aktiven zivilgesellschaftlichen Initiativen geführt wurden.

DoE14 | Lokalisierungen des Politischen? Spielräume in der lokalen Migrations- und Integrationspolitik

Organisiert von / Organized by: Prof. Dr. Sybille Münch (Leuphana Universität Lüneburg), Dr. Thorsten Schlee (Universität Duisburg-Essen)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Arbeitskreis „Migrationspolitik“

Chair: Dr. Thorsten Schlee (Institut Arbeit und Qualifikation, Universität Duisburg-Essen), Prof. Dr. Sybille Münch (Leuphana Universität Lüneburg)

Abstract:

Während das eigenständige integrationspolitische Engagement von Kommunen lange schon als local turn oder gar als zwei Welten (Poppelaars/Scholten 2008) der Integrationspolitik reflektiert wird, ist vermehrt auch die Entstehung urbaner Grenzlandschaften (Fauser 2017) zu beobachten. Im Zusammenspiel ordnungs-, integrations- und sozialpolitischer Akteure entwickeln Kommunen Vorgehensweisen, die im Inneren des Nationalstaates Migration und damit verbundene Fragen von Ein- und Ausschluss „nachjustieren“ wollen. Auch in der Fluchtpolitik entwickeln Länder und Kommunen eigenständige Vorgehensweisen, die den bundesgesetzlichen Spielraum, den das Aufenthaltsgesetz oder das Asylbewerberleistungsgesetz in manchen Fallkonstellationen zulässt, integrationspolitisch ausschöpfen (Schammann 2015).

Neben kommunalen integrations- und ordnungspolitischen Herangehensweisen rücken zunehmend auch Fragen der Organisation von Migration und Integration in den politikwissenschaftlichen Fokus. Street-Level-Bürokratien betonen zwar ihre Gesetzesbindung, entwickeln aber recht eigenwillige – teilweise reflektierte, manchmal eher stillschweigende – Praktiken und bringen das Bild der ausschließlich rechtlich-funktional programmierten Max Weber Verwaltung ("Paragrafenautomat") ins Wanken, indem sie selbst zu Trägern politischer Entscheidungen werden (Eule et al. 2020).

Schließlich gewinnen auch die Aushandlungssysteme des lokalen Migrationsgeschehens, zwischen involvierten Verwaltungseinheiten, Unterstützer*innenkreisen, Anwält*innen und Migrant*innen vermehrt Aufmerksamkeit und weisen in Richtung einer weiteren Dezentrierung des politischen Entscheidens (Hinger 2020).

Vor dem Hintergrund dieser drei Varianten der Lokalisierung des politischen Entscheidens lädt das Panel Beiträge ein, die Entscheidungs- und Gestaltungsspielräume in der lokalen Migrations- und Integrationspolitik thematisieren und aufzeigen. Mögliche Fragen lauten:

- welche theoretischen und methodischen Settings die jeweiligen Untersuchungsgegenstände erzeugen, in denen das Politische zu verorten ist;
- an welchen Stellen und in welchen Akteurskonstellationen bewusste politische Gestaltungsoptionen erschlossen und umgesetzt werden;
- wie es gelingen kann, jenseits der Fragmentierung lokaler Sozial-Migrations-Integrationspolitik- zu koordinierten lokalen Politikstilen zu kommen?

Beiträge / Contributions:

Eine Frage des Wohnorts? – Varianz in der Finanzierung von Sprachmittlung im Kontext der psychotherapeutischen Versorgung Asylsuchender

Lisa Walter (FernUniversität in Hagen), Dr. Renate Reiter (FernUniversität in Hagen), Prof. Dr. Annette Elisabeth Töller (FernUniversität in Hagen), Juna Toska (FernUniversität in Hagen)

Abstract:

Sprachmittlung ist für die lokale Migrations- und Integrationspolitik von großer praktischer Bedeutung, findet in der politik- und sozialwissenschaftlichen Forschung in diesem Bereich bislang jedoch kaum Beachtung. Die Schlüsselrolle von Sprachmittlung für diese Politik hat sich zuletzt im Zusammenhang gestiegener Asylantragszahlen und damit ansteigender Bedarfe an Sprachmittlung in unterschiedlichen

Lebenszusammenhängen, insbesondere bei der Gesundheitsversorgung, gezeigt. Da es im deutschen Föderalstaat an einer Regelung der Zuständigkeit für die Finanzierung von Sprachmittlung für Asylsuchende mangelt, bleibt diese Aufgabe derzeit an den Kommunen hängen. Diese treffen im Kontext unbestimmter Rechtssätze im AsylbLG und im SGB XII Ermessensentscheidungen im Einzelfall. Die bisherige Forschung im Rahmen des BMBF-Forschungsprojektes MIGEP (https://migep.de/) deutet dabei auf erhebliche regionale Unterschiede in der kommunalen Entscheidungspraxis hin. Für die betroffenen Asylsuchenden, die ihren Wohnort innerhalb Deutschlands nicht frei wählen können, droht der Zugang zu effektiver Gesundheitsversorgung insbesondere in Versorgungsbereichen, die auf Sprache angewiesen sind (z.B. Psychotherapie) damit zur Glückssache zu werden.

Wir fragen nach dem Ausmaß, in dem Kommunen Sprachmittlung im Zusammenhang der medizinischen, konkret psychotherapeutischen Versorgung von Asylsuchenden finanzieren sowie nach Faktoren, die die kommunale (Nicht-)Finanzierung erklären. Dabei überprüfen wir die in der Kommunalforschung verbreitete These, wonach die finanziellen Rahmenbedingungen von Kommunen die (Nicht-)Erbringung freiwilliger oder rechtlich unbestimmter Leistungen erklären können. Der Beitrag präsentiert u.a. bislang unbekannte Daten zur kommunalen Finanzierung von Sprachmittlung nach §§ 2 und 6 AsylbLG und SGB XII, die die Autorinnen mittels einer repräsentativen Online-Umfrage unter den deutschen Landkreisen und kreisfreien Städten Anfang 2021 gewonnen haben, sowie die Ergebnisse qualitativer Interviews mit Behördenmitarbeiter*innen in ausgewählten Kommunen.

Neuorientierung und Rekonzeptualisierung der kommunalen Integrationspolitiken am Beispiel ostdeutscher Kommunen seit 2015

Dr. Madlen Pilz (Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung (IRS))

Abstract:

Wie wurden im Zuge der sprunghaft angestiegenen Zuwanderung Geflüchteter seit 2015 die kommunalen Integrationsaufgaben und -problematiken (neu) definiert? Welche Steuerungsinstrumente wurden daran anknüpfend angepasst oder entwickelt? Wie/durch welche Akteure erfolgten die Organisation, Koordinierung und Evaluation der Integrationsaufgaben?

In meinem Beitrag möchte ich diese Fragen am Beispiel von Untersuchungen in drei strukturschwachen, ostdeutschen Kommunen – Schwerin, Cottbus und Halle – diskutieren. Diese arbeiten insbesondere mit Blick auf ihre Zuwanderungsquartiere, Großwohnsiedlungen am Stadtrand, an einem politischen Strategiewechsel: Nach drei Jahrzehnten städtischem Rückbau und sozialer Fürsorgepolitik für überalternde und sozial marginalisierte Bevölkerungsgruppen liegt der Fokus erneut auf dem Ausbau technischer und sozialer Infrastrukturen sowie auf der Auseinandersetzung mit Integrationsfragen. Vor diesem Hintergrund können die Kommunen als paradigmatische Beispiele für eine Diskussion der Schwierigkeiten und Möglichkeiten des notwendigen Strategiewechsels angesehen werden.

Theoretisch geleitet vom Gouvernementalitätsansatz stützt sich Diskussion empirisch auf die Analyse städtischer Dokumente, z. B. verschiedener integrationspolitischer und stadtplanerischer Konzepte, sowie auf Interviews mit Angestellten der Stadtverwaltung und sozialer Träger sowie Engagierten in den Zuwanderungsquartieren. Dabei soll ein besonderes Augenmerk auf die in den drei Kommunen unterschiedliche Form der lokalen Zentralisierung der Steuerung und Organisation von Integrationsaufgaben liegen; des Weiteren auf den damit einhergehenden Neuorientierungen und Kontinuitäten in der kommunalen Integrationspolitik respektive den differenzierten Inklusionspraktiken (Des/Integrationspolitiken). Am Beispiel von Cottbus soll der Beitrag aktivistischer Akteure in Verwaltung und Netzwerken zur Ausgestaltung der neuen kommunalen Integrationsstrategie betrachtet werden, welche die brandenburgische Landesintegrationsförderung entscheidend mitprägte.

Polizei, Politik, Polis: Zum polizeilichen Umgang mit Geflüchteten in der Stadt

Svenja Keitzel (Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg), Marilena Geugjes(Hessische Hochschule für Polizei und Verwaltung), LeonieJantzerLeuphana Universität Lüneburg)

Abstract:

In den letzten Jahren ist das wissenschaftliche Interesse an der Rolle von Städten im Bereich der Migration gewachsen. Ausgehend vom "langen Sommer der Migration" (Hess et al. 2017) traten die lokalen Handlungsspielräume bei der Verhandlung und Bearbeitung des Themas Migration und Flucht deutlicher hervor (Schammann 2020). Anknüpfend an diese These der “lokalen Wende” fokussiert unser Beitrag auf die polizeiliche Einschätzung und Bearbeitung von lokalen Herausforderungen durch Flucht und Migration sowie stadtspezifische Möglichkeitsräume für Polizeipraxis im Kontext der kommunalen Flüchtlingspolitik.

Der Diskurs um Fluchtmigration ist zunehmend von Sicherheitsfragen (“Versicherheitlichung”) geprägt, die einerseits Geflüchtete als eine Quelle von (gefühlter) Unsicherheit und andererseits die Bereitstellung von Sicherheit für Geflüchtete in Unterkünften und vor rassistisch motivierten Angriffen thematisieren.

Die mehrdeutige Wahrnehmung von (Un-)Sicherheit im Bereich Migration bedarf komplexer Mechanismen der Problemidentifizierung und -bearbeitung durch die Polizei auf lokaler Ebene, was kaum beforscht wurde. Wir fokussieren auf das Polizieren von Geflüchteten in sechs deutschen Großstädten und untersuchen den Zusammenhang zwischen drei Aspekten: der Rolle der Polizei als lokale Autorität („Polizei“), der Bedeutung von stadtspezifischen Strategien in der kommunalpolitischen Verhandlung und Bearbeitung des Themas Migration („Politik“), und die Relevanz der Stadtgesellschaft, ihrer Netzwerke und Diskurse („Polis“).

Dem Ansatz der Interpretativen Policyanalyse (IPA) folgend fragen wir, wie Polizeihandeln durch die Eingebundenheit in einen lokalen Kontext einer stadtspezifischen Logik nachgeht. Wird Polizeipraxis durch ihren städtischen Kontext geformt, obwohl sie üblicherweise als streng regelgebunden und somit landeseinheitlich wahrgenommen wird? Falls stadtspezifische Unterschiede erkennbar sind, wäre dies ein starkes Argument, die „lokale Wende“ in der Migrationsforschung weiter zu verfolgen.

Vom Essenspaket zur Geldzahlung: Die Landeshauptstadt Dresden als Wegbereiterin des Geldleistungsprinzips im Freistaat Sachsen

Alexandra Neumann (Universität Leipzig, Fakultät für Sozialwissenschaften und Philosophie, Institut für Politikwissenschaft)

Abstract:

Der Freistaat Sachsen interpretiert Asylgesetze seit Jahrzehnten restriktiv. So forderte er bis zur Novellierung des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) 2015 von seinen Kommunen, in lokalen Asyleinrichtungen dem Sachleistungsvorrang laut Bundesgesetz zu entsprechen. Bereits seit den 2000er-Jahren ließ sich das Sachleistungsprinzip aber gerade für Großstädte nur mit hohen Verwaltungskosten gewährleisten.

Als Wegbereiterin der Geldleistung in Sachsen sieht sich heute die Stadt Dresden: Nach mehrjährigen Verhandlungen überzeugte die Landeshauptstadt den Freistaat 2008 von der Geldleistung. Seither gibt Dresden regulär Bargeld an Asylsuchende aus. Den Weg zu dieser Entscheidung ebneten diverse Akteure der Stadtgesellschaft und Kommunalpolitik. Sie beeinflussten mit Anträgen, Beschlüssen und öffentlichkeitswirksamen Aktionen das Policy-Ergebnis maßgeblich.

Der Vortrag analysiert diese Prozesse unter der Leitfrage: Wie und unter Beteiligung welcher lokalen Akteure setzte die Stadt Dresden ihre Interessen beim Land durch? Dafür werden zunächst die asylrechtlichen Grundlagen der lokalen Leistungsgewährung nach AsylbLG erläutert. Im Zentrum des Vortrages stehen dann die konkreten (Mit-)Gestaltungsbestrebungen und Implementationsprozesse Dresdens. Dafür werden qualitativ ausgewertete empirische Daten (interne Dokumente der Stadtverwaltung, Experteninterviews, Medienberichte) im Rahmen einer Prozessanalyse präsentiert. Im

Anschluss folgt eine knappe Gegenüberstellung des Dresdner Weges mit dem der Stadt Leipzig. Auch Leipzig wollte das Geldleistungsprinzip anwenden, wählte allerdings eine andere Form der Interessendurchsetzung. Über diese Kontrastierung zeigt sich, welche Faktoren letztlich für den Handlungsweg Dresdens relevant waren.

Konzeptionell fußt der Beitrag auf einer prozessanalytischen und akteursorientierten Perspektive lokaler Politikforschung. Er basiert auf einem Promotionsvorhaben an der Universität Leipzig. Die Hans-Böckler-Stiftung fördert das Projekt von 2018 bis 2022.

DoE15 | Norms Research Beyond IR

Organisiert von / Organized by: Dr. Sassan Gholiagha (TU Braunschweig und WZB Berlin), Dr. Carmen Wunderlich (Universität Duisburg-Essen)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Themengruppe „IB-Normenforschung“

Chair: Dr. Carmen Wunderlich (Universität Duisburg-Essen)

Discussant: Dr. Sassan Gholiagha (TU Braunschweig und WZB Berlin), Dr. Stefan Kroll (HSFK)

Abstract:

Norms research has a long pedigree in International Relations (IR), dating back to the early 1980s. Over the years, the study of international norms has differentiated enormously: presently, IR scholars focus on dynamic norm relations, including norm collisions, positive and negative linkages, and developing concepts such as norm bundles and clusters. Others study norm contestation, robustness, diffusion, localisation, and emergence. Yet, given that norms are crucial in regulating actors' behaviour and mediating identity in virtually every area of social life, norms research in political science is of course not confined to IR.

In the hope of fostering a rewarding and innovative cross-disciplinary dialogue among norm researchers, this panel is explicitly geared towards scholars outside the sub-discipline of IR. Questions to be discussed include: How are norms conceptualized? How do norms shape social and political dynamics on different scales of order? How can we study norms and what are limitations of norms research?

We are interested in contributions that compare different sub-disciplinary perspectives on norms, retrace disciplinary histories of norms research, or critical assess IR norms research from different perspectives. Apart from these conceptual and disciplinary questions, we invite papers that make use of methodological approaches and methods from their sub-discipline to study norms. Furthermore, we invite scholars to engage with any of the research avenues taken by current IR norm scholars from their respective sub-disciplinary perspective. We accept both German and English papers and especially encourage the application of early career researchers and women.

Beiträge / Contributions:

A Sea Change? Regimes of Normativity, IL and IR interdependencies

Christian Pogies (Max-Planck-Institut für Rechtsgeschichte und Rechtstheorie)

Abstract:

The normative order of the oceans is constituted at the intersection of International Law (IL) and International Relations (IR). However, both disciplines tend to approach this topic with their own perspectives and these are scarcely mutually integrated in this emerging field of research.

The Max Planck Institute for Legal History and Legal Theory recently conceptualized the idea of Historical Regimes of Normativity. With reference to IR theories, this concept serves to broaden the perspective to include not only doctrinal law, but also other norms understood as 'positively marked possibilities'. Epistemic communities and theories of practice, as discussed in IR, gain importance in this context because they offer explanations for the genesis, use, and change of such norms. Similarly, contestation theory is expected to be relevant to this approach, as it is capable of not only explaining change within Regimes of Normativity but also their decline.

This presentation will address how Regimes of Normativity apply to IL and ocean governance, with special reference to contestation theory. As the conflict in the South China Sea demonstrates, a pure focus on treaty law as articulated in the United Nations Convention on the Law of the Sea (UNCLOS) seems insufficient to understand the local normative underpinnings of the dispute. However, approaching the dispute through the theoretical lens of Regimes of Normativity provides an opportunity to bring in IR – not leaving IL aside.

Legal anthropology and IR norms research: resonance and friction

Dr. Anneloes Hoff (Max Planck Institute for Comparative Public Law and International Law)

Abstract:

A thorny issue for researchers aiming to work multi- or interdisciplinarily is the different uses and meanings of similar concepts across disciplines. In research on norms, there appears to be a strong cross-disciplinary resonance of concepts employed by the 'sub-disciplines' of IR norms research and legal anthropology. This includes, for instance, the concepts employed to analyze how norms 'travel' and acquire meaning and authority in different contexts, such as norm 'diffusion', 'localization', 'translation' and 'vernacularization'. However, considering the ontological, epistemological and, especially, methodological differences between these disciplines, to what extent can these concepts be transferred from one discipline to the other? This paper discusses work on global norm translation from both disciplines (including Acharya, Draude, Levitt/Merry, Sarfaty, Wiener, Zimmermann, Zwingel) in order to explore the resonances and frictions in constructivist IR and legal anthropological approaches to norms research. In doing so, it aims to lay the groundwork for a discussion on the possibilities and limitations for approaches from IR and anthropology to the study of norms to productively engage with each other.

Social group, evaluation and power: Interweaving constructivist and reduced norms research

Dr. Janne Mende (Max Planck Institute for Comparative Public Law and International Law)

Abstract:

Differing disciplinary research perspectives on norms are dealing with common questions. These include the relevant social group as reference point, the normative evaluation of norms, and the power in and through norms. The paper examines these questions by bringing two understandings of norms into dialogue: a constructivist understanding from International Relations (including its multiple perspectives), and the reduced understanding from Legal Philosophy as established by Christoph Möllers. The dialogue builds the basis for an interwoven norms approach which furthers understanding of the three questions. First, the interwoven approach identifies the relevant social group on an intersubjective meso level, which expresses the social sedimentation of a norm. Second, it distinguishes between an inside and an outside dimension of the social group to establish a doubly open normativity. Third, the differentiation of a social context by a norm into before and after a norm allows tracing the power in and through norms. This power is specified with Lukes as ideational power, yet differentiated from Foucault's productive power. The power in norms is identified in the social functions and effects of a norm. Even when a norm is fully established, its dynamic character maintains its power potential. In sum, the interwoven approach combines elements from constructivist and reduced norm approaches, emphasizing the ways in which norms are mediated with (but not determined by) social space, normative context and power.

Theorising with Those who Struggle for Deep Decarbonisation: Societal Agency Shaping the Global Opportunity Structure

Prof. Dr. Stefan Aykut (Universität Hamburg), Prof. Dr.Antje Wiener (Universität Hamburg)

Abstract:

Current struggles to mitigate climate change by understanding, diffusing, and implementing the norm of deep decarbonisation is driven by a plural range of actors including protest movements, firms, organisations, social media, or transnational litigation networks. This sheer diversity of this range, as well as the variety of modes of organizing, transcends familiar categorical descriptions set by global governance approaches, which have come to include NGOs, substate entities and multi-national corporations as governance stakeholders alongside states (Jordan et al., 2018). We argue that it also extends traditional norms research in IR theory insofar as it requires a holistic understanding of societal and change that leads beyond the frontiers of IR. Against this backdrop, we argue that the potential for change towards low carbon climate futures is represented by this wider range of global societal agency

based on social movement research, and STS (Science and Technology Studies). The proposed approach therefore both looks beyond the established field of IR norms research and it also departs from extant approaches on in sustainability transitions research that foreground top-down management, market mechanisms and technological change. Instead, we propose focusing on a set of social drivers understood as emergent societal processes that drive or inhibit change towards a low carbon climate future.

DoE17 | Regionalorganisationen und Autokratisches Regieren

Organisiert von / Organized by: Prof. Dr. Andrea Gawrich (Justus-Liebig-Universität Giessen),

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Arbeitskreis „Europa- und Regionalismusforschung“

Chair: Prof. Dr. Andrea Gawrich (JLU Giessen)

Discussant: Dr. Sören Stapel (Universität Freiburg)

Abstract:

Der 28. Kongress der DVPW befasst sich mit den Verlockungen scheinbar einfacher und schneller Lösungen in Zeiten gesellschaftlicher und politischer Herausforderungen und Unsicherheiten. Demokratische Prozesse erscheinen zunehmend als wenig effizient und autokratisches Regieren gewinnt an Attraktivität. Die Debatte über die Überlegenheit von Demokratien oder Autokratien lebt in Anbetracht neuer globaler Krisen wieder auf. Jedoch hat die Rolle autokratischen Regierens in Regionalorganisationen bislang noch relativ wenig wissenschaftliche Beachtung gefunden. Dabei sind zwei Felder von besonderem Interesse.

Erstens stellt sich die Frage, wie die Zusammenarbeit von demokratischen und autokratischen Staaten im Rahmen von Regionalorganisationen funktioniert. Alle Staaten haben Anreize zur Zusammenarbeit, um grenzüberschreitende Problemlagen besser lösen zu können. Doch welche Probleme entstehen innerhalb von Regionalorganisationen, wenn Staaten mit sehr unterschiedlichen Vorstellungen von gerechten Verfahren, gesellschaftlichen Beteiligungsrechten oder der Bindewirkung des Rechts zusammenwirken? Dies betrifft nicht nur viele außereuropäische Regionalorganisationen, sondern in zunehmendem Maße auch die Europäische Union, die mit Autokratisierungstendenzen einiger ihrer Mitglieder zu kämpfen hat.

Zweitens sind Regionalorganisationen selbst häufig mit Kritik an der Intransparenz von Entscheidungsprozessen, der fehlenden Zurechenbarkeit politischer Verantwortlichkeiten oder dem Mangel an demokratischer Legitimation konfrontiert. Doch es gibt bislang wenig Aufschluss darüber, wie derartige Kritik in Regionalorganisationen diskutiert wird, die ihrerseits zum Teil aus autokratischen Staaten bestehen. So kann gefragt werden, ob nur Demokratien demokratische Verfahren in Regionalorganisationen einfordern. Oder sorgt das Interesse an fairer Behandlung aller Staaten dafür, dass auch Autokratien bestimmte demokratische Prozesse einfordern, wenn sie sich davon Vorteile erhoffen?

Das vorgeschlagene offene Panel lädt Beiträge ein, die diese oder daran angrenzende Fragen diskutieren.

Beiträge / Contributions:

Actorness of Regional Organizations in an Authoritarian Context: A Conceptual Framework

Prof. Dr. Alexander Libman (Freie Universität Berlin), Prof. Dr. Andrea Gawrich (Universität Gießen)

Abstract:

For authoritarian regimes, any form of power-sharing across national borders is a more sensitive issue than for democracies; therefore, the literature commonly assumes that regional organizations created by autocracies serve merely as extensions of their foreign policy. The paper critically reflects upon this argument and discusses the preconditions under which regional organizations can achieve actorness (and in which form) even in an authoritarian context. It suggests that while in strategic matters achieving actorness is unlikely, in the policy areas below the strategic level, international organizations can develop into independent actors, however, less through fully emancipating themselves from the national states’ authority and more through competition with national agencies for the attention and the support of the authoritarian political leadership. It also shows that in some cases different

characteristics typically associated with actorness (e.g., cohesion of the member states and decision-making autonomy of the international organization) can actually contradict each other. The paper specifies five interdependent determinants of actorness (ideational environment; interests of the member states; interests of bureaucracies of regional organizations; overlapping nature of membership in regional organizations; and interorganizational relations) and discusses how these dimensions interact with each other and how the authoritarian context influences those. We discuss the empirical application of the suggested conceptual framework using the case of the post-Soviet Eurasia, a region populated by a multitude of regional organizations created by authoritarian states.

Autokratien, liberal-kosmopolitische Werte und Friedensoperationen: Eine Untersuchung der Beteiligung nicht-demokratischer Staaten an internationalen Interventionen

Dr. Martin Welz (Universität Hamburg)

Abstract:

In afrikanischen Regionalorganisationen wie der Afrikanischen Union oder der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft sind Staaten mit demokratischen, semi-demokratischen und autokratischen Regierungssystemen vereint. Seit den späten 1990er Jahren hat die überwiegende Mehrzahl dieser Organisationen (sub-)regionale Sicherheitsarchitekturen etabliert, die militärische und/oder zivile Interventionen in einem Mitgliedstaat ermöglichen. Solche Interventionen basieren auf einer liberal-kosmopolitischen Logik, nach der auch demokratische Strukturen im Einsatzland etabliert werden sollen. Zumindest sollen freie und faire Wahlen abgehalten werden, so dass eine vom Volk legitimierte Regierung herrscht. Es ergibt sich ein Paradox: autokratische Regierungen unterstützen liberal-kosmopolitische Interventionen nicht nur auf dem Papier durch ihre Mitgliedschaft in der entsendenden Regionalorganisation, sondern nehmen häufig auch mit Truppen oder zivilen Personal aktiv an solchen Interventionen teil und setzen sich damit für eine Wertebasis ein, an die ihre Regierung sich selbst kaum halten. Dieses Papier will sich diesem empirischen Puzzle widmen und dabei drei Fragen in den Mittelpunkt rücken: Warum nehmen autokratische Regierungen an solchen Interventionen teil? Beeinflusst ihre aktive Teilnahme die Ausführung des Mandats der Organisation? Und welche Auswirkungen hat dies auf die Organisation selbst? Dieses Frageset soll mittels einer Fallstudie beleuchtet werden, namentlich einer Analyse des Engagements des Tschads bei afrikanischen Friedensoperationen. Damit will dieses Papier einen Baustein zur Beantwortung der übergeordneten Panelfragen liefern.

Summit Diplomacy in Regional Integration Organizations in Africa: Setting the Stage for Authoritarian States?

Dr. Johannes Muntschick (Johannes Gutenberg-Universität Mainz)

Abstract:

Summit diplomacy on regional and interregional levels has grown in virtually all parts of the world over the past few decades. This reflects the increasing number of regional integration organizations (RIO) - notably in the Global South - and the growing importance of (inter)regional relations and cooperation after the end of the Cold War. In contrast to the great power summits of the past, summit diplomacy involves today increasingly regional actors and weaker powers as members of RIOs. In many contexts, particularly in Africa, the latter include often states with limited statehood and/or authoritarian governments. For them, the major goal of RIO Summitry is not necessarily to negotiate and strive for collective goods or implement cooperative agreements. Instead, such summits offer an arena for symbolic action that notably authoritarian states may instrumentalize for fuelling juridical sovereignty and government legitimacy on national level. Against this background, the paper seeks to analyse and explain the logic and added value of RIO Summitry and answer the question of why and how notably authoritarian states benefit from such events. The theory-driven empirical analysis puts a focus on the African Union (AU) and also highlights the importance of Africa-Europe relations in this regard.

DoE18 | Roundtable: Transformativer Wandel durch die Ziele für nachhaltige Entwicklung der VN?

Organisiert von / Organized by: Dr. Thomas Hickmann (Utrecht University), Prof. Dr. Franziska Müller (Universität Hamburg)

Chair: Dr. Thomas Hickmann (Utrecht University),

Abstract:

Im Jahr 2015 hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung verabschiedet, um politische und gesellschaftliche Akteure auf allen Ebenen zu nachhaltiger Entwicklung zu bewegen. Im Zentrum der Agenda 2030 stehen 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) und 169 spezifischere Unterziele. Die Verabschiedung der Agenda 2030 und der SDGs gelten als Meilenstein, um die Transformation der Weltgesellschaft hin zu stärkerer Nachhaltigkeit zu steuern. In diesem Roundtable möchten wir die Wirkungen dieser Schlüsselinitiative der Vereinten Nationen bewerten und erörtern, ob und inwieweit die SDGs tatsächlich zu einem transformativen Wandel führen. Dabei diskutieren wir die folgenden Fragen in drei Kategorien: (1) Umsetzung: Wo und wie werden die SDGs umgesetzt und durch welche Governance-Ansätze? Was sind Erfolgsfaktoren und Hindernisse für eine effektive Umsetzung? Wie kohärent sind existierende politische Programme? (2) Steuerungseffekte: Welche Konsequenzen haben die Umsetzungsbemühungen? Welche Governance-Ansätze schaffen Synergien und Co-Benefits zwischen verschiedenen SDGs? In welchen Bereichen ergeben sich Zielkonflikte? (3) Kritische Perspektiven: Kann die Agenda 2030 einen demokratischen / fairen / gleichberechtigten lokalen und globalen Wandel fördern? Wer sind Gewinner und Verlierer? Wie und basierend auf welchen normativen Kriterien können die Auswirkungen der Bemühungen zur Umsetzung der SDGs innerhalb und zwischen den Generationen bewertet werden?

Beiträge / Contributions:

Dr. Marianne Beisheim (Stiftung Wissenschaft und Politik)

Prof. Dr. Frank Biermann (Utrecht University)

Dr. Basil Bornemann (Universität Basel)

Prof. Dr. Franziska Müller (Universität Hamburg)

Prof. Dr. Sabine Weiland (University of Lille)

DoE19 | Roundtable: Polit. Partizipation in der Pandemie: Unsicherheiten, Herausforderungen, Chancen

Organisiert von / Organized by: Prof. Dr. Priska Daphi (Universität Bielefeld), Prof. Dr. Martin Elff (Zeppelin Universität, Friedrichshafen)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Sektion „Politische Soziologie“

Chair: Prof. Dr. Priska Daphi (Universität Bielefeld), Prof. Dr. Martin Elff (Zeppelin Universität, Friedrichshafen)

Abstract:

Die Covid-19 Pandemie und die Maßnahmen zu ihrer Eindämmung hinterlassen vielfältige Spuren in Gesellschaft und Politik. Dies hat auch Konsequenzen für die verschiedenen Formen politischer Partizipation. Die aktuellen Entwicklungen scheinen einerseits zu neuen Unsicherheiten und Herausforderungen zu führen wie zum Beispiel hinsichtlich der notwendigen Umstellungen in Kommunikation und Organisation sowie den eingeschränkten Teilnahmemöglichkeiten in Präsenz. Gleichzeitig entstehen in diesem Kontext potentiell neue Dynamiken und Möglichkeiten der Beteiligung, beispielsweise in Bezug auf Digitalisierung, neue Allianzen und Akteurskonstellationen. Der Roundtable beleuchtet diese Veränderungsprozesse mit Blick auf unterschiedliche Formen politischer Partizipation, darunter im Kontext von Parteien, Verbänden und sozialen Bewegungen.

Intermediäre Organisationen haben ihre interne Kommunikations- und Organisationsstrukturen im Kontext der Pandemie umstellen müssen. So haben sich beispielsweisedurch die Corona-Pandemie Formen der politischen Partizipation in und um Parteien ins Digitale verlagert (Borucki et al. 2020). Zwar waren entsprechende Formate und Instrumente schon längst in den Parteien vorhanden und teilweise implementiert oder gar bereits satzungsmäßig umgesetzt, einen Katalysatoreffekt ohne Vergleich hatte die Pandemie dennoch.

Auch soziale Bewegungen sehen sich vor die Herausforderung gestellt, interne Kommunikations- und Organisationsstrukturen im Kontext der Pandemie anzupassen. Gleichzeitig bedeuten die Maßnahmen zur Eindämmung von Covid zum Teil erhebliche Einschränkungen für geplante Aktivitäten und die Umstellung auf digitale Protestformate. Auch rufen die Maßnahmen neue Proteste, Protestakteure und Gegenproteste auf den auf den Plan.

Die Konsequenzen der Digitalisierung politischer Partizipation sind durchaus zweischneidig. Einerseits können Bürger*innen sich ohne weiteren Aufwand von zu Hause aus politisch beteiligen. Andererseits ist die digitale Partizipation ist an eine geeignete technische Ausstattung gebunden und an eine hinreichende Kompetenz im Umgang mit dieser. Entsprechend digitale Partizipation sowohl in sozialer wie politischer Hinsicht selektiver als traditionelle, an physische Aktivitäten gebundene Beteiligung.

Damit widmet sich der Roundtable unter anderem folgenden Fragen: Inwiefern kommt es im Kontext der Pandemie zu einer stärkeren Beteiligung bestimmter gesellschaftlicher Gruppen? Oder werden bisherige dominante Stimmen eher verstärkt? Verringert oder erhöht die Digitalisierung die Beteiligungsschwelle? Und inwiefern variieren solche Schwellen eventuell zwischen den unterschiedlichen Formen der politischen Partizipation? Wie sichtbar und wirkungsstark sind digitale Beteiligungsformate und Proteste? Und wie nachhaltig sind Pandemie-bedingte Umstellungen in Parteien, Verbänden und sozialen Bewegungen?

Beiträge / Contributions:

Prof. Dr. Sigrid Baringhorst (Universität Siegen)

Prof. Dr. Kathrin Ackermann (Universität Heidelberg)

Prof.em. Dr. Oscar W. Gabriel (Universität Stuttgart)

Dr. Swen Hutter (WZB Berlin)

DoE20 | The (un)making of new developmentalisms in the Global South. State, economy, local society (II)

Organisiert von / Organized by: Sebastian Hoppe (Freie Universität Berlin), Jan Ickler (Universität Kassel)

Chair: Sebastian Hoppe (Freie Universität Berlin), Jan Ickler (Universität Kassel)

Discussant: Dr. Hannes Warnecke-Berger (Universität Kassel)

Abstract:

Reacting to multiple crises, rising inequality, and long-term global economic shifts, recent development strategies have seen a reinvigorated role of active state planning, often embedded in a revival of authoritarianism. The Global South is no exception to this trend yet shows stark variances in the ambitions, capacities, and outcomes of the initiated strategies. While some countries – often fueled by increased revenues from natural resource exports – have induced a range of large-scale political, economic, and infrastructural programs designed to achieve 'developmental breakthroughs', others have opted for more modest approaches, e.g. linking up with value-chains and institutional arrangements in the Global North. Some aspects of these "new developmental statisms" resemble past experiences. However, changed geopolitical and global economic dynamics and new social fault lines in developing countries require a stocktaking of the scholarly perspectives on concepts, methodologies, and empirical angles in development studies.

Against this background, the panel seeks to engage with the factors behind the (un-)making of developmental statisms in the Global South and focus on the interplay between geopolitical and global economic dynamics, political struggles, and new social cleavages. We want to raise a set of interrelated questions: How do macro and micro dynamics modify the conditions for national development policies? What are the prospects for sustainable and inclusive development policies? Moreover: How do social and political actors articulate the struggle over political and economic resources on different scales? We invite contributions to these and adjacent topics from various disciplinary backgrounds and theoretical and methodological perspectives, working comparatively or through in-depth case studies.

Beiträge / Contributions:

A ‚progressive' alliance at the crossroads - Deciphering authoritarian tendencies in Ecuador 2007-2015

Jan Philip Ickler (Universität Kassel)

Abstract:

In 2007, newly elect Ecuadorian president Rafael Correa and his coalition, the Alianza PAÍS, sought to use natural resource export earnings for social and redistributive programs (a model, often referred to as Neo-Extractivism). However, while at first high resource prices at the world market fueled the success of the self-proclaimed 'citizens revolution' and their policies, the country entered troubled waters in 2013 as soon as commodity prices collapsed. In the following and ever since, increasing persecution of activists, critical journalists, and indigenous movements – paired with stricter media control by the state – have cast a shadow on the political project of the Alianza PAÍS.

In this context, the paper seeks to explain this authoritarian shift by analyzing the economic and political factors behind this process. Thus, the contribution focusses on the internal constraints of state-permeated natural resource driven development regarding political stability. It emphasizes the constellation of actors and social forces and how shifts have created, modified, or limited opportunities for (state-orchestrated) development. In doing so, the paper addresses mainstream and heterodox accounts of the connection between natural resource export and authoritarianism.

Empirically, the study combines a macroeconomic account of Ecuador's resource boom with an analysis of the constellation of actors and social forces before and after 2013. The case study's main resources are a broad corpus of media coverage and government papers as well as qualitative semi-structures interviews.

The Left Turn's postneoliberal reform in the Southern Cone: A qualitative approach

Melisa Ross (BGSS Berlin Graduate School of Social Sciences / WZB Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung)

Abstract:

The so-called 'left turn governments' – progressive and left-leaning parties that won national office during an electoral waved that spanned the past two decades – advanced substantial social reforms in several Latin American countries. They produced historical lows in inequality and poverty rates, expanding and universalizing access to basic goods and services, and promoting the recognition and inclusion of historically disadvantaged and marginalized groups. But these reforms and their impact on structural social exclusion were short lived, overruled by the recent conservative wave in the region. Statist-developmental economies, overly dependent on neo-extractivism, and the transitory nature of the 'commodities boom' that financed social expenditure, are frequently identified as the reasons behind the decline of the inclusive, but unsustainable, progressive project.

The label of 'postneoliberalism' has been developed to capture these hybrid governing strategies. This paper proposes to examine the operationalizability of the concept of postneoliberalism and its capacity to reflect how political actors have articulated, justified and promoted specific framings that functioned as catalyzers for social identities and cleavages. To do so, I conduct qualitative data analysis and discourse analysis on a documentary corpus comprising policy documentation, electoral programs and presidential speeches in Argentina, Brazil and Uruguay in the time frame of 2003-2016. This allows for a reconstruction of (re)politicization strategies that offer further insight into the successes and shortcomings of progressive and left-leaning political projects in the region.

Latin American theoretical traditions in international relations. Marginalization or self-marginalization?

Dr. Peter Birle (Ibero-Amerikanisches Institut Preussischer Kulturbesitz)

Abstract:

Latin America has long had independent and original ways of thinking about international relations. This includes the structuralist and developmentalist thinking of ECLAC (Economic Commission for Latin America and the Caribbean) in the 1950s; the theoretical approaches to dependency in the 1960s and 1970s; the concepts of autonomy, associated with names such as Helio Jaguaribe and Juan Carlos Puig. In the 1990s, Carlos Escudé developed a concept called "peripheral realism". Juan Carlos Tokatlian and Roberto Russel proposed the concept of "relational autonomy". While dependency approaches have been widely received in international development discussions (less so within the discipline of international relations), much other theoretical thinking on international relations developed in Latin America has received rather limited attention outside the region. My contribution asks for the reasons for this marginal position of Latin American thinking on international relations within the mainstream of the discipline. This is not only a question of how open the mainstream is to contributions from the South, of teaching and research traditions in Latin America, and of language barriers, but also of the self-image of International Relations in Latin America. Ideas about "reasonable" explanations and about the general function of theories in the area of international relations are anything but uniform in Latin America. Many current discussions deal with the question of whether "foreign" theories are adequate to understand Latin American realities and to what extent "genuinely Latin American" concepts are needed. The critical examination of such considerations will also be part of my contribution.

A Postkeynesian Institutionalist Approach to the Developmental State

Ludwig Hehl (ICDD Kassel)

Abstract:

Many problems todays developmental states (DS) face have already been described by dependency literature. Being `trapped` in GVC`s display`s many features of the structuralist terms of trade

arguments, financial and FDI dependency of the middle class in developing countries resemble `comprador bourgeoisie arguments`. The global power asymmetries lead to a considerable loss of fiscal and monetary autonomy, thus, the ability to regulate capital flight and taxing the rich, overall, to build up a hard currency and progressive taxation regime as the revenue and regulatory basis of industrial policy. To understand the effect of those `negative externalities on internal social formations` a non-deterministic approach to dependency, suitable to a combination with post Keynesian economics will be applied. This approach assumes that dependency is more the result of what Amin described as structural heterogeneity than of an overdetermined and rigid capitalist world system. And In this context the DS authors "owe direct debt to Cardoso and Faletto's claim that under certain circumstances states could become proactive agents of accelerated development, even in contexts of overall dependency" (Heller; Rueschmeyer et.al.2009). The DS literature "differs quite fundamentally not only from neoclassical accounts but even from those of heterodox economists primarily focused solely on the causal nexus between policy and economic outcomes" they were "not simply interested in the effects of policies but in the institutional and political arrangements that produce and implement them in the first place." (Haggard 2018). In the Mexican case, the research question therefore is, what could be a developmental states policy to overcome structural heterogeneity despite dependency?

DoE22 | The Value of Uncertainty in Democratic Systems

Organisiert von / Organized by: Dr. Svenja Ahlhaus (Universität Hamburg), Dr. Alice el-Wakil (Universität Zürich)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Sektion „Politische Theorie und Ideengeschichte“

Chair: Dr. Svenja Ahlhaus (Universität Hamburg)

Discussant: Dr. Alice el-Wakil (Universität Zürich)

Abstract:

Uncertainty is an unavoidable feature of democratic politics – and one that is built into democratic processes. Elections are a case in point. Their outcome needs to be uncertain for them to be competitive and match democratic standards. And this uncertainty is considered to give valuable incentives to elected representatives in terms of tracking the preferences of the electorate and respecting them in their legislative decisions or in terms of strengthening their epistemic humility. At the same time, certain levels and kinds of uncertainty can also strain democratic systems and processes. While it might have triggered collective learning processes, the Covid-19 pandemic has also demonstrated that certain forms of uncertainty undermine the decision-making capacities of democratic authorities – thus providing special interests with privileged opportunities to advance their interests and contributing to the erosion of public support and trust in democratic processes.

This panel aims at clarifying the value of uncertainty for democratic systems. It invites theoretical and empirical contributions on the following and related questions:

1. How should uncertainty be conceptualized in democratic theory? How does it relate to knowledge, competence, or power?
2. Which institutional practices, processes, or innovations rely on uncertainty, and in what ways? Which ones can ‘tame’ uncertainty in a way that makes it ‘safe for democracy’?
3. What kinds or levels of uncertainty foster or undermine democracy? What incentives does uncertainty provide to various actors of political systems?

Beiträge / Contributions:

Democratic Rationality Needs Emotional Security: A Deliberative Perspective on Political (Un-)Certainties and (In-)Securities

Dr. Dannica Fleuss (Helmut-Schmidt-Universität Hamburg)

Abstract:

Proponents of liberal electoral democracy consider “institutionalized uncertainty” (Przeworski, 1991) as a core feature of legitimate politics. In this paper, I discuss the value of “uncertainty” in democratic politics from the vantage point of deliberative democratic theory. I differentiate two forms of ‘uncertainty’/'insecurity' that are relevant to participants in democratic procedures, i.e.: (a) their uncertainty about the outcomes of democratic procedures and (b) their feeling of emotional (in-)security.

I argue (a) that deliberative democrats should place prime value on political procedures’ open-endedness and therefore must consider uncertainty with regards to political outcomes as a core feature of legitimate democratic politics. Yet contrary to liberal theorists, deliberative democrats conceptualize democratic politics not (primarily) as a process in which parties or political elites compete for voters’ approval and political power. Ultimately, collectively binding decisions shall result from inclusive opinion- and will-formation processes in which citizens engage in communicative exchanges about their perspectives and preferences and resolve their disagreements about ‘what should be done’ in a cooperative manner (Dryzek, 1990; Habermas, 1981).

(b) Particularly when democratic politics is characterized by deep political differences and value conflicts, this may appear as a demanding ideal. Drawing from recent institutional experimentation, I

argue that a crucial precondition for deliberative politics is participants' feeling of emotional security. Rational deliberation and citizens' cooperative engagement significantly benefit from "procedures specifically intended to open minds and create an emotionally safe atmosphere" (see Jennstal & Niemeyer, 2017; Fleuß, forthcoming).

Consequently, deliberative politics needs both uncertainty about political outcomes – and institutions that foster participants' feeling of emotional security.

Information and deliberation in the Covid-19 crisis and in the climate crisis

Prof. Dr. Claudia Landwehr (Johannes Gutenberg Universität Mainz), Julian Frinken (Johannes Gutenberg Universität Mainz)

Abstract:

In the Covid-19 pandemic, democracy's promise to enable well-informed, epistemically "correct" decisions has gained almost unprecedented appeal. In the face of shock and extreme uncertainty, the criteria for success – limiting infections and fatalities while keeping economic damages low – seemed uncontroversial, und the challenge merely one of selecting the right strategies to achieve these ends. Struggling to demonstrate liberal democracy's superiority over authoritarian regimes like China and populist governments like Donald Trump's in the US, many European leaders decided to defer to expert judgment in making decisions under conditions of uncertainty.

In deferring to experts, what these governments have done in the Covid-19 crisis is what activists and experts alike have called for in the case of another global crisis facing contemporary societies: the climate crisis. In both cases, an apparent state of emergency leaves no time for addressing uncertainties in lengthy discussions and inclusive decision-making processes, and calls for "evidence-based" expertocracy are voiced not only by activists, but also within academia.

In this paper, we review and discuss arguments for expertocratic decision-making in times of crisis and uncertainty. Following Lafont, we argue that the idea that political decision-making can, in the quest for truth, legitimately bypass processes of public opinion and will-formation is normatively problematic from the point of view of a democratic theory that understands democratic government as self-government of citizens. Where governments ask citizens to follow their lead in deferring more or less blindly to expert judgments, they try to take Lafont calls an "expertocratic shortcut".

Innovations from Hope and Innovations from Fear: Comparing the Sixties to Today

Prof. Dr. Jane Mansbridge (Harvard Kennedy School)

Abstract:

Today we see a raft of exciting innovations in democratic practice, responding to a pervasive experience of "democratic deficit." As we look ahead to looming climate change and other major challenges, we realize that current democratic arrangements do not provide sufficient governing legitimacy to meet those challenges. In response, new generations of democratic theorists and practitioners are experimenting with exciting new democratic mechanisms, many centering on the use of randomly selected citizens to advise administrators and legislators. When I compare this moment experientially to that last great moment in participatory innovation, the 1960s, I see one big difference. In the sixties, a moment of a booming economy, we felt great hope for the future. Now we feel fear. Our current fear is mixed with hope, but it produces a different approach, one more grounded in changing and supplementing existing representative systems, less in devising wholly separate organizations run on radically democratic principles. We can learn from both historical moments.

DoE23 |Transnationaler Populismus? Populistische Politikformen und internationale Ordnung

Organisiert von / Organized by: Johanna Gördemann (Universität Duisburg-Essen), Dr. Kolja Möller (TU Dresden)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Themengruppe „Populismus“

Chair: Johanna Gördemann (Universität Duisburg-Essen), Dr. Kolja Möller (TU Dresden)

Abstract:

Der weltweite Aufstieg „populistischer“ Politikformen wirkt sich unmittelbar auf die Landschaft inter- und transnationaler Institutionen aus: Das koordinierte Vorgehen des sog. „Viségrad"-Blocks in der Europäischen Union, die jüngeren Blockaden in der Welthandelsorganisation WTO oder die Widerstände gegen den UN Migration Compact sind nur einige Beispiele, an denen zwischenzeitlich eine internationale Dimension des Populismus zu beobachten ist. In der zeitgenössischen Populismusforschung wird lebhaft diskutiert, ob und wie sich diese Entwicklungen verstehen lassen: Ist bloß eine internationale Koordinierung einzelner Regierungen zu beobachten oder bilden sich darüber hinausreichende Dynamiken, die auf einen ausdrücklich internationalen Populismus hindeuten? Inwieweit sind populistische Politikformen notwendig am „souveränen“ Volk des Nationalstaats orientiert oder sind auch Spielarten zu identifizieren, die „transnational“ ausgerichtet sind? Und wie verhalten sie sich zu den etablierten Unterscheidungen zwischen Links- und Rechtspopulismus? Welche Rolle spielen globale soziale Bewegungen für populistische Widerstände in inter- und transnationalen Institutionen?

Im Mittelpunkt des Panels soll die Frage stehen, wie das Verhältnis von populistischen Politikformen und internationaler Ordnung zu begreifen ist. Dies kann gerne sowohl theoretisch als auch entlang konkreter Beispiele und Fallstudien – etwa im Hinblick auf die EU, die UN oder auf spezifische Politik- und Rechtsregime – entwickelt werden.

Beiträge / Contributions:

Die Nation ist nicht genug: Eine Fallstudie von Greta Thunbergs Transnationalen Populismus

Dominik Schmidt

Abstract:

Das seit der Jahrtausendwende verstärkt auf der Welt grassierende Phänomen des Populismus nimmt zunehmend transnationale Züge an. Vor allem soziale Bewegungen wie Occupy Wall Street und DIEM25 nutzen populistische Diskurse, wobei sie gleichzeitig durch ihren internationalen Anspruch die nationalen Grenzen transzendieren. Dabei offenbart der empirisch zu beobachtende Nexus aus Transnationalismus und Populismus die immanenten Unzulänglichkeiten des hegemonialen 'ideellen Ansatzes' der Populismusforschung. Dieser definiert ‚das Volk‘ in der manichäischen Dichotomie zu ‚den Eliten‘ explizit als ‚rein‘ und ‚homogen‘, was in einem inhärenten Widerspruch zur transnationalen Ausrichtung zeitgenössischer populistischer Bewegungen steht. Im Gegensatz dazu haben die WissenschaftlerInnen des 'diskursiven Ansatzes', auch Essex-Schule genannt, in den letzten Jahren ein tragfähiges Konzept des transnationalen Populismus entwickelt. Dieser Beitrag möchte diesen Ansatz anwendend, den Fokus auf eine in der Populismusforschung weitgehend vernachlässigte Einzelfallstudie lenken, nämlich den transnationalen Populismus von Fridays For Future und ihrer bekanntesten Persönlichkeit Greta Thunberg. Zu diesem Zwecke werden die Reden von Greta Thunberg im Rahmen der UN-Klimaschutzkonferenzen analysiert und die Essenz sowie der Einfluss ihrer transnational populistischen Rhetorik beleuchtet. Dabei hebt der Vortrag hervor, dass Thunbergs Diskurs häufig den populistischen Werkzeugkasten nutzt, um einen Antagonismus zwischen den 'Weltführern' und dem 'universellen Volk' darzustellen. Darauf aufbauend setzt sich der Beitrag mit den Implikationen ihrer populistischen Rhetorik auseinander und zeigt auf, dass sich hingegen der

dominierenden Annahme,Populismus und progressiven Klimapolitik nicht gegenseitig ausschließen, sondern eine Symbiose bilden können.

Transnationaler Rechtspopulismus? Netzwerk und Agenda der brasilianischen Rechten auf Facebook

PD Dr. Liriam Sponholz (DeZIM-Institut), Dr. Marcelo Alves Dos Santos Junior (Fluminense Federal University), Prof. Dr. Afonso de Albuquerque (Fluminense Federal University)

Abstract:

Rechtspopulismus wird sowohl in den Medien als auch in der zeitgenössischen Populismusforschung als eine transnationale Entwicklung betrachtet. Gleichzeitig liegt der Fokus rechtspopulistischer Forschung beinah ausschließlich auf Europa und den USA. Ein solcher Westenzentrismus (Albuquerque, 2020) führt u.a. dazu, dass der Kern des Rechtspopulismus häufig auf Streitfragen um Nativismus und Antimigration reduziert wird (Klein und Muis, 2019). Wie aber sieht die rechtspopulistische Agenda aus transnationaler Sicht aus? Dreht sich diese in anderen Weltregionen auch vornehmlich um Nativismus und Antimigration oder stehen andere Streitfragen wie Demokratiefeindschaft, Antikommunismus, Law-and-order-Denken, Geschichtsrevisionismus oder Hate Speech im Mittelpunkt?

Diesen Fragen wird anhand einer topic-modeling-Analyse von Kommentaren auf rechtsgerichteten Facebook-Seiten in Brasilien (n=663.846) nachgegangen. Die Kommentare sind Reaktionen auf Posts, die zwischen 2013 und 2018 veröffentlicht wurden. Dieser Zeitraum umfasst mehrere Schlüsselereignisse, die mit dem Wahlsieg Jair Bolsonaros in der Präsidentschaftswahl 2018 kulminierten und mit den Protesten gegen die Fußballweltmeisterschaft 2013 begannen.

Die Ergebnisse zeigen, dass Angriffe auf Linke und ein moralischer Konservatismus die prominentesten Topics der brasilianischen Rechten darstellen. Nativismus und Antiimmigration spielen demgegenüber kaum eine Rolle. Nationalistische Diskurse lassen sich vor allem im Zusammenhang mit Antikommunismus und Demokratiefeindschaft (Aufruf zur militärischen Intervention) identifizieren.

Gemeinsam sind dem Rechtspopulismus in Brasilien und in Europa aber Streitfragen wie Law-and-Order-Denken sowie deren Netzwerkstruktur, die hauptsächlich von online communities und nicht von politischen Organisationen getragen wird. In diesen communities finden sich hier wie dort extreme Positionen in Form von historischem Revisionismus, Aufrufe zur militärischen Intervention und Hate Speech.

Eine „rechtspopulistische Internationale“? Transnationaler Populismus und neue Rechte

Dr. Kolja Möller (TU Dresden), Johanna Gördemann (Universität Duisburg-Essen)

Abstract:

Rechtspopulistische Bewegungen sind längst dabei sich im internationalen Maßstab zu koordinieren und konzertiert zu handeln: Sei es in den sozialen Medien oder im gemeinsamen Auftreten in inter- und transnationalen Institutionen wie der EU oder der UN. Die Populismusforschung hat schon damit begonnen, die Frage zu diskutieren, inwieweit neue Formen eines inter- bzw. transnationalen Populismus zu beobachten sind. Dabei ist insbesondere fraglich, in welchem Verhältnis internationale Koordinierung und transnationale Dynamiken stehen. Das Papier macht dazu einen systematischen Vorschlag, der trans- und internationale Formen des Populismus konzeptionalisiert. Sodann wird anhand der jüngsten Konflikte um den UN Migration Compact diskutiert, wie das Vorgehen rechtspopulistischer Regierungen und Bewegungen einzuordnen ist: Handelt es sich tatsächlich um einen transnationalen Populismus oder um die Koordinierung national-identitärer Volkssouveränitätsprojekte? Gibt es gar eine Tendenz zur „Kosmopolitisierung“ der neuen Rechten oder bleibt es bei nationalen Allianzen?

DoE24 | Globale Umweltpolitik in der Transformation: Normen, Wissen und Mehrebenenproblematiken

Organisiert von / Organized by: Prof. Dr. Antonia Graf (WWU Münster), Dr. Bastian Loges (TU Braunschweig)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Arbeitskreis „Umweltpolitik / Global Change“

Chair: Prof. Dr. Antonia Graf (WWU Münster), Dr. Bastian Loges (TU Braunschweig)

Discussant: Prof. Dr. Markus Lederer (TU Darmstadt)

Abstract:

Globale Umweltprobleme stehen zwar lokal, national wie international seit langem auf der politischen Agenda, zugleich wird aber die Dringlichkeit ihrer Lösung regelmäßig hinterfragt sowie bestehende internationale Regulierungen oftmals als zu stark oder zu schwach kritisiert. Und obschon über die Notwendigkeit zur nachhaltigen Transformation weitestgehend Einigkeit zu bestehen scheint, überrascht es nicht, dass Normen im Umweltbereich angesichts der Vielzahl von Interessenslagen diverser Akteure, systemischen Ausgangspunkten und Steuerungsebenen ganz unterschiedlich und teilweise auch sehr kontrovers interpretiert werden. Es stellt sich somit die Frage, ob die sich aus dieser Umstrittenheit ergebenden Dynamiken den appellativen Charakter der Norm zur Verhandlungssache machen und inwiefern eine andauernde Aushandlung sowohl Chancen als auch Hemmnisse für Übersetzungen und Implementation und damit auch für den Gehalt von Umweltnormen an sich bieten würden.

Das Panel fokussiert auf diese normative Dynamiken in verschiedenen Feldern der globalen Umweltpolitik (Umweltgerechtigkeit, Waldgovernance, Plastikregulierung, Mobilität) und unterstreicht dabei den Mehrwert einer normtheoretischen Perspektive für die Analyse von Global Environmental Governance: Die Normenforschung ermöglicht die konzeptionelle wie empirische Untersuchung komplexer wie dynamischer Ordnungsbildung über internationales Recht, Regimekomplexe und internationale Organisationen hinaus. Normen verweisen auf entstehende, zeitweilig fixierte, aber nicht zwingend materiell grundierte Muster von globaler Governance, ohne dabei die Dynamiken des Normativen und des Appellativen auszublenden. Daher stehen im Fokus der verschiedenen Papiere umweltwissenschaftliche Fragen nach dem produktiven Streit über internationale Regeln, nach dem Zusammenspiel verschiedener politischer Ebenen, nach der Wissensproduktion in unterschiedlichen geographischen wie disziplinären Räumen oder nach Figurationen zwischen diversen Akteur*innen.

Beiträge / Contributions:

Die Plastik-Pandemie 2.0: Plastikvermeidung und Hygienebedenken als offene Normenkollision in Zeiten von Covid-19

Dr. Bastian Loges (TU Braunschweig), Prof. Dr. Anja P. Jakobi (TU Braunschweig)

Abstract:

Für die Anti-Plastik-Norm bedeutet die Covid-19-Pandemie einen Rückschlag, weil neben der massiven Produktion von polymergestütztem Mund-Nasen-Schutz auch ein Vielfaches der üblichen Menge an Verpackungsmaterialien und Single-use-Plastik genutzt wird, um durch verbesserte Hygiene die Ausbreitung des Virus zu vermeiden. Letztlich ist diese Überlappung von umweltpolitischen mit gesundheitspolitischen Aspekten nicht neu, sondern zieht sich als potentieller Normenkonflikt durch die gesamte Debatte um Plastikregulierung. Dennoch erfuhr dieser Konflikt durch die globale Pandemie eine Verschärfung, deren Entstehung empirisch nachgezeichnet und normtheoretisch erklärt werden soll.

Somit untersucht das Papier die aktuelle Situation als Transformation eines bislang ruhenden Normenkonflikts, indem das Verhältnis von Plastikvermeidungs- und Hygienenorm vor und während der Pandemie vergleichend analysiert und zudem der Frage nachgegangen wird, welche Akteure das

Gelegenheitsfenster durch Corona genutzt haben, um ihr Argument von der Notwendigkeit der Plastiknutzung zu erneuern und somit eine Normenkollision zu aktivieren. Dazu werden in einem ersten Schritt ausgewählte Narrative von Regierungen, NGOs und transnationalen Unternehmen ausgewertet, bevor im zweiten Schritt konkret die Rolle von Akteuren ausgewiesen wird, die einen ruhenden Normenkonflikt in eine offene Normenkollision transformiert haben.

Researching Climate Justice – A decolonial approach to global climate governance in the Arctic and the Mediterranean

Dr. Jan Wilkens (Universität Hamburg), Alvine Datchoua-Tirvaudey (Universität Hamburg)

Abstract:

In the context of global climate governance key organizations and regimes have adopted notions of climate justice in order to formulate climate policies and mediate among international actors. Although diverse types of climate injustices exist, dominant debates in global governance focus on states and centrally revolve around climate debt.

Despite the importance of addressing this issue, our contribution starts from the observation that multiple epistemologies and ontologies about climate change and human-nature relations that shape understandings of justice are often neglected in global climate governance. We argue that research has to dissect the ways of knowing that inform climate change related decisions. To this end, the paper develops a decolonial research approach that draws on diverse ways of knowing. We hold that a decolonial research approach is important for analytical and normative reasons: it allows to uncover and identify differences (and gaps) between dominant notions of climate justice and diverse ways of understanding justice of actors in sensitive regions who only have limited access to global climate governance structures.

The contribution consists of the following main steps. First, we will introduce the concept of diverse ways of knowing in relation to global climate governance. Secondly, we will discuss implications for our research design addressing research ethics, decolonial approaches, and norm contestation. Third, the paper outlines the method of ethnographic action research and the co-production of knowledge. Fourth, we will present our findings on diverse ways of knowing climate justice in two sensitive regions: the Arctic(s) and the Mediterranean region.

Sustainable Urban Mobility Plans als transdisziplinäre Übersetzung von EU-Nachhaltigkeitsnormen?

Prof. Dr. Antonia Graf (WWU Münster), Nils Stockmann(WWU)

Abstract:

Seit rund zehn Jahren lösen Sustainable Urban Mobility Plans (SUMPs) in mehr und mehr Ländern der Europäischen Union nationale Verkehrsentwicklungspläne ab und belegen damit einen Steuerungseffekt der EU. Nach zähem Ringen um Einheitlichkeit im Transportsektor des Europäischen Binnenmarkts mit mäßigem Erfolg beschäftigt die EU Energie und Mobilitätspolitik heute Klimaschutzbeauftragte, Bürgermeister*innen, Planungsbüros und Verwaltungseinheiten in Kommunen und transnationalen Netzwerken mit für nachhaltige Entwicklung relevante Effekte über den Mobilitätsbereich hinaus.

Wir analysieren diesen Prozess als Fall von Wissensintegration und argumentieren zunächst, dass SUMPs sich als Mischung aus top down und bottom up Regierungsstrategien im Mehrebenensystem konzeptualisieren lassen. Zentral für die Integration entlang der Ebenen, so unser Argument weiter, sind dabei die transdisziplinären Übersetzungen zwischen der EU-Kommission und den ausführenden Akteuren in urbanen Kontexten sowie die Reise der Normen selbst in unterschiedliche Arenen. Indem wir inhaltsanalytisch (Dokumentationen von Stakeholder-Dialogen) illustrieren, in welchen Foren transdisziplinäre Zusammenarbeit stattfindet, wie sie gestaltet ist und welche normativen Gehalte dabei zwischen den verschiedenen Ebenen übersetzt werden, zeigen wir, wie Akteure mit unterschiedlichen Strategien spezifische Bedeutungen der EU Normen in Gebrauch setzen und somit gleichzeitig Bedeutungsgenese im Sinne nachhaltiger Entwicklung in anderen Politikfeldern initiieren. Wir

schlussfolgern daraus, dass ein Transfer von Wissen im Mehrebensystem erst durch die verstärkte Öffnung für bottom up Steuerung ermöglicht wurde, der eine gewisse Dichte und Durchdringung des Transportsektors mit EU Energie- und Mobilitätsnormen erbracht hat.

What are Forests for? Conflicting International Norms on Forests and their Effects in Ghana and Lao PDR

Maike Stelter (TU Braunschweig)

Abstract:

While forests are a sovereign resource, they meet a broad range of demands both nationally and internationally. Despite different attempts, international regulation on forests is not in place. Still, a multitude of actors on all policy levels negotiates, implements and enforces forest governance worldwide. These activities refer to a broad range of international norms like climate change, environmental justice, free trade, biodiversity or the representation of local communities which are not necessarily but at least partly conflicting in their implementation on the national and local scale. While some aspects of global forest governance, like REDD+, are already well researched, the conflictive elements that different international norms on forests imply as well as their effects at the domestic level remain unclear. In recent years, norm scholars identified different norm processes from localization to contestation of international norms, including dynamics between different policy levels.

This paper starts from there and examines the interplay of the international norms and national forest governance comparing the two cases of Ghana and Lao PDR. It traces the implications of international norms in both countries from national regulations to their implementation in local contexts, based on a literature review, expert interviews and a broader analysis of remote sensing data. The paper therefore contributes to different scholarly debates, examining the multi-level dynamics between contestation and diffusion as well as their implications for forest governance and the implementation of partly conflicting norms.

DoE25 | Unsichere Zeit(en). Die Politik der Zeit und ihre Folgen für die Demokratie

Organisiert von / Organized by: Florian Hoffmann (Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer), Theresa Franke (Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Arbeitskreis „Konstruktivistische Theorien der Politik“, Arbeitskreis „Politik und Kultur“, Arbeitskreis „Politik, Wissenschaft und Technik“, Arbeitskreis „Politik und Geschichte“

Chair: Theresa Franke (Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg)

Discussant: Florian Hoffmann (Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer)

Abstract:

Ob Wirtschaftskrisen, Klimawandel oder Pandemien: Unsichere Zeiten fordern politische Entscheidungen – doch politische Entscheidungen zeitigen ihrerseits Unsicherheit. Beides gilt insbesondere für Demokratien. Konstruktivistische Theorien der Politik reformulieren diesen Befund als Kontingenz sozialer Ordnung und fokussieren den Prozesscharakter ihrer politischen Bewältigung. Die Zeit erscheint somit selbst als ein Unsicherheitsfaktor, den Politik zwar nicht ausräumt, aber bändigt, transformiert und unter kontrollierten Bedingungen reproduziert. Dies verschiebt die Herausforderung demokratischer Politik in Zeiten der Unsicherheit in das Problem der politischen Implikationen der unsicheren Zeit und die Frage nach ihren Folgen für die Demokratie. Das Panel beleuchtet diese „Politik der Zeit“ auf drei Betrachtungsebenen:

(a) Unsichere Entscheidungen. Zeit konstituiert konkrete Entscheidungssituationen. Denn Entscheidungen werden in der Gegenwart, anhand von vergangenen und hinsichtlich künftiger Möglichkeiten getroffen. Zwischen Vergangenheit und Zukunft drängt die Geschichte auf Zukunftsprojektionen – aber Zukunft verunsichert die eigene Gegenwart.

(b) Unsichere Identitäten. Zeit strukturiert kollektive Identitäten. Denn im Zuge unsicherer Entscheidungen werden auch politische Zeithorizonte verhandelt. Zwischen Vergangenheit und Zukunft identifizieren sich Kollektive entlang gesellschaftlicher Konfliktlinien – gegenwärtige Entscheidungen verunsichern jedoch alle kollektiven Zeitbezüge.

(c) Unsichere Ordnungen. Zeit organisiert soziale Ordnungsbildung. Denn politische Strukturen kontrastieren die Unwägbarkeiten gesellschaftlichen Wandels. Zwischen Vergangenheit und Zukunft stabilisieren Entscheidungen und Identitäten hegemoniale Ordnungen – doch Wandlungsprozesse verunsichern alle Herrschaftsverhältnisse.

Das Panel lädt zu einem produktiven Austausch zu diesen und angrenzenden Zugängen aus unterschiedlichen Theorieperspektiven und hinsichtlich der zentralen Fragestellung ein: Inwieweit lassen sich vor diesem Hintergrund unsicherer Zeit demokratische Erinnerungspolitik und Zukunftsprojekte analytisch von autokratischem Geschichtsrevisionismus und Gesellschaftsplanung abgrenzen – oder beruht eine demokratische Politik der Zeit letztlich auf normativen Voraussetzungen?

Beiträge / Contributions:

Demokratie als "Schönwetterphänomen"? - Über demokratisches Entscheiden in unsicheren Zeiten

Markus Kasseckert (Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg)

Abstract:

Die Strukturschwächen liberaler Demokratien sind immer schon Gegenstand theoretischer Diskussionen und empirischer Forschungen. Dieser Katalog kann mithilfe der Beschleunigungs-Theorie nach Hartmut Rosa um eine These erweitert werden: die systematische Langsamkeit demokratischer Prozesse im Modus permanenter Zeitknappheit. Dabei postuliert Niklas Luhmann: „Zeit an sich ist nicht knapp.“ Zeitknappheit entsteht aus der Überforderung des Erlebens durch Erwartungen. Insofern ist das Gefühl von Zeitknappheit immer auch sozial konstruiert, indem es einem Meer aus kontingenten, hegemonialen Effizienz-Diskursen entspringt.

Dabei ist normativ unbestritten, dass politisches Entscheiden in Demokratien seine Zeit braucht. Deswegen besteht in „unsicheren Zeiten", in denen sich große Unsicherheit mit Dringlichkeit koppelt, die Gefahr einer Ent-Demokratisierung politischer Prozesse zum Wohle der Schnelligkeit. „Entscheiden" wird dem Primat des Sachzwangs untergeordnet, prozedurale Rationalität wird auf das Tempo der Entscheidungen reduziert und Effizienz also zu einem Wert an sich. Die Frage, die sich vor diesem Hintergrund aufdrängt, lautet: Ist Demokratie ein „Schönwetterphänomen"? Können also die normativen Voraussetzungen demokratischen Entscheidens nur in „sicheren Zeiten" gewährleistet werden?

Mein Beitrag nähert sich dieser Frage aus zwei Richtungen an. Zunächst soll in einer theorienvergleichenden Perspektive betrachtet werden, ob und wie demokratische Entscheidungsprozesse tatsächlich anderen (Teil-)Systemen strukturell in ihrer Zeitlichkeit unterlegen sind. Im zweiten Schritt soll diskutiert werden, welche Strategien denkbarerweise die „Langsamkeit" demokratischen Entscheidens mit Unsicherheit und Dringlichkeit verbinden können, sodass die normativen Voraussetzungen gelingender Demokratie, unabhängig von systemischen Wetterverhältnissen, gewährleistet bleiben. Ziel ist es aufzuzeigen, dass nicht Demokratien an sich unter systematischer Langsamkeit leiden, sondern vielmehr die Konstruktion einer „effizienten Wirklichkeit" als Keimzelle des Problems zu betrachten ist.

Politische Temporalitäten: eine poststrukturalistische Perspektive im Anschluss an Michel Foucault

Dr. Jürgen Portschy (Universität Wien)

Abstract:

Temporale Dynamiken durchziehen praktisch alle Bereiche des sozialen Lebens. Dennoch bleiben sie weitgehend unsichtbar, solange verfestigte Zeitmuster im Rahmen sozialer Praxen reproduziert werden. Erst in Situationen des Konflikts oder der Krise, wo eingespielte Gewohnheiten in Frage gestellt werden, erlangen soziale Zeitverhältnisse und mit ihnen verbundene Formen von Macht und Herrschaft Sichtbarkeit. Hierbei bedeutet die Macht über die Zeit immer auch die Macht über das Leben einer Gemeinschaft und die Akkumulation von spezialisiertem Zeitwissen erweist sich historisch betrachtet als wichtige Quelle der Legitimation sozialer Autorität.

Dieses Paper versucht auf theoretischer Ebene der Frage nachzugehen, worin die Möglichkeiten und Grenzen der Entwicklung einer konstruktivistischen Perspektive auf multiple Aspekte und Formen einer „Politik der Zeit" für die gegenwärtige Politikforschung liegen. Ich folge zu diesem Zweck verschiedenen Definitionen einer „Politik der Zeit", wie sie in diversen Subfeldern der Politikwissenschaft entwickelt wurden, gehe aber sogleich darüber hinaus, indem ich rezente Ansätze aus dem interdisziplinären Feld der „Critical Social Time Studies" miteinbeziehe. Anschließend an feministische, queere und postkoloniale Zeittheorien gehe ich davon aus, dass die Entwicklung einer kritischen Perspektive auf „Politik und Zeit" uns fundamentale Einsichten über sich verändernde Formen der Verflechtung von Zeit, Macht und sozialer Ungleichheit ermöglicht und versuche diesbezüglich wichtige Dimensionen und Aspekte im Rahmen demokratischer Gegegenwartsgesellschaften herauszuarbeiten. Schließlich skizziere ich, inwieweit die Entwicklung einer durch Foucault inspirierten, kritischen Perspektive auf Formen einer „Politik der Zeit" als Scharnier fungieren kann, um unterschiedliche kritische Zeittheorien rund um den Begriff eines temporalen Regierens im Kontext machtvoller Zeitdispositive miteinander in Beziehung zu setzen (vgl. Portschy 2020).

Umstrittene Tatsachen als dynamisches Fundament politischer Entscheidungen in Demokratien und ihre Wahrnehmung als „unsicher"

Alexander Chmelka (Graduiertenkolleg Wissenschaftsmanagement und Wissenschaftskommunikation als forschungsbasierte Praxen der Wissenschaftssystementwicklung (Grako WiMaKo))

Abstract:

Politische Entscheidungen werden nach bestem Wissen und Gewissen (1) getroffen – zumindest ist diese Redensart Ausdruck eines demokratischen Selbstverständnisses. Daraus folgt, dass sich Politiker

Wissen zu einer Angelegenheit, die entschieden werden soll, aneignen müssen. Dabei kommen sie mit wissenschaftlich konstruiertem Wissen in Berührung. In Fachbüchern und -artikeln, Zeitungen, Talkshows, Podcasts und Online-Videos werden wissenschaftliche Tatsachen, auf die jeweiligen Rezipienten abgestimmt, aufbereitet und vermittelt. Wissenschaftliche Politikberatung wird insbesondere in ereignisgeprägten (2) Zeiten offenkundig in Anspruch genommen, um Entscheidungen durch sichere Tatsachen – nach bestem Wissen also – zu legitimieren.

Wissenschaften konstruieren jedoch umstrittene Tatsachen. Konstruieren meint in diesem Zusammenhang einen Prozess der Herstellung, in dem die Forscher (1) Instrumente und Methoden anwenden, (2) sich untereinander in Denkkollektiven austauschen, (3) Allianzen mit außerwissenschaftlichen Akteuren eingehen und (4) Teile ihrer Forschung öffentlich präsentieren. Die in diesem Prozess konstruierten Tatsachen müssen immer bestreitbar sein, wenn sie als wissenschaftlich gelten sollen. Dass uns dennoch einige wissenschaftliche Tatsachen als unbestreitbar erscheinen, hängt unter anderem damit zusammen, dass ihr Konstruktionsprozess eine Blackbox ist – Labore, Expeditionen, Büros, Bibliotheken und Datensätze werden, wenn überhaupt, nur in Auszügen und kontrolliert transwissenschaftlichen Öffentlichkeiten präsentiert – und selbst dann verfügen nur Wenige über die Zeit und Kenntnisse, sie zu rekonstruieren und revidieren. Zeit kann diese Blackbox zusätzlich verstärken. Wenn eine Tatsache lange Zeit öffentlich unbestritten bleibt oder wenn sie über einen längeren Zeitraum so häufig reproduziert und öffentlich rezipiert wird, dass sie als Allgemeinwissen gilt, werden Konstruktionsprozess und Grundannahmen nicht mehr hinterfragt.

Entscheider können diese unbestrittenen Tatsachen als Prämissen ihrer Entscheidung beanspruchen, um die Entscheidung als Konklusion zu behaupten. Das vermittelt eine gewisse (!) Sicherheit, weil die Tatsachen wie ein statisches Fundament wirken; und das, obwohl wissenschaftliche Tatsachen eigentlich genauso dynamisch sind – sein müssen – wie die sich verändernden Bereiche der Welt, die sie untersuchen. Ihre Dynamik wird uns in ereignisgeprägten Zeiten bewusst, die sich dadurch auszeichnen, dass unbestrittene Tatsachen entweder noch nicht vorhanden sind oder aber grundlegend erschüttert wurden.

Politische Entscheidungen, die sich auf ein sichtbar umstrittenes (dynamisches) Tatsachenfundament stützen, wirken im Vergleich zu solchen, die sich auf ein vermeintlich unbestrittenes (statisches) Tatsachenfundament stützen, unsicher.

(1) Tatsächlich ist der Begriff Wissen lediglich in den Amtseiden von drei Bundesländern sowie Bundes- und Ehrenamtlichen Richtern zu finden. Demgegenüber enthalten die Amtseide des Bundespräsidenten, -kanzlers und der -minister sowie von zwölf Bundesländern das Adjektiv gewissenhaft. Gewissenhaftigkeit erfordert jedoch im Kontext von Entscheidungen den Einbezug und die sorgfältige Abwägung von Wissensständen.

(2) Ein Ereignis ist laut Duden ein besonderer, nicht alltäglicher Vorgang, Vorfall; Geschehnis

Vertrauen als Vorwegnahme der Zukunft am Beispiel der Governance von Universitäten

Jan Lauer (Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer)

Abstract:

Entscheidungen zu treffen, wird aufgrund der Komplexität und Interdependenz der Gesellschaft immer schwieriger: Unser gestiegenes Wissen über die Welt hat nicht dazu geführt, dass diese durchschaubarer wird (vgl. Giddens 1994: 184), denn die Komplexität einzelner Bereiche unserer sozialen Welt hat es fast unmöglich gemacht – selbst für Expertinnen und Experten – von einigen Bereichen ein vollumfängliches Verständnis zu erlangen (vgl. Giddens 1994: 185 f.). Einer Vielzahl an Entscheidungsmöglichkeiten steht somit eine extrem hohe Komplexität unserer Umwelt gegenüber (vgl. Sztompka 1999: 13).

Vertrauen bietet hier einen Ausweg: Mit Vertrauen wird Zukunft vorweggenommen und die objektive Komplexität kann in subjektive Sicherheit verwandelt werden und somit schließlich Entscheidungen getroffen werden (vgl. Luhmann 2000: 9, 32). Dabei kommt der zeitlichen Dimension eine ganz besondere Bedeutung zu, denn Vertrauen betrifft Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft: „Vertrauen

[…] überzieht die Informationen, die es aus der Vergangenheit besitzt und riskiert eine Bestimmung der Zukunft“ (Luhmann 2000: 23 f.).

Damit stellt sich an Entscheidungen, die auf Vertrauen basieren, eine große Herausforderung: Dem Vertrauen ist immer das Risiko inhärent, dass das Vertrauen nicht erfüllt wird. Es kann keine Sicherheit geben, ob Ereignisse eintreten. Wer bei Entscheidungen vertraut, tut dies nicht, weil ihm die Macht fehlt, sondern auch, weil die Informationen fehlen: „[T]rust is not lack of power but lack of full information“ (Giddens 1990: 33).

Die Funktion des Phänomens Vertrauen bei Entscheidungen wird in dem Beitrag exemplarisch an der Governance von Universitäten dargestellt werden.

Literaturverzeichnis:

Giddens, Anthony: Risk, Trust, reflexivity, in: Beck, Ulrich/Giddens, Anthony/Lash, Scott (Hrsg.): Reflexive Modernization. Politics, Tradition and Aesthetics in the Modern Social Order, Stanford 1994, S. 184-197.

Giddens, Anthony: The Consequences of Modernity. Cambridge 1990.

Luhmann, Niklas: Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität, 4. Aufl., Stuttgart 2000.

Sztompka, Piotre: Trust. A Sociological Theory. Cambridge 1999.

DoE26 | Verkehrswende und Energiewende: Die Potenziale ihrer Konvergenz

Organisiert von / Organized by: Dr. Weert Canzler (Wissenschaftszentrum Berlin WZB), Dr. Jörg Radtke (Universität Siegen)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Themengruppe "Energietransformation"

Chair: Dr. Weert Canzler (Wissenschaftszentrum Berlin WZB), Dr. Jörg Radtke (Universität Siegen)

Abstract:

Aus Klimaschutzgründen ist die Elektrifizierung des Verkehrs ein wichtiges Element der Verkehrswende. Nach Stand der Dinge ist der batteriebasierte Elektroantrieb der aussichtsreichste Kandidat, zumal die Batterien künftig kostengünstiger produziert werden können und zudem leistungsfähiger werden. Auf längere Sicht dürfte auch das mit einer Brennstoffzelle – gespeist von grünem Wasserstoff – versorgte E-Fahrzeug seinen Platz haben, zumindest im Lkw- und sonstigen Nutzfahrzeugbereich. Eine Elektrifizierung macht jedoch nur Sinn macht, wenn Erneuerbare Energien genutzt werden. Ihre Besonderheit liegt darin, dass sie dezentral gewonnen werden und zugleich fluktuierend auftreten. Um einen Ausgleich zwischen dem so genannten Dargebot und der Nutzung von Erneuerbaren zu schaffen, werden alle Verbrauchssektoren – Strom, Wärme und Transport – zunehmend mit einander gekoppelt, um so Flexibilitäten im Gesamtsystem zu schaffen. Das verbirgt sich hinter dem technischen Konzept der Sektorkopplung. Doch ist die Verkehrswende mehr als eine Antriebswende. Um den Verkehr zu transformieren ist zum einen eine verbindliche Ausstiegsperspektive für den Verbrennungsmotor festzulegen. Zum anderen müssen der Öffentliche Verkehr und die aktive Mobilität, also das Zufußgehen und das Radfahren auch zu Lasten des privaten Autos, konsequent gefördert werden. Alle politischen Ebenen sind gefordert, vor allem aber die Kommunalpolitik: von einer systematischen Parkraumbewirtschaftung bis zum Rückbau von Straßen und Parkflächen ist eine kommunale Verkehrswendestrategie mit erheblichen Konflikten verbunden.

Vor diesem Hintergrund sollen in der Session eine Reihe von Aspekten behandelt werden, u.a. hinsichtlich der Governance, der Akteure und der Akzeptanz:

- Governance: Verkehrswende als Projekt in der Mehrebenenpolitik
- Akteure: Kommunale Strategien der Verkehrswende
- Akzeptanz: Partizipation in der Verkehrswende

Beiträge / Contributions:

Multidimensional Preferences for Regulating Self-Driving Cars. Evidence from a Conjoint Experiment conducted in the US, Japan, and Germany

Sebastian Hemesath (Universität Oldenburg), Prof. Dr. Markus Tepe (Universität Oldenburg)

Abstract:

Effective governance of self-driving cars requires broad public support. Although policy-makers and practitioners agree upon the growing need to regulate the development of self-driving cars and the importance of regulation that is consistent with citizens' moral believes and societies' legal standards, there is little systematic evidence about which type of regulation citizens prefer and whether the public is sensitive to specific features of possible regulation regimes. In a conjoint experiment, respondents were asked to compare two hypothetical regimes regulating self-driving cars and to decide which regime they prefer. The regime profiles varied with respect to three substantive dimensions: (1) Safety (regulatory agency for self-driving cars and safety standards compared to conventional cars), (2) legal framework (liability for accidents caused by the autopilot and ethical prioritization) and (3) autonomy (data protection and supervision of autopilot by the driver). The pre-registered conjoint experiment has been conducted on representative online samples for the USA (N=1,188), Japan (N=1,135), and Germany (N=1,174). While all three countries have a substantive automotive industry, the country selection also reflects cultural differences regarding the subjective evaluation of AI and autonomous

vehicles. However, across all samples, we find that citizens strongly prefer regulation that requires permanent human supervision of self-driving cars and stricter safety standards. Cross-country differences emerge on the safety dimension, as respondents from Japan and Germany see public authorities to be in charge of the approval of self-driving cars, while respondents in the US are more likely to accept industry self-regulation. Furthermore, in-depth sub-group analysis reveals that preferences towards self-driving cars' regulation are weakly affected by respondents' attitudes towards technology (technophobia), while their partisan orientation does not affect regulatory preferences whatsoever.

Steuerlos aber nicht planlos. Demokratischer Diskurs und partizipative Ansätze in Zusammenhang mit der Entwicklung selbstfahrender Fahrzeuge in der Schweiz

Dr. Tobias Arnold (Interface Politikstudien Forschung Beratung GmbH), Prof. Dr. Ueli Haefeli (Interface Politikstudien Forschung Beratung GmbH)

Abstract:

Das automatisierte Fahren hat das Potenzial, unsere Mobilität grundlegend zu verändern. Expertinnen- und Experten sind sich weitestgehend einig: Selbstfahrende Fahrzeuge werden kommen; früher oder später, je nachdem wie schnell technische und juristische Fragen geklärt sein werden. Doch wie steht es um die Akzeptanz dieser Fahrzeuge in der Bevölkerung? Welche Fragen stellen sich aus gesellschaftlicher Sicht und wie sollen/können diese in Zukunft gesellschaftlich ausreichend breit diskutiert werden? In einer von der Stiftung für Technologiefolgen-Abschätzung Schweiz (www.ta-swiss.ch) finanzierten Studie (Perret et al. 2020) wurden diese Fragen mit Blick auf die Schweiz untersucht. Anhand von Fokusgruppen mit Laien und Grossgruppenveranstal-tungen mit Expertinnen und Experten sowie Stakeholder im Mobilitätssektor wurden relevante Fragestellungen identifiziert und Meinungen dazu abgeholt. Neben zu klärenden rechtlichen Fragen standen dabei insbesondere auch ethische Fragen im Vordergrund. Das Paper bietet einen Überblick über Experten- und Laienansichten zum Thema selbstfahrende Fahrzeuge, zeigt auf wie diese zum Teil stark kontrastieren und leitet daraus Fragestellungen ab, die sich in einem demokratischen System in Zusammenhang mit der Entwicklung selbstfahrender Fahrzeuge in Zukunft unweigerlich stellen werden. Darauf aufbauend diskutiert das Paper mögliche Ansätze für den zu führenden demokratischen Diskurs und ordnet diese in die politikwissenschaftliche Literatur zu den Formen gesellschaftlicher Partizipation ein.

Referenz:

Perret F., Arnold T., Fischer R., de Haan P., Haefeli U. (2020). Automatisiertes Fahren in der Schweiz: Das Steuer aus der Hand geben? In TA-SWISS Publikationsreihe (Hrsg.): TA 71/2020. Zürich: vdf.

Transition in Brandenburg. Die Tesla-Ansiedlung für eine Konvergenz der Verkehrs- und Energiewende?

Dr. Peter Ulrich (Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung IRS Erkner/ Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg)

Abstract:

Die geplante Ansiedlung der globalen E-Mobilitätsmarke Tesla im brandenburgischen Grünheide bei Berlin hat für viel Dynamik und Mobilisierung in der Mehrebenenpolitik gesorgt. Nicht nur die planungspolitische Ansiedlung dieses Megaprojekts in einer kleinen Gemeinde in der Metropolregion Berlin-Brandenburg und der Nähe zum polnischem Grenzraum, sondern auch die vielen überregionalen Proteste sozialer und Umweltschutzinitiativen haben das Projekt medial einer breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht.

Die Ansiedlung geht vonseiten der Brandenburgischen Landespolitik mit der Hoffnung eines Innovationsschubs im Bereich alternativer Energie- und Mobilitätsförderung in der Metropolregion einher, gleichzeitig werden auch die mangelnden kommunalen Strategien und Konzepte sichtbar, sowie fehlende und unzureichende Infrastrukturen (Schienen- und Straßennetz, Wasser- und Energieversorgung) für die Ansiedlung dieses Megaprojekts.

Der Beitrag untersucht die Tesla-Ansiedlung im Großraum Berlin in Bezug auf die medialen Diskurse der Ansiedlung und beleuchtet lokale, regionale, nationale und europäische förderpolitische Maßnahmen zur Konvergenzförderung zwischen Stadt und Umland und zwischen Konzepten der Verkehrs- und Energiewende in Berlin und Brandenburg. Die Governance-Analyse schaut daher auf die verschiedenen Akteure im Mehrebenensystem und die Einstellungen zu der Wirtschaftsansiedlung in der Region.

Dr. Peter Ulrich ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung (IRS) und an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg. Er ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsverbundprojekt „Energiewende im sozialen Raum“, das u.a. am IRS in Erkner – das in der Nähe der Tesla-Fabrik liegt – bearbeitet wird.

Von der Nische zur Norm – Zum Mainstreaming CO2-armer Mobilitätspraktiken in städtischen Gebieten

Dr. Patrick Scherhaufer (Universität für Bodenkultur, Wien (BOKU)), Dr.Michael Braito (Universität für Bodenkultur, Wien (BOKU)), Dr. Elisabeth Schauppenlehner-Kloyber (Universität für Bodenkultur, Wien (BOKU)), Sandra Wegener (Universität für Bodenkultur, Wien (BOKU))

Abstract:

In diesem Beitrag wollen wir eine konzeptionelle Brücke zwischen der Multi-Level Perspektive (MLP) von Geels (2011) und dem Ansatz sozialer Praxistheorie von Shove, Pantzar und Watson (2012) schaffen und wenden diese an einem Fallbeispiel einer urbanen Verkehrswende an. Der Rahmen ermöglicht es uns, ein fundiertes Verständnis dafür zu generieren, wie sich tief miteinander verbundene soziale und technische Systeme entfalten (Geels 2002). Nach dem MLP entwickelt sich die Transformation aus Nischen. Nischen sorgen für die anfängliche Anwendung einer neuen Technologie oder Praxis auf einer Mikroebene, die in Institutionen, Routinen und Regeln - den sogenannten „Regimen“ - eingebettet sind. Gemäß der Idee des Konzepts nutzen verschiedene Akteure eines Nischenverhaltens (z. B. zu Fuß gehen, Rad fahren) ein exogenes Ereignis (wie den Klimawandel) und beginnen gegen bestehende Regime zu mobilisieren. Wenn immer mehr Nutzende zu einem neuen Regime wechseln und dabei Unterstützung von wichtigen Intermediären (z.B. Parteien, NGOs, Bildungseinrichtungen, Medien, soziale Bewegungen) erhalten, wird die soziale Praxis neu definiert. Der Übergang ist abgeschlossen, wenn die Nutzenden die neuen sozialen Praktiken aufrechterhalten und stabilisieren. Dementsprechend übernehmen die Nutzenden von Nischeninnovationen auf verschiedenen Ebenen des Übergangspfads nicht nur neue technologische Optionen, sondern gestalten auch den Prozess von einer Nische hin zu einem neuen Regime mit neuen sozialen Normen.

DoE27 | Wahl und Auswahl von Gestaltungsoptionen in Politikwandel- und Policy-Lernprozessen

Organisiert von / Organized by: Sandra Plümer (Universität Duisburg-Essen, NRW School of Governance), Dr. Maximilian Schiffers (Universität Duisburg-Essen, NRW School of Governance)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Sektion „Policy-Analyse und Verwaltungswissenschaft", Sektion „Regierungssystem und Regieren in der Bundesrepublik Deutschland"

Chair: - Sandra Plümer (Universität Duisburg-Essen / NRW School of Governance), Dr. Maximilian Schiffers (Universität Duisburg-Essen / NRW School of Governance)

Discussant: - Sandra Plümer (Universität Duisburg-Essen / NRW School of Governance), Dr. Maximilian Schiffers (Universität Duisburg-Essen, NRW School of Governance)

Abstract:

Wahlen sind zentraler demokratischer Kristallisationspunkt für Debatten um die politische Lösung gesellschaftlicher Probleme. Allerdings machen Wahlen als Richtungsentscheidungen das zukünftige Regierungshandeln nicht „alternativlos". Vielmehr werben die politischen Entscheidungs- und Einflussträger*innen für verschiedene Optionen der Politikgestaltung, denn auch hier haben politische Akteure die Wahl. An diese doppelte Bedeutungsebene des Tagungsthemas setzt das Panel an und thematisiert Politikgestaltungsprozesse im Sinne von Policy Making.

Im Fokus stehen Prozesse und Mechanismen von Politikwandel und Policy-Lernen, die sich gegen die Beharrungskräfte des Status Quo und Pfadabhängigkeiten durchsetzen. Doch wie genau werden die Policy Agenden von verschiedenen Akteuren – Regierungen, Parlamentsfraktionen, Interessengruppen, Gerichte – gestaltet? Wie lassen sich Mechanismen des Wandels und Lernens konzeptionell und empirisch fassen – oder deren Ausbleiben systematisch skizzieren? Die steigende Komplexität von Entscheidungsfindungsprozessen sowie die Zunahme an spezialisiertem Policy-Wissen zeigen, dass es auch abseits von Wahlen und Abstimmungen lohnt, sich diesem Thema zu widmen. Insbesondere Beiträge zu folgenden Fragestellungen sind herzlich willkommen:

- Wie vollziehen sich Politikwandel- und Lernprozesse in verschiedenen Politikfeldern?
- Wie werden Entscheidungs-, Austausch- und Interaktionsprozesse im Spannungsfeld von Kooperation und Konfrontation strukturiert?
- Welche Rolle spielen politikfeldspezifische Arbeitskulturen, strittige Policy-Wissensstände, Aufmerksamkeitszyklen sowie der Eindruck von Erfolg und Scheitern im politischen Diskurs?

Um diese Thematiken zu untersuchen, begrüßen wir Papiere, die sowohl etablierte Akteure der Regierungs-, Policy- und Interessengruppenforschung, als auch neue und diffuse Akteure in den Blick nehmen. Die Papiere können einer empirischen oder theoretisch-konzeptionellen Orientierung folgen, unterschiedliche Policies skizzieren sowie verschiedene Analyseebenen und methodische Zugänge einnehmen.

Beiträge / Contributions:

Agricultural Policy for Biodiversity: Facilitators and Barriers for Transformation

Dr. Yves Zinngrebe (Helmholtz-Centre for Environmental Research (UFZ)), Prof. Dr. Sebastian Lakner (University of Rostock), Dr. Jenny Schmidt (Helmholtz-Centre for Environmental Research (UFZ)), Dr. Christian Schleyer (University of Kassel)

Abstract:

The Common Agricultural Policy (CAP) has integrated some environmental aspects into its instruments and measures. Since the 1990s, environmental measures have been introduced and iteratively adjusted with a new funding period every four to seven years. This chapter presents four stages of the policy cycle as an analytical framework in order to assess whether CAP decision makers have learned from

experience to improve the performance of the CAP in preserving biodiversity. Following these four stages, we, first, present the evolution of the agriculture-related environmental agenda in the CAP. Second, we give an overview of key CAP instruments as policy output, including Agri-Environmental Programs/Agri-Environmental and Climate Measures, Cross-Compliance, and Greening of Direct Payments. Third, we compile information on the implementation performance of these instruments to assess the social outcome and ecological impact of the CAP . Finally, we evaluate the learning potential of the CAP process and derive underlying causes. We conclude that CAP reforms have repeatedly failed to draw on the accumulated knowledge on agri-environmental instruments and give some recommendations for improved biodiversity conservation.

Auf der Suche nach Elementen von Policy-Wandel in Politikgestaltungsprozessen. Konzeptionelle Überlegungen zu Arbeits-, Austausch- und Entscheidungsprozessen der Policy-Agenda im Umfeld der Bundestagswahl 2021

Sandra Plümer (Universität Duisburg-Essen), Dr. Maximilian Schiffers (Universität Duisburg-Essen)

Abstract:

Demokratische Wahlen – wie die Bundestagswahl 2021 – sind nicht zuletzt Richtungsabstimmungen der Bevölkerung über die zurückliegende und die anstehende Policy-Agenda. Doch während politische Entscheidungsträger*innen wechseln (können), bleiben andere Policy-Akteure sowie politikfeldspezifische Arbeitskulturen vielfach stabil. Wie die Policy-Forschung zeigt, sind die Beharrungskräfte des Status Quo und Pfadabhängigkeiten ausgeprägt, während umfassender Politikwandel tendenziell selten ist. Die Hürden der Gestaltungsprozesse beschränken den Umfang der Auswahl von tatsächlichen Gestaltungsalternativen.

Das Proposal stellt die Frage, wie Policy-Wandel theoretisch-konzeptionell erfasst und dabei auch das Ausbleiben von Wandel systematisch einbezogen werden kann. Bausteine sind (1) die verschiedenen Akteure – Regierungen, Parlamentsfraktionen, Interessengruppen u.a. – welche die Policy Agenden gestalten sowie (2) die formalen und informellen Arbeits- und Austauschkulturen mit spezialisiertem Policy-Wissen. Damit sollen die blinden Flecken der (3) Übersetzung von politisch-medialer Aufmerksamkeit in Durchsetzungsfähigkeit sowie der (4) Verbindung kurzfristiger Erfolge und Misserfolge in Bezug auf langfristige Lernprozesse konzeptionell beleuchtet werden.

Als theoriegenerierendes Material dienen legislative Dokumente, Policy-Stellungnahmen, Wahlprogramme und wissenschaftliche Policy-Bilanzen in ausgewählten Politikfeldern, die mit inhaltsanalytischen Methoden ausgewertet werden. Ziel ist es, ein Instrumentarium zur konzeptionellen „Vermessung“ des diffusen Begriffs des Policy-Wandels zu entwickeln. Anhand einer politikfeldbezogenen Bilanz soll das Instrumentarium erste Orientierung geben, wie Policy-Inkrementalismus sowie konkrete Erfolge und policy failures gegenüber der langfristigen Policy-Agenda an die Wissensstände der Politikwandelforschung rückbezogen werden können.

Digitalisierung der Verwaltung als Policy-Wandel am Beispiel des Onlinezugangsgesetz

Marc Schütz (Universität Münster, Lehrstuhl für Vergleichende Politikwissenschaft- Kommunal- und Regionalpolitik)

Abstract:

Deutschland lag über lange Zeit bei der Verwaltungsdigitalisierung zurück, die vornehmlich durch Leuchtturmprojekte und Insellösungen geprägt war. Das Onlinezugangsgesetz (OZG) stößt in diesem Politikfeld einen Policy-Wandel an, mit dem Ziel bis 2022 alle Services der Verwaltung flächendeckend online bereitzustellen. Diese Aussage ist begründungsbedürftig und wirft die Frage auf: Warum stellt das OZG einen Policy-Wandel im Politikfeld der Verwaltungsdigitalisierung dar? Der Policy-Wandel, verstanden als umfassende Digitalisierung der Verwaltung durch das OZG, wird als abhängige Variable formuliert.

Kausale Erklärungen und Wirkmechanismen von Policy-Wandel werden in der politikwissenschaftlichen Debatte zur Verwaltungsdigitalisierung momentan weitgehend randständig berücksichtigt. Um diese

Forschungslücke zu adressieren, geht vorliegender Beitrag unter theoretischem Rückgriff auf die Punctuated-Equilibrium-Theorie von einem Wechselspiel zwischen konstantem Status Quo (Equilibrium und Phase negativen Feedbacks) und plötzlichem Wandel (Punctuation und Phase positiven Feedbacks) aus. Ein bedeutender kausaler Faktor für einen Phasenwechsel ist Aufmerksamkeit und Einwirken politischer Letztentscheider auf ein Politikfeld. Die daraus entwickelte Hypothese lautet: Je länger ein abgegrenztes Politikfeld in Phasen negativen (positiven) Feedbacks verharrt (wechselt), desto verzögerter (schneller) findet Policy-Wandel statt.

Methodisch wird eine qualitative Prozessanalyse bzw. process tracing genutzt, um fallzentriert kausale Mechanismen offenzulegen Die erkenntnisleitende Hypothese wird prozessorientiert entlang der Phasen Agendasetting, Politikformulierung und Implementierung im Hinblick auf das OZG empirisch analysiert. Die Datenerhebung basiert hierzu auf öffentlich zugänglichen Quellen ergänzt um Experteninterviews mit OZG-relevanten Akteuren, um Hintergründe, Motivationen und Zusammenhänge fallspezifisch einzufangen.

In einem Exkurs wird der Einfluss unterschiedlicher Partizipationsformen des demokratischen Rhombus (repräsentativ, deliberativ, direktdemokratisch, demonstrativ) als Auslöser von Aufmerksamkeitsverschiebungen bei politischen Letztentscheidern untersucht und als analytische Erweiterung der PET vorgeschlagen.

Gründungspolitik im Bundesländervergleich

Véronique Millim (Universität Koblenz-Landau)

Abstract:

Der Beitrag untersucht vergleichend in ausgewählten deutschen Bundesländern den Prozess der Politikformulierung im Bereich der Gründungspolitik aus einer akteurs- und institutionenzentrierten Perspektive. Im Zentrum steht die Frage, inwiefern Unterscheide und Gemeinsamkeiten im Prozess der Politikformulierung einen Einfluss auf die Ausrichtung der Gründungspolitik der Bundesländer besitzen.

Unternehmensgründungen werden stark durch subnationale und regionale Rahmenfaktoren beeinflusst und zeigen auch in regionalen Umfeldern früher und stärker ökonomische Effekte. In diesem Zusammenhang erfreuen sich Gründungsförderungsprogramme auf lokaler und regionaler Ebene in den letzten Jahren immer größerer Beliebtheit. Obwohl Wirtschaftsförderung ein genuines Kompetenzfeld der Landesregierungen darstellt und die Bundesländer eine zentrale Rolle in der deutschen Gründungsförderungslandschaft spielen, ist verhältnismäßig wenig über die Ausgestaltung der Förderprogramme und die Ausrichtung der Gründungspolitik der Bundesländer bekannt. Die bisherige Forschung untersuchte staatliche Gründungsförderung vor allem aus einer wirtschaftswissenschaftlicher Perspektive, wobei der Policy-Prozess sowie der Einfluss von Policy-Akteuren und Policy-Ideen weitgehend vernachlässigt wurde. Mittlerweile hat sich auch in der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur die Erkenntnis durchgesetzt, dass für ein vertieftes Verständnis von Gründungspolitik eine Auseinandersetzung mit der politischen Dimension dieses Gegenstandes – dazu zählt insbesondere der Policy-Prozess – notwendig ist.

Um diese Lücke in der Forschung für die deutschen Bundesländer zu schließen, untersucht dieser Beitrag anhand einer qualitativen Dokumentenanalyse öffentlich zugänglicher Regierungsdokumente sowie einer Auswertung der Gesamtheit der finanziellen Förderprogramme der Bundesländer für „Existenzgründung und -sicherung“ die Ausrichtung der Gründungspolicies der Bundesländer. Auf dieser Grundlage erfolgen vertiefende qualitative Fallstudien zu ausgewählten Bundesländern mit Hilfe von Experteninterviews.

Politikwandel, Policy-Lernen und Informationsflüsse in dezentralen Arenen. Kooperative Steuerungsinnovationen in der Agrarpolitik

Malte Möck (Humboldt-Universität zu Berlin), Talea Becker (Grünlandzentrum Niedersachsen/Bremen), Prof. Dr. Peter H. Feindt (Humboldt-Universität zu Berlin)

Abstract:

Politikwandel und Policy-Lernen werden zumeist auf der Ebene von Policy-Arenen analysiert, die auf nationale politische Normsetzungsprozesse bezogen und zumeinst durch etablierte Positionierungen und Polarisierungen (z.B. Advocacy-Koalitionen) gekennzeichnet sind. Dabei werden möglicherweise dezentrale Prozesse des Policy-Lernens übersehen, in denen Akteure über etablierte Lager hinweg experimentieren und so die Überwindung von Pfadabhängigkeiten und eingefahrenem Status quo vorbereiten. Diese These soll an einem Beispiel aus der Agrarpolitik, einem extrem pfadabhängigen und polarisierten Politikfeld, entwickelt werden.

Zunächst zeigen wir, dass im Agrarsektor erhebliche Steuerungskapazitäten auf der Ebene von landwirtschaftlichen Wertschöpfungsnetzen verankert sind, deren privatrechtliche Standards oft wirksamer, anspruchsvoller und dynamischer sind als staatliche Vorgaben. Standards betreffen sowohl Marktgüter als auch öffentliche Güter wie Tierwohl, Arten- und Landschaftsschutz. Sie dienen der Orientierung und Koordination einer Vielzahl von Akteuren mit unterschiedlichen Handlungslogiken und sind daher ein Anker für kollektive Lernprozesse. Dies setzt jedoch geeignete Informationsflüsse in den Wertschöpfungsnetzen voraus. Zweitens zeigen wir am Beispiel der Grünlandbewirtschaftungssysteme in drei deutschen Untersuchungsregionen, wie mit der Digitalisierung ganz neuartige Steuerungsoptionen entstehen. Dazu wurden jeweils die Systemfunktionen als Steuerungsziel, bestehende Beziehungen und mögliche Anpassungen der Akteure erfasst. Durch einen „Living-Lab"-Ansatz wurden jeweils zentrale Akteure vor Ort in einen Forschungsprozess zur Entwicklung neuer Steuerungsmodelle auf Basis innovativer Monitoring- und Informationssysteme eingebunden. Drittens zeigen wir, wie auf diese Weise Lösungs- und Lernräume mit erkennbarem Bezug zu den Themen der nationalen Policy-Arena geschaffen werden, in denen Akteure jenseits verhärteter Konfliktlinien kooperieren. Abschließend reflektieren wir auf die Bedeutung der sich rapide verändernden Governance von Informationsflüssen, etwa durch „Smart-Farming-Technologien", für Politikwandel und Policy-Lernen in „Subpolitiken".

DoE28 | Warum (noch) wählen? Demokratie und die Digitalisierung des Demos

Organisiert von / Organized by: Dr. Thorsten Thiel (Weizenbaum-Institut für die vernetzte Gesellschaft / WZB), Prof. Dr. Andreas Jungherr (Universität Bamberg)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Arbeitskreis „Digitalisierung und Politik“

Chair: Prof. Dr. Andreas Jungherr (Universität Bamberg), Dr. Thorsten Thiel (Weizenbaum-Institut / Universität Erfurt)

Discussant: Dr. Thorsten Thiel (Weizenbaum-Institut / Universität Erfurt), Prof. Dr. Andreas Jungherr (Universität Bamberg)

Abstract:

Die datenintensive Vernetzung von Wählerschaft und Repräsentant:innen ist ein Großtrend der letzten Dekade. Was zu Beginn des Jahrtausends noch als digitaler Wiedergewinn der bürgernahen und subsidiären „Jeffersonian Democracy“ begrüßt wurde, wird gegenwärtig aber sehr viel skeptischer diskutiert. Herausgegestellt werden die Risiken von Manipulation und Bevormundung sowie der Einfluss von Werbeindustrie und Plattformunternehmen. Eine umfassende Verunsicherung über das Auseinanderfallen des medialen Erfahrungsraums und des demokratischen Erwartungshorizonts politischer Willensbildung ist spürbar. Das Vertrauen in demokratische Entscheidungsfindung sinkt, während das allgemeine Gefühl von Unsicherheit in westlichen Demokratien steigt. Während die Vermessung des politischen Subjekts als solches - bspw. durch die Demoskopie - eine lange Tradition hat und politikwissenschaftlich als gut reflektiert gelten darf, steht die Untersuchung der digitalen Vermessung des Demos noch ganz am Anfang. Demokratische Anforderungen an reflektierte Willensbildung der Bürger*innen treffen hier auf mediale Umgebungen, in denen die Datennutzung nicht alleine mit dem Versprechen auf Einsicht, sondern auf Steuerung verbunden ist. Topoi der Verfügbarkeit, kybernetische Steuerungsutopien und behaviouristische Konzepte auf Basis psychometrischer Profilbildung setzen, verbunden mit den Anreizen der Plattformökonomie, das Leitbild der urteilsfähigen Bürger*in als Referenzpunkt demokratischer Legitimität unter Druck. Die Gefahr einer Autokratisierung mittels Kontrolle und gezielter Manipulation nimmt zu.

Das Panel wird demokratietheoretische Perspektiven und Diskurse in der empirischen Politikforschung zu Wahlen und Digitalisierung zusammenbringen, um so neue Perspektiven auf Wahlen, Wählerbeobachung und politische Willensbildung zu generieren. Im Fokus steht die Frage,welche Formen der Datafizierung im Kontext von Wahlen zu beobachten sind und welche Folgen sich daraus für die Demokratie ergeben.

Beiträge / Contributions:

An engine, not a camera: Eine Genealogie der Verdatung des Demos im Lichte repräsentationstheoretischer Überlegungen

Sebastian Berg (Weizenbaum-Institut für die vernetzte Gesellschaft)

Abstract:

Die Digitalisierung wird häufig mit einem Versprechen auf eine demokratisierende Unmittelbarkeit der Politik verbunden. Die datenbasierten Infrastrukturen digitaler Plattformen spielen dabei eine wichtige Rolle. Sie sollen unvermittelte Partizipation oder eine granulare Erfassung des Volkswillens mittels Datenanalytik ermöglichen, so dass exkludierende Formen politischer Repräsentation überflüssig zu werden scheinen. Diese Vorstellung von Disintermediation übersieht aber, dass auch digitale Infrastrukturen eine institutionelle Mediation übernehmen. Diese technopolitische Vermittlung und ihre Funktionslogik gilt es gezielt in den Blick zu nehmen, will man die Implikationen für demokratische Willensbildung verstehen und bewerten.

Anhand einiger paradigmatischer Stationen rekonstruiert der Beitrag daher die unterschiedlichen Rationalitäten, mit der datenbasierte Infrastrukturen im Kontext demokratischer Repräsentation genutzt wurden und werden. Er skizziert eine Genealogie von den frühen Formen der statistischen

Meinungsforschung und ihrer kommunikativen Verfügbarmachung zur plattformgestützten Vermittlung des Demos. Durch die Rekonstruktion dieses Wandels soll der Status politischer Repräsentation für die digitale Konstellation näher bestimmt und somit einer demokratietheoretischen Reflexion zuführbar gemacht werden. Unter Berücksichtigung einer an die repräsentative Wende angelegten Theorieperspektive (insbesondere Nadia Urbinati und Claude Lefort) wird dabei die These plausibilisiert, dass sich die Logik der Verdatung von skopischen Medien zu technopolitischen Umgebungen der Steuerung und Verfügbarkeit wandle, die nicht nur eine enge Verzahnung mit der institutionellen Architektur demokratischer Repräsentation eingehe und deren politische Rationalitäten präge. Sie unterminiert auch auf epistemologischer Ebene die normativen Bedingungen einer kontingenz- und differenzorientierten demokratischen Praxis und setzt Anreize für eine autoritäre und plebiszitäre Ausgestaltung.

Are populist party supporters living in online echo chambers?

Dr. Sebastian Stier (GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften)

Abstract:

Scholars highlight several theoretical mechanisms of how digital media might benefit populists. Yet, while studies show that populist parties and politicians are more active and receive more engagement on social media, measurement problems have inhibited better insights into actual exposure of citizens to these contents. Particularly prominent is the assumption that populist party supporters would self-select into politically homogeneous echo chambers.

This paper relies on web browsing histories that were collected with the informed consent of around 7,800 study participants in six countries during the European Parliament election 2019. The results show that visiting social media accounts of political actors happens infrequently relative to news exposure and that getting content from one's preferred party is not more widespread among supporters of populist parties compared with mainstream party supporters. While populist (right) party supporters have a higher share of hyperpartisan news sites in their media diet, they still get considerably more content from established sources such as legacy press sites. Finally, the dominance of tweets by populists (especially Donald Trump) in online news articles indicates that populists have a news value that news makers are willing to capitalize on. Taken together, the study suggests that the most likely mechanism of how digital media might bolster populist parties is not their direct communication with citizens but rather amplification by established news media. Methodologically, the paper demonstrates how novel methods can be used to better understand the digital demos, while substantively it challenges popular accounts of a presumed manipulation of citizens through social media.

Are social media and misinformation a threat to democracy?

Dr. Rosa M. Navarrete (Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES)), Dr. Christina Eder(GESIS – Leibniz Institute for the Social Sciences)

Abstract:

Social media platforms have become an important source of information, as well as misinformation. There has been an open debate on whether and how this combination can constitute a threat to democracy, contribute to the success of radical parties, and even amplify authoritarian and populist attitudes. While scholars of electoral behavior have been paying attention to how misinformation and the use of social media for political information are associated with the vote for radical and populist parties for more than a decade, research on how diffuse and specific support for democracy are affected, also by the level of misinformation, is rather scarce.

In this paper, we assess the extent to which democratic legitimacy and satisfaction with democracy are affected by the use of social media as a source of political information and by how misinformed a citizen is. The distinction between diffuse and specific support is relevant because the former is stable and is rooted in long-term learning and socialization processes while the latter is more vulnerable to short-term influences. Employing novel data from an online survey conducted in Germany in late 2020, we

expect a differential effect meaning that the way in which citizens get their political information and how misinformed they are should have a greater impact on their assessment of the functioning of democracy than on their evaluation of democracy as the most preferential political regime. All in all, our results provide evidence that contributes to assess whether democracy is threatened by the new news consumption habits.

DoE29 | Wirtschaftspolitische Konflikte im 21. Jahrhundert (II)

Organisiert von / Organized by: Dr. Björn Bremer (Max-Planck Institut für Gesellschaftsforschung), Dr. Erik Neimanns (Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung)

Chair: Dr. Erik Neimanns (Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung),

Discussant: Dr. Björn Bremer (Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung)

Abstract:

Der kumulative Einfluss der Finanzkrise 2007-2008, der Krise in der Eurozone und der COVID-19-Pandemie, sowie der säkularen Stagnation, haben zu einer außergewöhnlichen Politisierung von Wirtschaftspolitik geführt und Zweifel an technokratischen Steuerungsansätzen aufkommen lassen. Dennoch hat die Politikwissenschaft die politischen Konflikte im Zusammenhang mit Wirtschaftspolitik im einundzwanzigsten Jahrhundert bislang nicht adäquat untersucht. Es fehlt ein klares Verständnis darüber, wie sich die distributiven Konsequenzen verschiedener wirtschaftspolitischer Maßnahmen politisch niederschlagen, sowie über die Ausgestaltung der gesellschaftlichen Unterstützung für verschiedene Maßnahmen und Ansätze. Welche Präferenzen haben Wähler*innen gegenüber wirtschaftspolitischen Maßnahmen wie fiskalischer Austerität, quantitative easing oder Zentralbankunabhängigkeit? Wie schaffen es politische oder wirtschaftliche Eliten Unterstützung für ihre gewünschte Politik zu generieren? Was sind die wahlpolitischen Auswirkungen unterschiedlicher wirtschaftspolitischer Ansätze? Dieses Panel beschäftigt sich mit diesen und ähnlichen Fragen. Ziel ist es, zu verstehen, warum und wie sich die Wirtschaftspolitik in den letzten Jahren von einem technokratischen Verständnis mit lediglich geringer Salienz in der öffentlichen Wahrnehmung in den Bereich einer hohen Salienz verlagert hat und welche Auswirkungen dieser Wandel hat. Das Panel ist offen für Beiträge, die sich mit verschiedenen Bereichen von Wirtschaftspolitik befassen (z.B. Fiskalpolitik, Geldpolitik, internationale Wirtschaftspolitik) und begrüßt sowohl quantitative als auch qualitative empirische Forschung. Es zielt darauf ab, neue theoretische Ansätze und empirische Einsichten über das Verhältnis von Politik und Wirtschaft zu generieren, um zu verstehen, warum politische Akteure mitunter ökonomisch suboptimale Lösungen umsetzen und was die politischen Konsequenzen solcher wirtschaftspolitischer Maßnahmen sind.

Beiträge / Contributions:

Public Opinion towards Welfare State Reform: The Role of Political Trust and Government Satisfaction

Prof. Dr. Julian Garritzmann (Goethe Universität Frankfurt), Dr. Erik Neimanns (MPIfG Köln), Prof. Dr. Marius Busemeyer (Universität Konstanz)

Abstract:

The traditional welfare state, which emerged as a response to industrialization, is not well equipped to address the challenges of today's postindustrial knowledge economies. Experts and policymakers have therefore called for welfare state readjustment towards a "social investment" model (focusing on human skills and capabilities). Under what conditions are citizens willing to accept such future-oriented reforms? We point at the crucial but hitherto neglected role of citizens' trust in and satisfaction with government. Trust and satisfaction matter because future-oriented reforms generate uncertainties, risks, and costs, which trust and government satisfaction can attenuate. We offer micro-level causal evidence using experiments in a representative survey covering eight European countries and confirm these findings with European Social Survey data for 22 countries. We find: trust and government satisfaction increase reform support and moderates the effects of self-interest and ideological standpoints. These findings have crucial implications not least because they help explain why some countries manage – but others fail – to enact important reforms.

The rise and fall of the inheritance tax

Prof. Dr. Philipp Genschel (European University Institute), Dr. Julian Limberg (King's College London), Prof. Dr. LauraSeelkopf (University of St Gallen)

Abstract:

Why do countries repeal the inheritance tax? In this article, we analyse a novel dataset on tax legislation worldwide to answer this question. First, we show that repealing the inheritance tax is a global phenomenon which is not limited to rich democracies. Second, we use event history models to identify determinants of inheritance tax abolition. We find that rising fiscal capacity can explain the overall trend of inheritance tax repeal. As countries become capable to extract revenue more effectively by taxing consumption and income, the fiscal function of the inheritance tax becomes marginalised. However, our results also show that democratic institutions serve as breaks to inheritance tax repeal.

The Growth Models Strategies of Anti-System Parties

Dr. Philip Rathgeb (University of Edinburgh), Prof. Dr. Jonathan Hopkin(LSE)

Abstract:

The rise of radical right and radical left parties at the expense of the political mainstream is one of the defining features of political change in the advanced capitalist countries. Whereas a now voluminous body of research explores the causes of this electoral shift, we know surprisingly little about its consequences for national growth models. Our paper aims to address this problem by attributing the economic policy platforms of radical right and radical left parties – i.e. 'anti-system parties' – to differences in the constraints imposed by the Eurozone's institutionalised reliance on export-led growth.

In demand-led growth models, we expect radical left and, to a smaller extent, radical right parties to resist the Eurozone's demands for fiscal and wage restraint in order to reinvigorate their historically evolved growth model. In export-led growth models, by contrast, we expect only radical left parties to seek for fiscal and wage growth in the interest of a more balanced growth model. We illustrate this argument through case studies of two export-led growth models (Austria and Germany) and two demand-led growth models (Italy and Spain), while paying attention to the marked differences between radical right and radical left parties within their growth models at the same time.

Greening the financial sector in the EU, but how? - A narrative discourse analysis of the EU taxonomy

Carsten Elsner (Universität Kassel)

Abstract:

The green new deal is the answer of the EU commission to the ongoing climate crisis. In order to further institutionalize the Paris agreement in the EU, the so-called EU taxonomy is promised to be a key cornerstone through which financial means are directed towards green and sustainable goals. With the growing interest in this issue, the call for a clear and binding definition of green finance gets more attention. Thus, the EU taxonomy promises to provide those clear standards. Moreover, the taxonomy pledges to reduce greenwashing, help decarbonizing the EU economy and thus meet the 2050 net zero emission goal. While starting off with a certain enthusiasm carried by the pledges of the Green New Deal, cautious criticism towards technical issues such as carbon thresholds in the energy sector have been raised recently. As contestation on the taxonomy grows, it gets more important to take a closer look at the discourse on the taxonomy, the institutional structure in which the reform takes place and finally the narratives which may legitimize or delegitimize certain aspects of the taxonomy. In this light, I will conduct a narrative discourse analysis building methodologically on the work of Maarten Hajer, Willy Viehöver and Kristina Kurze. Moreover, in the Foucauldian tradition, questions of access to the discourse, domination of the discourse, exclusion of actors and/or topics from the discourse will be raised and examined in the paper.

DoE30 | Zeit sozialwissenschaftlicher Wahrheit? Legitimations-(Ver-)Handlungen in Bildung und Schule

Organisiert von / Organized by: Prof. Dr. Andreas Klee (Universität Bremen, Institut für Politikwissenschaft), Dr. Julia Grün-Neuhof (Universität Bremen, Zentrum für Arbeit und Politik)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Sektion „Politikwissenschaft und Politische Bildung"

Chair: Prof. Dr. Andreas Klee (Universität Bremen), Dr. Julia Grün-Neuhof (Universität Bremen)

Discussant: Dr. Werner Friedrichs (Universität Bamberg), Prof. Dr. Nadine Rose (Universität Bremen)

Abstract:

Politisches Handeln kann als ungerecht oder gerecht, richtig oder falsch, rechtmäßig oder unrechtmäßig anerkannt werden. Welche Relevanz, Rolle und Formen haben Wissenswahrheiten bei dem Zustandekommen legitimer Entscheidungen und in welchen (digitalen) sozialen Räumen entstehen sie? Die Fragen werden in dem Panel unter den Aspekten von Schule und Bildung diskutiert. Zum einen stellt Schule einen sozialen Raum dar, der dauerhaft in Wandlungsprozesse verwickelt und durch deren Implikationen in seinem institutionellen Selbstverständnis herausgefordert ist. Es ist ungeklärt, wie Prozesse der Vertrauenserosion von Schule als „Wissens- und Wahrheitsgarantin" mit Herausforderungen der Demokratie zusammenspielen. Zum anderen produzieren und reproduzieren Bildungsakteure Wissenswahrheiten und tragen dazu bei, wie Wissen Geltung und Gültigkeit erlangt. Konkret, aber auch gesamtgesellschaftlich bedeutsam ist, was passiert, wenn die Legitimität des von Lehrkräften präferierten Wissens nicht mehr unhinterfragt bleibt, die Frage nach Wahrheit der Wissensbestände sich pluralisiert und stärker als ‚Glaubensfrage' (Frage der Überzeugung/Meinung/Haltung/Einstellung) verhandelt wird.

Ziel des Panels ist es, gemeinsam den Forschungs- und Themenkomplex von Wissen/Wahrheit, Demokratie und Schule/Bildung reflektierend weiter zu entwickeln und konkrete Antworten auf Legitimitäts-(Ver-)Handlungen und deren strukturellen Kontexte zu finden. Das Panel soll Fragen nach dem Zustandekommen legitimer Entscheidungen sowohl mit Blick auf Wissenspraktiken im politischen Schulunterricht und innerhalb demokratischer Schulbildung sowie deren strukturellen Rahmungen in Form von Zugängen zu Wissen, Wissensregimen und Netzwerken nachgehen, die zentrale thematische Bedeutung für die politische Bildung und Schulgovernance haben. Dazu zählen empirische und theoretische Beiträge insbesondere aus politischer Bildungsforschung und Politikdidaktik, Demokratieforschung und politischer Soziologie. Eingereicht werden können quantitative und qualitative Zugänge ebenso wie konzeptionelle didaktische Beiträge.

Beiträge / Contributions:

Das Wissen der Praxis: Erkenntnisse aus einem praxeologischen Zugang zur Demokratielehre von Politiklehrern/innen in Politikunterricht und Schule

Stefanie Kessler (Institut für Pädagogik, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel)

Abstract:

Vermeintlich ‚wahres' Wissen zu Demokratie ist keinesfalls als objektives Wissen zu verstehen, sondern mit Bezug auf Mannheim (1980) als Ideologie, d.h. als seinsverbundenes Wissen, das durch die kollektiven Erfahrungen sozialer Gruppierungen geprägt wird. Seinem Ideologieverständnis nach sind im Denken und Handeln von Menschen eine bestimmte Perspektivität sowie damit einhergehende implizite Handlungsmuster angelegt. Auch wenn Schule den Anspruch erheben mag, objektiv wahres Wissen zu Demokratie in Politikunterricht und Schule (etwa durch bestimmte Vorgaben in Curricula) zu vermitteln, ist gemäß Mannheim davon auszugehen, dass Lehrende vielmehr ein implizites Verständnis von Demokratie (im Sinne einer seinsverbundenen Ideologie) als Teil ihrer Lehr- und Unterrichtspraxis transportieren. Dieses kann, muss aber nicht zwangsläufig, ein geteiltes Wissen unter den Lehrer*innen einer Schule darstellen.

Solch eine praxeologische an Mannheim anschließende Perspektive auf die Demokratielehrpraxis von Lehrer*innen in Politikunterricht und Schule, wie ich sie in diesem Beitrag vertreten möchte, ermöglicht den Blick auf genau jenes implizite, atheoretische Wissen der sozialen Praxis zu richten. Die in meiner Doktorarbeit rekonstruierten unterschiedlichen modi operandi des Demokratielehrens sowie die der Demokratielehrpraxis zugrundeliegenden impliziten Verständnisse von Demokratie (Kessler 2020), die ich im Zuge des Beitrages vorstellen möchte, verdeutlichen, dass keinesfalls nur ein bestimmtes, geteiltes Demokratieverständnis in Politikunterricht und Schule gelehrt wird. Vielmehr geben die unterschiedlichen Typen einen Eindruck davon, wie unterschiedlich Demokratie in der Lehrpraxis vermittelt wird und welche impliziten Demokratieverständnisse durch die Lehrer*innen hier reproduziert werden. Dabei möchte ich aufzeigen, inwiefern hier durch die Lehrer*innen für ein bestimmtes Wissen Geltung beansprucht bzw. welche Spielräume der Aus-/Verhandlung den Schüler*innen eingeräumt werden.

Kleine Wahrheiten, Filterblasen oder fehlende Berührungspunkte? Zur Gefahr von selbstreferenziellen Aushandlungsprozessen in homogenen Lerngruppen

Dr. Luisa Girnus (Universität Potsdam)

Abstract:

Politische Bildung orientiert sich an den Lernvoraussetzungen und bemüht sich um einen lebensweltorientierten Zugang zum Lernprozess. Mit der Lebenswelt werden auch die Lernvoraussetzungen immer heterogener. Doch auch in urbanen Zentren sind Schulen nicht immer Abbild des superdiversen Sozialraums der sie umgebenen Stadt und mit der Abnahme der Bevölkerungsdichte sowie der Zunahme einer ländlichen Prägung kann davon ausgegangen werden, dass die Heterogenität von Lerngruppen auf wenige Differenzierungsmerkmale sinkt.

Der Beitrag diskutiert das Verhältnis von politischen Bildungszielen und Adressat*innen verschiedener soziale Milieus und Lebensrealitäten. Vor einer normativen Zielorientierung, die an demokratisch gerahmter gesellschaftlicher Toleranz und Diskursfähigkeit orientiert ist, problematisiert der Beitrag, inwieweit gesellschaftliche Heterogenität in homogenen Lerngruppen als Element der Entfremdung wirken kann. Besondere Beachtung wird dabei sozialen Aushandlungsprozessen geschenkt. Diese finden didaktisch inszeniert in der Regel im Rahmen von Urteilsbildungsprozessen statt. Gleich ob vorbereitend didaktische Methoden zur Integration differenzierter gesellschaftlicher Positionen wie Rollenspiele, ‚Denkhüte', Fallbeispiele angewandt werden, gestalten sich soziale Aushandlungsprozesse im Unterricht stets unter den Diversitätsbedingungen, die durch die Teilhabenden zum Ausdruck kommen. Je homogener (in jeweils relevanten Wert- und Weltvorstellungen) eine Lerngruppe ist, muss also davon ausgegangen werden, dass sich soziale Aushandlungsprozesse weniger kontrovers und stärker selbstreferenziell gestalten. Vor diesem Hintergrund wird im Beitrag der Frage nachgegangen, wie und ob soziale Aushandlungsprozesse im Unterricht unter der Prämisse einer Lebensweltorientierung auf die authentische Kontrastierung von Positionen angewiesen sind oder ob im Rahmen von konstruierten Dissonanzerfahrungen lerngruppenexterne Positionen genuin in soziale Aushandlungen integriert werden können.

DoE31 | Social Sciences & Regional Scholarship: Reframing the Area-Studies-Controversy

Organisiert von / Organized by: Dr. Jan Busse (Universität der Bundeswehr München), Prof. Dr. Claudia Derichs (Humboldt Universität zu Berlin)

Unterstützende Untergliederung(en) / Supporting Grouping(s): Sektion „Vergleichende Politikwissenschaft“

Chair: Dr. Jan Busse (Universität der Bundeswehr München), Prof. Dr. Claudia Derichs (Humboldt Universität zu Berlin)

Discussant: Prof. Dr. Arlene Beth Tickner (Universidad del Rosario, Bogotá, Colombia)

Abstract:

Scholarship in relation to what has become known as the Global South, is often based upon an implicit scholarly othering vis-à-vis a Western or Global Northern context which is considered as potentially more modern or superior, both in terms of the quality of research as well as, for instance, the quality of political processes or institutions. This approach is rooted in Eurocentric foundations, rendering social realities in the Global South a reflection board for the normative benchmark of an (idealized) North. At the same time, scholarship on and from regions of the South is relegated to a “supplier” role for knowledge production in the North, because scholars in the latter lack in-depth contextual knowledge, emic conceptual perspectives, and language skills.

Based on this assessment, this panel addresses the power/knowledge nexus (Foucault) in the relationship between political science and regional scholarship. We argue that thus far, the “Area Studies versus Disciplines” debate is far from being buried peacefully.

In order to address the sketched issues in an encompassing way, we suggest to reframe the Area-Studies-Controversy (ASC) as a discursive device aiming at genuine dialogue. While the original ASC revolved around the assumption of a potentially conflictive relationship of universalist social sciences and particularist/relativist area studies, we see the ASC as a tool to initiate a needed debate on the above mentioned phenomena in relation to political science knowledge production. In this sense, the ASC represents a helpful means in order to lay open assumptions that guide research but often remain unaddressed. In this context, we consider the self-reflexive problematization of researchers’ positionality in potentially hierarchical relationships of knowledge production as a key element of such a debate.

For this purpose, this panel calls for a mutual dialogue between political science sub-disciplines on the one hand and an exchange of ideas between different area studies. The panel invites contributions from researchers rooted in, for instance, Comparative Politics, International Relations or Political Sociology with an Area Studies focus on regions such as Asia, Europe, Middle East and North Africa, North America, Sub-Sahara Africa, and Latin America.

Beiträge / Contributions:

Knowledge production on protests in the MENA-region: how to overcome the hub-and-spoke-model?

Dr. Irene Weipert-Fenner (Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung)

Abstract:

Protest research in the MENA has engaged more and more with social movement studies since the Arab uprisings 2010/2011. The question whether “general” social movement theory (SMT) with its origins in US- and European contexts could be applied to the MENA (Beinin/Vairel 2011) was not at the heart of the debates anymore. Any MENA exceptionalism was rejected (e.g. Volpi/Clark 2019).

However, I argue that academic knowledge production is still structured by a hub-and-spoke-model, with US/European experiences being at the center while a large part of social movement studies on non-Western world regions remains isolated in the respective area study (Engels/Müller 2018). What is

missing is not only a truly comparative agenda between cases in the Global South, but also between histories of knowledge production and the effects of Western focused SMT. For instance, why were some types of "traditional" social mobilization (e.g. Islamists, tribal actors) long excluded from a "modern" civil-society oriented SMT scholarship? How were these limitations overcome, which limitations remain?

Second, I reflect on different roles in knowledge production. Why do non-Western scholars often remain focused on their country of origin (and residence) and why is comparative research still very much concentrated at "the hub", scholars at "Western" institutions? What are voluntary reasons (like scholar-activism, genuine interest), what are structural reasons (advantages for academic career, external funding, difficult access to other countries)? Again, an interregional dialogue of Global South area experts could shed light on structural boundaries and open ways to overcome them.

Revisiting the (Middle East) Area Studies Controversy through the Lens of the Global/Post-Western IR debate

Prof. Dr. Morten Valbjørn (Aarhus University, Denmark)

Abstract:

This paper revisits the classic Area Studies Controversy (ASC) - as it has unfolded in relation to the study of the Middle East - through the lens of the so-called Global/Post-Western IR debate on geo-cultural epistemologies. This debate has constituted an important trend within IR for the last decade, but without having received much attention among Middle East scholars. The paper does so in four steps. First, it provides an overview of how the Area Studies Controversy is usually presented in debates on the study of the Middle East. Then, the paper introduces to the Global/Post-Western IR debate, including the 'inward-looking' debates on whether and how IR has been an 'American Social Science' and the more 'outward-looking' discussion about how to make IR truly international by including non-Western voices. Against this background, the paper suggests that just like 'IR might be quite different in different places', something similar may be the case for the study of the Middle East. The third part of the paper, therefore, returns to the Middle East ASC in order to examine whether this controversy has unfolded in similar or different ways outside of the American context, from where most of the contributions to the classic ASC come. It turns out that the classic ASC to a large extent has been a very American debate, which only to a limited extent has resonated in other contexts, where the academic dividing lines and controversies have unfolded in other ways. Against this background, the concluding section reflects on the implications of this for the future study of the Middle East and academic relations between disciplines and (different) area studies.

From Friction to Fruition? Postcolonialism, Area Studies, Social Theory

Sérgio Costa (Freie Universität Berlin)

Abstract:

Scholars linked to the field of postcolonial studies emphasize the contrasting character of social theory, with its colonial past and imperial present, and postcolonial studies which have been supposedly associated with social emancipation since their origin. Some social theorists respond to this critique affirming the necessity of social theory and the internal contradictions of postcolonial studies, as theory which discursively refuses the very idea of theorizing. In recent years, scholars from the field of area studies have also joined these debates in order to underline that conventional social theory is based on Eurocentric knowledge geographies. The paper shows that these antagonistic discourses contrast with patterns of interaction between postcolonial studies, area studies and social sciences and more specifically social theory. To do so, it discusses developments observed in three fields in which cooperation and competition between postcolonial studies, area studies and social theory have taken place in a more intensive way: the regime of knowledge production in the social sciences, research on modernity, and discussions on methodological nationalism. In these fields, criticisms addressed by postcolonial and area studies scholars have not (yet?) generated comprehensive shifts in conventional

social theory, but hey have led to relevant adjustments, revisions, and corrections in some colonial-imperial, sexist, racist, and heteronormative assumptions of social theory.

Disciplines & Debates: Comparing Democracies in Area Studies and Political Science

Dr. Saskia Schäfer (Humboldt Universität zu Berlin), Dr.Norma Osterberg-Kaufmann (Humboldt Universität zu Berlin)

Abstract:

Picking up recent debates in comparative democracy research, we discuss various methodological approaches to studying self-governance in different countries and regions.

In a first step, we sketch various problems that characterise contemporary studies of democracy and embed them in the partly contradictory premises of our two disciplines. Comparative political science often focuses on theory-based concepts, develops criteria and indicators, and then applies them in uniform ways, often to a large number of cases. Area studies approaches are less interested in questions of representativeness and generalisability, and instead highlight deep familiarity with the local contexts and developments. Both approaches can be said to operate with "thin" and "thick" descriptions of democracy respectively. The consequences of these different approaches are different methodological choices, leading to different results. The limits of these results are not always included in the methodological considerations and the presentation of the results. In a second step, we discuss existing alternative approaches to studying democracy globally.

Finally, we draw on our own works on Indonesia, Singapore, and Turkey to show how existing approaches can be modified to analyse the question how people try to govern themselves collectively/ to analyse attempts, limits, and possibilities of self-governance.